Stand: 12.03.2026 01:29:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19171

"Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/19171 vom 03.12.2021
2. Plenarprotokoll Nr. 99 vom 07.12.2021
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21898 des HA vom 16.02.2022
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21907 des HA vom 16.02.2022
5. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21893 des HA vom 17.02.2022
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21894 des HA vom 17.02.2022
7. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21896 des HA vom 17.02.2022
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21910 des HA vom 17.02.2022
9. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21900 des HA vom 18.02.2022
10. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21897 des HA vom 21.02.2022
11. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21895 des HA vom 22.02.2022
12. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21903 des HA vom 22.02.2022
13. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21901 des HA vom 24.02.2022
14. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21902 des HA vom 24.02.2022
15. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21904 des HA vom 24.02.2022
16. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21912 des HA vom 24.02.2022
17. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21905 des HA vom 08.03.2022
18. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21906 des HA vom 09.03.2022
19. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/22096 des HA vom 31.03.2022
20. Beschluss des Plenums 18/22122 vom 05.04.2022
21. Beschluss des Plenums 18/22124 vom 05.04.2022
22. Beschluss des Plenums 18/22125 vom 05.04.2022
23. Beschluss des Plenums 18/22127 vom 05.04.2022
24. Plenarprotokoll Nr. 110 vom 05.04.2022 (EPL 4)
25. Plenarprotokoll Nr. 110 vom 05.04.2022 (EPL 2)
26. Plenarprotokoll Nr. 110 vom 05.04.2022 (EPL 1)
27. Plenarprotokoll Nr. 110 vom 05.04.2022 (EPL 11)
28. Beschluss des Plenums 18/22173 vom 06.04.2022
29. Beschluss des Plenums 18/22176 vom 06.04.2022
30. Beschluss des Plenums 18/22178 vom 06.04.2022
31. Beschluss des Plenums 18/22181 vom 06.04.2022
32. Beschluss des Plenums 18/22183 vom 06.04.2022
33. Beschluss des Plenums 18/22186 vom 06.04.2022
34. Beschluss des Plenums 18/22189 vom 06.04.2022
35. Beschluss des Plenums 18/22191 vom 06.04.2022
36. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 06.04.2022 (EPL 14)
37. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 06.04.2022 (EPL 12)
38. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 06.04.2022 (EPL 9)

39. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 06.04.2022 (EPL 15)
40. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 06.04.2022 (EPL 5)
41. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 06.04.2022 (EPL 3)
42. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 06.04.2022 (EPL 10)
43. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 06.04.2022 (EPL 7)
44. Beschluss des Plenums 18/22193 vom 07.04.2022
45. Beschluss des Plenums 18/22195 vom 07.04.2022
46. Beschluss des Plenums 18/22197 vom 07.04.2022
47. Beschluss des Plenums 18/22237 vom 07.04.2022
48. Beschluss des Plenums 18/22242 vom 07.04.2022
49. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 07.04.2022 (EPL 13)
50. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 07.04.2022 (EPL 16)
51. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 07.04.2022 (EPL 6)
52. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 07.04.2022 (EPL 8)
53. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 29.04.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 03.12.2021 **Drucksache 18/19171**

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022
(Haushaltsgesetz 2022 – HG 2022)

Entwurf des Haushaltsgesetzes 2022

Einzelplan 01 (Landtag)
Einzelplan 02 (Ministerpräsident und Staatskanzlei)
Einzelplan 03 (Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration)
Einzelplan 04 (Staatsministerium für Justiz)
Einzelplan 05 (Staatsministerium für Unterricht und Kultus)
Einzelplan 06 (Staatsministerium der Finanzen und für Heimat)
Einzelplan 07 (Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie)
Einzelplan 08 (Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)
Einzelplan 09 (Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr)
Einzelplan 10 (Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales)
Einzelplan 11 (Bayerischer Oberster Rechnungshof)
Einzelplan 12 (Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz)
Einzelplan 13 (Allgemeine Finanzverwaltung)
Einzelplan 14 (Staatsministerium für Gesundheit und Pflege)
Einzelplan 15 (Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst)
Einzelplan 16 (Staatsministerium für Digitales)

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Initiatoren.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Staatsminister Albert Füracker
Abg. Claudia Köhler
Abg. Josef Zellmeier
Abg. Ferdinand Mang
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Florian von Brunn
Abg. Alexander Muthmann
Abg. Hans Herold
Abg. Tim Pargent
Abg. Johannes Hintersberger

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 1 a und 1 b** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2022) (Drs. 18/19170)
- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) (Drs. 18/19171)
- Erste Lesung -

Das Wort erteile ich Herrn Staatsminister Albert Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Hochverehrte Präsidentin, Hohes Haus! Mir obliegt es also, jetzt – mit großer Freude – einen Geburtstagsgruß zu ergänzen. Man soll ja nicht nach Äußerlichkeiten gehen, meine Damen und Herren, aber unsere Präsidentin feiert heute – das sieht man, wenn man auf die Präsidentenloge schaut – ihren "37." Geburtstag.

(Heiterkeit)

Deshalb herzlichen Glückwunsch auch dir, liebe Ilse Aigner. Alles, alles Gute zu deinem Geburtstag!

(Allgemeiner Beifall)

Natürlich auch dir, lieber Florian, alles, alles Gute.

Das Leben dreht sich weiter, auch wenn wir in der größten Krise, die wir seit dem Zweiten Weltkrieg bei uns wahrgenommen haben und wahrnehmen, derzeit leben. Wir sehnen uns nach Normalität. Schon im letzten Jahr dachte ich eigentlich, ich hätte

einen außergewöhnlichen Haushalt hier vorzustellen, und hoffte wie alle, dass es ein Jahr später anders sein könnte. Leider ist es wieder anders gekommen.

Als jemand, der sich nicht oft zu solchen Fragen äußern kann, da man als Finanzminister ja mehr mit dem Management der Krise im Hintergrund zu tun hat, wäre man geneigt zu sagen: Natürlich bedrücken uns alle die gesellschaftlichen Herausforderungen der Krise, jeden von uns. Die Meinungsvielfalt in unserem Land ist groß: in medizinischen Fragen, in gesellschaftspolitischen Fragen.

Die Wahrheit – und das ist etwas, was wir miteinander feststellen – zeigt sich bei der Anzahl der erkrankten Personen auf den Intensivstationen in unserem Land. Alle wissen, was los ist, und damit ist geklärt, dass wir uns derzeit in einer sehr gefährlichen Phase der Pandemie bewegen. So ist es eigentlich immer richtig und wichtig, über die gesellschaftlichen und medizinischen Herausforderungen zu sprechen. Es bleibt uns eben nicht erspart, dass wir uns auch um die gesellschaftlichen, die wirtschaftlichen und haushaltstechnischen Dinge kümmern. So ist es heute fast ein wenig unangebracht, in dieser Pandemie über schnöde Zahlen zu sprechen, aber es ist notwendig. Beim Geld liegt die Wahrheit im Haushalt. Der Haushalt ist etwas, wo wir alle miteinander das Jahr planen wollen, wie es denn werden könnte, wo wir alle miteinander versuchen, das Beste im Haushaltsplan aufzuzeigen.

Ich kann auch für heute sagen: Unsicherheit prägt auch diesen Haushalt 2022, und die Unsicherheit prägt nicht nur Bayern, sondern die ganze Welt. Wir haben versucht, als Staatsregierung das Beste, was planerisch möglich ist, vorzuschlagen. Nachdem kaum das Jahr 2022 planbar ist, haben wir auch in diesem Jahr darauf verzichtet, einen Doppelhaushalt vorzulegen; denn wenn schon 2022 unklar ist, wie soll ich dann 2023 planen?

Ich denke, es ist in unser aller Sinne, dass wir erneut das Jahr 2022 gegen die Pandemie planen können, indem wir politische Entschlossenheit dokumentieren, auch in wirtschaftlichen Fragen und Gegenmaßnahmen. Das Rezept, die hauptsächliche Ge-

genmaßnahme in wirtschaftlicher Hinsicht, meine Damen und Herren, ist die Investition. Darauf werde ich heute noch zu sprechen kommen. Die Investition kann uns durch die Krise führen, sie kann dazu beitragen, dass dieses Land in einem guten wirtschaftlichen Lauf bleiben kann, trotz all der Herausforderungen, die wir haben.

Dass Haushaltsplanung gleichmäßige Verteilung von Unzufriedenheit ist, wie das Sprichwort sagt, weiß der Finanzminister auch. Ich danke dennoch allen, die sich im Kabinett, in den Regierungsfraktionen bei der Frage eingebracht haben, wie wir als Staatsregierung Haushaltsplanung betreiben dürfen, die Eckpunkte auch miteinander gesetzt haben. Ich möchte sagen, dass dieses Volumen, das wir in diesem Jahr wieder vorlegen, von fast 71 Milliarden Euro natürlich insbesondere deswegen so groß ist, weil die Krisenbewältigung uns erneut, mehr als uns selbst lieb sein kann, fordert.

Der Haushalt ist also sehr "coronalastig". Wir haben auf der einen Seite die geplanten Maßnahmen in medizinischer Hinsicht gegen Corona mit 4,8 Milliarden Euro taxiert, und auf der anderen Seite sind die Investitionen, die wir für die wirtschaftliche Stabilität tätigen wollen.

Meine Damen und Herren, die gesundheitlichen Herausforderungen sind eben groß. Dafür brauchen wir diese geplanten 4,8 Milliarden Euro hoffentlich nicht – das sage ich sozusagen in Klammern –, aber möglicherweise. Es geht um Testen, es geht um Impfen, es geht um Personal- und Sachausgaben im Öffentlichen Gesundheitsdienst. Es geht um den strategischen Grundstock und das Pandemiezentrallager. Das sind alles Dinge, die der Finanzminister nicht täglich zu organisieren hat, die aber erwartbar große Kosten verursachen werden.

Es bleibt die bange Frage: Was macht eigentlich die konjunkturelle Erholung? – Ich bin von Grund auf Optimist, deswegen bin ich auch Finanzminister geworden, das ist wahrscheinlich der Hauptgrund. Ich höre dann immer die Prognosen für das neue Jahr: die Wirtschaftsweisen, die Institute, und wer sich da alles mit Prognosen auszeichnet. Jedenfalls bin ich hoffnungsfroh, denn die Herbstprojektion, die wir seitens

unterschiedlicher Institute erlebt haben, ist natürlich auch Grundlage beispielsweise für die Berechnungen der Steuerschätzungen.

Die Steuerschätzungen, die auf Basis des Steuerschätzerkreises von Experten getätigt wurden, rechnen mit 4,1 % Wachstum real im Jahr 2022. Es ist schön, wenn es so kommt, darüber freue ich mich, es darf auch gerne mehr sein. Die Zahl alleine, die Beurteilung, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, überlasse ich Ihnen.

Die EU-Kommission hat jedenfalls angekündigt, dass der Gegenwind relativ groß ist, auch im nächsten Jahr. Die Herbstprojektion vom 11.11. der EU-Kommission schlägt folgende Maßnahmen vor, um gegen die Pandemie zu kämpfen: Investieren, Investieren, Investieren!

Jetzt müssen wir als Staat genau aufpassen, dass wir die Rückkehr auf den Wachstumspfad gut organisieren und er auch nachhaltig ist. Deshalb brauchen wir vorausschauende Stabilisierungspolitik. Kurzfristige Nachfrageimpulse müssen getätigt werden, keine Frage, aber mit Sicherheit Investitionen für nachhaltiges und selbsttragendes Wachstum.

Deshalb sehen wir im Haushaltsentwurf zusätzliche Investitionen in Höhe von etwa 1,9 Milliarden Euro vor: 895 Millionen Euro insbesondere für die kommunale Infrastruktur im Hochbau, im ÖPNV und bei der Wasserversorgung; 359 Millionen Euro für die Modernisierung der staatlichen Infrastruktur, staatlicher Hochbau, Staatsstraßen; 113 Millionen Euro für die Digitalisierung der Verwaltung und 400 Millionen Euro für die Fortführung der HTA plus aus dem Jahr 2021.

Meine Damen und Herren, diese HTA/HTA plus ist nicht nur ein Jahrzehntprojekt, sondern ein Jahrhundertprojekt. Was wir als Freistaat Bayern anders als andere Länder in Forschung, in Entwicklung, in moderne Technologien an Geld investieren, wird zurückkommen. Das ist Investition mit Benefit, und ich kann eigentlich den zuständigen Ministern, lieber Bernd Sibler, lieber Hubert Aiwanger, nur gratulieren, die über so viel Geld verfügen können. Ich kann ihnen unterstellen, dass sie hier wirklich für die Zukunft

Bayerns viel erreichen können, und diese Investitionen führen wir fort. Es gibt natürlich zusätzlich massive Investitionen im Klimabereich. Dort gegen die wirtschaftlichen Folgen von Corona auf der einen Seite und zugunsten einer nachhaltigen klimapolitischen Transformation auf der anderen Seite zu investieren, ist richtig.

Klima ist ohnehin ein großer Schwerpunkt in diesem Haushalt. In der Regierungserklärung im Juli ist 1 Milliarde Euro angekündigt worden, die in diesem Haushalt enthalten ist, 1 Milliarde Euro inklusive VE für Klima, in fünf Sektoren mit fünfzig Einzelmaßnahmen, die ich Ihnen heute nicht alle aufzählen kann. Dafür haben wir die Fachressorts. Es geht um erneuerbare Energien, natürliche CO_2-Speicher wie Moore und Wald, Wasser, Klima und Bauen, Klima und Architektur, smarte nachhaltige Mobilität, Klimaforschung, Green Tech. Wir zeigen, dass nachhaltige, solide Finanzpolitik kein Widerspruch zum Klimaschutz ist.

Meine Damen und Herren, bei alldem wollen wir finanzpolitisch solide bleiben. Die Neuverschuldung muss auf ein Mindestmaß begrenzt bleiben und begrenzt werden. Das ist ein Ziel, das ich als Finanzminister verfolge, da ich davon ausgehe, dass wir als Volksvertretung das ebenso sehen.

Trotz Pandemie, trotz Ausnahmezustand, trotz der Notwendigkeit, die Schuldenbremse temporär auszusetzen, kann es natürlich nicht sein, dass wir unbegrenzt Schulden machen, die wir der nächsten Generation hinterlassen. Dafür stehen wir auch.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, weil wir diese erheblichen Corona-Belastungen haben, haben wir natürlich in erster Linie allen Ressorts der Staatskanzlei die Verpflichtung auferlegt, einen erheblichen Konsolidierungsbeitrag für diesen Haushalt zu leisten, in Form einer globalen Minderausgabe, die im Haushaltsvollzug zu erwirtschaften ist: Der Konsolidierungsbeitrag beträgt 700 Millionen Euro, mehr noch als im Jahr 2021. Das kann erbracht werden durch kluges Sparen, dort, wo es gut möglich ist; nicht durch blindes Kürzen, nicht dadurch, in der Krise Menschen Geld wegzunehmen, son-

dern man sollte überlegen, wo man das klug im eigenen Ressort erwirtschaften kann. Zusätzlich erfolgt natürlich die bestehende Steuerung, unter anderem durch die haushaltsgesetzlichen Sperren, die in diesem Fall bei rund 550 Millionen Euro liegen. Sie sehen, Bayern wirtschaftet hier solide.

Um das Ganze auch abdecken zu können, ist es natürlich neben der Einsparung auch in diesem Jahr wieder erforderlich, einen namhaften Betrag aus der Rücklage zu entnehmen, um den Herausforderungen gerecht werden zu können. Eine verantwortbare Größenordnung ist aus unserer Sicht eine planmäßige Entnahme von 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2022. Verantwortbar ist das auch deswegen, weil die Rücklage natürlich eine Vorsorge bleiben muss, weil wir auch verfassungsrechtliche Aufgaben haben, die wir durch die Rücklage abdecken müssen, weil Tilgungsverpflichtungen ab 2024 vorgesehen sind, Haushaltsrisiken und natürlich auch Bürgschaftsverpflichtungen auf uns zukommen und Corona noch nicht vorbei ist, meine Damen und Herren!

Alles muss deswegen ausgewogen sein: die 700 Millionen Euro Konsolidierungsbeitrag und die 2,3 Milliarden Euro Rücklage. Dennoch ist die Gesamtbelastung durch die Sonderbelastungen höher, als es möglich wäre, ohne Schulden zu finanzieren. Deswegen werden wir die Schuldenbremse auch im Jahr 2022 formal aussetzen, wie der Bund und andere Bundesländer auch. Das ist eben möglich bei Naturkatastrophen, bei außergewöhnlichen Notsituationen. Wer möchte bestreiten, dass wir uns in einer solchen befinden? Deswegen werden wir auch im Jahr 2022 formal die Kreditermächtigungen, die wir schon haben, noch einmal anwenden und davon 5,8 Milliarden Euro planmäßig entnehmen. Das heißt, wir werden dieses Geld natürlich teilweise für die Gegenfinanzierung der Sonderbedarfe für Corona entnehmen und teilweise für Investitionsmaßnahmen für die Abmilderung der Pandemiefolgen.

Das ist nicht schön, aber als Finanzminister muss man eben auch dafür sorgen, dass wir sorgsam mit Geld umgehen, und das haben wir getan. Denn eines ist gut, wenigstens eines haben wir erreicht: Die im Jahr 2020 schon genehmigten 20 Milliarden Euro neue Schulden für das Jahr 2020 reichen damit jetzt für das Jahr 2020, für 2021 und

auch für 2022. Wir werden also keine zusätzliche Kreditermächtigung benötigen im Vergleich zu dem, was schon im Jahr 2020 vom Landtag genehmigt wurde.

Ich finde, in all den schwierigen Situationen, in denen wir uns befinden, ist das eine durchaus positive Botschaft; denn wir können in 2020 also mit der Fortschreibung der ohnehin vorhandenen Kreditermächtigung auskommen. Wir brauchen insofern keine – in Anführungszeichen – "neuen" Kredite aufnehmen, wenn wir auch buchhalterisch natürlich 5,8 Milliarden Euro auf 2022 verteilen. So wird eben dieser Dreiklang ermöglicht: Sparen, Rücklagen, Schulden. Krisenbewältigung und Investition, darauf kommt es an. Man muss schon in der Krise planen, was in Zukunft notwendig ist.

Meine Damen und Herren, ich habe ja gestern schon ein bisschen gelesen und gehört, was sich der eine oder andere schon an Äußerungen abgerungen hat zu dem, was ich heute vorstelle. Wenn ich jetzt betrachte, was hier wieder überlegt und geäußert wird, was am bayerischen Haushalt möglicherweise ausgesetzt werden könnte, dann sage ich das prophylaktisch all denjenigen, die sich jetzt anschicken, jedenfalls von Bayern aus, wenigstens in der zweiten Reihe in Berlin bei der Ampelkoalition mitregieren zu können.

Ich bin ja ein Mensch, der sich gerne auch etwas abschaut und etwas lernt – man lernt nie aus –, ich bin sehr gerne ein lernender Finanzminister, aber ich bin wirklich gespannt, wie man das in Berlin jetzt alles genau handhabt: Investitionen, Steuern nicht erhöhen, Sozialabgaben nicht erhöhen, Sozialgarantie einhalten, Renten in keinem Fall beeinflussen, die Schuldenbremse auf jeden Fall einhalten und dennoch all das leisten, was man vorhat, was man den Menschen versprochen hat, meine Damen und Herren! Da bin ich schon gespannt, wie das alles gehen soll.

Wenn das nämlich funktionieren würde, dass alles das, was versprochen wurde, auch bezahlbar wäre, dann könnte derjenige, der mit einem spitzen Stift und einem Taschenrechner finanzpolitisch unterwegs ist, offensichtlich irgendwie nicht richtig rechnen. Anders könnte ich mir das nicht erklären.

Deswegen möchte ich Ihnen das bloß sagen: Bevor Sie heute die große Keule schwingen und auspacken, was in Bayern alles falsch gemacht wird, belehren Sie bitte mal in Berlin die neue Koalition. Wenn die es schaffen, mit all den Haushaltstricks, die dort geplant werden, den Haushalt zu finanzieren, dann bin ich für neue Beratungen jederzeit offen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, zu den Schwerpunkten im Haushalt gehört natürlich das Personal, keine Frage. Auch hier haben wir ja schon angekündigt, dass wir die neuen Tarifergebnisse auch auf die Beamten übertragen.

Der große Schwerpunkt nach dem Personal sind die Kommunen. Auch hier kann ich, wie beim ganzen Haushalt, immer wieder das Wort "Rekord" davorsetzen. Eigentlich muss ich, um abzukürzen, nicht immer "Rekord" sagen, aber ab und zu muss ich es wenigstens erwähnen, damit es nicht vergessen wird. Es gibt auch im Jahr 2022 einen Rekord beim kommunalen Finanzausgleich: 10,56 Milliarden Euro, 244,6 Millionen Euro mehr im kommunalen Finanzausgleich als im Jahr 2021. Erstmals überschreiten wir bei den reinen Landesleistungen die 10-Milliarden-Grenze. Die Schlüsselzuweisungen steigen auf 4 Milliarden Euro. Zusätzlich geben wir zur Investitionsunterstützung im Bereich Artikel 10 FAG und RZWas noch einmal 400 Millionen Euro einmalig als Investitionsmöglichkeit im Jahr 2022, damit die Kommunen auch wieder entsprechend weiterbauen können, bei all den Bedarfen, die man vor Ort hat. Das bedeutet, dass wir im Jahr 2022 alleine für den kommunalen Hochbau mehr als eine Milliarde Euro im Haushalt bereitstellen werden. Auch das ist, wie üblich, ein Rekord.

Meine Damen und Herren, jetzt kommt ein besonderes Thema. Was bin ich die letzten Monate dazu von jetzt einer neuen Regierungskoalition angehörenden Parteien angeschrieben, ermuntert, gebeten und geschimpft worden! – Die Gewerbesteuererstattung müsse wieder gemacht werden wie im Jahr 2020. Die bayerischen Kommunen bräuchten eine Gewerbesteuererstattung. – Der Bayerischen Staatsregierung sind

immer Briefe geschrieben worden, wir sollten endlich eine Gewerbesteuererstattung machen. Das Lustigste war, dass mir die SPD-Oberbürgermeister Bayerns aus allen Richtungen schrieben, wir sollten für das Jahr 2021 unbedingt wieder die Gewerbesteuererstattung machen.

Ich habe dann mit etlichen SPD-Oberbürgermeistern großer Städte auch mal darüber gesprochen, wie das denn ist. Der Bundeskanzlerkandidat Scholz war ja auch da, hat sich hier in Biergärten feiern lassen und Wahlkampf gemacht. Das ist ja alles okay. Ich habe gefragt: Haben Sie über die Gewerbesteuererstattung gesprochen? – Antwort: Nein, da haben wir gar nicht darüber gesprochen, und im Übrigen haben wir großen Städte das große Problem schon gar nicht mehr. Die großen Städte haben das Problem schon gar nicht mehr. Es wurde gesagt: Wir brauchen das gar nicht mehr.

Meine Damen und Herren, Fakt ist: Gewerbesteuererstattung wie im letzten Jahr haben wir in Bayern für die Kommunen gerne organisiert. Noch schöner wäre es gewesen, wenn der Bund auch seinen Anteil geleistet hätte, meine Damen und Herren. Da kann die Ampel noch liefern.

(Beifall bei der CSU)

Alle, die in Berlin die nächste Zeit "mitampeln", sollen doch dafür sorgen, dass der Bund noch 330 Millionen Euro bereitstellt, wie das der Freistaat Bayern macht. Dann können wir für die Kommunen in Bayern den laut Steuerschätzung erwarteten Gewerbesteuerausfall 2021 komplett erstatten. So machen wir das halt für unseren Anteil, für die 50 %, wie wir das auch zugesagt haben, weil wir Wort halten.

Die Ampel will laut Koalitionsvertrag in Berlin lieber beschließen, dass man neues, frisches Geld nimmt für alte Schulden von Kommunen in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein, im Saarland oder wo auch immer, dort, wo Kommunen Kassenkredite haben, wo Kommunen pleite sind, im Gegensatz zu Bayern; denn bei uns ist die kommunale Finanzausstattung in Ordnung. Anstatt dass die Ampel mithelfen würde, dass sie in Ordnung bleibt, will man Geld für alte Schulden in Bundesländern

aufnehmen, um diese alten Schulden zu tilgen. Liebe Ampel-Freunde aus Bayern, verhindern Sie das bitte! Verhindern Sie das!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben im Etat Rekordsummen für Bildung, für Hochschulen und Schulen vorgesehen: 24,7 Milliarden Euro. Das sind 1,1 Milliarden Euro mehr als im letzten Jahr. Davon sind 70 Millionen Euro für digitale Bildung. Es sind 1.250 neue Stellen im Bereich der Schulen vorgesehen – 1.250 neue Stellen! –, davon alleine 1.220 für Lehrer und das Programm "Schule öffnet sich".

Wir haben 48 Millionen Euro für die Erwachsenenbildung vorgesehen. Das ist ein Thema, das den Fraktionen recht wichtig war; man hat oft miteinander darüber gesprochen, in welchem Bereich des Bildungsetats die Erwachsenenbildung abgebildet werden kann. Ich glaube, mit 48 Millionen Euro sind wir auf höchstem Niveau angekommen.

Wir sehen 5,78 Milliarden Euro für die Hochschulen vor. Die HTA ist der Forschungsturbo schlechthin. Meine Damen und Herren, wenn man in Deutschland mit Blick auf Hochschule und Wirtschaft über Zukunft spricht, dann spricht man über die bayerische Hightech Agenda, weil damit Zukunft kreiert, erforscht und umgesetzt wird. Wir haben das Geld dafür zur Verfügung. Ich spreche die Universitätsmedizin in Augsburg und die TU Nürnberg an: neue Studiengänge, künstliche Intelligenz, Informatik, Gesundheit und Pflege. All das ist abgebildet.

Ein Bereich, der uns allen am Herzen liegt, jedenfalls wenn wir sonntags sprechen, sind Familien und Kinder. Jeder erklärt, dass dies wichtig ist; die Zukunft dieser Gesellschaft sind Kinder und Familie. Die Einzigen, die nicht nur darüber sprechen, sondern auch bezahlen und unterstützen, sind wir in Bayern, meine sehr geehrten Damen und Herren, nämlich mit Höchstbeträgen, mit Rekordbeträgen für Familien und Kinder.

(Beifall bei der CSU)

Die Förderung von Kindertageseinrichtungen in Bayern ist im Haushalt mit 2,9 Milliarden Euro veranschlagt. Das sind fast 80 Millionen Euro mehr als im letzten Jahr. Hinzu kommen Leistungen wie das Familiengeld mit 769 Millionen Euro und viele andere Beträge, die für die Familien ausgegeben werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich will Ihnen sagen, wie sich die Ausgaben für Familien entwickelt haben. Im Bereich Förderung der Kindertagesstätten waren zum Beispiel 2009 700 Millionen Euro vorgesehen; 2018 waren es 1,98 Milliarden Euro; 2022 werden es 2,9 Milliarden Euro sein. Wir haben also in vier Jahren 1 Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Vorher hat man zehn Jahre gebraucht, um die Beträge so aufzustocken. Das zeigt, dass wir Familien mit einer unglaublichen Dynamik unterstützen. Wir unterstützen sie nicht nur mit Zahlungen und bei den Betriebskosten, sondern natürlich auch durch Investitionen in die Kitas; die Kommunen, die Träger sorgen dafür, dass unsere Kinder, unsere Familien optimal unterstützt werden. Wenn es um Unterstützung von Familien und Kindern geht, kann ich nur ein Wort sagen: Rekord!

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Bereich Verkehr und Wohnen. 395 Millionen Euro sind für die Staatsstraßen vorgesehen. 80 Millionen Euro sind für das Jugend-Ticket, für das 365-Euro-Ticket vorgesehen. Mehr als 500 Millionen Euro fließen in die Wohnraumförderung; 150 Millionen Euro sind für das kommunale Wohnraumförderprogramm und 140 Millionen Euro für das Wohngeld vorgesehen. Auch hier Rekorde, wohin man blickt.

Ich komme zur inneren Sicherheit und zum Rechtsvollzug, den wir in Bayern organisieren müssen und können. Dieser Bereich wird in Bayern massiv weiter ausgebaut. Die 500 Stellen für Polizistinnen und Polizisten, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurden, werden umgesetzt. Hinzu kommen 120 neue Stellen für die Justiz. Das Polizei-Budget erhöht sich um 35 Millionen Euro. Wir geben für Sicherheit und Rechtsschutz in Bayern 7,5 Milliarden Euro aus. Für die Digitalisierung von Gerichten und

Staatsanwaltschaften sind 106 Millionen Euro vorgesehen; 110 Millionen Euro stehen für den Digitalfunk zur Verfügung. Ich glaube, dass sich hier jeder wiederfindet und dass innere Sicherheit in Bayern ein Markenkern, ein Thema bleibt, das wir nicht nur beschreiben, sondern auch ausfüllen, das wir auch leben. Die Zahl der Polizistinnen und Polizisten ist auf einem Niveau angekommen, das zu einem noch nie da gewesenen subjektiven und objektiven Sicherheitsgefühl der Menschen in Bayern führt. Deswegen glaube ich, dass wir beim Optimum angekommen sind.

Natürlich haben wir noch andere Themen, die uns beschäftigen. Ich sage das nur der Vollständigkeit halber, da wir im Sommer lange über die Frage diskutiert haben, wie wir mit den Herausforderungen im Zusammenhang mit Naturkatastrophen und Hochwasser umgehen. Auch hier haben wir Wort gehalten. 214 Millionen Euro werden wir für die Bewältigung der Hochwasserkatastrophen dieses Jahres ausgeben. Aufgrund des Bundesfonds, den wir füttern müssen, haben wir in den nächsten Jahren 1,1 Milliarden Euro zu leisten. Wir zahlen nicht aktiv, sondern erhalten in entsprechender Höhe keine Umsatzsteueranteile. In Solidarität mit den anderen Bundesländern sorgen wir wie alle dafür, dass wir angesichts der großen Herausforderungen dieser Gesellschaft zusammenstehen können. Natürlich sind dies aber Gelder und hohe Summen, die im Haushalt dann für andere Dinge nicht zur Verfügung stehen.

Ich komme zur Digitalisierung der Infrastruktur. Auch das ist ein Thema, bei dem ich mich immer wieder wundere, wie man die Realität so ausblenden kann. Ich erlebe das oft. Wir stellen für den Glasfaserausbau im Haushalt erneut 225 Millionen Euro bereit. Die Gigabitrichtlinie konnten wir in Bayern als erste Region in Europa umsetzen. Vor eineinhalb Jahren haben wir die Zustimmung erhalten, dass wir den Glasfaserausbau dort fördern dürfen, wo es noch keine 30 Mbit/s gibt. Wir waren die Ersten in ganz Europa, die das durften. Der Bund darf es jetzt auch – noch nicht einmal seit einem Jahr.

Wir haben Bundesprogramm und Landesprogramm so zusammengefügt, dass den Kommunen eine 90-prozentige Förderung zur Verfügung steht, wenn sie Glasfaserausbau betreiben. Allerdings müssen dann, wenn sich die Glasfaserleitungen in den

Häusern und Gebäuden befinden, diese auch gebucht werden, meine Damen und Herren. Ich habe mir erst heute wieder die Zahlen angesehen. Bei den in Bayern für Unternehmen zur Verfügung stehenden Glasfaserleitungen nutzen genau 13 % der Unternehmer die volle Übertragungsleistung und buchen Gigabit – 13 %! Im privaten Bereich nutzen 2 % die zur Verfügung stehende volle Leistung.

Wir haben für unsere Ausbauaktivitäten in Bayern in den letzten Jahren mittlerweile über 2 Milliarden Euro an Steuergeldern ausgegeben – die Kommunen, der Freistaat und der Bund mit seinem Förderprogramm –, und wir sind erfolgreich. Hinsichtlich des ländlichen Raumes liegen wir deutschlandweit auf Platz 1. In den letzten Jahren haben wir bei den Übertragungsraten in allen Bereichen 30, 50 oder 100 Mbit/s erreicht und den ersten oder den zweiten Platz erklommen. Bei der Verlegung von Glasfaserleitungen bis ins Haus liegen wir nach Schleswig-Holstein auf Platz 2. Bei Gigabit liegen wir unter Einbezug von Koaxkabel mit 64 % Quote auf Platz 4.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann doch nicht dauernd so tun, als hätten wir in Bayern noch nichts erreicht. Nirgendwo wurde so viel erreicht wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind die Ersten in Europa, die das dürfen. Wir machen das. Wir machen das auch weiter. Ich rufe alle, die Anschlüsse haben, dazu auf, die Leistung auch zu buchen.

Was die Digitalisierung anbelangt, haben wir heute im Kabinett weitreichende Beschlüsse gefasst. Eine Digitalagentur wird eingerichtet werden. Für die Kommunen wird es im Hinblick auf die Umsetzung der E-Government-Verfahren weitere Unterstützung geben. Ich glaube, dass wir mit diesem Haushalt einen klaren Schwerpunkt im Bereich der Digitalisierung setzen.

Bei der Wirtschaft setzen wir ohnehin einen Schwerpunkt. Mit gemeinsam mit dem Bund finanzierten Projekten haben wir für die Wirtschaft für die nächsten Jahre mittler-

weile allein im Bereich IPCEI beispielsweise 600 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt: für gemeinsam finanzierte Forschungseinrichtungen, für Mikroelektronik, für Wasserstoff, für Batteriefertigung. Was sollen wir denn noch alles tun? Dies umzusetzen, wird eine große Herausforderung sein. Wir wollen das umsetzen. Wir in Bayern haben eine Wasserstoffstrategie. Im Hinblick auf den Klimaschutz haben wir viel Geld für Investitionen vorgesehen. Deswegen glaube ich auch hier: nur Rekorde!

Landwirtschaft und Umwelt sind in diesem Haushalt bestens abgebildet. Bei allen Förderungen gibt es Rekorde. 42 Millionen Euro sind im Bereich der Landwirtschaft für Klima, Wald, Humus und Ökolandbau vorgesehen. Wir haben 6 Millionen Euro für Tierwohl vorgesehen und erhalten zusätzlich 77 Millionen Euro Fördergeld von der Europäischen Union. Diese Gelder können investiert werden. 21 Millionen Euro stehen dem Umweltministerium für Naturschutz und Landschaftspflege zusätzlich zur Verfügung: für Moore, für den Streuobstpakt, für Vertragsnaturschutz, für Wasser usw. usf.

Das Megathema ist Gesundheit und Pflege. 5,6 Milliarden Euro stehen hierfür im Haushalt. 425 neue Stellen sind für den öffentlichen Gesundheitsdienst vorgesehen, 430 Millionen Euro für das Landespflegegeld. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß es nicht, ob es in Deutschland oder auf der ganzen Welt ein Land gibt, das im Verhältnis zur Größe des Haushaltes in der Lage ist, solche Summen auszureichen, solche Sozialleistungen zu bieten, wie wir das in Bayern machen und nach wie vor zugunsten der Menschen in unserem Lande tun.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich gibt es weiterhin die Zuweisungen in den Ausgleichsfonds des Pflegeberufegesetzes und 60 Millionen Euro für Tagespflegeplätze und Pflegeheime. Das alles sind Investitionen, um gegen die Krise anzukämpfen.

Ich danke allen Fraktionen, die mithelfen und mitgeholfen haben, auch in der Pandemie, in der Krise.Wir haben oft auch mit der Opposition diskutiert. Es ist ja nicht so, dass wir überall völlig konträrer Meinung sind. Oft streitet man um die Wege, um die Summen. Ich bedanke mich ganz bewusst dafür. Die Regierungsfraktionen tragen diesen Haushalt. Ich danke ihnen in besonderer Weise. Ich danke der Opposition, dass wir vieles besprechen konnten. In der Situation der Pandemie wünschte ich mir manchmal, dass wir weniger parteipolitische Auseinandersetzungen hätten; denn wenn man die Größe der Aufgabe betrachtet, wenn man die Herausforderung sieht – größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg –, habe ich manchmal die Sorge, dass wir oft sehr kleinkrämerisch unterwegs sind, wenn es darum geht: Wie können wir diese Pandemie, diese Krise bekämpfen? Ich sehe uns auf einem sehr guten Weg. Jedenfalls in wirtschaftlicher Hinsicht ist mit diesem Haushalt die Grundlage geschaffen, dass wir auch 2022 gut durch diese Krise kommen.

Aber es ist wie gesagt eine Momentaufnahme. Da werde ich dann gefragt: Kannst du ausschließen, dass 2023 die Schuldenbremse wieder gerissen wird? – Ich will es gern ausschließen, meine Damen und Herren. Aber die "Ausschließeritis" in Pandemiefragen kann beim Haushalt niemand seriöserweise betreiben. Ja, es ist mein Ziel: Ich will so schnell wie möglich zurück zu haushaltspolitischen Normalitäten. Aber die Pandemie schreibt ihre eigenen Gesetze. Da können wir planen und planen. Wie das Sprichwort sagt: Die Planer planen, und das Schicksal lacht darüber. – Deswegen hoffe ich, dass das Schicksal diesen Planungen zur Wahrheit verhelfen wird. Jedenfalls haben wir unser Bestes gegeben.

Da danke ich meinem Haus, allen, die in den unterschiedlichsten Abteilungen im Namen unserer Staatsregierung für den Haushalt Verantwortung tragen. Das ist eine Herkulesaufgabe. Ich danke meinen Kollegen im Kabinett und in der Staatskanzlei. Wir haben in langer Klausur über diesen Haushalt beraten.

Dieser Haushalt ist ein Angebot an alle in Bayern, diese Krise gemeinsam zu bewältigen. Er ist das momentane Planungsoptimum. Wer jetzt genau sagen kann, was in

den nächsten Monaten geschieht, der sollte sich melden. So jemanden suche ich. – Wir planen jetzt auf der Grundlage, bei der wir wissen, was man planen kann. Wir haben die Zukunft fest im Blick mit Bildungsausgaben, Gesundheitsausgaben, Digitalisierung, einer hervorragenden Infrastruktur, Klima – so viel Geld wie noch nie in Bayern für Investitionen im Bereich Klima –, und das alles bei größtmöglicher Zurückhaltung bei der Neuverschuldung. Das ist ein echter Zukunftshaushalt.

Wenn ich am Anfang sagte, wir investieren gegen die Krise, dann kann ich das zum Schluss sehr gut belegen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir hatten im Jahr 2021 9,9 Milliarden Euro an Investitionsausgaben geplant mit einer Investitionsquote von gut 14 %. Ich konnte damals vermelden: Rekord. – In diesem Haushalt haben wir 11,3 Milliarden Euro mit einer Investitionsquote von annähernd 16 %, die dafür vorgesehen ist, sich gegen die Pandemie zu stemmen. Das ist ein totaler Rekord, und ich kann mir nicht vorstellen, dass wir uns in dieser großen Krise – wünschen kann man immer – überlegen, wo wir noch mehr Geld ausgeben können, sondern wir müssen jetzt alle miteinander überlegen, wie wir ausgewogen handeln. Krisenbewältigung ist das eine, die Einhaltung der Schuldenbremse das andere. Es ist notwendig, die Politik danach auszurichten. Wenn man über die Schuldenbremse redet, dann muss man auch Politik danach machen. Deswegen geht es darum, die Krise zu bekämpfen und in die Zukunft zu investieren und Schulden nur dort aufzunehmen, wo es nötig ist.

Diese Gesellschaft muss den Zusammenhalt gut organisieren. Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg. Ohne gesunde Menschen gibt es keinen wirtschaftlichen Erfolg, ohne Zusammenhalt in der Gesellschaft auch nicht. Deswegen müssen wir alles dafür tun. Ich stehe ja nicht so oft hier, um diese Dinge zu besprechen; aber ich glaube, dass wir in finanzieller Hinsicht mit diesem Haushaltsentwurf einen großartigen Beitrag leisten zum Zusammenhalt dieser Gesellschaft – wenn wir denn wollen. Wir führen dieses Land verantwortungsbewusst durch diese Krise.

Jetzt kommt es darauf an, ob wir den Menschen Angst machen oder mit den Möglichkeiten unseres Haushalts Perspektive und Hoffnung schaffen. Hier ist so viel enthalten, meine Damen und Herren, dass Perspektive und Hoffnung aus diesem Haushalt in finanzpolitischer Hinsicht gut erwachsen können. Wir machen das. In Bayern ist auch Haushaltspolitik nachhaltig, Klimapolitik ohnehin. Ich bin mal gespannt, was wir in den nächsten Monaten von Berlin lernen, wie man es besser machen kann. Ich sprach es an: Die "kreativen" Ideen dort und der Glaube, niemand wird es merken – meine Damen und Herren, das wird in den nächsten Monaten sicherlich viele Diskussionen auslösen.

Wir wollen in Bayern Bewegung. Deswegen organisieren wir in Bayern Kreisverkehre. "Ampel" ist Stillstand, ist Stop and Go.

(Zuruf)

Kreisverkehr ist Bewegung, Aktivität und Zukunft. Das brauchen wir in Bayern: Aktivität, Bewegung und Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Dafür steht dieser Haushalt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister, auch für die freundlichen Glückwünsche für die persönliche leichte Veränderung der Jahreszahl bei mir. Im Gegensatz zu den anderen Zahlen war das bei meiner persönlichen Jahreszahl eine kleine "Fummelei". Vielen Dank dafür.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Wir haben 119 Minuten Redezeit vereinbart. Die erste Rednerin ist die Kollegin Claudia Köhler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren Staatsminister! Zum wiederholten Mal kommt

der Entwurf des Haushaltplans erst kurz vor Weihnachten. Das kennen wir. Das ist knapp und schwer vorzubereiten, sowohl für die Opposition als auch für Ihre eigenen Leute. Aber darf ich mal fragen: Womit haben Sie sich im Spätsommer eigentlich beschäftigt? Mit Corona offensichtlich auch nicht. Dazu kommt jetzt nämlich noch eines: Mitten in der Krise können wir den Haushalt erst zum 2. Quartal beschließen. Stellen können so frühestens ab April geschaffen und besetzt werden. Alle freiwilligen Leistungen sind aufgeschoben. Statt das Land am Laufen zu halten, lassen Sie jetzt die Kommunen, die Träger, warten, weil die Förderung nicht klar ist, und das bei dieser Lage in Bayern!

Ja, vorläufige Haushaltsführung spart immer Geld. Aber ich hoffe nicht, dass das Ihr Hintergedanke war. Ihr verspäteter Haushalt hat nämlich zur Folge, dass über den Jahreswechsel hinaus ein Großteil unserer Leute von den Finanzämtern weiter an die Gesundheitsämter delegiert werden. Sie haben selber gesagt: 425 neue Stellen, die jetzt nicht rechtzeitig geschaffen und besetzt werden können, an diesen Gesundheitsämtern, die Sie jahrelang unzureichend ausgestattet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Knapp 71 Milliarden Euro umfasst dieser Haushalt. Was ist drin, was fehlt? – Zunächst ist endlich der pauschale "Stellenabbauparagraph" 6b weg. Das haben wir 20 Jahre lang gefordert. Danke für zumindest diese Einsicht. Wir hatten im Herbst einen 10-Punkte-Plan vorgelegt und die Richtung vorgegeben. Wir hatten mindestens eine Milliarde Euro für Klimaschutz und Klimaanpassungen in Stadt und Land gefordert. Und siehe da: Der Ministerpräsident hat daraufhin eine Klimamilliarde verkündet. Wir haben allerdings eine Klimamilliarde im Haushalt 2022 gemeint. Sie haben die Milliarde mit Verpflichtungsermächtigungen auf die nächsten Jahre verteilt. Rüsten Sie die Kommunen jetzt endlich für Starkregenereignisse und für Dürren! Denken Sie an die Klimaanpassung, und zwar schon bevor eine Katastrophe passiert! Spätestens nach den Ereignissen in Simbach und anderswo in Bayern ist doch jedem klar: Wenn wir noch länger warten, wird es unendlich teuer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Klimaanpassung" aber bleibt ein Unwort für diese Staatsregierung. Bei allen Haushaltstiteln, in denen das Wort "Klimaanpassung" vorkommt, wurde gekürzt. Dabei brauchen die Kommunen und Landkreise Mittel für Kartierungen, für Notfallpläne, für Hitzeaktionsmanagement oder für Wassermanagement. Für eine Klimaresilienz reichen die 34 Millionen Euro mehr im Ministerium für Umwelt also noch nicht.

Für Moorschutz – das will ich auch sagen – habe ich 25 Millionen Euro gefunden. Sehr gut! Verwenden Sie dieses Geld aber bitte nach der ORH-Kritik nicht nur für den Ankauf von Mooren, sondern auch für echte Renaturierungen, und seien Sie dann bitte auch konsequent, meine Damen und Herren, und verhindern Sie die Bebauung in Moorgebieten wie in Nassenfels oder die Gasförderung oder gar Fracking, wie es in Halfing momentan in der Luft hängt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch etwas: Planen Sie den Waldumbau und das neue Non-Profit-Denken für unsere Staatsforsten ein! Die Anhörung war mehr als deutlich. Wir brauchen Mittel für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Ihr eigenes Maßnahmenprogramm weist ganz klar mehr Ausgaben aus, als Sie jetzt angesetzt haben. Wir werden ein weiteres Mal den Wasser-Cent einbringen. Ich wundere mich sowieso darüber, weil Sie ihn ebenso wie der Umweltminister in der Pressekonferenz eigentlich schon in der Regierungserklärung angekündigt haben, er jetzt aber im Haushaltsentwurf gar nicht enthalten ist.

Dieser Sommer hat gezeigt, dass wir einen effektiven Katastrophenschutz brauchen. Das geht von der Ausbildung über die Ausstattung der Rettungskräfte bis hin zu funktionierenden Schnittstellen und Vernetzungen. Wir haben hier offene Flanken. Damit hat die Kollegin recht. – Herzlichen Glückwunsch zur Wahl zur Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes. Es müssen aber alle schnell reagieren können. Es wäre richtig effizient und innovativ, jetzt in Bayern schnellstens und vorausschauend eine Lehr-

gruppe zu bilden und für die Schulung der Führungsgruppe Katastrophenschutz in unseren Verwaltungen bereitzustellen. Jetzt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Verkehrssektor: Ja, endlich gibt es Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur und die Wiederaufnahme des Schienenpersonennahverkehrs, vor allem im ländlichen Raum. Ja, das ist super, wenn das Geld dann auch wirklich fließt und verbaut wird. 10 Millionen Euro für die Radoffensive klingen auch gut; das reicht aber nur für drei Kilometer Radschnellweg. Treten Sie da bitte in die Pedale! Da geht noch sehr viel mehr. Ich fürchte, Sie haben noch nicht verstanden, wie groß der Handlungsdruck ist. Machen Sie eine Kehrtwende; denn Sie kennen ja den Befehl: Wenn möglich, bitte wenden.

Noch ein Wort zu den JaS-Stellen – Jugendsozialarbeit an Schulen –: Der Bund hat für Bayern 140 zusätzliche Stellen genehmigt, um den Folgen aus der Pandemie und der Krise zu begegnen. Sie legen die harte bayerische Richtlinie darauf, sodass kaum einer diese finanzierten Stellen beantragen kann. Von den 140 vom Bund finanzierten Stellen wurde 2021 in Bayern noch gar keine geschaffen. Das zeigt, wie egal dieser Staatsregierung unsere Jugend ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gleiche zeigt übrigens ein Schreiben von gestern, wo es klipp und klar heißt, dass die Berufseinstiegsbegleitung ausläuft. Es gibt dreieinhalbtausend Jugendliche mit schwierigen Startvoraussetzungen, und eine bewährte Maßnahme für gute Ausbildungsverhältnisse wird abgewürgt. Ich hatte schon erwartet, dass Sie nach all diesen Diskussionen und all diesen Schreiben der ausbildenden Unternehmen einen Weg gefunden hätten und die Jugendlichen nicht endgültig hängen ließen.

Noch einmal zum traurigen Thema Jugend: Sie haben 1.000 Stellen für die Umstellung auf das G9 in den Haushalt geschrieben; das schaut gut aus. Sie haben diese

aber bis 2025 gesperrt. Glauben Sie wirklich, dass Sie im Jahr 2025 auf einmal wirklich 1.000 Lehrer herbringen? Woher wollen Sie die holen? Wir laufen hier wieder in einen Lehrermangel hinein. So viel zu den großzügigen Taten für Familien und Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rechnen wir doch einmal richtig miteinander nach. In den letzten beiden Jahren haben Sie 20 Milliarden Euro kreditfinanziert für die Corona-Bekämpfung und gegen das Versprechen, gut zu haushalten und den Rest zurückzugeben, bekommen. Böse Zungen haben schon damals gesagt, dass man von diesem Geld nichts mehr wiedersehen werde. Siehe da! – Im neuen Haushaltsentwurf etikettieren Sie den Rest einfach um und nennen es Corona-Investitionsprogramm, Herr Minister. Das hat zeitlich und inhaltlich überhaupt keinen Zusammenhang zur aktuellen Notlage. Das hat überhaupt nichts mit der Corona-Pandemie zu tun. Ich zitiere einmal aus der Liste: 148,5 Millionen Euro für Baumaßnahmen in Schulen. – Super, hat aber nichts mit Corona zu tun. 18 Millionen Euro für Dorferneuerung. – Sie haben doch schon vor Corona die Ortskerne mit den Gewerbegebieten am Ortsrand ausbluten lassen. Die gesamte Kampagne "Klimaland Bayern" zahlen Sie jetzt aus Corona-Mitteln. 46 Millionen Euro für Um- und Ausbau von Staatsstraßen, obwohl schon 350 Millionen Euro beim Fachministerium stehen. Staatsstraßen wegen Corona? – Das ist wirklich lächerlich.

Im Übrigen zu allen von Ihnen vorgetragenen und heute verkündeten Digitalisierungsmaßnahmen: Heißt das, dass wir uns die Diskussion und die Debatte über den Haushalt sparen können? Eigentlich wird so etwas nach Verabschiedung des Haushalts, zumindest aber nach der Ersten Lesung verkündet. Damit Sie mich richtig verstehen: Die ganzen Investitionen – Straßenbau vielleicht nicht gerade – sind dringend notwendig und eigentlich auch richtig. Wir haben sie jahrelang vorgeschlagen. Aber dann nennen Sie das Kind bitte beim Namen! Werden Sie ehrlich und erzählen Sie nicht, Sie machten keine Schulden. Sie haben den ganzen Herbst lang erzählt, Sie machten keine Schulden. Die Wahrheit ist: Sie nehmen 5,8 Milliarden Euro an Krediten im Jahr 2022 auf. Jetzt ist es eng geworden, und jetzt mogeln Sie sich wieder über

zweckentfremdete Corona-Kredite durch. Was machen wir, wenn die Pandemie im Januar vielleicht nicht zu Ende ist und wir das Geld für Corona doch noch gebraucht hätten?

Sie haben sich treiben lassen, anstatt aktiv in die Zukunft zu planen. Das war die ganzen letzten Jahre in Bayern so. Die Konjunktur war gut, und es gab viel Steuergeld; alles Geld ist ausgegeben. Sie hatten so viel Steuergeld; auch heuer waren es am Ende wieder 3,4 Milliarden Euro mehr als zuletzt geschätzt. Parallel ist unter dem Ministerpräsidenten Söder unsere Rücklage von 11,3 Milliarden Euro auf inzwischen nur noch 4,1 Milliarden Euro geschrumpft. Das Geld ist versickert und wurde mit vollen Händen ausgegeben, übrigens meistens für Ihre Wahlgeschenke. Weil das Geld aber knapp ist, hatte der Ministerpräsident heuer eine neue Idee. Er verteilt jetzt immer Gutscheine, wenn es brennt: Gutscheine für Schwimmkurse und Gutscheine für Vereinsmitgliedschaften. Vor Ort kann man das gar nicht einlösen, weil die Vereine gar nicht wissen, wie sie das handhaben sollen.

Alle Versäumnisse der letzten Jahre schlagen jetzt doppelt zurück. In der Pflege fehlen Plätze und Personal; die fehlende Digitalisierung wirft Bayern zurück, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesundheitlich. Wir sind immer noch nicht in der Lage, Daten über Tests und Infektionen einheitlich von Amt zu Amt zu schicken. Die Liste der öffentlichen Gebäude, die energetisch fit gemacht werden müssen, wird länger und länger. Ich hoffe sehr, dass Sie nicht das mit "Jahrhundertprojekten" gemeint haben, dass es noch ein Jahrhundert dauert, bis einmal unsere Hochschulen und Kliniken fit gemacht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle unsere Wohlfahrtsverbände ächzen, weil der Eigenanteil von 10 % realiter schon längst überschritten wurde.

Ich habe noch einmal eine direkte Frage, weil wir uns ja eigentlich gut miteinander im Ausschuss unterhalten: Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREI-

EN WÄHLER, wo ist denn Ihr Blick aufs Ganze? – Sie werden jetzt Ihre Fraktionsreserve von noch einmal 60 Millionen Euro obendrauf verteilen. Das sind schöne Projekte, und es gibt in Ihren Stimmkreisen schöne Pressefotos; keine Frage. Ich sage Ihnen aber: Was bei Ihnen vor Ort nicht auskömmlich finanziert ist, das gilt doch für ganz Bayern. Geben Sie sich einen Ruck, und stellen Sie dazu wegweisende Anträge, von denen alle etwas haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unserem Mittelstand geht gerade die Puste aus. Leuchtturmprojekte Ihrer sogenannten Hightech Agenda Bayern helfen unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen überhaupt nicht. Das Rückgrat unserer Wirtschaft wird von Ihren Milliarden für bayerische Marsmissionen überhaupt nicht erreicht. In einer solchen Lage kürzen Sie auch noch den Meisterbonus um 28 %! Was tun Sie eigentlich für den Mittelstand und die duale Ausbildung in einer Zeit, in der wir händeringend Fachkräfte brauchen?

Sehr geehrte Damen und Herren, ich erwarte mir ernsthafte Sachdebatten. Ernsthaft heißt eben nicht, dass am Donnerstagvormittag im Fachausschuss unser Antrag auf Unternehmerlohn für die von der Absage der Weihnachtsmärkte betroffenen Schausteller abgelehnt wird und der Ministerpräsident eine Stunde später genau diese Hilfen wörtlich verkündet.

(Unruhe)

Sind Sie abgekoppelt vom Handeln der Staatsregierung? In den letzten Jahren haben Sie viel versiebt, wenn ich das einmal so sagen darf. Sie haben viel konsumtiv ausgegeben, statt in die Infrastruktur zu investieren. Das ist nämlich alles Teil der Misere, in der wir jetzt sind. Jetzt nehmen Sie alles an Schulden auf, was geht, geben aber keinerlei sinnvolle Einsparvorschläge. Sie erhöhen alles Mögliche einfach einmal. – Das ist schön, aber Struktur kriegt das Ganze so nicht. Sie müssen sich bitte endlich einmal entscheiden und den Leuten sagen, wohin die Reise geht.

Dieser vorgelegte Gesetzentwurf hat unseres Erachtens keine Richtung. Den Klimaschutz auszurufen und über 400 Millionen Euro für den Neubau von Staatsstraßen anzusetzen, widerspricht sich.Nötig ist jetzt eine konsequente und ehrliche Politik, auf die sich die Unternehmen und die Menschen in unserem Land auch verlassen können. Ja, wir werden viel Geld brauchen, und die Zeiten sind schwieriger geworden. Umso wichtiger ist es, dass jetzt endlich zielgerichtet für Bayern geplant wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Als Nächster hat Herr Josef Zellmeier für die CSU-Fraktion das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt ist weltweit die zentrale Kompetenz der Parlamente und insbesondere auch des Bayerischen Landtags. Bayern ist nach wie vor in der glücklichen und hart erarbeiteten Situation, dass wir finanziell stärker und solider sind als andere Bundesländer und der Bund. Liebe Frau Kollegin Köhler, das haben wir uns hart erarbeitet. Das wurde uns nicht geschenkt. Das ist keine Gottesgnade. Das haben wir uns durch die langjährige Politik der Regierungskoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN hart erarbeitet, weil wir schon immer auf solide Haushalte setzen. Wir wissen, dass das in anderen Ländern, die lange Zeit andersfarbig regiert worden sind, nicht der Fall ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses zentrale Steuerungselement steht momentan auf unsicheren Beinen. Wir wissen nicht genau, wohin sich die Pandemie entwickelt. Vor Kurzem dachten wir noch, es wird besser. Jetzt befinden wir uns in der vierten Welle. Lieber Finanzminister Albert Füracker, die Aufstellung dieses Haushaltsplanentwurfs ist deshalb eine besonders gelungene Leistung. Dafür möchte ich dir und deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium ganz besonders Danke sagen. In diesen schwierigen Zeiten einen so hervorragenden Haushalt vorzulegen, gelingt mit Sicherheit nicht jedem.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Frau Kollegin Köhler hat vorhin gesagt, der Haushalt komme zu spät. Ich sehe das vollkommen anders. Der Haushalt ist genau zur richtigen Zeit hier im Landtag eingebracht worden. In den Entwurf konnten die Ergebnisse der Steuerschätzung aus dem November eingearbeitet werden. Sie haben selber gesagt, die Steuereinnahmen seien deutlich höher ausgefallen. Das ist für dieses und auch für das nächste Jahr der Fall. Das ist sehr gut für uns und bedeutet auch, dass wir die Kreditaufnahme reduzieren konnten. Wir sorgen insgesamt dafür, dass die 20 Milliarden Euro, die ursprünglich für ein Jahr geplant waren, für drei Jahre reichen werden. Wenn wir das nicht gewusst hätten, hätten wir anders agieren müssen. Auf der Grundlage dieser Zahlenbasis können wir im neuen Jahr diskutieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vorläufige Haushaltsführung ermöglicht uns, diese relativ kurze Zeit zu überbrücken und die notwendigen Leistungen für die Menschen in Bayern zu erbringen.

Bayern hat nicht umsonst durch zwei bedeutende Agenturen ein Spitzenrating erhalten. Standard & Poor’s und Moody’s haben uns bescheinigt, dass wir im Hinblick auf die finanzielle Solidität als einziges Bundesland Deutschlands an der Spitze stehen. Die Experten würdigen ausdrücklich die Anstrengungen der Staatsregierung und des Bayerischen Landtags, die Wirtschaft in Bayern zu stabilisieren und gleichzeitig die Staatsverschuldung verantwortungsvoll im Blick zu haben. Das Lob der Finanzmärkte gebührt in erster Linie unserem Finanzminister und dem Finanzministerium, aber auch den Kolleginnen und Kollegen von CSU und FREIEN WÄHLERN hier im Haus, die diese solide Politik mittragen. Ich möchte allen ein Dankeschön hierfür sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Übrigen haben alle Fraktionen, auch die Fraktionen der Opposition, durch die Weihnachtspause zehn Wochen Zeit bis zu den Haushaltsberatungen, um sich intensiv mit dem Haushalt zu beschäftigen. Ich hoffe, dass in dieser Zeit auch der nötige Lerneffekt bei der Opposition eintritt.

(Zurufe)

Im Anschluss können wir solide diskutieren. Die Diskussion im Haushaltsausschuss ist immer von hoher Qualität. Dabei schließe ich alle Fraktionen mit ein. Ich bedanke mich für das gute Miteinander bei den Beratungen, wenn wir außerhalb des Plenums wieder zur Sachlichkeit zurückkehren. Frau Kollegin Köhler, an sich sind wir immer sehr sachlich unterwegs. Heute haben Sie jedoch Punkte hervorgekehrt, die Sie anders und aus meiner Sicht falsch einschätzen. Ich werde gerne darauf kontern.

Der Sonderfonds Corona ist natürlich wieder notwendig. Auch der Bundesfinanzminister und zukünftige Kanzler hat zugestanden, dass es ohne eine coronabedingte Schuldenaufnahme nicht gehen werde. Wir hoffen, dass diese Situation bald aufhören wird und die Steuereinnahmen entsprechend steigen werden. Dafür müssen wir alles tun. Gleichzeitig müssen wir die notwendige Vorsorge für Gesundheitsausgaben und Investitionen in die Zukunft treffen. Das hat Bayern immer ausgezeichnet: das Notwendige zu tun, die Zukunft immer fest im Auge zu haben und gleichzeitig solide zu wirtschaften.

Das Investitionsprogramm in Höhe von 1,5 Milliarden Euro dient dazu, die Wirtschaft aus der Krise zu führen. Es soll nachhaltiges und selbsttragendes Wachstum im Bereich der kommunalen und staatlichen Infrastruktur, der Digitalisierung, des Klimaschutzes, der Bildung und in vielen weiteren Bereichen erzeugen. Für den staatlichen Hochbau wird fast eine Viertelmilliarde Euro zur Verfügung gestellt. Die soziale Infrastruktur ist ganz wichtig. Der Landesbehindertenplan enthält viele Projekte, die auf der Warteliste stehen. Hierfür werden 95 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Wichtig ist auch der Um- und Ausbau von Staatsstraßen.

An dieser Stelle verstehe ich die Kritik der GRÜNEN am allerwenigsten. Ich und viele von uns leben auf dem Land. Dort weiß man, dass der öffentliche Personennahverkehr wesentlich von den öffentlichen Staatsstraßen getragen wird. Busse und E-Bikes brauchen auch Straßen und Radwege. Das heißt, dort muss gebaut werden. Die Staatsstraßeninfrastruktur umfasst auch die straßenbegleitenden Radwege.

Wir haben die Reaktivierung von Bahnstrecken aufgenommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines muss man dazu wissen. Es geht um Strecken, die das Tausender-Kriterium nicht erfüllen. Wir werden die Kommunen stärker einbinden müssen. Die Forderung, dass der Freistaat das finanzieren soll, wird nicht ausreichen.

Die Digitalisierung soll beschleunigt werden. Das Budget für die Beschleunigung der Digitalisierung ist ganz wichtig. Das Digitalministerium kann übergreifend tätig werden, damit schnell und kurzfristig gehandelt werden kann. Das war uns sehr wichtig. Über das innovative Konzept kann das Ministerium im Bereich dieser Millionen selbst entscheiden.

Wir führen die Hightech Agenda fort. Diese umfasst 400 Millionen Euro. Das ist wichtig und ganz entscheidend. Bayern zeichnet sich dadurch aus, dass wir in diesem Bereich führend sind. Frau Köhler, ich verstehe nicht, dass immer wieder irgendwelche Weltraumpläne genannt werden. Sagen Sie mir doch einmal konkret, was in den Weltraum geflogen werden soll. Das ist doch ein Nebenprodukt. Es geht doch um wesentlich andere Punkte wie die künstliche Intelligenz. Ganz wichtig ist auch die Gesundheitsforschung in diesem Zusammenhang. Das befördern wir ganz entschieden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Davon lassen wir uns auch von Ihnen nicht abbringen. Sie brechen immer nur einzelne Dinge heraus, um uns Fehler nachzuweisen, die mit Sicherheit keine sind.

Was wir nicht in dem Haushaltsplan finden, ist der Corona-Vorsorgeansatz, der in den ersten beiden Jahren wichtig war. Im ersten Jahr war der komplette Corona-Topf betroffen. Dann waren es nur noch gut 2 Milliarden Euro. Dieser Bereich war ganz wichtig. Wir brauchen ihn so jedoch nicht mehr. Wir kommen wieder zur regulären Aufstellung der Haushalte zurück. Wir werden, wenn wieder Geld notwendig ist – man weiß es nicht hundertprozentig –, mit über- und außerplanmäßigen Ausgaben, mit den klassischen Instrumenten hantieren müssen, die uns gegeben sind. Wir werden erforderlichenfalls auch einen Nachtragshaushalt beraten müssen, wenn er notwendig wä-

re.Auf die Dauer ist ein Sonderfonds nicht das Mittel der Wahl. Wir hatten eine Sondersituation und müssen jetzt langsam wieder zum Normalmodus zurückkommen, auch wenn uns die Außergewöhnlichkeiten noch eine Zeit lang begleiten werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch vor wenigen Monaten dachte ich, dass wir heute darüber reden würden, wie wir die Abfinanzierung der Corona-Hilfen und die Rückzahlung der Schulden bewältigen können. Davon sind wir aufgrund der aktuellen Entwicklung leider noch ein Stück entfernt. Im Kabinett wurden jetzt Hilfen für die Schausteller und andere Berufe, die von der Absage der Weihnachtsmärkte betroffen sind, beschlossen. Hier können noch andere Herausforderungen auf uns zukommen. Wir werden hier schnell reagieren, wenn Not am Mann ist.

Wir stehlen uns nicht aus der Verantwortung. Das zeigt sich zum Beispiel bei der Kompensation der Gewerbesteuer. Der Finanzminister hat es vorhin gesagt: Wir haben kein Verständnis dafür, wenn die Ampelkoalition in Berlin wieder das alte Lied von der Entschuldung der Kommunen von Altschulden singen will. Dieses Lied bringt uns in Bayern nichts, weil wir unsere Kommunen, die deutlich geringer verschuldet waren als die Kommunen in anderen Bundesländern, schon lange von ihren Altschulden entschuldet haben. Wir haben diese Kommunen stabilisiert. Jetzt geht es wieder los. Wir zahlen in Berlin einen größeren Anteil der Steuereinnahmen und haben daneben noch den Länderfinanzausgleich, der immer noch existiert, auch wenn er im Haushalt so nicht mehr zu finden ist. Wir sollen also wiederum für die verfehlte Politik von rot-grünen Regierungen mitzahlen, die ihre Kommunen über Jahrzehnte hinweg im Stich gelassen haben. Nun soll es der Bund mit bayerischen Geldern richten. Das lehnen wir ab!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben trotzdem 330 Millionen Euro bereitgestellt, um vor allem die kreisangehörigen Gemeinden zu unterstützen. Das ist nur der halbe Anteil; denn die andere Hälfte vom Bund kommt ja leider nicht. Das Ergebnis der Steuerschätzung hat gezeigt, dass

die kreisangehörigen Gemeinden noch einen Bedarf an Hilfen haben, während die Städte eher mit Aufwüchsen rechnen können. Das ist wichtig, um den Ausgleich zwischen Stadt und Land zu schaffen.

Wir fahren einen Spagat zwischen coronabedingten Hilfen und der Investition in die Zukunft. Ich werde nachher noch ein paar Beispiele bringen, bei denen wir besonders aktiv sind und Schwerpunkte setzen. Das ist nämlich entscheidend. Wir leben zwar in Corona-Zeiten, wollen aber Bayern auch über diese Zeit hinaus zukunftsfähig aufstellen. Dafür brauchen wir das Bewusstsein für solide Finanzen und Investitionen in die richtigen Projekte zur richtigen Zeit. Diesbezüglich haben wir keine Versäumnisse, wie das Frau Kollegin Köhler gesagt hat. Nein, wir investieren dann, wenn es notwendig und sinnvoll ist.

Es erstaunt mich immer wieder, wenn ich höre, wir hätten Mehreinnahmen. Ja, die haben wir. Sie waren auch dringend notwendig. Deshalb können wir jetzt die Schuldenaufnahme reduzieren. Das ist doch klar: Die Neuverschuldung ist in der Bayerischen Verfassung nur in Notlagen vorgesehen. Sofern mehr Steuereinnahmen reinkommen, ist die Kreditaufnahme zu reduzieren. Dann dürfen die Ausgaben nicht erhöht werden. Wenn die GRÜNEN und die Opposition das anders sehen, dann liegen sie falsch und wollen etwas Verfassungswidriges. Wir tun nichts Verfassungswidriges! Wir stellen den Haushalt solide und verfassungskonform auf.

Natürlich ist es auch wichtig, dass wir über ein finanzielles Polster verfügen. Wir entnehmen der Rücklage 2,3 Milliarden Euro, weil nicht alle unsere Aufgaben über die Corona-Kreditaufnahme finanziert werden können und dürfen. Das wollen wir auch nicht. Die Rücklage wird sich aber trotzdem zum Jahresende immer noch auf 6 Milliarden Euro belaufen, weil wir aus den Resten wiederum einen Aufwuchs erwarten. Das ist auch notwendig, damit wir in der Zukunft ein Polster haben, um wichtige Ausgaben zu tätigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen keine Aushöhlung der Schuldenbremse, auch nicht durch Green Bonds oder Ähnliches, was die GRÜNEN vor sich hertragen. Ich möchte es einmal sehr deutlich sagen: Ich bin gespannt, was die FDP im Bund tun wird, die derlei auch immer abgelehnt hat. Wird sie es im Kreuz haben, eine versteckte Staatsverschuldung im Bund zu verhindern?

Betrachten wir uns die Gesamtsituation, dann sind wir in Bayern trotz 20 Milliarden Euro neuer Schulden, die wir in drei Jahren aufnehmen, immer noch mit Abstand das solideste Land im Bundesgebiet. Unsere Pro-Kopf-Verschuldung beträgt rund 2.600 Euro. Davon gehen rund 549 Euro auf das Konto des Sonderfonds Corona-Pandemie in diesem Jahr. Das ist deutschlandweit die niedrigste Verschuldung überhaupt. Der Durchschnitt der anderen westdeutschen Flächenländer liegt bei 8.650 Euro, also dreimal so hoch. Das müssen wir wissen, wenn wir heute darüber diskutieren, was wir besser machen könnten. Wir sind da offen und nehmen auch immer wieder einmal Ideen auf. Liebe Frau Kollegin Köhler, ich verstehe es nicht, dass Sie uns vorwerfen, dass wir Vorschläge von Ihnen ablehnten. Ja, das ist so, weil diese Vorschläge zur Unzeit kommen. Wenn die Vorschläge jedoch grundsätzlich gut sind und finanziert werden können, kommen wir gern darauf zurück. Warum Sie das nicht gut finden, verstehe ich nicht. Sie könnten das doch als Erfolg verkaufen. Sie tun das aber nicht. Daran sind Sie aber selber schuld.

Wir müssen jetzt nicht nur Corona-Folgen bewältigen, sondern auch die Wirtschaft ankurbeln. Deshalb haben wir das Investitionsprogramm aufgelegt. In vielen Branchen gibt es gestörte Lieferketten, Materialknappheit, hohe Energiepreise und eine hohe Inflation. Wir sparen, weil wir einer unsoliden Ausgabepolitik entgegenwirken wollen. Die globale Minderausgabe in Höhe von 700 Millionen Euro ist ein Zeichen: Wir nehmen nicht nur Schulden auf, sondern sparen auch in den Ressorts ein. Hier werden Ausgabereste genutzt, die sonst nicht mehr verbraucht werden können oder gar nicht mehr gebraucht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen vorausschauenden Haushalt, mit dem wir Impulse setzen. Wir stellen eine Klimamilliarde zur Verfügung. Das ist ein gewaltiger Betrag. Wir investieren diese Milliarde genau dort, wo es notwendig ist. Dazu gehören der Hochwasserschutz bei Starkregenereignissen, Energieeffizienz und vieles andere mehr.

Wir investieren auch sehr stark in die Bildung. Die Bildung ist für uns ein ganz wichtiger Schwerpunkt. Das sind insgesamt rund 25 Milliarden Euro, ein riesiger Brocken im Haushalt. Wir schaffen auch Stellen, zum Beispiel 1.120 Lehrerstellen. Wir investieren außerdem in die Digitalisierung der Schulen. Natürlich liegt dafür die Hauptverantwortung bei den Sachaufwandsträgern, also den Kommunen. Sie müssen die Hilfe, die wir anbieten, annehmen und durch den Ausbau umsetzen. Da sind wir schon sehr weit. Das ginge ohne die Förderung des Freistaats Bayern nicht. Mit 409.000 haben wir in Bayern die höchste Anzahl an Studenten, die es jemals gab. Wir investieren an den Universitäten nicht nur in die Lehre, sondern auch in die Infrastruktur, also die Gebäude, die wir für die Wissenschaft und die Forschung in Bayern allenthalben errichten.

Uns sind die Kinder und die Familien wichtig. 2,9 Milliarden Euro gehen in die Kindertageseinrichtungen, ein gewaltiger Betrag, mit dem wir die Kommunen unterstützen und die Eltern von Beiträgen entlasten. Mit diesen Mitteln werden auch das Bayerische Krippengeld und das Familiengeld mit 770 Millionen Euro finanziert, die noch oben draufkommen. Wir schaffen außerdem 73.500 neue Kinderbetreuungsplätze, indem wir die Mittel aus dem 4. Sonderinvestitionsprogramm erhöhen.

Ein weiterer unserer Schwerpunkte ist die innere Sicherheit. Keine andere Partei tut so viel für unsere Polizei wie die CSU. Bayern hat die niedrigste Zahl an Straftaten und die höchste Aufklärungsquote in ganz Deutschland. Bei uns lebt man dreimal sicherer als in der Bundeshauptstadt Berlin und doppelt so sicher wie im einwohnerstärksten Bundesland NRW. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin gespannt, was die Ampel in Berlin künftig im Bereich der inneren Sicherheit tun wird, ob sie diese Leis-

tungen, die wir erbringen, auch auf Bundesebene halten kann. Ich bin gespannt, ob der Schwerpunkt der Ampel-Regierung auf der inneren Sicherheit liegen wird. Wir werden es sehen. Eines dürfen wir nicht vergessen: Die Beschlüsse zur Zuwanderung werden auch uns in Bayern Geld kosten. Ich hoffe, dass Sie alle Folgen der Beschlüsse, die Sie in Berlin anrichten, finanzieren werden. Diese Beschlüsse blühen auch uns in unserem schönen Bundesland Bayern, ohne die Beteiligung eines bayerischen Ministers.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Finanzminister musste einen schwierigen Spagat zwischen den Hilfen in der Corona-Pandemie und den Investitionen in die Zukunft schaffen. Ich glaube aber, dass dieser Spagat bestens gelungen ist. Ich freue mich auf die Beratungen in den Gremien und bin schon gespannt, welche Anträge kommen werden. Ich bin überzeugt, dass wir mit unseren Fraktionsinitiativen die richtigen Schwerpunkte an den richtigen Stellen setzen werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Herr Ministerpräsident Söder ist leider heute nicht anwesend. Es geht ja nur um seinen Haushalt mit einem Umfang von 71 Milliarden Euro. Da muss man ja nicht kommen.In dieser Debatte geht es um den Haushaltsplan für das Jahr 2022. Der Haushaltsplan erfasst und bestimmt die Einnahmen und Ausgaben des Freistaats für das nächste Jahr. Der Haushaltsplan liefert also den genauen Fahrplan, wohin die Reise gehen soll, für was Geld ausgegeben wird und für was nicht. Er zeigt auch, wie viel Geld zum Verteilen da ist und wie viel ausgegeben wird.

Das ist auch zugleich unser erster Kritikpunkt: Die Einnahmen ohne Kredite und Entnahmen aus den Rücklagen belaufen sich auf 63 Milliarden Euro, die Ausgaben auf 71 Milliarden Euro. Das wird jetzt das dritte Jahr in Folge sein, in dem der Freistaat im Schnitt in summa 10 Milliarden Euro mehr ausgibt, als er ohne neue Schulden und Plünderung der Rücklagen einnimmt. Diese damit einhergehende weitere Verschuldung wäre auch in normalen Zeiten ein verfassungswidriger Verstoß gegen die Schuldenbremse. Die Regierung Söder möchte diese Verschuldung durch den ausgerufenen Katastrophenfall legitimieren.

Im Prinzip hätte im Fall einer Katastrophe auch niemand etwas einzuwenden, wenn sich der Staat verschuldete, um die Katastrophe abzuwehren. Wir haben so dem Corona-Sonderfonds ursprünglich auch zugestimmt, da dieser Fonds Mittel bereitstellen sollte, um die harten Folgen der mittlerweile irrsinnig aus dem Ruder gelaufenen Lockdown-Politik für die Bürger abzumildern.

Sie haben die Mittel dieses Fonds allerdings eiskalt missbraucht, um Söders Prestigeobjekte zu bezahlen: kein Sonnenkönig, sondern unser Schuldenkönig! Um diese zweckentfremdeten Ausgaben nun auf scheinbar legale Grundlage zu stellen, ändern Sie kurzerhand die gesetzlichen Grundlagen der Kreditermächtigung im Haushaltsgesetz ab.

So sollen nun die Mittel des Corona-Sonderfonds für die sogenannte Hightech Agenda Plus eingesetzt werden dürfen. Hinter diesen tief bayerischen Worten "Hightech Agenda Plus" verstecken sich Söders Prestigevorhaben – Vorhaben, die auch rein gar nichts mit der Bewältigung der Pandemie zu tun haben,

(Beifall bei der AfD)

aber Söder im Schuldenglanze strahlen lassen sollen.

Ich meine damit zum Beispiel die neue Universität in Nürnberg. Der Grundstücksverkauf ist mittlerweile schon legendär: Das Grundstück gehörte als Teil eines Rangier-

bahnhofes ursprünglich der Deutschen Bahn, die jetzt übrigens verzweifelt einen Platz für ein ICE-Wartungswerk sucht. Nun plant sie, dieses in einem Bannwald in meiner Heimatgemeinde bei Allersberg zu bauen, der – das als i-Tüpfelchen – auch noch die Wasserversorgung der Stadt Fürth sichert. Dafür holzt man dann den erhaltenswerten Reichswald, ohne mit der Wimper zu zucken, ab. Das nur so am Rande.

Die Deutsche Bahn hat dieses nun so dringend benötigte Grundstück an Privatinvestoren verscherbelt. Dann kommt Söder, möchte ausgerechnet dort seine Prestige-Uni bauen und ist bereit, für das Grundstück statt dem Verkehrswert, wie es übrigens unsere Verfassung vorschreibt, von 45 Millionen Euro mehr als den doppelten Betrag, also knapp 91 Millionen Euro, zu bezahlen. – Es ist ja nicht Söder selbst gewesen, der geprellt wurde, sondern der ausgepresste Steuerzahler. Der Bau, der übrigens finanziell auch recht happig ist, wird nun aus dem Corona-Sonderfonds bestritten.

Erst lässt man Staatsgrund also an Privatinvestoren verscherbeln und kauft diesen Grund dann für den doppelten Wert zurück. Da hat jemand ein verdammt gutes Geschäft gemacht, und der Bürger darf die Zeche bezahlen. So laufen die Geschäfte im Freistaat.

Das ist kein Einzelfall. Es zieht sich wie ein roter Faden durch den Haushaltsausschuss. Grundstücksspekulanten machen mit der Regierung Söder Traumgeschäfte auf Kosten der Steuerzahler.

(Beifall bei der AfD)

Das zum Thema Prestigeobjekte am Beispiel in Nürnberg.

Nürnberg ist allgemein ein spannendes Thema. Die CSU-regierte Stadt finanziert vom Verfassungsschutz beobachtete linksextreme Organisationen. – So viel zu der Frage, wie dringend die Kommunen zusätzliche Hilfen benötigen, wenn sie noch Geld zur Finanzierung verfassungsfeindlicher Organisationen übrig haben!

Gleichzeitig gibt es nicht genügend Geld, um die Intensivbetten zu erhalten. Am 28. November 2020 gab es in Bayern noch 587 freie Intensivbetten. Am 28. November 2021 hatten wir 344 freie Intensivbetten. Die Belegung aller Intensivbetten hat sich übrigens von 2.937 auf 2.833 verringert. Im Ergebnis macht das über 300 abgebaute Intensivbetten.

(Zuruf)

Es ist weder eine Pandemie der Ungeimpften noch eine Pandemie der Geimpften; es ist die Pandemie der Politikversager und der Intensivbettenabbauer!

(Beifall bei der AfD)

Hören Sie damit auf, die Menschen gegeneinander auszuspielen, und bauen Sie Intensivbetten auf! Der jetzige Bestand wäre höchstwahrscheinlich auch bei einer ordentlichen Grippewelle überlaufen.

Nein, dafür haben Sie kein Geld übrig! – Nun soll aber 1 Milliarde Euro aus dem Sonderfonds, der für die leidenden Bürger, Arbeitnehmer und mittelständischen Unternehmer gedacht war, für den Klimaschutz verbraten werden. Was bitte hat der Klimaschutz mit der Corona-Krise zu tun? Hat sich das Klima an Corona angesteckt und zeigt jetzt Erkältungssymptome? – Spaß beiseite!

(Zurufe: Oje!)

Sie geben Geld für Projekte aus, das wir schlicht und ergreifend nicht haben, und nehmen dafür sogar einen Verfassungsbruch in Kauf. Wir als verfassungstreue Partei können daher solch rot-grünen Schuldenfasching nur ablehnen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe: Oje!)

Söders grüne Politik besteht im Wesentlichen darin, den Verbrenner verbieten zu lassen, E-Autos zu fördern und Atom- und Kohlestrom durch Windräder und Photovoltaik

zu ersetzen. Kommen Sie mir jetzt nicht mit den Gaskraftwerken! – Diese erzeugen doch auch das böse, böse CO_2!

Wir brauchen grundlastfähigen Strom. Unser Industriestandort und letztlich unser zukünftiger Wohlstand benötigen eine gleichbleibende, nicht schwankende, kontinuierliche Strommenge. Das ist die sogenannte Grundlast.

Wind weht und Sonne scheint mal stärker, mal weniger stark – und oft auch gar nicht. Wind und Sonne können keinen grundlastfähigen Strom liefern. Wir sind in Bayern bereits jetzt von hohen Stromimporten abhängig. Die Energiewende mit Windrädern und Photovoltaik wird ohne Speichermöglichkeiten nicht funktionieren. Der Strombedarf wird auch noch wachsen, Stichwort: E-Auto. Ihre Energiepolitik wird darauf hinauslaufen, dass wir Atom- und Kohlestrom sehr teuer aus dem Ausland einkaufen müssen, damit Sie heuchlerisch behaupten können, den Ausstieg aus Kohle und Kernkraft geschafft zu haben. Sie streuen der Bevölkerung weiterhin Sand in die Augen, anstatt ihr reinen Wein einzuschenken.

Wir sind aber eine Partei, die, frei von Lobbyismus, nicht nur Fehlentwicklungen anprangert, sondern auch konkrete Vorschläge und Lösungsmöglichkeiten aufzeigt.

(Zuruf)

Wir haben Sie von Anfang an auf die neuen Entwicklungen im Bereich der Kernkraft hingewiesen. Es gibt Kernreaktoren, die keine GAU-Risiken mehr haben und den angefallenen Atommüll der bisher genutzten Reaktoren sogar fast rückstandslos zur Energieerzeugung nutzen können. Liebe Mitbürger, die Altparteien und etablierten Medien verschweigen Ihnen, dass es Reaktoren gibt, die unsere Energieversorgung und das Atommüllproblem lösen können. Was mussten wir uns von den Altparteien alles anhören: Das sei ja nur Theorie! Es gebe keinen Nachweis für die Umsetzbarkeit und Funktionsfähigkeit!

Die Chinesen haben nun den ersten Prototyp gebaut. Man setzt nun überall auf der Welt auf diesen Reaktortyp. Indien will komplett darauf umsteigen. Frankreich plant nun, 50 dieser Reaktoren zu bauen. Nur wir Deutschen nicht! Das schwarz-orange-gelb-grün-rote Parteienkartell bedient lieber die Lobbyinteressen der Photovoltaik- und der Windradindustrie.

Dabei ist dieser Reaktortyp keine neue Erfindung. Schon in den 1960er-Jahren wurde in den USA der erste Prototyp erfolgreich in Betrieb genommen und lief störungsfrei. Dieser Reaktortyp ist ein sogenannter Flüssigsalzreaktor. Im flüssigen Salz werden die Brennstoffe aufgelöst und erhitzen mit dem Zerfall die Flüssigkeit. Die meisten Spaltprodukte wie zum Beispiel das hochradioaktive Plutonium zerfallen weiter und liefern ebenfalls Energie. Da der Reaktor aber erwünschte Spaltprodukte wie zum Beispiel waffenfähiges Uran als Abfallprodukt herstellte, favorisierte das Militär damals den bekannten Leichtwasserreaktor mit seinem damals begehrten Strahlenabfall, der sich – oh Wunder – auch weltweit durchsetzte. Der Rest der Geschichte ist bekannt. Der Rest der Welt hat inzwischen aber dazugelernt – mit Ausnahme der deutschen grün-lackierten Politik auch hier in Bayern.

Werte Kollegen, im Gegensatz zu Ihnen unterhalten wir uns tatsächlich mit Wissenschaftlern. Ich habe mit meiner Fraktion das Institut für Nukleartechnik in Garching besucht. Dort hat uns einer der letzten in Deutschland verbliebenen Professoren für Nukleartechnik die Weiterentwicklung des Flüssigsalzreaktors vorgestellt. Er hat uns bestätigt, dass der Dual-Fluid-Reaktor, ein in Deutschland entwickeltes Patent, auch die in Leichtwasserreaktoren angefallenen radioaktiven Abfälle als Brennstoff zur Energieerzeugung nutzen kann, und das ohne GAU-Risiko!

Selbst wenn das Flüssigsalz aus dem Reaktor austreten würde, würde es nicht wie Wasser verdampfen und die Umwelt vergiften, nein: es kühlte ab und erstarrte zu einem Block. Diese Reaktoren wären klein und kostengünstig zu betreiben.

Man könnte – daran hat der Professor in Garching geforscht – radioaktive Stoffe herausfiltern

(Unruhe)

und gewinnen, die in Krankenhäusern und sonst in der Medizin gebraucht werden. Die daraus entstehenden Abfälle könnte man im Reaktor weiterverbrennen. Es blieben nur wenig schwachradioaktive Spaltprodukte übrig, die, in Glasquader eingegossen, nach 300 Jahren abklingen würden.

Nein, Sie wollen den hochradioaktiven Abfall lieber aufwendig 300.000 Jahre bewachen – und wissen bis heute nicht einmal, wo. Der Dual-Fluid-Reaktor wäre allein damit ein Jahrhundertgewinn, sich diese Kosten für die Entsorgung des vorhandenen radioaktiven Abfalls zu sparen.

Tja, die Erfinder des Dual-Fluid-Reaktors sind nun nach Kanada ausgewandert. Dort steht den Erstversuchen keine mittelalterliche Geisteshaltung entgegen, die sich der modernen Wissenschaft aufgrund vorgestriger Panikmache widersetzt.

Wenn wir schon Vergleiche mit dem Mittelalter ziehen: Lassen wir einfach mal ungeachtet, dass der Klimarat eine rein politische Organisation ist, deren tonangebende Wissenschaftler in der Kritik stehen, mit unwissenschaftlichen Methoden zu arbeiten. Lassen wir die ganzen Skandale um den Klimarat beiseite und tun mal so, als ob die im Verhältnis zur Atmosphäre minimale menschliche Zugabe von einem Spurengas einen nennenswerten Effekt auf das Klima hätte. Tun wir mal so! Wir haben zwar keine wissenschaftlichen Beweise, aber bunte Computermodelle, die man so lange modellieren kann, bis das Ergebnis passt, wobei sie nicht einmal die mittelalterliche Wärmeperiode berechnen können.

(Beifall bei der AfD)

Machen wir ganz fest die Augen zu, dass an diesem neu geschaffenen Billionenmarkt viele, viele Milliarden Euro verdient werden, indem nur die Luft versteuert wird. Tun wir

mal so, als ob uns in hundert Jahren der grausige Klimatod ereilen würde, wenn es ein kleines bisschen wärmer wird; wir glauben, dadurch das mögliche Ende der Menschheit und nicht der Eiszeit zu verzögern.

(Zuruf: Zum Thema!)

Auch dann wäre der Dual-Fluid-Reaktor die Lösung für Ihren Klimawahn. Kernkraft funktioniert frei von CO_2-Emissionen. Wir brauchen keine Zigtausende von Fundamenten mit Millionen von Tonnen Beton für Tausende von Windrädern in den Wäldern versenken. Diese Kernkraftwerke sind klein und kompakt. Ein Reaktor hätte locker in diesem Saal Platz. Die GRÜNEN könnten sogar hier sitzen bleiben und ihn staunend ansehen.

Die Idee geht ja noch viel weiter. Wir könnten aus der günstig gewonnenen Energie synthetisches Benzin herstellen, sogar aus der Luft, aus CO_2. Wir müssten uns keine umweltfeindlichen E-Autos anschaffen, die sich der Normalbürger nicht leisten kann und deren Rohstoffe mit Kinderarbeit und der Zerstörung der Dritten Welt einhergehen. E-Autos rollen auf Kinderknochen. Nein, wir könnten weiter mit unseren Verbrennungsmotoren fahren, die dann klimaneutral und umweltfreundlicher als jedes E-Auto wären. Wir könnten unsere Autoindustrie und damit unsere gut bezahlten Arbeitsplätze und Wohlstand für viele Arbeiterfamilien erhalten.

Ich weiß, das interessiert Sie nicht. Sie arbeiten für andere Interessen, aber – Achtung, GRÜNE, jetzt wird es völkisch – nicht für unser Volk. Aber wenn man Sie eines Tages fragen wird, weshalb wir nicht auch diese fantastische Technologie erforscht und dafür Mittel bereitgestellt haben, und wenn Deutschland deswegen in nicht ferner Zukunft wohl wie ein verarmtes Dritte-Welt-Land unsere Nachbarn um Strom anbetteln muss, dann bin ich auf Ihre Antwort gespannt.

Ich komme zum Ende.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Auch in diesem Haushaltsplan gilt: Befreien Sie sich von Ihrem ideologischen Zwangskorsett! Nehmen Sie die rot-grüne Illusionsbrille ab! Schauen Sie sich an, was andere Industrienationen, auch unsere Nachbarn, für die Energieversorgung in Zukunft planen! Sie werden staunen. Wir werden wieder Hunderte Änderungsanträge im Haushaltsausschuss stellen, über die Sie dann wieder gemeinsam mit Ihren Altparteifreunden Gift und Galle verspritzen können. Wir freuen uns darauf.

Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass die unnützen Corona-Beschränkungen aufgehoben werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich noch folgende Bemerkung machen: Für die Staatsregierung hat zu Beginn der Sitzung bereits Herr Minister Füracker gratuliert. Für den Bayerischen Landtag und die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen möchte ich es hier als Vizepräsident tun, nämlich unserer Präsidentin ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren. Liebe Ilse, ich glaube, ich darf für alle hier im Raum sagen: Mit dir an der Spitze des Landtags kann Bayern tatsächlich Staat machen. Wir danken dir für deine souveräne Arbeit. Alles Gute, viel Glück und Gottes Segen!

(Allgemeiner Beifall)

Ich hoffe, dass die Frau Präsidentin in den kommenden Jahren ihren Geburtstag noch oft im Kreise ihrer Kollegen verbringen kann. Wenn wie in dieser Woche die Plenarsitzung – die längste der Woche – mit dem Geburtstag günstig zusammenfällt, ist das natürlich am eigenen Geburtstag ein besonderes Feeling. Aber vielleicht gibt es ja in den nächsten Jahren auch noch ein solch schönes Zusammenfallen.

Meine Damen und Herren, damit darf ich den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Abgeordnete Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN. Herr Kollege Pohl, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mit einem Dank beginnen an den Finanzminister Albert Füracker, an sein Haus, die gesamte Staatsregierung und die Regierungsfraktionen, die im Vorfeld der Einbringung des Haushaltsentwurfs hart, gut und zielführend gearbeitet haben. Ich denke, das, was jetzt hier auf dem Tisch liegt, kann sich wahrlich sehen lassen. Einen ganz herzlichen Dank auch an die Steuerzahler in Bayern, an die Unternehmer, die Arbeitnehmer und all diejenigen, die mit ihrem Fleiß, ihrem Unternehmergeist dazu beitragen, dass wir Geld zur Verfügung haben, um in Bayern gestalten zu können. Dafür ganz herzlichen Dank!

Herr Kollege Mang, ich glaube, Sie sind der Zeit ein bisschen hinterher, wenn Sie von Söders Haushalt sprechen; denn vor fünf Jahren war der Ministerpräsident Finanzminister. Da hätte das zugetroffen. Aber inzwischen ist er Ministerpräsident, falls es Ihrer Aufmerksamkeit entgangen ist. Inzwischen ist Albert Füracker Finanzminister und für diesen Haushalt zuständig. Aber ich habe mir bei Ihrer Rede ohnehin gedacht: Ein bisschen hört sich das wie Wolfgang Krebs an, als er als Edmund Stoiber einmal etwas über die Brasilianer erzählte und nach zehn Minuten merkte, dass er die falsche Rede dabeihatte. Aber im Gegensatz zu Ihnen hat er es noch gemerkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben in dieser Corona-Pandemie vielen Menschen Einschränkungen abverlangt, manchen weniger, manchen mehr. Deswegen mussten wir hier auch einiges an Härten kompensieren. Aber das haben nicht nur wir getan, das hat auch der Bund getan. Deswegen an dieser Stelle auch einmal an die Bundesebene herzlichen Dank dafür, dass sie mit vielen Milliarden Euro Hilfsgeldern dazu beigetragen hat, dass wir insgesamt wirklich gut durch die Krise gekommen sind.

Ich denke, das kann man bei aller notwendigen Kritik an dem einen oder anderen durchaus sagen: Ich hätte vor eineinhalb Jahren nicht gedacht, dass wir jetzt so gut

dastehen, wirtschaftlich und finanziell. Dafür all denen, die dazu beigetragen haben, ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Finanzminister, lieber Albert, ich erinnere mich noch gut: Wir waren in einer Videokonferenz; ich meine, es war im April 2020. Da haben wir darüber diskutiert, wie viel wir denn für den zweiten Nachtragshaushalt brauchen. Das war durchaus ambitioniert. Man wusste ja nicht, wie sich die Pandemie weiterentwickelt. Aber ich kann sagen, Albert, das war eine Punktlandung mit den 20 Milliarden Euro. Die 20 Milliarden Euro haben für 2020 und 2021 gereicht, und hoffentlich reichen sie auch für 2022. So wie es veranschlagt ist, reichen sie aus. Deswegen können wir tatsächlich sagen, dass wir einen ganz stabilen und soliden Haushalt haben, der uns auch für die Zukunft ausreichend Spielräume zum Gestalten lässt.

An dieser Stelle muss ich auch sagen: Wenn wir schon so viel Geld ausgeben, um die Krise zu bewältigen, dann können wir als Parlamentarier aber auch von den Menschen in Bayern, und zwar von allen Menschen in Bayern – ich betone das – verlangen, dass sie dazu beitragen und helfen, diese Krise zu meistern. 90 % der Bevölkerung tun das, aber einige wenige zucken mit den Schultern und sagen wie der Kollege Mang: Ach, das ist wahrscheinlich doch nur irgend so eine Grippe; na ja, das ist ja nicht wirklich schlimm. – Ich sage Ihnen: Sie sollten sich wirklich einmal vor Ort, in den Kliniken informieren, wie es da ausschaut, wenn Sie schon den Statistiken nicht glauben, wenn Sie schon nicht zur Kenntnis nehmen, dass in Deutschland über 100.000 Menschen infolge der Pandemie gestorben sind und wahnsinnig viele Menschen dauerhaft mit gesundheitlichen Einschränkungen zu leben haben.Ich denke, man sollte an dieser Stelle auch in einer Haushaltsdebatte den Appell an alle Menschen in Bayern richten mitzuhelfen. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Dies können nicht wir Parlamentarier schultern. Das kann auch nicht eine Mehrheit von 90 % schultern. Dazu müssen alle beitragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Frau Köhler, Sie haben – ich schätze Sie – im Haushaltsausschuss viele kluge Wortbeiträge abgegeben, aber Ihre heutige Rede – das war wahrscheinlich leider Gottes dem Datum geschuldet – war wieder einmal eine echte Knecht-Ruprecht-Rede: Knüppel aus dem Sack und einfach einmal blind draufgeschlagen; irgendeinen wird es schon treffen. Nur war das, was Sie hier zum Besten gegeben haben, leider nicht sehr substanziell. Sie sprechen davon, dass wir den Blick auf das Ganze richten sollten. – Jawohl, Frau Köhler, dann richten Sie den Blick aufs Ganze! Aber Sie haben nur von den Ausgaben gesprochen. Die Einnahmen kommen wahrscheinlich vom lieben Gott; anders kann ich mir das nicht erklären. Jetzt sage ich Ihnen Folgendes: Ein guter Haushalt wird zunächst einmal von den Einnahmen her gedacht und entwickelt, weil uns erst die Einnahmen in die Lage versetzen, sinnvolle Ausgaben zu tätigen. Einnahmen, das heißt: Wir müssen zuallererst dafür sorgen, dass unsere Wirtschaft in Bayern spitze und wettbewerbsfähig bleibt, damit die Unternehmen investieren und dann auch Steuern zahlen. Dann kann es nicht angehen, dass man die ganze Zeit Frontalangriffe auf die Industrie, insbesondere auf die Auto- und die Luftfahrtindustrie, fährt und dass man die Landwirtschaft – zumindest die, die Ihnen nicht gefällt –, die gewerbliche Wirtschaft und den Handel verteufelt. Nein, diese tragen – im wahrsten Sinne des Wortes – als Motoren dazu bei, dass unser Haushalt gut läuft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben einen Zukunftshaushalt aufgestellt und werden diesen auch diskutieren. Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen. Es ist in der Tat bereichernd, die Kommentare, Anträge und Initiativen der Kolleginnen und Kollegen der Opposition zur Kenntnis zu nehmen. Ja, Sie kennen die Mechanismen, aber ich kann auch sagen, dass die Initiativen, die von Ihnen kommen, natürlich in die politische Diskussion einfließen. Aus Oppositionszeiten weiß ich selbst: Manchmal muss man ein wenig warten, bis die Regierungsfraktionen das aufgreifen, was man in der Opposition entwickelt hat.

(Zurufe: Ah!)

Daher lohnt es sich selbstverständlich, die Anträge zu stellen. Ich hoffe allerdings nicht, dass Hunderte Anträge von der AfD kommen. Das habe ich jetzt eher als Drohung empfunden. Aber ich glaube, so schlimm wird es wohl nicht werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zukunftshaushalt – was heißt das für uns FREIE WÄHLER, was heißt das für die Regierungskoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU? – Das heißt zum Beispiel Hightech Agenda und Hightech Agenda Plus. Das ist Investition in die Zukunft unseres Landes, in den Wirtschaftsstandort und in den Wissenschaftsstandort. Dies sind die Säulen, auf denen der Wohlstand aufbaut. Selbstverständlich – jetzt komme ich zu einem Kernthema der FREIEN WÄHLER – sollte es gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern geben. Ich sage hier auch sehr deutlich: Ich kann mich an Zeiten zurückerinnern, in denen es einen verdienten Kollegen aus Niederbayern, aus Reisbach gab. Dieser ist nicht mehr Mitglied dieses Hohen Hauses und hatte noch einen Zukunftsrat damit beauftragt, eine Metropolstrategie zu verfolgen. Wenn ich Herrn Kollegen Eibl dort hinten in unseren Reihen ansehe, denke ich: Dieser wäre gar nicht mehr im Landtag, wenn die Zukunftsstrategie gegriffen hätte. Dann hätte man nämlich diesen Teil Bayerns, den Bayerischen Wald, nach Österreich ausgegliedert, Aschaffenburg nach Unterfranken und Sonstiges.

Ich stelle fest: In diesem Haus hat sich eine Menge bewegt! Diese Worte richte ich auch mit großer Dankbarkeit an unseren Regierungspartner, an die Kolleginnen und Kollegen der CSU. Das ist jetzt unsere gemeinsame Strategie. Hier ziehen wir an einem Strang. Wir entwickeln Bayern nicht nur wie zu Edmund Stoibers Zeiten: München ist Champions League, Oberbayern ist Bundesliga, der Rest ist Bayernliga. – Nein, bei uns ist jeder Teil Bayerns wichtig. Darauf legen wir besonderen Wert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hightech Agenda Plus und Hightech Agenda, das ist Politik, auch für den ländlichen Raum und für alle Regionen Bayerns. Zu den gleichwertigen Lebensverhältnissen zählt aber selbstverständlich auch die Verkehrsinfrastruktur. Natürlich ist es, was die Verkehrsbeziehungen im ländlichen Raum betrifft, nicht ganz einfach zu verstehen, Frau Kollegin Köhler, wenn man in einer Randgemeinde Münchens wohnt, dass man einen Bus – Herr Kollege Zellmeier hat es schon gesagt – auf einer Straße fahren lassen muss. Na ja, vielleicht haben Sie sich vorgestellt – um wieder einmal auf Erwin Huber zu kommen –, dass irgendwo ein Transrapid im ländlichen Raum umherschwebt. Aber das ist doch nicht real! Das ist so ähnlich wie beim letzten Mal, als einer Ihrer Kollegen die Zukunft des ÖPNV in Lufttaxis sah. Lufttaxis sind sinnvoll und wichtig, aber sicher nicht das Mittel der Wahl für den ÖPNV der Zukunft.

(Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben für den ländlichen Raum Investitionen in Straße und Schiene vorgenommen. Jetzt komme ich wieder zum Kollegen Eibl: Ein Thema, das er in den letzten Jahren sehr zielstrebig und konsequent verfolgt hat, war und ist die Reaktivierung von Bahnstrecken. Dafür haben wir in diesem Haushalt jetzt 35 Millionen Euro bereitgestellt. Das ist nicht das allerwichtigste Thema, aber ein wichtiges Thema für den ländlichen Raum und für gleichwertige Lebensverhältnisse.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ja, Herr Kollege von Brunn läuft sich gerade warm. Er hat nachher auch Gelegenheit, zum Haushalt zu sprechen. Schade, dass Herr Kollege Güller nicht da ist, aber vielleicht kommt er ja noch. Ich kenne Herrn Kollegen von Brunn aus dem Untersuchungsausschuss zum Bayern-Ei-Skandal. Damals hat er sich als sehr profunder Kenner des ländlichen Raums oder zumindest gewisser Landkreise in Niederbayern hervorgetan, wo die Lebensmittelkontrolle nicht ganz so funktioniert hat, wie sie sollte. Warum komme ich jetzt, Herr Kollege von Brunn, auf Sie und auf diese Lebensmittel-

kontrolle? – Weil Frau Kollegin Köhler uns vorgeworfen hat, dass unser Haushalt in erster Linie konsumtive Ausgaben beinhaltet. Was heißt denn das, konsumtive Ausgaben? – Das sind die Ausgaben für Lebensmittelkontrolleure und Veterinäre. Frau Kollegin Köhler, wollen Sie wirklich weniger Lehrer, weniger Polizei, weniger Jugend- und Sozialarbeit, weniger Richter, weniger Staatsanwälte und weniger Justizmitarbeiter? – Nein, das ist nicht unsere Politik! Das ist offensichtlich die Politik der GRÜNEN. Man wundert sich, aber wie gesagt: Das war heute die Knecht-Ruprecht-Rede. Ich hoffe, im Ausschuss wird es dann wieder etwas sachlicher.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Besonders gefährlich, Herr Kollege von Brunn, ist es, wenn Sie – genauso wie die Kollegin Köhler – auf verfassungswidrige Haushalte abstellen sollten. Herr Kollege von Brunn, wissen Sie, wer den Rekord an verfassungswidrigen Haushalten hält? – Diesen hält ein inzwischen längst in Vergessenheit geratener nordrhein-westfälischer Finanzminister namens Norbert Walter-Borjans. Er hat tatsächlich einen Hattrick geschafft: In den Jahren 2010, 2011 und 2012 hat er dreimal in Folge einen verfassungswidrigen Haushalt aufgestellt. Dies soll ihm bitte keiner mehr in dieser Republik nachmachen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Wir haben uns genau an den Vorgaben orientiert, auch an jenen, die der Staatsgerichtshof Hessen für Hessen aufgestellt hat. Wir haben diesen Haushalt selbstverständlich so aufgestellt, dass er juristisch wasserdicht ist und hält. Unser Anspruch ist, nicht nur solide Haushaltspolitik zu machen, sondern diese auch rechtskonform zu machen.

Wenn ich dann irgendwelches Schwadronieren von "Schuldenkönig" oder "Schuldenglanz" höre, dann muss ich schon fragen, in welcher Veranstaltung sich der Kollege befindet. Er soll mir ein Bundesland in Deutschland nennen, das eine vergleichbar solide Haushaltspolitik wie Bayern hat. Ich sage das jetzt auch in Richtung der Kollegin-

nen und Kollegen der CSU: Das ist nicht erst der Fall, seit wir mitregieren, sondern das ist tatsächlich ein Markenzeichen, das sich die Bayerische Staatsregierung seit Jahrzehnten auf ihre Fahnen schreiben kann. Das muss man an dieser Stelle einmal deutlich sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen Haushalt aufgestellt, der den Menschen und den Herausforderungen in Bayern wirklich gerecht wird.

Ich komme jetzt auf einen weiteren Punkt zu sprechen. Hubert Aiwanger ist als Wirtschaftsminister auch für das Thema Technologie zuständig. Hier wurde ganz verächtlich gesagt: Na ja, Mondfahrt. – Nein! Technologie ist etwas anderes als "Mondfahrt".

(Zurufe)

Wir haben in Bayern – das sage ich als Abgeordneter aus Schwaben – eine ganz starke Luft- und Raumfahrtindustrie. Wir investieren mit dem Förderprogramm BayLu25 zielgerichtet in sie. Wir haben in die Hochschulen investiert. Wir haben in die KI-Werkstatt investiert. Wir haben in das Produktionsnetzwerk Augsburg etc. investiert. Das alles ist gut, richtig und wichtig. Wir schaffen übrigens mit all den Investitionen in Technik und Entwicklung auch die Voraussetzungen, dass wir ein Problem wie den Klimawandel weltweit lösen, weil wir dann Lösungen auch für andere Länder parat haben, die unsere Lösungen übernehmen können.

Wir sind nicht diejenigen, die mit Verbot und Verzicht Menschen gängeln, sondern wir schauen nach vorne und gestalten mit Technik und mit den Menschen zusammen die Zukunft des Freistaats. Dieser Haushalt dient dieser Zukunft. – Ich bitte in den Beratungen um spannende Diskussionen und zielgerichtetes Arbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Pohl, vielen Dank. – Es gibt keine Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Ich darf den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion Florian von Brunn aufrufen. Herr Abgeordneter von Brunn, bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Staatsminister der Finanzen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf erst einmal von meiner Seite auch im Namen unserer Fraktion einen herzlichen Glückwunsch an die Landtagspräsidentin Ilse Aigner zu ihrem heutigen Geburtstag richten.

(Beifall)

Herr Staatsminister Füracker, ich verstehe ja, dass Sie angesichts der Wahlniederlage der CDU/CSU im Bund tief verzweifelt sind. Aber warten Sie ab! Ich glaube, die Ampel wird das schon ganz gut machen. Dann sehen wir weiter.

(Beifall bei der SPD)

Gerade an Haushalten kann man die politische Schwerpunktsetzung und die Linie einer Regierung ablesen. Das ist bei Ihnen auch so. Ich muss aber schon sagen: Wenn man einen Haushalt so spät einbringt, wie Sie das tun, dann sollte er wenigstens den großen Herausforderungen der Zeit genügen. Wir stellen gerade bei den Themen sozialer Klimaschutz und bezahlbarer Wohnraum in Bayern fest: Sie bleiben weit hinter den Anforderungen zurück. Ich komme darauf später gerne noch zurück.

Das drängendste Thema ist im Moment – das hat auch die Debatte heute schon gezeigt – unzweifelhaft die Corona-Pandemie. Sie betrifft zum einen die Wirtschaft und die Arbeitsplätze und zum anderen natürlich auch die Finanzen. Wir gehen mit einem einjährigen statt eines Doppelhaushalts in das zweite Haushaltsjahr und mit einem Sonderfonds Corona-Pandemie in das dritte Haushaltsjahr.

Die SPD-Fraktion unterstützt grundsätzlich diesen Kurs, die Pandemie und deren Folgen entschieden zu bekämpfen und die erforderlichen Mittel auf dem Kreditmarkt zu

beschaffen. Diese Möglichkeiten eröffnet die Schuldenbremse explizit. Wann, wenn nicht in der Krise, ist entschiedenes staatliches Handeln angesagt? Unsere Überzeugung lautet: Aus einer Krise kann man sich nicht heraussparen. Wir alle, Bund, Länder und Kommunen, müssen aus dieser Krise herauswachsen.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig verändern sich die Einschätzungen und Mitteleinsätze. Während die Staatsregierung im Jahr 2020 noch Nettokreditermächtigungen in Höhe von 20 Milliarden Euro für nötig gehalten hat, sind es im Jahr 2021 nahezu nur noch die Hälfte. Im Jahr 2022 erfolgt wiederum eine Halbierung. Das ist ja auch logisch; denn von den 20 Milliarden Euro Kreditermächtigungen des Jahres 2020 wurden nur 7,2 Milliarden tatsächlich für die Schuldenaufnahme verwendet. Ein Teil der Mittel wurde auch noch in das Folgejahr übertragen.

Ich halte fest: Von den Gesamtausgaben des Fonds von fast 9 Milliarden Euro waren 5,3 Milliarden Euro oder 60 % Bundesmittel und nur 40 % Landesmittel. Ich verstehe gar nicht, warum Sie immer auf den Bund schimpfen. Eigentlich sollte man sich dafür bedanken, dass so viele Mittel gekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte das auch tun: Ein herzliches Dankeschön an den Bund und an Olaf Scholz für die umfangreichen Gelder für den Freistaat Bayern! Durch diese Gelder konnten Landesmittel durch Bundesmittel ersetzt werden. Diese Mittel schaffen dann auch den Spielraum, um für Unternehmer, Selbstständige und Schausteller Hilfen bereitzustellen, die aufgrund der bayerischen Corona-Maßnahmen leiden.

(Beifall bei der SPD)

Es reicht jedenfalls nicht aus, nur wieder Forderungen nach Berlin zu richten. Deswegen freue ich mich, dass es jetzt hier ein eigenes Programm für Schausteller gibt.

Leider neigt die Regierung Söder aber nicht nur dazu, die Verantwortung nach Berlin abzuschieben, sondern sie trickst auch bei der Urheberschaft von Erfolgen. Ein besonders dreistes Beispiel, wie man sich mit fremden Federn schmückt, hat der Ministerpräsident selbst geliefert. Unter der Überschrift "Bayern lässt seinen Mittelstand nicht allein" hat Markus Söder in sozialen Medien zum Besten gegeben, Bayern habe insgesamt fast 10 Milliarden Euro an Hilfen an Unternehmen ausbezahlt. Durch eine Anfrage zum Plenum unseres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Arif Taşdelen ist dieser Bluff aufgeflogen. Das Wirtschaftsministerium mit Herrn Staatsminister Aiwanger an der Spitze musste kleinlaut einräumen – ich zitiere –: "Die genannten Fördermittel sind im Wesentlichen Bundesmittel." Von den fast 10 Milliarden Euro sind über 95 % Bundesmittel. Das ist eine große Leistung, Herr Söder, aber nur in der Schauspielkunst und in der Irreführung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Wer denkt, es braucht keine Mittel mehr zur Belebung der Konjunktur und zur Unterstützung der Wirtschaft, irrt gewaltig. Wir halten deswegen auch das neue Corona-Investitionsprogramm im dafür geschaffenen Kapitel 13 18 für Stabilisierung und Konjunktur mit einem Volumen von 1,5 Milliarden Euro für dringend erforderlich. Wir haben solche Maßnahmen für Bayern immer gefordert.

Der Bund hat bereits im Juni 2020 ein Konjunkturprogramm mit einem Gesamtumfang von 130 Milliarden Euro aufgelegt, um "mit Wumms" – so Olaf Scholz – aus der ökonomischen Krise zu kommen. Corona ist noch nicht vorbei. Es geht nach wie vor darum, die Wirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu sichern und gleichzeitig mit Zukunftsinvestitionen dafür zu sorgen, dass wir dauerhaft gestärkt und nachhaltig aus dieser Krise wieder herauskommen.

Aus unserer Sicht folgt daraus: Der Staatshaushalt muss wegen der Corona-Krise einerseits kurzfristig auf Sicht fahren, aber andererseits auch die Weichen für die Zukunft stellen, zum Beispiel im Interesse unserer Kinder für eine soziale Klimawende in

Bayern. Nicht nur den erneuerbaren Energien, sondern auch der Verkehrswende kommt dafür eine überragende Bedeutung zu. Zu den entscheidenden Weichenstellungen gehört es natürlich auch, mehr bezahlbaren Wohnraum in Bayern zu schaffen und für mehr Bildungsgerechtigkeit und gute Schulen zu sorgen.

Ich komme noch einmal zurück zu Corona. Nach den Erfahrungen mit überforderten Gesundheitsämtern – wir werden nachher in der Aktuellen Stunde noch darüber sprechen – begrüßen wir die geplanten 425 neuen Stellen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, zumal immer noch aus anderen Bereichen der Staatsverwaltung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern aushelfen, beispielsweise aus der Steuerverwaltung, die tatsächlich andere Aufgaben haben. Wir hoffen, dass diese neuen Stellen im Öffentlichen Gesundheitsdienst zeitnah besetzt werden können.

Uns fehlen deutlichere Akzente für die Krankenhäuser. Das gilt auch für die Höhe der Investitionsförderung für die Krankenhäuser im Sonderfonds Corona-Pandemie.Dort sind 90 Millionen Euro an Zuschüssen für kommunale Krankenhäuser aus dem Krankenhauszukunftsfonds vorgesehen. Das sind aber Bundesmittel, und zwar Förderungen nach dem Krankenhauszukunftsgesetz des Bundes. Die bayerischen Mittel im Kapitel 13 10 sind mit 643 Millionen Euro so hoch wie im Jahr 2021.

Sie haben richtigerweise mehr Geld für Schnelltests vorgesehen. Das ist wahrscheinlich auch nötig angesichts der zahlreichen 2G-plus-Regelungen. Wir hoffen allerdings, wenn Sie mir die Bemerkung erlauben, dass die Beschaffungsverfahren und die Mittelverwendung einwandfrei erfolgen und nicht die gleichen Fragen aufwerfen, die jetzt zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses geführt haben.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zu der wichtigen Frage: Was tun Sie für den Klimaschutz? – Und damit komme ich zu einer weiteren Frage: Wie viel Geld ist Ihnen eine gute Zukunft für unsere Kinder wert? – Wenn man sich dazu den Entwurf der Staatsregierung anschaut, dann wird dieses Mal zwar auf neuerliche Initiativen für Flugtaxis und Welt-

raumeroberung verzichtet. Nachdem Markus Söder inzwischen medienorientiert Bäume umarmt, gibt es sogar eine werbewirksame Klimamilliarde im Haushalt. Tatsächlich wären aber echte Klimaschutz- und Energiewendeinvestitionen dringend notwendig, denn, wie die Antwort auf eine Schriftliche Anfrage von mir vom Juli 2021 zeigt, haben Sie in den letzten elf Jahren nicht einmal zwei Milliarden Euro für den Klimaschutz aufgewendet. Kein Wunder, dass der Freistaat Bayern unter CSU-geführten Regierungen seit 15 Jahren keine Reduzierung von Treibhausgasen geschafft hat.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist auch Ihre neue Klimamilliarde, im Gegensatz zu Ihren Aussagen, nicht sonderlich ambitioniert, sondern klimapolitische Kleingärtnerei, die von den PR-Abteilungen in der Staatskanzlei, im Wirtschafts- und im Umweltministerium aus ganz vielen unterschiedlichen Kleingärten unterschiedlichster Bereiche zusammengestöpselt worden ist. Sie schmeißen hier munter Wirtschaftsförderungsmaßnahmen – den Löwenanteil macht Ihre Wasserstoffinitiative mit unsicheren Erfolgsaussichten aus – mit Klimaschutz, Naturschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen in einen Topf. Dann wird alles umgerührt, schön gelabelt, und schon entsteht aus unterschiedlichen, oft gar nicht zusammenpassenden Programmen und Prográmmchen die falsche Werbebotschaft einer Söder‘schen Klimastrategie. Ich halte an dieser Stelle fest: Ihre Klimapolitik, das drückt sich auch in diesem Haushalt aus, reicht hinten und vorne nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Ich will das an zwei Beispielen zeigen. Insgesamt sollen die Ausgaben im Bereich der erneuerbaren Energien um 27 Millionen Euro erhöht werden. Für den Sektor, der als erstes klimaneutral werden muss, und angesichts des enormen Bedarfs an grünem Strom – Stichwort: Sektorenkopplung –, aber auch mit Blick auf die klimafreundliche Erzeugung von Wasserstoff ist das zu schwach, und es ist viel zu wenig.

Auch die Aufstockung des 10.000-Häuser-Programms um schlappe 10 Millionen Euro – 10 Millionen Euro! – ist läppisch und wird den Anforderungen bei Weitem nicht ge-

recht. Das wird auch noch bestätigt durch die völlig unzureichende Erhöhung der Mittel für die Geothermie. Die Förderung wurde gerade einmal um 5 Millionen Euro erhöht. – Jetzt ist der Staatssekretär leider weg. – Das Geld dient der Umsetzung des sogenannten Masterplans Geothermie. Vielleicht sollte Herr Aiwanger hier lieber von einem Miniplan statt von einem Masterplan sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der Tatsache, dass laut seinem eigenen Ministerium 30 % des Wärmebedarfs in Bayern aus Erdwärme gedeckt werden können, ist das doch ein ziemlich niedriger Beitrag.

In dem anderen für den Klimaschutz ebenfalls zentralen Bereich Verkehr kann man auch nicht gerade von einer Investitionsoffensive sprechen zugunsten der klimapolitisch überfälligen Verkehrswende. Bei der Schiene werden die Ansätze teilweise sogar zurückgefahren. So werden für Investitionen nur 79 Millionen Euro statt 111 Millionen Euro eingestellt, für Bahnstationen 10 Millionen Euro statt 15 Millionen Euro. Immerhin gibt es 30 Millionen Euro für das 365-Euro-Ticket. Das begrüßen wir. Ihre Haushaltsansätze in der Verkehrspolitik werden den Anforderungen insgesamt aber nicht gerecht. Wir brauchen möglichst rasch allein für den ÖPNV eine zusätzliche Milliarde Euro an Investitionen.

(Beifall bei der SPD)

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen hat nämlich Mitte 2021 ein Gutachten vorgelegt, mit dem ambitionierten Ziel einer Emissionsminderung von 53 % für den Sektor Verkehr bis 2030. Unter Fortschreibung der aktuellen Mittel besteht danach im Jahr 2030 für Bayern eine Finanzierungslücke von fast 2 Milliarden Euro. Warum brauchen wir das? – Weil Bayern bei der Erreichbarkeit durch den ÖPNV laut einer Studie der "Allianz pro Schiene" Schlusslicht in ganz Deutschland ist. Schlusslicht! Die fünf am schlechtesten mit dem ÖPNV versorgten Landkreise liegen in Nordbayern. Insgesamt sind sogar sieben bayerische Landkreise unter den schlechtesten zehn Land-

kreisen in ganz Deutschland in puncto Erreichbarkeit. Das ist ein weiterer Beleg für das Erfordernis von massiven Investitionen in den ÖPNV.

Ich komme zum nächsten Thema: Bildung. Da geht es um die Zukunft unserer Kinder. Gerade die Kinder haben unter den Auswirkungen der Corona-Krise am meisten gelitten. Deswegen haben wir uns diesen Bereich Ihres Entwurfs sehr genau angeschaut. Nicht einmal ein Plus von 2 % im Bildungsbereich, das ist angesichts der Herausforderungen insgesamt sehr überschaubar. Ein Investitionsfeuerwerk für Bildung und gute Schule sieht unserer Meinung nach anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Der Betrag für die Lehrerfortbildung steigt lediglich pro Kopf gerade einmal um 1,60 Euro insgesamt. Das ist wirklich beschämend. Angesichts des enormen Fortbildungsbedarfs im Hinblick auf die digitale Bildung sind die veranschlagten 549.000 Euro viel zu wenig. Das sind nicht einmal 4 Euro pro Lehrkraft für die Aus- und Fortbildung bei der digitalen Bildung. Damit soll dann die digitale Transformation der Schulen gelingen? – Das glauben Sie wahrscheinlich noch nicht einmal selbst.

(Beifall bei der SPD)

Trotz aller Sonntagsreden von CSU und FREIEN WÄHLERN für das Handwerk und für eine gute Berufsausbildung steigen die Ausgaben für die beruflichen Schulen mit 3 Millionen Euro absolut unterproportional. Das passt zu der Kürzung des Meisterbonus um fast 11 Millionen Euro. So bekämpft man den Fachkräftemangel in Bayern aber ganz sicher nicht. Das ist aus unserer Sicht wirklich kurzsichtig.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns, dass es mehr Lehrerstellen gibt. Ob diese Stellen alle besetzt werden können und, wenn ja, mit welcher Qualifikation, das wird man sehen. Ich will aber noch einmal auf einen wichtigen Punkt zu sprechen kommen. Gerade Corona hat uns gezeigt, wie wichtig Schulsozialarbeit ist. Diese Botschaft ist bei Ihnen bisher aller-

dings – ich will es einmal so sagen – nur begrenzt angekommen. Es gibt zwar 100 Stellen mehr, angesichts der enormen Belastungen der Schülerinnen und Schüler ist das aber immer noch viel zu wenig. Mit dem Haushaltsplan 2022 sind es dann 400 Stellen in ganz Bayern. 400 Stellen für die Schulsozialarbeit für rund 6.000 Schulen – das ist immer noch ein Armutszeugnis!

(Beifall bei der SPD)

Fragwürdig finde ich auch, dass Sie sich bei den Luftfiltern jetzt wieder völlig aus der Verantwortung ziehen und die Förderung allein dem Bund überlassen. Wir werden sie bei der nächsten Diskussion über coronabedingte Probleme an den Schulen gerne daran erinnern.

Ihr Haushalt ist übrigens auch bei einer anderen wichtigen Frage derzeit ziemlich unzureichend, und zwar bei der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum und beim Wohnungsbau in Bayern. Die Wohnraumförderung sinkt von 660 Millionen Euro auf 520 Millionen Euro. Im neuen Haushalt fehlen nämlich die Eigenmittel der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt in Höhe von 140 Millionen Euro, die es 2021 noch gab. Die Wohnraumförderung wird somit 2022 um 21 % im Vergleich zum laufenden Jahr gekürzt. Die bittere Nachricht ist also: Diese Staatsregierung streicht seit Jahren die Wohnraumförderung immer wieder zusammen. – Sie vergessen die Mieterinnen und Mieter und die Menschen in Bayern, die verzweifelt nach bezahlbarem Wohnraum suchen.

(Beifall bei der SPD)

Sie verlassen sich offenbar ausschließlich auf die Bundesregierung. Ich kann Ihnen sagen, unter der Führung von Olaf Scholz und der SPD werden wir den Wohnungsbau in Bayern massiv voranbringen. Wir werden Ihnen zeigen, wie das geht. Sie helfen da nicht mit; Sie bremsen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Beispiele zeigen, dass Sie Ihren Aufgaben nur zum Teil gerecht geworden sind. Insbesondere bei den Zukunftsinvestitionen in den Klimaschutz und bei der Förderung des Wohnungsbaus versagen Sie glatt.

Übrigens, wenn wir über die Finanzierung reden: Sie haben gerade Norbert Walter-Borjans angesprochen. Er hat übrigens dafür gesorgt, dass die Staatsausgaben besser finanziert werden. Ich kann mich erinnern, er hat Steuer-CDs angekauft. Ich würde mir wünschen, dass es auch in Bayern einen besseren Steuervollzug gibt, für mehr Steuereinnahmen und mehr Steuergerechtigkeit, also kurz, eine bessere Durchsetzung des Steuerrechts. Es gibt aber keine einzige zusätzliche Stelle in der Steuerverwaltung. Zum 24. Mal in Folge greift der Bayerische Oberste Rechnungshof in diesem Jahr in seinem Bericht den unzureichenden Steuervollzug in Bayern auf. Aktuell moniert er zu wenig Betriebsprüfungen. Dabei wissen wir, jeder zusätzliche Steuerprüfer, Steuerfahnder, Betriebsprüfer, Umsatzsteuerprüfer, Sonderprüfer bringt durchschnittliche Mehreinnahmen von rund 1 Million Euro. Das wissen Sie natürlich auch, Sie wollen das aber nicht umsetzen, und das führt nicht nur zu Einnahmeverlusten, sondern auch zu Steuerungerechtigkeiten, die Sie alleine zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Mein Fazit: Ohne substanzielle Verbesserungen des Entwurfs der Staatsregierung, die wir in unseren Haushaltsinitiativen vorschlagen werden, sehen wir keine Möglichkeit, dem Staatshaushalt 2022 zuzustimmen. Wir folgen bei unseren Initiativen unserer Leitlinie: Bayern sozial, klimaneutral und digital. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Fraktionsvorsitzender, und darf den nächsten Redner aufrufen. Er kommt aus der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter Muthmann.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, die abschließenden Bemerkungen – zum Kreisverkehr und zur Ampel – in Ihrer Einbringungsrede waren jedenfalls keine Bewerbungsrede um den Verkehrsministerposten, wenn ich mir diesen Hinweis gestatten darf.

(Zuruf von der CSU)

Denn dann sollte man schon wissen, dass es durchaus auf die Situation ankommt und weder das eine noch das andere ein Allheilmittel ist. Jetzt müssen halt auch Sie akzeptieren, dass sich in dieser Situation und unter diesen Voraussetzungen die Mehrheit der Bevölkerung bei der Bundestagswahl für die Ampel entschieden hat und dass es der Bevölkerung insgesamt lieber war, einer Politik, die sich im Kreise dreht, nicht weiterhin das Vertrauen zu schenken.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre ohnehin gescheiter, wenn wir uns mit Bayern befassten. Ich darf das heute für den Kollegen Kaltenhauser tun, der, wie Sie wissen, ganzjährig positiv ist – aber nicht coronabedingt. Er fällt nur heute aus und ist, glaube ich, schon morgen wieder da, um unsere Position zum Untersuchungsausschuss zu präsentieren.

Lassen Sie mich zunächst ein paar Takte zum zeitlichen Ablauf sagen. Herr Minister, Sie wissen, ich schätze Ihre Art und Ihren Stil generell. Aber wenn Sie dieses Gesetzespaket erst am Freitag dem Landtag zuleiten und wir schon am darauffolgenden Dienstag eine erste Bewertung dazu abgeben sollen, dann ist das, was die Zusammenarbeit mit dem Parlament – auch mit den Oppositionsfraktionen – angeht, nicht in Ordnung. Das ist auch nicht fair. Wie ich finde, ist das eigentlich auch nicht Ihr Stil. Sie haben es doch gar nicht nötig, sich mit solch kurzfristigen Taktierereien einen Vorsprung zu verschaffen. Sie sind doch gefestigt genug, um in allen Debatten zum Haushalt auch inhaltlich-sachlich zu bestehen.

Daher habe ich mir eher die Frage gestellt: Wird das von woanders her vorgegeben? Denn Ihnen würde ich eine so kurzfristige Vorlage, deren Sichtung mit solchen Schwierigkeiten verbunden ist, eigentlich nicht zutrauen – wenn ich mir diese Bewertung an dieser Stelle gestatten darf. Vielleicht können wir gelegentlich einmal klären, woher diese Ideen denn stammen.

(Beifall bei der FDP)

Kollege Kaltenhauser hat in einer ersten Bewertung schon am Freitag den Haushalt als eher ambitionslos beurteilt. Ich würde das gar nicht so uneingeschränkt bestätigen wollen; denn wenn es um das Geldausgeben geht, sind schon einige Ambitionen und einiger Elan dahinter erkennbar.

Nur, unser Hauptkritikpunkt – an dieser Stelle will ich die Einzelheiten nicht so sehr beleuchten – ist ein anderer. Kollege Pohl hat es anklingen lassen: Es geht um das Thema "ausgewogener Haushalt" in schwierigen Zeiten, die wir ja fraglos haben. Natürlich müssen wir auf die Einnahmenseite schauen, das heißt darauf, was uns zur Verfügung steht. Dann müssen wir aber auch zur Ausgabenseite kommen.

Was müssen wir festhalten, wenn wir bilanzieren? An dieser Stelle spielt es nicht die entscheidende Rolle, woher die Schulden kommen, das heißt, ob sie noch aus dem Jahr 2020 stammen und ob Nutzungsmöglichkeiten in dem Sinne übrig geblieben sind, dass wir neue Schulden aufbauen können. Zum Zweiten haben wir ergänzend zu berücksichtigen, dass wir noch Entnahmen aus der Rücklage benötigen, um den Haushalt auszugleichen. Das ist doch ein Signal, das wir erkennen müssen. Wir müssen uns dem ernsthaft stellen, anders jedenfalls, als es in Ihrer Einbringung, lieber Herr Minister, passiert ist. Sie haben sich mit allen möglichen Einzelpositionen befasst, aber bezeichnenderweise an keiner Stelle deutlich gemacht, wo Sie sich angestrengt haben, Ausgaben zu vermeiden bzw. Kosten zu dämpfen. Auch in schwierigen Lagen brauchen wir einen seriösen, nachhaltigen Haushalt. Einen solchen bringt man nur dann zustande, wenn man auf der Ausgabenseite die Dinge ein Stück weit festhält.

Das ist unsere Grundkritik, unsere zentrale Kritik: dass Sie keine Anstrengungen unternommen haben, Ausgaben zu vermeiden.

Ich will jetzt nicht in die Analyse der Bundestagswahl einsteigen und schon gar nicht politikberatend für die CSU tätig werden. Aber wenn Sie sich mit der Frage befassen, worauf Ihr Abschneiden zurückzuführen ist – ich beziehe mich insbesondere auf das Wahlverhalten der jungen Wählerinnen und Wähler –, dann brauchen Sie sich möglicherweise nicht zu wundern. Denn es ist doch so, dass es sich bei dem vorliegenden Entwurf trotz der Behauptung, es handele sich um einen nachhaltigen Haushalt, mitnichten um einen solchen handelt.

Ich will den Begriff "Nachhaltigkeit" in Erinnerung bringen, der, wie wir alle wissen, aus der Forstwirtschaft stammt und ein Verhalten bezeichnet, bei dem kein größerer Einschlag vorgenommen wird als das, was nachwachsen kann. In die Haushaltspolitik übersetzt: Nachhaltig ist das Verhalten, nicht mehr Geld auszugeben, als man einnimmt. Das mag in diesen Zeiten schwierig sein; das gebe ich gern zu. Umso wichtiger ist es, doch noch einmal den Haushalt insgesamt durchzuschauen und zu prüfen, wo man die eine oder andere Position reduzieren kann.

Ich will an dieser Stelle bloß ein paar Punkte, was Ausgabendisziplin und Reduzierungsmöglichkeiten angeht, ansprechen – Stichwort: Luft herauslassen aus einzelnen Positionen.

Bekanntlich hat ein Finanzminister gern da und dort ein bisschen mehr im Ansatz als das, was im Ergebnis herauskommt. Wir haben doch über Jahre hinweg erlebt, dass gerade in vielen Bereichen von Förderprogrammen die Ansätze Jahr für Jahr nicht ausgeschöpft werden. Dazu hat der ORH seine Stellungnahmen vorgelegt, und auch in Fachdiskussionen ist immer wieder betont worden, dass in manchen Fachförderprogrammen viel Luft ist. Diese könnte man ein Stück weit reduzieren.

Das Thema Fraktionsreserve will ich gar nicht weiter problematisieren – auch eine Geschichte, die in Zeiten wie diesen schon ein Akt der Großzügigkeit ist.

Das bayerische Pflegegeld mit immerhin über 700 Millionen Euro ist ein Dauerthema.

Nur am Rande: Wir haben in der vorletzten Woche über den anwachsenden, das heißt immer größer werdenden Landtag gesprochen. Es ist erkennbar, dass sich insoweit keinerlei Bewegung erzielen lassen wird. Aber das Thema Finanzierung, das heißt die Frage, wie teuer es wird, wenn wir 30, 40 oder gar 50 Abgeordnete mehr haben, hat überhaupt noch keine Rolle gespielt. Ich glaube, dass man sich in Zeiten wie diesen mit dem Thema Staatsquote generell wieder befassen muss, insbesondere mit Blick auf konsumtive Ausgaben.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Herr Staatsminister, Sie sind nach meiner persönlichen Bewertung völlig integer. Sie sind unverdächtig, das Geld auf großzügige Art und Weise ausgeben zu wollen. Aber ich glaube schon, dass es in dieser zentralen Funktion und mit dieser Verantwortung auch Ihre Aufgabe ist, die Grundhaltung im "Gesamtbetrieb" Staat noch einmal zu schärfen und für kostenbewussteres Verhalten zu sorgen – in allen Bereichen. Das ist zwar nicht in erster Linie Ihr Verantwortungsbereich; aber das Museum Nürnberg ist nur ein Beispiel. Es geht auch um die Frage der Maskendeals, die ab Freitag untersucht werden sollen. Im Mittelpunkt stehen dabei nicht bloß die Abgeordneten; denn wenn der Staat solche Aufträge erteilt, dann muss es ja dort auch die Haltung geben: Wurscht, was es kostet! Das machen wir jetzt! – Auch das muss untersucht werden.

Das sind nur zwei ganz prominente Beispiele für das, was landauf, landab beobachtet werden kann. Das muss uns Sorge machen.Es ist halt einfacher, Geld auszugeben, das einem nicht gehört. Ich komme ja auch ein Stück weit aus diesem Betrieb und weiß, dass man immer wieder den Daumen draufhalten muss. Daher möchte ich Sie, sehr geehrter Herr Finanzminister, bitten, stärker darauf hinzuwirken, um in vielen Bereichen die Ausgabendisziplin im gesamten Staatsgefüge in den Griff zu bekommen. Dafür haben Sie auch unsere Unterstützung, weil wir dann das Geld an diesen Stellen

einsparen können, um die wirklich wichtigen Dinge zu tun: Bildung, Digitalisierung und natürlich auch die wirtschaftliche Belebung weiter voranbringen, was Innovationen angeht. Dabei können Sie mit unserer Unterstützung jederzeit rechnen.

Das müssen wir in anderer Art und Weise hinbekommen, nicht nur immer on top, was die zusätzliche Verschuldung oder Rücklagenentnahme angeht, sondern da muss man die Ausgaben an anderer Stelle kritisch beobachten und schauen, wie wir da vorwärtskommen. Wir werden das in den Fachberatungen und durch Einzelanträge auch hinterlegen. Die gesamte Ausgabendisziplin in den Griff zu kriegen, ist ein ganz wesentlicher Punkt, der auch in den heutigen Redebeiträgen, wie ich finde, viel zu kurz gekommen ist.

Das Thema der Finanzausstattung der Kommunen möchte ich nur ganz kurz ansprechen. Ich komme zum Thema gleichwertige Lebensbedingungen. – Ja, das erkennen wir im Prinzip an. Zum kommunalen Finanzausgleich möchte ich den Präsidenten des Gemeindetags zitieren und dessen Gedanken in Erinnerung rufen: Es ist bis heute nicht gelungen, die wirklich schwachen Gemeinden in einer Art und Weise zu finanzieren und in die Lage zu versetzen, die immer vielfältiger werdenden Aufgaben zu erfüllen. Da ist die Spreizung zwischen den reichen, zwischen den leistungsfähigen Kommunen und denen, die auch die Pflichtaufgaben kaum erfüllen können, nach wie vor viel zu groß und korrekturbedürftig. – Wir erkennen an, dass die Rekordunterstützung bei einem Rekordhaushalt durchaus auch in Summe besteht, aber die Steuerung im Einzelnen ist durchaus nach wie vor nicht in Ordnung und korrekturbedürftig.

Wir erkennen auch an, dass im Haushalt der Investitionsanteil im Soll ausgesprochen hoch ist, wir werden aber auch da aus den Erfahrungen der letzten Jahre darauf schauen, ob dieser Ansatz in die Umsetzung kommt, ob das Ist in der Tat die Möglichkeiten nutzt, die Ihnen der Landtag mit der Verabschiedung des Haushalts, was zu erwarten ist, zur Verfügung stellen wird.

Das sind die wesentlichen, das sind die grundsätzlichen Kritikpunkte. Über Einzelfragen kann ich an dieser Stelle jetzt nicht mehr sprechen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Schauen Sie, sehr geehrter Herr Minister, dass wir insgesamt Kostendisziplin und mehr Sensibilität für die Gesamtaufgaben und für die Nachhaltigkeit des Haushalts erreichen. Das halten wir für erforderlich. Das ist in diesem Haushalt nicht ausreichend abgebildet.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Sehr geehrter Herr Muthmann, ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Rede. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Er kommt aus der CSU-Fraktion und ist der Abgeordnete Hans Herold. Bitte schön, Herr Abgeordneter Herold, Ihnen gehört für die nächsten Minuten das Rednerpult.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Haushalt ist natürlich immer wieder auch ein Blick in die Zukunft. Ich denke, wir haben heute wirklich einen Zukunftshaushalt von unserem Finanzminister Albert Füracker vorgetragen bekommen. Deswegen ein herzliches Dankeschön an unseren Finanzminister Albert Füracker, aber auch an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Finanzministerium, die eine großartige Arbeit leisten. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall – Zuruf)

Ein Zukunftshaushalt, meine sehr verehrten Damen und Herren, beinhaltet immer auch eine entsprechende Investitionsquote. Wenn man sich anschaut, dass wir eine Quote in Höhe von 24,2 % bei den bayerischen Kommunen haben und auch der Staatshaushalt eine hohe Investitionsquote hat, dann muss man einfach sagen, dass dies tatsächlich ein Zukunftshaushalt ist.

Herr Kollege Muthmann, ganz kurz ein Hinweis in Bezug auf die Ausstattung der Kommunen, schwache oder auch reiche Kommunen. Ich denke, unterm Strich sind unsere bayerischen Kommunen bedingt durch unseren kommunalen Finanzausgleich gut ausgestattet, und auch die Kommunen, die letztendlich finanziell nicht so gut dastehen, werden vom Freistaat Bayern immer wieder unterstützt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ganz kurz auf die Rede von Frau Kollegin Köhler eingehen. Wir arbeiten, das muss man wirklich sagen, im Haushaltsausschuss gut zusammen. Ich habe Ihrer Rede sehr aufmerksam zugehört. Mein Eindruck ist wirklich, dass Sie über alle möglichen Bundesländer gesprochen haben, aber nicht über den Haushalt unseres Freistaates Bayern. Ihre Rede könnte möglicherweise auch auf das Bundesland Rheinland-Pfalz passen, wo die SPD und die GRÜNEN Verantwortung tragen. Man muss auch wissen, dass dort eine extrem hohe Verschuldung vorhanden ist und wir als Freistaat Bayern natürlich immer wieder über den Länderfinanzausgleich diese Bundesländer entsprechend unterstützt haben. Ich sehe auch nicht ganz ein, dass wir quasi über eine Altschuldenfinanzierung als bayerische Steuerzahler wieder dazu beitragen sollen, diese Schulden auf Kosten der bayerischen Bürgerinnen und Bürger abzubauen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege von Brunn, danke für den komischen Zwischenruf, den Sie gleich zu Beginn gemacht haben. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich bin unseren Beamtinnen und Beamten von der Steuerverwaltung und auch von der Finanzverwaltung äußerst dankbar.

(Zuruf)

Uns ist die Qualität der Arbeit wichtig. Deswegen ein herzliches Dankeschön für diese großartige Arbeit unserer Steuerbeamtinnen und -beamten des Freistaates Bayern, die hier wirklich extrem gute Arbeit leisten.

(Beifall)

Herr von Brunn, weil Sie immer so schlau daherreden, will ich Ihnen sagen: Nachdem Sie mit Herrn Norbert Walter-Borjans einen Bundesvorsitzenden haben, der dreimal einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt hat, war ich extrem froh, liebe Kolleginnen und Kollegen, als ich erfahren habe, dass diese Person in keiner Weise als Bundesfinanzminister im Gespräch ist.

(Lachen)

Lieber Herr Kollege Muthmann, ich bin wirklich froh, dass Herr Lindner möglicherweise oder auch wahrscheinlich diese wichtige Funktion übernehmen wird. Ich bin sehr gespannt, ob er die Erwartungen, die Sie vorhin angesprochen haben, auf Bundesebene erfüllen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz kurz ein paar Aussagen zum kommunalen Finanzausgleich: Wir haben auch im Jahr 2022 hierfür wieder einen Rekordansatz in Höhe von 10,56 Milliarden Euro. Natürlich erwarten auch unsere Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister und unsere Kommunalpolitiker stets wieder, dass wir den FAG-Finanzausgleich gut ausstatten, und bei 10,56 Milliarden Euro kann man wohl sagen, dass uns dies wieder gut gelungen ist.

In den vergangenen Jahren konnten wir für den kommunalen Finanzausgleich immer neue Rekordsummen verkünden, was vorhin auch unser Finanzminister wieder erwähnt hat, und die gute finanzielle Lage unserer Kommunen beschreiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür erhalten unsere Kommunen einmalige Investitionsmittel in Höhe von 400 Millionen Euro im Rahmen des Corona-Investitionsprogramms, davon sind 360 Millionen Euro für den kommunalen Hochbau und 40 Millionen Euro für die Abwasserent- und Wasserversorgung gedacht. Ich denke, das ist gerade auch für unsere Kommunen im ländlichen Bereich eine ganz wichtige Aussage. Der kommunale Finanzausgleich bleibt damit für die Kommunen ein Anker in der

Krise und ermöglicht, wie ich denke, ein kraftvolles Agieren für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Ganz kurz noch ein paar Worte zur Lage unserer bayerischen Kommunen, ich betone ausdrücklich: unserer bayerischen Kommunen. Trotz der Krise, wie Sie alle wissen, geht es – und das sage ich aus größter Überzeugung und als Kommunalpolitiker – unseren bayerischen Kommunen gut. Ich möchte ausdrücklich betonen, wir haben unsere Kommunen gerade auch in der Corona-Pandemie optimal unterstützt. Die eigenen kommunalen Steuereinnahmen liegen auf einem hohen Niveau.Die Verschuldung unserer bayerischen Kommunen ist im Unterschied zu anderen Bundesländern Gott sei Dank auch niedrig. Sie nehmen kaum Kassenkredite in Anspruch. Während die Verschuldung mit Kassenkrediten im Saarland bei rund 2.073 Euro pro Einwohner liegt, beträgt sie in Bayern gerade einmal 14 Euro pro Einwohner, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nur am Rande möchte ich auch erwähnen, dass diese Statistik auch zeigt, wie wenig die bayerischen Kommunen von einer Übernahme von Altschulden durch den Bund, die ich vorhin schon angesprochen habe, profitieren würden. Diese alte Idee hat es leider in den Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung geschafft, wie Sie alle wissen. Ich sage auch sehr deutlich, dass das keine Politik für die bayerischen Kommunen ist, sondern natürlich vor allem eine Politik für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und auch im Saarland. Allemal gerechter wäre es, sich am Ausgleich der Gewerbesteuer zu beteiligen. Davon würden bundesweit fast genau die Kommunen profitieren, die auch tatsächlich Einbußen hinnehmen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 40 % der bayerischen Städte und Gemeinden verzeichnen geringere Gewerbesteuereinnahmen als vor der Krise. Obwohl sich der Bund aus der Verantwortung stiehlt, setzen wir ein bayerisches Zeichen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir geben nämlich – und das haben wir letzte Woche sehr ausführlich diskutiert, auch im Haushaltsausschuss – 330 Millionen Euro für die Hälfte

der Kompensation aus. Ein Großteil der Mittel, nämlich 220 Millionen Euro, fließt noch in diesem Jahr.

Deswegen sage ich sehr selbstbewusst: Dies ist eine zielgerichtete Politik, die unseren bayerischen Kommunen wirklich hilft. Deswegen ergeht auch noch mal unsere Aufforderung, letztendlich auch an den Bund und an den künftigen Bundesfinanzminister oder auch an den künftigen Bundeskanzler Scholz: Übernehmen Sie bitte auch die zweite Hälfte in Höhe von 330 Millionen Euro! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das wäre eine große Hilfe für unsere bayerischen Kommunen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die gute Lage der Kommunen liegt auch daran, dass sie der Freistaat Bayern seit Jahren massiv unterstützt. Unser kommunaler Finanzausgleich konnte trotz der Krise in den Jahren 2020 und 2021 – das wissen Sie alle – auf über 10 Milliarden Euro gehalten werden. Er ist somit sogar wieder gestiegen.

Durchgehend haben wir während der Corona-Pandemie unsere Kommunen immer wieder gestärkt. Zu Beginn des Jahres 2020 haben wir die FAG-Leistungen vorgezogen und die Liquidität gesichert. Auch haben wir das Konjunkturpaket des Bundes auf über 4 Milliarden Euro verdoppelt. Damit haben wir vor allem auch die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle finanziert. Allein dafür haben wir aus staatlichen Mitteln 1,3 Milliarden Euro aufgewendet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch ein Wort zu den Schlüsselzuweisungen sagen. Sie, die Sie auch Verantwortung in den Kommunen haben, wissen alle, dass diese natürlich eine ganz wichtige Einnahmequelle für unsere Landkreise, Städte und Gemeinden sind. Diese Schlüsselzuweisungen sind natürlich auch der bedeutendste Teil des kommunalen Finanzausgleichs und machen über 38 % des Gesamtvolumens aus. Nach dem leichten Rückgang im letzten Jahr steigen sie jetzt 2022 um 67 Millionen oder 1,7 % auf 4 Milliarden Euro. Hier wird also eine extrem

gute und auch wichtige Summe verkündet. Die Schlüsselzuweisungen bleiben damit als zentrales Ausgleichsinstrument auch 2022 eine zuverlässige Finanzquelle für die bayerischen Kommunen. Lieber Kollege Muthmann, dies ist besonders für die schwächeren Kommunen ein wichtiges Signal. Sie haben als freie Deckungsmittel und Ergänzung der eigenen Steuereinnahmen eine hohe Bedeutung für eine starke kommunale Selbstverwaltung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch ganz kurz darauf hinweisen, dass auch die Krankenhausfinanzierung im Jahr 2022 auf einem hohen Niveau von über 640 Millionen Euro fortgeführt wird. Natürlich sind die Mittel im kommunalen Hochbau auch entsprechend gut ausgestattet.

Als Vertreter des ländlichen Raumes möchte ich abschließend noch sagen, dass für uns auch wichtig ist, dass wir weiter die Mittel für die RZWas stärken. Die Mittel zur Förderung von Abwasseranlagen in Härtefällen konnten bereits im letzten Jahr um 20 Millionen Euro bzw. 28,5 % erhöht werden. Im Haushalt 2022 wollen wir dafür einmalig weitere 40 Millionen Euro verwenden. Das heißt, dass wir über eine Gesamtsumme in Höhe von 130 Millionen Euro verfügen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist ein kurzer Ausschnitt, der die Unterstützung des Freistaates Bayern im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches zeigt. Der Freistaat Bayern unterstützt seine Kommunen optimal. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Herold, ich bedanke mich bei Ihnen. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Tim Pargent von der Fraktion der GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungsfraktionen haben jetzt durchaus mit den etwas vorhersehbaren,

üblichen Abwehrreaktionen geglänzt. Das sind die üblichen Abwehrreflexe. Sie haben einerseits die vorgeschlagenen Ausgabeposten zu den entsprechenden Rekorden bundesweit, europaweit, weltweit, eigentlich in der ganzen Galaxis aufgebauscht und auf der anderen Seite auf die anderen Länder gezeigt. Dieses Jahr neu im Angebot sind kluge Ratschläge an die Bundes-Ampel, bevor diese ihre Arbeit aufgenommen hat.

Aber das werden wir Ihnen so nicht durchgehen lassen. Wenn Sie Angst haben, dass der Ampel-Haushalt platzen könnte, dann kann ich Sie dahin gehend schon mal beruhigen: Das größte Haushaltsrisiko der bisherigen Bundesregierung wird die Ampel mit dem Amtsantritt aus der Bundesregierung entfernen: Das größte Haushaltsrisiko hieß Andreas Scheuer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erstaunlich ist aber, für was alles Sie auch in Bayern trotz einer durchaus angespannten Einnahmelage noch Geld ausgeben können. Die durchaus kostenintensiven Wahlkampfgeschenke aus der Zeit des Amtsantritts von Markus Söder sind nach wie vor ungekürzt im Haushalt vorhanden. Man muss sagen: Die Söder-Show muss auch im Haushaltsjahr 2022 weitergehen. Von Reformen ist aber keine Spur – oder zumindest relativ wenig. Ja, es gibt leichte Erhöhungen, zum Beispiel bei den Investitionen. Aber dazu, wie wir den Investitionsstau bei den staatlichen Bauten wirklich langfristig auflösen wollen, haben wir noch relativ wenig gesehen.

Das Gleiche gilt beim Thema Klimaneutralität der Staatsverwaltung. Auch hier gibt es relativ wenige Vorstellungen, wie das wirklich umgesetzt werden soll; oder auch bei der anderen großen Herausforderung, den Bildungserfolg vom Hintergrund des Elternhauses zu entkoppeln. Da fällt Ihnen nichts ein, außer die Berufseinstiegsbegleitung zu stoppen.

Wir merken: Hier sind relativ wenig strukturelle Reformen in Sicht. Wenn ich mir die Bundesländer und den Haushalt hier so in einer Nachbarschaft vorstelle, dann ist das

Haus der Söder-Regierung ein großes altes Haus mit einem schönen Zaun und einer super Schotterauffahrt. Der Vorgarten ist perfekt gepflegt, man möchte fast den Baum umarmen, aber wenn man dann mal die Bausubstanz anschaut, sie prüft, dann stellt man fest, es tropft im Keller noch die alte Ölheizung und das Dach muss auch mal gemacht werden. Aber anstatt die Generalsanierung zu planen, hängen Sie grüne Gardinen ins Fenster und stellen sich auch noch einen großen Plug-in-Hybrid in die Schotterauffahrt. Dafür muss dann die entsprechende Auffahrt verbreitert werden, so wie die Staatsstraßen in unserem Land, aber beim Nachbarn wird dann gerne damit geprotzt, statt die energetische Sanierung voranzutreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stichwort Klimamilliarde: Wenn Sie schon Projekte von uns abschreiben, dann bitte vollständig abschreiben. Ich habe früher in der Schule auch hin und wieder beim Nachbarn hineingeguckt, aber immer versucht, die ganze Aufgabe zu übernehmen. Wir brauchen die Klimamilliarde, aber wir brauchen sie jährlich und nicht über die Jahre gestreckt. Wer ein Haus sanieren will, macht im ersten Jahr die Fenster, im zweiten Jahr das Dach und installiert vielleicht im dritten Jahr die neue Heizung. Sie verteilen den Fenstertausch auf mehrere Jahre. Das ist leider nicht genug.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann mir jetzt schon die Klimamilliarde, die für 2023 verkündet wird, vorstellen: Die 400 Millionen Euro, die in Form von Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre vorhanden sind, werden wieder in das Paket einbezogen, im Jahr 2023 wird dann noch etwas Neues draufgelegt, für die Folgejahre gibt es wieder neue Verpflichtungsermächtigungen, und schwuppdiwupp hat man mit wenig relativ wenig Aufwand die nächste Klimamilliarde 2023 zusammen. Das wird so kommen. Das ist dann Ihr Marketing, hat aber relativ wenig mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man erkennt auch – das ist angesprochen worden – die Prioritäten. Wir merken nämlich, dass von der Klimamilliarde in diesem Haushaltsjahr letztendlich nur 600 Millionen Euro veranschlagt sind. Betrachtet man in diesem Zusammenhang das Familiengeld, das mit über 750 Millionen Euro weitaus höher ausfällt als die 600 Millionen Euro, die für den Klimaschutz eingeplant sind, merkt man, wie die politischen Prioritäten verteilt sind.

Ich will Ihnen allen aber noch etwas zum Thema Solidarität mit den anderen Ländern sagen, da heute sehr viel auf dem Länderfinanzausgleich, auf Altschuldentilgung und Ähnlichem herumgehackt wurde. Ich muss sagen: Zumindest in diesem Jahr und in 2022 hätte uns angesichts der aktuellen Situation etwas mehr Demut gutgetan. Im Moment fliegen wir Corona-Patienten zu kommunalen Krankenhäusern anderer Länder. Diese Länder und die dortigen Krankenhäuser, ob Landes-, ob Universtitätsklinika, ob kommunale Krankenhäuser bieten sich an, ohne mit der Wimper zu zucken, weil das selbstverständlich ist, weil das Solidarität ist. Und wir können in dieser Situation nicht etwas mehr Demut zeigen? Mir fehlen da wirklich die Worte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusammenfassend: Keine echte Kehrtwende und wenig Umdenken bei den alten Wahlgeschenken, die den Haushalt immer noch schwer belasten. Damit fehlt auch das Geld, um die Klimakrise wirksam bekämpfen zu können. Das wird sich in den nächsten Jahren sicher rächen. Wir werden unsere Vorschläge zum Klimaschutz auch in diesem Jahr einbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Pargent. – Damit komme ich zum letzten gemeldeten Redner: Das ist Kollege Johannes Hintersberger von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Johannes Hintersberger (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt über zweieinhalb Stunden die Entwürfe der Haushaltsgesetze für das nächste Jahr, für 2022, von unserem Staatsminister vorgestellt bekommen und darüber diskutiert. Worum geht es denn bei diesem Haushalt? – Corona hat uns im Griff und bestimmt diesen Haushalt. Es ist enorm wichtig und entscheidend, dass dieser Haushalt vor dem Hintergrund, dass wir alle nicht wissen, wie es mit dieser Pandemie weitergeht, ein stabiles Bollwerk darstellt, dass die Menschen spüren: Im Freistaat steht dieser Haushalt planungssicher, stabil und seriös.

Dieser Haushalt ist – im Entwurf wurde dies deutlich – nicht sozusagen mal schnell entwickelt worden; da wurde nicht mal schnell in die Schuldentruhe gegriffen. Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt in Höhe von 71 Milliarden Euro. Es ist wichtig festzustellen, dass mit dem Dreiklang – der Finanzminister hat dies dargestellt – von Einsparungen und Konsolidierungen in Höhe von 700 Millionen Euro auf der einen Seite und der Entnahme von 2,3 Milliarden Euro aus der Rücklage auf der anderen Seite der Haushalt ausgeglichen werden konnte, weil wir in den letzten Jahren oder Jahrzehnten Gott sei Dank solide und stabile finanzpolitische Entscheidungen getroffen haben. Im Rahmen der Kreditermächtigung können 5,8 Milliarden Euro Schulden gemacht werden. Dieses Ineinandergreifen ist wichtig, damit man auch spürt, dass trotz all der besonderen Herausforderungen, vor die uns die verheerende Pandemie stellt, um den Ausgleich des Haushalts gerungen wird. Dies spüren die Menschen.

Von daher ein herzliches Danke, lieber Herr Finanzminister, deinem Haus für dieses Ringen um diesen ausgeglichenen Haushalt angesichts all dieser großen Herausforderungen.

Sie sagen, der Haushaltsentwurf sei nicht zielgerichtet. Ich darf zwei Schwerpunkte herausnehmen. Ich nehme den Bereich Bildung als die Grundlage für eine gute Sozialpolitik heraus, die Chancen und Möglichkeiten bietet, aus dieser Pandemie wieder herauszukommen. In den Einzelplänen 05 und 15 sind knapp 25 Milliarden Euro ein-

gestellt. Mit fast 35 % Anteil an unserem gesamten Haushalt ist dies die mit Abstand größte Summe. Wenn das nicht zielgerichtet ist, liebe Kollegen, dann frage ich: Wo schauen Sie hin? Mit einem Plus von zusammen 1,1 Milliarden Euro in diesen beiden Einzelplänen setzen wir ganz bewusst einen großen, den entscheidenden Schwerpunkt.

Herr Kollege Pargent, Sie schwadronieren hier. Ich muss Sie daher zum Familiengeld ganz konkret fragen: Habe ich Sie richtig verstanden? Wollen Sie das Familiengeld kürzen oder abschaffen, und zwar zugunsten des Bereichs Klima? – Genau das wollen wir nicht. Wir wollen die Dinge nicht auseinanderreißen und gegeneinander ausspielen!

Ein zweiter großer Schwerpunkt – das hat Kollege Hans Herold super auf den Punkt gebracht; ich möchte ihn auch nennen – ist der Finanzausgleich für unsere Kommunen. Warum ist dieser denn so wichtig? Der legendäre Oberbürgermeister von Stuttgart, liebe Kolleginnen und Kollegen, Manfred Rommel, hat einmal gesagt: "Ein Politiker sollte nicht ständig seine Grundüberzeugungen ändern. Erfolgreiche Politik setzt den Mut voraus, langweilig zu sein." – Da bin ich hier gerne langweilig! Ich bin hier langweilig, weil es meine Grundüberzeugung ist, Politik für unsere Kommunen subsidiär zu gestalten, und dies seit vielen, vielen Jahren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Warum ist dies so wichtig? – Weil dort die Menschen die Politik leben.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Auf die Zeit achten, Herr Kollege!

Johannes Hintersberger (CSU): Dort ist die Politik erfahrbar. Deshalb wird diese subsidiäre Überzeugung nicht nur in Sonntagsreden genannt, sondern seit Jahrzehnten im FAG umgesetzt. In diesem FAG sind 4 Milliarden Euro Schlüsselzuweisungen und insgesamt über 10 Milliarden Euro enthalten, über die unsere Kommunen die Entscheidungskompetenz haben.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Zeit beachten!

Johannes Hintersberger (CSU): Dies entspricht 15 % des gesamten Haushaltes.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank!

Johannes Hintersberger (CSU): Meine Damen und Herren, ich danke dem Finanzminister. Ich freue mich auf gute Gespräche und Erörterungen zu diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter. – Es gibt eine Zwischenbemerkung: Die Frau Abgeordnete Köhler hat sich gemeldet. Bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Hintersberger, ich hätte, weil Sie das Thema Schwadronieren angesprochen haben, eine Frage zum Thema Bildung: Wie sehen Sie es, dass die Berufseinstiegsbegleitung nun endgültig ausläuft? Wie sehen Sie es, dass 2021 keine einzige Ja-Stelle aus dem Bundesprogramm geschaffen wurde? Wie sehen Sie es, dass sämtliche tausend Stellen für G9 bis 2025 gesperrt sind?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Abgeordneter Hintersberger.

Johannes Hintersberger (CSU): Liebe Frau Kollegin Köhler, ich habe gesagt, wir haben in den Einzelplänen 05 und 15 1,1 Milliarden Euro mehr als 2021. Ganz konkret. Über das Programm lasst uns reden: Wir haben im letzten Jahr eine gute Lösung gebracht, obwohl die europäischen Gelder hier abgezogen worden sind. Wir können nicht grundsätzlich bei allem, wofür aus Europa nichts mehr kommt, zu 100 % einsteigen. Aber lasst uns das auch – Sie wissen, wo ich hier stehe – hier in den Gesprächen sehr sachlich, aber zielorientiert behandeln. Wir haben nicht nur die 409.000 Studierenden, so viele wie noch nie, in Bayern, neben den rund 700.000 Azubis, die wir derzeit vom ersten bis zum dritten Lehrjahr in Bayern haben, sondern künftig auch Ju-

gendliche, die es ein bisschen schwerer haben. Auch für sie wird es diese Unterstützung geben. Wir werden schauen, dass wir eine gute Lösung hinbekommen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hintersberger. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist die Aussprache geschlossen. Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich hier Widerspruch? – Ich sehe keinen. Damit so beschlossen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 16.02.2022 **Drucksache** 18/**21898**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2022; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Berichterstatter: **Michael Hofmann**
Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 06 03 werden die Ansätze
   in 2022
   a) bei Tit. 686 79
      von 4.500,0 Tsd. €
      um 230,0 Tsd. €
      auf 4.730,0 Tsd. €
      sowie

   b) bei Tit. 686 81
      von 3.850,0 Tsd. €
      um 20,0 Tsd. €
      auf 3.870,0 Tsd. €
      erhöht.

2. Bei Kap. 06 05 Tit. 812 99 wird der Ansatz
   in 2022
   von 11.000,0 Tsd. €
   um 200,0 Tsd. €
   auf 11.200,0 Tsd. €
   erhöht.

3. Bei Kap. 06 14 Tit. 812 35 wird der Ansatz
   in 2022
   von 1.750,0 Tsd. €
   um 201,0 Tsd. €
   auf 1.951,0 Tsd. €
   erhöht.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

4. Bei Kap. 06 16 werden die Ansätze in 2022

   a) bei Tit. 770 71
   von 948,0 Tsd. €
   um 350,0 Tsd. €
   auf 1.298,0 Tsd. €
   sowie

   b) bei Tit. 812 71
   von 444,2 Tsd. €
   um 750,0 Tsd. €
   auf 1.194,2 Tsd. €
   erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 06 15 und Kap. 06 21 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Heimat- und Kulturpflege
   (Kap. 06 03 Tit. 686 81)
   Drs. 18/20445

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Heimat und regionale Identität - Digitales Erlebnis "Römer in Augsburg"
   (Kap. 06 03 Tit. 686 79)
   Drs. 18/20479

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: ELSTER Vor-Ort-Registrierung in den Servicezentren der Finanzämter
   (Kap. 06 05 Tit. 812 99)
   Drs. 18/20480

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mobile Police – Ausstattung für das Studium an der Hochschule für den öffentlichen Dienst, Fachbereich Polizei
(Kap. 06 14 Tit. 812 35)
Drs. 18/20481

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Schlösserverwaltung - Park Schönbusch: Entlastung der Kernzone des Landschaftsparks
(Kap. 06 16 Tit. 770 71)
Drs. 18/20482

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Schlösserverwaltung - Welterbezentrum im Redoutenhaus Bayreuth: Museumsausstattung
(Kap. 06 16 Tit. 812 71)
Drs. 18/20483

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/20153

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 06 01 Tit. 536 03)
Drs. 18/20193

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
(Kap. 06 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/20238

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 06 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/20239

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuschüsse an Private (Pilotprojekt zur Förderung von Voucherlösungen für den Glasfaseranschluss)
   (Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
   Drs. 18/20240

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Ausbildungsniveau der Finanzverwaltung halten
   (Kap. 06 05 Tit. 422 21)
   Drs. 18/20241

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Unsere Heimat I - Preise im Bereich Heimatpflege
   (Kap. 06 03 Tit. 681 81)
   Drs. 18/20328

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau I
   (Kap. 06 03 Tit. 883 72)
   Drs. 18/20329

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Unsere Heimat II - Förderung traditioneller Vereine
   (Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
   Drs. 18/20330

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau II - Arbeitsgruppe Breitband
    (Kap. 06 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/20331

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Arbeitsgruppe KONSENS
    (Kap. 06 04 TG 99 neuer Tit.)
    Drs. 18/20332

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I - Zusätzliche Stellen für das Landesamt für Finanzen
    (Kap. 06 15 Tit. 422 01)
    Drs. 18/20333

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Andreas Winhart, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II - Zusätzliche Stellen für das IT-Dienstleistungszentrum
    (Kap. 06 21 Tit. 422 01)
    Drs. 18/20334

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 121. Sitzung am 16. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Zustimmung

   mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

default

Anlage 3 zu 12/14/16/19/23-H 1108.15-1/40

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Haushalt 2022

zum

Entwurf des Einzelplans 06

Staatsministerium der Finanzen
und für Heimat

sachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar
e Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

06 15 Landesamt für Finanzen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Ausgaben			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 01-9 062	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 32.500,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	1.308,9	1.308,9
	Gesamtausgaben	A B	173.661,9 -	173.661,9
	Abschluss			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	79,4 -	79,4
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	23.353,9 -	23.353,9
	Gesamteinnahmen	A B	23.433,3 -	23.433,3
	Personalausgaben	A B	117.900,5 -	117.900,5
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	25.968,2 -	25.968,2
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	22.180,7 -	22.180,7
	Baumaßnahmen	A B	2.600,0 -	2.600,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	5.012,5 -	5.012,5
	Gesamtausgaben	A B	173.661,9 -	173.661,9
	Zuschuss	A	150.228,6	150.228,6

Erläuterungen

Zu 06 15/518 01
Im Rahmen des Flächenmanagementverfahrens wurde eine langfristige Anmietung für die Unterbringung des Landesamtes für Finanzen in Weiden (2. Stufe der Behördenverlagerung Bayern 2030) geprüft. Im Rahmen der Vertragsverhandlungen hat sich inzwischen die konkrete Höhe gezeigt. Zudem bedarf es weiterer Zwischenanmietungen für die Behördenverlagerungsprojekte des Landesamts für Finanzen in Weiden und Kaufbeuren.

06 21 Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Ausgaben			
	Personalausgaben			
428 31-0 019	Entgelte der Arbeitnehmer (Arbeitnehmer-Budget)	A B	8.174,9 +500,0	8.674,9
	Gesamtausgaben	A B	173.523,0 +500,0	174.023,0
	Abschluss			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	4.595,0 -	4.595,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	2.001,2 -	2.001,2
	Gesamteinnahmen	A B	6.596,2 -	6.596,2
	Personalausgaben	A B	79.043,1 +500,0	79.543,1
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	50.251,4 -	50.251,4
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	2.669,0 -	2.669,0
	Baumaßnahmen	A B	6.913,5 -	6.913,5
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	34.646,0 -	34.646,0
	Gesamtausgaben	A B	173.523,0 +500,0	174.023,0
	Zuschuss	A B	166.926,8 500,0	167.426,8

Erläuterungen

Zu 06 21/428 31
Zur Umsetzung der elektronischen Verfahrensakte für den Bereich der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit werden Haushaltsmittel in Höhe von 0,5 Mio. € von Kap. 10 02 Tit. 534 99 nach Kap. 06 21 Tit. 428 31 (Arbeitnehmer-Budget IT-Dienstleistungszentrum) umgesetzt.

Epl. 06 Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss Epl. 06			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	356.877,3 -	356.877,3
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	133.359,9 -	133.359,9
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	485,3 -	485,3
	Gesamteinnahmen	A B	490.722,5 -	490.722,5
	Personalausgaben	A B	2.192.902,3 +500,0	2.193.402,3
	Sächliche Verwaltungsausgaben *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 191.072,3*	A B	406.518,4 -	406.518,4
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 144.736,0*	A B	42.152,8 -	42.152,8
	Baumaßnahmen *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 99.984,0*	A B	114.561,5 -	114.561,5
	Sonstige Sachinvestitionen *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 6.529,0*	A B	93.333,2 -	93.333,2
	Investitionsförderungsmaßnahmen *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 602.030,0*	A B	227.030,0 -	227.030,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	126,6 -	126,6
	Gesamtausgaben *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 1.044.351,3*	A B	3.076.624,8 +500,0	3.077.124,8
	Zuschuss	A B	2.585.902,3 500,0	2.586.402,3

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 16.02.2022 **Drucksache** 18/**21907**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2022; Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Berichterstatter**:** **Harald Kühn**
Mitberichterstatter: **Harald Güller**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 14 03 Tit. 686 64 wird der Ansatz
   in 2022
   von 2.600,0 Tsd. €
   um 400,0 Tsd. €
   auf 3.000,0 Tsd. €
   erhöht.

2. Bei Kap. 14 04 werden die Ansätze
   in 2022
   a) bei Tit. 684 67
      von 100,0 Tsd. €
      um 15,0 Tsd. €
      auf 115,0 Tsd. €

   b) bei Tit. 893 67
      von 200,0 Tsd. €
      um 350,0 Tsd. €
      auf 550,0 Tsd. €

   c) bei Tit. 893 70
      von 0,0 Tsd. €
      um 300,0 Tsd. €
      auf 300,0 Tsd. €

   d) bei Tit. 526 75
      von 300,0 Tsd. €
      um 180,0 Tsd. €
      auf 480,0 Tsd. €
      sowie

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

e) bei Tit. 893 86
von 20.000,0 Tsd. €
um 1.600,0 Tsd. €
auf 21.600,0 Tsd. €
erhöht.

3. Bei Kap. 14 05 werden die Ansätze in 2022

a) bei Tit. 684 53
von 0,0 Tsd. €
um 40,0 Tsd. €
auf 40,0 Tsd. €

b) bei Tit. 892 62
von 0,0 Tsd. €
um 120,0 Tsd. €
auf 120,0 Tsd. €

c) bei Tit. 526 70
von 0,0 Tsd. €
um 800,0 Tsd. €
auf 800,0 Tsd. €

d) bei Tit. 686 70
von 330,0 Tsd. €
um 210,0 Tsd. €
auf 540,0 Tsd. €

e) bei Tit. 633 80
von 0,0 Tsd. €
um 120,0 Tsd. €
auf 120,0 Tsd. €
sowie

f) bei Tit. 526 81
von 617,4 Tsd. €
um 800,0 Tsd. €
auf 1.417,4 Tsd. €
erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 14 05 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2022;
hier: Studie "Spiritual Care"
(Kap. 14 04 Tit. 526 75)
Drs. 18/20454

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, u.a. CSU
Haushaltsplan 2022;
hier: Lamatherapie im Kinderhospiz
(Kap. 14 04 Tit. 684 67)
Drs. 18/20455

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, u.a. CSU
Haushaltsplan 2022;
hier: Kinderhospiz Sternenzelt Mainfranken e. V.
(Kap. 14 04 Tit. 893 67)
Drs. 18/20456

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, u.a. CSU
Haushaltsplan 2022;
hier: Be- und Entlüftung, BRK-Kreisverband Kulmbach
(Kap. 14 04 Tit. 893 70)
Drs. 18/20457

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2022;
hier: PflegeSoNah
(Kap. 14 04 Tit. 893 86)
Drs. 18/20458

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2022;
hier: Stiftung innovative Medizin
(Kap.14 05 Tit. 526 70)
Drs. 18/20459

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Nationale Therapieallianz – Entwicklung antiviraler Medikamente zur rascheren Handlungsmöglichkeit in künftigen Pandemien
(Kap. 14 03 Tit. 686 64)
Drs. 18/20493

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung von Xenotransplantationen
(Kap. 14 05 Tit. 526 70)
Drs. 18/20494

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kinderonkologie – Kampf gegen ZNS-Tumore bei Kindern und Jugendlichen
(Kap. 14 05 Tit. 526 70)
Drs. 18/20495

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Atelier Regenbogen
(Kap. 14 05 Tit. 526 70)
Drs. 18/20496

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Studie zur Wirkung des Medikaments BC 007 bei der Bekämpfung von ME/CFS
(Kap. 14 05 Tit. 526 81)
Drs. 18/20497

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit
(Kap. 14 05 Tit. 633 80)
Drs. 18/20498

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: HPV-Impfungen weiter vorantreiben
(Kap. 14 05 Tit. 684 53)
Drs. 18/20499

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Internationaler Pflegecampus Bad Windsheim
(Kap. 14 05 Tit. 686 70)
Drs. 18/20500

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Modellprojekt für schwer psychisch kranke Kinder und Jugendliche in geschützter Unterbringung
(Kap. 14 05 Tit. 892 62)
Drs. 18/20501

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beratungs- und Koordinationsstelle für russischsprachige Eingewanderte
(Kap. 14 05 Tit. 686 70)
Drs. 18/20539

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Barrierefreiheit in Krankenhäusern
(Kap. 14 03 TG 77)
Drs. 18/20161

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 1
(Kap. 14 04 Tit. 891 86)
Drs. 18/20162

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 2
(Kap. 14 04 Tit. 892 86)
Drs. 18/20163

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 3
(Kap. 14 04 Tit. 893 86)
Drs. 18/20164

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 TG 57)
Drs. 18/20165

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Praxisanleitung in der akademischen Pflegeausbildung finanzieren
   (Kap. 14 04 TG 72 - 73)
   Drs. 18/20166

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Ersatzneubau von Altenpflegeeinrichtungen
   (Kap. 14 04 TG 86)
   Drs. 18/20167

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
   (Kap. 14 04 TG 86)
   Drs. 18/20168

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Rückkehrbonus für Pflegekräfte
   (Kap. 14 04 neuer Tit.)
   Drs. 18/20169

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. SPD
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur - Ausbau der psychiatrischen mobilen Krisendienste
    (Kap. 14 05 Tit. 633 63)
    Drs. 18/20170

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. SPD
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur - Beteiligung der Selbsthilfe an der Psychiatrieplanung
    (Kap. 14 05 Tit. 686 63)
    Drs. 18/20171

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Patienten- und Pflegebeauftragter
    (Kap. 14 01 Tit. 534 01)
    Drs. 18/20200

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Qualifizierung des Personals der Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA)
    (Kap. 14 04 Tit. 525 70)
    Drs. 18/20201

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Studien, Gutachten, Forschungsaufträge und dgl.
(Kap. 14 04 Tit. 526 76)
Drs. 18/20202

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz
(Kap. 14 04 Tit. 681 84)
Drs. 18/20203

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 14 04 Tit. 684 57)
Drs. 18/20204

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 14 04 Tit. 684 76)
Drs. 18/20205

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen
(Kap. 14 04 Tit. 892 86)
Drs. 18/20206

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen
(Kap. 14 04 Tit. 891 86)
Drs. 18/20207

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland
(Kap. 14 04 Tit. 893 86)
Drs. 18/20208

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 14 23 Tit. 428 63)
Drs. 18/20209

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten
(Kap. 14 23 Tit. 547 63)
Drs. 18/20210

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Hard- und Software
(Kap. 14 23 Tit. 812 63)
Drs. 18/20211

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
(Kap. 14 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/20269

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20270

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sektorenübergreifende Versorgung stärken
(Kap. 14 03 Tit. 686 64)
Drs. 18/20271

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Schaffung niedrigschwelliger Versorgungsstrukturen
(Kap. 14 03 TG 64 neuer Tit.)
Drs. 18/20272

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich
(Kap. 14 03 TG 75)
Drs. 18/20273

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erweiterung Hebammenbonus, Niederlassungsprämie Hebammen
(Kap. 14 03 TG 87)
Drs. 18/20274

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Green Hospital
(Kap. 14 03 TG 90)
Drs. 18/20275

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Refinanzierung Praxisanleitung in der hochschulischen Pflegeausbildung
(Kap. 14 04 TG 72 - 73)
Drs. 18/20276

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Akademisierungsquote und Wissenschaftliche Untermauerung in der Pflege stärken
(Kap. 14 04 TG 72 - 73)
Drs. 18/20277

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 18/20278

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Abschaffen des Landespflegegeldes
(Kap. 14 04 TG 84)
Drs. 18/20279

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Verbesserung der Versorgungsstrukturen und der Pflegeinfrastruktur, Pflegeforschung
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/20280

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Verstärkung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Spielsucht
(Kap. 14 05 Tit. 547 01)
Drs. 18/20281

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Digitalisierung der Gesundheitsverwaltung
(Kap. 14 05 TG 56)
Drs. 18/20282

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Digitale Betreuung von Menschen mit psychischer Erkrankung in medizinischer Rehabilitation
(Kap. 14 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20283

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Ausgaben für Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
(Kap. 14 01 Tit. 511 01)
Drs. 18/20408

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Ausgaben für die Reisekostenvergütung bei Dienstreisen
(Kap. 14 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/20409

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Ausgaben für Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
(Kap. 14 01 Tit. 812 01)
Drs. 18/20410

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhöhung der Mittel für den Defizitausgleich für Abteilungen Gynäkologie und Geburtshilfe an Krankenhäusern
(Kap. 14 03 Tit. 633 86)
Drs. 18/20411

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Kosten für Zuschüsse an Sonstige
(Kap. 14 03 Tit. 686 97)
Drs. 18/20412

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Digitalisierung in der Pflege
(Kap. 14 03 TG. 75)
Drs. 18/20413

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022:
hier: Finanzielle Sicherheit für Krankenhäuser
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20414

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an den Ausgleichsfonds
(Kap. 14 04 Tit. 684 72)
Drs. 18/20415

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhöhung der Mittel für PflegesoNah
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/20417

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bildungsmöglichkeiten für in der Pflege Tätige
(Kap. 14 04 neuer Tit.)
Drs. 18/20418

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten für eine Beschaffung und Bevorratung von Medikamenten und Impfstoffen für Versorgungsmaßnahmen gegen einemögliche Influenza-Pandemie
(Kap. 14 05 Tit. 514 53)
Drs. 18/20419

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Ausgaben für Veranstaltungskosten
(Kap. 14 05 Tit. 540 60)
Drs. 18/20420

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Streichung der Ausgaben für den Ausbau eines elektronischen Polleninformationsnetzwerkes Bayern (ePIN)
(Kap. 14 23 TG 61)
Drs. 18/20421

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 18/20422

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.

2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 121. Sitzung am 16. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 4 zu 12/14/16/19/23-H 1108.15-1/40

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Haushalt 2022

zum

Entwurf des Einzelplans 14

Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

14 05 Prävention und Gesundheitsschutz

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Ausgaben			
	Titelgruppen			
	53 Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen *Vermerk unverändert.*			
526 53-1 314	Ausgaben für Sachverständige und infektionsepidemiologische Studien *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 400,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	537,5	537,5
	Summe der Titelgruppe	A B	13.898,5 -	13.898,5
	Gesamtausgaben	A B	53.219,6 -	53.219,6
	Abschluss			
	Personalausgaben	A B	592,4 -	592,4
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	16.337,7 -	16.337,7
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	36.289,5 -	36.289,5
	Gesamtausgaben	A B	53.219,6 -	53.219,6
	Zuschuss	A	53.219,6	53.219,6

Erläuterungen

Zu 14 05/526 53
Die Erweiterung der Zweckbestimmung um "Ausgaben für Sachverständige" ist aufgrund der gemäß § 13 Abs. 6 Infektionsschutzgesetz vorgeschriebenen Mortalitätssurveillance notwendig.

Epl. 14 Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss Epl. 14			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	2.646,5 -	2.646,5
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	12.810,4 -	12.810,4
	Gesamteinnahmen	A B	15.456,9 -	15.456,9
	Personalausgaben	A B	133.827,1 -	133.827,1
	Sächliche Verwaltungsausgaben *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 44.275,0*	A B	46.057,0 -	46.057,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 95.940,1*	A B	656.179,7 -	656.179,7
	Sonstige Sachinvestitionen *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 400,0*	A B	4.417,8 -	4.417,8
	Investitionsförderungsmaßnahmen *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 42.550,0*	A B	47.000,0 -	47.000,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-2.015,7 -	-2.015,7
	Gesamtausgaben *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 183.165,1*	A B	885.465,9 -	885.465,9
	Zuschuss	A	870.009,0	870.009,0

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 17.02.2022 **Drucksache 18/21893**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2022; Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

Berichterstatter: **Harald Kühn**
Mitberichterstatter: **Ferdinand Mang**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Ausgaben für repräsentative Anlässe und Begegnungen mit Bürgern
   (Kap. 01 01 Tit. 535 01)
   Drs. 18/20315

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Mitgliedsbeiträge und sonstige Unterstützungen an Verbände, Vereine u. dgl.
   (Kap. 01 01 Tit. 686 05)
   Drs. 18/20316

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 122. Sitzung am 17. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung

   Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 17.02.2022 **Drucksache 18/21894**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2022; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Berichterstatter: **Harald Kühn**
Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderung durchgeführt wird:

Bei Kap. 02 03 Tit. 684 58 wird der Ansatz

in 2022	
von	360,0 Tsd. €
um	20,0 Tsd. €
auf	380,0 Tsd. €

erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 02 03 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Mit dieser Änderung ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Maßnahmen zur Förderung des europäischen und internationalen Schüler- und Jugendaustausches
(Kap. 02 03 Tit. 684 58)
Drs. 18/20478
e r l e d i g t .

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20190

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
   (Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 18/20191

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stellenumsetzungen zur Stärkung der Innenrevisionen der Ministerien
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20224

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 02 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/20225

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20317

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge der abgeordneten Beamten
   (Kap. 02 03 Tit. 422 31)
   Drs. 18/20318

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 531 21)
   Drs. 18/20319

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Eine-Welt-Promotorinnenprogramm
   (Kap. 02 03 Tit. 682 53)
   Drs. 18/20320

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Markus Bayerbach, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen
   (Kap. 02 03 Tit. 685 53)
   Drs. 18/20321

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Ferdinand Mang, Markus Bayerbach u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Förderung der internationalen Beziehungen Bayerns
    (Kap. 02 03 Tit. 687 53)
    Drs. 18/20322

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Ferdinand Mang, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Stiftung "Wertebündnis Bayern"
    (Kap. 02 03 Tit. 698 54)
    Drs. 18/20323

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen
    (Kap. 02 03 Tit. TG 53)
    Drs. 18/20324

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 123. Sitzung am 17. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Ablehnung

   mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 1 zu 12/14/16/19/23-H 1108.15-1/40

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Haushalt 2022

zum

Entwurf des Einzelplans 02

Ministerpräsident und Staatskanzlei

sachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar
e Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

02 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Ausgaben			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
531 21-3 013	Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung *Vermerk unverändert.*	A B	1.826,8 +220,0	2.046,8
535 01-3 011	Repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung *Vermerk unverändert.*	A B	3.371,0 +1.113,0	4.484,0
	Gesamtausgaben	A B	37.450,4 +1.333,0	38.783,4
	Abschluss			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	415,5 -	415,5
	Gesamteinnahmen	A B	415,5 -	415,5
	Personalausgaben	A B	240,8 -	240,8
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	16.434,8 +1.333,0	17.767,8
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	20.589,1 -	20.589,1
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	185,7 -	185,7
	Gesamtausgaben	A B	37.450,4 +1.333,0	38.783,4
	Zuschuss	A B	37.034,9 1.333,0	38.367,9

Erläuterungen

Zu 02 03/531 21
Mehr 220,0 Tsd. € wegen zusätzlicher Öffentlichkeitsmaßnahmen im Rahmen des G7-Gipfels 2022.

Zu 02 03/535 01
Mehr 1.113,0 Tsd. € wegen zusätzlicher protokollarischer Maßnahmen im Rahmen des G7-Gipfels 2022.

Epl. 02 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss Epl. 02			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	495,5 -	495,5
	Gesamteinnahmen	A B	495,5 -	495,5
	Personalausgaben	A B	53.413,9 -	53.413,9
	Sächliche Verwaltungsausgaben *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 200,0*	A B	29.598,4 +1.333,0	30.931,4
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 11.076,0*	A B	49.629,1 -	49.629,1
	Baumaßnahmen	A B	5.310,0 -	5.310,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	2.076,6 -	2.076,6
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	215,0 -	215,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	217,8 -	217,8
	Gesamtausgaben *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 11.276,0*	A B	140.460,8 +1.333,0	141.793,8
	Zuschuss	A B	139.965,3 1.333,0	141.298,3

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 17.02.2022 **Drucksache** 18/**21896**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2022; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Berichterstatter: **Steffen Vogel**
Mitberichterstatter: **Harald Güller**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 04 01 Tit. 531 11 wird der Ansatz
   in 2022
   von 200,0 Tsd. €
   um 150,0 Tsd. €
   auf 350,0 Tsd. €
   erhöht.

2. Bei Kap. 04 04 werden die Ansätze
   in 2022
   a) bei Tit. 526 99
      von 32.796,8 Tsd. €
      um 500,0 Tsd. €
      auf 33.296,8 Tsd. €
      sowie

   b) bei Tit. 686 03
      von 8.000,0 Tsd. €
      um 311,0 Tsd. €
      auf 8.311,0 Tsd. €
      erhöht.

3. Bei Kap. 04 05 Tit. 812 48 wird der Ansatz
   in 2022
   von 6.000,0 Tsd. €
   um 200,0 Tsd. €
   auf 6.200,0 Tsd. €
   erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 04 01 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Öffentlichkeitsarbeit Professionelle Informationsfilme zu ausgewählten Themen
   (Kap. 04 01 Tit. 531 11)
   Drs. 18/20473

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Erprobung eines Tools zur automatisierten Strukturierung der Inhalte elektronischer Dokumente in Massenverfahren
   (Kap. 04 04 Tit. 526 99)
   Drs. 18/20474

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Technischer Ausbau und Verzahnung der Analysefähigkeiten der Zentralstelle Cybercrime Bayern in den Bereichen Darknet und Kryptowährungen
   (Kap. 04 04 Tit. 526 99)
   Drs. 18/20475

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Psychotherapeutische Fachambulanzen: Pilotprojekt zur Verbesserung der Versorgung im ländlichen Raum
   (Kap. 04 04 Tit. 686 03)
   Drs. 18/20476

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Schießsimulator für die Justizvollzugsanstalt München
   (Kap. 04 05 Tit. 812 48)
   Drs. 18/20477

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: "Booster" für den Rechtsstaat I - Erhöhung der Personalausgaben zur Institutionalisierung der Rechtstatsachenforschung in Bayern
   (Kap. 04 01 Tit. 422 31 und Tit. 428 01)
   Drs. 18/20145

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: "Booster" für den Rechtsstaat II - Ausgaben für Sachverständige
   (Kap. 04 02 Tit. 526 11)
   Drs. 18/20146

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: "Booster" für den Rechtsstaat III - Mittel für die Finanzierung von 115 neuen Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie Stellenhebungen, insbesondere von A 11 nach A 12
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20147

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: "Booster" für den Rechtsstaat IV - Mittel für die Finanzierung der Stellenhebung von 255 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern von A 8 nach A 9
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20148

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: "Booster" für den Rechtsstaat V - Mittel für die Finanzierung von 350 neuen Stellen für Richterinnen und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20149

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: "Booster" für den Rechtsstaat VI - Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Bayern
   (Kap. 04 04 Tit. 525 01)
   Drs. 18/20150

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: "Booster" für den Rechtsstaat VII - Mittel für die Finanzierung von 250 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern für einen guten Behandlungsvollzug
   (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20151

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: "Booster" für den Rechtsstaat VIII - Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern
   (Kap. 04 05 Tit. 681 02)
   Drs. 18/20152

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Entgelte für Postdienstleistungen
   (Kap. 04 04 Tit. 511 02)
   Drs. 18/20192

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium der Justiz
    (Kap. 04 01 Tit. 422 01)
    Drs. 18/20226

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Aufbau einer Landesantidiskriminierungsstelle
    (Kap. 04 01 neue TG)
    Drs. 18/20227

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
    (Kap. 04 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/20228

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Starke Justiz für Bayern - 50 weitere Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer
    (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
    Drs. 18/20229

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Starke Justiz für Bayern - Sicherheit in Justizgebäuden verbessern
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/20230

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Starke Justiz für Bayern - Schnellere Verfahren durch mehr Richterinnen und Richter und mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/20231

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Starke Justiz für Bayern - Echte Personalaufstockung in der Rechtspflege
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 18/20232

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Starke Justiz für Bayern - 100 neue Stellen im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01 u. 422 21)
Drs. 18/20233

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Starke Justiz für Bayern - 60 neue Arbeitnehmerstellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 18/20234

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Pandemiebedingter Raumknappheit der Justiz abhelfen, (Medien-) Öffentlichkeit in Gerichtsverfahren sicherstellen
(Kap. 04 04 Tit. 511 01 u. 518 01)
Drs. 18/20235

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: IT-Ausstattung der Gerichte verbessern - mobiles Arbeiten ausweiten
(Kap. 04 04 Tit. 511 99)
Drs. 18/20236

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Videokonferenzsysteme für Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 812 30)
Drs. 18/20237

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Richard Graupner, Christian Klingen, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit
(Kap. 04 04 Tit. 427 01)
Drs. 18/20326

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Richard Graupner, Andreas Winhart, Markus Bayerbach u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Europäische Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 533 07)
Drs. 18/20327

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 123. Sitzung am 17. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Zustimmung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 2 zu 12/14/16/19/23-H 1108.15-1/40

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Haushalt 2022

zum

Entwurf des Einzelplans 04

Staatsministerium der Justiz

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

04 01 Ministerium

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Einnahmen			
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			
271 01-1 183	Erstattungen von der EU *Vgl. Vermerk zu Tit. 531 11.*	A B		- - -
	Gesamteinnahmen	A B	24,5 -	24,5
	Ausgaben			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
531 11-5 011	Fachveröffentlichungen *Gegenseitig deckungsfähig mit 531 21 und Kap. 04 02 Tit. 531 21.* *Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. 271 01.* *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 200,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	200,0	200,0
	Gesamtausgaben	A B	21.014,6 -	21.014,6

Erläuterungen

Zu 04 01/531 11
Aus dem Ansatz sind u.a. auch die Kosten für die Neugestaltung des sog. Weiße-Rose-Saals im Justizpalast zu bestreiten.

04 01 Ministerium

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	24,5 -	24,5
	Gesamteinnahmen	A B	24,5 -	24,5
	Personalausgaben	A B	18.424,8 -	18.424,8
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	2.089,6 -	2.089,6
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	195,2 -	195,2
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	305,0 -	305,0
	Gesamtausgaben	A B	21.014,6 -	21.014,6
	Zuschuss	A	20.990,1	20.990,1

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz

Titel FKZ		A/B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss Epl. 04			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	1.239.187,5	1.239.187,5
		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	5.949,0	5.949,0
		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	1.245.136,5	1.245.136,5
		B	-	
	Personalausgaben	A	1.777.274,6	1.777.274,6
	Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 625,0	B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	803.352,3	803.352,3
	Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 145.362,8	B	-	
	Ausgaben für den Schuldendienst	A	26,5	26,5
		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	43.042,7	43.042,7
		B	-	
	Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 20.330,0			
	Baumaßnahmen	A	153.529,6	153.529,6
	Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 110.400,0	B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	64.943,4	64.943,4
	Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 21.150,0	B	-	
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	-14.098,6	-14.098,6
		B	-	
	Gesamtausgaben	A	2.828.070,5	2.828.070,5
	Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 297.867,8	B	-	
	Zuschuss	A	1.582.934,0	1.582.934,0
	Überschuss			

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21910 des HA vom 17.02.2022

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21900 des HA vom 18.02.2022

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21897 des HA vom 21.02.2022

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21895 des HA vom 22.02.2022

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21903 des HA vom 22.02.2022

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21901 des HA vom 24.02.2022

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21902 des HA vom 24.02.2022

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.02.2022 **Drucksache** 18/**21904**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2022; Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**
Mitberichterstatter: **Claudia Köhler**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**
Mitberichterstatterin: **Claudia Köhler**

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 128. Sitzung am 24. Februar 2022 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Claudia Köhler
Stellvertretende Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.02.2022 **Drucksache** 18/**21912**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2022; Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

Berichterstatter: **Dr. Gerhard Hopp**
Mitberichterstatter: **Dr. Helmut Kaltenhauser**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 16 05 wird der Ansatz in 2022 bei Tit. 683 01

von	1.164,9 Tsd. €
um	20,0 Tsd. €
auf	1.184,9 Tsd. €

   erhöht, sowie

   die Erläuterungen wie folgt ergänzt:

   20,0 Tsd. Euro einmalig mehr entsprechend dem Änderungsantrag auf Drs. 18/20878, Unterstützung des Transit Filmfest.

2. Bei Kap. 16 05 wird der Ansatz in 2022 bei Tit. 861 01

von	12.500,0 Tsd. €
um	1.000,0 Tsd. €
auf	13.500,0 Tsd. €

   erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 16 03 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge e r l e d i g t:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuschüsse zu filmischen Veranstaltungen u. Ä.
   (Kap. 16 05 Tit. 683 01)
   Drs. 18/20878

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Aufstockung Kino-Programmprämien
   (Kap. 16 05 Tit. 861 01)
   Drs. 18/21075

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
   (Kap. 16 01 Tit. 511 01)
   Drs. 18/20781

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Reisekostenvergütung für Dienstreisen
   (Kap. 16 01 Tit. 527 01)
   Drs. 18/20782

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software
   (Kap. 16 01 Tit. 812 99)
   Drs. 18/20783

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.a.
   (Kap. 16 02 Tit. 534 66)
   Drs. 18/20784

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.
   (Kap. 16 04 Tit. 534 77)
   Drs. 18/20785

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen
   (Kap. 16 04 Tit. 633 76)
   Drs. 18/20786

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Internationale Zusammenarbeit
   (Kap. 16 04 neuer Tit.)
   Drs. 18/20787

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.
   (Kap. 16 04 Tit. 534 76)
   Drs. 18/20788

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Digitales
   (Kap. 16 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20871

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
    (Kap. 16 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/20872

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Forschungsauftrag über extremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke in Gaming- und Kommunikationsplattformen und Subkulturen im Internet
    (Kap. 16 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/20873

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: "GrünFairFilm" - Preis für ökologisch-soziale Nachhaltigkeit beim Bayerischen Film- und Fernsehpreis schaffen
    (Kap. 16 05 Tit. 681 01)
    Drs. 18/20874

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ökologische Energieversorgung am Set und Mobilität in der Filmproduktion, Anreize für mittelständische Unternehmen, grünes Drehen
(Kap. 16 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20875

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Keine Klimabevormundung I: Ausgaben für Digitalisierung
(Kap. 16 03 Tit. 537 01)
Drs. 18/21001

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Keine Klimabevormundung II: Klimaland Bayern
(Kap. 16 03 TG 75)
Drs. 18/21002

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Blockchain I - Blockchain-Strategie 3.0
(Kap. 16 03 neue TG)
Drs. 18/21003

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Blockchain II - Studie zur möglichen Verwendung von NFTs in Bayern
(16 03 neuer Tit.)
Drs. 18/21004

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beratungsstelle für Software- und Lizenzmanagement
(Kap. 16 03 neuer Tit.)
Drs. 18/21005

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Digitalagentur ergänzen - Bayerischen Digitalbeirat einführen
(Kap. 16 03 neuer Tit.)
Drs. 18/21006

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen
(Kap. 16 04 Tit. 633 76)
Drs. 18/21007

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Filmförderung I - Nicht aufteilbare Sachausgaben
(Kap. 16 05 Tit. 547 01)
Drs. 18/21008

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Filmförderung II - Preisgelder für den Bayerischen Filmpreis, den Bayerischen Fernsehpreis und ähnliche Veranstaltungen (Kap. 16 05 Tit. 681 01)
Drs. 18/21009

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Filmförderung III - Zuschüsse zu filmischen Veranstaltungen
(Kap. 16 05 Tit. 683 01)
Drs. 18/21010

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Filmförderung IV - Zuschüsse für den Friedenspreis des Deutschen Films - Die Brücke
(Kap. 16 05 Tit. 683 02)
Drs. 18/21011

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Filmförderung V - Zuschüsse an die Internationale Münchner Filmwochen GmbH - Die Brücke
(Kap. 16 05 Tit. 683 03)
Drs. 18/21012

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Filmförderung VI - Zuschüsse zur Förderung der Aus- und Fortbildung im Film-, Games- und VR-Bereich
(Kap. 16 05 Tit. 686 01)
Drs. 18/21013

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Filmförderung VII - Zuschüsse für die Entwicklung und Herstellung von Drehbüchern für Filme und Serien und der Drehbuchwerkstatt
(Kap. 16 05 Tit. 686 03)
Drs. 18/21014

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Filmförderung VIII - Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen
(Kap. 16 05 Tit. 861 01)
Drs. 18/21015

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Filmförderung IX - Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen
(Kap. 16 05 Tit. 861 02)
Drs. 18/21016

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Filmförderung X - Förderung internationaler Filmproduktionen
(Kap. 16 05 Tit. 861 03)
Drs. 18/21017

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Spiele-Industrie fördern I: Zuschüsse für den Deutschen Computerspielpreis und die Medienstandortförderung Games
(Kap. 16 05 Tit. 686 04)
Drs. 18/21018

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Spiele-Industrie fördern II: Ausstattung und Betriebskosten des Forschungs- und Anwenderzentrums "Virtuelle Realität Bayern"
(Kap. 16 05 Tit. 686 05)
Drs. 18/21019

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Spiele-Industrie fördern III: Zuschüsse zu Investitionen zur Förderung innovativer digitaler Inhalte und von Games
(Kap. 16 05 Tit. 892 02)
Drs. 18/21020

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 129. Sitzung am 24. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Ablehnung

   mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Claudia Köhler
Stellvertretende Vorsitzende

Anlage 6 zu 18/14/15/16/19-H 1108.3A-6/12

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Haushalt 2022

zum

Entwurf des Einzelplans 16

Staatsministerium für Digitales

sachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar
e Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

16 03 Digitales

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Ausgaben			
	Titel des Kapitels gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Deckungsfähigkeit umfasst auch die Verpflichtungsermächtigungen.			
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
686 04-7 011	Zuschüsse an die DRM GmbH	A B		- - -
	Investitionsförderungsmaßnahmen			
831 02-3 011	Erwerb von Geschäftsanteilen der DRM GmbH	A B		- - -
	Gesamtausgaben	A B	23.872,7 -	23.872,7
	Abschluss			
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	3.472,7 -	3.472,7
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	19.400,0 -	19.400,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	500,0 -	500,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	500,0 -	500,0
	Gesamtausgaben	A B	23.872,7 -	23.872,7
	Zuschuss	A	23.872,7	23.872,7

Erläuterungen

Zu 16 03/686 04
Veranschlagt sind die Ausgaben zur Projektförderung der DRM GmbH.

Zu 16 03/831 02
Veranschlagt sind die Ausgaben für den Erwerb von Geschäftsanteilen an der DRM GmbH.

Epl. 16 Staatsministerium für Digitales

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss Epl. 16			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	102,0 -	102,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	3.587,0 -	3.587,0
	Gesamteinnahmen	A B	3.689,0 -	3.689,0
	Personalausgaben	A B	15.906,0 -	15.906,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 8.235,0*	A B	23.432,4 -	23.432,4
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 14.683,0*	A B	49.574,1 -	49.574,1
	Baumaßnahmen	A B	200,0 -	200,0
	Sonstige Sachinvestitionen *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 750,0*	A B	2.252,5 -	2.252,5
	Investitionsförderungsmaßnahmen *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 12.550,0*	A B	26.296,8 -	26.296,8
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	8,0 -	8,0
	Gesamtausgaben *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 36.218,0*	A B	117.669,8 -	117.669,8
	Zuschuss	A	113.980,8	113.980,8

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.03.2022 **Drucksache** 18/**21905**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2022; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

Berichterstatter: **Gerald Pittner**
Mitberichterstatter: **Katrin Ebner-Steiner**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 12 02 werden die Ansätze in 2022

   a) bei Tit. 701 01
   von 2.780,6 Tsd. €
   um 50,0 Tsd. €
   auf 2.830,6 Tsd. €
   sowie

   b) bei Tit. 686 74
   von 1.122,1 Tsd. €
   um 50,0 Tsd. €
   auf 1.172,1 Tsd. €
   erhöht.

2. Bei Kap. 12 04 werden die Ansätze in 2022

   a) bei Tit. 547 72
   von 28.956,7 Tsd. €
   um 46,0 Tsd. €
   auf 29.002,7 Tsd. €

   b) bei Tit. 685 72
   von 107.201,1 Tsd. €
   um 150,0 Tsd. €
   auf 107.351,1 Tsd. €

   c) bei Tit. 686 77
   von 644,5 Tsd. €
   um 700,0 Tsd. €
   auf 1.344,5 Tsd. €

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

d) bei Tit. 893 77
von 10.133,3 Tsd. €
um 350,0 Tsd. €
auf 10.483,3 Tsd. €
sowie

e) bei Tit. 547 84
von 300,0 Tsd. €
um 50,0 Tsd. €
auf 350,0 Tsd. €
erhöht.

3. Bei Kap. 12 04 wird ein neuer Tit. 811 84 „Erwerb eines WASSERmobils“ ausgebracht und mit 600,0 Tsd. Euro veranschlagt.

4. Bei Kap. 12 04 wird ein neuer Tit. 534 84 „Konzeption und Design des WASSERmobils“ ausgebracht und mit 150,0 Tsd. Euro veranschlagt.

5. Bei Kap. 12 09 Tit. 534 76 wird der Ansatz
in 2022
von 3.581,5 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 3.681,5 Tsd. €
erhöht.

6. Bei Kap. 12 77 Tit. 883 95 wird der Ansatz
in 2022
von 5.656,0 Tsd. €
um 220,0 Tsd. €
auf 5.876,0 Tsd. €
erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 12 08 und Kap. 12 77 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausbau des Waldrapp-Projekts in Burghausen mit zusätzlichen Brutplätzen
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 18/21459

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Kreislehrgarten
   (Kap. 12 02 Tit. 686 74)
   Drs. 18/21460

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Barrierefreie Elektromobilität
   (Kap. 12 02 Tit. 701 01)
   Drs. 18/21461

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Klimakoffer
   (Kap. 12 04 Tit. 547 84)
   Drs. 18/21462

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Wolfsabwehr - innovative Herdenschutzmaßnahmen
   (Kap. 12 04 Tit. 685 72)
   Drs. 18/21463

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Ausstellung Naturschutzstiftung
   (Kap. 12 04 Tit. 685 72)
   Drs. 18/21464

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Für Artenschutz begeistern
   (Kap. 12 04 Tit. 686 77)
   Drs. 18/21465

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Besucherlenkung
   (Kap. 12 04 Tit. 686 77)
   Drs. 18/21466

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2022;
hier: Bewegungswelt
(Kap. 12 04 Tit. 686 77)
Drs. 18/21467

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2022;
hier: Pilotprojekt WASSERmobil
(Kap. 12 04 neuer Tit. 811 84 und neuer Tit. 534 84)
Drs. 18/21468

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2022;
hier: Naturpark Frankenwald e. V.
(Kap. 12 04 Tit. 893 77)
Drs. 18/21469

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschuss Naturparkvereine
(Kap. 12 04 Tit. 893 77)
Drs. 18/21470

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2022;
hier: Kooperation mit der Universität Augsburg, Gülle-Projekt
(Kap. 12 09 Tit. 534 76)
Drs. 18/21471

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2022;
hier: Verbesserung der Gewässerökologie
(Kap. 12 77 Tit. 883 95)
Drs. 18/21472

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (GAB)
(Kap. 12 77 Tit. 683 81)
Drs. 18/21398

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Freie Fahrt für Freiwillige: Erstattung eines ÖPNV-Tickets im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ)
   (Kap. 12 02 Tit. 684 01)
   Drs. 18/21407

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: "Agenten für Nachhaltigkeit": Zusätzliche Finanzmittel für die Verwaltungskosten von Umweltstationen
   (Kap. 12 02 Tit. 684 74)
   Drs. 18/21408

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Gründung eines Bayerischen Moorzentrums - für wirksamen Klimaschutz in Bayern
   (Kap. 12 04 neue TG)
   Drs. 18/21409

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Förderung des Katzenschutzes und Unterstützung der Tierschutzorganisationen in besonderen Notsituationen
   (Kap. 12 08 Tit. 686 01)
   Drs. 18/21410

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
   (Kap. 12 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/21425

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Einrichtung einer Stabsstelle für eine Landesbeauftragte bzw. einen Landesbeauftragten für Tierschutz
   (Kap. 12 01 neuer Tit.)
   Drs. 18/21426

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Verwaltungskostenpauschale für Umweltstationen
   (Kap. 12 02 Tit. 684 74)
   Drs. 18/21427

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 12 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/21428

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Umsetzung der Natura 2000-Managementpläne
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/21429

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Moorrenaturierung
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/21430

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Landschaftspflege- und Klimaschutzhöfe
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/21431

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Förderprogramm Plastikvermeidung
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/21432

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen der Klimaanpassung
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/21433

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Einrichtung einer Moorschutzagentur
    (Kap. 12 04 neue TG)
    Drs. 18/21434

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen
    (Kap. 12 08 Tit. 686 01)
    Drs. 18/21435

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Tierheime bei Sanierungs- und Baumaßnahmen besser unterstützen
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 18/21436

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Abfederung coronabedingter Notlagen der Tierheime und Tierschutzvereine
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 18/21437

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ultrafeinstaubmessungen am Standort Flughafen München
(Kap. 12 09 Tit. 812 04)
Drs. 18/21438

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Forschung zu Plastik und Mikroplastik sowie anderen anthropogenen Spurenstoffen auf die Gewässerökologie
(Kap. 12 09 TG 76)
Drs. 18/21439

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: PFC-Monitoring der Umwelt
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/21440

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/21441

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kartierung windkraftsensibler Großvögel
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/21442

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Personalausstattung des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (Lebensmittelchemikerinnen bzw. Lebensmittelchemiker)
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 18/21443

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Personalausstattung der Regierungen (Lebensmittelchemikerinnen bzw. Lebensmittelchemiker)
(Kap. 12 30 Tit. 422 01)
Drs. 18/21444

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stellen für Naturschutz an den Regierungen
(Kap. 12 31 Tit. 422 01)
Drs. 18/21445

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stellen für den Bereich Klimaanpassung an den Regierungen
(Kap. 12 31 neuer Tit.)
Drs. 18/21446

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 18/21447

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 18/21448

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/21473

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Direkte und indirekte Auswirkungen von Windenergieanlagen auf heimische Ökosysteme näher erforschen
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 18/21474

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reale Umweltbilanz von Windkraftanlagenoffenlegen
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 18/21475

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Gegen geplante Obsoleszenz I
(Kap. 12 03 neue TG)
Drs. 18/21476

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Gegen geplante Obsoleszenz II
(Kap. 12 03 neue TG neuer Tit.)
Drs. 18/21477

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Klimadialog und Klimaschutzpreise
(Kap. 12 04 Tit. 547 75)
Drs. 18/21478

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landfill Mining
(Kap. 12 04 TG 78-79 neuer Tit.)
Drs. 18/21479

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Staatliche Förderung von Sanierungs- und Baumaßnahmen von Tierheimen
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 18/21480

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landesamt für Energie und Klimaschutz
(Kap. 12 09 TG 85)
Drs. 18/21481

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fischaufstiegsanlagen an Wasserkraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 18/21482

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 130. Sitzung am 8. März 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Zustimmung

   mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 3 zu 11/15/17/23/63-H 1120-13/15

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Haushalt 2022

zum

Entwurf des Einzelplans 12

Staatsministerium für Umwelt
und Verbraucherschutz

12 08 Besondere Fachaufgaben - Veterinärwesen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Ausgaben			
	Titelgruppen			
	62 Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit *Vermerk unverändert.*			
686 62-4 314	Sonstige Zuwendungen und Zuschüsse *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 4.396,8* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	- - -	- - -
	Summe der Titelgruppe	A B	2.155,5 -	2.155,5
	Gesamtausgaben	A B	30.693,8 -	30.693,8
	Abschluss			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	114,0 -	114,0
	Gesamteinnahmen	A B	114,0 -	114,0
	Personalausgaben	A B	2.698,7 -	2.698,7
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	11.634,0 -	11.634,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	13.996,1 -	13.996,1
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	2.200,0 -	2.200,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	165,0 -	165,0
	Gesamtausgaben	A B	30.693,8 -	30.693,8
	Zuschuss	A	30.579,8	30.579,8

Erläuterungen

Zu 12 08/686 62
Mehr 2.296,8 Tsd. € Verpflichtungsermächtigung zum Abschluss der Verwaltungsvereinbarung über die Einrichtung und den Betrieb einer zentralen Koordinierungs- und Kommunikationsstelle (KKS) zur Vorbereitung, Umsetzung und Weiterentwicklung der zentralen IT-Architektur für den gesundheitlichen Verbraucherschutz (ZiTA gV).

12 77 Wasserwirtschaftsämter

Titel FKZ		A / B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Ausgaben			
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
671 01-0 623	Kostenerstattungen für wasserwirtschaftliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel 2022 *Die Mittel sind übertragbar. Einseitig deckungsfähig zu Lasten TG 77 und 95.*	A B	 +680,0	680,0
	Gesamtausgaben	A B	382.529,5 +680,0	383.209,5

Erläuterungen

Zu 12 77/671 01
Mehr 680 Tsd. € für Kostenerstattungen für wasserwirtschaftliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel 2022 in Schloss Elmau.

12 77 Wasserwirtschaftsämter

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss			
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A B	36.000,0 -	36.000,0
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	4.090,0 -	4.090,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	1.921,3 -	1.921,3
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	14.540,0 -	14.540,0
	Gesamteinnahmen	A B	56.551,3 -	56.551,3
	Personalausgaben	A B	128.769,1 -	128.769,1
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	22.187,8 -	22.187,8
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	13.855,0 +680,0	14.535,0
	Baumaßnahmen	A B	178.973,4 -	178.973,4
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	2.932,9 -	2.932,9
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	35.811,3 -	35.811,3
	Gesamtausgaben	A B	382.529,5 +680,0	383.209,5
	Zuschuss	A B	325.978,2 680,0	326.658,2

Epl. 12 Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Titel FKZ		A/B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss Epl. 12			
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A	36.000,0	36.000,0
		B	-	
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	21.995,2	21.995,2
		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	33.965,4	33.965,4
		B	-	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	24.599,3	24.599,3
		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	116.559,9	116.559,9
		B	-	
	Personalausgaben	A	531.735,5	531.735,5
	Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 240,0	B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	136.902,2	136.902,2
	Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 17.185,4	B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	173.539,4	174.219,4
		B	+680,0	
	Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 89.176,8			
	Baumaßnahmen	A	196.515,5	196.515,5
	Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 104.600,0	B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	15.802,3	15.802,3
	Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 7.840,0	B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	103.975,4	103.975,4
	Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 29.100,0	B	-	
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	-4.951,1	-4.951,1
		B	-	
	Gesamtausgaben	A	1.153.519,2	1.154.199,2
	Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 248.142,2	B	+680,0	
	Zuschuss	A	1.036.959,3	1.037.639,3
		B	680,0	

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21906 des HA vom 09.03.2022

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 31.03.2022 **Drucksache** 18/**22096**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

   Drs. 18/**19171**

   über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022
   (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)

2. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**21219**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
   hier: A 13 für alle Lehrkräfte - Einstieg zum Schuljahr 2022/2023
   (Drs. 18/19171)

3. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**21220**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
   hier: Änderung des Pflegegeldgesetzes
   (Drs. 18/19171)

4. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**21221**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
   hier: Kita-Beitragszuschüsse analog zum Krippengeld an Einkommensgrenze koppeln
   (Drs. 18/19171)

5. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**21222**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
   hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgeltgesetzes
   (Drs. 18/19171)

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

6. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**21223**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
   hier: Änderung des Familiengeldgesetzes
   (Drs. 18/19171)

7. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**21224**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
   hier: Einführung eines Gehörlosengeldes
   (Drs. 18/19171)

8. **Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. SPD**

   Drs. 18/**21233**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
   hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
   (Drs. 18/19171)

9. **Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. SPD**

   Drs. 18/**21234**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
   hier: Art. 6i (Stellenhebungen im Haushalt 2022) - Schaffung von Beförderungsmöglichkeiten
   (Drs. 18/19171)

10. **Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. SPD**

    Drs. 18/**21235**

    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
    hier: Verdoppelung der Ballungsraumzulage und Aufhebung des Anwärtergrenzbetrags
    (Drs. 18/19171)

11. **Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)**

    Drs. 18/**21503**

    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
    hier: Änderung des Art. 30 der Bayerischen Haushaltsordnung
    (Drs. 18/19171)

12. **Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)**

Drs. 18/**21504**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
hier: Änderung des Art. 2a - Kreditermächtigung
(Drs. 18/19171)**

**13. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**21571**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
hier: Aufnahme der Änderung des BayernFonds- und Finanzagentur-Gesetzes
(Drs. 18/19171)**

**14. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**21915**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
hier: Ergänzung des Art. 8 Abs. 14 - Rückbürgschaft gegenüber der LfA Förderbank Bayern
(Drs. 18/19171)**

**15. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**22050**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
hier: Aufnahme der Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes
(Drs. 18/19171)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 (Feststellung des Haushaltsplans) wird wie folgt gefasst:

„**Art. 1**
Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 71 188 667 600 € festgestellt.“

2. In Art. 2a Abs. 1 Satz 1 (Kreditermächtigung – Kapitel 13 19 (Sonderfonds Corona-Pandemie)) wird die Angabe „5 832 305 000 €“ durch die Angabe „5 806 256 000 €“ ersetzt.

3. Dem Art. 8 (Sonstige Ermächtigungen und Regelungen) werden die folgenden Abs. 15 und 16 angefügt:

„(15) Die Staatsregierung wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zulasten des Freistaates Bayern für die Absicherung von Darlehen einschließlich der dazugehörigen Zinsen an Eigentümer und Erbbauberechtigte gegenüber der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt zur energetischen Sanierung und dauerhaften Erhaltung von bestehenden Staatsbedienstetenwohnungen bis zur Höhe von insgesamt 100 000 000 € zu übernehmen.

(16) [1]Das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie wird ermächtigt, der Forschungszentrum Jülich Gesellschaft mit beschränkter Haftung an dem staatseigenen Grundstück Flurstück-Nr. 1946/745 der Gemarkung Erlangen mit 3 132 m² ein auf die Dauer von bis zu 60 Jahren befristetes, unentgeltliches Erbbaurecht einzuräumen. [2]Die Ermächtigung beinhaltet die unentgeltliche Übertragung des vom bisherigen Erbbaurechtsnehmer Bayerisches Zentrum für Angewandte Energieforschung e. V. erstellten Gebäudes unter der Maßgabe, dass bei Ablauf oder Heimfall des Erbbaurechts eine Gebäudewertentschädigung entfällt."

4. Nach Art. 9 wird folgender Art. 10 eingefügt:

‚Art. 10

Änderung des BayernFonds- und Finanzagentur-Gesetzes

Das BayernFonds- und Finanzagentur-Gesetz (BayFoG) vom 27.April 2020 (GVBl. S. 230, BayRS 670-1-F) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 7 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „26" durch die Angabe „6,5" und die Angabe „31. Dezember 2021" durch die Angabe „30. Juni 2022" ersetzt.
2. In Art. 9 Abs. 1 wird die Angabe „20" durch die Angabe „10" ersetzt.
3. Art. 11 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 wird die Angabe „31. Dezember 2021" durch die Angabe „30. Juni 2022" ersetzt.
      bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:
      „[2]Anträge auf Stabilisierungsmaßnahmen nach Art. 7 und 8 können bis zum 30. April 2022 gestellt werden."
      cc) Die bisherigen Sätze 2 bis 4 werden die Sätze 3 bis 5.
   b) In Abs. 2 wird die Angabe „31. Dezember 2021" durch die Angabe „30. Juni 2022" ersetzt.'

5. Die bisherigen Art. 10 und 11 werden die Art. 11 und 12.

6. In Anlage 2 wird wie folgt geändert:
   a) Vor der Überschrift wird die Angabe „(zu Art. 10)" durch die Angabe „(zu Art. 11)" ersetzt.
   b) Der Nr. 3.2 wird folgende Nr. 3.2.3 angefügt:
   „3.2.3 [1]Im Einvernehmen mit den betroffenen obersten Dienstbehörden können in besonderen, unvorhergesehenen Einzelfällen Stellen der Besoldungsordnung R zu Gunsten der Verfassungsgerichtsbarkeit, der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Fachgerichtsbarkeiten kapitel- und einzelplanübergreifend in Anspruch genommen

werden. [2]Die Inanspruchnahme soll nicht länger als zwölf Monate erfolgen."

7. Die Anlage zu Art. 1 des Haushaltsgesetzes wird wie folgt geändert:

   Einzelplan 16 – Staatsministerium für Digitales

   Bei Kap. 16 04 (IT-Beauftragter der Staatsregierung) werden folgende neue Titel eingefügt:

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2022 Tsd. €
686 02	011	Ausgaben im Rahmen staatlich-kommunaler Zusammenarbeit in Digitalisierungsfragen und der Kooperation mit der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)	---
831 01	011	Staatlich-kommunale Zusammenarbeit in Digitalisierungsfragen und Kooperation mit der AKDB	---

Berichterstatter zu 1, 13: **Hans Herold**
Berichterstatterin zu 2-7: **Claudia Köhler**
Berichterstatter zu 8-10: **Harald Güller**
Berichterstatter zu 11-12: **Ferdinand Mang**
Mitberichterstatterin zu 1, 13: **Claudia Köhler**
Mitberichterstatter zu 2-12: **Hans Herold**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
   Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.

   Zum Gesetzentwurf wurden nach der federführenden Beratung die Änderungsanträge Drs. 18/21915 und Drs. 18/22050 eingereicht.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 18/21219, Drs. 18/21220, Drs. 18/21221, Drs. 18/21222, Drs. 18/21223, Drs. 18/21224, Drs. 18/21233, Drs. 18/21234, Drs. 18/21235, Drs. 18/21503, Drs. 18/21504 und Drs. 18/21571 in seiner 131. Sitzung am 9. März 2022 beraten.

   Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Ablehnung

   mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/21571 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/21233 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/21224 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/21221 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/21234 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/21235 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/21219 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/21503 und 18/21504 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/21220, 18/21222 und 18/21223 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 18/21219, Drs. 18/21220, Drs. 18/21221, Drs. 18/21222, Drs. 18/21223, Drs. 18/21224, Drs. 18/21233, Drs. 18/21234, Drs. 18/21235, Drs. 18/21503, Drs. 18/21504, Drs. 18/21571, Drs. 18/21915 und Drs. 18/22050 in seiner 75. Sitzung am 31. März 2022 endberaten.

   Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Ablehnung

   der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

   1. In Art. 8 Abs. 14 werden nach dem Wort „Coronavirus“ die Wörter „oder infolge des Kriegs in der Ukraine“ eingefügt.
   2. In Art. 9 werden die Wörter „das zuletzt durch Art. 9 und 10 des Gesetzes vom 9. April 2021 (GVBl. S. 150) geändert worden ist,“ durch die Wörter „das zuletzt durch die §§ 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2021 (GVBl. S. 663) geändert worden ist,“ ersetzt.

3. Nach dem neuen Art. 10 wird folgender Art. 11 eingefügt:

‚Art.11
Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes

Art. 33 des Bayerischen Jagdgesetzes (BayJG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 792-1-L) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch § 1 Abs. 345 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Abs. 3 wird wie folgt geändert:
   a) In Nr. 4 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.
   b) Folgende Nr. 5 wird angefügt:
      „5. abweichend von § 22 Abs. 4 Satz 4 des Bundesjagdgesetzes unter Beachtung der in Art. 9 Abs. 2 der Richtlinie 2009/147/EG genannten Maßgaben das Ausnehmen oder Unfruchtbarmachen der Gelege von Federwild aus den in Art. 9 Abs. 1 der Richtlinie 2009/147/EG genannten Gründen zu gestatten, sofern es keine andere zufriedenstellende Lösung gibt.“

2. In Abs. 5 Nr. 2 werden die Wörter „Absatz 3 Nr. 1 und 2“ durch die Angabe „Abs. 3 Nr. 1, 2 und 5“ ersetzt.‘

4. Der bisherige neue Art. 11 wird Art. 12.
5. Der bisherige neue Art. 12 wird Art. 13 und Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) Der Wortlaut wird Satz 1.
   b) Folgender Satz 2 wird angefügt:
      „[2]Abweichend von Satz 1 tritt Art. 11 am 1. Mai 2022 in Kraft.“

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/22050 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme des endberatenden Ausschusses seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/21571 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs.18/21915 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme des endberatenden Ausschusses seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/21233 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/21224 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/21221 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/21234 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/21235 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/21219 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/21503 und 18/21504 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/21220, 18/21222 und 18/21223 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 05.04.2022 **Drucksache** 18/**22122**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

Dem Einzelplan 01 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 05.04.2022 **Drucksache** 18/**22124**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

Dem Einzelplan 11 wird zugestimmt.

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 05.04.2022 **Drucksache** 18/**22125**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Dem Einzelplan 02 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/21894) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 05.04.2022 **Drucksache** 18/**22127**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Dem Einzelplan 04 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/21896) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Petra Guttenberger
Abg. Toni Schuberl
Abg. Alexander Hold
Abg. Christoph Maier
Abg. Horst Arnold
Abg. Martin Hagen
Abg. Barbara Becker
Staatsminister Georg Eisenreich

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 04

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/20473 mit 18/20477)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20226 mit 18/20237)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20326 und 18/20327)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/20145 mit 18/20152)
Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 18/20192)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 45 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 13 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 8 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 7 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 6 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 2 Minuten sprechen.

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Petra Guttenberger von der CSU-Fraktion. Frau Guttenberger, Sie haben das Wort.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine funktionierende Justiz ist die Grundlage unseres Rechtsstaats. Wer Recht bekommen will, braucht eine funktionierende Justiz. Deshalb freue ich mich sehr, dass wir jetzt über den Justizhaushalt reden.

Bevor ich auf diesen Justizhaushalt im Einzelnen eingehe, möchte ich einen herzlichen Dank aussprechen. Mein Dank gilt allen Beschäftigten in der Justiz, in unseren Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten, in den beiden Justizakademien in Pegnitz und Straubing, bei der Landesjustizkasse und in den IT-Service-Zentren. In den letzten zwei Jahren wurde ihnen allen mit den Einschränkungen und den Erschwernissen durch die Corona-Pandemie sehr viel zugemutet und sehr viel abverlangt. Deshalb vielen herzlichen Dank für die wichtige Arbeit, die Sie in unserem Land tagtäglich leisten!

Die Corona-Pandemie und die Ukraine-Krise stellen uns als Haushaltsgesetzgeber zweifelsohne vor große Herausforderungen.Die finanziellen Spielräume werden enger. Dennoch freue ich mich sehr, Ihnen heute den Justizhaushalt mit vorstellen zu dürfen. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich dieser Haushalt auch wirklich sehen lassen kann. Die Gesamtausgaben erhöhen sich im Jahr 2022 gegenüber dem Haushalt 2021 noch einmal um rund 85,1 Millionen Euro auf insgesamt 2,83 Milliarden Euro. Das ist ein Zuwachs von 3,1 %.

Dank einer breiten Unterstützung aus der CSU-Fraktion ist es auch dieses Mal wieder gelungen, neue Stellen in der Justiz zu schaffen. Es wird hier insgesamt 120 neue Stellen geben; darunter 24 neue Richterstellen, 12 Stellen für die Staatsanwaltschaften, 45 neue Stellen für Servicekräfte und 30 neue IT-Stellen für das Rechenzentrum Nord. Ich weiß, wir werden dann wieder Forderungen nach mehr von der Opposition hören. Aber ich sage Ihnen: Wir sind verlässliche Partner. Mit uns geht es, wenn auch nicht ganz schnell, stetig und kontinuierlich voran. Das halten wir für die richtige Politik.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Gerichte werden zunehmend mit sogenannten Massenverfahren wie beispielsweise den Diesel-Klagen belastet. Daher war es mir sehr wichtig, in diesem Bereich trotz der schwierigen Haushaltslage zu einem Stellenaufwuchs zu kommen. So kön-

nen die stark betroffenen Landgerichte entlastet und die Verfahrensrückstände schneller abgebaut werden. Außerdem wird die Frist der verbliebenen kw-Vermerke bei Stellen im nichtrichterlichen Bereich erneut bis 01.08.2024 verlängert. Wir halten dies für einen weiteren wichtigen Schritt hin zur endgültigen Streichung dieser kw-Vermerke.

Im Bereich des Justizvollzugs sind 9 zusätzliche Stellen sowie die Verlängerung des kw-Vermerks von 40 Planstellen vorgesehen. Wer fragt, was 9 Stellen seien, dem sage ich: Diese 9 Stellen sind wichtig, weil diese 9 Planstellen der dritten QE für die neue Justizvollzugsanstalt in Marktredwitz gedacht sind. Die Ausbringung ist in diesem Haushalt erforderlich, damit die Stelleninhaber dann auch rechtzeitig mit der Ausbildung fertig sind, wenn die Justizvollzugsanstalt entsprechend zur Verfügung steht. Außerdem sollen die kw-Vermerke bei 40 Planstellen für den allgemeinen Vollzugsdienst bis zum 31.07.2024 verlängert werden; diese kw-Vermerke stammen noch aus dem Nachtragshaushalt 2016 zur Bewältigung der Folgen der Flüchtlingskrise.

Wir setzen als CSU-Fraktion auch im Justizbereich einige wichtige Akzente. Die bereits erwähnten Massenverfahren wollen wir leichter bearbeitbar machen, indem wir innovative und technische Lösungen für die Strukturierung von Zivilverfahren zum Einsatz bringen. In den kommenden Monaten soll daher ein Tool erprobt werden, das häufig wiederkehrende Sachverhalte in Schriftsätzen von Massenverfahren automatisiert erkennt und für die Bearbeitung durch Richterinnen und Richter automatisiert und vorstrukturiert. Dafür stellen wir zusätzlich 350.000 Euro bereit – immer vor dem Hintergrund einer schwierigen Haushaltslage.

In Zeiten der Digitalisierung informieren sich Bürgerinnen und Bürger vor allem im Internet. Besonders gefragt sind dabei Informationen im Videoformat. Durch professionelle Informationsfilme zu besonders wichtigen Themen wie zum Beispiel zum Nachbarschaftsrecht, Betreuungsrecht und Ähnlichem wollen wir in diesem Bereich tätig werden und entsprechende Videofilme produzieren lassen. Diese werden dann auf der Webseite des Staatsministeriums für Justiz und auf dem YouTube-Kanal der Staatsre-

gierung eingestellt sowie natürlich über Social Media verbreitet. Dies wird 150.000 Euro kosten.

Nachdem letztes Jahr für die Justizvollzugsanstalt in Nürnberg ein Schießsimulator angeschafft wurde – Kollegin Osgyan und ich haben uns diesen schon einmal vor Ort angeschaut – und damit ganz hervorragende Erfahrungen gemacht wurden, stellen wir dieses Mal 200.000 Euro zur Verfügung, damit auch München eine entsprechende Einrichtung erhält.

Im erfolgreichen Präventionsprojekt "Kein Täter werden" waren wir im letzten Jahr mit einem Akzent vertreten und wollen diesmal den Ausbau der psychotherapeutischen Fachambulanzen weiter voranbringen. Die ambulante Versorgung für rückfallgefährdete Sexual- und Gewaltstraftäter soll im ländlichen Raum weiter verbessert werden. Hierzu sollen niedergelassene Psychotherapeuten vor Ort in die Arbeit einbezogen werden; die bessere Erreichbarkeit von Therapeuten ohne weite Anfahrtswege ist ein wichtiger Beitrag für Opferschutz und Rückfallprävention; Kostenpunkt: 311.000 Euro.

Die Zentralstelle Cybercrime in Bamberg wollen wir ebenfalls ausbauen, weil nicht nur die Corona-Krise gezeigt hat, dass sich immer mehr aufs Internet verlagert, sondern sich auch im kriminellen Bereich mehr auf das sogenannte Darknet verlagert. Hier wollen wir stark gegenhalten, sodass wir künftig kriminelle Zahlungsströme in Form von Bitcoins und anderen Kryptowährungen besser nachverfolgen können. Das dient übrigens auch der Bekämpfung der Kinderpornografie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir halten den Justizhaushalt für ein hervorragendes Fundament für eine starke und unabhängige Justiz und bitten Sie herzlich um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Toni Schuberl für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Justizhaushalt ist um 80 Millionen Euro gewachsen: es werden 120 neue Stellen geschaffen. Wenn man bedenkt, wie hoch die Belastung der Justiz ist, ist das zwar zu wenig, und wir würden auch andere Schwerpunkte setzen, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Auch die Reaktionen des Justizministeriums auf bestehende Herausforderungen im Bereich der Massenklageverfahren, Cybercrime, Hatespeech und Digitalisierung sind lobenswert. Auch Präventionsprogramme werden aufgestockt; auch das begrüßen wir.

Herr Eisenreich, mir gefällt, dass Sie Anliegen der Opposition nicht einfach nur abblocken, sondern auch manches umsetzen. Ich möchte ein Beispiel nennen: Seit Jahrzehnten gab es immer wieder Initiativen auf Umbenennung der juristischen Standardwerke Palandt und Schönfelder; der Beck Verlag hat das immer wieder abgeblockt.

Im Oktober 2020 versuchte ich eine andere Strategie. Ich habe mich nicht an den Beck Verlag, sondern an den Justizminister gewandt. Der Freistaat hat eine besondere Beziehung zum Beck Verlag; fast alle Hilfsmittel im ersten juristischen Staatsexamen sind vom Beck Verlag; das ist die Grundlage des Beck-Monopols. Ich habe den Staatsminister an der Verantwortung der Staatsregierung gepackt; er hat das aufgenommen, sich an den Verlag gewandt und mit Erfolg Druck ausgeübt. Der "Palandt" heißt jetzt "Grüneberg", der "Schönfelder" heißt jetzt "Habersack" und "Maunz/Dürig" ist in "Dürig/Herzog/Scholz" umbenannt worden. 77 Jahre nach Kriegsende sind endlich die Namen dieser Nazis von juristischen Standardwerken getilgt worden. Darauf bin ich persönlich ein wenig stolz, aber in erster Linie gebührt Ihnen, Herr Eisenreich, der Dank; denn Sie hätten meine Initiative auch einfach abblocken können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zurück zum Justizhaushalt: Wir GRÜNEN sehen die besonders hohe Belastung des Justizpersonals in allen Bereichen. Wir haben einen alternativen Haushaltsentwurf vorgelegt, in dem deutlich mehr Personal vorgesehen ist. Es war uns wichtig und ist

unser Anspruch, dass wir das, was wir mehr ausgeben, woanders wieder einsparen; denn das ist seriöse Haushaltspolitik. Das ist uns gelungen, und wir konnten für den Justizbereich einen Schwerpunkt setzen.

Wir fordern 20 weitere Stellen für Richter*innen, 30 Stellen für Staatsanwält*innen, 50 Stellen für Rechtspfleger*innen, 60 Stellen für Arbeitnehmer*innen an Gerichten und in Staatsanwaltschaften, 100 weitere Stellen für den Justizvollzug und 50 weitere Stellen für Bewährungshelfer*innen.Wir brauchen mehr Richter*innen und Staatsanwält*innen, um die Verfahren zu beschleunigen. Wir brauchen aber insbesondere mehr Personal in den anderen Bereichen: Mehr Rechtspfleger*innen bedeuten mehr Bürgernähe. Wir brauchen eine digitale Justiz, damit man nicht mehr durch ganz Bayern zur Verhandlung anreisen muss. Da passiert bereits einiges. – Entschuldigen Sie meine Ungeduld, aber wir befinden uns halt schon im Jahr 2022. Ich hoffe, dass die Ampelkoalition in Berlin hier endlich den erforderlichen und lange versäumten Schub bringen wird.

Eine öffentliche Justiz braucht ausreichend Platz oder Übertragungsmöglichkeiten. Es darf nie wieder geschehen, dass Journalist*innen stundenlang in der Schlange stehen müssen, um über ein Verfahren berichten zu können.

Ein erfolgreicher Justizvollzug braucht eine bessere Versorgung und Resozialisierung der Gefangenen. Resozialisierung rentiert sich auch finanziell. Unser Justizvollzug hat eine jämmerliche Erfolgsquote: Fast jeder zweite Entlassene wird wieder straffällig. Dabei sind nicht die Bediensteten schuld; sie tun, was sie können – hier auch noch mein Dank an alle Angestellten und Beamtinnen und Beamten im Justizbereich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine grundlegende Reform, hin zu einem System, das einerseits die Opfer ernst nimmt und andererseits die Täter aus der Kriminalität holt. Stattdessen bringen wir in Gefängnissen Kleinkriminelle mit Verbrechern aus der organisierten Kriminalität zusammen. Irgendwie wirken die Resozialisierungsangebote wie ein lästiges

Extra, das man anbieten muss. Das muss besser werden, und das kann besser werden.

Wenn man von den neun Stellen für den Neubau der JVA in Marktredwitz absieht, sieht der Haushaltsentwurf keine einzige zusätzliche Stelle für den Justizvollzug vor. Wie wollen wir Maßnahmen zur Resozialisierung ohne zusätzliche Stellen ausbauen?

Sie haben richtigerweise angekündigt, Herr Eisenreich, dass Gefangene ein Recht auf Telefonie haben sollen, haben aber klargestellt, dass das unter dem Vorbehalt ausreichenden Personals stehen wird. Wir brauchen Personal, um Gefangenentelefonie einzuführen. Wie soll das gehen? Steht das Recht auf Telefonie dann nur auf dem Papier? Welches Konzept haben Sie hier?

Wir brauchen eine bessere medizinische Versorgung von Langzeitgefangenen, und wir brauchen eine bessere Betreuung der auf Bewährung entlassenen Gefangenen durch mehr Bewährungshelfer*innen. Sie erhöhen die Gelder für die überlastete Bewährungshilfe aber nicht.

Herr Staatsminister, Sie machen im bestehenden Rahmen einiges gut, aber für eine moderne Rechtspolitik reicht das noch nicht. Ich freue mich, dass wir im Koalitionsvertrag auf Bundesebene gerade im Justizbereich einiges geschaffen haben, ich würde sagen: den großen Wurf. Damit meine ich jetzt nicht die längst überfällige Streichung des § 219a StGB oder die Legalisierung von Cannabis; es geht darüber hinaus. Wir brauchen Gerichtsverfahren, die modern und effizienter sind, ohne die Rechte der Verfahrensbeteiligten zu kürzen. Das Strafrecht wird überarbeitet und verschlankt; das erhöht die Freiheit der Menschen und entlastet die Justiz.

Die Bundesregierung richtet bei Strafen den Fokus stärker auf Prävention und Resozialisierung. Das reduziert effektiv Kriminalität. Wir begrüßen auch die geplante Einbeziehung von arbeitenden Gefangenen in die Rentenversicherung. Was lese ich dazu vom bayerischen Justizminister in der Zeitung? – "Die Zeichen stehen auf Konfrontation". Ist das Ihre Antwort darauf? Ist das Ihre Vorstellung von konstruktiver Oppositi-

onsarbeit? Ist das im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in Bayern und Deutschland, wenn der Vorsitzende der Justizministerkonferenz jetzt schon auf Krawall stellt?

Herr Staatsminister, nehmen Sie unsere Änderungsanträge an, und wagen Sie noch weitere, größere Schritte Richtung Modernität!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Alexander Hold von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bayern lebt nicht von Rohstoffen oder von preiswerter Arbeitskraft; unsere Spitzenstellung in puncto Lebensqualität, aber auch als Wirtschaftsstandort verdanken wir unseren herausragenden Rahmenbedingungen. Ein wichtiger Baustein dafür ist ein verlässliches und effizientes Rechtssystem. Damit das so bleibt, muss Bayern weiterhin eine Justiz behalten, die über Deutschland hinaus Maßstäbe setzt, aber auch ein führender Legal-Tech-Standort wird.

Die Justiz hat vor Corona hervorragend funktioniert; sie hat aber auch in Zeiten von Corona sehr gut funktioniert. Dafür herzlichen Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bayerischen Justiz, die das ermöglicht haben, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Damit das auch in Zukunft so bleibt, steigt der Etat um 84 Millionen Euro auf 2,83 Milliarden Euro. Dabei darf man nicht vergessen: Die Justiz wird dabei auch effizienter. Die Einnahmen-Kosten-Deckung steigt von 42,6 % auf 44 %. Das ist für eine Justiz alles andere als selbstverständlich. Das ist ein großer Erfolg für die Justiz, aber das ist auch wichtig, weil die Anforderungen an die Justiz ständig steigen.

Zu Recht wird erwartet, dass die Justiz mit dem allgemeinen Tempo der Digitalisierung Schritt hält oder, besser gesagt, dass sie aufholt. Die Digitalisierung der Justiz ist eine

Daueraufgabe, und deswegen ist es auch richtig, dass in diesem Etat die größte Steigerung im Bereich der Digitalisierung stattfindet, nämlich mit einem Plus von 23,3 %. 30 neue Stellen für das IT-Rechenzentrum Nord sind Beleg dafür, dass das Thema mit Ernst vorangetrieben wird.

Aber auch die Arbeitsplatzinfrastruktur wird nicht vergessen: Viele Bedienstete erhalten jetzt einen zu Homeoffice fähigen Laptop, der elektronische Rechtsverkehr wird forciert, Anwälte haben seit Anfang dieses Jahres Schriftsätze elektronisch einzureichen. Das ist zeitgemäß, das ist aber auch nachhaltig, wenn man sich bei umfangreichen Prozessen den Umfang von Konvoluten vor Augen hält, die Anzahl von Ausfertigungen, die da normalerweise möglich wäre. Das ist die Zukunft der Justiz.

Zur Zukunft der Justiz gehört auch, dass nun alle Gerichte mit Videokonferenzanlagen ausgestattet sind. Alle Justizbehörden, alle Gerichte haben Zugang zu Videokonferenzen. Das ist zugleich auch ein erleichterter Zugang zum Recht für Rechtsuchende.

Es vergeht kein Jahr, in dem nicht im Rahmen des Etats des Justizministeriums ziemlich pauschal in großer Menge neue Stellen gefordert werden. Selbstverständlich, das machen wir auch Jahr für Jahr. Das ist auch sinnvoll und wäre wünschenswert. Angesichts der Personalsteigerung, der Stellensteigerung der letzten Jahre muss man sagen: Die zusätzlichen 120 Stellen in diesem Jahr sind ein großer Erfolg – 10 Stellen davon für Rechtspfleger, 24 für Richter, 12 für Staatsanwälte. Das ist richtig; das ist wichtig. Am Ende zeigt sich auch, dass wir in Bayern beim Personal für die Justiz nicht sparen. Die Kriminalstatistik, die der Innenminister zuletzt vorgelegt hat, zeigt doch, wie wirkungsvoll die bayerischen Sicherheitsbehörden arbeiten. Ohne eine gut funktionierende Justiz wäre eine solch positive Bilanz nicht möglich. Die Bilanz spricht eine ganz deutliche Sprache: Bayern ist das sicherste Bundesland, und Bayern ist weit über andere Staaten hinaus einer der sichersten Orte, an dem man leben kann.

Komplexere Taten, meine Damen und Herren, insbesondere im Bereich der Wirtschaftskriminalität, Cybercrime, aber auch Hatespeech erfordern eine höhere Intensi-

tät bei der Strafverfolgung, und sie ziehen auch umfangreichere Strafverfahren nach sich. Genauso im Zivilrecht: immer komplexere Prozesse, auch Massenverfahren im Zivilrecht, zum Beispiel die Dieselprozesse. Sie binden Kapazitäten, und zwar sowohl im richterlichen Dienst als auch im nichtrichterlichen Dienst.

Auch gute und sichere Justizvollzugsanstalten sind wichtig für einen effektiven Schutz der Bevölkerung. In den Vorjahren haben im Justizvollzug ganz beträchtliche Personalsteigerungen stattgefunden. Auch im aktuellen Haushalt finden sich 9 zusätzliche Stellen für die kommende JVA in Marktredwitz, und 40 kw-Vermerke im allgemeinen Vollzugsdienst werden verlängert. Das ist ein starkes Zeichen, dass der Vollzugsdienst auch in einer gesamtwirtschaftlich fordernden Zeit politisch unterstützt wird.

Auch Präventionsprojekte werden unterstützt. Sie erfüllen eine wichtige Aufgabe in der Justiz. Im Vollzug werden Fachambulanzen mit 8 Millionen Euro unterstützt – auch das ist eine deutliche Steigerung –, aber auch echte Präventionsprojekte wie "Kein Täter werden" mit 575.000 Euro in diesem Jahr – eine deutliche Steigerung.

Was die Baumaßnahmen betrifft, hatten wir im letzten Jahr eine Steigerung von 60 % auf 126 Millionen Euro. Dass dieser Betrag in diesem Jahr so fortgeschrieben wird, ist aus meiner Sicht auch ein deutlicher Erfolg. Das führt dazu, dass alle begonnenen Baumaßnahmen fortgeführt werden können, sei es das Strafjustizzentrum in München, seien es der Justizpalast Nürnberg, das Justizgebäude in Schweinfurt, die Sanierung und Erweiterung in Aschaffenburg und am Amtsgericht Kaufbeuren. Aber auch energetische Sanierung spielt hier eine große Rolle beim Investitionsprogramm in Justizgebäude mit 22,7 Millionen Euro. Das alles dient auch sehr dem Klimaschutz, meine Damen und Herren.

Justizminister Georg Eisenreich hat hier einen Etat mit großem Augenmaß angemeldet.Dabei war es natürlich hilfreich, dass er vonseiten der FREIEN WÄHLER durch Gerald Pittner – einen Mann aus der Praxis und zugleich einen hartnäckigen Kämpfer

für die Belange der Justiz – unterstützt worden ist. Meine Damen und Herren, beiden hiermit mein herzlicher Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden weiterhin die Bedürfnisse der Justiz im Auge behalten, und wir werden auch im kommenden Jahr dafür kämpfen, dass die Justiz die sachliche und personelle Ausstattung erhält, die für eine auf sehr hohem Niveau arbeitende Justiz und damit für Rechtssicherheit, für Rechtsfrieden, aber auch für eine weiterhin engagierte und nicht über das zumutbare Maß hinaus belastete Mitarbeiterschaft der Justiz erforderlich ist.

Ich möchte hiermit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bayerischen Justiz sagen: Uns sind Ihre hohe Motivation und Einsatzbereitschaft bewusst. Sie haben daher in diesem Parlament, aber auch im Ministerium stets einen großen Rückhalt. Herzlichen Dank!

Ich bitte um Zustimmung zum Einzeletat 04.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Hold. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Christoph Maier von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Ausgaben für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz sind mit insgesamt 2,83 Milliarden Euro im Jahr 2022 nicht die größten im bayerischen Staatshaushalt. Doch die Akzeptanz der staatlichen Ordnung hängt im Wesentlichen vom Zustand und der Pflege des Rechts im Land ab. Daher muss dieser Geschäftsbereich jedenfalls mit besonderer Aufmerksamkeit beraten werden.

Der heilige Augustinus hat es ganz richtig gesagt: Nimm das Recht weg – was ist der Staat dann anderes als eine Räuberbande? – Die Maskenaffäre der CSU und der

FREIEN WÄHLER hat gezeigt, wie leicht sich die maßgeblichen Akteure der Nomenklatura in Krisensituationen an den Steuergeldern vergreifen

(Zurufe)

und eine solche klassische staatsnahe Räuberbande bilden konnten. Auch die Corona-Verordnungen der Bayerischen Staatsregierung waren ein Beispiel dafür, wie leicht die Grundrechte der Bürger gebeugt werden können, wenn das politische Kartell das möchte.

Trotz der mindestens teilweisen parteipolitischen Besetzung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs wurden die Corona-Maßnahmen vom höchsten bayerischen Gericht bereits in drei Fällen für verfassungswidrig erklärt. Erstens war es verfassungswidrig, den Bürgern eine nächtliche Ausgangssperre aufzuerlegen. Zweitens war es verfassungswidrig, den Bewegungsradius auf 15 Kilometer um den eigenen Wohnort zu begrenzen.

(Zuruf)

Drittens war es verfassungswidrig, die Ungeimpften vom Einkaufen beim Einzelhandel auszuschließen.

All diese Verstöße der Staatsregierung gegen die Grundrechte und damit gegen die Verfassung des Freistaats Bayern wurden bereits gerichtlich festgestellt.

(Zuruf)

Doch während der einfache Bürger für jeden kleinen Maskenverstoß sofort mit der vollen Härte der Gesetze bestraft wurde, blieben die schweren Rechtsverstöße der Söder-Regierung

(Zurufe)

bis heute rechtlich folgenlos. Dabei stehen hier nicht lediglich leichte Ordnungswidrigkeiten,

(Zurufe)

sondern schwere Straftaten der Regierungsvertreter wie beispielsweise Freiheitsberaubung in Verbindung mit Nötigung im Raum, die bei einer rechtswidrigen Ausgangssperre ohne Zweifel einschlägig sind.

(Zurufe)

Hier ist die bayerische Justiz aufgerufen, aus der Nomenklatura auszubrechen und den Rechtsstaat und die Grundrechte

(Anhaltende Zurufe)

ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und politische Gesinnung zu verteidigen. Die bayerische Justiz ist dazu aufgerufen, das in den vergangenen beiden Jahren begangene Unrecht am bayerischen Volk vollständig aufzuarbeiten und die Verantwortlichen gemäß den Gesetzen zu bestrafen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

"Ich bin ein überzeugter Anhänger des Rechtsstaates", sagte einst Franz Josef Strauß

(Zuruf)

und fuhr hier treffend fort, "aber die großen Lumpen muss man schwerer aufs Hirn hauen, als man die kleinen Leute verfolgt." – Hier zeigt sich jetzt, ob die Justiz in Bayern wirklich noch die dritte Gewalt im Freistaat ist oder ob sie von den Kartellparteien bereits zum Instrument einer skrupellosen Regierung gemacht wurde.

Wir als Alternative für Deutschland wollen einen starken Rechtsstaat mit einer starken Justiz. Diese Justiz muss unabhängig sein und darf genauso wenig wie Polizei und

Bundeswehr als Waffenträger des Staates politisches Instrument der Kartellparteien werden.

Der Bayerische Landtag als Parlament kann nur die bestmögliche personelle und sachliche Ausstattung der Justiz durch Bereitstellung der Finanzmittel sicherstellen. Das erachtet die AfD-Fraktion als selbstverständlich. Die Justiz muss allerdings die Unabhängigkeit und das Selbstverständnis als echte dritte Gewalt aus eigener Kraft entwickeln und pflegen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Horst Arnold von der SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sagen nicht, dass die Maßnahmen, die jetzt anstehen, unangemessen sind. Wir glauben aber, dass es in den Zeiten, die gerade jetzt und heute zu bewältigen sind, nicht nur eines maßvollen Anstiegs des Justizhaushalts bedarf, sondern dass angesichts der Herausforderungen, die sich uns stellen, tatsächlich ein Booster stattfinden muss. Gerade in Zeiten, in denen das Wort "Freiheit" sowie die Grundrechte und deren Wahrung inflationär bemüht werden, um die Gesellschaft zu spalten und Zentrifugalkräfte wirken zu lassen; in Zeiten, in denen Teilhabe und Zusammenhalt immer öfter auf dem Alter der sogenannten Verschwörungstheorien geopfert werden; gerade in diesen Zeiten ist die authentische Gewährung von Rechtsstaatlichkeit, Gesetz und Ordnung für unser freiheitlich-demokratisches System elementar.

(Beifall bei der SPD)

Es geht dabei nicht immer nur um härtere Strafen. Es geht nicht um Rechtsweg- und Rechtsmittelverkürzungen. Es geht hier um Bürgernähe. Es geht um Effizienz und damit auch um schnellere Verfahren. Es geht um Transparenz und letztendlich auch um Kompetenz.

Die Herausforderungen, die sich uns jetzt stellen, sind immens und schon erwähnt worden: Digitalisierung, Cybercrime, Massenverfahren, Abgas, Wirecard. Die Justiz beschäftigen aber auch die Fragen und Folgen der Pandemie über die Maßen. Sie machen es notwendig, dieses Aushängeschild, diesen Pfeiler des Rechtsstaates tatsächlich zu boostern.

Damit wäre auch den Beschäftigten bei der Justiz in allen Facetten gedankt. Man kann ihnen nicht nur Dank sagen und sagen: Arbeitet, überlastet wie ihr seid, weiter! – Sondern man muss ihnen bessere Arbeitsbedingungen, mehr Kolleginnen und Kollegen zusätzlich zu all den Sachmitteln, derer sie bedürfen, geben.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehören vernünftige Arbeitsbedingungen, angemessene Bezahlung, ordentliche Fortbildung, die auch während der Arbeitszeit stattfinden muss, Vollstreckung von zivilrechtlichen Entscheidungen sowie ein Strafvollzug, der tatsächlich auch die Perspektiven der Sozialisierung und der Resozialisierung implementiert; denn Zusammenhalt ist wichtig, auch für diejenigen, die gefehlt haben. Das muss sozial und nachhaltig konturiert sein.

Herr Minister, ich sage Ihnen deswegen: Sie gestalten mit Ihrem Haushalt die derzeitigen Verhältnisse. Wir wollen in diesem Zusammenhang, dass Sie nicht nur gestalten, sondern mutig für die Zukunft formen. Ihr Gestalten ist Verwalten. Wir wollen mehr in den Kampf um die Köpfe stecken, die dieses System benötigt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich in dem Bereich umhört, stellt man als das eigentliche Problem fest, woher denn eigentlich die Leute kommen, die diese notwendigen Aufgaben zu versehen haben. Diese Leute schauen sich natürlich um und brauchen wettbewerbsfähige Bedingungen. Es ist zwar schön, bei der Justiz beschäftigt zu sein – ich war das auch und habe es genossen –, es ist für einige aber durchaus ziemlich anstrengend; es ist

anstrengend für die Familie, anstrengend für den Lohn, teilweise auch anstrengend wegen der Arbeitszeiten.

Wir beantragen in unseren Haushaltsanträgen deswegen, dass für die Richterinnen und Richter – so wie es auch der Bayerische Richterverband als notwendig erachtet – 350 Stellen vorgesehen werden. Die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger kommen viel zu kurz. Sie sprechen von Digitalisierung und wollen unser Grundbuchwesen in Bayern, das seit Hunderten von Jahren besteht, sozusagen ins Grundbuch überführen. Allein diese Arbeit ist mit diesem Bestand an Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern nicht zu machen. Wir fordern deswegen mindestens 115 weitere Stellen sowie auch entsprechende Anerkennung, was das Gehalt betrifft.

Wir wollen auch bei den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern Gehalt und Stellen anheben. Sie leisten die schwierige Arbeit, am Menschen harte Entscheidungen zu vollstrecken. Es bedarf dazu des menschlichen Umgangs, aber auch der Würde und Sicherheit.Wenn Sie jetzt glauben, die Stellenanhebungen sind nur möglich, wenn in diesem Zusammenhang ein Hochschulstudium absolviert worden ist, ist das zu kurz gegriffen; denn die, die ein Hochschulstudium abschließen, werden den schwierigen Dienst unter diesen Bedingungen nicht antreten. Noch einmal herzlichen Dank an die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher, die in diesem Bereich auch in Pandemiezeiten Erhebliches leisten!

(Beifall bei der SPD)

Was die Strafvollstreckung anbetrifft, ist schon darüber gesprochen worden, dass die Resozialisierung wichtig ist. Aber auch bei der Resozialisierungsvorbereitung bedarf es wesentlich mehr. Wir dürfen die Leute nicht nur verwahren, sondern müssen Sie auch vom ersten Tag an aktiv darauf vorbereiten, wieder in die Gesellschaft zurückzukehren. Teilhabe heißt in diesem Zusammenhang auch aktives Mitwirken. Deswegen müssen wir im Rahmen der Strafvollstreckung 250 zusätzliche Stellen schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Wer Teilhabe und Zusammenhalt will, muss – gerade aufgrund der jetzt gemachten Erfahrungen – mehr Manpower zu den sachlichen Mitteln investieren, damit der Mensch in unserem System nicht nur, wie er in den Statistiken gerne gesehen wird, ein Aktenzeichen ist, sondern auch bei der Justiz ein Mensch bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist nun Herr Kollege Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns alle einig, dass wir unsere Justiz stärken, Gerichtsprozesse beschleunigen und die Justizvollzugsbeamten bei ihrer immer schwieriger werdenden Arbeit unterstützen wollen. Deswegen unterstützen wir die Stellenmehrungen, die der Einzelplan Justiz vorsieht. Bei einem einzigen Punkt sehen wir Einsparpotenzial: Das sind die massiv steigenden Portokosten, bei denen wir eigentlich erwartet hätten, dass sich hier im Zuge der zunehmenden Digitalisierung eher Einsparpotenzial ergibt. Hier sollte man die Chancen der Digitalisierung künftig besser nutzen.

Stichwort Digitalisierung: Wir hatten bereits vor einiger Zeit angeregt, Bayerns Gerichtssäle endlich flächendeckend mit Videokonferenzsystemen auszustatten, damit wir auch digitale Zivilprozesse führen können und Zeugen nicht immer von weither anreisen müssen. Zum Zeitpunkt unserer Anfrage hatte nur knapp die Hälfte der bayerischen Gerichtssäle ein solches System. Uns wurde zugesagt, dass dieses flächendeckend ausgebaut wird. Wir freuen uns, Herr Minister, wenn Sie uns heute oder in naher Zukunft den Stand der Dinge dazu mitteilen, weil dies ein weiterer Punkt ist, wie unsere Justiz moderner werden kann.

Das Gleiche gilt für das Thema Videotelefonie in Justizvollzugsanstalten. Dieser Wunsch kommt ausdrücklich von den Praktikern aus den JVA, von Justizvollzugsbeamten, die in der Corona-Krise sehr positive Erfahrungen damit gemacht haben, dass Häftlinge die Möglichkeit haben, sich mit ihren Angehörigen per Videokonferenz aus-

zutauschen. Diese Möglichkeit würden wir gerne ins Bayerische Strafvollzugsgesetz übernehmen. Wir haben dazu bereits im Oktober vergangenen Jahres einen Gesetzentwurf eingebracht, den wir aber nach der Ankündigung, dass das Justizministerium hier einen eigenen Gesetzentwurf einbringen wird, zurückgestellt haben. Wir freuen uns sehr, wenn uns dieser bald hier im Landtag vorliegt, und werden ihm auch gerne zustimmen, weil es ein gutes Instrument zur Resozialisierung ist, wenn Häftlinge die Möglichkeit haben, mit ihren Angehörigen und ihrem sozialen Umfeld – das vielleicht auch nicht so nahe an der Justizvollzugsanstalt wohnt, dass es regelmäßig zu Besuch kommen kann, – Kontakt zu halten.

Ein weiterer Punkt, wo wir uns mehr Digitalisierung im Justizbereich wünschen, ist die Verkündung von Gesetzen. Hierzu kann ich schon einmal ankündigen, dass wir kommende Woche eine Initiative bringen werden. Es geht darum, dass wir Gesetze in Bayern künftig online verkünden möchten, wie dies ab nächstem Jahr auch im Bund geschehen wird. Bundesjustizminister Marco Buschmann hat angekündigt, die Gesetze ab 2023 nicht mehr im Bundesgesetzblatt zu verkünden, sondern online, also ein elektronisches Gesetzblatt zu schaffen. Dafür bedarf es einer Grundgesetzänderung bzw. in Bayern einer Verfassungsänderung. Ich glaube, dies wäre eine sehr gute Sache, weil wir uns dadurch das Anhäufen von Papierbergen ersparen würden. Wenn wir ehrlich sind, suchen die Bürger heutzutage nach Gesetzestexten ohnehin eher online als im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt.

Dies sind ein paar Ideen, wie wir künftig moderner und digitaler arbeiten könnten. Grundsätzlich gilt: Die Justiz ist eine staatliche Kernaufgabe. Die Menschen müssen sich auf den Rechtsstaat verlassen können, und das können sie in Bayern. Wir wollen, dass dies so bleibt, und werden dem Einzelplan zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächste Rednerin ist nun Frau Kollegin Barbara Becker.

Barbara Becker (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind stolz auf die bayerische Justiz. Das sagt sich so leicht, doch erst, wenn es fehlt, wird es wertvoll. Ich denke dabei an die russische Journalistin Marina Ovsyannikova, die im Fernsehen mit einem Transparent gegen den Krieg demonstriert hat. Die Sendung wurde abgebrochen. Von ihr fehlte erst einmal tagelang jede Spur. Man dachte sich: Wo sie jetzt wohl ist? – Im Moment wissen wir, dass sie eine Ordnungsstrafe erhalten hat. Ob sie wirklich raus ist, können wir noch nicht sagen.

Deshalb sage ich aus vollem Herzen: Ich bin unendlich dankbar für die bayerische Justiz, deren Qualität und deren Ausstattung; denn Sicherheit und gute Justiz sind nicht zum Nulltarif zu haben. Dafür spricht auch dieser Haushaltsentwurf, in dem Prävention und Gefangenenversorgung, aber auch Digitalisierung und Hochbau stecken. Frau Kollegin Guttenberger hat schon sehr viel zum Personalaufwuchs und den innovativen Projekten gesagt, die über die Fraktionsreserve in den Haushalt eingegangen sind. Deshalb nur das Wichtigste: Die Ausgaben für die Gefangenenversorgung steigen. Wir können jetzt überall, in jeder JVA in Bayern Telemedizin anbieten. Das ist sehr gut. Herr Schuberl, für das Arbeitswesen in den JVA in Bayern stehen insgesamt 47,3 Millionen Euro für die Gefangenen zur Verfügung, um Resozialisierung durch gute Ausbildung zu ermöglichen, für Präventionsprojekte, für die flächendeckende therapeutische Versorgung von Gewalt- und Sexualstraftätern oder für unser Erfolgsprojekt "Kein Täter werden"; denn die beste Straftat ist die, die gar nicht begangen wird.

Bayern ist führendes Legal-Tech-Land. Herr Kollege Hold ist schon darauf eingegangen: Zusätzliche 20 Millionen Euro werden für Digitalisierung bereitgestellt, die sich in datensicherem Homeoffice für die Mitarbeitenden, elektronischem Rechtsverkehr oder auch der medientechnischen Ausstattung der Sitzungssäle zeigt. Hier sei Herrn Hagen gesagt – ich will dem Minister nicht vorgreifen –: Alle Sitzungssäle der ordentlichen Gerichtsbarkeit sind inzwischen mit Videotechnik ausgestattet. Die Menschen in Bayern dürfen sich zu Recht sicher fühlen; denn der bayerische Justizvollzug ist seit jeher ein Vorreiter auf dem Gebiet der technischen Sicherheit, auch im Länderver-

gleich. Für die Sicherheitsanlagen in den JVA werden im Haushalt über 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das Budget im Bereich Justizvollzug für die Erneuerung und Erweiterung der Videoüberwachung und Videosensoranlagen wurde um 2,5 % erhöht. Sogar 16,9 % gab es für den Bauunterhalt im Justizvollzug, usw.

(Zuruf)

Sorgen bereiten uns – auch wenn wir es nicht ändern können – die Ausgaben für die Auslagen in Rechtssachen und Betreuungsangelegenheiten. Diese binden tatsächlich rund zwei Drittel der Sachausgaben des gesamten Einzelplans. Dabei geht es um Prozesskostenhilfe und Vergütung für Sachverständige. Dies ist vielleicht auch ein Hinweis darauf, dass die Welt der Justiz immer komplexer wird. Wir haben immer komplexere Verfahren. Wir haben die Ansätze um 10 Millionen Euro auf künftig 483 Millionen Euro erhöht. Das ist schon ein Wort!

Für die Hochbaumaßnahmen konnten wir den hohen Etat aus dem letzten Jahr halten. Das sind 126 Millionen Euro. Es geht um Baumaßnahmen vom Strafjustizzentrum in München bis zur JVA in Marktredwitz im Landkreis Wunsiedel und um ganz viel dazwischen. Die Gesamtausgaben des Etats erhöhen sich im Jahr 2022 im Vergleich zum letzten Jahr um 85 Millionen Euro auf 2,83 Milliarden Euro. Das ist ein beachtlicher Aufwuchs, liebe Kolleginnen und Kollegen! Möglich ist dies nur, weil die Bürgerinnen und Bürger in Bayern treu und brav viele Steuern zahlen. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Beste Sicherheit, beste Justiz – dazu stehen wir. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Dienstleistern im Zuständigkeitsbereich der bayerischen Justiz wünsche ich, dass sie mit dieser guten Ausstattung nachhaltig umgehen und immer das Richtige tun. Dazu wünsche ich Gottes Segen und Justizias Beistand!

Ich bitte um Zustimmung für den Einzelplan 04.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Staatsminister Georg Eisenreich.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich Ihnen allen herzlich danken für Ihr großes Interesse an der Justiz und an den Justizthemen und vor allem auch für die breite Unterstützung, die die Justiz hier im Parlament genießt. Das tut unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wirklich viel leisten, sehr gut. Herzlichen Dank an Sie!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch das Jahr 2021 stand weltweit im Zeichen der Corona-Pandemie. Corona macht keine Ausnahmen, auch nicht vor der Justiz, nicht vor den Gerichten, den Staatsanwaltschaften, den JVAs. Das waren große Herausforderungen. Der Rechtsstaat muss auch in Zeiten der Pandemie funktionieren, und er hat funktioniert.

Wir haben in Bayern eine starke Justiz. Ich möchte mich deswegen an dieser Stelle ganz herzlich bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die großartigen Einsatz zeigen. Der Rechtsstaat sichert die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger. Er sichert auch die Grundlagen der Demokratie und hat gerade in der heutigen Zeit eine große Aufgabe, eine große Verantwortung. Die bayerische Justiz wird dieser Verantwortung auch gerecht.

(Beifall bei der CSU)

Der Entwurf des Einjahreshaushalts 2022 ist für die bayerische Justiz eine solide Grundlage. Ich könnte mich durchaus einigen Forderungen, die heute gekommen sind, noch anschließen. Aber ich möchte schon betonen, dass dieser Entwurf eine wirklich solide Basis ist, mit der die bayerische Justiz gut arbeiten kann. Damit können wir weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der inneren Sicherheit in Bayern leisten.

Wir haben es schon gehört: Der Etat steigt um 85 Millionen Euro auf 2,83 Milliarden Euro. Das sind 3,1 %. Das ist ein großer Erfolg. Es ist auch notwendig, das will ich klar sagen; denn die Anforderungen an die Justiz wachsen. Bei der Digitalisierung nutzen wir die Chancen, stehen aber auch vor großen Herausforderungen, zum Beispiel bei der Bewältigung des Phänomens der Massenverfahren, bei der Bekämpfung von Hatespeech – da waren wir in Bayern bundesweit mit die Ersten, die dieses Thema ganz oben auf der Agenda hatten –, genauso beim Thema Cybercrime. Es gibt noch viele andere Themen. Deswegen ist es wichtig, dass wir die Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften kontinuierlich verbessern. Das haben wir in den letzten Jahren auch gemacht.

Wir haben in den letzten Jahren deutliche Stellenzuwächse zu verzeichnen gehabt. 2013 bis 2021 gab es 430 zusätzliche Stellen für Richter und Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen, davon im Nachtragshaushalt 2020 allein 90 neue Stellen für richterliches und staatsanwaltschaftliches Personal. Im letzten Jahr kamen dann noch mal 40 Stellen mit Schwerpunkt im nichtrichterlichen Bereich dazu.

Auch im jetzigen Haushalt, 2022, sind wichtige Anliegen und zusätzliche Stellen für die Justiz berücksichtigt. Das ist wirklich sehr gut. Es sind insgesamt 120 Stellen. Da bedanke ich mich herzlich beim Bayerischen Ministerpräsidenten, der dieses Anliegen unterstützt hat, aber auch bei meiner Fraktion und den anderen Fraktionen. Die 120 Stellen sind gut und notwendig. Sie tun auch gut. Von diesen 120 Stellen sind 111 Stellen im Bereich der allgemeinen Justiz; davon entfallen 81 Stellen auf die Gerichte und Staatsanwaltschaften einschließlich des IT-Servicezentrums der bayerischen Justiz und 30 Stellen auf den IT-Betrieb im Rechenzentrum für den Bereich der Justiz. Das ist auch wichtig, weil wir die Digitalisierung massiv vorantreiben.

Ich komme zu den einzelnen Punkten. Die Gerichte und Staatsanwaltschaften habe ich ja schon genannt. Für einen nachhaltigen und effektiven Schutz der Bevölkerung brauchen wir einen sicheren Justizvollzug, sichere Justizvollzugsanstalten. Ich kann Ihnen sagen, dass diese zwei Jahre Pandemie für die JVAs eine große Aufgabe, eine

große Herausforderung waren, weil jeden Tag 6.000 Bedienstete von außen die Anstalten betreten haben. Das ist nun mal so. Die Anstalten gut durch die Pandemie zu bringen, das war wirklich eine große Aufgabe. Das ist gelungen, weil unser Personal im bayerischen Justizvollzug hochmotiviert gearbeitet hat und auch top ausgebildet ist.

Wir haben im Justizvollzug drei Ziele, die wir wirklich alle nachhaltig vorantreiben. Das ist zum Ersten die Sicherheit und der Schutz der Allgemeinheit. Das Zweite ist die Resozialisierung, weil das Ziel natürlich ist, dass Gefangene, wenn sie aus der Haft entlassen werden, ein Leben ohne Straftaten führen. Der dritte Bereich ist der Bereich der Prävention, weil eine Straftat, die nicht begangen wird, am besten ist.

Wir haben in den letzten Jahren zusätzliche Stellen bekommen: 2019/2020 waren es im Justizvollzug 85 Planstellen und noch einmal 15 Stellen aus den Geldmitteln, dann im Einjahreshaushalt 2021, letztes Jahr, 125 neue Planstellen. In diesem Jahr sind es noch einmal 9 zusätzliche Planstellen und die Verlängerung der kw-Vermerke. Ich will offen sagen, dass wir uns an der Stelle mehr gewünscht hätten und dass wir da im nächsten Haushalt auch weiteres Personal brauchen. Für dieses eine Jahr kann der Vollzug in Bayern damit leben, aber im nächsten Haushalt bräuchten wir dann noch weitere Unterstützung.

Zum Thema Gefangenentelefonie – ich weiß, dass das ein großes Anliegen hier im Parlament ist – möchte ich Ihnen den Stand mitteilen. Der Gesetzentwurf ist fertig. Er war auch schon im Kabinett. Das heißt, der erste Durchgang ist bereits abgeschlossen. Aktuell läuft die Verbändeanhörung. Wenn die Verbändeanhörung abgeschlossen ist, geht der Gesetzentwurf noch ein zweites Mal ins Kabinett, und dann wird er dem Parlament zugeleitet. Ich glaube, dass das Thema auf einem guten Weg ist.

Investitionen und Bau: Die bayerische Justiz baut weiterhin viel. Wir haben letztes Jahr, 2021, eine Steigerung um 60 % bei der Anlage S auf 126 Millionen Euro gehabt. Das war also schon ein großer Schritt. Wir haben diesen Rekordbetrag auch im Jahr 2022 fortschreiben können. Da sind wir sehr froh. Wir bauen an vielen Orten in

Bayern: In Passau bauen wir eine Kombi-Anstalt mit 450 Haftplätzen. In Marktredwitz ist der Neubau einer Justizvollzugsanstalt geplant; der Generalplaner ist bereits beauftragt. Wir bauen hier in München das Strafjustizzentrum. Ich war erst gestern dort; ich bin etwa alle drei, vier Monate auf der Baustelle, um mir einen Eindruck zu verschaffen, wie der Baufortschritt ist. Alles läuft nach Plan, obwohl das wegen Corona und der Engpässe bei der Lieferung von Baustoffen gar nicht so einfach ist. Aber es ist im Plan. Wir haben den Neubau des Justizgebäudes in Schweinfurt und umfangreiche Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten in Aschaffenburg. Darüber hinaus investieren wir auch an einer ganzen Reihe von kleineren Gerichtsstandorten. Wenn das Parlament den Haushaltsentwurf beschließt, können wir mit den Mitteln alle bereits begonnenen Maßnahmen fortsetzen. Das ist gut. Wir können aber auch die Planungen für weitere Projekte in der Fläche fortsetzen.

Thema Digitalisierung: Sie wissen, dass das auch ein großer Schwerpunkt von mir ist. Mein Ziel ist, dass wir eine bürgernahe, eine moderne, eine serviceorientierte Justiz haben. Unser Motto ist – unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leben das auch –: Die Justiz ist für die Menschen da. Ich glaube, das ist ganz wichtig: Die Justiz ist für die Menschen da. Wir wollen die Digitalisierung nutzen, aber trotz Technik menschlich bleiben. Wir sind da auf einem guten Weg und in vielen Bereichen schon wirklich gut aufgestellt. Wenn ich das mal sagen darf: Ich habe einen guten Überblick über Deutschland. Wir sind schon in vielen Bereichen führend, was das Thema Digitalisierung betrifft. Ich treibe eine Digitalisierungsoffensive in der Justiz voran. Das kann sich insgesamt sehen lassen. Wir haben das in Corona-Zeiten auch unter Beweis gestellt.Jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin, der bzw. die einen zu Homeoffice tauglichen Laptop haben wollte, hat einen bekommen. Das sind fast alle – zwar sind es nicht alle, aber es sind fast alle.

Der elektronische Rechtsverkehr in Bayern ist eingeführt und funktioniert gut. Seit Anfang dieses Jahres sind auch die professionellen Prozessbeteiligten, die Anwälte, verpflichtet, Schriftsätze mit Anlagen elektronisch einzureichen. Ich habe in Bezug auf

den elektronischen Rechtsverkehr erst vor einer Woche eine Neuheit vorgestellt. Es ist Bürgerinnen und Bürgern jetzt auch möglich, Klagen und Strafanzeigen bei Gericht oder bei der Staatsanwaltschaft einzureichen. Wir sind deutschlandweit das erste Bundesland, das dies ermöglicht.

Die Einführung der E-Akte treiben wir voran. Bei 14 von 22 Landgerichten ist die E-Akte in Zivilsachen in erster Instanz bereits eingeführt. Bei den beiden Oberlandesgerichten München und Nürnberg werden die Verfahren, die in erster Instanz bereits digital geführt worden sind, am OLG ebenfalls digital geführt. Für Videoverhandlungen ist, glaube ich, kein Bundesland in Deutschland so gut ausgestattet wie unseres.

Wir haben ein Zwei-Säulen-Konzept. Herr Hagen, ich kann Ihre Frage gleich jetzt beantworten, weil ich sie auch regelmäßig auf Pressekonferenzen beantworte: Wir haben 99 Gerichte. Alle 99 Gerichte haben Zugang zu Videokonferenzanlagen. Das war vor einem oder eineinhalb Jahren noch anders. Sie haben recht: Damals waren es nur die Hälfte. Inzwischen sind es alle. Das ist Säule eins.

Säule zwei: Wir haben mit Microsoft Teams ein Videokonferenztool. Dieses kann auch für Videoverhandlungen genutzt werden. Wir haben eine Umfrage durchgeführt und geschätzt, dass im letzten Jahr bereits 10.000 Verfahren bzw. Zeugeneinvernahmen digital geführt worden sind. Allein im letzten Jahr waren das rund 10.000. Wir sind dabei bundesweit führend. Wir werden das, insbesondere was das Thema Videokonferenzanlagen betrifft, noch weiter ausbauen. Wichtig ist aber, dass wir diese zwei Säulen haben. Wir nutzen die Digitalisierung auch im Justizvollzug, zum Beispiel beim Projekt Telemedizin, das wir flächendeckend eingeführt haben.

Wir sind also auf einem wirklich guten Weg und bundesweit in einer sehr guten Situation. Wir werden diese Digitalisierungsoffensive weiter vorantreiben. Ein Thema, das ich in diesem Jahr noch anpacken werde und das sich in der Vorbereitung befindet, ist das Thema Legal Tech. Damit beschäftige ich mich auch persönlich intensiv. Wir werden in diesem Jahr auch noch eine große Initiative starten.

Ich möchte den Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER für die Fraktionsinitiativen in Bezug auf die Stärkung der Zentralstelle Cybercrime danken. Bei ihr geht es um die Themen Darknet und Krypto-Währungen. Herzlichen Dank dafür sowie auch für die Erprobung eines Tools zur automatisierten Strukturierung der Inhalte elektronischer Dokumente in Massenverfahren. Auch dafür gilt beiden Fraktionen mein Dank. Wir werden diesen Weg weitergehen.

Wenn wir alle Mittel zusammenzählen, die wir in die Digitalisierung investieren, dann sind das im Jahr 2022 rund 120 Millionen Euro. Daran sieht man schon, dass das ein echter Investitionsschwerpunkt ist, den wir hier im Bereich der Justiz haben. Ich habe es Ihnen ja gesagt: Wir wollen eine moderne, serviceorientierte und bürgernahe Justiz, die die Chancen der Digitalisierung nutzt.

Einen kleinen Ausflug zur Bundesregierung hatte ich eigentlich nicht geplant, aber nachdem der Kollege mich angesprochen hat, Folgendes: Ich habe mich gegenüber der Bundesregierung in letzter Zeit sehr zurückgehalten, weil ich der Meinung bin, dass jeder erst einmal ankommen muss, sich einarbeiten muss und auch die Zeit haben muss, Schwerpunkte zu setzen und darzustellen, wo die Reise hingeht. Das habe ich während der letzten Monate gemacht. Ein Punkt ist mir in der letzten Woche aufgefallen. Deswegen habe ich das in dem Interview auch angesprochen. Das Thema ist mir echt sauer aufgestoßen. Das ist das Thema Mieterschutz, und zwar vor allem das Thema "Ahndung von Mietwucher".

Das hat eine lange Vorgeschichte. Es gibt schon seit Jahren Initiativen zum Beispiel aus Berlin oder Hamburg, die eine bessere Ahndung von Mietwucher gewollt und angestrebt haben. Sie sind aber nicht vorwärtsgekommen. Ich habe das dann im Jahr 2019 aufgegriffen, weil ich das für wichtig gehalten habe. Der Bundesrat hat dem zugestimmt. Es hat eine Mehrheit gefunden, dass wir die schwarzen Schafe, die Mietwucherer, besser belangen können. Der Bundesrat hat das vor Kurzem erneut beschlossen. Das geht nur parteiübergreifend, sonst gibt es keine Mehrheit. Das Bundeskabinett hat letzte Woche zu einem Thema, das nicht neu ist und seit Jahren auf

dem Tisch liegt, mitgeteilt, dass die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen ist. Das liegt vor allem am FDP-geführten Bundesjustizministerium. Das finde ich mehr als ärgerlich.

Deshalb muss ich sagen: Ich werde den Konflikt nicht scheuen. Das Thema ist nicht neu. Es ist bekannt. Es ist technisch gar keine große Änderung, man muss nur den Willen haben. Dieser Wille ist, zumindest, was die Gesamtheit der Bundesregierung betrifft, nicht festzustellen. Darum werde ich streiten; denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte, dass Mietwucher besser geahndet werden kann.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich komme zum Schluss. Ein starker Rechtsstaat braucht eine starke Justiz. Wir haben einen starken Rechtsstaat. Wir haben einen wehrhaften Rechtsstaat. Wir haben eine starke Justiz. Die Justiz ist elementar wichtig – ich habe es vorhin schon gesagt – für die Grundrechte, für die Sicherheit und für die Freiheit der Menschen in Bayern.

Das Schöne ist: Die Menschen in Bayern können der Justiz und auf den Rechtsstaat vertrauen. Ich bedanke mich herzlich, dass Sie der bayerischen Justiz mit diesem Haushalt Möglichkeiten geben. Ich bedanke mich für die breite Unterstützung und freue mich natürlich, wenn das Hohe Haus dem Entwurf jetzt auch zustimmt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022 für den Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20145 mit 18/20152, 18/20192, 18/20226 mit 18/20237, 18/20326 und 18/20327 sowie 18/20473 mit 18/20477 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21896.

Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/21896 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 04 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/21896 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20473 bis 18/20477 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 04 ist abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 4

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: „Booster“ für den Rechtsstaat I – Erhöhung der Personalausgaben zur Institutionalisierung der Rechtstatsachenforschung in Bayern
   (Kap. 04 01 Tit. 422 31 und Tit. 428 01)
   Drs. 18/20145

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: „Booster“ für den Rechtsstaat II – Ausgaben für Sachverständige
   (Kap. 04 02 Tit. 526 11)
   Drs. 18/20146

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: „Booster“ für den Rechtsstaat III – Mittel für die Finanzierung von 115 neuen Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie Stellenhebungen, insbesondere von A 11 nach A 12
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20147

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: „Booster“ für den Rechtsstaat IV – Mittel für die Finanzierung der Stellenhebung von 255 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern von A 8 nach A 9
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20148

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: „Booster“ für den Rechtsstaat V – Mittel für die Finanzierung von 350 neuen Stellen für Richterinnen und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20149

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold Alexandra Hiersemann u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: „Booster“ für den Rechtsstaat VI – Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Bayern
   (Kap. 04 04 Tit. 525 01)
   Drs. 18/20150

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: „Booster“ für den Rechtsstaat VII – Mittel für die Finanzierung von 250 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern für einen guten Behandlungsvollzug
   (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20151

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: „Booster“ für den Rechtsstaat VIII – Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern
   (Kap. 04 05 Tit. 681 02)
   Drs. 18/20152

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Entgelte für Postdienstleistungen
   (Kap. 04 04 Tit. 511 02)
   Drs. 18/20192

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium der Justiz
    (Kap. 04 01 Tit. 422 01)
    Drs. 18/20226

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Aufbau einer Landesantidiskriminierungsstelle
(Kap. 04 01 neue TG)
Drs. 18/20227

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 04 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20228

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Starke Justiz für Bayern – 50 weitere Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/20229

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Starke Justiz für Bayern – Sicherheit in Justizgebäuden verbessern
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/20230

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Starke Justiz für Bayern – Schnellere Verfahren durch mehr Richterinnen und Richter und mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/20231

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Starke Justiz für Bayern – Echte Personalaufstockung in der Rechtspflege
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 18/20232

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Starke Justiz für Bayern – 100 neue Stellen im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01 u. 422 21)
Drs. 18/20233

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Starke Justiz für Bayern – 60 neue Arbeitnehmerstellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 18/20234

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Pandemiebedingter Raumknappheit der Justiz abhelfen, (Medien-) Öffentlichkeit in Gerichtsverfahren sicherstellen
(Kap. 04 04 Tit. 511 01 u. 518 01)
Drs. 18/20235

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: IT-Ausstattung der Gerichte verbessern – mobiles Arbeiten ausweiten
(Kap. 04 04 Tit. 511 99)
Drs. 18/20236

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Videokonferenzsysteme für Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 812 30)
Drs. 18/20237

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Richard Graupner, Christian Klingen, Stefan Löw u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit
(Kap. 04 04 Tit. 427 01)
Drs. 18/20326

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Richard Graupner, Andreas Winhart, Markus Bayerbach u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Europäische Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 533 07)
Drs. 18/20327

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Alexander König
Abg. Ludwig Hartmann
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Toni Schuberl
Abg. Ferdinand Mang
Abg. Florian von Brunn
Abg. Petra Högl
Abg. Martin Hagen
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Josef Zellmeier
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Abg. Michael Hofmann
Abg. Martin Böhm
Staatsminister Dr. Florian Herrmann
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Markus Rinderspacher

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 02

für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Interfraktioneller Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs.18/20478)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20224 und 18/20225)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20317 mit 18/20324)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20190 und 18/20191)

Ich begrüße dazu den Ministerpräsidenten.

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 119 Minuten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf Drucksache 18/20319 und auf Drucksache 18/20324 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Alexander König für die CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Haushaltsplan 2022 ist die in Zahlen ausgedrückte Politik unseres Ministerpräsidenten Markus Söder, seiner Staatsregierung und der Regierungsfraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN für die Bürgerinnen und Bürger Bayerns – und ich füge gleich hinzu: Die ist sehr gut.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sorgen für Stabilität und Zukunft, für wirtschaftliche Prosperität, für sozialen Ausgleich und für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Sicherheit und Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger stehen an erster Stelle, aber wir kümmern uns auch um die Menschen, die aus einem Krieg in Europa zu uns flüchten. Dabei unterstützen wir die Kommunen, die hier wieder einmal besonders gefordert werden.

Neben allen aktuellen und sich oft auch ändernden Herausforderungen stellen wir Bayern bestmöglich für die Zukunft auf. Wir wollen das hohe Niveau in allen Lebensbereichen für unsere Bürgerinnen und Bürger halten und ausbauen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb sind Klimaschutz, Energieversorgung, Bildung und Forschung die Schwerpunktthemen der nächsten Jahre; dafür steht auch unser Ministerpräsident Markus Söder. Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns können sich darauf verlassen, dass die CSU bei diesen Schwerpunktthemen Maßstäbe setzt, ohne das nötige Augenmaß zu verlieren.

Nur in einer intakten und gesunden Welt können wir gut leben. Nur mit einer umweltgerechten, sicheren und bezahlbaren Energieversorgung können wir erfolgreich wirtschaften. Nur mit bestens ausgebildeten Menschen und größtmöglichen Forschungsanstrengungen zu allen Zukunftsthemen können wir den internationalen Wettbewerb gewinnen. Das sind die Zukunftsthemen, um die wir uns kümmern. Die Bürgerinnen und Bürger können sich auf uns verlassen. Wir sorgen für Stabilität und Fortschritt.

So gibt der Haushalt 2022 Stabilität in unsicheren Zeiten. Mit dem Sonderfonds Corona-Pandemie mit 4,8 Milliarden Euro sowie dem Zuwanderungs– und Integrationsfonds mit 1,67 Milliarden Euro stellen wir uns den aktuellen Herausforderungen. Insgesamt planen wir übrigens für das Gesundheitswesen Kosten von 5,6 Milliarden Euro ein.

Mit kräftigen Investitionen fördern wir nachhaltiges und selbsttragendes Wachstum und führen Bayern in die Zukunft. 11,4 Milliarden Euro an Investitionen und eine Investitionsquote von 16 % sind ein ganz starkes Zeichen für Bayerns Zukunft in einer schwierigen Zeit, aber auch Beweis dafür, dass wir Wissenschaft und Forschung, Innovationen und Investitionen als die Grundlagen für Bayerns wirtschaftliche Zukunft ansehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Haushalt birgt auch Unsicherheiten. Viele Flüchtlinge kommen zu uns, aber wer weiß, wie viele? – Wir unterstützen unsere Kommunen bestmöglich und übernehmen weiterhin 100 % der Kosten der Unterbringung. Auch die Corona-Pandemie bleibt haushaltsrelevant; wir führen den Sonderfonds Corona-Pandemie fort.

Insgesamt bleibt das Haushaltsvolumen trotz Inflation mit 71,1 Milliarden Euro stabil. Die im Jahr 2020 von uns allen im Angesicht der Pandemie genehmigte Kreditermächtigung in Höhe von 20 Milliarden Euro wurde bis heute nicht ausgeschöpft, sodass die auf das Jahr 2022 entfallende erforderliche Kreditermächtigung in Höhe von 5,8 Milliarden Euro damit noch abgedeckt ist.

Ja, wir haben mehr Schulden gemacht als andere Bundesländer, aber Bayern hat auch mehr geholfen. Allein für unsere Kommunen haben wir deutlich mehr als 3 Milliarden Euro aufgenommen. Die Zinsausgabenquote beträgt in Bayern voraussichtlich 0,8 %, aber durchschnittlich über 2 % bei den übrigen westdeutschen Flächenländern. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in Bayern bei 2.810 Euro – das sind Zahlen, die man sich merken sollte – und bei den übrigen westdeutschen Flächenländern bei 8.645 Euro. Bayern erhält als einziges deutsches Bundesland von den Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's die Bestnote; darauf dürfen wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So langweilig das für manche Landtagsjournalisten, die die Arbeit der CSU zum Teil schon über Jahrzehnte hinweg verfolgen, vielleicht auch sein mag: Bayern hat auch weiterhin die solidesten Staatsfinanzen; in vielen anderen Ländern wäre das eine Sensationsmeldung. Während anderswo mit Ergänzungshaushalten und Schattenhaushalten an den Grenzen der verfassungsrechtlichen Legalität getrickst wird, liegen bei uns in Bayern die Zahlen auf dem Tisch, wie es die Grundsätze der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit verlangen. Das ist traditionelle CSU-Politik, die wir auch mit dem Haushalt 2022 zusammen mit unserem Koalitionspartner, den FREIEN WÄHLERN, gerne fortsetzen.

Trotz aller Krisen nehmen wir mit unserem Haushalt niemandem etwas weg – im Gegenteil: Wir halten das Familiengeld mit 770 Millionen Euro aufrecht, auch wenn es die GRÜNEN streichen wollen, weil die Familien bei ihnen wahrscheinlich ein Auslaufmodell sind. Wir halten trotz Oppositionskritik am Landespflegegeld als Anerkennung und Unterstützung fest. Wir unterstützen unsere Kommunen trotz rückläufiger Steuereinnahmen mit einem kommunalen Finanzausgleich von über 10,5 Milliarden Euro. Wir investieren 24,7 Milliarden Euro allein in Bildung und Wissenschaft. Als Zuckerl sei noch genannt: Für die Technologieoffensive Hightech Agenda Bayern sehen wir weitere 1.000 Millionen Euro vor.

Auch in diesem Jahr gibt es wieder 1.120 neue Lehrerstellen und weitere 100 Stellen für die Jugendsozialarbeit an unseren Schulen. Mit 500 weiteren neuen Stellen für die Polizei erreichen wir den personellen Höchststand bei der Polizei aller Zeiten. Für Sicherheit und Rechtsschutz sind im Haushalt 2022 insgesamt 7,7 Milliarden Euro vorgesehen, davon dient allein eine halbe Milliarde Euro für die Sachausstattung unserer Polizei. Weil ich schon ein paar Jahre länger im Landtag bin, kann ich mich noch an Klagen aus Polizeidienststellen über verbrauchte Dienstfahrzeuge erinnern. Das ist aber schon sehr lange her; das ist wirklich Vergangenheit. Heute ist unsere Polizei bestmöglich ausgestattet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Für den Klimaschutz stellen wir mit dem Programm "Klimaland Bayern" weitere 1.000 Millionen Euro bereit, die von den verschiedenen Häusern möglichst effizient investiert werden wollen.

Die Familienpolitik ist traditionell ein Schwerpunkt unserer Sozialpolitik.Vor Jahren erklärte ich mal im Wirtshaus auf einer Versammlung, dass sich mittlerweile unsere Ausgaben allein für die Kindertageseinrichtungen von einer halben Milliarde auf eineinhalb Milliarden erhöht hätten. Kolleginnen und Kollegen, das ist schon lange her, seit ich das gesagt habe. Für 2022 planen wir mittlerweile sage und schreibe 2,9 Milliarden Euro alleine für die Kindertageseinrichtungen in Bayern ein. Das ist eine gigantische Leistung bayerischer Sozialpolitik für unsere Kinder und Familien!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt enthält auch Sonderkosten. Ich nenne nur beispielshalber das Thema G7-Gipfel. Die Bundesregierung möchte den nächsten G7-Gipfel ja wiederum im schönen Ellmau in Bayern abhalten. Allein dadurch entstehen erhebliche Kosten. Allein die Sicherheitskosten werden zurzeit auf 190 Millionen Euro geschätzt. Ich verstehe gut, dass Bundeskanzler Scholz den Gipfel nicht in seiner früheren Hansestadt Hamburg, sondern wieder in Bayern abhalten will. Aber ich glaube, es ist auch verständlich, dass wir den Bund auffordern, für diese Bundesveranstaltung auch die Kosten zu übernehmen. Ich bitte die Ampelkoalition, uns in Bayern dabei zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Haushalt 2022 umfasst wiederum nur ein Jahr und ist wiederum kein Doppelhaushalt, Kolleginnen und Kollegen, weil kurzfristiges und flexibles Handeln erforderlich bleibt. Aber er ist ein Zeichen der Wahrheit und Klarheit! Ich danke der Staatsregierung im Allgemeinen und unserem Finanzminister Albert Füracker mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Besonderen sehr herzlich für die sachgerechte, realitätsnahe Aufstellung dieses großen Zahlenwerkes, das im Verlauf des

Aufstellungsverfahrens auch immer wieder an neue Realitäten angepasst werden musste. Ganz herzlich danke ich aber auch unserem Haushaltsausschussvorsitzenden, dem lieben Kollegen Josef Zellmeier, und allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses für die zielorientierte und sorgfältige Beratung des Entwurfs der Staatsregierung.

Kolleginnen und Kollegen, wie immer oder fast wie immer kann man jeder Suppe noch eine Prise Salz oder eine Prise Pfeffer zugeben. Man kann auch immer wieder versuchen, in jeder Suppe ein Haar zu finden. Wenn aber eine Suppe gesund, schmackhaft und innovativ serviert wird, dann, Kolleginnen und Kollegen, vor allem Kolleginnen und Kollegen der Opposition, sollte man diese auch loben, anstatt DNA-Spuren vom Haar in der Suppe zu suchen. Das sage ich schon mal vorweg.

In diesem Sinne, Kolleginnen und Kollegen, bitte ich das Hohe Haus, in schwierigen Zeiten zu erkennen, dass dieser Jahreshaushalt 2022 nicht nur auf der einen Seite die aktuellen Herausforderungen bestmöglich meistert, sondern auf der anderen Seite auch den großen Zukunftsaufgaben vollumfänglich gerecht wird.

CSU und FREIE WÄHLER kümmern sich um die Menschen in Bayern und um unsere gute Zukunft in Bayern. Dafür stellen wir auch mit dem Haushalt 2022 einen Haushalt auf, der kaum Wünsche offenlässt. Da wir als Haushaltsgesetzgeber natürlich bei Beschluss nicht die Einnahmen festsetzen können – manche Leute draußen denken das –, sondern nur die Ausgaben, sind wir alle miteinander darauf angewiesen, dass die Steuereinnahmen hoffentlich so fließen werden wie angenommen, damit der Haushalt am Ende des Jahres aufgeht.

Bei den Ausgaben haben wir alle Lebensbereiche, Aktualitäten und Zukunftsanforderungen bestmöglich berücksichtigt. Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt 2022 ist im wahrsten Sinne des Wortes ein großer Wurf.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich schlage allen Mitgliedern des Hohen Hauses begeisterte Zustimmung und vollumfängliches großes Lob für die Staatsregierung, unseren Finanzminister Albert Füracker und die Regierungsfraktionen vor.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Ludwig Hartmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Welt wird gerade von mehreren Krisen erschüttert: Klimakrise, Corona-Pandemie, Putins Angriffskrieg in der Ukraine. Den Menschen in Bayern, in Deutschland, in Europa macht das Angst und bereitet berechtigt Sorgen. Die Bilder, die wir seit 41 Tagen aus der Ukraine erleben, wo Väter ihre Kinder umarmen, um sich von ihnen zu verabschieden, vielleicht für immer, weil sie in den Krieg ziehen, treiben einem Tränen in die Augen. Die Bilder von den russischen Kriegsverbrechen sind unerträglich.

Ich bin froh und stolz, dass wir so viele ehrenamtlich tätige Menschen im Land haben, die mit anpacken, um den Menschen zu helfen, die vor diesem Krieg fliehen konnten. Ein ganz großes Dankeschön in unserem Namen für ihre Arbeit!

(Allgemeiner Beifall)

Es ist richtig: Wir alle sind am 24. Februar in einer anderen Welt aufgewacht. Unsicherheiten greifen um sich. Die Gesellschaft braucht jetzt dringend alle Bindekräfte der Politik und einen handlungsfähigen Staat.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn die Wellen hochschlagen, braucht es eine klare Hand am Steuerrad, einen Kompass aus Werten, Überzeugungen, klugen Ideen, um den Kurs durch die stürmische See zu halten. "Um einen Hafen zu erreichen, müssen wir segeln – segeln, nicht ankern –, segeln, nicht treiben." So hat es Franklin Roosevelt einmal sehr passend gesagt.

Lieber Herr Ministerpräsident, wenn es nach Franklin Roosevelt geht, werden Sie kein großer Steuermann mehr. Sie segeln nicht, Sie lassen sich bestenfalls treiben. Das zeigt der Haushalt ganz deutlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Politik zeigt uns: Ihr Anspruch endet häufig bereits da, wo es um die Befriedigung von Einzelinteressen geht. Aber zu glauben, wenn jedem Einzelnen geholfen wird, hat man das große Ganze geschaffen, greift zu kurz. Seit zehn Jahren, erst als Finanzminister, jetzt als Ministerpräsident, haben Sie mit die Verantwortung über die Staatsfinanzen. Die Ausgaben – das ist richtig – sind gewaltig gestiegen, seit 2012 bis 2020 um über 50 %. Das ist per se nicht schlecht – wenn das Geld richtig investiert wird. Aber wir sehen, dass man oft immer wieder mit Geld um sich schmeißt, ohne Strukturen grundlegend zu ändern, ohne in unsere Zukunft richtig zu investieren. Da muss sich etwas ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erlauben Sie mir eine Anmerkung, auch wenn sie etwas zugespitzt ist. Ich habe schon das Gefühl, Ihnen ging es in den letzten Jahren immer wieder darum, jedem so viel zu geben, dass die Mehrheit der CSU gesichert wird. Aber das ist doch nicht der Gestaltungsanspruch, um wirklich die Aufgaben in unserem Land zu meistern. Das letzte Jahrzehnt war ein Jahrzehnt der verpassten Chancen und des fehlenden Weitblickes. Das rächt sich gerade bitter, erst recht in dieser Krise, erst recht in der Energiepolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwei kurze Beispiele dafür, was ich meine, zunächst das Landespflegegeld, auch von Ihnen angesprochen: Hierfür wurden bereits seit 2018 1,5 Milliarden Euro ausgegeben.

(Beifall)

Kein einziger Pflegeplatz wurde damit geschaffen – da können Sie klatschen. Keine einzige Kurzzeitpflegekraft wurde damit geschaffen. Damit wurde keine ambulante Pflege aufgebaut. Damit wurde nichts Konkretes in der Struktur gefördert. Die strukturelle Wirkung dieser Maßnahme ist leider null. Das ist zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder nehmen wir das Thema Kindertagesstätten, auch von Ihnen angesprochen. Statt mehr Betreuungsplätze zu schaffen, vor allem Hortplätze für die Schulkinder – da besteht nämlich die Herausforderung –, statt das Kinderbetreuungsangebot so aufzubauen, dass es sich an die Lebensrealität der jungen Eltern anpasst und sich nicht die Eltern an das Betreuungsangebot anpassen müssen – das wäre richtige Politik –, geben Sie viel Geld für eine Zahlung an die Eltern aus, die Kinder im Krippenalter haben. Das ist schön für den Moment, aber alles andere als nachhaltig, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zuckerl in Form von Zusatzeuros auf den Konten helfen vielleicht Einzelnen, lösen aber nicht die Probleme unserer Gesellschaft – schon gar nicht in diesen Zeiten –, und darauf kommt es jetzt in Krisen umso mehr an. Da hätten wir uns deutlich mehr erwartet. Wenn man unsere Schulen, unsere Unis, unser Schienennetz, unsere Bahninfrastruktur, die kommunalen Schwimmbäder und die digitale Verwaltung ansieht – wir haben das die letzten Monate ja deutlich erlebt –, sind das alles Baustellen, die nicht richtig angepackt werden, große Baustellen, die große Investitionen in das Gemeinwohl nötig machen.Hier geht es um das Gemeinwohl. Hier geht es um das große Ganze. Da muss mehr geliefert werden. Da wurden in den letzten zehn Jahren leider viele Chancen vertan. Man kann es auch anders sagen: Die Streuverluste Ihrer Ausgabenpolitik sind leider immens.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie geben viel Geld aus. Die entscheidenden Herausforderungen packen Sie aber nicht an. Ein dicker Geldbeutel ist noch lange kein Garant für gute Politik, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gute Politik lebt von Überzeugung und Haltung. Gute Politik lebt vom Gestaltungswillen, vom Willen, sich Herausforderungen zu stellen und Krisen zu meistern, nicht vom Trostpflaster, das man verteilt. Sie geben viel Geld aus und bleiben trotzdem vieles schuldig, zuallererst eine klare Vision für die Zukunft Bayerns oder auch ein klares Bekenntnis, was Ihrer Meinung nach erhalten und was verändert werden muss oder wo langfristig mehr investiert werden muss und wo weniger. Ich vermisse bei Ihnen einen klaren Kurs. Aber gerade dann, wenn eine Krise auf andere Krisen trifft, braucht es Haltung und Orientierung in der Politik.

Lassen Sie uns nicht die eine Krise gegen die andere ausspielen! Lassen Sie uns nicht die Nahrungsmittelproduktion gegen den Arten- und Naturschutz ausspielen. Lassen Sie uns nicht Windstrom gegen Sonnenstrom ausspielen. Lassen Sie uns nicht die berechtigten Ängste vor weiteren Preissteigerungen gegen die jetzt notwendigen Verschärfungen von Sanktionen ausspielen. Krisen zu meistern, ohne sie gegeneinander auszuspielen, das ist die Aufgabe unserer Zeit. Das ist die Verantwortung, die uns alle hier einen sollte, nicht trennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Putins Angriffskrieg in der Ukraine legt die Schwächen unseres Energiepfades schonungslos offen: zu abhängig, zu verletzlich, zu angreifbar, zu teuer und obendrauf noch klimaschädlich.

(Zuruf)

Das ist doch ganz deutlich geworden. Wir sind gefangen zwischen Öltankern und Pipelines. Die CSU-Energiepolitik der letzten Jahre hat uns in diese fossile Abhängigkeit getrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

– Sie werden doch nur laut, weil Sie ganz genau wissen, dass das so ist. Kein Bundesland ist so abhängig von russischem Öl und Gas wie Bayern. Das war Ihre Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Phantomdiskussion über eine Laufzeitverlängerung der hochgefährlichen Atomkraft hilft niemandem weiter. Dafür braucht es neue Brennelemente. Der Betreiber sagt selber: Das Uran dafür kommt aus Russland. – Das ist nicht die Lösung, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Es wird Zeit, endlich dorthin zu kommen, wo wir schon lange hin hätten müssen: hin zu einem Energiesystem, das von der Abhängigkeit von dreckigen Energieträgern befreit. Der grüne Bundeswirtschaftsminister stellt doch ganz deutlich die Weichen. Sie müssen nur auf diesen fahrenden Zug aufspringen – ganz einfach.

(Zurufe)

Er hat das Osterpaket angekündigt.

(Zurufe)

Er hat angekündigt, im Osterpaket genau das zu machen, was Sie eigentlich haben möchten. Er macht einen Booster für echten Solarstrom,

(Zurufe)

einen Sonnenstrombooster für Bayern mit der Verdoppelung der Einspeisevergütung. Sie gönnen es den Menschen in Bayern nicht, dass die Einspeisevergütung verdoppelt wird,

(Zuruf)

wenn man sich eine Anlage aufs Dach schraubt. Das ist erstaunlich. Das braucht es dringend, damit in Bayern mehr Solarstrom erzeugt werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Angedacht ist eine deutliche Verbesserung bei der Eigenstromgewinnung. Das kommt unzähligen Menschen in Bayern zugute, die bereits eine Anlage auf dem Dach haben.

(Zuruf)

Was hier in Berlin gemacht wird, ist gut für Bayern. Außerdem werden Mieterstrommodelle und die Beteiligung an Windparks ausgeweitet, damit alle an der Energiewende teilhaben können und mitmachen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist im wahren Sinne des Wortes ein grüner "Energiewendeturbo".

(Zuruf)

Von diesem Turbo profitieren alle Menschen. Gemeinsam schaffen wir ein sicheres, freies, demokratisches, klimaneutrales Energiesystem. Als Bonus dazu gibt es Versorgungssicherheit und stabile Strompreise. Das ist ein Angebot. Es wäre toll, wenn das größte Flächenland, Bayern, hier endlich mitmachen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit ist noch gar nicht Schluss. Wir denken auch an unsere vielen Unternehmen, die unter der hohen Strompreislast leiden. Wir wollen selbst produzierten Strom aus Wind

und Sonne für Unternehmen weitgehend von Abgaben befreien. Dafür werfen wir die bürokratischen Hindernisse endlich aus dem Energiewirtschaftsgesetz hinaus, die durch Ihre Politik in Berlin in den letzten zehn Jahren entstanden sind. Die kassieren wir jetzt im Interesse unserer Unternehmen. Das heißt, grüner Industriestrom soll weitgehend von Abgaben befreit werden. Damit sichern wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und ermöglichen CO_2-neutrales Produzieren. Das ist doch ein Weg, der zeigt: Krisen gemeinsam meistern kann gehen, wenn man es wirklich will.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Davon profitieren nicht Einzelne durch Überweisungen auf das eigene Konto, sondern davon profitieren wir alle. Mehr Wertschätzung im Land, mehr Klimaschutz, mehr Freiheit – jedes einzelne dieser Argumente wäre doch genug, um bei der Energiewende endlich den Turbo einzulegen und Bayern zum Vorreiter zu machen, anstatt weiter auf der Reservebank zu sitzen. So meistert man Krisen gemeinsam.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich will angesichts des Ernstes der Lage bei unserer Energieversorgung nicht alle Ihre energiepolitischen Versäumnisse der letzten Jahre aufzählen. Dafür würde meine Redezeit wahrscheinlich gar nicht reichen. Was war, kann man auch nicht mehr ändern. Da bin ich bei Ihnen. Aber entscheidend ist doch, aus den Fehlern der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen. Das heißt: Unabhängigkeit in der Energieversorgung und vor allem Energieeffizienz und Voranbringen der erneuerbaren Energien in unserem Land. Wind und Sonne können nicht von Diktatoren vereinnahmt werden. Wind und Sonne gehören niemandem. Sie sind für alle da. Deshalb muss Wind und Sonne auch hier in Bayern die Zukunft gehören, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jedes neue Windrad und jede neue Solaranlage senkt in Bayern den Strompreis. Die Verfügbarkeit von Wind- und Sonnenstrom ist bereits heute ein entscheidender Faktor für Unternehmensansiedlungen. Das haben wir zuletzt immer wieder gesehen. Die Unternehmen gehen in die Bundesländer, die ausreichend sauberen Strom anbieten können. Es ist höchste Zeit, dass unser Angebot hier größer wird.

Wind und Sonne ergänzen sich auch gut. Das ist kein Widerspruch, Herr Ministerpräsident. Ich kann meinem kleinsten Kind schon erklären, dass die Sonne nachts nie scheinen wird. Aber nachts kann der Wind wehen. Das ergänzt sich. Also müssen wir in Bayern beides dringend voranbringen.

(Zuruf)

Strom aus Wind und Sonne ist der bayerische Rohstoff, den wir im Interesse der Energiewende nutzen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Der Ministerpräsident hat gerade das Schlagwort Wasserkraft eingeworfen. Sie wissen: Wir können die bestehende Produktion bei der Wasserkraft in Höhe von aktuell 11 Terawattstunden, die wir in Bayern haben müssten, um vielleicht 10 % steigern. Das ist ein gewisser Beitrag durch Repowering. Dagegen ist gar nichts zu sagen. Den ganz großen Wurf bekommen wir aber nur mit Wind und Sonne, weil sie unbegrenzt verfügbar sind. Hier ist es auch wichtig, das als Gesamtsystem zu denken und die Biomasse als flexible Ergänzung zu sehen. Das ist der Weg, der uns unabhängig macht von Gas, Öl und Diktatoren.

Lieber Herr Ministerpräsident, ich kann es irgendwie nachvollziehen. Vielleicht haben Sie gerade selber daran gedacht, was 2011 war, als Sie hier als Umweltminister am Rednerpult standen, als Sie nach Fukushima die große Energiewende angekündigt haben. – Alles Ankündigungen, alles Versprechen, die nicht gehalten wurden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

In einigen Bereichen wurde sogar blockiert und sabotiert. Die Zahlen sprechen für sich. Ich habe nicht mitgezählt, wie oft Sie in den letzten Tagen und Monaten vom "Sonnenland Bayern" gesprochen haben, auch vor einem halben Jahr bei Ihrer Regierungserklärung. – Bayern ist Sonnenland. Das ist unstrittig. Dann sollten Sie aber Ihre Hausaufgaben machen. Dass in den letzten zwanzig Jahren gerade mal bei 403 von fast 11.000 staatlichen Gebäuden Solaranlagen installiert worden sind, ist wirklich erbärmlich und wird der Aufgabe nicht gerecht. Das sind gerade mal Solaranlagen auf 3,7 % der staatlichen Gebäude.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre jahrelange ideologische Ablehnung der Windkraft in Bayern muss ein Ende haben. 2 % der Landesfläche würden reichen, um die Windkraft voranzubringen. Dann würden 98 % der Landesfläche von der Windkraft frei bleiben. Sie sehen: Gute Politik spielt nicht Gegensätze gegeneinander aus, sondern findet Lösungen im Interesse aller.Liebe CSU, warum haben Sie eigentlich mehr Angst vor Windrädern als vor der Abhängigkeit von autoritären Regimen? Ich kann das einfach nicht nachvollziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch kurz auf den Bereich Wärme zu sprechen kommen. Ich glaube, die Wärme ist die größte Baustelle, die wir haben. Hier geht es darum, von der Abhängigkeit vom Gas wegzukommen. Interessant ist: Bei der Wärme haben die Länder eine gewaltige Kompetenz. Baden-Württemberg macht es vor, aber auch Hamburg mit einem neuen Wärmegesetz. Dort wurde ein solches Gesetz in den Landtag eingebracht. Sie wollten darüber nicht einmal diskutieren. Warum verweigern Sie sich diesem Instrument, mit dem Menschen entlastet und energetische Maßnahmen vorangebracht werden könnten? Das würde zu mehr Unabhängigkeit und zu bezahlbaren Heizkosten führen.

Über eines müssen wir uns in diesem Hohen Haus klar sein: Die Wärmewende ist die wahre Sozialpolitik in diesem Jahrzehnt. Die Wärmewende ist Sozialpolitik. Bei der

Wärme wird es sich entscheiden, ob es funktioniert oder nicht. Bayern könnte hier große Kompetenzen haben. Wir sollten diese Kompetenzen nutzen und mit einem bayerischen Wärmegesetz vorangehen. Wir haben dazu im Haushaltsausschuss ganz klare Anträge gestellt. Wir haben gesagt, dass wir 100 Millionen Euro brauchen, um auf den Schuldächern Solaranlagen zu installieren. Wir müssen diese lächerliche Zahl von 403 Anlagen nach oben treiben. Wir brauchen 100 Millionen Euro für die energetische Sanierung unserer Gebäude, vor allem bei den Kommunen. Und wir brauchen 100 Millionen Euro für Wärmenetze, vor allem im ländlichen Raum, um dort Heizungen besser anschließen zu können. Obendrauf brauchen wir noch 115 Millionen Euro für den sozialen Ausgleich bei den Personen, bei denen der Austausch der Heizanlage zu einer sozialen Frage würde. Wir müssen diesen Menschen helfen; denn auch sie sollen ihren Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten.

Lieber Herr Ministerpräsident, ich habe vorhin gesagt, dass das Landespolitik ist. Ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz könnte von uns beschlossen werden. Baden-Württemberg hat unter Schwarz-Gelb das erste Wärmegesetz eingeführt. Die GRÜNEN haben dieses Gesetz deutlich verbessert. Sie verweigern sich aber dieser Diskussion. Sie haben Ende April noch die Gelegenheit, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihrer angekündigten Klimamilliarde, die eigentlich gar keine Klimamilliarde ist, gibt es so gut wie keinen Cent, der uns im Hier und Jetzt hilft, uns von der Abhängigkeit von russischem Öl und russischem Gas zu befreien. Das wäre aber Ihre Aufgabe gewesen.

Ich möchte noch zur Mobilitätswende kommen, einem ganz wichtigen Rad, an dem wir drehen müssen. Es ist gut, dass die Ampel in Berlin auf Grün steht. Die Ampelkoalition hat ganz klar gesagt: Wir führen ein 9-Euro-Monatsticket für drei Monate ein, um die Menschen zu entlasten.

(Zuruf: Lächerlich!)

– Ich weiß, warum Sie gerade anfangen zu lachen. Das Instrument kann den Menschen in Bayern nicht überall helfen, weil Sie jahrzehntelang nicht dafür gesorgt haben, das Angebot an Bussen und Bahnen auszubauen. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Betrachten wir uns die Situation deutschlandweit: Die fünf Landkreise mit dem schlechtesten ÖPNV-Angebot liegen alle in Bayern. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Sie sind nicht bereit, in Bus und Bahn zu investieren. Wir GRÜNE sagen: Wir wollen eine grüne Mobilitätsgarantie in ganz Bayern. Wir brauchen ein Bus- und Bahnangebot von 5 Uhr in der Früh bis Mitternacht an jedem Ort; dafür müssen wir das Geld bereitstellen. Das wäre ein Angebot, auf das sich die Menschen verlassen können. Damit können wir die Mobilitätswende wirklich hinbekommen. Sie brauchen gar nicht so zu lachen: Menschen, die noch nicht Auto fahren können, oder Ältere, die das nicht mehr wollen, brauchen ein Angebot, auch im ländlichen Raum. Das sollten wir schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines gehört zur Ehrlichkeit, wenn man vor mehreren Krisen steht: Wir sollten nicht eine Krise gegen die andere ausspielen. Deshalb wäre es auch falsch, jetzt ökologische Vorranggebiete für den Getreideanbau mit Einsatz von Pflanzenschutzmitteln freizugeben. Dadurch würden andere Krisen verschärft. Von 35.000 Tierarten, die in Bayern heimisch sind, ist fast jede zweite vom Aussterben bedroht. Wir können nicht sagen: Diese Tierarten retten wir nach der nächsten Krise. Das muss zeitgleich funktionieren. Deshalb darf es hier keine Rückschritte geben. Wir müssen das gemeinsam hinbekommen. Indem wir den Flächenverbrauch gewaltig eindämmen, erhalten wir wertvolle landwirtschaftliche Fläche. Dann wird es endlich damit vorbei sein, dass auf immer mehr Flächen Straßen, oberirdische Parkplätze und Discounter entstehen, anstatt dass Weizen, Gerste oder Roggen wachsen. Das muss sich ändern. Das ist für

unsere Bäuerinnen, für unsere Bauern und für die Ernährungssicherheit wichtiger denn je.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, man sieht, eine Regierung mit einem dicken Geldbeutel macht noch keine gute Politik. Gute Politik macht eine Regierung, die Bayern zusammenschweißt, anstatt Zwietracht zu säen. Gute Politik macht eine Regierung, die weiß, dass Bauern und Verbraucher dasselbe Wasser trinken, Unternehmer und Naturschützer dieselbe Luft atmen und Windkraftgegner genauso Strom brauchen wie die Befürworter. Aufgabe guter Politik ist es, zwischen ihnen zu vermitteln und die besten Lösungen zu finden und zu finanzieren, und das auch langfristig, über den Wahltag hinaus. Mit einem dicken Geldbeutel ginge das deutlich besser als mit einem dünnen; aber Sie schaffen es trotzdem nicht.

Herr Ministerpräsident, unser schönes Bayern ist kein Superhelden-Comic: gut oder böse, schwarz oder weiß. Eine einfache Zweiteilung greift zu kurz. Bayern ist Industriestandort und gleichzeitig das Land vielfältiger Naturschätze. Bayern ist ein Sonnenland; Bayern ist ein Windland. Bayern ist das Land der Trachtenvereine, aber Bayern ist auch das Land der queeren Jugendtreffs. Wir sehen die Vielfalt als Stärke unseres Landes. Die Menschen in Bayern haben den nötigen Anpackergeist, um die Herausforderungen, vor denen wir gemeinsam stehen, richtig anzugehen. Zielgerichtet, ideenreich und entschlossen, so überwinden wir Krisen und gehen entschlossen in die neue Zeit.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein inzwischen verstorbener Verteidigungsminister, Pe-

ter Struck, hat am 11. März 2004 gesagt: Die Freiheit Deutschlands wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt. – Ich sage heute: Die Freiheit Deutschlands wird derzeit im Donbass und in der gesamten Ukraine verteidigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser politisches Handeln muss sich daran ein Stück weit orientieren. Thema Flüchtlinge: Es ist eine humanitäre Aufgabe von uns allen, den Menschen, die aus der Ukraine kommen, hier Aufenthalt und Zuflucht zu bieten. Selbstverständlich ist es auch eine humanitäre Aufgabe, alles zu tun, um den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins gegen ein souveränes Land zu stoppen. Dazu gehören auch Embargos, selbst wenn es uns wehtut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen derzeit eine Politik in schwierigen Zeiten. Wir haben gerade zwei Jahre Pandemie hinter uns. Die Corona-Pandemie ist noch nicht zu Ende. Jetzt kommt die Ukraine-Krise dazu. Ich kann nur sagen: Da ist es umso wichtiger, dass wir, die Regierungsfraktionen und die Staatsregierung – um in dem Bild des Herrn Kollegen Hartmann zu bleiben –, hartnäckig, kräftig und mit klarem Kompass rudern, während die GRÜNEN nach wie vor ihren Weg suchen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Warum sage ich, dass ihr euren Weg sucht? – Ich habe hohen Respekt vor Außenministerin Annalena Baerbock. Es ist eine anerkennenswerte Kehrtwendung, dass aus der Partei der Friedensbewegung plötzlich eine Partei geworden ist, die in der Realität aufgewacht ist und sieht, dass die Welt der Friedensbewegten wie eine Seifenblase zerplatzt ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir haben einen klaren Kompass. Sie haben vorhin kritisiert, mit einem dicken Geldbeutel könnte man alles Mögliche machen, nicht unbedingt immer Sinnvolles. – Ich sage: Gott sei Dank haben wir einen dicken Geldbeutel. Dank an alle Steuerzahler, aber auch Dank an eine gute und vorausschauende

Finanzpolitik. Ich erinnere mich – es ist etwa 15 Jahre her –, als es in Berlin einen Regierenden Bürgermeister namens Wowereit gab, der den Slogan "Arm, aber sexy" geprägt hat. Was ist aus Berlin unter Wowereit geworden? –Kein Mensch in diesem Hause wird bestreiten, dass sich jeder, der in Berlin Verantwortung hat, danach sehnen würde, in Bayern zu regieren, weil Berlin heruntergewirtschaftet war. Das war für eine Bundeshauptstadt wahrlich keine Freude, um nicht noch härtere Begriffe zu gebrauchen. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir hier mit dickem Geldbeutel Krisen bewältigen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Unser klarer Kompass heißt: Wir bearbeiten die Zukunftsfelder der Politik. Es gibt eine Zukunftstrias; sie lautet: Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Wirtschaft. Ich danke an dieser Stelle ganz herzlich den Ministern, die die Verantwortung für die hier eingebrachten Haushalte haben. Im Bereich der Bildung danke ich Staatsminister Piazolo, bei Forschung und Entwicklung dem Staatsminister Sibler, der diesen Haushalt noch verantwortlich eingebracht hat, und bei der Wirtschaft dem Staatsminister Hubert Aiwanger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die Zukunftsfelder. Dort entscheiden sich die nächsten Jahre und Jahrzehnte des Freistaats Bayern. Dort entscheidet sich, ob wir unsere Spitzenstellung in Deutschland, in Europa und ein Stück weit – ja, das kann man sagen – weltweit aufrechterhalten können. Wir brauchen eine breite Basis an gut ausgebildeten Menschen, die hier geboren sind, aber auch an gut ausgebildeten Menschen, die zugewandert sind. Deswegen ist der ergänzte Haushalt des Innenministers mit dem Thema Integration ein ganz zentraler Haushalt. Daran hängt unsere Zukunft.

Aber es reicht nicht, nur junge Menschen gut auszubilden und Erwachsene weiterzubilden. Nein, wir müssen natürlich auch im Bereich der Forschung und Entwicklung führend bleiben. Das wiederum ist die Grundlage für eine starke Wirtschaft, die das erwirtschaftet, was wir hier im Parlament, im Landtag an die Menschen draußen, an die

Gesellschaft, all das, was uns wichtig und prioritär ist, verteilen können. Das sind die drei wesentlichen Bereiche. Deswegen setzt unser Haushalt hier auch die richtigen Schwerpunkte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dafür steht der Finanzminister. Albert Füracker hat im April 2020 eine schon bemerkenswerte Voraussage getroffen. Ich kann mich noch gut an die Videokonferenz mit den Haushaltspolitikern der Regierungsfraktionen erinnern. Der Finanzminister hat gesagt, wir bräuchten insgesamt 20 Milliarden Euro. Ich gebe gerne zu, dass der eine oder andere meinte, das sei ein bisschen zu wenig oder ein bisschen zu viel. Es blieb bei 20 Milliarden Euro. – Herr Finanzminister, ich kann nur sagen: Das war eine Punktlandung. Die 20 Milliarden Euro haben für die Jahre 2020, 2021 und 2022 gereicht. Wir hoffen, dass wir 2023 keine zusätzlichen Mittel mehr brauchen. Hier kann ich nur sagen: Chapeau, das war ein Volltreffer! Das zeichnet einen guten Finanzminister aus: Er rechnet nicht nur gut, sondern liegt auch mit seinen Prognosen richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zukunftsfelder der Politik sind Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Wirtschaft. Wir müssen aber natürlich in diesen Bereichen auch die Zukunftsthemen angehen. Ich nehme einmal zwei ganz wesentliche Zukunftsthemen heraus. Kollege König hat das Thema Klimaschutz und das Thema Energie angesprochen; beide Themen sind wichtig. Kollege Hartmann hat gesagt, dass wir uns hier treiben ließen und er gerne Segel setzen würde. Dazu sage ich: Lieber Kollege Hartmann, Ihr Wirtschaftsminister Habeck reist jetzt in die Emirate; dort waren wir schon vor zwei Jahren. Unser Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert hat dieses Thema vor zwei Jahren angepackt. Natürlich kann man einwenden, Herr Habeck sei vor zwei Jahren noch nicht Minister gewesen.

(Zuruf)

– Ihr wart in der Regierung, liebe Margit Wild. – Eines ist aber auch schon klar: Euer Wirtschaftsminister Habeck hätte vor zwei Jahren alles andere getan, als in die arabischen Staaten zu reisen,

(Zurufe)

um dort nach fossilen Energieträgern zu fragen und Verträge zu schließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

– Herr Kollege von Brunn, Sie haben nachher noch die Gelegenheit, Ihre hellsichtigen Thesen zu Gehör zu bringen. Ansonsten hören Sie einfach zu und überlegen einmal, wie gut das durchdacht ist, was die Regierungsfraktionen hier haushalterisch auf den Weg bringen; denn Punkt zwei – die Regionalität – ist ja das Thema der FREIEN WÄHLER schlechthin.

(Zuruf)

Die Regionalität ist unser Markenzeichen. Wir sind der Meinung, dass die Regionalität zwei wesentliche Vorteile hat: Zum einen erhöht sie den Wirkungsgrad der Politik und ihrer Maßnahmen; sie hebt die Ressourcen und die Kräfte in den Regionen. Zum anderen geht es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn wir es schaffen, dass die Menschen in ihrer Heimatregion bleiben können und nicht in die Metropolen abwandern müssen, dann sind das wichtige und ganz wesentliche Parameter.

Auch hier zeigt dieser Haushalt, dass wir FREIE WÄHLER ganz klare Schwerpunkte setzen und dass dieser Haushalt vom Ziel der FREIEN WÄHLER, der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, geprägt ist. Ich sage das auch mit großem Dank an unseren Koalitionspartner, der beim Thema gleichwertige Lebensverhältnisse vor dem Einzug der FREIEN WÄHLER in den Bayerischen Landtag noch etwas anders unterwegs war. Die berühmte Metropolenpolitik gehört der Vergangenheit an. Wir rudern jetzt gemeinsam in Richtung Regionalität, wir rudern kraftvoll, wir rudern gut, und wir rudern zielsicher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen investieren wir auch in die Infrastruktur in der Region. Herr Kollege Hartmann tut das mit einer spöttischen Bemerkung ab, indem er – natürlich nur ganz einseitig – auf den öffentlichen Personennahverkehr schaut.

(Zuruf)

Das Thema Straße und Individualverkehr gehört ja nicht zu Ihrem Repertoire; denn unsere Themen sind die Entwicklung der Region, und eure Themen sind Verbot und Verzicht. Das geht in der Tat nicht zusammen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir bewältigen übrigens die Themen der Zukunft – gerade auch beim Klimaschutz – durch Technologie und nicht durch Verbot und Verzicht, lieber Herr Kollege Hartmann. Hier liegen wir sehr richtig, weil ein Land wie Deutschland mit 83 Millionen Einwohnern oder wie Bayern mit 13 Millionen Einwohnern durch Verbot und Verzicht selbstverständlich keinen wirklichen Beitrag zur Rettung des Weltklimas leisten kann. Aber als Technologieführer in vielen Bereichen sind wir in der Lage, in Deutschland und für die ganze Welt technische Lösungen zu entwickeln, um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Das ist unsere Fähigkeit und unsere Möglichkeit. Das ist aber auch unsere Verantwortung.Und über die Verantwortung hinaus, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es auch das Erfolgsmodell der Zukunft; denn damit sichern wir Hightech-Arbeitsplätze, damit sichern wir die Zukunft Bayerns.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deswegen, Herr Ministerpräsident, war es sehr richtig, dass Sie gemeinsam mit Hubert Aiwanger bereits vor der Corona-Pandemie die Hightech Agenda aufgelegt haben. Da sage ich: Das ist vorausschauende Politik. Das ist nicht Nachlaufen, das ist In-die-Zukunft-Schauen. Die Hightech Agenda ist eine wesentliche Säule der Zukunft des Freistaats Bayern. Mit dieser Hightech Agenda werden wir die Spitzenstellung, die

der Freistaat Bayern hat, sichern und ausbauen. Das ist richtige Politik, nicht Verbot und Verzicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Was machen wir mit dem Geld, das die Wirtschaft, das die fleißigen Bürgerinnen und Bürger an Steuern bezahlen? – Wir investieren in die Regionalität, wir investieren in regionale Infrastruktur, auch in die Straße; denn auch der ÖPNV muss auf Straßen fahren. Wir investieren selbstverständlich auch in den Schienennahverkehr. Deswegen war es uns ganz besonders wichtig – und ich nenne hier den Kollegen Manfred Eibl, der sich dafür ganz besonders ins Zeug gelegt hat; das ist sozusagen ein Stück weit sein Baby –, dass wir es geschafft haben, jetzt 35 Millionen Euro für Bahnreaktivierungsmaßnahmen in den Haushalt zu bringen. Wir werden das fortsetzen. Der neue Minister für Wohnen, Bau und Verkehr wird hier sehr schnell in die Umsetzung gehen, damit wir hier im regionalen ÖPNV auch auf der Schiene ein Stück weit etwas für die Zukunft, für den ländlichen Raum, für die Regionen tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir werden viele Themen in den Einzelberatungen noch besprechen, aber eines möchte ich zum Schluss hier schon noch sagen: Auch dieser Haushalt birgt Risiken, Herr Finanzminister. Dieser Haushalt birgt natürlich das Risiko sinkender Steuereinnahmen aufgrund von Embargos. Er birgt natürlich auch das Risiko, dass wir für das Thema Integration, für die Unterbringung der Flüchtlinge Geld in die Hand nehmen müssen, das uns der Bund möglicherweise nicht eins zu eins erstattet, auch wenn das eigentlich angemessen wäre. Wir haben also ein paar Fragezeichen in diesem Haushalt. Deswegen ist es richtig, dass wir auch jetzt wieder einen Jahreshaushalt aufstellen; denn dieser Jahreshaushalt gibt uns die Möglichkeit, rechtzeitig zu reagieren. Momentan können wir noch nicht reagieren, weil die Zahlengrundlage noch nicht klar genug ist. Ich sage es aber ganz deutlich: Wir werden das sehr genau zu beobachten

haben und gegebenenfalls auf unvorhergesehene, möglicherweise sogar vorhersehbare Entwicklungen reagieren müssen.

Unsere Schwerpunkte haben wir dargestellt.

Ein Letztes noch: In der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass wir wieder stärker auf die heimische Nahrungsmittelproduktion, auf unsere Landwirtschaft achten müssen. Die Landwirtschaft ist ein Stück weit in Richtung Landschaftspflege gewandert. Das darf nicht sein. Die Landwirte sind Unternehmer, die unsere heimische Nahrungsmittelproduktion sicherstellen. Deswegen wird auch hier ein starkes Signal von diesem Haushalt ausgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses, insbesondere dem Vorsitzenden Josef Zellmeier für eine zielgerichtete, gute Arbeit. Der Haushalt 2022 kann sich sehen lassen; er verdient unser aller Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Schuberl das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Pohl, wir haben energieintensive Unternehmen; diese brauchen meistens Gas für ihre Produktion. Ich komme aus Niederbayern. Wir haben einen großen Autobauer, wir haben aber auch Glashütten und andere Unternehmen. Wir werden Gas mittelfristig zum Beispiel durch Wasserstoff ersetzen müssen. Wir brauchen ungefähr die Menge an Energie für die Industrie, wie sie Deutschland derzeit an Strom produziert. Wir werden das folgende Problem haben: Wasserstoff kann man ungefähr für 5 Cent pro Kilowattstunde produzieren, ungefähr 15 Cent kostet der Transport. Wir werden in Zukunft also Unternehmen, die sehr viel Energie brauchen, dort haben, wo Wasserstoff produziert wird, nicht dort, wo er hingeliefert wird. Das heißt, wir brauchen Wasserstoffproduktionsstätten. Die werden entstehen, wenn man keine fossilen Energieträger mehr verwendet, dort wo Windräder stehen; denn Wind-

räder bieten die Möglichkeit, bei großen Windstärken die Überproduktion in Wasserstoff umzusetzen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Minute ist um.

Toni Schuberl (GRÜNE): Das heißt, wenn Sie die Windkraft blockieren, dann ist die Deindustrialisierung Bayerns die Folge.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, das hilft jetzt nichts. – Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Schuberl, ich weiß, woher Sie kommen; meine Mutter kommt aus demselben Landkreis wie Sie. Ich teile Ihre Analyse, dass unsere Wirtschaft natürlich bezahlbare Energie braucht. Aber Sie werden mir auch recht geben, wenn ich sage, dass eine Energieversorgung, die ausschließlich auf Windräder baut, auf Sand gesetzt ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Herr Söder hat leider gerade die Flucht ergriffen. – Aber, Herr Söder, wer rausgeht, der muss auch wieder reinkommen!

Heute wird die Regierungskoalition mit der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes einen weiteren Sargnagel für unseren vergehenden Wohlstand einschlagen – wobei "Sargnagel" noch niedlich ausgedrückt ist. Wir haben an diesem Haushaltsplan so viel zu kritisieren wie nie zuvor. Wir haben fast 300 Änderungsanträge zu diesem Haushaltsplan gestellt, mit vielen guten Vorschlägen, wie wir mehr günstigen Wohnraum schaffen, wie echte nachhaltige Wirtschaftspolitik aussehen kann oder wie eine ressourcenschonende Energiepolitik mit Entlastung des Bürgers gelingen kann.

Unsere Anklage betrifft nicht nur die durchgehende Schuldenorgie, die die Regierung Söder schon weit vor der Corona-Krise mit vollen Händen ohne Not begonnen hat und die nun dafür sorgt, dass wir in tatsächlichen Notzeiten auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinder leben müssen. Der Oberste Rechnungshof teilt unsere Kritik: Das Corona-Investitionsprogramm für den sogenannten Klimaschutz und die Hightech Agenda Plus rechtfertigen ohne weitere Begründung keinen Bruch mit der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse.

Nein, dieser Söder‘sche Haushaltsplan wird die zunehmende grüne Inflation weiter anheizen. Damit habe ich ein Stichwort gegeben: "Grüne Inflation" – diesen Begriff hat Prof. Hans-Werner Sinn, der ehemalige Präsident des renommierten Ifo-Instituts, geprägt. Grüne Inflation bedeutet, dass durch die Klimalobbypolitik der Altparteien, die viele schöne Namen trägt wie "Dekarbonisierung" oder "Transformation der Wirtschaft" letztlich eine Verteuerungsspirale in Gang gesetzt wird, welche die Kosten für die Miete oder die Darlehensraten für die eigenen vier Wände, die Preise für Heizöl oder Benzin oder für den einfachen Lebensmitteleinkauf immer höher treibt, bis die Bevölkerung in den finanziellen Ruin blickt. Prof. Sinn hat genau dargelegt, wie die Preise für den alltäglichen Bedarf der normalen Bevölkerung durch die CO_2-Steuer, aber auch durch wirtschaftlich sinnlose Investitionen in den sogenannten Klimaschutz in exorbitante Höhen steigen. Ihre Schuldenpolitik für die Klimalobby, die dank der CSU und FREIEN WÄHLER jetzt Milliarden und Abermilliarden scheffeln kann, ist die wesentliche Ursache für die grüne Inflation.

Sie behaupten nun, Ursache für die Teuerungen sei alleine der Ukraine-Konflikt. Aber das entspricht nicht den Tatsachen. In Wirklichkeit sorgt die Klimalobbypolitik, allen voran durch den Schuldenkönig Söder dafür, dass der arbeitende Bürger bald nicht mehr weiß, wovon er leben soll – Hauptsache, die prallen Kassen der Klima- und Pharmalobby klingeln.

(Beifall bei der AfD)

Aber mit diesem Märchen lassen wir Ihren Traumkönig nicht durchkommen. Wer massiv grüne Planwirtschaft betreibt, der erntet für sein Volk Armut und Arbeitslosigkeit.Die grüne Planwirtschaft von CSU und FREIEN WÄHLERN ist Ursache für die grüne Inflation im Supermarkt und an der Tankstelle. Klimalobbypolitik schafft keinen volkswirtschaftlichen Mehrwert. Das beste Beispiel ist die fehlgeschlagene Energiewende. Ohne das Erdgas aus Russland funktioniert Ihre angeblich klimaneutrale Energiewende nicht. Sie brauchen nach wie vor grundlastfähigen Strom. Nachdem Sie aus Kohle und Atom aussteigen, bleibt nur noch das Erdgas. Es war die grüne Politik von CSU und FREIEN WÄHLERN, die auf Gaskraftwerke zum Ausgleich gesetzt hat, da das der Flatterstrom aus Wind und Sonne einfach nicht kann. Ich erlaube mir an dieser Stelle den Scherz, dass Gaskraftwerke fast genauso klimaneutral wie Kohlekraftwerke sind.

Aber nein: Anstatt mal zu überlegen, weshalb das Volk nun im Winter frieren soll, machen Sie munter weiter. 1,5 Milliarden "Teuronen", die im Corona-Sonderfonds für die leidende Bevölkerung zur Abfederung Ihrer sinnlosen Lockdown-Politik vorgesehen waren, leiten Sie jetzt in einen Klimasonderfonds: 1,5 Milliarden! Die GRÜNEN haben eine utopische Klimamilliarde gefordert. Herr Söder hat die grüne Herausforderung zur Verschleuderung des Volksvermögens erfolgreich angenommen und noch um 500 Millionen Euro übertroffen. Unsere Enkel habe es ja; denn von Ihnen, ehrenwerte Kollegen, wird es keiner bezahlen.

Herr Söder, Sie sind ja leider nicht da; ich habe endlich das passende Vorbild für Sie gefunden. Es ist nicht der Märchenkönig Ludwig; denn dieser hat seine Traumschlösser trotz aller Fake News selbst bezahlt. Nein, Herr Söder, Sie sind der bayerische Sheriff von Nottingham. Genauso wie der Sheriff von Nottingham pressen auch Sie mit Ihrer Politik das bayerische Volk aus, wobei Sie keine Schergen von Haus zu Haus schicken müssen. Das Gesetz, das CSU und FREIE WÄHLER heute verabschieden, schanzt der Klimalobby die begehrten Milliarden zu. Ein Verfassungsbruch stört Sie

dabei nicht. Den letzten Heller des Bürgers raubt dann die von Ihnen angeheizte grüne Inflation.

Ich komme zum Ende.

(Beifall – Zuruf)

Wie in der Legende, so auch heute, steht dem bayerischen Sheriff von Nottingham eine Schar tapferer Recken entgegen. Nur mit dem Unterschied, dass wir uns nicht im Wald verstecken, sondern freien Mutes auf der Straße zu finden sind. Unter dem Volk – dort, wo sich unser bayerischer Sheriff von Nottingham niemals blicken lässt!

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen abgeschafft werden müssen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Es fällt einem tatsächlich schwer, sich angesichts von Putins Kriegsverbrechen in Butscha und anderen Orten in der Ukraine mit anderen Dingen zu beschäftigen. Ich möchte schon sagen – ich glaube, ich spreche da für alle –, wir müssen jetzt Putin entschlossen entgegentreten, Solidarität mit der Ukraine zeigen und gleichzeitig hier in Bayern die wichtigsten Themen für die Menschen anpacken.

(Beifall bei der SPD)

Um diese wichtigen Themen für die Menschen in Bayern anzupacken, braucht es Investitionen in den sozialen Zusammenhalt und in die Zukunftsfähigkeit Bayerns. Wir brauchen dafür Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit im Interesse von Bayern und von Deutschland. Wir brauchen, während ein Krieg tobt, keine Parteipolitik und Partei-

taktik. Am wichtigsten für viele Menschen in Bayern ist es, dass viel mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Das ist unser wichtigstes Anliegen als SPD.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen außerdem – das ist jetzt noch dringlicher als vorher – eine unabhängige, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung schaffen. Wir als SPD wollen im Interesse unserer Familien und Kinder in gute Schulen und gute Kitas investieren. Gerade nach den Erfahrungen der Pandemie legen wir ein besonderes Augenmerk auf eine gute Krankenhausversorgung gerade auch auf dem Land.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat dafür Antworten und Konzepte. Wir zeigen das mit unseren sozialen und zukunftsorientierten Vorschlägen für diesen Haushalt. Sie, Herr Söder, vernachlässigen mit Ihrer Koalition viele dieser wichtigen Bereiche. Es liegt wahrscheinlich auch daran, dass Sie ein Landespolitiker sind, der in Gedanken immer noch in Berlin ist, obwohl die Kanzlerkandidatur nur ein Traum war und die Bundestagswahl von Olaf Scholz und der SPD gewonnen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Söder, Sie sind in der Opposition aufgewacht. Sie beweisen uns das durch Ihr Verhalten jeden Tag aufs Neue. Offensichtlich haben Sie die Niederlage nicht verkraftet. Das Problem daran ist aber: Sie vernachlässigen Bayern, weil Sie schon fast zwanghaft auf Berlin fixiert sind und sich an Olaf Scholz und der Ampel abarbeiten müssen. Sie stellen Parteitaktik und Parteipolitik über das Allgemeinwohl und über die Interessen der Menschen. Das ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

Es geht nicht um Sie! Es geht darum, Politik für die Menschen im Freistaat zu machen. Ja, Sie haben auch eine nationale Mitverantwortung, der Sie in dieser größten Krise

der Nachkriegszeit nicht gerecht werden. Gerade jetzt in diesen schwierigen Zeiten ist parteipolitisch motivierter und eigennütziger Streit noch falscher als sonst. Jetzt geht es darum, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Dafür stehen wir als SPD und als Regierungskoalition in Berlin.

(Beifall bei der SPD)

Im Moment steigen die Energiepreise wegen Putins Angriffskrieg in schwindelnde Höhen. Die Bundesregierung hat zwei große soziale Entlastungspakete für die Menschen in Deutschland aufgelegt, um die Folgen dieses Energiepreisanstiegs zu mildern. Die Menschen in Deutschland werden insgesamt von der Regierung Scholz um 30 Milliarden Euro entlastet: 30 Milliarden – eine enorme Summe! Man wundert sich da, warum Sie von der CSU trotzdem wieder am Spielfeldrand stehen und schimpfen. Wie viel haben Sie in Bayern diesbezüglich bisher selbst auf den Weg gebracht? – Ich kann es Ihnen sagen: Null, nichts, von Ihnen kam bislang gar nichts.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben keine eigenen Lösungen, aber Sie kritisieren andere, die Lösungen schaffen und handeln. Das bringt uns nicht weiter. Sie sollten sich ehrlich machen. Was Sie in der Vergangenheit getan haben, war falsch und schadet Bayern heute. Sie haben mit Ihrer Koalition die Stromautobahnen nach Bayern verhindert. Sie haben die preisgünstigste Form der Energieerzeugung, die Windkraft, in Bayern komplett ausgebremst.

(Beifall bei der SPD)

CDU und CSU wollen gegen den Klima- und Energiefonds der Bundesregierung klagen, mit dem wir klimafreundliche Zukunftsenergie voranbringen wollen. Jetzt wollen Sie sogar Fracking machen und die alten Atomkraftwerke, für die es keine Brennstäbe mehr gibt, für die es kein atomares Endlager gibt und die seit Jahren keine gründliche Sicherheitsüberprüfung mehr hatten, weiterlaufen lassen. Ich finde das angesichts der

Gefahr von Cyberangriffen und -attacken gerade aus Russland schier verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD)

So bereitet man keinen "Independence Day" vor, von dem Markus Söder so gerne spricht. Das ist eher "Total Recall". Zurück in die Vergangenheit; zurück zu seinem Idol und Atomfan Franz Josef Strauß!

Wir als SPD setzen dagegen auf soziale Politik und echten Fortschritt. Wir setzen auf Klimaschutz und Bezahlbarkeit. Wir wollen neben Wind und Sonne massiv einen großen Standortvorteil Bayerns nutzen: die Erdwärme, die Geothermie, die Sie bisher vernachlässigt haben. Wir wollen aber auch die Abwärme nutzen, die in Industrieprozessen anfällt und unzureichend genutzt wird. Wir wollen unsere Städte und Gemeinden in Bayern in die Lage versetzen, durch eigene bayerische Förderungen Fernwärmenetze zu errichten und auszubauen, um beim Heizen solche innovativen Wege zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist allemal besser als Atom und Fracking.

Die Folgen des verbrecherischen russischen Angriffskriegs bemerken wir übrigens auch auf andere Weise. Es kommen Menschen, vor allem Frauen und Kinder, zu uns, die vor Putins Bomben, vor Putins Raketen und vor Putins Panzern Hilfe und Schutz suchen. Wir müssen ihnen helfen. Viele von ihnen werden angesichts der unfassbaren Zerstörungen, die Putin anrichtet, nicht so schnell zurückkehren können. Manche werden dauerhaft bei uns bleiben. Sie kommen in unser Bayern und werden hier mit offenen Armen und großer Hilfsbereitschaft empfangen. Das ist gut so, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der SPD)

Sie kommen aber auch in ein Bundesland, in dem vielerorts bezahlbare Wohnungen Mangelware sind. Bayern ist schön, aber vor allem beim Wohnen zugleich viel zu teuer. Viele hart arbeitende Menschen erleben das hier schon seit Jahren. Man muss das dem Ministerpräsidenten sagen: Er vernachlässigt dieses wichtige Thema der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.Sie haben zwar 33.000 bezahlbare GBW-Wohnungen auf dem Markt verscherbelt, anstatt sie an vernünftige, soziale Vermieter, nämlich an die bayerischen Städte, zu verkaufen, aber Sie schaffen es nicht, auch nur annähernd genügend bezahlbare Wohnungen in Bayern selbst zu bauen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre BayernHeim ist ein Flop. Das hat Ihnen heute auch noch einmal der Bayerische Rechnungshof sehr, sehr deutlich attestiert. Jetzt, Herr Füracker, wollen Sie auch noch die Haushaltsmittel für die Wohnraumförderung kürzen! Das ist ein Schlag ins Gesicht für die Menschen, die in Bayern verzweifelt nach einem Dach über dem Kopf suchen:

(Beifall bei der SPD)

Leider zeigt Ihr Haushalt sehr deutlich, dass das Thema Wohnen bei Ihnen und bei der CSU in sehr schlechten Händen ist. Wir wollen als Bayern-SPD, dass der Freistaat viel mehr als bisher in den Wohnungsbau investiert. Wir wollen alles dafür tun, damit sich jeder Bayer und jede Bayerin eine vernünftige Wohnung leisten kann. Dafür wollen wir die Wohnungsbaumittel des Freistaats Bayern erhöhen und nicht massiv absenken, wie Sie das beabsichtigen.

(Beifall bei der SPD)

Wir schlagen vor, die Landesmittel für die Wohnraumförderung um 645 Millionen Euro auf eine Milliarde Euro zu erhöhen. Auch wollen wir die Städtebauförderung ausbauen. Das zeigt, die SPD setzt beim Wohnen einen starken Schwerpunkt. Das ist soziale Politik für Bayern!

(Beifall bei der SPD)

Das bringt mich zu einem weiteren wichtigen sozialen Thema. Wir haben in der Pandemie gesehen, wie wichtig eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist. Die Menschen brauchen ein gut erreichbares Krankenhaus. Das ist keine Angelegenheit, die man einfach dem Markt überlassen kann. Hier geht es um die Gesundheit und das Leben der Menschen. Deswegen wollen wir als SPD deutlich mehr Geld in unsere bayerischen Krankenhäuser investieren. Unser Vorschlag lautet, für die Krankenhäuser in Bayern zusätzlich 100 Millionen Euro und für die Pflegeinfrastruktur sogar 160 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Das wird die Gesundheitsversorgung und die Pflege in Bayern deutlich verbessern. Es ist auch ein guter Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt für uns als SPD sind Familien und Kinder. Wir wollen einen deutlichen sozialen Akzent für gute Kitas und Schulen setzen. Für die Kleinsten wollen wir 150 Millionen Euro in frühkindliche Bildung und Kitas investieren und noch einmal so viel für unsere Schulkinder in Bayern. Unser Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendlichen in der Schule sowie alle Lehrkräfte ein digitales Endgerät erhalten. Wir wollen gute, moderne Schulen, die digital auf der Höhe der Zeit sind!

(Beifall bei der SPD)

Davon sind wir aber, Herr Füracker und Herr Kultusminister – er ist gerade nicht anwesend –, leider noch meilenweit entfernt. Derzeit gibt es fast 1,7 Millionen Schülerinnen und Schüler, aber nur 238.000 Leihgeräte. Das heißt, nur rund 14 % der Kinder bekommen überhaupt ein Tablet oder einen Computer in der Schule. Das ist viel zu wenig. Auch für die Lehrerinnen und Lehrer sind zu wenige Geräte vorhanden. Wir nehmen die Digitalisierung im Interesse unserer Kinder und der bayerischen Familien ernst. Deshalb wollen wir hier deutlich nachlegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die Schulsozialarbeit und die mobile pädagogische Betreuung ausbauen, und wir wollen vor allem auch mehr für die Berufsschülerinnen und Berufsschüler tun. Wir als SPD wollen, dass jedes Kind in Bayern bestmögliche Förderung erhält und kein Kind zurückbleibt. Wir als SPD wollen durch guten Unterricht, genügend Lehrerinnen und Lehrer und eine individuelle Förderung in der Schule teure Nachhilfe überflüssig machen. Wir wollen, dass alle Kinder eine gute Kita- und Schulzeit haben und dadurch im späteren Leben erfolgreich sind.

(Beifall bei der SPD)

Kitas und Schulen sind für uns solch wichtige Bereiche für die bayerischen Familien, dass wir sie bestens ausstatten wollen.

Es gibt aber noch ein weiteres Thema, das wir als wichtig ansehen. Wir wollen neue Wege statt immer neuer Straßen. Mobilität für alle – sozial, bezahlbar und klimagerecht – ist unser Ziel für Bayern. Dafür brauchen wir nicht nur einen Ausbau der E-Ladeinfrastruktur – denn das Auto hat Zukunft als klima- und umweltfreundliche Spitzentechnik made in Bavaria –, wir wollen auch eine Verbesserung und Stärkung des öffentlichen Verkehrs, gerade auf dem Land. Das bedeutet für uns: Reaktivierung von Eisenbahnstrecken und Elektrifizierung des gesamten bayerischen Schienennetzes. Dafür wollen wir 210 Millionen Euro investieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen aber auch den Zugang zum öffentlichen Verkehr durch bezahlbare Fahrkarten erleichtern. Die Bundesregierung hat hier mit dem 9-Euro-Ticket ein Zeichen gesetzt, und Sie kritisieren das schon wieder, Herr Söder, so wie Sie reflexartig alles kritisieren, was die Bundesregierung tut. Die Staatsregierung sitzt hier aber ziemlich im Glashaus, weil Herr Söder selbst Zusagen gegeben hat, die er bis heute nicht eingelöst hat. Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag ein 365-Euro-Ticket für alle großen Städte Bayerns versprochen. Jetzt brechen Sie Ihr Versprechen und schieben den

Städten den Schwarzen Peter zu. Sogar Ihre Heimatstadt Nürnberg lassen Sie einfach hängen!

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD wollen das 365-Euro-Ticket für die Menschen. Für sie wollen wir das gebrochene Versprechen von Markus Söder halten. Wir schlagen deshalb vor, im Haushalt 85 Millionen Euro für ein flächendeckendes 365-Euro-Ticket und kostenlose soziale Tickets bereitzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die fiskalischen Rahmenbedingungen für Bayern sind ausgezeichnet. Mit den Steuereinnahmen 2021 wurde das Vorkrisenniveau von 2019 um fast 7 % übertroffen. Laut der November-Steuerschätzung steigen auch im Jahr 2022 in Bayern die Steuereinnahmen gegenüber der Mai-Schätzung um knapp 1,9 Milliarden Euro auf rund 50 Milliarden Euro. Das zeigt, Herr Füracker: Unsere bayerische Wirtschaft und vor allem unser Mittelstand sind stark. Ich möchte aber eines deutlich sagen: Die sprudelnden Steuereinnahmen in Bayern sind im Wesentlichen auch die Folge der aktiven Wirtschaftspolitik und der Corona-Hilfen des Bundes in der letzten Zeit.

(Zuruf)

Im Jahr 2020 hat der Freistaat Bundesmittel in Höhe von 5,5 Milliarden Euro erhalten, im Jahr 2021 sogar über 7 Milliarden Euro, davon 6 Milliarden Euro Überbrückungs- und Wirtschaftshilfen. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, dass Bayern ökonomisch gut durch die Krise gekommen ist und weiterhin kommen wird. Der Süden, das lässt sich sagen, profitiert von der Politik von Olaf Scholz. Das ist die Wahrheit, Herr Söder und Herr Füracker, und nichts anderes!

(Beifall bei der SPD – Lachen – Zuruf)

Unsere Haushaltsvorschläge sind wichtig, richtig und im Interesse der Menschen in Bayern, und sie sind auch gegenfinanziert durch einen besseren Steuervollzug, durch Rückgriff auf Kreditermächtigungen im Corona-Sonderfonds und eine vertretbare zusätzliche Entnahme aus der Rücklage.

(Zuruf)

Ihr Haushaltsentwurf hingegen ist in zentralen Bereichen rückwärtsgewandt und weist eine deutliche soziale Schieflage auf. Ohne substanzielle Verbesserungen, die wir in über 100 Änderungsanträgen vorgelegt haben, werden wir Ihrem Entwurf nicht zustimmen.

Ich fasse zusammen: Wir als SPD wollen einen sozialen Haushalt und soziale Politik für die Menschen in Bayern. Wir wollen eine Wohnungsmilliarde für bezahlbare Wohnungen in ganz Bayern. Wir wollen starke Investitionen in eine gute Krankenhausversorgung, gerade auch auf dem Land, mehr Geld für gute Schulen und Kitas sowie einen starken Schub für bezahlbare und klimafreundliche Energie aus Bayern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege von Brunn, es gibt eine Zwischenbemerkung. – Zu dieser erteile ich Frau Kollegin Högl das Wort.

Petra Högl (CSU): Sehr geehrter Herr von Brunn, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, die AKWs seien in den letzten Jahren unzureichend geprüft worden. Ich bitte Sie, dies jetzt zu wiederholen, wenn Sie es vorhin gesagt haben.

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Verehrte Kollegin Högl, ich habe nicht gesagt, dass sie unzureichend geprüft worden sind.

Petra Högl (CSU): Doch, das haben Sie gesagt!

Florian von Brunn (SPD): Aber dadurch, dass wir sie abschalten, ist die eigentlich nach zehn Jahren fällige Sicherheitsüberprüfung, der große Sicherheitscheck, nicht mehr durchgeführt worden. Inzwischen sind 12, 13 Jahre vergangen. Das heißt, wir liegen lange über dem Zeitpunkt für diesen Check! Das bedeutet, wir wissen gar nicht, in welchem Sicherheitszustand die AKWs sind. Gleichzeitig haben sich die Anforderungen und die Gefahren erhöht. Das bedeutet: Wenn Sie heute fordern, diese AKWs weiterlaufen zu lassen, ist überhaupt nicht sicher, ob die AKWs unter diesen Bedingungen zugelassen werden können. Wir wissen nicht, ob vielleicht erhebliche Sicherheitsmängel vorliegen. Das sollten Sie sich einmal vergegenwärtigen, bevor Sie einfach vorschnell feststellen: Wir brauchen jetzt die AKWs; sie müssen weiterlaufen. – Hier sind Sie ideologisch unterwegs, und das sollte man am besten nicht sein.

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Hagen für die FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der CSU-Redner, der verehrte Kollege König, hat gesagt, die in Zahlen ausgedrückte Politik des Ministerpräsidenten sei das, was er heute hier präsentiert habe. Wenn das so ist, frage ich mich: Warum hat es denn dann der Ministerpräsident nicht selber vorgestellt? – Wir reden heute über den Einzelhaushalt der Staatskanzlei. Der Ministerpräsident war kurz bei Ihrer Rede im Saal, hat aber selber nichts dazu gesagt. Eigentlich ist es in Deutschland traditionell so, dass diese Debatte hier die Generaldebatte über die Arbeit der Regierung sein soll. Deswegen ist es auch so, dass der Regierungschef dazu den Aufschlag macht. Im Ältestenrat wurde auch beschlossen, dass bei diesem Tagesordnungspunkt

(Zuruf)

immer als erster Redner der Ministerpräsident das Wort hat. Das hat der Ältestenrat beschlossen. Aber vielleicht ist es ja einfach nur mangelndes Interesse an der Landespolitik, das hier zum Ausdruck kommt.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man sich anhört, was der Ministerpräsident in den letzten Wochen – man kann sagen, eigentlich seit dem Regierungswechsel in Berlin – öffentlich so geäußert hat, dann fällt mir ein Wort immer wieder auf, und das Wort ist "der Bund". Vom "Land" redet er wenig. Aber verfolgen Sie wirklich mal seine Auftritte, seine Pressekonferenzen, seine Social-Media-Aktivitäten: Der Bund soll … Der Bund muss … Der Bund ist in der Pflicht … Der Bund, der Bund, der Bund, der Bund, der Bund! – Statt Verantwortung für Bayern ist Oppositionsgetöse Richtung Berlin das Einzige, was man seit Monaten vom Ministerpräsidenten hört,

(Beifall bei der FDP)

gekrönt zuletzt dann noch mit Rücktrittsforderungen an Bundesministerinnen. Ich frage mich: Ist das jetzt Ausdruck des Phantomschmerzes, weil er mit seinen Kanzlerambitionen gescheitert ist, oder fällt ihm landespolitisch wirklich nichts mehr ein? – Denn wenn das so ist, sagen Sie es! Wir haben Ideen. Wir können Ihnen da schon weiterhelfen. Wenn Ihnen landespolitisch nichts mehr einfällt, sagen Sie es einfach. Wir haben wirklich Ideen, mit denen wir Ihnen auf die Sprünge helfen könnten.

Die Oppositionsarbeit – ich verstehe ja, dass Sie das jetzt hier betreiben; ich wünsche mir, dass es bis zur Landtagswahl nicht das Einzige bleibt, was Sie machen – ist leider, das muss man auch sagen, nicht besonders fundiert und nicht besonders originell. Um ein Beispiel zu bringen: Als Bundeskanzler Olaf Scholz Ende Februar seine Führungsstärke und seine Durchsetzungsfähigkeit mit seiner historischen Regierungserklärung in Berlin bewiesen hat, da fiel dem Ministerpräsidenten nicht mehr ein, als das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr, mit der wir jetzt eine sicherheitspolitische Zeitenwende umsetzen, mit dem Satz zu kommentieren: Er erwar-

tet jetzt, dass "die Bundeswehr in einem Jahr voll einsatzfähig ist". – In einem Jahr! Die Ampel beschließt also, wir werden die Bundeswehr in einer Legislaturperiode zu einer der modernsten und schlagkräftigsten Armeen in Europa machen. Aber die Forderung, binnen 12 Monaten das auf Vordermann zu bringen, was Ihre Verteidigungsminister 16 Jahre lang haben schleifen lassen, ist, glaube ich, sehr unseriös. Jeder, der ein bisschen Ahnung hat – sprechen Sie mal mit Vertretern der Bundeswehr –, kann da wirklich nur schmunzeln.

(Beifall bei der FDP)

Aber das zeigt, dass Sie die Oppositionsarbeit so angehen, wie Sie regieren: immer nur große Forderungen, große Ankündigungen. Genau das passiert hier ja auch seit vier Jahren. Nehmen wir mal den Wohnungsbau. Angekündigt waren 2.000 Wohnungen bis 2020 durch die BayernHeim; bis 2020 sind es 71 geworden. Der Oberste Rechnungshof hat jetzt gerade wirklich mit einer Generalkritik dieses Projekt zerrissen. Die BayernHeim hat nach mehr als drei Jahren noch keine Wohnung selbst geschaffen; stattdessen hat sie einige Wohnungen erworben, die ohnehin errichtet worden wären. Das heißt, anstatt zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, tritt die BayernHeim in Konkurrenz zu privaten Mitbewerbern. Meine Damen und Herrn, man kann es nicht anders sagen: Das ist ein Debakel, und es wird auch nicht dadurch besser, dass man innerhalb von vier Jahren viermal den Bauminister oder die Bauministerin ausgetauscht hat.

Ähnlich sieht es mit anderen Projekten aus. Bis 2020 wollte der Ministerpräsident 100 % WLAN-Abdeckung im öffentlichen Nahverkehr erreichen. Es waren nur 7,5 %. Die Hochschulreform wird jetzt seit drei Jahren angekündigt. Das letzte Lebenszeichen davon war im Juni 2021. Wir sind gespannt, wann diese Reform, die seit drei Jahren angekündigt wird, mal dieses Parlament erblickt. Das Münchener Konzerthaus wird gerade still und leise beerdigt.

Bei den Solaranlagen auf staatlichen Dächern, die der Ministerpräsident verdreifachen wollte, ergibt eine Anfrage der GRÜNEN, dass weniger als 4 % der staatlichen Gebäude überhaupt Solarpaneele auf den Dächern haben. Das ist symptomatisch gerade für das Thema Energiepolitik, wie es hier von Ihnen behandelt wird. Das ist ja keine Herausforderung, die jetzt plötzlich und überraschend kommt, sondern wir wissen seit elf Jahren, dass wir dieses Jahr die letzten Kernkraftwerke vom Netz nehmen wollen, seit 11 Jahren, übrigens gerade auch auf Betreiben von Ihnen. Der Ministerpräsident, damals Umweltminister, hat so auf die Tube gedrückt. Er hätte ihren Betrieb am liebsten schon 2020 beendet, zwei Jahre früher. 2022 ist es dann geschehen. Was ist in den elf Jahren passiert? Was hat die Staatsregierung gemacht, um die absehbare Lücke beim Strom zu schließen? – Sie hat den Windkraftausbau mit der 10-H-Regelung blockiert, und sie hat den Transport von Windstrom aus dem Norden durch die HGÜ-Leitungen verzögert, indem ihr immer etwas Neues eingefallen ist, wie man den Trassenausbau jetzt noch ein bisschen langwieriger gestalten kann. Der amtierende Wirtschaftsminister lehnt ihn ja ganz ab.

Meine Damen und Herren, so kann man doch keine Politik machen, nämlich dass man immer guckt: Wo ist eine Interessengruppe, der man bloß nicht irgendwie auf die Füße tritt? Wo ist eine Bürgerinitiative, der man auch noch nachgeben kann? – Irgendwo muss der Strom herkommen. Der kommt nicht einfach aus der Steckdose. Sie präsentieren seit elf Jahren kein Konzept. Das ist nicht die Art und Weise, wie man ein Land voranbringt.

Während Sie immer nur große Forderungen nach Berlin schicken, handelt die Ampel; ich zeige Ihnen jetzt mal, wie man das besser machen kann. Die Ampel hat gerade in dieser großen Krise wegen der steigenden Energiekosten durch die Ukraine-Krise in kürzester Zeit ein Paket beschlossen, das die Senkung der Stromkosten durch die vorzeitige Abschaffung der EEG-Umlage umfasst. Es umfasst die Anhebung diverser Frei- und Pauschbeträge für die Bürger. Es umfasst die Anhebung des Heizkostenzuschusses. Es umfasst eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro pro Bürger

als Zuschuss zum Gehalt. Es umfasst einen Einmalbonus zum Kindergeld, eine Einmalzahlung für Sozialhilfeempfänger, eine befristete Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe oder ein günstiges 90-Tage-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr.

Das zeigt: Das sind zwei Politikkonzepte. In Berlin haben wir eine Regierung, die handelt; sie packt die Probleme an. In Bayern haben wir eine Regierung, die so tut, als hätte sie mit der Landespolitik eigentlich nichts zu tun; sie zeigt immer nur mit dem Finger nach Berlin und meckert da rum.

Ihre Bilanz eineinhalb Jahre vor Ende der Legislaturperiode ist dürftig. Es gibt nur eine Ausnahme, wo Sie wirklich geliefert haben, wie man im Haushalt ablesen kann, und das ist die Entwicklung der Staatskanzlei selber. Insgesamt eine dürftige Bilanz, aber – holla, die Waldfee – bei der Staatskanzlei haben Sie ordentlich draufgesattelt. Der Sachaufwand der Verwaltung in der Staatskanzlei ist in der Amtszeit von Ministerpräsident Söder um sage und schreibe 24 % gestiegen. Die Personalkosten sind um sage und schreibe 42 % gestiegen. Ministerpräsident Söder benötigt 40 % mehr Personal als sein Vorgänger Horst Seehofer, um seine Regierungsgeschäfte zu führen. Jetzt frage ich mich: Warum kam Horst Seehofer, warum kam Beckstein, warum kam Stoiber, warum kamen all die Vorgänger mit so viel weniger Personal aus und haben damit übrigens bessere Ergebnisse erzielt?

Rekordhalter ist der Ministerpräsident nicht nur beim Personal, sondern auch bei den Glückwunschschreiben, wie wir jetzt letzte Woche erfahren haben. 635.000 Glückwunschschreiben schickt er im Jahr an Bürger, die alle möglichen Geburtstage haben. Damit übertrifft er die übrigen 15 Ministerpräsidenten zusammengerechnet um mehr als das Dreifache, meine Damen und Herren. Also das sind die Teile, in denen Sie groß sind. Bei allem anderen sind Sie klein. Wir brauchen in Bayern aber keinen Grüßaugust, sondern wir brauchen einen Ministerpräsidenten, der eine Vision für das Land hat. Wir hoffen, dass wir ihn nach der nächsten Landtagswahl dann vielleicht doch bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Josef Zellmeier. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben gerade meinen Vorredner gehört; es ist schon erstaunlich. Er wirft unserem Ministerpräsidenten vor, sich zu viel mit Berlin zu beschäftigen, und redet selbst die ganze Zeit von dem, was die Ampelkoalition in Berlin macht. Ob sie es richtig macht, hat er nicht bewertet; aber ich gehe davon aus, dass er gemeint hat, sie machen es richtig. Wir sehen das in vielen Punkten anders.

Ich will aber hier nicht von Berlin reden. Ich will davon reden, dass Sie unserem Ministerpräsidenten auch Dinge vorwerfen, die normal, gut und wichtig sind. Geburtstagsglückwünsche! Über so etwas streitet man normalerweise nicht. Wenn Seniorinnen und Senioren Glückwünsche bekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann ist das doch eine tolle Geschichte und würdigt die Lebensleistung, die es da gibt, in ganz besonderer Weise. Ich weiß, dass sich alle freuen, die die Glückwünsche bekommen. Wer das kritisiert, hat offensichtlich für die ältere Generation wenig übrig.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das haben wir ja auch schon von den anderen Vorrednern gehört. Darauf werde ich aber später noch eingehen.

Der Haushalt 2022 ist wieder ein Haushalt für ein Jahr. Er spiegelt natürlich die nach wie vor vorhandenen Unsicherheiten wieder – Unsicherheiten, die durch die Folgen der Pandemie bedingt sind. Wir haben ja bis vor Kurzem noch viel in ihre Bewältigung investiert. Wir werden das auch weiterhin tun müssen. Wir müssen auch Vorsorge treffen, weil wir nicht wissen, ob die gute Lage der Krankenhäuser anhält, die, Gott sei Dank, nicht überfüllt sind.

Das heißt, hier ist noch viel notwendig. Die Kreditaufnahme, die wir ursprünglich für ein Jahr geplant haben, ist notwendig und wird übrigens – das möchte ich noch sagen und wurde auch schon vorher vom Kollegen Pohl betont, der das richtig dargestellt hat – für drei Jahre reichen. Es ist eine großartige Leistung des Finanzministers Albert Füracker, das so zu planen und die Hand so draufzuhalten, dass die Kreditermächtigung eines Jahres für drei Jahre ausreicht. Das zeigt auch, dass wir sorgfältig und sparsam wirtschaften und gleichzeitig in schwierigen Zeiten kraftvoll dort helfen, wo es notwendig ist – sei es bei der Gesundheit oder der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen.

Ich persönlich begrüße, dass wir ab jetzt viele Vorschriften abgeschafft haben. Bei einigen kann man diskutieren, aber im Großen und Ganzen haben die Menschen jetzt wieder mehr Freiheit. Wir sollten diese Freiheit natürlich auch nutzen. Trotzdem liegt der Schatten des Krieges gegen die Ukraine über uns und bedeutet, dass viele Dinge auf die Menschen zukommen, wie die Aufnahme von Flüchtlingen, auch in der Nachbarschaft. Es wird hier sehr viel geleistet. Ein großes Dankeschön an alle Helfer!

Es gibt aber auch die steigenden Preise bei Lebensmitteln und Energie sowie eine drohende Knappheit. Auch darauf müssen wir uns einrichten. Ich sage mal, all die Kosten für die Zuwanderung und Integration der Flüchtlinge sind ja schon mit 1,67 Milliarden im Haushalt hinterlegt. Man kann darüber streiten, ob diese Summe ausreichen wird. Ich vermute, sie wird nicht ausreichen. Wir haben aber schon jetzt erhebliche Mittel, die wir einsetzen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch viele andere Dinge schlagen sich nieder. Wenn in Berlin Entlastungen zum Beispiel bei der Energie beschlossen werden, dann werden vor allem die Steuern gesenkt, an denen die Länder kräftig mitverdienen. Auch das gehört zur Wahrheit. Wir würden uns wünschen, dass die Ampel-Regierung in Berlin die Länder bei der Bewältigung der aktuellen Zuwanderung und der aktuellen Flüchtlingskrise so unterstützt, wie dies früher unter Angela Merkel üblich war.

Wir haben erfreulicherweise auch eine gute Situation auf dem Arbeitsmarkt. Auf ihm spiegelt sich der Krieg in der Ukraine, Gott sei Dank, noch nicht wider. Wir wissen aber nicht, wo der Weg hinführt. Auch das müssen wir berücksichtigen und deshalb sorgfältig wirtschaften. Wir müssen uns deshalb auch auf das Schlimmste vorbereiten, wenn es sich auf den Arbeitsmarkt niederschlagen sollte.

Die Corona-Krise und jetzt die Ukraine-Krise sind eine große nationale Herausforderung für uns. Wir brauchen deshalb eine Politik, die auf Sicherheit setzt, die den Menschen das Gefühl gibt, dass Politik verlässlich ist. Deshalb wollen wir nicht an den Leistungen kürzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe nicht, warum zum Beispiel das Familiengeld oder das Landespflegegeld gerade jetzt, in Zeiten der Unsicherheit, vor allem von den GRÜNEN kritisiert wird. Sie würden es am liebsten abschaffen oder kürzen. Das wäre ein klarer Kahlschlag im sozialen Bereich, den wir jedoch entschieden ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kollege Hartmann hat gesagt, ein dicker Geldbeutel sei kein Garant für gute Politik. Lieber Kollege Hartmann, eines ist in von den GRÜNEN regierten oder mitregierten Ländern garantiert: Man muss sich dort wegen eines dicken oder zu dicken Geldbeutels keine Sorgen machen; denn dort ist die Politik nicht darauf ausgerichtet. Deshalb sind wir froh darüber, dass die finanziellen Verhältnisse in Bayern besser sind als in allen anderen Bundesländern. Dass daran Kritik geübt wird, verstehe ich nicht. Wir geben das Geld für die Menschen in Bayern sinnvoll aus und nicht unsinnig.

Wir wollen vor allem auch die Infrastruktur stärken. Wir wollen für die Dinge Vorsorge treffen, die uns insgesamt wichtig sind. Die Mittel, die wir zum Beispiel bei den Staatsstraßen investieren, haben deshalb das höchste Niveau; denn Staatsstraßen sind wichtig für den ländlichen Raum – sowohl für den Individualverkehr als auch natürlich für den ÖPNV, der auf dem Land auch überwiegend auf den Straßen stattfindet.

Wir haben mit 16 % die höchste Investitionsquote. 11,4 Milliarden Euro sind eine gewaltige Summe für Forschung, Digitalisierung und alles, was zur Infrastruktur beiträgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichzeitig kommen wir mit 5,8 Milliarden Kreditermächtigungen aus, die wir, wie gesagt, in den Vorjahren nicht benötigt haben. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich verstehe die Kritik des ORH nicht ganz. Natürlich kann man die Meinung vertreten, wir sollten die Kreditermächtigungen noch weiter reduzieren; aber ich bin der Meinung, dass es auch wichtig ist, eine solide Rücklage zu haben. Das sieht man jetzt an den 400 Millionen Euro, die in der Nachschubliste noch kommen und die wir der Rücklage entnehmen. Steuerentlastungen, die in Berlin beschlossen wurden, schlagen sich mit diesem Betrag in Bayern nieder. Deshalb ist es wichtig, dass wir kurzfristig reagieren können. Deshalb ist wichtig, dass wir nicht auf den Kreditmarkt angewiesen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle wissen: Wir werden, wenn die Krise hoffentlich bald bewältigt ist, die Möglichkeit, Schulden aufzunehmen, nicht mehr haben; wir müssen dann aber auch noch reagieren können. Darum halte ich es für einen Fehler, wenn man die Kreditaufnahmen noch deutlicher reduziert, als es schon passiert ist, und uns dafür aber die Flexibilität in der Rücklage nimmt.

Wir haben insgesamt schon 3,6 Milliarden Euro an Kreditaufnahme eingespart, nämlich dadurch, dass die Steuereinnahmen höher ausgefallen sind. Das ist auch ein Zeichen, dass wir darauf reagieren. Das ist ein ganz bewusstes Zeichen; denn man hätte ja sagen können: Gut, okay, das war ursprünglich im Entwurf vorgesehen. Wir könnten das jetzt etwa so durchziehen, wie es andere machen, die Kreditermächtigungen in irgendwelche Sondertöpfe oder Sonderfonds schieben. Lieber Herr Kollege Hagen, ich glaube, der Bundesfinanzminister gehört Ihrer Partei an. Er hat die Schuldenbremse damit vielleicht auf dem Papier eingehalten, aber tatsächlich natürlich ganz bewusst gegen sie verstoßen, indem er zweckgebundene Mittel in andere Bereiche verschiebt.

Wir stärken mit diesem Haushalt Wissenschaft und Forschung sowie die HTA-Plus-Initiative. Wir stärken die Kommunen und die kommunale Infrastruktur. Wir legen ein eigenes Investitionsprogramm auf. Allein 10,6 Milliarden Euro sind für die Kommunen. Das sind Mittel nur aus dem kommunalen Finanzausgleich. Das sind nicht Mittel aus dem anderen Bereich, den die Kommunen noch über rein staatliche Leistungen bekommen. Das heißt, wir sind hier bei einem Betrag, der sich wohl auf 17 oder 18 Milliarden Euro summiert. Die Kommunen werden ganz massiv unterstützt.

Wir haben für das Programm "Klimaland Bayern" eine Milliarde Euro. Wir investieren in Bildung und Sicherheit. Bayern ist die Hochburg der Sicherheit. Auch das kostet viel Geld. Innere Sicherheit und Justiz kosten in Bayern allein an die 8 Milliarden Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Kritik an der Staatskanzlei ist nicht berechtigt. Die Staatskanzlei ist hoch leistungsfähig. Sie erbringt gerade in der Krise in Tag- und Nachtarbeit sowie am Wochenende hervorragende Leistungen. Wir können stolz darauf sein, dass die Bayerische Staatskanzlei – damit meine ich auch die komplette Staatsverwaltung; wir sind jetzt ja beim Einzelplan 02 – so hervorragend funktioniert und dass hier wirklich weit Überdurchschnittliches geleistet wurde.

Unser Ministerpräsident vertritt unser Land hervorragend. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn er sich zu Berlin äußert, dann müssen Sie immer auch bedenken: Die CSU ist etwas ganz Besonderes. Sie ist eine Landespartei und eine Bundespartei. Sie müssen das unterscheiden. Ich denke, Ihnen ist die Gabe der Unterscheidung schon gegeben. Sie wollen das wahrscheinlich nicht unterscheiden. Wenn sich der Ministerpräsident als Vorsitzender der CSU äußert, also als Vorsitzender einer bundesweit bedeutenden Partei, dann tut er das zu Recht. Er kritisiert natürlich, so wie Sie es in Berlin, als Sie in der Opposition waren, auch getan haben. Das ist die Aufgabe der Opposition. Herr von Brunn, es gibt genügend Gelegenheiten, das Ihnen gegenüber zu tun.

Der Etat der Staatskanzlei ist mit rund 140 Millionen Euro übrigens kleiner als der Etat des Landtages. Der Stellenaufwuchs beträgt im Haushalt 2022 nur fünf neue Stellen. Hier von einem "drastischen Aufwuchs" zu sprechen, ist völlig übertrieben. Die Arbeitsabläufe werden insgesamt auch möglichst effizient erledigt. Allein die SPD hat für den Haushalt 2022 3.167 neue Stellen beantragt. Das sind über 3.000 neue Stellen, obwohl wir die Stellen bei vielen Einzelplänen erhöhen. Sie fordern einerseits noch einmal über 3.000 Stellen und kritisieren andererseits einige wenige neue Stellen in der Staatskanzlei. Das ist aus meiner Sicht völlig unberechtigt und völlig daneben.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Freistaats Bayern, die in dieser Krise so hervorragende Arbeit leisten, und weise jede Kritik an ihnen zurück.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wichtig ist mir ein Bereich – und ich weise eigentlich bei jedem Haushalt darauf hin –, der im Etat der Staatskanzlei immer etwas untergeht, zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung. Er ist aber sehr wichtig, und zwar die Medienpolitik. Hier setzen wir rund 30 Millionen Euro ein und arbeiten dafür, dass Bayern der Medienstandort Nummer eins in Deutschland bleibt. Dazu gehört auch, dass wir die regionalen und lokalen Fernsehsender stärken. Das tun wir aus Überzeugung, weil wir Vielfalt ebenso wollen wie eine hervorragende Berichterstattung bis in die Regionen hinein. Wir wollen nicht, dass wir Fake News zum Opfer fallen, sondern wir wollen die korrekte Berichterstattung, und deshalb unterstützen wir gerade die Infrastruktur in den Sendern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir können insgesamt sagen: Der Haushalt 2022 ist wieder sehr gelungen. Ich danke dem Finanzminister und allen, die an der Erstellung dieses Haushalts beteiligt waren. Ich danke auch dem Koalitionspartner und seinem Sprecher Bernhard Pohl für die gute Zusammenarbeit. Ich bitte Sie, diesen Haushalt tatkräftig zu unterstützen, über die ganzen parteipolitischen Plänkeleien hinaus. In dieser schwierigen Zeit sollten wir möglichst geschlossen handeln und die Parteipolitik hintanstellen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es liegt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

Matthias Fischbach (FDP): Werter Herr Zellmeier, das finde ich jetzt interessant. Sie sagen, wir sollen die Parteipolitik hintanstellen. Gerade hatten Sie uns, die FDP, explizit angesprochen wegen Bundesfinanzminister Lindner und des Sondervermögens für die Bundeswehr. Mit Verweis auf die 100 Milliarden Euro sagten Sie, die Schuldenbremse sei gar nicht eingehalten. Ich finde das sehr interessant, insbesondere vor dem Hintergrund, dass heute vom Obersten Rechnungshof ein Bericht geschrieben wurde, wonach im Landtag vor dem Beschluss des Haushalts noch einmal explizit begründet werden soll, welche konkrete Wirkung die Maßnahmen des Corona-Investitionsprogramms und auch der Hightech Agenda Plus zur Überwindung der Notlage hatten. Gewissermaßen in Klammern möchte ich hinzufügen: Damit ist auch in Bayern die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt worden. Können Sie mir erklären, wo hier die Unterschiede sind? Warum war das von Ihnen gerade keine Parteipolitik?

Josef Zellmeier (CSU): Ich glaube, Sie haben mich da falsch verstanden. Ich habe nicht die Bundeswehr gemeint, sondern die 60 Milliarden Euro Kreditermächtigungen für die Corona-Politik, die in einen Sonderfonds verschoben worden sind. Das war vor der Bundeswehr. Bei der Bundeswehr kann man sich über die Art der Finanzierung streiten, aber das Geld ist unbestritten notwendig, da stehen wir voll dahinter. Da sehe ich keine Kritik, an der Finanzierungsart vielleicht, aber nicht am Betrag als solchem. Sie sprechen an, dass wir in Bayern im Rahmen des Sonderinvestitionsprogrammes, um aus der Krise herauszukommen, sowohl Kredite einsetzen als auch Rücklagen entnehmen; wir tun ja beides. Da besteht ein gravierender Unterschied zu Berlin, wo nicht verbrauchte Mittel in einen Sonderfonds verschoben wurden. Das hat leider Gottes Ihr Finanzminister gemacht. Ich hätte nicht gedacht, dass er so etwas tut.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die AfD-Fraktion die Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner.

(Beifall bei der AfD)

Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 2016 erhielt der damalige bayerische Finanzminister den Orden wider den tierischen Ernst. Zur Preisverleihung erschien der Geehrte als Märchenkönig Ludwig II. Dieses denkwürdige Ereignis hätte uns schon damals einiges lehren können: die Neigung des Preisträgers zu märchenhaften Luftschlössern und allzu losem Umgang mit den Staatsfinanzen. Der heutige Möchtegernkönig Markus Söder wollte damals Bayern bis 2030 schuldenfrei machen. Doch während der damalige Ministerpräsident Seehofer nur 65 Millionen Euro für seine Staatskanzlei verbrauchte, ist es unter dem heutigen Ministerpräsidenten weit mehr als das Doppelte. 140,5 Millionen Euro müssen es schon sein. Ein nicht geringer Teil dieser Haushaltsmittel dürfte für die Masse an planmäßigen Beamten draufgehen, die seit 2018 zusätzlich eingestellt wurden. 250 Beamte reichen da natürlich nicht. Fleißig wurde der Hofstaat auf 360 aufgestockt. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind 44 % mehr, ohne dass man den Eindruck hat, die Staatsregierung arbeite jetzt um 44 % besser.

Während der Wittelsbacher mittels Fremdkapitals wenigstens nachhaltige Infrastrukturmaßnahmen im Schlösserbau finanzierte, wird nun im Stile größter Luftschlossarchitektur ganz auf Wolken gebaut. Die bayerische Staatsverschuldung ist während der zum Teil rechtswidrigen Corona-Maßnahmen dieser Regierung um mehr als ein Drittel gestiegen: von knapp 27 Milliarden Euro vor Beginn der Corona-Maßnahmen auf aktuell 37 Milliarden Euro. Damit liegt die bayerische Koalition in Sachen Verschuldung bundesweit an der Spitze. Während Sie, Herr Ministerpräsident, dabei in guter CSU-Tradition Parteispezln durchfüttern, Steuermillionen an die Firma der eigenen Gattin

durchreichen, in meiner Heimat Deggendorf eine islamistische DITIB-Moschee mit Steuergeldern fördern und CSU-Minister in Berlin schon mal mit Bundesgeldern Großbauprojekte in ihren eigenen Wahlkreisen finanzieren, wird bei den raffgierigen Maskendeals der Steigbügelhalter und Hofschranzen fröhlich weggeschaut.

(Beifall bei der AfD)

Während Ludwig II. Bayern in ein attraktives Reiseziel verwandelt hat, wird unsere Heimat unter Markus I. – gewandet in einen herrschaftlichen Umhang aus schwarzem Filz – zu einer Art Korruptionserlebnispark nach dem Vorbild führender Bananenrepubliken. Wie in diesen wird das Volk enteignet, entrechtet und überwacht, nur eben mit feineren Mitteln. Mit direkten und indirekten Steuern, Gebühren, Zwangsabgaben und Sozialabgaben drückt der deutsche Steuerzahler den weitaus größten Teil seiner monatlichen Wertschöpfung an den Staat ab. Zeitgleich wird er durch den EU-Null-Zins-Raubzug und durch die höchste Inflation seit einem halben Jahrhundert enteignet, mit den höchsten Energiepreisen der Welt ausgeblutet, staatlich mittels Kontoabfragen, Zentralregister, Vorratsdatenspeicherung und Staatstrojanern überwacht, in seinen Grundrechten eingeschränkt, weitgehend aus Brüssel fernregiert und darf sich, wenn er einmal dagegen protestiert, als Schwurbler und Nazi beschimpfen lassen. Der ehrlich arbeitende Deutsche hat die längste Lebensarbeitszeit, die niedrigsten Renten und das niedrigste Vermögen aller Bürger größerer EU-Staaten. Einfacher gesagt: Der Deutsche ist die arme Melkkuh Europas.

(Beifall bei der AfD)

Aber Sie erzählen den Bürgern allen Ernstes, die hohen Energiepreise seien für die Inflation verantwortlich. Doch sie sind nur der Auslöser. Die substanzielle Ursache ist vor allem die Geldschöpfung aus dem Nichts durch die EZB. Seit der Euroeinführung hat sich die Geldmenge M3 im Euroraum von rund 7 auf über 14 Billionen Euro erhöht und damit mehr als verdoppelt. Auch deswegen ist die prognostizierte Warenkorbinflation von 7,3 % ein schlechter Witz. Die wahre Inflation errechnet sich aus dem Verhält-

nis der Veränderung der Geldmenge M3 zur Veränderung des BIP und dürfte 2022 real eher bei 15 bis 20 % liegen. Das können wir aus den gegenwärtigen Erzeugerpreisinflationen von rund 26 % ersehen. Wer das negiert, der sollte einfach einmal bei Aldi einkaufen gehen; denn ein Einkauf kostet dort heute nicht mehr 100 Euro, sondern jetzt 125 Euro. Ich frage mich, wie das jetzt weitergehen soll, wie das unsere Familien und unsere Rentner noch bezahlen sollen.

Angesichts dessen ist von Haushaltsdisziplin aber keine Spur zu sehen. Letztens haben Sie 90 Millionen Euro mehr für Asylkosten ausgegeben als vorgesehen. Die aktuelle Massenmigration wird 2015 wohl noch in den Schatten stellen. Während wir alle unseren ukrainischen Freunden helfen wollen, wird unsere Hilfsbereitschaft einmal mehr von Schleusern und Schlepperkonzernen ausgenutzt, um Personen aus ganz anderen Erdteilen im deutschen Sozialstaat zu versorgen. Söder hat uns mit seinen Schmutzeleien die Ampel beschert. Mit Faeser wird es auch weiterhin keine Kontrollen und keinen Grenzschutz geben.

Unter dem Strich bleiben da nur zwei Feststellungen: Die Bilanz der derzeitigen bayerischen Haushaltspolitik ist ein Desaster, und Söder ist der Sargnagel für die CSU.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es liegt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Petra Högl von der CSU-Fraktion vor, bitte.

Petra Högl (CSU): Sehr geehrte Frau Ebner-Steiner, Sie haben in Ihrer Rede ausgeführt, dass Deutschland die höchste durchschnittliche Arbeitszeit hätte. Das ist nicht richtig. Ich frage Sie, woher Sie diese Zahlen haben. Deutschland liegt an zehnter Stelle mit einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 40,7 Stunden pro Woche, während Griechenland an erster Stelle steht mit 43,8 Stunden pro Woche.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Frau Högl, bevor Sie hier gescheit daherreden, schauen Sie lieber, dass der Ministerpräsident bei seinem eigenen Haushaltsplan da ist, damit er sich einmal für die Ausgaben rechtfertigen kann, die er hier macht.

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo! – Unruhe bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Michael Hofmann. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Haushalt des Ministerpräsidenten als Auftakt für die nächsten drei Tage. 71,1 Milliarden Euro stehen für den Freistaat Bayern allein im Jahr 2022 zur Verfügung. Es wurde bereits gesagt. Wir haben auch dieses Mal einen Einjahreshaushalt. Ich glaube, dass es richtig ist, in Zeiten von Krisen auf Sicht zu fahren, um nicht einen Nachtrag nach dem anderen zu machen. Gleichwohl werden die Ukraine-Krise und der Ukraine-Krieg, von Putins Regime mutwillig und zerstörerisch in Angriff genommen, für uns noch die eine oder andere unliebsame Überraschung bereithalten. Deswegen müssen wir darauf vorbereitet sein, noch weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Man kann allerdings auch sagen, dank der Arbeit unserer Vorgängerinnen und Vorgänger sind wir in der Lage, kurzfristig zu reagieren. Das zeigt im Übrigen auch, sehr geehrter Herr Finanzminister, die Art und Weise, wie auch du wiederum diesen Haushaltsplan engmaschig aufgestellt und dementsprechend dafür gesorgt hast, dass die einen oder anderen verständlichen Wunschträume in den Einzelplänen nicht in den Himmel wachsen. Du hast von Anfang an nach vorne geblickt und dafür gesorgt, dass der Freistaat Bayern auch in Zukunft handlungsfähig ist. Wir brauchen eine gute Mischung aus Investitionen und Schuldenaufnahme. Wir brauchen eine gute Mischung

aus Neueinstellungen von Personal und einer Rücklage, die wir unter Umständen angreifen können, wenn nichts anderes mehr möglich ist. Das ist wirkungsvolle Politik.

Herr von Brunn – er ist jetzt leider nicht mehr im Saal – hat vorhin erzählt, dass Olaf Scholz den Freistaat Bayern so hervorragend unterstützt hätte. Dazu muss ich einmal ganz klar sagen: Diese Bundesrepublik Deutschland wäre ohne den Süden Deutschlands schon längst Konkurs gegangen, wenn nämlich unsere Unternehmerinnen und Unternehmer im Süden nicht die Steuermittel erwirtschaften würden, die er ausgeben kann.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen kommt mir der Dank an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler immer wieder zu kurz. Es wird immer so getan, als wäre es das Selbstverständlichste auf der Welt, dieses Geld auszugeben. Tatsache ist, dass der Freistaat Bayern dieses Geld ausgeben kann, weil wir in der Vergangenheit eine in die Zukunft gerichtete Politik gemacht haben. Wir setzen diese Politik im Übrigen auch fort.

Heute ist beispielsweise von der Opposition kritisiert worden, dass wir für die Hightech Agenda eine Milliarde Euro ausgeben würden, was aber heute nichts helfe. Dies zeigt die ganze Kurzsichtigkeit der bayerischen Opposition. Das macht nichts; in dem Zusammenhang stehen Sie wirklich in der Tradition Ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger. Herzlichen Glückwunsch dazu! Hoffen wir für Bayern, dass Sie auch weiterhin in der Opposition bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Vor dem Hintergrund werden wir noch einmal deutlich machen müssen, dass ein Blick auf eine Zahl reicht, wenn hier kritisiert wird, wie es dem Freistaat Bayern geht. Welches Bundesland war denn in den letzten Jahren ständig Zuzugsland? Wohin gehen denn die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, wenn es ihnen besser gehen soll? – Sie gehen doch nicht nach Schleswig-Holstein, nach Nordrhein-Westfalen oder

nach Mecklenburg-Vorpommern, sondern sie kommen nach Bayern. Natürlich ist das für uns eine große Herausforderung. Natürlich sind darunter Aufgaben, wie zum Beispiel der soziale Wohnungsbau, denen wir uns stellen müssen. Die Menschen kommen doch nicht in den Freistaat Bayern, weil wir eine so schlechte Politik machen. Sie kommen hierher, weil es ihnen hier besser geht als anderswo in Deutschland. Das wird man doch wohl noch sagen dürfen, ohne dass es gleich als Selbstbeweihräucherung disqualifiziert wird.

(Beifall bei der CSU)

Es wäre im Übrigen auch schön, wenn uns andere Bundesländer in dem Zusammenhang einmal nacheifern und zukunftsgerichtete Politik machen würden. Wenn wir aber den sozialen Wohnungsbau betrachten, den Herr von Brunn in Bayern kritisiert, sage ich: Ein Blick nach Berlin genügt, um zu sehen, dass die SPD es, weiß Gott, nicht besser kann. Die Versprechen, die hier abgegeben werden, sind im Grund genommen lächerlich, weil man auch in München, wo Grün und Rot regieren, in der Vergangenheit festgestellt hat, dass diese Parteien dort den Wohnungsbau auch nicht auf die Reihe bringen. Im Landtag tun Sie aber so, als hätten Sie die besseren Konzepte. Im Grunde genommen wollen Sie die Menschen doch nur veräppeln. Ich kann mir nicht erklären, wie Sie zu einem solchen Selbstbewusstsein kommen. Aber ich beglückwünsche Sie wenigstens dazu, Herr von Brunn.

(Beifall bei der CSU)

24,7 Milliarden Euro gibt der Freistaat Bayern für die Bildung aus. 24,7 Milliarden! Lieber Kollege Waschler, auch hier stehen wir in der Tradition unserer Vorgängerinnen und Vorgänger. Warum tun wir das? – Weil wir der festen Überzeugung sind, dass die kommenden Generationen dieses Land auch weiterhin am Laufen halten müssen. Deswegen investieren wir in die Köpfe, und zwar nicht nur in die Köpfe der Schülerinnen und Schüler, sondern auch in die Köpfe der Lehrerinnen und Lehrer, die dafür sorgen müssen, dass unsere jungen Menschen auf die Zukunft vorbereitet werden.

24,7 Milliarden Euro von 71 Milliarden Euro nur für die Bildungspolitik! Wer sagt, dass der Freistaat Bayern für die Bildung zu wenig tut, kann offensichtlich keine Zahlen lesen.

(Beifall bei der CSU)

Vor diesem Hintergrund mutet es geradezu abenteuerlich an, wenn man die Kritikversuche der Opposition immer wieder hört. Einen Punkt möchte ich herausgreifen, weil ich es für interessant halte, wenn man unserem Bayerischen Ministerpräsidenten vorwirft, er würde so viel Personal in der Staatskanzlei beschäftigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ministerpräsident Weil gibt gemessen an seinem Gesamtetat in seiner Staatskanzlei mehr Geld fürs Personal aus als beispielsweise unser Ministerpräsident.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Ministerpräsident Kretschmann hat allein von 2021 auf 2022 seine Personalausgaben um 7 Millionen Euro erhöht. Vor dem Hintergrund glaube ich, lieber Herr Staatsminister Florian Herrmann, sind wir weit von dem entfernt, was Sie von den GRÜNEN behaupten. Gott sei Dank sind wir weit davon weg. Wir haben gute Leute in der Staatskanzlei. Dafür sind jeder Cent und jeder Euro gut angelegt, und das im Übrigen auch deswegen, weil wir feststellen, dass die Zukunftsprobleme immer komplexer werden. Sie verzahnen sich immer mehr. Umso wichtiger ist es, dass es einen Überbau gibt, der das Ganze koordiniert und zusammenhält. Auch das muss gesagt werden.

Wenn die Menschen sich darüber ärgern würden, dass sie Glückwunschschreiben von einem Ministerpräsidenten bekommen, hätten wir das in der Zwischenzeit bemerkt. Genau anders ist es der Fall. Sie freuen sich darüber, dass Politiker nicht nur in der Lage sind, Reden zu halten, sondern auch Lebensleistungen anerkennen. Als Bürgerbeauftragter, der in der Bayerischen Staatskanzlei angesiedelt ist, sage ich ganz klar: Wenn Demokratie nicht mehr kommuniziert wird, ist sie am Ende. Wir müssen eben kommunizieren.

Die Anschreiben, die den Ministerpräsidenten erreichen – das sehen Sie doch in Ihrem E-Mail-Posteingang auch –, müssen doch beantwortet werden. Heutzutage muss doch ein Schreiben, das ein Bürger oder eine Bürgerin – ich will das gar nicht kommentieren, sondern ich stelle es einfach nur fest – an den "sehr geehrten Herrn Ministerpräsidenten" richtet, auch vom Ministerpräsidenten beantwortet werden. Wollen Sie, dass er in Zukunft auf solche Anschreiben gar nicht mehr reagiert? Da möchte ich Ihre Kritik, dass sich der Ministerpräsident für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes keine Zeit mehr nimmt, nicht hören. Das ist fadenscheinige Kritik. Egal, wie man es macht: Man kann es Ihnen nie recht machen. Das ist aber auch in Ordnung; denn die Menschen draußen im Land haben es längst durchschaut.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Einzelplan. Wir haben hervorragende Arbeit geleistet und haben noch Großartiges vor. Das schaffen wir nur gemeinsam.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Ministerpräsidenten brauche ich gar nicht zu begrüßen. Man muss es sich vorstellen: Tausend Kilometer von uns entfernt gibt es Präsidenten, die Tag und Nacht für die Freiheit ihres Volkes kämpfen. Unserer ist nicht einmal in der Lage, die Debatte über seinen eigenen Haushaltsplan zu ertragen.Schämen Sie sich dafür, Herr Ministerpräsident in Abwesenheit; andere Worte fallen einem dafür nicht mehr ein.

Spare in der Zeit, so hast du in der Not. – So abgedroschen der Spruch auch ist, so viel Wahrheit liegt doch auch in ihm. In einer Zeit, in der die Friedensdividende noch kräftig sprudelte, in einer Zeit, in der Staaten 110 Millionen Euro ausbezahlt bekamen,

als sie sich für zehn Jahre mit 100 Millionen Euro verschuldeten, war auch für die Bayerische Staatsregierung die Welt noch in Ordnung.

Gewiss war die Bemühung zu erkennen, Schulden abzubauen, aber sich Mühe zu geben, reicht im Leben allein leider nicht aus. Ordentliches Haushalten bedeutet, bei allen Entscheidungen das Ende vor Augen zu haben und das Ende zu bedenken. Diese Sichtweise fehlt nicht nur dem gesamten Haushaltsplan, sondern sie war und ist speziell dem Stellenzuwachs des Einzelplans 02 völlig fremd. Seit 2018 hat sich der Personalstand des Geschäftsbereichs unseres Herrn Ministerpräsidenten – wir hörten es gerade schon – um 44 % erhöht. In diesem Jahr, in dem alle Bürger den Gürtel enger schnallen, erhöht er sich noch einmal um vier Stellen sowie um zahlreiche hoch dotierte Beförderungen.

Dem Bürger auf der Straße stellt sich ganz lapidar die Frage: War Seehofer seinerzeit so gut, dass er mit 250 Mitarbeitern zurechtkam, oder ist Söder so schlecht, dass er nun 360 Mitarbeiter braucht – und das alles, ohne dass sich die Arbeit in der Staatskanzlei auch nur irgendwie geändert, geschweige denn letztlich verbessert hätte?

Aus gutem Grund gilt das Alimentationsprinzip für die Menschen, die dem Staat in herausragender Position dienen – dem Staat und eben nicht dem Ministerpräsidenten. Weil das so weit in die haushalterische Zukunft unseres Staates reicht, ist es von uns umso sorgsamer anzuwenden. Diese Sorgfalt haben Sie, sehr geehrter abwesender Herr Ministerpräsident, eben nicht walten lassen. Wir gehen davon aus, dass Sie nach diesem Appell der einzig verbleibenden Opposition viele der für Sie extra geschaffenen Stellen sinnstiftend an andere Ministerien abgeben.

Um die Dramatik Ihres Tuns zu verdeutlichen, will ich zumindest die von Ihnen verantwortete implizierte Staatsverschuldung beziffern, die für die spätere Pensionszahlung der 110 aufgebauten neuen Stellen, die Sie Seehofer voraushaben, im Raume steht. Bei einer Durchschnittspension von 4.000 Euro und einer Bezugsdauer von 20 Jahren

ergeben sich 115 Millionen Euro und sogar in etwa 150 Millionen Euro, wenn man die zu erwartenden Witwenrenten sowie diverse Beihilfeleistungen dazurechnet.

Was steht davon im Haushaltsplan? – Ganz klar nichts. Sie müssen das im Haushalt auch gar nicht ausweisen, aber natürlich ist es gut, darüber zu reden. Das wäre ehrlich; denn es sind 150 Millionen Euro an Steuergeld, das später eben nicht anderweitig investiert werden kann. Das ist die Passivseite der Generationenbilanz, zu der alle Ausgaben zählen, für die ein Staat rechtswirksame Verpflichtungen eingeht, ohne entsprechende Rücklagen zu bilden. In anderen Ländern wird damit transparent umgegangen; in den USA hängt so etwas ganz weit oben. Hier verschweigen wir es, verschweigen Sie es Ihren Bürgern. In der Kreide stehen dafür letztlich unsere Kinder und Enkelkinder.

"Der Haushalt ist der Nerv des Staates: Daher muss er den profanen Augen der Untertanen entzogen werden." – Diese Worte stammen von Richelieu und rufen nach Wahrheit und Klarheit im Haushalt. Wir bitten die Staatsregierung ganz dringend darum, diesen Prinzipien zu entsprechen; denn wir sind als die letzte Oppositionskraft auch und besonders bei Haushaltsfragen Auge und Ohr unserer bayerischen Bürger. Als Freiheitspartei sind wir uns eben nicht zu schade dafür, die Repression Ihrer Regierung zu erdulden, um unseren Auftrag zu erfüllen.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik und das Königsrecht des Parlaments. Es geht also gar nicht in allererster Linie um die Betrachtung der Zahlen, sondern um die dahinterliegenden politi-

schen Ideen und um die dahinterliegenden politischen Grundsätze, über die natürlich trefflich gestritten werden kann.

Deshalb danke ich den Rednern der Regierungsfraktionen für ihre heutigen bedeutenden Haushaltsreden, also den Kollegen König, Pohl, Zellmeier und Hofmann. Bei Ihnen war zu spüren, dass Sie den Haushalt in den Beratungen im Vorfeld, aber auch im Haushaltsausschuss und in den anderen Ausschüssen geprägt, durch und durch verinnerlicht und in diese von der politischen Einheit aus Staatsregierung und den Regierungsfraktionen getragene politische Idee gegossen haben. Deshalb herzlichen Dank für diese klaren und guten Worte, die genau den Geist widerspiegeln, der hinter diesem Zahlenwerk steckt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deutlich weniger gelungen – ich muss das in aller Offenheit sagen – waren die Ausführungen der Opposition zum Haushalt. Das ist nicht ganz verwunderlich, allerdings sind Sie in typische Oppositionsstereotype zurückgefallen, die man vielleicht wie folgt zusammenfassen kann: Erstens Personen – bevorzugt den Ministerpräsidenten – diffamieren und zweitens das Land und unsere Politik insgesamt schlechtreden.

(Zuruf)

– Das werden wir ja sehen. Ich halte mal fest, lieber Herr Hartmann: Ihre Rede heute war gar nicht mal so gut. Es war eigentlich eine bemerkenswert uninspirierte Rede aus dem Musterbuch für Oppositionsreden, wenn ich das mal so auf den Punkt bringen darf,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

die vor allem dem Realitätscheck nicht standgehalten hat. Sie haben eine ganze Reihe von Punkten, die Ihnen wichtig sind, ins Schaufenster gestellt, aber den Realitätscheck nicht gemacht, wie es tatsächlich in Bayern aussieht. Wenn ich es mir recht

überlege, war es eigentlich eine Neidrede; denn man merkt natürlich den Neid, dass die Dinge hier halt doch viel besser laufen, als Sie es sich vielleicht wünschen würden.

(Lachen bei den GRÜNEN – Zurufe)

Jedenfalls wurden und werden die Weichen in Bayern nach wie vor richtig gestellt. Das vergönnen Sie natürlich der Staatsregierung und den Regierungsfraktionen nicht; darum glaube ich, dass das einfach eine Neidrede gewesen ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie haben außerdem über einige Punkte gesprochen, dabei aber völlig verkannt, was die zentralen Punkte des Haushalts sind. Die Redner der Regierungsfraktionen haben es deutlich herausgestellt: Das sind natürlich die Bildung als zentraler Ausgangspunkt für die Chancen der Menschen in Bayern, das Setzen sozialer Standards, was der Freistaat wie kein anderes Land in Deutschland tut, die Hightech Agenda, die Grundlagen für die Arbeitsplätze der Zukunft bei uns in Bayern legt, und das große Paket des Klimaschutzes, das wir auch hier in Bayern realisieren können.

(Zuruf)

– Lieber Kollege Hartmann, wir haben allerdings festgestellt, dass Ihnen offenbar einige der Punkte wie zum Beispiel der Sozialhaushalt entgangen sind – schon im vorletzten und letzten Haushalt ein wuchtiges Paket. Sie haben ihn einfach schlechtgeredet. Das Pflegegeld ist etwas Besonderes, was wir in Bayern ganz bewusst machen.

(Zuruf)

Dass Sie es schlechtgeredet haben, finde ich irritierend, weil ich meine, die Pflegeleistungen der Angehörigen, die zwei Drittel der zu pflegenden Menschen in Bayern zu Hause pflegen, sollte man nicht kleinreden und nicht diffamieren, sondern würdigen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das Familiengeld ist eine ganz zentrale Säule unserer Sozialpolitik.Es ist eben eine echte Entlastung für Familien in Bayern. Eine echte Entlastung, nicht eine Fata-Morgana-Entlastung, wie sie jetzt von der Ampel kommt, mit "9 für 90", wie das so propagandistisch heißt, aber wo nichts dahintersteckt. Hinter dem Familiengeld stecken 6.000 bzw. 7.200 Euro in zwei Jahren, wenn man das voll ausnutzen kann als Familie. Hinter "9 für 90" stecken dreimal neun Euro. Das sind 27 Euro. Also, ich glaube, den Unterschied merkt man sehr deutlich, und ich halte es schon für problematisch, dass Sie einfach ignorieren, was wir in unserem Haushalt an deutlichen sozialen Anpassungen, an sozialen Leistungen beschließen.

Meine Damen und Herren, bei dem Kollegen von Brunn muss ich mich immer wieder fragen, ob er sich bei seinen Reden eigentlich selbst zuhört. Sie fangen am Anfang mit einem extrem hohen Maßstab an, dass wir uns angesichts der Ukraine-Krise nicht in der kleinen Parteipolitik verlieren sollten. Aber man muss natürlich sagen, dass man relativ schnell merkt, dass Sie relativ elegant schnell unter Ihrem hohen Maßstab durchschlüpfen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das waren die allgemeinen Beschimpfungen des Ministerpräsidenten. Das kennen wir ja schon.

(Zuruf: Wo ist er denn?)

Aber ich würde mal sagen, dass Sie hier eigentlich nicht ganz so selbstbewusst auftreten sollten, wenn man sich mal die Bilanz der Ampel in den letzten Monaten, seit Regierungsbeginn ansieht.

(Zuruf)

Die Ampel in Berlin ist von vornherein und bis heute im totalen Chaosmodus. Es ist ein einziges Durcheinander, was von Berlin geliefert wird. Ob es Corona ist, wo Lauterbach Chaos liefert,

(Zuruf)

ob es die Bundeswehr ist, wo Frau Lambrecht Chaos liefert – es ist ein einziges Durcheinander. Wir bekommen nicht einmal vernünftige Gesetze, die wir bei Corona vernünftig umsetzen könnten. Das kritisieren nicht nur wir, das kritisiert sogar Frau Schwesig.

(Zuruf)

Also, ich würde sagen, Herr von Brunn: Nicht ganz so weit oben auf dem hohen Ross! Hochmut kommt vor dem Fall, lieber Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Kollege Hagen ist jetzt nicht da. Vorher hat er kritisiert, dass der Ministerpräsident nicht anwesend ist, obwohl er hier war – halten wir das noch mal fest –, aber jetzt ist er nicht mehr da. Ihm muss ich natürlich auch sagen, dass er einfach mal ins Grundgesetz schauen soll. Da stehen die Zuständigkeiten drin, wofür der Bund zuständig ist und wofür das Land zuständig ist.

Wir sind hier Landespolitiker, also wäre es auch Ihre Aufgabe, Herr Kollege Hagen, sich um die Landesfragen zu kümmern – und übrigens auch darum, dass der Bund den Ländern nicht Dinge überträgt, für die sie nicht zuständig sind und für die sie entsprechend auch kein Geld ausgeben sollten. Sie sollten den Bund mahnen, sich um seine Angelegenheiten zu kümmern und dort die Länder zu unterstützen, wo es vom Grundgesetz vorgesehen ist. So ist die grundgesetzliche Ordnung, und die gilt natürlich auch für die FDP.

Im Übrigen sind wir hier bei der Zweiten Lesung des Haushalts, wie Sie alle wissen. Ich halte es für wohlfeil, immer wieder zu kritisieren, Herr von Brunn, Herr Hagen, der Ministerpräsident sei nicht anwesend.

Ich halte nur mal fest:

(Zuruf)

Der Ministerpräsident hat wie kein einziger Ministerpräsident sonst in Deutschland seit Amtsantritt 20 Regierungserklärungen gehalten. 20 Regierungserklärungen!

(Zuruf)

Das sind nicht fünfminütige Regierungserklärungen, sondern Reden mit anschließender dreistündiger Diskussion. Von daher geht das alles völlig daneben, und ich halte das für völlig falsch. Abgesehen davon will ich in Richtung der Ampel noch einmal betonen: Sie kritisieren immer an dem Personal herum oder an fünf Stellen, die es jetzt vielleicht in der Staatskanzlei mehr sind. Haben Sie sich schon mal überlegt, wie viele Personen eigentlich zur Bundesregierung gehören? – Das sind nämlich neben dem Kanzler und den 8 Ministern sowie weiteren 8 Ministerinnen mit 27 Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretären insgesamt 54 Personen. Und das sind nicht Regierungs- oder Oberregierungsräte,

(Zuruf)

sondern alles Parlamentarische Staatssekretäre. Ich rede noch nicht einmal von den verbeamteten Staatssekretären, wo alle möglichen Lobbyisten untergebracht wurden, in höchstdotierten Beamtenstellen im Bund, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

Zur AfD kann ich nur sagen: Diese sarkastischen, hasserfüllten Reden sind wir hier jetzt leider schon gewohnt, aber ich würde dringend raten, dass Sie das mal untersuchen lassen. Dieses krude Durcheinander ist völlig deplatziert. Sie, Herr Böhm, und die anderen sind natürlich nicht die letzte Oppositionspartei, sondern ehrlich gesagt, sind Sie das Letzte!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich halte also fest: Unser gesamter Haushalt steht für Stabilität und Zukunft in unsicheren Zeiten. Wir sehen uns einer Häufung der schwierigsten Herausforderungen gegenüber, die wir uns alle nicht ausgesucht haben, und dieses zeitliche Zusammenfallen macht es nicht gerade einfach: Wir haben den Klimawandel als ganz zentrale Herausforderung der gesamten Weltgemeinschaft, wir haben die Corona-Pandemie, die uns seit zwei Jahren, bei uns und überall auf der Welt, auf Trab hält, und wir haben eine Eskalation durch einen nicht provozierten Angriffskrieg von Putin gegen die Ukraine.

Die Bilder zeigen das Ausmaß einer unglaublichen Barbarei, mit der wir aktuell konfrontiert sind. Das wirkt sich natürlich auf viele Bereiche aus, sei es die Energieversorgung, seien es die Lieferketten. Aber vor allem geht es natürlich um das Schicksal der Menschen in der Ukraine, die auf der Flucht sind, die sich zu uns auf den Weg machen, um die wir uns kümmern. Das ist also eine ganz beträchtliche Herausforderung auf vielen Gebieten, auf vielen Feldern und natürlich entsprechend auf allen Gebieten der Landespolitik mit den entsprechenden Auswirkungen auf unsere Staatsfinanzen.

Wir sind erfreulicherweise in Bayern in der Lage, dass wir nicht Mangel verwalten – die Kollegen haben das bereits ausgeführt –, sondern wir sind in der Lage, in die Zukunft des Landes zu investieren, trotz und angesichts dieser Herausforderungen, wo es ja auch ganz besonders wichtig ist.

Wir verdanken das den Menschen in unserem Land, die sich in den letzten Jahren nicht entmutigen haben lassen, die auch durch Unterstützung des Staates zum Beispiel durch Corona-Hilfen nicht aufgegeben haben, sondern immer versuchen, das Beste aus der Lage und aus der Situation zu machen.

Aber wir verdanken das, lieber Kollege Füracker, auch der soliden Finanzpolitik des Freistaats Bayern und der Bayerischen Staatsregierung, nämlich dem vorausschauenden Agieren, das wir seit vielen Jahren kennen und das uns Spielräume in einer Krise eröffnet, die nicht geplant war, die nicht planbar war. Deshalb sollten wir wirklich stolz

darauf sein, dass Bayern als einziges Bundesland von Standard & Poor's nach wie vor mit dem Spitzenrating AAA/A-1+ ausgezeichnet wird, und das halten wir auch für richtig; denn es zeigt die Solidität unseres Finanzmanagements.

Es ist nicht nur politisch vernünftig, sondern es ist natürlich auch eine Verpflichtung, eine politische und moralische Verpflichtung, dass wir mit den Steuergeldern, die von unseren Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet werden, auch verantwortungsbewusst, solide und vorausschauend umgehen.

Das Gesamtvolumen beträgt 71,1 Milliarden Euro. Das ist sehr viel und in etwa auf dem Vorjahresniveau. Dennoch ist es, um weiterhin gut durch die Corona-Krise zu kommen, auch in diesem Jahr unumgänglich, von der Ausnahmeregelung der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse Gebrauch zu machen. Allerdings reicht trotz der 5,8 Milliarden Euro, um die es sich dabei handelt, die vom Landtag für 2020 und 2021 eingeräumte Schuldenobergrenze von rund 20 Milliarden Euro auch für das nunmehr schon dritte Corona-Krisenjahr aus.

Das ist ein wesentlich seriöseres Haushaltsgebaren – das betone ich noch mal, auch mit Blick auf die Ausführungen vom Kollegen Hagen –, als es der Bund an den Tag legt, der Kreditermächtigungen voll ausschöpft und einfach für andere Zwecke als die ursprünglich vorgesehenen verwendet. Diese Art von Finanzjonglage gibt es in Bayern nicht. Das halten wir auch für richtig so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich zeige jetzt noch mal anhand von einigen Punkten, dass der bayerische Staatshaushalt für das Jahr 2022 kein Haushalt der Krisenbewältigung ist, sondern ein Haushalt der Zukunft, weil das der entscheidende Punkt ist. Das kann man zum Beispiel an der Investitionsquote festmachen, die von 14 % auf 16 % steigt. 11,4 Milliarden Euro an Investitionen sind eine ganz zentrale Kennziffer eines Haushalts. Wir haben damit genügend finanziellen Spielraum, um Themen anzupacken, die für die Zukunftsfähigkeit des Landes, für unseren Wohlstand und für die Lebensqualität, für

unsere Leistungsfähigkeit auch in den internationalen Verpflichtungen von großer Bedeutung sind.

Da ist zunächst einmal die große Herausforderung des Klimaschutzes. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung "Klimaland Bayern" ein Klimaschutzprogramm aufgelegt, für das über die sonstigen Klimamaßnahmen hinaus in diesem Haushalt rund 1 Milliarde Euro bereitgestellt werden.

Traditionell geht der größte Teil des Staatshaushalts in die Bildung: 24,7 Milliarden Euro, damit über ein Drittel der Gesamtausgaben. Das ist auch der entscheidende Punkt: denn damit fördern wir natürlich Schülerinnen und Schüler, die Kinder und Jugendlichen in unserem Land, und schaffen in diesem Zusammenhang übrigens auch wieder neue Stellen für Schulen, nämlich 1.250 – davon 1.120 Lehrerstellen – in diesem Haushalt.Das ist eine bedeutende Investition in unsere Jugend.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen aber die Menschen, vor allem die jungen Menschen, auch in die Lage versetzen, den raschen Wandel unserer Welt mitgestalten zu können. Deshalb führen wir die Technologieoffensive, die Hightech Agenda mit Ausgaben in Höhe von fast 1 Milliarde Euro fort. Für den Hochschulbereich sehen wir rund 5,8 Milliarden Euro vor. Dadurch schaffen wir die ganz zentrale Voraussetzung dafür, dass wir bei Entwicklung und Nutzung von Schlüsseltechnologien, von Innovationen der Zukunft, in Bayern unseren Platz an der europäischen, aber in vielen Bereichen auch an der Weltspitze festigen und stärken können, weil dort die Arbeitsplätze der Zukunft liegen.

Ein Punkt, der heute vielleicht noch etwas zu kurz kam, sind die Kommunen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Dort werden, wie wir alle wissen – häufig sind wir selbst beteiligt –, Entscheidungen getroffen, die die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar vor Ort betreffen. Handlungsfähige Kommunen sind deshalb eine ganz zentrale Säule unserer Demokratie. Aus diesem Grund setzt die Staatsregierung die traditionell starke finanzielle Unterstützung der Kommunen wieder fort und wendet für den kom-

munalen Finanzausgleich 10,56 Milliarden Euro auf. Damit erreichen wir einen neuen Höchststand, weil wir um 244,6 Millionen Euro mehr aufwenden als 2021. Aber wir sind überzeugt davon, dass das Geld bei den Kommunen eine sinnvolle Verwendung findet.

Der Bereich der inneren Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates und ein Aushängeschild der Politik des Freistaats Bayern seit vielen Jahrzehnten. Wir haben in diesem Haushalt 500 neue Stellen für die Polizei vorgesehen, sodass wir auf unserem Kurs bleiben, den Personalkörper bei der Polizei zu stärken. Zwischen 2017 und 2023 haben wir dort 3.500 Stellen neu geschaffen. Das Polizeibudget umfasst knapp 500 Millionen Euro für Einsatz- und Betriebsmittel und damit 35 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Das ist ein Rekordwert, meine Damen und Herren!

Ich weise noch darauf hin, dass die Staatskanzlei für ihre Aufgaben angemessen ausgestattet sein muss, was Personal und Mittel betrifft. Natürlich ist die Staatskanzlei in allererster Linie die Behörde des Ministerpräsidenten, die ihn unterstützt bei seinen Aufgaben, die Richtlinien der Politik zu bestimmen und die Politik in Bayern zu koordinieren. Da laufen gewissermaßen die Fäden zusammen.

Darüber hinaus läuft aber auch vieles, was unbedingt notwendig ist, zum Beispiel die intensiven Außenkontakte in unsere Regionen hinein, gerade auch während der Corona-Pandemie. Aber auch unabhängig davon bewährt sich die Affinität Bayerns zu Auslandskontakten und zur Freundschaft mit vielen Regionen. Ich danke der Kollegin Melanie Huml dafür, dass Sie diese Aufgabe gerade auch jetzt in dieser schwierigen Phase mit dem Krieg in der Ukraine so vorbildlich wahrnimmt. Ich danke ihr sehr herzlich dafür.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin auch froh, dass es in diesem Jahr gelungen ist, die europäischen und internationalen Schüler- und Jugendaustausche in eine neue Form zu gießen, nämlich in unsere Stiftung "Jugendaustausch Bayern". Ich glaube, wir können jetzt optimistisch in

das noch vor uns liegende Jahr schauen und hoffen, dass dann, wenn Corona es zulässt, Schüleraustauschreisen und all diese Dinge, die so wichtig sind, wieder möglich sein werden. Es geht uns darum, darin zu investieren, dass gerade junge Menschen weltoffen sind, dass sie offen sind für andere Weltgegenden. Deshalb sind diese Auslandsbeziehungen so entscheidend wichtig.

Wir freuen uns auch auf den G7-Gipfel, der wieder zeigen wird, dass Bayern ein weltoffenes Land ist, aber auch ein Land, das sicher ist. Ich verweise darauf, dass der letzte Gipfel der erste seit langen Jahren war, bei dem keine einzige Glasscheibe zu Bruch gegangen ist. Wir stehen für Weltoffenheit und für Sicherheit. Deshalb freut es uns, dass die Bundesregierung entschieden hat, diesen G7-Gipfel erneut in Bayern durchzuführen.

Außerdem weise ich noch darauf hin, dass die Staatskanzlei auch – Kollege Zellmeier hat es dankenswerterweise erwähnt – für die Medienpolitik zuständig ist, also für den Kernbereich dessen, was unsere freiheitliche Demokratie ausmacht: Meinungsvielfalt und Qualitätsjournalismus, für die wir natürlich logischerweise nicht selber zuständig sind, weil das System hier darin besteht, eine Staatsferne zu haben. Aber es geht darum, zu koordinieren und die entsprechenden Stellen zu fördern, und darum, sich um Medienwirtschaftspolitik und Ansiedlung von vielen Medienunternehmen im Umfeld von München, aber auch in ganz Bayern zu kümmern, um hochwertige lokale und regionale Radio- und Fernsehangebote zu fördern und zu unterstützen. Wir haben das gerade angesichts der Corona-Krise gemacht, weil es uns wichtig war, dass die vielfältige bayerische Medienlandschaft nach der Corona-Krise nicht weniger vielfältig ist, als sie es vorher war. Das haben wir mit entsprechenden zusätzlichen Mitteln sehr gut lösen können.

Meine Damen und Herren, abschließend danke ich dem Parlament für die Beratungen und für die Zustimmung jedenfalls der Regierungsfraktionen. Ich halte es für wichtig, immer wieder zu betonen, dass die Regierungsfraktionen dem Haushalt zugestimmt haben, nicht, wie ich jetzt mal unterstelle, das gesamte Parlament. Wie man den

Reden entnehmen kann, wird es wohl Gegenstimmen geben. Ich sage das, weil draußen häufig dem gesamten Parlament für den Haushalt gedankt wird, obwohl nur die Regierungsfraktionen zugestimmt haben, während die anderen Fraktionen genau diesen Haushalt massiv bekämpft haben. Das sollte man immer wieder deutlich herausstellen.

(Beifall bei der CSU)

Aber ich danke auch dafür, dass sich heute – das hat mich fast erstaunt – in den verschiedenen Wortbeiträgen der Opposition die allgemeine Beschimpfung der Beamtinnen und Beamten der Staatsregierung sehr stark in Grenzen gehalten hat. Das finde ich sehr erfreulich. Da ist ein gewisser Lerneffekt erkennbar im Vergleich zur letzten Haushaltsberatung, wo das sehr stark im Vordergrund der Ausführungen vor allem des Redners der SPD stand. Das ist nämlich immer der Fehler, wenn man die Politik angreifen will, die Beamten zu diffamieren, die nichts anderes als ihre Arbeit machen, und zwar – das betone ich – auf einem extrem hochwertigen, auf einem außerordentlich kompetenten Niveau. Wir können froh sein, dass das bayerische Staatsbeamtentum so ist, wie es ist, und die vielen Beamtinnen und Beamten an ihren Stellen eine exzellente Arbeit machen, was ich an dieser Stelle ausdrücklich würdigen möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Nachdem wir jetzt den Einzelplan für die Staatskanzlei beraten, halte ich es für angemessen, an dieser Stelle auch dem Ministerpräsidenten für seine Arbeit zu danken,

(Zuruf)

insbesondere angesichts der großen Herausforderungen der Corona-Krise, die uns alle im höchsten Maße auf Trab gehalten hat und die auch beim Ministerpräsidenten zu einer enormen Arbeitsleistung geführt hat, aber eben nicht nur zu Arbeit, sondern auch zu einer klaren Führung, einer klaren Vision für diese Regierung und für diese

Koalition. An dieser Stelle können wir ihm dafür ein herzliches Wort des Dankes aussprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf: Bravo! – Zuruf)

– Vor allem Sie nicht, Herr von Brunn. Aber das wundert mich nicht.

(Zuruf)

Der Einzelplan 02 ist insgesamt sachgerecht und gemessen an den hohen und vielfältigen Anforderungen auch maßvoll und angemessen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Haushaltsplan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Staatsminister. – Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen, zunächst vom Kollegen Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Staatsminister Dr. Herrmann, es war in der Vergangenheit selbstverständlich, dass die Ministerpräsidenten Stoiber und Seehofer ihre Haushalte im Bayerischen Landtag selbst vorgestellt, begründet, erklärt und verteidigt und auch Nachfragen beantwortet haben. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Regierungschefs in allen Landesparlamenten der Bundesrepublik Deutschland die Generalaussprache eröffnen oder sich zumindest an der Generalaussprache beteiligen.Auch in Bayern hat dies eigentlich eine lange Tradition. Ministerpräsident Söder bricht diese Tradition nun; und ich frage Sie, warum. Er verpasst heute eine Chance, seine Visionen für den Freistaat Bayern dem Landtag zu erklären. Er hätte die Möglichkeit gehabt, hier einen klaren Pflock einzuschlagen. Stattdessen vermittelt er den Eindruck, dass ihn die Niederungen der Landespolitik eher nerven als begeistern, und dass er nicht bereit ist, mit dem Parlament auf Augenhöhe zu diskutieren. Könnten Sie uns bitte diesen Traditionsbruch erklären?

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Rinderspacher, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Markus Rinderspacher (SPD): Die Regierungserklärungen können es nicht sein. Auch Herr Seehofer und Herr Stoiber haben Regierungserklärungen formuliert.

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Lieber Herr Vizepräsident, die Karos sind heute wieder sehr klein, die Sie beschreiben. Mir ist es völlig neu, dass es irgendwelche Traditionen gibt, wer wann an welchen Debatten teilnimmt. Der Haushalt ist in erster Linie die Verantwortung des Finanzministers, der die ganze Zeit anwesend ist. Am Donnerstag wird es dann zur Aussprache kommen. Die Idee, dass es hier wie im Bundestag gemacht werden sollte, ist mir neu. In den letzten Jahren war das nicht so.

Ich wiederhole: Es gab 20 Regierungserklärungen. Der Großteil davon entfiel auf Corona und andere Themen. Das soll erst einmal ein Ministerpräsident nachmachen, auch in SPD-geführten Ländern. Wenn wir so weit sind, dann reden wir wieder über die Aussprache zum Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt noch eine weitere Intervention von Herrn Abgeordneten Martin Böhm von der AfD-Fraktion. Bitte.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Herrmann, meinen Ausführungen möchte ich noch eine Bemerkung zu den 18 Regierungserklärungen vorausschicken: Man kann 18-mal sehr wenig sagen und trotzdem reden. Eine Regierungserklärung ist immer dann gut, wenn sie einen Inhalt hat.

Ich wollte Ihnen aber etwas ganz anderes sagen: Sie haben mich gerade als "das Letzte" bezeichnet. Ich sage Ihnen ehrlich: Das trage ich mit frohem Herzen; denn ich trage das für eine Million bayerische Bürger, die uns als einzig wahre Opposition verstehen und die bei der letzten Landtagswahl uns gewählt haben. Diese Menschen werden niemals wieder die CSU wählen, und sie werden auch Sie nie mehr wählen. Ihre sprachlichen Entblößungen, die Sie dem Hohen Haus eben dargelegt haben, sind ein weiterer Schritt in Richtung 30 % für die CSU. Herr Staatsminister, dafür danke ich Ihnen herzlich, auch im Namen meiner ganzen Fraktion. Danke schön!

(Beifall bei der AfD)

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Das meinte ich vorhin mit den sarkastischen und bösartigen Formulierungen, die Sie einfach einmal untersuchen lassen sollten.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20190 und 18/20191, 18/20224 und 18/20225, 18/20317 mit 18/20324 sowie 18/20478 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/21894 zugrunde.

Zunächst ist über die beiden eingangs erwähnten Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form abzustimmen.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung" auf Drucksache 18/20319. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Ich sehe keine fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen" auf Drucksache 18/20324 abstimmen. Auch dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen gibt es keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 02 selbst. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit der in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/21894 genannten Änderung zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/21894, weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 18/20478 seine Erledigung gefunden hat.

Die Beratung des Einzelplans 02 ist abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 3

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20190

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
   (Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 18/20191

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stellenumsetzungen zur Stärkung der Innenrevisionen der Ministerien
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20224

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 02 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/20225

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20317

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge der abgeordneten Beamten
   (Kap. 02 03 Tit. 422 31)
   Drs. 18/20318

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 531 21)
   Drs. 18/20319

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Eine-Welt-Promotorinnenprogramm
   (Kap. 02 03 Tit. 682 53)
   Drs. 18/20320

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Markus Bayerbach, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen
   (Kap. 02 03 Tit. 685 53)
   Drs. 18/20321

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Ferdinand Mang, Markus Bayerbach u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Förderung der internationalen Beziehungen Bayerns
    (Kap. 02 03 Tit. 687 53)
    Drs. 18/20322

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Ferdinand Mang, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
    (Kap. 02 03 Tit. 698 54)
    Drs. 18/20323

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen
    (Kap. 02 03 Tit. TG 53)
    Drs. 18/20324

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 01

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20315 und 18/20316)

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen auch gleich zur Abstimmung. Vorab weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/20316 betreffend "Mitgliedsbeiträge und sonstige Unterstützungen an Verbände, Vereine u. dgl." Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022 für den Einzelplan 01, die Änderungsanträge der AfD-Fraktion auf den Drucksachen 18/20315 und 18/20316 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21893 zugrunde.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/20316 in einfacher Form. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Sind fraktionslose Abgeordnete anwesend? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen! – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 01 selbst. Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 01 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Gegenstimmen! – Das ist die AfD. Stimmenthaltungen! – Keine. Ich sage noch einmal: Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Damit ist der Einzelplan 01 angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist es so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 1

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 01

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Ausgaben für repräsentative Anlässe und Begegnungen mit Bürgern (Kap. 01 01 Tit. 535 01)
   Drs. 18/20315

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Mitgliedsbeiträge und sonstige Unterstützungen an Verbände, Vereine u. dgl. (Kap. 01 01 Tit. 686 05)
   Drs. 18/20316

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 11

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

Auch hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022 für den Einzelplan 11 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21904 zugrunde. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einstimmig zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Fraktionslose sind nicht anwesend. Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Die Beratung des Einzelplans 11 ist damit auch abgeschlossen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 06.04.2022 **Drucksache** 18/**22173**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Dem Einzelplan 07 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/21900) genannten Änderungsanträge zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 06.04.2022 **Drucksache** 18/**22176**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

Dem Einzelplan 10 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/21903) genannten Änderungsanträge zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 06.04.2022 **Drucksache** 18/**22178**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 03 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Dem Einzelplan 03 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/21895) genannten Änderungsanträge zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 06.04.2022 **Drucksache** 18/**22181**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Dem Einzelplan 05 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/21897) genannten Änderungsanträge zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 06.04.2022 **Drucksache** 18/**22183**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

Dem Einzelplan 15 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/21910) genannten Änderungsanträge zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 06.04.2022 **Drucksache** 18/**22186**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

Dem Einzelplan 09 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/21902) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 06.04.2022 **Drucksache** 18/**22189**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

Dem Einzelplan 12 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/21905) genannten Änderungsanträge zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 06.04.2022 **Drucksache** 18/**22191**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Dem Einzelplan 14 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/21907) genannten Änderungsanträge zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Harald Kühn
Abg. Andreas Krahl
Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
Abg. Andreas Winhart
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Dr. Dominik Spitzer
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Susann Enders
Staatsminister Klaus Holetschek

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 14

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/20493 mit 18/20501 und 18/20539)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/20454 mit 18/20459)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20269 mit 18/20283)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20408 mit 18/20415 und 18/20417 mit 18/20422)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/20161 mit 18/20171)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20200 mit 18/20211)

Einzelheiten können Sie der Tagesordnung entnehmen. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren beiden Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/20411 und 18/20413 einfache Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Harald Kühn für die CSU-Fraktion das Wort.

Harald Kühn (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister Holetschek, Hohes Haus! Gerade in diesen Zeiten wird uns bewusst, welch großes Privileg es ist, in Frieden und Freiheit leben zu dürfen. Unsere Gedanken sind in besonderer Weise bei den Menschen in der Ukraine. Der Freistaat Bayern bietet zahlrei-

chen Kriegsflüchtlingen Schutz und Sicherheit. Hierzu zählt auch eine sachgerechte medizinische Versorgung. Im Übrigen wird durch diesen furchtbaren Krieg auch deutlich, welch große Bedeutung eine funktionsfähige Landesverteidigung hat.

Auch in diesem Jahr gilt meine Anteilnahme allen Opfern und Leidtragenden der Corona-Krise. Gleichzeitig danke ich allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die in welcher Form auch immer durch ihr Engagement dazu beigetragen haben, die schwierige Situation zu verbessern.Ich persönlich gehe nach wie vor davon aus, dass die Entscheidungen der Bundesregierung und der Landesregierungen seit zwei Jahren jeweils auf der Basis von umfassenden medizinisch-wissenschaftlichen Empfehlungen erfolgen. Diese brachten und bringen klar zum Ausdruck, dass nur damit, wie die ehemalige Bundeskanzlerin unter anderem am 11. März 2020 betonte, eine Überlastung des deutschen Gesundheitssystems, insbesondere der Krankenhäuser und Intensivstationen, und damit ein noch weit größerer Schaden für unser Land verhindert werden konnte.

Mit dieser Prämisse kam es offenbar zu den tiefgreifenden gubernativen Verhältnismäßigkeitsentscheidungen, von denen ich annehme, dass diese aus der Sicht der Regierungsverantwortlichen die entscheidende Grundlage für die sogenannten Corona-Maßnahmen und die damit auch verbundenen erheblichen finanziellen Auswirkungen waren.

Leider muss man feststellen, dass es weiterhin nicht wenige Betroffene dieser Maßnahmen gibt. Das betrifft die medizinischen, psychologischen, pädagogischen und wirtschaftlichen, aber auch die finanziellen Folgen. Deshalb habe ich persönlich Verständnis für diejenigen, die sich mit Fragen und Kritik an die zuständigen Regierungsstellen gewandt haben. Ich betone ausdrücklich, dass das nichts mit Corona-Leugnern zu tun hat; denn zu leugnen gibt es nichts. Das Virus und seine Mutationen sind da und werden voraussichtlich bleiben.

Wichtig ist, dass ein Weg hin zu möglichst viel Normalität gefunden wird. Gerade in den vergangenen zwei Jahren konnten wir feststellen, dass wir grundsätzlich über eine sehr leistungsfähige medizinische Versorgung verfügen, und zwar in der Stadt wie auf dem Land, mit einem effizienten System privater und öffentlicher – auch als wichtiger Teil der kommunalen Daseinsvorsorge – Angebote. Auch deshalb können wir froh sein, in Deutschland, in Bayern leben zu dürfen.

Durch den medizinischen, wirtschaftlichen und technischen Fortschritt, die demografische Entwicklung und das zunehmende Gesundheitsbewusstsein der Menschen steigt die Lebenserwartung und damit die Relevanz der Gesundheitswirtschaft. Die bayerische Gesundheitswirtschaft hat neben den Versorgungsaufgaben große strukturpolitische Bedeutung. 800.000 Arbeitsplätze, rund 50 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung – das sind schon beachtliche Größen. Sie trägt zur Schaffung bzw. Sicherung von qualifizierten Arbeitsplätzen vor allem im ländlichen Raum bei.

Leistungsfähige Krankenhäuser sind ein wesentlicher Teil davon. Insofern ist es erfreulich, dass für 2022 im Krankenhausetat insgesamt – mit den Kommunen – 643 Millionen Euro im Einzelplan 13 vorgesehen sind. Der Landesanteil am Krankenhauszukunftsfonds für die IT-Optimierung umfasst 180 Millionen Euro für die Jahre 2021 und 2022. Mit dem Sonderfonds Corona-Pandemie werden von der Staatsregierung Ansätze zur Verminderung der Auswirkungen der Corona-Krise für alle Ressorts in Höhe von 4,1 Milliarden Euro im Einzelplan 13 veranschlagt.

Mit dem Einzelplan 14 für 2022 werden im Rahmen der Landeskompetenzen weiterhin die entscheidenden Voraussetzungen für die bestmögliche Versorgung in unserem Land bereitgestellt. Der Regierungsentwurf umfasst ein Gesamtvolumen von rund 885 Millionen Euro; das sind rund 6 % mehr als im vergangenen Jahr. Im Personalhaushalt sehen wir insgesamt 1.756 Stellen an drei Standorten in München und an drei Standorten in Nürnberg vor.

Mit dem vorliegenden Entwurf setzt die Staatsregierung auch den zwischen Bund und Ländern vereinbarten Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst weiter um. Verteilt auf die Jahre 2022 bis 2026 werden aus dieser Vereinbarung 425 Stellen, davon 161 im Einzelplan 14, neu veranschlagt. Damit wird auch die Handlungsfähigkeit der Gesundheitsbehörden vor Ort wesentlich gestärkt.

Vor diesem Hintergrund will ich zu den Sachpunkten erwähnen, dass gerade die Stärkung des ländlichen Raums auch in diesem Einzelplan große Bedeutung hat. Ich nenne hier nur exemplarisch die Stichworte Landarztprämie, Programm für Kurorte und Heilbäder, neues Stipendienprogramm für Medizin-Studenten. Auch das Förderprogramm für die Gesundheitsregionen plus – 60 an der Zahl, heuer drei neue – kommt sehr gut an und ist ein wichtiger Beitrag. Ebenfalls bedeutsam sind für uns die Fördermaßnahmen im Bereich der Unterstützung von Hebammenleistungen bzw. der Geburtshilfe in Höhe von 31 Millionen Euro sowie der Digitalisierung in Krankenhaus und Pflege mit rund 14 Millionen Euro.

Das Thema Pflege ist wieder fest verankert. Bedeutsam sind mit rund 100 Millionen Euro die Umsetzung des Pflegeberufegesetzes, das neu aufgelegte Stipendienprogramm für Pflegestudenten und das der Staatsregierung sehr wichtige Landespflegegeld in Höhe von 430 Millionen Euro. Die Familienpflege findet sich mit 7 Millionen Euro wieder. Die Bereiche der Kurzzeitpflege, die Qualifizierungsmaßnahmen in der Pflege sowie die Umsetzung der Bayerischen Demenzstrategie, sind mit 23 Millionen Euro verankert.

Die Pflegestützpunkte werden weiter ausgebaut. 32 sind in Betrieb, 16 im Entstehen. Der Neu- und Ausbau von Pflegeheimen ist mit insgesamt 100 Millionen Euro verankert. Auch hier geht immer mehr; aber ich denke, wir sind mit der Förderrichtlinie "Pflege im sozialen Nahraum" sehr gut unterwegs. 1.000 Plätze waren damals als Ziel ausgegeben; nach zwei Jahren hatten wir bereits über 2.500. Die Prävention und der Gesundheitsschutz sind mit den bekannten Themen bis hin zum Jahresthema Herzinfarkt mit insgesamt 65 Millionen Euro auch wieder gut vertreten.

Meine Damen und Herren, der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik. Die Pflege und die Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden sind ein Gebot der Menschlichkeit. Deshalb haben wir die Mittel für die palliativmedizinische und die geriatrische Versorgung sowie für den Hospizbereich entsprechend fortgeschrieben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in dieser schwierigen Zeit zeigt sich der breiten Öffentlichkeit die außerordentlich große Bedeutung der Arbeit des gesamten medizinischen Personals einschließlich privater Gesundheits- und Pflegeanbieter sowie der sozialen Wohlfahrtsverbände. All diesen für das Funktionieren unseres Gemeinwesens so wichtigen Menschen sei bei dieser Gelegenheit vielmals gedankt. Ich danke auch allen verantwortlichen Vertretern der Bayerischen Staatsregierung mit Herrn Staatsminister Holetschek an der Spitze, der Staatsverwaltung, den Oppositions- und den Regierungsfraktionen. Ich bedanke mich sehr herzlich ´bei den Vorsitzenden der beiden Ausschüsse, Bernhard Seidenath und Josef Zellmeier. Das Hohe Haus bitte ich um Zustimmung zum Entwurf des Einzelplans 14. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Andreas Krahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, bereits Stunden, nachdem die neue Ampel-Regierung in Berlin die Verantwortung übernommen hatte, fing die Staatsregierung hier in Bayern an, sich aus der Verantwortung für diesen Freistaat zu ziehen. Die neue Liberalitas Bavariae der Staatsregierung ist es anscheinend, sich möglichst überall in diesem Freistaat nicht mehr zuständig zu fühlen. Genau nach diesem Motto hört man, seit die Ampel in Berlin vereidigt wurde, den Gesundheitsminister auf bayerischer Ebene zwar mit klugen Ideen um die Ecke kommen. Deren Umsetzung fordert er aber ständig nur von der Bundesregierung ein. Stattdessen sollte er den Hebel umlegen und in der so wichtigen Gesundheits-

und Pflegepolitik – Herr Kollege Kühn hat es angesprochen – das Zepter des Handelns endlich selbst in die Hand nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man müsste meinen, dass nur geringe finanzielle Mittel im bayerischen Staatshaushalt dafür eingeplant werden, wenn es auf bayerischer Ebene angeblich so wenige Kompetenzen gibt. Schaut man aber in den bayerischen Staatshaushalt, fliegt einem eine ganz andere Zahl um die Ohren: 885 Millionen Euro für diesen wichtigen Bereich! Diese 885 Millionen Euro sind aber – das kann ich vorwegnehmen, sehr geehrter Herr Minister – komplett falsch eingeplant und fließen komplett in die falsche Struktur.

Ich kann Ihnen aber auch weiterhelfen. Herr Kollege Kühn, Sie haben das Landespflegegeld angesprochen. Noch immer geben wir jährlich 430 Millionen Euro für ein extrem teures Wahlgeschenk der Söder-Regierung von 2018 an die Bürger und Bürgerinnen aus. Der Nutzen dieser 430 Millionen Euro für die Pflege-Infrastruktur im Freistaat ist gleich null. Ich frage Sie: Wären diese 430 Millionen Euro nicht besser in sektorenübergreifenden Initiativen angelegt? Wären diese 430 Millionen Euro nicht besser in nachhaltigen Versorgungsmodellen angelegt? Wären diese 430 Millionen Euro nicht besser in Beratungs- und Unterstützungsangeboten angelegt? – Herr Kühn, Sie haben die Pflegestützpunkte angesprochen. Diese 430 Millionen Euro wären auf jeden Fall besser in Gesundheitsförderung angelegt, um Prävention für Pflegende zu stärken, und zwar unabhängig davon, ob es sich um professionell Pflegende handelt oder um Angehörige, die sich ihrer Pflegeperson widmen. Jede pflegende Person zählt, Herr Minister.

Wir können es uns im Jahr 2022, gerade nach dieser Pandemie, schlicht nicht leisten, auch nur eine einzige weitere Pflegefachperson zu verlieren. Der Barmer-Pflegereport zeigt doch, dass die Zahl der Menschen, die in Zukunft auf Pflege angewiesen sein werden, noch dramatischer wächst, als wir es uns im vergangenen Jahr hätten vorstellen können.Die pflegenden Angehörigen zu Hause können nicht mehr schultern. Auch

die hätten dieses Wahlgeschenk von 430 Millionen Euro deutlich besser verwenden können, wenn man es in Gesundheitsförderung, in Kurzzeitpflege, in Tagespflege oder einfach in Präventionsprogramme gesteckt hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo ist denn die Landespflegestrukturplanung? Wo sind die Beratung und die Unterstützung in der Fläche? Wo sind die versprochenen Pflegestützpunkte? Im Übrigen, Herr Kühn, haben Sie 16 an der Zahl, die es zusätzlich geben soll, angesprochen. Im Jahr 2008 war geplant, dass in jedem einzelnen Landkreis in diesem Freistaat ein Pflegestützpunkt entstehen soll. Da bringen uns die 16, die dann im nächsten Jahr entstehen, auch nur maßvoll weiter.

Wo ist das, was der Minister auf Bundesebene fordert, hier in diesem Haushalt zu finden? Es ist schlicht nicht vorhanden. Wo ist die Förderung von innovativen Konzepten, Advanced Nursing Practice, mobile Teams, Demenz-WGs oder sektorenübergreifende Versorgung? All das, meine Damen und Herren, liegt in der Kompetenz des Freistaats Bayern und damit, sehr geehrter Herr Holetschek, auch in Ihrer Kompetenz. Wo ist eigentlich der Meisterbonus für fachweitergebildete Pflegekräfte, die heute noch immer verzweifelt versuchen, auch nur eine Rechnung mit der sogenannten harten Holetschek-Währung, dem bayerischen "Vergelts Gott", zu bezahlen? Wo erkennen Sie, lieber Herr Minister, dass 14 Millionen Euro für eine Digitalisierungsoffensive wahrscheinlich nicht einmal dafür reichen, dass man die Münchner Kliniken auf den digitalen Stand des Jahres 2022 bringt?

Sie haben versucht – und das möchte ich auch ausdrücklich sagen –, die grüne Forderung nach einer Steigerung der in Bayern – das sei mir auch erlaubt zu sagen – bedauernswert niedrigen Akademisierungsquote in der Pflege umzusetzen und hier auch Mittel einzustellen. Dafür erst einmal Danke. Aber es kommt zu wenig. Ich kann auch sagen, warum zu wenig kommt. Der Wissenschaftsrat der Bundesregierung fordert eine Akademisierungsquote – im Übrigen waren wir uns da im Ausschuss auch einig,

dass wir die erreichen wollen – von 20 % in der professionellen Pflege. Bayern steht bei 0,4 %. Bei 0,4 %! 20 % sollen wir erreichen. Das heißt, wir müssen das Ganze in den nächsten Jahren verzwanzigfachen. Warum ist denn das Interesse an den primär qualifizierenden Pflegestudiengängen noch immer so gering? – Weil es für die Studierenden noch immer keine Vergütung für ihre Praxiseinsätze gibt. Ja, Sie wollen sich auf der Bundesebene für eine einheitliche Regelung einsetzen. Aber hier, konkret im Freistaat Bayern, müssen die Stipendien ausbezahlt werden. Dort muss Geld investiert werden, da haben wir Nachholbedarf. Dort müssen die Unis und die Hochschulen auch so auskömmlich finanziert werden, dass es leicht ist, die noch immer fehlende Refinanzierung der Praxisanleitung im Rahmen des Studiums dann auch wirklich umzusetzen und mit den entsprechenden Mitteln auszustatten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Übrigen – und damit komme ich zu dem alljährlich gleich gewählten Schluss bei der Haushaltsdebatte – bin ich auch im Jahr 2022 noch immer der Meinung, dass es die professionelle Pflege, der Freistaat Bayern und die dort arbeitenden Pflegekräfte redlich verdient hätten, endlich eine eigene berufsständische Selbstverwaltung im Form einer Pflegekammer zu bekommen, nachdem Island, Norwegen und die ganzen skandinavischen Länder über das hundertjährige Jubiläum ihrer Pflegekammern bereits hinaus sind.

Ich möchte diese Selbstverwaltung – und ich betone Selbstverwaltung –, weil dieses Möchtegern-Konstrukt der Vereinigung der Pflegenden in Bayern auch dieses Jahr wieder vollfinanziert im Haushalt steht. Warum steht es denn vollfinanziert drin? – Wes Brot ich ess, des Lied ich sing. Haben es Pflegefachkräfte in diesem Land wirklich verdient, dass sie der Staatsregierung nach dem Mund reden müssen, weil sie entsprechend finanziert werden? – Wir als grüne Landtagsfraktion sagen: Eindeutig nein!

Nach über acht Minuten der Aussprache von meiner Seite liegt, glaube ich, unser Abstimmungsverhalten zu dem Haushaltsentwurf nahe: Ein Nein aus voller Überzeu-

gung! So kann man mit der professionellen und der Angehörigenpflege in diesem Freistaat nicht umgehen. Wir brauchen diese Menschen, und wir müssen es schaffen, dass diese Menschen mit all unserer finanziellen Macht, die wir haben, in Zukunft ihre individuellen Aufgaben in unserem Gesundheitssystem auch leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Professor Dr. Peter Bauer von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie hat der Gesamtgesellschaft schonungslos, ehrlich und drastisch vor Augen geführt, welche schier unglaublichen Leistungen die stationären Pflegekräfte und die pflegenden Angehörigen tagein, tagaus leisten, 365 Tage, 24 Stunden jeden Tag. Herzlichen Dank dafür! Das muss an der Stelle mal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das gilt insbesondere auch für die pflegenden Angehörigen, die ja in der Öffentlichkeit sehr schlecht weggekommen bzw. gar nicht erwähnt worden sind. Bei den Vorrednern habe ich das auch sehr vermisst, Herr Krahl. Pflegende Angehörige leisten rund 70 % aller Pflegeleistungen. Besonders belastet sind die Frauen – die Frauen, die zum allergrößten Teil zu Hause pflegen, die Frauen, die bereits dreifach belastet sind: mit dem eigenen Beruf, mit der Haushaltsführung, mit der Kinderbetreuung während der Homeoffice-Zeit. Das müssen Sie sich alles einmal vorstellen. Ich verneige mich mit Respekt und tiefer Dankbarkeit vor dieser großartigen Leistung. Noch einmal herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Als Patienten- und Pflegebeauftragter bin ich sehr dankbar, dass im Haushaltsplan – das ist ja vorhin schon gesagt worden – 6 % mehr Mittel zur Verfügung stehen. Des-

wegen möchte ich ganz gern im Schnelldurchgang erläutern, was mir als bayerische Leistungen besonders am Herzen liegt, Herr Krahl. Da sollten Sie vielleicht noch einmal ein bisschen näher hinschauen:

Alt werden in der Heimat – das ist unser Ziel, das ist unser zentraler Anspruch. Deswegen haben wir die Schaffung von Kurzzeitpflegeplätzen mit 6,5 Millionen Euro im Haushalt zusätzlich gefördert. Die Verpflichtungsermächtigungen betragen noch einmal 8,5 Millionen Euro. Deswegen möchte ich auch eine ganz klare Kritik an der Grundsatzrede von Herrn Hartmann von den GRÜNEN zu Beginn der Plenarsitzung bzw. der dreitägigen Debatte richten. Er hat das nämlich völlig falsch dargestellt. In Bayern werden Kurzzeitpflegeplätze geschaffen, und es ist nicht richtig, es ist schlichtweg falsch zu sagen, dass wir hier stehenbleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir erhöhen den Ausgleichsfonds – Pflegeberufegesetz – um 24,5 Millionen Euro. Auch die Stipendienvergabe haben wir in Bayern mit der Akademisierung in Angriff genommen, mit 1,2 Millionen Euro. Der besondere Schwerpunkt ist PflegesoNah, ich hatte das eingangs schon erwähnt. Das wird eine Daueraufgabe sein, und da werden wir dranbleiben. Darauf können Sie sich verlassen. Spiritual Care ist auch ein ganz wichtiges Projekt, auch für mich persönlich, weil es nämlich die Benefits für die Pflegenden erarbeiten soll. Dieses Forschungsprojekt, diese Langzeitstudie schieben wir an. Davon hat auch jeder Pflegende etwas. Der internationale Pflegecampus in Bad Windsheim hat auch ein Thema, an dem wir wirklich vor Ort arbeiten müssen, nämlich die Schwerpunktaktivierung zivilgesellschaftlichen Engagements zur Bekämpfung des Pflegenotstands.

Was mir auch und ich glaube uns allen am Herzen liegt, ist das Kinderhospiz Sternenzelt in Mainfranken. Herr Kühn hat es in seiner Rede schon erwähnt. Auch das fördern wir. Das ist ein ganz emotionales Thema, um das sich der Freistaat Bayern geküm-

mert hat. Da rufen wir nicht nach dem Bund, sondern das machen wir selber. Wir machen genug selber, das kann ich Ihnen mal ins Stammbuch schreiben.

Auch die Stiftung für Innovative Medizin in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Neuropathologie und Prionforschung ist in unserem Haushalt mitenthalten. Die Be- und Entlüftung des Kreiskrankenhauses in Kulmbach ist auch ein örtliches Projekt, das wir fördern. Sie können nicht sagen, wir stellen uns hier hin und rufen nach dem Bund, sondern wir machen das, was wir können.

Pflege geht uns alle an, früher oder später. Die Bayernkoalition nimmt dies sehr ernst und reagiert richtig. Ich bitte um die Zustimmung zu unserem Einzelplan.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart von der Fraktion der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ist dieser Haushalt im Einzelplan für das Gesundheitsministerium schon Post-Corona, schon nach der Corona-Zeit, oder ist er noch mittendrin, meine Damen und Herren? Wir merken: Es neigt sich allmählich dem Ende zu. Wir haben Gott sei Dank wieder andere Themen. Aber während wir hier diskutieren, muss jeder wissen: Heute ist Mittwoch. Am Mittwoch sind die meisten Mahnwachen in Bayern. Auch heute gehen wieder Hunderte von Menschen auf die Straße; denn morgen wird im Bundestag über die allgemeine Impfpflicht entschieden. Die Menschen sind immer noch unzufrieden mit dem, was dort verabschiedet werden soll unter dem Vorwand "nur ab 60 plus", aber mit einem Hintertürchen, dass die Impfpflicht jederzeit für die Allgemeinheit aktiviert werden könnte. Das ist keine verlässliche und vertrauenswürdige Politik, was die Ampel da in Berlin veranstaltet, meine Damen und Herren.

Natürlich haben wir hier einige Herausforderungen vor uns. Man hat mit Long-COVID-Patienten zu kämpfen. Das ist nicht abzustreiten. Da kommt noch einiges auf uns zu. Aber wir haben in Zukunft genauso mit Patienten zu kämpfen, die Impfschäden davongetragen haben. Die werden auch laut der Mainstream-Presse jeden Tag mehr.

Die öffentlichen Kliniken in Bayern weisen für die letzten zwei Jahre zum Großteil ein großes Defizit auf. Auch das wird einen großen Einfluss auf unsere Politik hier im Landtag haben. Viele Behandlungen wurden aufgeschoben, weil die Leute die eine oder andere OP nicht angetreten haben. Wir haben das Thema Prävention in den letzten beiden Jahren während Corona komplett vernachlässigt. Viele Leute sind nicht zu den notwendigen Vorsorgeuntersuchungen gegangen, weil sie sich dann vielleicht testen hätten müssen oder weil sie vielleicht Schwierigkeiten hatten, überhaupt einen Termin zu bekommen. Natürlich hat die Corona-Krise den Pflegemangel massiv verstärkt, meine Damen und Herren. Da sind wir wieder bei dieser sehr unseligen partiellen Impflicht,

(Zuruf)

die dazu beigetragen hat, dass die extrem niedrige Personaldecke noch mal dünner geworden ist, meine Damen und Herren. Das war nicht zielführend.

(Beifall bei der AfD)

Bleiben wir beim Thema Pflege. Was wurde in der letzten Zeit angegangen? – Die Themen Akademisierung und Generalistik, meine Damen und Herren. Wir von der AfD haben gewarnt: Macht es bitte nicht! – Jeder hat in den Chor eingestimmt: Doch, das muss sein! Das bringt uns voran. – Was ist in der Praxis draußen passiert, meine Damen und Herren? – Die Pflegekräfte sind demotiviert worden, weil sie demnächst eine 25-jährige oder 23-jährige Absolventin mit einem Bachelor-Abschluss vor die Schnauze gesetzt bekommen, die sie dann in ihrer neuen Führungsposition herumscheucht. Das motiviert doch keine examinierten Pflegekräfte, die jetzt noch eine Stufe weniger auf der Karriereleiter erklimmen können.

Das ist nicht gut, meine Damen und Herren. Da haben wir einen großen Fehler gemacht. Das muss zurückgenommen worden. Wir haben mit der Einführung der Generalistik – das wird sich in den nächsten Jahren verstärken – die Altenpflege mehr oder weniger ausbluten lassen. Das geht eindeutig auf Ihre Rechnung!

Aber wir von der AfD bieten Lösungen an, meine Damen und Herren. Es geht nicht darum, nur zu mäkeln, wie es der Herr Krahl eben gemacht hat. Nein, wir wollen Lösungen anbieten. Ich weiß, dass Sie sich mit AfD-Anträgen immer schwertun.

(Zurufe)

– Oh! Jetzt mal aufpassen! – Ein guter Vorschlag von uns ist beispielsweise, die Digitalisierung in der Pflege voranzutreiben und deutlich mehr Geld zur Verfügung zu stellen, als es im Haushaltsvorschlag der Regierung der Fall ist. Dazu haben wir auch einen entsprechenden Antrag gestellt. Sie können gleich mal zeigen, wie ernst es Ihnen mit der Digitalisierung der Pflege ist, indem Sie nachher in der Einzelabstimmung unserem Antrag zustimmen, werte Kollegen, die gerade gemurrt haben.

Dann haben wir das Thema Landespflegegeld, meine Damen und Herren. Jeder, der regelmäßig im Ausschuss ist, weiß: Wir haben da immer noch diese Probleme mit dem Ausschütten. Das funktioniert immer noch nicht. Auch hier ist endlich Abhilfe zu leisten.

Dann haben wir die Vereinigung der Pflegenden. Wie viele Pflegende repräsentiert diese Vereinigung denn, meine Damen und Herren? – Die haben überhaupt keine Mitgliederzahl, die nennenswert ins Gewicht fällt. Wir geben aber trotzdem einen Haufen Geld dafür aus. Das kann nicht sein. Hier muss gespart werden. Entweder ist es ein Verein, der sich selbst trägt, meine Damen und Herren, oder es ist eine Kammer. Dann muss eine Pflichtmitgliedschaft bestehen. Aber irgendetwas dazwischen, das wir subventionieren, kann nicht sein.

Das Pflegeprojekt PflegesoNah ist ein Erfolg. Das muss man ganz klar sagen. Aber wir sehen auch, dass das Antragsvolumen die Mittel deutlich übersteigt. Hier ist ein klarer Bedarf aus der Bevölkerung zu erkennen. Jetzt frage ich mich, warum man hier die Mittel weiterhin so niedrig hält und sie nicht massiv ausbaut, vor allem wenn es um die ambulante Pflege geht, um Zutrittsmöglichkeiten zu schaffen und den Leuten zu helfen, meine Damen und Herren. Hier wäre eine Mittelerhöhung überfällig.

Da wir gerade bei der ambulanten Pflege sind: Wir können uns schon mal überlegen, wie wir bei der ambulanten Pflege weitermachen, weil die Pflegenden mit dem Auto herumfahren. Wie soll das noch funktionieren, wenn die Spritpreise weiter ansteigen und die CO_2-Steuer noch dazukommt? Das können Sie von den ganzen Altparteien sich mal überlegen. Meine Damen und Herren, wir haben hier versucht, konstruktiv etwas beizutragen. Das ist von Ihrer Seite anscheinend nicht gewünscht. Wir werden trotzdem mit den Menschen draußen darüber sprechen, wie man es besser hätte machen können. In diesem Sinne ist es klar, dass wir diesen Einzelplan ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Die Pandemie hat deutlich gezeigt, was vorher auch schon, eigentlich immer schon gegolten hat: Gesundheit ist vielleicht nicht alles; aber ohne Gesundheit ist alles nichts. – Der Haushalt für Gesundheit und Pflege muss daher ein Kernstück der bayerischen Politik sein. Hier geht es darum, die gesundheitliche Versorgung für alle sicherzustellen. Der Zugang zu den jeweils besten medizinischen Behandlungen muss allen offenstehen, auch Menschen mit sozialer Benachteiligung, Älteren oder für Menschen mit Behinderung. Geld, das in diesen Haushalt fließt, ist gut angelegtes Geld. Das meine ich ziemlich wörtlich. Dieses Geld wird angelegt, also investiert in eine gemeinsame gesundheitliche Versor-

gung. Das ist kein Geld, das ausgegeben wird und dann einfach weg ist, sondern wir schaffen damit die Grundlage für eine gemeinsame gesunde Zukunft.

Wir als SPD-Fraktion haben deswegen unsere Anträge und Vorschläge unter den Titel und das Motto gestellt: Investitionen in die gesundheitliche und soziale Infrastruktur. – Das heißt, wir wollen in die Pflege investieren. Es geht uns um die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte, um die Anwerbung und Ausbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und um die Rückgewinnung von top ausgebildeten Menschen, die den Pflegeberuf inzwischen verlassen haben oder die in Teilzeit gegangen sind. Dazu haben wir einen Rückkehrbonus vorgeschlagen.

Wir wollen in den Ausbau und die Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen investieren. Wenn eine Sanierung oder ein Umbau nicht mehr sinnvoll ist, dann müssen auch Ersatzneubauten angemessen gefördert werden.

Ganz wichtig ist: Bekanntlich wird der größte Anteil der Pflege zu Hause geleistet. Nach wie vor sind die pflegenden Angehörigen der größte Pflegedienst der Nation. Ohne sie geht es nicht. Doch viele sind zunehmend belastet und überfordert. Die pflegenden Angehörigen zu unterstützen, ist eine weitere wichtige und geradezu unverzichtbare Investition. Deswegen muss der Ausbau der Pflegestützpunkte im ganzen Land dringend weiter vorangebracht werden.

(Beifall bei der SPD)

Dabei müssen wir auch unbedingt die Kommunen durch eine stärkere finanzielle Beteiligung des Freistaats entlasten. Die Menschen brauchen Beratung und Begleitung vor Ort. Die ehrenamtlichen Initiativen brauchen Unterstützung. Das muss Bayern leisten. Natürlich müssen wir die Pflege daheim auch durch Kurzzeitpflegeplätze, Tagespflege, ambulante Pflege, moderne neue Wohnformen und vieles mehr unterstützen. Hier gäbe es eigentlich ein sehr gutes Projekt namens "PflegesoNah"– Pflege im sozialen Nahraum.Damit können die verschiedenen Versorgungsformen miteinander verbunden werden. Wir kommen damit besser an die Lebensbedingungen der Men-

schen heran und können sie so wirklich wirksam unterstützen. Deswegen wird das auch sehnlichst erwartet. Leider sieht der Haushalt der Staatsregierung viel zu wenig Geld vor, um dieses gegebene Versprechen wirklich halten zu können. Im abgelaufenen Jahr 2021 gab es bei 118 Förderanträgen nur 29 Zuwendungsbescheide. Viel zu viele gehen leer aus und werden vertröstet. Dabei wissen wir doch, dass die Menschen häufig am Limit sind. Hier lohnt sich jede Investition.

(Beifall bei der SPD)

Liebe GRÜNE, Sie sagen, wir hätten zwar recht, aber der Haushalt gäbe dafür nicht genug her. Vielleicht haben Sie das mit den Investitionen noch nicht ganz verstanden. Auch bei der Förderung der Krankenhausinvestitionen hinkt Bayern weiter hinter dem tatsächlichen Bedarf her mit der Folge, dass Gelder zweckentfremdet werden müssen und der Kostendruck steigt. Mehr als die Hälfte der bayerischen Krankenhäuser meldet ein Defizit. Das ist doch ein Warnzeichen. Die Krankenhausinvestitionen müssen dringend auskömmlich finanziert werden. Wir brauchen hier noch einmal einen großen Batzen mehr. Wir müssen in die Digitalisierung und in die Barrierefreiheit investieren. Gerade die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen und der Älteren müssen doch bei der Gesundheitsförderung berücksichtigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen auch in eine moderne und zeitgemäße psychiatrische Versorgung investieren. Dazu haben wir eine Reihe von Änderungsanträgen eingebracht. Vor diesem Investitionsbedarf wirken die Anträge der Regierungsfraktionen wie ein Klein-Klein; sie lassen kaum eigene Initiativen erkennen. Die FREIEN WÄHLER beschränken sich auf Einzelprojekte wie die Therapie mit Lamas, die in einem Kinderhospiz betrieben wird. Dafür werden 15.000 Euro in einem Staatshaushalt von insgesamt 71 Milliarden Euro aufgewandt. Ich mag Lamas und möchte auch Kinderhospize unterstützen. Wir brauchen aber nicht solche Einzelprojekte. Das ist doch wirklich ganz kleines Karo.

Die CSU konzentriert sich darauf, immer wieder wissenschaftliche Studien zu fordern und eigene Förderungen einzurichten, vorbei an den aus guten Gründen etablierten und transparenten Verfahren der Forschung. Die Wissenschaft muss unabhängig bleiben und eigene Schwerpunkte aus ihren Erkenntnissen und Bedarfen heraus setzen. Uns macht stutzig, dass Sie das der wissenschaftlichen Forschung offenbar nicht mehr zutrauen und ihr ständig hineinregieren wollen.

Wir von der SPD sehen die Gesundheitsversorgung als eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben der Politik in Bayern an. Wir wollen in Pflege, in moderne Krankenhäuser und in die bestmögliche medizinische Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen investieren. Sie werden sehen: Das lohnt sich.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Als nächster Redner ist schon Herr Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion unterwegs. Herr Dr. Spitzer, Sie haben das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Die Pandemie hat uns schonungslos die Schwächen unseres Gesundheitssystems vor Augen geführt. Denken wir nur an den öffentlichen Gesundheitsdienst. Es wurden massive Anstrengungen getätigt, um den Gesundheitsdienst auf ein digitales Niveau zu heben, damit er überhaupt funktioniert. Auch personell gab es hier massive Defizite. Die ersten Schritte in diesem Bereich wurden getan, weitere müssen aber folgen. Das gilt für das gesamte Gesundheitssystem, das leider mehr und mehr im Argen liegt.

Der Einzelplan 14 umfasst 885 Millionen Euro. Die FDP-Fraktion will davon insgesamt 410 Millionen Euro einsparen, abzüglich der bereits von uns zusätzlich geforderten Summen, die ich später nennen werde. Wir haben hier ein Einsparpotenzial von Geldern, die in anderen Bereichen dringend benötigt werden. Herr Krahl hat es bereits

ausführlich betont: Die Gelder werden falsch verwendet und an falscher Stelle eingesetzt.

Lassen Sie mich das Gesundheitssystem mit einem Uhrwerk vergleichen, das sehr viele Zahnräder besitzt. Einige dieser Zahnräder möchte ich Ihnen exemplarisch vorstellen. Sie wissen genau, dass diese Zahnräder ineinandergreifen. Wenn eines nicht funktioniert, dann lahmt das ganze System. Die Krankenhausplanung, die Zahl der Krankenhäuser und die Zahl der Betten, diese Themen dürfen nicht länger brachliegen. Allein aus parteipolitischen Gründen hier Abstand zu halten, ist der falsche Weg. Wir müssen diese Themen in Zukunft angehen.

(Beifall bei der FDP)

Die Pflege wird eines der wichtigsten Themen werden. Herr Holetschek hat das immer wieder betont und es nicht versäumt, diesem Thema einen zentralen Stellenwert zu geben. Ich denke aber, hier ist noch viel Luft nach oben. Sehen wir uns das Problem der Fachkräfte- und Personalgewinnung an; hier müssen wir vorwärtskommen. Wir müssen Auszubildende finden. Wir müssen die Leute wieder zurück in den Beruf bringen. Wir müssen die Akademisierung weiter voranbringen und dürfen nicht auf dem Stand bleiben, auf dem wir sind. Wir müssen außerdem Kräfte aus dem Ausland generieren.

Zur hausärztlichen Versorgung. Wir haben in Bayern aktuell 401 Kassensitze frei. 401 Arztpraxen sind nicht besetzt. Bei der Physiotherapie, der Ergotherapie, der Logopädie und bei den Hebammen, überall fehlt uns das Personal. Hier vielleicht ein kleiner Schwenk in die Praxis: Die letzten Versuche meiner eigenen Praxis, eine MFA zu bekommen, scheiterten. Es war keine zu finden. Viele Kräfte haben sich aufgrund der besseren Bezahlung für die stationäre Versorgung entschieden. Ich habe die Angst, dass dieses Uhrwerk früher oder später zum Stehen kommen wird. Gott sei Dank haben wir dieses hochmotivierte Personal. Ich danke deshalb allen, die in diesem System arbeiten.

Das Landespflegegeld wurde heute schon mehrfach angesprochen. Es gibt 430 Millionen Gründe, es abzuschaffen; denn es ist bedarfsunabhängig. Bei einem Gesamthaushalt von 885 Millionen Euro werden allein 430 Millionen Euro für das Landespflegegeld ausgegeben. Das kann nicht der richtige Weg sein, gerade vor dem Hintergrund, dass wir dieses Geld in anderen Bereichen benötigen.

Wir fordern eine Erhöhung der Förderpauschale für die Fachstellen für pflegende Angehörige um 502.000 Euro und die Errichtung eines Demenz- und Innovationsfonds, der weit über das hinausgeht, was bisher gefördert wurde, mit 5 Millionen Euro. Beim Förderprogramm PflegesoNah reichen die Placebo-Pflaster, die aktuell verteilt werden, bei Weitem nicht aus. Hier wollen wir mindestens 18 Millionen Euro mehr.

Die Aufgaben sind natürlich nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene zu suchen. Herr Staatsminister Holetschek, deshalb fordern wir von Ihnen, nicht nur auf den Bund zu schielen und dort Forderungen zu erheben, sondern wir fordern Sie auch auf zu liefern. Es ist an der Zeit, den Arzt wieder Arzt und die Pflegekraft wieder Pflegekraft sein zu lassen. Für unsere Entscheidungen in der Politik sollten wir immer das Wohl des Patienten zum Maßstab nehmen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Spitzer, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Herr Präsident, Sie kennen aus dem Allgäu sicher den Spruch: Stadt und Land – Hand in Hand. Meine Forderung lautet hier: Bund und Land – Hand in Hand.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 14 hat sich in den

letzten Jahren deutlich gemausert. Das ist gut so. Schließlich sind die Themen Gesundheit und Pflege das Fundament von allem. Das haben nicht zuletzt die zwei Corona-Jahre gezeigt. Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Die Gesundheit ist privat und politisch das Wichtigste. Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich daran, wie sie mit den Schwächsten, mit den Pflegebedürftigen, umgeht.

Genau diesen Fundamentalsätzen folgt der Einzelplan 14, der Haushalt für das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Herr Kollege Harald Kühn hat das eben schon mit Zahlen unterfüttert. Deshalb sind die 885 Millionen Euro und die 154 neuen Stellen in diesem Einzelplan 14 gut angelegt und ein weiterer großer Schritt auf dem Weg in Richtung unseres gemeinsamen Ziels, die bestmögliche medizinische, pflegerische und pharmazeutische Versorgung für alle Menschen in Bayern zu erhalten, unabhängig vom Wohnort in Stadt oder Land.

Unser Ziel ist es, eine passgenaue und flächendeckende Versorgung mit ambulanten haus- und fachärztlichen Leistungen, mit stationären Leistungen, mit Leistungen von Heil- und Hilfsmittelerbringern, mit Leistungen von Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie mit Leistungen von Apotheken in Stadt und Land gleichermaßen sicherzustellen.Dabei sind die 885,5 Millionen Euro beileibe noch nicht alle Ausgaben für Gesundheit; es kommen 643,4 Millionen Euro für die Investitionskosten für unsere Krankenhäuser dazu. Aus dem Krankenhauszukunftsfonds kommen für Digitalisierung und IT-Vorhaben 420 Millionen Euro hinzu. Der Freistaat legt noch mal 90 Millionen Euro drauf. Es kommen die Kosten der Ausbildungen der Leistungserbringer in Berufsfachschulen, in Hochschulen dazu, für die Ausbildung der Ärzte, der Pflegenden, der Apotheker, der Heilmittelerbringer, der Logopäden, der Hebammen, der medizinischen Fachangestellten, die einen so dermaßen wichtigen Job machen, und, und, und.

Hinzukommen auch die Kosten der Uniklinika einschließlich des Deutschen Herzzentrums. Das alles kommt direkt der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zugute, sozusagen vom Beginn des Lebens bis zum Ende des Lebens. Dieser Milliardenbetrag ist eine tolle Visitenkarte für das gesunde und menschliche Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe mir bei der Vorbereitung gedacht: Was kann jetzt da die Opposition kritisieren? – Im Grunde kann sie nichts kritisieren. Herr Krahl – ist er eigentlich noch da? Ah ja, da sitzt er – hat mich dann wieder eines Besseren belehrt, was man doch kritisieren kann. Sie haben auf höchstem Niveau gejammert oder, wie ich sagen möchte, auf niedrigstem Niveau. Sie haben gar nicht mal gemerkt, was wir alles für die Gesundheit tun, und haben sich ein paar Bausteine herausgegriffen. Sie haben sozusagen vor lauter Bäumen den Wald nicht gesehen.

Das Landespflegegeld mal wieder: Allen Sympathisanten der Schulze-Hartmann-Gruppe und allen Sympathisanten der FDP sei zugerufen: Sie wollen dieses Landespflegegeld abschaffen; Sie wollen den pflegenden Angehörigen dieses Geld nehmen; Sie wollen die Pflegenden schwächen, und Sie wollen ihnen Geld aus der Tasche ziehen. Das muss hier mal ganz deutlich gesagt sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Krahl, mit diesem Geld für Gesundheit und Pflege fördern wir den Kampf gegen die großen Probleme in unserem Land, zum Beispiel weiterhin den Kampf gegen die Corona-Pandemie, die beileibe nicht vorbei ist. Ich kann mich nur dem dringlichen Appell an den Bund anschließen, dass er die kommunalen Impfzentren mindestens bis zum Jahresende zur Hälfte mitfinanziert; denn das ist genau der Unterschied. Sie werfen uns vor, wir nähmen das Heft des Handelns nicht in die Hand. Wir in Bayern nehmen es in die Hand. Der Bund lässt es sein; der Bund ist nicht verlässlich und kein Partner; er finanziert nicht mit. Wir finanzieren, das muss hier auch mal deutlich gesagt sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was meinen Blutdruck noch hat steigen lassen, ist das ständige Kritisieren an unserer Körperschaft der Vereinigung der Pflegenden in Bayern. Das ist ein solcher Krampf,

Herr Krahl, was Sie da gesagt haben, dass sie abhängig sei, weil sie Geld bekommt. Im Haushalt steht überhaupt keine Bedingung, dass man da wohlgefällig sein muss. Also, so einen Krampf habe ich lange nicht gehört.

Das Entscheidende ist: Mit dem Geld, das im Haushalt steht, entlasten wir die Pflegenden. Sie würden die Pflegenden dagegen belasten durch eine Pflichtmitgliedschaft mit Zwangsbeiträgen. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir kümmern uns um die Erforschung von Krankheiten, die den Menschen Lebensqualität rauben, beispielsweise ME/CFS. Für eine Studie mit dem Medikament BC 007, das sehr erfolgversprechend ist, geben wir 800.000 Euro. Mit der gleichen Summe fördern wir die Vernetzung der Forscher und bayerischen Universitäten mit einer ambulanten Anlaufstelle. Xenotransplantationen, ein Simulationskreißsaal – das sind alles Themen, die wir voranbringen.

Fazit: Der Einzelplan 14 ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen und einer der wichtigsten Einzelpläne eines Fachministeriums innerhalb des Staatshaushalts, eines Ministeriums, das bei den elementaren Lebensbereichen ansetzt, bei dem die Menschen im Mittelpunkt stehen. Ich sage deshalb Danke dem Minister Klaus Holetschek für sein ebenso segensreiches wie einfühlsames Wirken für die Betroffenen. In diesen Dank schließe ich bewusst alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums an den beiden Standorten Nürnberg und München ein, ebenso die Mitarbeiter des LGL und des Landesamtes für Pflege.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit!

Bernhard Seidenath (CSU): Jeder einzelne Cent in diesem Haushaltsplan ist gerechtfertigt und gut angelegt. Wir werden ihn aus Überzeugung und mit Freude beschließen, und ich bitte Sie, das auch zu tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen; die erste kommt vom Kollegen Dr. Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Seidenath, Sie wissen schon: Es sind bedarfsunabhängige Leistungen, die Sie mit dem Landespflegegeld bedienen. Wir hätten diese Umverteilung dringend nötig. Dieses Geld hätten wir für verschiedene Bedarfe wirklich nötig: für die Bedarfe der Fachstellen, für pflegende Angehörige, für die Bedarfe von "PflegesoNah", für die Bedarfe von Demenzkranken. Ich könnte diese Liste noch lange fortführen. Das Geld ist knapp, aber Sie geben es bedarfsunabhängig aus. Unsere Vorschläge sind kein Wegnehmen von Leistungen, sondern ein sinnvolles Einsetzen von Leistungen.

(Beifall bei der FDP)

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Spitzer, lieber Dominik, wir geben das Geld für die Menschen aus, für die Bedarfe der Menschen. Das ist das wichtigste und das beste Ziel, das man sich vorstellen kann. Deswegen sind wir ganz klar für dieses Landespflegegeld. Ich kann auch sagen, da ich jetzt noch eine Minute geschenkt bekommen habe, dass wir nicht nur in der Pflege das Landespflegegeld zahlen, sondern auch Kurzzeitpflegeplätze schaffen. Wir unterstützen die Familienpflege, Modellprojekte sowie die Angehörigenarbeit und die Pflegestützpunkte – 7 Millionen Euro allein dafür –, wir schaffen neue Pflegeplätze, wir vergeben Stipendien an die Pflegestudenten. Herr Krahl hat das zwar mit einem Halbsatz halb gelobt, aber dann doch wieder schlechtgemacht. Das ist doch der große Ansatz, den wir verfolgen, um neue Pflegende zu finden.

Wir werden für die weitere Umsetzung der Demenzstrategie auch Projekte aus dem Demenzfonds mit insgesamt 1,3 Millionen Euro weiter fördern. All das tun wir für den vulnerablen Menschen, der bei uns im Mittelpunkt steht. Das ist alles gut angelegtes Geld; da gibt es nichts zu kritisieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine zweite Zwischenbemerkung: vom Kollegen Andreas Krahl von den GRÜNEN.

Bernhard Seidenath (CSU): Hab‘ ich’s mir doch gedacht.

Andreas Krahl (GRÜNE): – Welche Überraschung. Ja, Herr Kollege Seidenath, Sie werden auch das Thema erraten, auf das ich jetzt hinauswill, nämlich auf das Gleiche, was der Kollege Spitzer schon angesprochen hat. Jetzt gehen wir mal weg von den Haushaltsverhandlungen hier hin zu Ihrer Haushaltsrede. Sie haben nämlich davon gesprochen, dass wir den pflegenden Angehörigen das Landespflegegeld wegnehmen wollten. Das ist so nicht richtig. Ich bitte, in Ihr Gesetz zu schauen. Wir würden es den Pflegebedürftigen wegnehmen, weil es eben bedarfsunabhängig ist. Mit Ihrer Haushaltsrede – wieder diese Vermischung, Sie kennen es aus dem Ausschuss, wir bekommen diverse Petitionen dazu – schaffen Sie nicht nur eine bedarfsunabhängige Finanzierung von irgendetwas, sondern stiften auch ziemlich Verwirrung. Also, vielleicht noch mal im Sinne Ihres Wahlkampfgeschenkes eine Klarstellung, wen Sie mit dem Landespflegegeld begünstigen!

Bernhard Seidenath (CSU): Danke für die Frage, Herr Kollege Krahl. Sie haben recht: Das Landespflegegeld kommt dem zu Pflegenden zugute. Er kann damit machen, was er möchte; er entscheidet das selber. Andererseits: Drei Viertel werden zu Hause durch Angehörige gepflegt. Wenn man zu Hause pflegt, dann will sich ein zu Pflegender doch auch dankbar zeigen. Er kann das Geld ausgeben, beispielsweise um zum Frisör zu gehen, um für sich etwas Gutes zu tun; aber er kann auch dem, der sich tagein, tagaus, 365 Tage im Jahr um ihn kümmert, etwas Gutes tun. Die Wertschätzung auch gegenüber pflegenden Angehörigen ist diesem Landespflegegeld immanent. Sie haben recht, es kommt dem zu Pflegenden zugute, er allein entscheidet, was damit zu tun ist. Aber es ist eine Wertschätzung auch für den Haushalt, in dem der zu Pflegende gepflegt wird; deswegen ist das Landespflegegeld eine so tolle Insti-

tution, die wir unterstützen, die Sie – ich sage es noch einmal – komplett abschaffen wollen. Wir sind dagegen. Ich bitte Sie, dem Haushalt zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Susann Enders von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Ich vermisse noch die Uhr, damit ich weiß, wie schnell ich reden muss.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Enders, wenn Sie anfangen, beginnt auch die Uhr zu laufen. Das ist ein gewisser Automatismus. Das funktioniert heute schon seit 09:30 Uhr.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! – Vielen Dank, jetzt sehe ich auch die Uhr. – Gesundheit und Pflege sind und bleiben elementare Säulen unseres Staates und unserer Gesellschaft. Natürlich gibt es hierbei immer auch für den Staat viele Hausaufgaben. Die gesundheitliche Versorgung wird gerade auch in Bezug auf den demografischen Wandel unsere Zukunft bestimmen.

Die Ausgaben im Haushalt im Bereich Gesundheit und Pflege steigen um knapp 50 Millionen Euro. Dass auch im Stellenhaushalt des Freistaates ausgebaut wird, ist absolut notwendig: 154 neue Stellen für den Gesundheitsbereich werden insgesamt aufgebaut, in den Regierungen und Gesundheitsämtern zum Beispiel 32 Arztstellen. Gerade mit Blick auf die gesellschaftliche Situation in Bayern und die Verteilung der Bevölkerung in Stadt und Land liegt uns als Regierungsfraktion eine flächendeckende medizinische Versorgung am Herzen.Wir müssen hier auch weiterhin handeln.

Mit der Landarztquote, die wir in dieser Legislaturperiode einführen konnten, wollen wir das Land für Ärzte wieder attraktiv machen. Das zeichnet sich im Haushalt auch als Schwerpunkt ab. Für die Landarztprämie sind im Haushaltsjahr Mittel in Höhe von

5,7 Millionen Euro veranschlagt. Wir brauchen eine stabile medizinische Versorgung in der Fläche, nicht nur in den Zentren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das zunehmende Hausärztesterben in Bayern belastet die Kommunen, insbesondere auch im ländlichen Raum. Nachdem in den letzten Jahren pro Arzt immer mehr Patienten zugewiesen wurden, hat es sich nur noch rechnerisch schöner dargestellt. Der Mangel blieb bestehen und verschärfte sich regional rasant. Die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER mahnte schon vor 2017, dass Landärzte an der absoluten Belastungsgrenze angelangt seien. Zur Auflage eines neuen Förderprogramms zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung vor Ort durch die Kommunen werden Ausgabemittel in Höhe von 2,2 Millionen Euro, also 1 Million Euro zusätzlich, sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3 Millionen Euro veranschlagt. Insgesamt stehen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, besonders für die Unterstützung von Kur- und Heilbädern und der Landarztprämie für das neue Förderprogramm für die Kommunen und für das Medizinstipendienprogramm rund 14,3 Millionen Euro – also plus 1,4 Millionen Euro – zur Verfügung. Zur Förderung von 63 Gesundheitsregionen plus fließen 3,6 Millionen Euro. Für Digitalisierungs- und Telematikobjekte stehen 16,3 Millionen Euro Ausgabemittel und 12 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung.

Besonders am Herzen liegen uns auch die Förderung der Hebammen, das Förderprogramm Geburtshilfe und der Hebammenbonus. 31 Millionen Euro – das ist eine Hausnummer. Für die Hospizarbeit sowie für die Verbesserung der Geriatrie- und Palliativversorgung investieren wir 2,1 Millionen Euro. Bei der Krankenhausförderung im Einzelplan 13 fließen 643 Millionen Euro. Im Rahmen des vom Bund neu aufgelegten Krankenhauszukunftsfonds werden Digitalisierungs- und IT-Vorhaben der Krankenhäuser mit 70 % gefördert.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Den Rest bezahlt der Freistaat. Bitte stimmen Sie zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Spitzer von der FDP-Fraktion. – Herr Spitzer, bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Enders, ganz kurz: Sie haben das Land- und Amtsarztgesetz ja gerade über den Most gelobt. Wie toll das sei! – Sie wissen schon, dass es elf Jahre dauert, bis der erste tatsächlich mal in der Praxis aufschlägt. Sie wissen hoffentlich auch, was das Projekt pro Jahr kostet. Das sind nämlich 3,5 Millionen Euro, die man sich eigentlich sparen könnte, wenn dieses Problem anders gelöst würde.

(Beifall bei der FDP)

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Herr Dr. Spitzer, ich bin froh darüber, dass es elf Jahre dauert, bis ein Arzt nach seinem Studium dann irgendwann in der Praxis ankommt. Erst dann hat er seine Fachkenntnisse. Sie müssten das genau wissen. Irgendwann muss man anfangen einzugreifen. Wir sind der Meinung, dass im Moment genau der richtige Zeitpunkt ist. Es hätte eigentlich schon viel früher sein können. Im Moment haben wir es aber angegriffen. Wir werden nichts gegen den Ärztemangel auf dem Land erreichen, wenn wir sagen: Nein, wir machen heute nichts, weil das ja elf Jahre dauert. Das müsste Ihnen eigentlich klar sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun der Staatsminister Klaus Holetschek. Herr Minister, bitte.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Spät am Abend behandeln wir ein aus meiner Sicht zentrales und wichtiges, wenn nicht tatsächlich das wichtigste Thema: Gesundheit und Pflege. Ich bin froh darüber, dass wir dieses Thema heute hier im Hohen Haus beraten, dass wir Politik hier im Landtag machen und uns nicht aus den Talkshows heraus Dinge anhören müssen, die dann politisch neu zu bewerten sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will meine Rede aber mit einem Dank an all diejenigen beginnen, die in dieser Pandemie und insgesamt im Gesundheits- und Pflegewesen die letzten Jahre großartig gearbeitet haben, unermesslich viel geleistet haben, unermüdlich für andere da waren: Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte, Mitarbeiter im öffentlichen Gesundheitsdienst und viele mehr – Respekt und Anerkennung auch von dieser Seite für die Arbeit, die dort geleistet wurde!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lassen Sie mich, nachdem zum Haushalt ja schon verschiedene Dinge im Detail gesagt worden sind, doch versuchen, eine kurze politische Einordnung insgesamt vorzunehmen. Ich glaube, die Herausforderungen, die wir haben – sie sind uns durch die Pandemie tatsächlich noch einmal sichtbarer geworden –, sind – und zwar auf allen Ebenen von Bund, Land und Kommunen – groß und vielfältig. Wir stehen vor großen Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegebereich und müssen jetzt die Weichen für die Zukunft, für die Menschen in unserem Land und für die gute Versorgung dieser Menschen stellen.

Herr Kollege Krahl, natürlich gibt es Dinge, die halt auf den verschiedenen Ebenen lokalisiert sind. Es gibt Zuständigkeiten, die da sind. Ich bin kein Freund von Zuständigkeiten oder von Fragen, wer denn was auf wen schiebt. Es muss aber doch klar sein, wo jetzt die Herausforderungen liegen.

Nehmen Sie die Frage der Krankenhausfinanzierung: Wir haben eine duale Krankenhausfinanzierung, die wir mit 643 Millionen Euro – an dieser Stelle gilt mein Dank dem Finanzminister und den Kommunen – nachhaltig unterstützen; wir haben sie auch verstetigt. Es kann immer mehr sein. Schauen Sie sich aber den Vergleich der Länder an. Wir stehen da nicht schlecht da.

Wissen Sie aber, was jetzt kommen muss? – Wir müssen die DRGs überarbeiten, weil die Betriebsfinanzierung der Krankenhäuser nicht mehr passt, Vorhaltekosten unzureichend finanziert werden und wir Defizite haben. Diese Hausaufgaben müssen jetzt gemacht werden. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe hätte schon lange mal tagen können. Das Arbeitsprogramm, das Lauterbach jetzt vorgelegt hat, ist aus meiner Sicht noch nicht der Stein der Weisen. Da fehlt viel: Meilensteine, zuverlässige Planungen. Wenn wir die Krankenhäuser fit für die Zukunft machen wollen, dann müssen wir an diese Fragestellungen herangehen. Wenn wir weiter wohnortnahe Versorgung haben wollen, dann müssen wir uns gegen eine weitere Ökonomisierung des Systems und gegen investorengetriebene medizinische Versorgungszentren wenden. Auch dazu hat die Bund-Länder-Arbeitsgruppe noch nicht getagt, obwohl wir das tatsächlich schon letztes Jahr eingebracht haben. Da müssen jetzt die Hausaufgaben gemacht werden.

Wir brauchen eine Pflegereform. Die Pflegereform aus der alten Legislaturperiode war mit der Frage der Tarifbindung, mit der Frage der Entlastung in der stationären Pflege ein Beginn. Sie war aber natürlich nicht genug. Wir müssen jetzt eine Pflegereform auf den Weg bringen, damit man im Alter nicht zum Sozialfall wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat mit der Würde des Menschen nichts zu tun. Das muss jetzt passieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Pflege ist natürlich das Megathema. Ich bleibe dabei. Wir müssen alles tun – an jeder Stelle –, damit wir jetzt die Arbeitsbedingungen und Gehaltsstrukturen verbessern und jetzt die richtigen Weichenstellungen vornehmen. Der Pflegebonus, der jetzt

im Bund ausgezahlt wird, ist da natürlich, obwohl es eine große Summe ist, ein kleiner Bereich. Wir wissen aber doch alle, dass es nicht ausreicht, dass es zu Ungerechtigkeiten führen wird und dass wir nachhaltige Verbesserungen brauchen. Warum hat der Bund nicht, wie wir es gefordert haben, sofort alle Zuschläge steuerfrei gestellt? Warum hat man die Gehälter der Intensivpflege nicht verdoppelt?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das wären die richtigen Maßnahmen für die Zukunft gewesen. Man hätte das an der zuständigen Stelle alles machen können. Es hat etwas mit Glaubwürdigkeit in der Politik zu tun, dass man nicht nur darüber spricht, sondern dass man es auch tut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie: Wenn nicht jetzt, wann dann?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

Natürlich müssen wir auch im Land weitergehen. Wir brauchen natürlich auch bei PflegesoNah – wir sind jetzt letztlich bei gut 100 Millionen Euro: rund 60 Millionen Euro plus Verpflichtungsermächtigungen – neue Aufschläge. Wir brauchen die Gemeindeschwester. Wir müssen – und wir tun das auch – über sektorenübergreifende Projekte und sektorenverbindende Themen, über Flexibilisierung, Abbau von Bürokratie, Öffnung in den Sozialraum nachdenken. Wir haben jetzt schon viele Projekte gefördert. Das ist ein Programm, das zieht.

Wir brauchen Kurzzeitpflege. Die Förderung, die wir jetzt machen, steht zur Verfügung. Sie wird aber noch zu wenig wahrgenommen. Wir brauchen Tagespflege, und auch pflegende Angehörige – Kollege Peter Bauer hat es gesagt – sind ein ganz wichtiges Thema. Wir brauchen eine Art Pflegezeitgeld. Wir müssen uns jetzt mal ehrlich machen, was es uns wert ist, wenn wir Pflege in der Zukunft – ich sage es noch einmal – an jeder Stelle verbessern.

Ich will mit den Kommunen auch über Pflegeinfrastruktur reden. Wir werden im Herbst einen ersten Aufschlag machen. Wir haben mit den Spitzenverbänden die ersten Ge-

spräche über die Pflegeinfrastruktur in den Kommunen und über die Möglichkeit, gemeinsam die Weichen für gute und flexible Pflege zu stellen, eingebunden zum Beispiel mit dem Modell einer Gemeindeschwester und mit der Frage, was man stationär und was man ambulant braucht, geführt. Vielleicht müssen wir das Thema Buurtzorg-Modell, das bei uns nicht funktioniert, weil es die Sozialgesetzbücher nicht abbilden, noch einmal aufgreifen.Wir sehen die Pflege immer noch unter dem Aspekt der Abrechnungsmodalitäten, statt unter dem Aspekt der Bedürfnisse der Menschen. Das muss aufhören.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen werbe ich dafür, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen. Gemeinsam heißt, dass jeder mitmachen muss. Natürlich kann es immer noch mehr werden. Da bin ich definitiv dabei. Wir werden dafür in den nächsten Jahren an allen Stellen auch streiten. Wir brauchen aber auch den Willen dazu, dass wir diese Maßnahmen ergreifen und nicht nur darüber reden, sonst wird es in der Zukunft tatsächlich schwierig. Der Freistaat hat viele Maßnahmen auf den Weg gebracht. Es ist doch aufgelistet worden: Hebammenbonus, Fachärzte, Landarztquote, Unterstützungen, Stipendienprogramme. Das sind viele Maßnahmen, die helfen, um das Gesundheitswesen dort, wo wir zuständig sind, fit zu machen und zu unterstützen. Das wollen wir auch in Zukunft.

Wir müssen den ÖGD tatsächlich weiterentwickeln. Der Pakt für den ÖGD, über den ich als Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz noch mitverhandeln durfte, bringt uns 512 neue Stellen, die jetzt schon teilweise besetzt sind, und 121 Stellenhebungen. Natürlich war der ÖGD eine Zeit lang nicht mehr im Fokus. Da müssen wir stärker rangehen. Wir müssen auch noch einmal klarmachen, was der ÖGD in der Zukunft bedeutet, welche Aufgaben er erfüllen muss: Gesundheitsförderung, Prävention, Schwerpunktämter. Wo sehen wir den ÖGD und die Gesundheitsregionen gemeinsam in der Frage der Versorgung der Menschen? Diese Themen sind für die Zukunft wichtig.

Wir müssen die Bürger einbinden. Wir haben in der Gesundheitsregion Dachau, lieber Kollege Seidenath, das erste Mal einen Bürgerrat etabliert, um die Menschen mitzunehmen, um es einmal auszuprobieren, wie Bürgerinnen und Bürger darüber sprechen, was gute Versorgung für sie bedeutet. Da wird es jetzt bald die ersten Ergebnisse geben, und ich bin gespannt, wie die Einbindung der Menschen funktioniert. Wir müssen von unten aufbauen und über diese Fragen außerhalb dieser Ketten und Systeme freier nachdenken. Diese Versuche sollten wir gemeinsam machen.

Ein wichtiges Thema der Zukunft – ich wundere mich, dass es noch gar nicht angesprochen worden ist – ist der Gesundheitsschutz und der Klimaschutz. Diese beiden Themen sind aus meiner Sicht extrem wichtig. Darin liegt die Zukunft. Ich hätte mich jetzt auch noch beim Kollegen Glauber bedankt, weil wir genau an dieser Schnittstelle arbeiten. Wir haben eine Landesarbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen. Der zweite Workshop zu den Hitzeaktionsplänen findet statt. Wir reden über Allergien. Wir sind führend bei Pollenmesssystemen, und wir reden über die Frage, welche neuen Mückenarten Folgen des Klimawandels sind und welche Krankheiten sie bei uns einschleppen. Gesundheitsschutz und Klimaschutz gehören zusammen.

Green Hospital ist ein Thema, das wir noch weiter finanziell unterlegen müssen. Wir haben mit zwei Millionen eine Studie über dieses Thema auf den Weg gebracht, mit der wir ermitteln wollen, was Nachhaltigkeit in den Krankenhäusern heißt. Wo können wir beim Müll, beim Strom oder beim Heizen gemeinsam besser werden? – Klimaschutz und Gesundheitsschutz sind die Zukunftsthemen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen und wollen.

Die Aufgaben sind groß, sie werden auch nie aufhören zu existieren. Wir sind mit manchen Maßnahmen noch nicht so weit, wie wir es sein könnten und sein wollten. Ich sage Ihnen mit Fug und Recht: Wir müssen jetzt aus dieser Pandemie kommen. Wir müssen die Chancen dieser Krise begreifen und sie nutzen, um das System zu optimieren. Wir müssen, lieber Walter Nussel, Regulierungen und Systeme, die überborden, bei denen wir an einem Punkt sind, an dem wir Maß und Mitte nicht mehr fin-

den, zurückdrängen. Das gilt auch zum Beispiel für die Ärzte und die Hausärzte. Ich denke daran, wie die Bürokratie dort inzwischen den Arbeitsalltag steuert und wie der Beruf immer unattraktiver wird, weil man nur noch im System hängt und am Wochenende die Bürokratie abarbeitet, damit man der eigentlichen Arbeit an den Patientinnen und Patienten wieder nachkommen kann.

Die Herausforderungen sind groß. Der Haushalt ist gut. Ich bedanke mich bei allen, die mitgewirkt und mitgeholfen haben. Wir werden in den nächsten Jahren viele Themen haben, über die wir weiter gemeinsam beraten können, für die Menschen in unserem Land, für die Gesundheit der Menschen und für unser schönes Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, Gesundheitspolitiker haben viel Kondition. Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen, zunächst eine vom Kollegen Dominik Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister Holetschek, ich teile viele Ihrer Ausführungen und bin auch bei vielen dieser Themen mit dabei. Völlig falsch liegen Sie aber mit der immer wieder auftretenden Forderung Ihrerseits, die Gehälter des Intensivpersonals zumindest für ein Jahr zu verdoppeln. Wissen Sie, was dann passiert, wenn wir diese Forderung tatsächlich erfüllen würden? – Das Personal reduziert seine Arbeitszeit. Das erlebt man immer wieder, wenn man entsprechend Geld verdient und durch die Arbeit massiv belastet ist. Dann reduziert man die Arbeitszeit. Diese Forderung wäre absolut kontraproduktiv.

(Beifall bei der FDP)

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Wir haben zusammen mit der Krankenhausgesellschaft und anderen Institutionen zum Höhepunkt der Delta-Variante ein umfangreiches Paket auf den Weg gebracht. Wir hatten damals 1.067 Intensivbetten belegt, und wir beide wissen, dass es nicht um die Zahl der vorhandenen

Betten, sondern um die Frage des Personals ging. Deshalb habe ich versucht, an verschiedenen Stellen zu untersuchen, wie wir Personal gewinnen und wie wir Personal auch unterstützen können. Das haben wir in Bayern mit einem Intensivpflegebonus von 39 Millionen Euro gemacht. Natürlich hätte man befristet für ein Jahr mit Boni, Steuerfreiheit und anderen Instrumenten ein Signal für diese hochbelastete Branche setzen können. Das war eine Bundesratsinitiative. Viele Länder hätten gerne mitgemacht. Sie haben sich vielleicht nicht getraut. Ich glaube, es wäre einfach ein Signal, jetzt etwas zu tun.

Wir sehen, wie wir mit dieser Milliarde für den Bonus in Schwierigkeiten kommen. Wer bekommt den Bonus, etwa die Langzeitpflege? Wie viele Krankenhäuser sind überhaupt beteiligt? Wer musste wann Pandemiepatienten behandeln? Das funktioniert nicht richtig, und deswegen wäre es gut und nachhaltig gewesen, alle Zuschläge von der Steuer zu befreien und am Höhepunkt der Delta-Variante, als die Intensivstationen am stärksten belastet waren, einmal ein Signal zu setzen. Dazu stehe ich, und das wäre der richtige Weg gewesen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenfrage hat sich der Kollege Andi Krahl gemeldet.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Klaus, nach deiner Rede könnte man meinen, du hättest deine ganze Redezeit für den kompletten Staatshaushalt verwendet. Wenn man ehrlich ist und in den Staatshaushalt hineinschaut, stellt man fest, du hast fast die Hälfte des Staatshaushalts vergessen. Ich könnte dir in allen Punkten zustimmen, wenn wir 885 Millionen Euro für jede einzelne deiner Forderungen ausgeben könnten. Das tut die Staatsregierung aber nicht, weil sie 430 Millionen Euro im Rahmen des Landespflegegeldes ohne Bedarfsermittlung einfach als Wahlgeschenk weitergibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das muss an der Stelle gesagt werden, weil so keine Probleme gelöst werden. Ich traue mir auch zu sagen – und bin auf deine Reaktion gespannt –, dass wir mit dieser bedarfsunabhängigen Auszahlung eines Landespflegegeldes nicht eine einzige deiner Forderungen, die du in deiner Haushaltsrede gestellt hast, in Zukunft werden erfüllen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Das Landespflegegeld ist tatsächlich etwas, was man nicht so beschreiben kann, wie du es vielleicht vorhin in deiner Rede zu adressieren versucht hast, wofür wir genau investieren müssen. Es ist etwas, was an die Menschen und die Emotionen hingeht und was die Menschen tatsächlich auch zu schätzen wissen, es vielleicht aber nicht jeden Tag sagen. Ich war Bürgerbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung und weiß das aus den Briefen der Menschen, die sich für die Möglichkeit bedankt haben, mit diesem Geld etwas zu tun, auch wenn es nur an den Angehörigen weitergegeben wird oder es nur ein Signal der Wertschätzung oder des Dankes für die Zuwendung ist. Dafür ist es da. Der Mensch muss auch noch zurechtkommen; dafür verwenden wir es. Dafür ist es auch richtig.

Wir werden uns insgesamt weiterhin darüber unterhalten, wie wir das System verbessern können. Ich bin da in allen Punkten diskussionsbereit; ich verschließe mich also keiner Diskussion. Ich wehre mich bloß dagegen, das einfach so in die Ecke zu stellen und zu sagen, das sei nichts und das bringe nichts. Es kommt direkt, einfach und unbürokratisch bei den Menschen an. Ich kenne viele, die dankbar dafür sind, dass sie es bekommen. Deswegen glaube ich, dass das gut investiertes Geld ist.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 14, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20161 mit 18/20171, 18/20200 mit 18/20211, 18/20269 mit 18/20283, 18/20408 mit 18/20415, 18/20417 mit 18/20422, 18/20454 mit 18/20459, 18/20493 mit 18/20501 und 18/20539 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21907.

Es folgen nun die Abstimmungen über die beiden Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form. Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Erhöhung der Mittel für den Defizitausgleich für Abteilungen Gynäkologie und Geburtshilfe an Krankenhäusern" auf Drucksache 18/20411 abstimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion entgegen dem Ausschussvotum zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Digitalisierung in der Pflege" auf Drucksache 18/20413. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen.

Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion entgegen dem Ausschussvotum zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 14 selbst. Der Einzelplan 14 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/21907 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 14 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich in der gleichen Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 14 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 22)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Gegen-

stimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen sehe ich keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/21907 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20454 mit 18/20459, 18/20493 mit 18/20501 und 18/20539 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 14 ist abgeschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute ein bisschen später begonnen. Deswegen haben wir auch länger gebraucht. Zwölf Stunden sind vorbei; in gut elf Stunden werden wir uns wiedersehen. Wir freuen uns darauf. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 21:44 Uhr)

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 13

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 14

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Barrierefreiheit in Krankenhäusern
   (Kap. 14 03 TG 77)
   Drs. 18/20161

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 1
   (Kap. 14 04 Tit. 891 86)
   Drs. 18/20162

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 2
   (Kap. 14 04 Tit. 892 86)
   Drs. 18/20163

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 3
   (Kap. 14 04 Tit. 893 86)
   Drs. 18/20164

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Ausbau von Pflegestützpunkten
   (Kap. 14 04 TG 57)
   Drs. 18/20165

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Praxisanleitung in der akademischen Pflegeausbildung finanzieren
   (Kap. 14 04 TG 72 - 73)
   Drs. 18/20166

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Ersatzneubau von Altenpflegeeinrichtungen
   (Kap. 14 04 TG 86)
   Drs. 18/20167

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
   (Kap. 14 04 TG 86)
   Drs. 18/20168

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Rückkehrbonus für Pflegekräfte
   (Kap. 14 04 neuer Tit.)
   Drs. 18/20169

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Ausbau der psychiatrischen mobilen Krisendienste
    (Kap. 14 05 Tit. 633 63)
    Drs. 18/20170

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Beteiligung der Selbsthilfe an der Psychiatrieplanung
(Kap. 14 05 Tit. 686 63)
Drs. 18/20171

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Patienten- und Pflegebeauftragter
(Kap. 14 01 Tit. 534 01)
Drs. 18/20200

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Qualifizierung des Personals der Fachstellen für Pflege- und Behindertenein-richtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA)
(Kap. 14 04 Tit. 525 70)
Drs. 18/20201

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Studien, Gutachten, Forschungsaufträge und dgl.
(Kap. 14 04 Tit. 526 76)
Drs. 18/20202

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz
(Kap. 14 04 Tit. 681 84)
Drs. 18/20203

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 14 04 Tit. 684 57)
Drs. 18/20204

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 14 04 Tit. 684 76)
Drs. 18/20205

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen
(Kap. 14 04 Tit. 892 86)
Drs. 18/20206

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen
(Kap. 14 04 Tit. 891 86)
Drs. 18/20207

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland
(Kap. 14 04 Tit. 893 86)
Drs. 18/20208

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 14 23 Tit. 428 63)
Drs. 18/20209

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten
(Kap. 14 23 Tit. 547 63)
Drs. 18/20210

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Hard- und Software
(Kap. 14 23 Tit. 812 63)
Drs. 18/20211

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
(Kap. 14 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/20269

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20270

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sektorenübergreifende Versorgung stärken
(Kap. 14 03 Tit. 686 64)
Drs. 18/20271

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Schaffung niedrigschwelliger Versorgungsstrukturen
(Kap. 14 03 TG 64 neuer Tit.)
Drs. 18/20272

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich
(Kap. 14 03 TG 75)
Drs. 18/20273

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erweiterung Hebammenbonus, Niederlassungsprämie Hebammen
(Kap. 14 03 TG 87)
Drs. 18/20274

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Green Hospital
(Kap. 14 03 TG 90)
Drs. 18/20275

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Refinanzierung Praxisanleitung in der hochschulischen Pflegeausbildung
(Kap. 14 04 TG 72 - 73)
Drs. 18/20276

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Akademisierungsquote und Wissenschaftliche Untermauerung in der Pflege stärken
(Kap. 14 04 TG 72 - 73)
Drs. 18/20277

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 18/20278

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Abschaffen des Landespflegegeldes
(Kap. 14 04 TG 84)
Drs. 18/20279

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Verbesserung der Versorgungsstrukturen und der Pflegeinfrastruktur, Pflegeforschung
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/20280

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Verstärkung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Spielsucht
(Kap. 14 05 Tit. 547 01)
Drs. 18/20281

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Digitalisierung der Gesundheitsverwaltung
(Kap. 14 05 TG 56)
Drs. 18/20282

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Digitale Betreuung von Menschen mit psychischer Erkrankung in medizinischer Rehabilitation
(Kap. 14 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20283

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Ausgaben für Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
(Kap. 14 01 Tit. 511 01)
Drs. 18/20408

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Ausgaben für die Reisekostenvergütung bei Dienstreisen
(Kap. 14 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/20409

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Ausgaben für Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
(Kap. 14 01 Tit. 812 01)
Drs. 18/20410

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhöhung der Mittel für den Defizitausgleich für Abteilungen Gynäkologie und Geburtshilfe an Krankenhäusern
(Kap. 14 03 Tit. 633 86)
Drs. 18/20411

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Kosten für Zuschüsse an Sonstige
(Kap. 14 03 Tit. 686 97)
Drs. 18/20412

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Digitalisierung in der Pflege
(Kap. 14 03 TG. 75)
Drs. 18/20413

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022:
hier: Finanzielle Sicherheit für Krankenhäuser
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20414

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an den Ausgleichsfonds
(Kap. 14 04 Tit. 684 72)
Drs. 18/20415

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhöhung der Mittel für PflegesoNah
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/20417

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bildungsmöglichkeiten für in der Pflege Tätige
(Kap. 14 04 neuer Tit.)
Drs. 18/20418

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten für eine Beschaffung und Bevorratung von Medikamenten und Impfstoffen für Versorgungsmaßnahmen gegen eine mögliche Influenza-Pandemie
(Kap. 14 05 Tit. 514 53)
Drs. 18/20419

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reduzierung der Ausgaben für Veranstaltungskosten
(Kap. 14 05 Tit. 540 60)
Drs. 18/20420

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Streichung der Ausgaben für den Ausbau eines elektronischen Polleninformationsnetzwerkes Bayern (ePIN)
(Kap. 14 23 TG 61)
Drs. 18/20421

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 18/20422

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Martin Bachhuber
Abg. Patrick Friedl
Abg. Ralf Stadler
Abg. Benno Zierer
Abg. Ruth Müller
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Christoph Skutella
Abg. Eric Beißwenger
Abg. Rosi Steinberger
Abg. Hans Friedl
Abg. Ferdinand Mang
Staatsminister Thorsten Glauber

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 12

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

hierzu:

Interfraktioneller Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/21459)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/21460 mit 18/21472)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/21425 mit 18/21448)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/21473 mit 18/21482)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/21407 mit 18/21410)
Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 18/21398)

Die Gesamtredezeit zu diesem Einzelplan beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat ebenfalls 45 Minuten. Es gelten die bekannten Redezeiten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren beiden Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/21476 und 18/21477 einfache Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Martin Bachhuber von der CSU-Fraktion das Wort.

Martin Bachhuber (CSU): Herr Präsident, Herr Staatsminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch im Haushaltsjahr 2022 ist der Haushalt für Umwelt und Verbraucherschutz wieder sehr ausgewogenen und sehr weitsichtig. Er wächst mit einer dreiprozentigen Steigerung um 34 Millionen Euro auf 1,153 Milliarden Euro. Die Investitionsquote beträgt sage und schreibe 27 %. Die Schwerpunkte bilden mit

398 Millionen Euro Umwelt und Umweltbildung und mit 370 Millionen Euro die Wasserwirtschaft.

Natürlich enthält dieser Haushalt zahlreiche Ausgabenerhöhungen in wichtigen Bereichen, ich kann aber aus Zeitgründen nur auf die wichtigsten eingehen.

Zur Sanierung der bayerischen Moore sind zusätzliche Mittel in Höhe von 12,5 Millionen Euro vorgesehen. Das ist auch gut so; denn die Renaturierung der Moore ist ein wichtiger Baustein, um den Klimawandel zu meistern.

Zusätzliche 3,8 Millionen Euro stehen für die Umsetzung des Streuobstpaktes und zusätzliche 1,5 Millionen Euro für die Umsetzung des Landschaftspflegeprogramms zur Verfügung.

Zur Ausweitung des Vertragsnaturschutzprogramms gibt es eine zusätzliche Million. Das Vertragsnaturschutzprogramm, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist Deutschlands größte Naturschutzfördermaßnahme und honoriert freiwillige Leistungen von Landwirten bei der Bewirtschaftung ihrer Flächen. Für die Umsetzung des Landschaftspflegeprogramms sind zusätzlich wieder 1,5 Millionen Euro eingeplant.

Für die Förderung von Herdenschutzmaßnahmen gegen Übergriffe durch den Wolf gibt es eine Million Euro mehr, und für die Biotopkartierung zusätzlich 900.000 Euro.

Die im Haushaltsjahr 2022 neu ausgebrachte Titelgruppe "Naturerlebnis und Besucherlenkung" dient der Bündelung und Abbildung von Maßnahmen in diesem Bereich und ist mit 14,3 Millionen Euro ausgestattet. Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Hier besteht verstärkter Handlungsbedarf.

Zur Stärkung der Umweltforschungsstation Schneefernerhaus auf der Zugspitze werden die Mittel mit 2 Millionen Euro erhöht. Das Schneefernerhaus ist nicht nur ein Zentrum für Höhen- und Klimaforschung sowie ein Observatorium, sondern auch ein Kommunikations- und Tagungszentrum für Lehre, Bildung und Nachhaltigkeitsstrategien.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, keine Frage: Der Klimaschutz und die Anpassungen an den Klimawandel gehören weiterhin zu den wichtigsten globalen Herausforderungen.Wie Ministerpräsident Markus Söder in seiner Regierungserklärung am 21. Juli vergangenen Jahres sagte, will die Staatsregierung ihre Klimaziele im Bayerischen Klimaschutzgesetz festschreiben. Dazu gehören zuvörderst:

Erstens, Klimaneutralität bis 2040 in Bayern; zweitens, Klimaneutralität für die Staatsverwaltung bis 2023; drittens, Reduktion des Treibhausgases um 65 % bis 2030. Dafür sollen rund 1 Milliarde Euro bereits im Jahr 2022 zur Verfügung gestellt werden und weitere Milliarden bis zum Jahr 2040.

Kolleginnen und Kollegen, außerdem werden insgesamt mit EU-Mitteln, GAK-Mitteln und Mitteln Dritter sowie der Abwasserabgabe wieder Investitionen für PRO Gewässer 2030 in Höhe von rund 200 Millionen Euro ermöglicht. Für investive Maßnahmen im Rahmen des Sofortprogramms Hochwasser 2021 sind Mittel in Höhe von gut 5,1 Millionen Euro eingeplant. Für den Neubau von Grundwassermessstellen zur Zielerreichung von 1.500 neuen Messstellen bis 2024 werden 2 Millionen Euro mehr veranschlagt. Auch für die Förderung von Wasserversorgungsanlagen und Abwasseranlagen steht im Haushalt 2022 die Rekordsumme von 146,5 Millionen Euro zur Verfügung. Nach der aktuellen Förderrichtlinie RZWas 2021 werden Vorhaben der Sanierung kommunaler Trink- und Abwasseranlagen in Härtefällen gefördert. Nicht vergessen möchte ich: Für das Niedrigwassermanagement – eine wichtige Aufgabe für die Zukunft und die sichere Wasserversorgung – werden rund 40 Millionen Euro bereitgestellt.

Kolleginnen und Kollegen, dem voraussichtlichen Bedarf entsprechend werden auch die Mittel für die Förderung von Tierheimen und der Reptilienauffangstation im Jahr 2022 um 500.000 Euro erhöht. Die Förderung mit dann jährlich 2,8 Millionen Euro ist ein wichtiges Anliegen, damit die Tierheime und die Reptilienauffangstation langfristig planen und wichtige Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen angepackt werden können.

Zur Verhütung und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest wird die erhöhte Abschussprämie für das Jahr 2021/22 fortgeführt; dafür sind zusätzlich rund 4,5 Millionen Euro veranschlagt. So werden insgesamt 21 Millionen Euro für die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest im Jahr 2022 angesetzt.

Auch die Ansätze für den Verbraucherschutz und die Verbraucherinformation werden um knapp 1,1 Millionen auf insgesamt 10 Millionen angehoben. Das schützt die Verbraucher, aber auch die Unternehmen.

Noch ein Wort zum Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit: Diese Behörde wird zu einer digitalen Drehscheibe für Lebensmittelkontrolleure und Veterinäre ausgebaut. In den letzten dreieinhalb Jahren wurden allein in der Veterinärverwaltung 130 und im Umweltbereich über 1.000 neue Stellen geschaffen. So sind auch in diesem Jahr, in diesem Haushalt 2022, wieder 79,5 neue Stellen vorgesehen.

Kolleginnen und Kollegen, Bayern stellt sich den aktuellen umwelt- und naturpolitischen Herausforderungen und hat schon sehr, sehr viel erreicht. Umwelt- und Naturschutz sowie die heimische landwirtschaftliche Produktion und die nachhaltige Forstwirtschaft haben in Bayern seit jeher einen sehr hohen, gleichrangigen Stellenwert und tragen maßgeblich zum Erhalt und zur Pflege des bayerischen Landschaftsbildes bei. Das war und bleibt ein Grundpfeiler unserer Politik. Wir werden den Weg auch in Zukunft konsequent weitergehen und dabei die bisherigen Erfahrungen unserer Politik zum Wohle von Natur und Umwelt und der Menschen einfließen lassen. Unser oberstes Ziel ist es jetzt, die Haushaltsmittel im Sinne der Bürger wirkungsvoll einzusetzen und messbare Ergebnisse zu erzielen. Ich danke Herrn Staatsminister Glauber für die Vorlage dieses ausgewogenen Haushaltes und wünsche ihm und allen Mitarbeitern viel Erfolg bei der Umsetzung. Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, fordere ich auf und bitte Sie um Zustimmung zu diesem ausgewogenen Haushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Sie denken bitte an Ihre Maske. – Nächster Redner ist der Kollege Patrick Friedl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Friedl, Sie haben das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Bachhuber! Vielen Dank für den Beitrag; er hat für mich eins deutlich gemacht: Wir sind in der Situation, dass wir eher so weitermachen wie bisher. Damit ist genau die Dramatik geschildert, dass nicht erkannt ist, in welcher Situation wir uns befinden. Auch wenn die öffentliche Aufmerksamkeit derzeit verständlicherweise den schrecklichen Nachrichten und Bildern vom Angriffskrieg Putins in der Ukraine gehört, sind die Klimakrise und die Biodiversitätskrise die beiden großen Herausforderungen unserer Zeit. Wir werden sie bewältigen. Wie wir sie bewältigen, entscheidet darüber, wie unsere Zukunft als Menschheit aussieht. Wir sind gefordert, in Bayern dazu unseren Teil beizutragen. Die riesige Bedeutung der Aufgaben Klimaschutz, Transformation der Energieversorgung, Anpassung an Hitze, Trockenheit, Starkregen und sonstige Extremwetterlagen und Erhalt der Biodiversität müssen sich zwingend im Haushalt 2022 abbilden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch weit gefehlt: Mit einem Zuwachs von nur 3 % im Einzelplan 12 wird bei den Ausgaben nicht einmal ein Inflationsausgleich erreicht. Real schrumpft der Umwelthaushalt – und das in diesen Zeiten!

Sieht man sich die 16 Bereiche der Ausgaben im Umweltministerium an, so findet im Bereich "Naturschutz und Landschaftspflege" mit 5 % gerade einmal ein Inflationsausgleich statt. Schlechter sieht es im Bereich "Klimaanpassung" aus. Beim so wichtigen Wasserbau samt Hochwasserschutz und Starkregenvorsorge sind nur 2 % mehr drin. Das ist inflationsbereinigt ein Minus von 3 %.

Die mühsam zusammengerechnete Klimamilliarde klingt nur groß. Sie schmilzt beim näheren Anschauen aber schnell zusammen. So wäre sie ohnehin nur 1,4 % des ak-

tuellen Haushaltsvolumens von 71 Milliarden Euro. Ein Drittel davon geht in die Wasserstoffprojekte, die sich in Bayern nicht ausreichend auf erneuerbare Energie verlassen können und deshalb auch schwer zu etablieren sind.

Noch schlechter schaut es bei der Biodiversität aus. Für Naturschutz und Landschaftspflege sind 229 Millionen Euro vorgesehen; das sind traurige drei Tausendstel des bayerischen Landeshaushalts. Es ist aber bereits jetzt abzusehen, dass diese Mittel aufgrund des knappen Personals überhaupt nicht ausgegeben werden können.

Ein großes Problem ist der Stellenplan. Trotz der herausragenden Aufgaben des Umweltministeriums sind im Stellenplan nur 6.442 Stellen verzeichnet, also für den gesamten Bereich nur ganze 78 Stellen mehr. Das Bau- und Verkehrsressort kommt im Vergleich auf 9.230 Stellen; das sind 106 neue Stellen. Wenn man den Schwerpunkt sieht, dann liegt er in Bayern mehr auf der Flächenversiegelung und neuer Infrastruktur als auf dem Naturschutz.

Im Umweltministerium können selbst wichtigste Aufgaben nur mit Projektstellen abgedeckt werden. Gute Mitarbeiter*innen sind ohne Aussicht auf feste Stellen und suchen dann schnell das Weite. Wir haben ein großes Fachpersonalproblem; das Personal ist dann kaum zu halten. Wir haben für wichtige Aufgaben der Naturschutzbehörden wie die Ausweisung von neuen Naturschutzgebieten und vielem anderen inklusive des Biotopschutzes eine viel zu dünne Personaldecke. Wir haben bei der Biodiversität große Probleme, überhaupt die Aufgaben zu erfüllen. Unsere Anträge auf Aufstockung bei den unteren und oberen Naturschutzbehörden und im Bereich Klimaanpassung wurden wie immer vollständig abgelehnt.

Ich komme dann noch zur Moorrenaturierung, die für uns ausweislich den Zahlen insgesamt ein Trauerspiel ist. Wir haben im Moment 1.000 Hektar erreicht. Die früheren Ziele waren 11.000 Hektar. Der Ministerpräsident hat hier von 55.000 Hektar gesprochen. Wenn man diese erreichen wollte, müssten wir unsere Anstrengungen verzwanzigfachen. Wo bitte bildet sich das im Haushalt ab?

Dazu dann noch der Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung, wo wir für Sturzflutrisikomanagement und Hitzeaktionsplanung einfach viel mehr Förderung, eine bessere Koordinierung und mehr Personal brauchen. Vor allem werden die Kommunen weitgehend allein gelassen.

Zum Schluss noch ein Wort zu den Umweltstationen: Die Umweltstationen haben in der Corona-Krise große Probleme gehabt. Wir haben auf unseren Druck hin und zusammen mit dem Umweltministerium – hier auch ein Dank ans Umweltministerium – mit einer Erleichterung erreicht, dass die Umweltstationen mit ihren Förderungen klarkommen konnten. Sie weigern sich aber bis heute, in die strukturelle institutionelle Förderung zu gehen und betreiben nur die Projektförderung. Das ist für uns unverständlich.

In Summe ist das Fazit: Die Dramatik der Lage von Umwelt, Klima und Artenvielfalt ist bei den Regierenden noch nicht angekommen.Sie ist auch in diesem Haushalt erneut nicht zu erkennen. Dafür hätten Sie wesentlich mehr tun müssen. Wir lehnen den vorgelegten Umwelthaushalt deshalb ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Friedl, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Ralf Stadler von der AfD. Herr Stadler, bitte.

Ralf Stadler (AfD): Lieber Herr Friedl, werfen die GRÜNEN jetzt sämtliche Werte endgültig über Bord und akzeptieren sie jetzt klaglos umweltschädliches Fracking-Gas aus Ländern, die Menschenrechte mit Füßen treten und die uns Gas zukünftig mit Schiffen liefern, die Unmengen an Schweröl verbrauchen und der Umwelt zusätzlich schaden? Wie wollen Sie diese klimaschädliche grüne Energiewende Ihren Klimaaktivisten überhaupt klarmachen?

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege! Die letzten 16 Jahre haben nicht die GRÜNEN zu verantworten. Wäre die grüne Umwelt- und Energiepolitik aus den Jahren 1998 bis 2005 sinnvoll fortgeführt und nicht seit 2014 wie in Bayern mit dem 10-H-Gesetz und wie im Bund mit dem Zurückdrängen des Ausbaus der erneuerbaren Energien eingeschränkt worden, würden wir heute nicht vor diesem Scherbenhaufen stehen. Das Zurückdrängen des Ausbaus der erneuerbaren Energien hat auch zu einer Flucht der erneuerbaren Energien aus Deutschland geführt. Viele Industrien wurden abgebaut. Wir haben über 100.000 Stellen in dem Bereich verloren. Heute stehen wir vor dem Scherbenhaufen dieser Politik. Jetzt wollen Sie, dass dieser Scherbenhaufen innerhalb von drei Monaten aufgekehrt wird. Das kann nicht funktionieren. Sie haben heute vielleicht die Vorstellung der Pläne mitbekommen. Mit Hochdruck wird daran gearbeitet. Wir werden in den nächsten Jahren erleben, dass es in Deutschland eine andere Energiepolitik geben wird, mit der wir sehr erfolgreich den Klimawandel bekämpfen und den Klimaschutz betreiben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Benno Zierer von den FREIEN WÄHLERN.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Umweltminister Thorsten Glauber, schön, dass Sie bei uns bei den Haushaltsberatungen sind. Der Einzelplan 12 zeigt, wie wir mit einer unserer größten Herausforderungen umgehen. Die Strategien für Klimaschutz und Klimaanpassung müssen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mit den nötigen Mitteln und Personalstellen unterfüttert werden. Das ist völlig klar. Minister Thorsten Glauber setzt mit seinem Haus die richtigen Schwerpunkte. Dass das Ausgabevolumen gegenüber dem Vorjahr um 3,3 % steigt, ist gerade in Corona-Zeiten durchaus bemerkenswert.

Für Klimamaßnahmen sind im Geschäftsbereich des Umweltministeriums 2022 insgesamt 128 Millionen Euro veranschlagt. Davon fließen knapp 67 Millionen in die Klima-

milliarde ein. Quer durch alle Einzelpläne steht knapp eine Milliarde Euro für Maßnahmen, mit denen Bayern seine ambitionierten Klimaziele erreichen und die Anpassung vorantreiben kann, zur Verfügung.

Die Mittel für Naturschutz und Landschaftspflege werden erneut deutlich erhöht, nämlich auf 230 Millionen Euro. Dahinter steckt praktizierter Klimaschutz. Zum Beispiel werden 12 Millionen Euro für die Sanierung von Mooren ausgegeben. Das ist der Anfang. Wir sind aber am Anfang richtig stark vorangegangen. 3,8 Millionen Euro stehen für den Streuobstpakt zur Verfügung. Das Erfolgsmodell Vertragsnaturschutz wird noch einmal besser ausgestattet. Über 52 Millionen sind dafür veranschlagt. 25.000 Landwirte sind dabei und helfen mit, Leistungen für die Erhaltung der Artenvielfalt und für den Klimaschutz zu erbringen. Dafür sollte man an dieser Stelle einmal Danke sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Gleiches gilt für die Landschaftspflegeverbände, die gute Ideen entwickeln und in die Praxis umsetzen. 1,5 Millionen Euro stehen dafür zusätzlich zur Verfügung. Ich freue mich, dass wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner im Haushaltsplan diese wichtigen Änderungen vornehmen konnten.

Ein Beispiel sind die Mittel für den Herdenschutz, die wir verstärken. Vor allem erkennen wir das Problem und können innovative Maßnahmen ergreifen, um Angriffe durch Wölfe abzuwehren. Für uns haben der Schutz und der Erhalt unserer Weidewirtschaft die gleiche Bedeutung wie der Schutz unserer Kulturlandschaft. Wir stärken unter anderem die naturverträgliche Besucherlenkung im Alpenraum und unterstützen die Naturparks.

Ich möchte mich ganz persönlich bei Minister Thorsten Glauber und seinen Mitarbeitern im Ministerium für die gute und konstruktive Mit- und Zusammenarbeit bedanken und bitte um Zustimmung zum Einzelplan.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Haushalt kommt der Umwelt- und Verbraucherschutz in Bayern keinen Schritt weiter. Die Erhöhung des Ansatzes um 34 Millionen Euro von 1,19 Milliarden auf 1,53 Milliarden für Umwelt- und Verbraucherschutz ist ein politisches Zeichen ohne konkreten Nutzen. Bislang ist mit den Klimaschutzmaßnahmen keine Verbesserung bei CO_2 eingetreten. Im Gegenteil: Wie die Internationale Energieagentur mitteilte, wurden im vergangenen Jahr weltweit 36,3 Milliarden Tonnen energiebedingte CO_2-Äquivalente ausgestoßen. Das war so viel wie noch nie zuvor.

Fraglich ist, ob wir die globalen Temperaturveränderungen abmildern könnten, selbst wenn wir die komplette Wirtschaft lahmlegen würden, was unsere Regierungsprofis gerade versuchen. Wir können aber unsere Umwelt schützen, indem wir uns dem reellen Umwelt- und Naturschutz vor Ort widmen. Das müsste dann auch von den Naturschutzbehörden kontrolliert werden. Dafür ist aber kaum Geld vorhanden, weil wir die verfügbaren Mittel für sinnlose CO_2-Vermeidungsstrategien und unbedarften Klimaaktionismus verpulvern. Die Bürger brauchen keine Klimasymbolpolitik. Deshalb fordern wir die Abschaffung der völlig nutz- und sinnlosen Klimaschutzpreise. Wir fordern die Abschaffung des Klimarates, der kaum etwas bringt, außer vorzugaukeln, er würde etwas unternehmen. Wir fordern die Abschaffung des Landesamtes für Energie und Klimaschutz; denn unnötige Versorgungsposten brauchen wir nicht. Des Weiteren brauchen wir auch kein Bayerisches Klimagesetz, das nachweislich nur Schaufensterpolitik ist. Bei uns scheint auch so die Sonne.

Stattdessen sollten vielmehr die Bau- und Sanierungsmaßnahmen in Tierheimen gefördert werden. Das ist dringend erforderlich, da die Tierheime aus sämtlichen Nähten

platzen. Außerdem sollten die Wasserkraftanlagen umweltgerechter genutzt und potenziell umweltschädliche Deponien nicht weiter geduldet werden. Wir brauchen wieder eine verantwortungsbewusste Umweltpolitik und keinen Klimasozialismus. So schaut es aus.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das wichtigste Umweltthema in Bayern ist der Klimaschutz. Wir, die SPD, wollen, dass unser Bayern bis 2040 klimaneutral wird. Wir wollen Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit, dem Erhalt guter Arbeitsplätze und wirtschaftlicher Prosperität verbinden. Wir sind der Überzeugung, dass wir die ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen und gleichzeitig dafür sorgen können, dass unser Bayern wirtschaftlich erfolgreich ist. Vor allem wollen wir alle die Menschen mitnehmen, die jeden Tag hart arbeiten und nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren sind.

Das bisherige Klimagesetz der Koalition genügt den Ansprüchen an einen echten Klimaschutz nach unserer Auffassung nicht.Es hält dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem letzten Jahr nicht stand. Wir wissen, dass der Umweltminister ein neues Gesetz entworfen hat, es aber noch nicht in den Landtag einbringen durfte, weil es die CSU blockiert. Wir brauchen aber dringend ein gutes Klimaschutzgesetz, damit wir eine richtige Grundlage für Klimaschutzpolitik haben und kontrolliert wird, ob wir unsere Ziele auch erreichen. Deswegen werden wir als SPD in Kürze ein eigenes neues Klimaschutzgesetz in den Landtag einbringen. Das wäre dann Ihre Chance, für mehr Klimaschutz zu sorgen, wenn Sie sich in Ihrer Regierungskoalition nicht einigen können.

Nicht nur uns, sondern auch zahlreichen Jugendverbänden ist ein sozialer Klimaschutz wichtig, wie man an den zahlreichen Appellen der Jugendverbände sehen

kann. Sie fordern mehr Klimaschutz, mehr klimafreundliche Beschaffung, weniger Flächenverbrauch und weniger Energieverschwendung. Das müssen wir doch ernst nehmen und endlich handeln! Wir haben im Interesse der Zukunft unserer Kinder und Enkel die Verantwortung, dieses Land besser zu hinterlassen.

Viele Themen, die sozialen Klimaschutz und die sozioökologische Modernisierung Bayerns betreffen, werden in anderen Ressorts entschieden, aber da alles mit allem zusammenhängt, möchte ich an unsere Initiativen hierzu erinnern. Wir haben Anträge für eine Energie- und Wärmewende gestellt. Wir wollen Windkraft, Sonnen- und Erdwärmenutzung kraftvoll ausbauen. Wir wollen, dass Energie für die Menschen in Bayern bezahlbar bleibt. Wir wollen neue Wege für mehr Mobilität für alle, statt immer nur Straßen nur für Autos. Dafür setzen wir auf Elektromobilität mit umweltfreundlichen Autos made in Bavaria und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, gerade auf dem Land.

Das Umweltministerium hat hier selbst relativ überschaubare Kompetenzen und Zuständigkeiten, aber es sollte doch die ureigene Aufgabe und vor allem das Interesse eines Umweltministeriums sein, bei den zentralen Zukunftsaufgaben eine stärkere Bündelungsfunktion zu übernehmen. Beim Moorschutz kritisiert zum Beispiel der Oberste Rechnungshof, dass sich dieser in sechs – ich wiederhole: in sechs – verschiedene Ressorts zersplittert. Moore sind für den Klimaschutz aber wichtig, da sie sehr viel CO_2 binden oder auch ausstoßen können. Es ist politisch unklug und ineffektiv, dass sich hier jeder zuständig fühlen und Mittel im jeweiligen Einzelplan vorsehen kann und am Ende kein Gesamtkonzept dabei herauskommt. Zur zentralen Steuerung der unübersichtlich zersplitterten Moorschutzaktivitäten in Bayern schlagen wir deshalb die Gründung eines bayerischen Moorzentrums für einen wirklich wirksamen Klimaschutz in Bayern vor statt Gießkannenprinzip ohne Ehrgeiz und ohne echte Erfolgskontrollen. Das sagen übrigens nicht nur wir, sondern auch Verbände und Experten, zum Beispiel kürzlich bei der Expertenanhörung im Umweltausschuss. Das bayerische Moorzentrum soll als integrative Dachorganisation alle moorbezogenen

Aktivitäten des Freistaats planen, koordinieren und begleiten. Es soll dabei die politischen Maßnahmen bündeln und fokussieren, und zwar mit einem eigenständigen Moorzentrum nach dem Vorbild Greifswalds. Für eine zuverlässige und verstetigte Umweltbildung wollen wir zusätzliche Finanzmittel für die Verwaltungskosten von Umweltbildungsstationen. Wir fordern deshalb eine Verwaltungskostenpauschale von 40.000 Euro je Umweltbildungsstation, damit nachhaltige Umweltbildung für Schülerinnen und Schüler, aber auch für jeden Einzelnen möglich wird.

Was kann uns denn Besseres passieren, als dass sich junge Menschen für Umwelt- und Naturschutz und die Zusammenhänge des Lebens interessieren? Genau das machen übrigens die Jugendlichen, die sich für ein Freiwilliges Ökologisches Jahr melden. Letztes Jahr haben wir in Pappenheim das 25-jährige Bestehen dieses Dienstes zusammen mit dem Umweltminister gefeiert. Diese jungen Leute hatten eine, wirklich nur eine konkrete Bitte an unseren Umweltminister: dass sie ihr Idealismus nicht auch noch Geld kostet, wenn sie den ÖPNV nutzen. Zur Wertschätzung und sozialen Unterstützung dieser jungen ökologischen Ehrenamtlichen haben wir deshalb gefordert, Geld dafür bereitzustellen. Freie Fahrt für Freiwillige – es sollte doch in diesem Haushalt möglich sein, dafür 120.000 Euro bereitzustellen. Aber an diesem Beispiel sieht man, wie wenig Wertschätzung unseren Jugendlichen und der Umwelt zuteil wird. Oder man sieht, wie schwer es in dieser Regierungskoalition ist, gegebene Versprechen auch in bare Münze umzusetzen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Klima- und Umweltschutz sowie die Bewahrung unserer Schöpfung sind sehr wichtige Themen für uns und unser Bayern. Wenn wir heute nicht handeln und Geld für Klimaschutz investieren, werden wir dafür verantwortlich sein, wenn unsere Gletscher verschwinden, die Wasservorräte weniger werden und aus geschützten Arten verschwundene Arten werden. Deshalb müssen wir mehr investieren und schneller handeln. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

Ralf Stadler (AfD): Liebe Frau Müller, bei der Moorschutzstrategie und dem Umweltschutz bin ich mit Ihnen völlig d'accord. Aber Sie wissen selbst, dass die Landwirte jetzt besonders um Düngemittel zu kämpfen haben. Sie bekommen keine Düngemittel her, und wir haben wieder keinen richtigen Winter gehabt; es wird wieder Wassermangel geben.

(Zuruf)

Wäre es nicht sinnvoller, das vorerst auszusetzen und an unsere Landwirte zu denken? Sie müssen Lebensmittel auf den Tisch bringen. Wir brauchen für dieses Jahr Wasser, damit sie anpflanzen können und die Pflanzen auch wachsen. Wir können doch nicht Klima-, also Moorschutzgebiete anlegen und neu befeuchten; dann geht uns dieses Wasser auch noch ab. Wäre es nicht besser, wenn wir das zugunsten der Landwirtschaft erst einmal auf Eis legen, damit wir etwas zu essen haben?

Ruth Müller (SPD): Erstens bin ich nicht Ihre liebe Frau Müller.

(Heiterkeit – Beifall)

Zweitens haben wir gerade über den Haushalt des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums gesprochen und nicht über den Landwirtschaftshaushalt; der ist morgen dran. Drittens ist das Thema Wasser wichtig. Ich habe es angesprochen; das Thema Klimaschutz beinhaltet auch Gewässer- und Wasserschutz. Insofern ist es in einem Umwelthaushalt natürlich richtig aufgehoben. Viertens und letztens möchte ich Ihnen noch einmal sagen, dass die Steinzeit nicht aus Mangel an Steinen zu Ende gegangen ist, sondern weil der Mensch lernfähig war. Das hoffe ich auch von Ihnen.

(Heiterkeit – Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Dass die Gesamtausgaben für den Haushalt des Staatsministeriums für Umwelt- und Verbraucherschutz nur um 3 % steigen, begrüßen wir im Sinne eines ausgeglichenen Haushalts und auch eines schlanken Staates ausdrücklich. So sind zum Beispiel die Steigerungen beim Naturschutz und der Landschaftspflege zu loben, genauso wie das neue Kapitel zum Naturerlebnis und zur Besucherlenkung, welches mit 14,3 Millionen Euro ausgestattet wurde.

Allerdings gilt es darauf zu achten, wie mit den Mitteln umgegangen wird. Der Bericht des Obersten Rechnungshofs zur Moorrenaturierung im Freistaat vom letzten Jahr hat mit seinem vernichtenden Urteil gezeigt, dass die reine Veranschlagung von Haushaltsmitteln nicht ausreicht, um Klima- und Umweltschutz im Freistaat voranzubringen. Laut dem Bericht waren zwischen 2014 und 2018 15,3 Millionen Euro aus dem Klimaprogramm KLIP zur Moorrenaturierung vorgesehen. Die tatsächlichen Ausgaben lagen in diesen fünf Jahren allerdings bei nur 7,9 Millionen Euro. Im selben Zeitraum sind lediglich 2,4 Millionen Euro in Renaturierungsmaßnahmen geflossen. 4,7 Millionen Euro wurden hingegen für den Erwerb von Flächen eingesetzt, auf denen noch nicht einmal eine einzige Maßnahme umgesetzt wurde.

Dieses eklatante Ungleichgewicht zwischen den Plänen zum Moorschutz auf der einen Seite und der fehlenden Umsetzung auf der anderen Seite erinnert mich an die bekannten großen Ankündigungen des Ministerpräsidenten zum Klimaschutz, denen in der Regel ebenso keine Taten folgen.

(Beifall bei der FDP)

Laut dem Obersten Rechnungshof ist dies ein nicht hinzunehmender Zustand, und diese Meinung teilen wir auch. Wir sehen nun, dass für den Moorschutz im Umwelt-

haushalt ganze 32,6 Millionen Euro vorgesehen sind. Während also in den fünf Jahren zwischen 2014 und 2018 7,9 Millionen Euro ausgegeben wurden, sollen nun innerhalb eines Jahres ganze 312 % mehr für den Moorschutz bereitstehen. Meine Damen und Herren, wenn das Staatsministerium nicht endlich die Bremsen beim Moorschutz löst, dann sind diese Zahlen nicht das Papier wert, auf dem sie stehen. Man kann sich nur wundern, wie das Ministerium auf diese Summen kommt, und es bleibt abzuwarten, wie die Umsetzung besser gelingen kann als in der Vergangenheit.

Ähnliches gilt für den Bereich der Klimaanpassung. Ohne auf die genauen Summen eingehen zu müssen, muss man festhalten, dass sich unsere Kommunen aus eigener Kraft kaum auf die Veränderungen durch den Klimawandel einstellen können, wenn keine Konzepte und Hilfen vonseiten der Staatsregierung bereitstehen. Dies gilt für sämtliche Bereiche: Starkregenvorsorge, Hitzeaktionspläne oder die Umsetzung des Schwammstadtkonzepts. Das sind alles Themen, die wir schon öfter vom Umweltminister gehört haben und die auch vorgestellt wurden. Doch wenn es um die Umsetzung geht, lässt man die Kommunen im sprichwörtlichen Regen stehen.Falls das Ministerium hierbei die gleiche Motivation an den Tag legt wie beim Moorschutz in den vergangenen Jahren, sehe ich unsere Kommunen schlecht für die kommenden Auswirkungen des Klimawandels gerüstet. Die Mittel sind da. Jetzt gilt es, sie auch angemessen und in voller Höhe einzusetzen. Daher werden wir dem Staatsministerium auch für diesen Haushalt einen Vertrauensvorschuss geben und ihm zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Eric Beißwenger. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern stellt sich den vielfältigen umwelt- und naturschutzpolitischen Herausforderungen. Dabei sind der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel weiter-

hin eine der wichtigsten Herausforderungen. Dafür nehmen wir allein im Jahr 2022 rund eine Milliarde Euro in die Hand. Unser Maßstab sind ein klimaneutrales Bayern bis 2040 und eine Reduktion der CO_2-Emissionen um mindestens 65 % bis 2030. Das Bayerische Klimaschutzgesetz wollen wir mit diesen Zielrichtungen weiterentwickeln. Wir wollen besser, schneller, weiter und zukunftssicher vorankommen. Vergessen wir dabei aber nicht: Klimaschutz ist ein fortwährender Prozess. Forschung und Innovation sind hier der Schlüssel zum Erfolg.

Zur Windkraft: Wir wollen mehr Windenergie, aber wir wollen sie mit den Bürgern und nicht gegen die Bürger. Bei der Photovoltaik sollen viermal so viele Anlagen auf staatlichen Dächern durchgesetzt werden, und zwar 1.300 statt 340, und wir wollen sie auch entlang von Autobahnen und Lärmschutzwänden, auf Parkplätzen und Ähnlichem. Die Geothermie soll bis 2050 rund 25 % des gesamten bayerischen Wärmebedarfs decken. Insgesamt wird ein Klimaprogramm für Bayern mit 50 Maßnahmen in fünf Bereichen erarbeitet: erneuerbare Energien, natürliche CO_2-Speicher, Klimaarchitektur, nachhaltige Mobilität und Klimaforschung. Gesetzlich festgeschrieben werden soll auch die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 65 % bis 2030. Im Bereich der Mobilität soll unter anderem die Zahl der E-Ladesäulen bis 2030 von jetzt 7.000 verzehnfacht werden. Ebenso soll die Klima- und Wasserstoffforschung weiter ausgebaut werden.

Bodenschutz spielt in Bayern schon immer eine zentrale Rolle. Bereits 1991 hat Bayern als eines der ersten Länder ein Bodenschutzprogramm vorgelegt und damit einen äußerst wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Nutzung und für einen umfassenden Schutz der Böden in Bayern geleistet. Mehr als 16 Millionen Euro stehen jährlich im Haushaltsplan des Umweltministeriums für die Themenbereiche Bodenschutz, Altlasten und Geologie. Der Erhalt aller Bodenfunktionen ist Voraussetzung für eine nachhaltige, ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft. Böden bilden die Grundlage für menschliches, tierisches und pflanzliches Leben. Humuserhalt und Humusaufbau sind von zentraler Bedeutung für die nachhaltige Land-

nutzung. Als wichtiger Indikator guter und gesunder Böden stellt der Humusgehalt gleichermaßen die Grundlage gesunder Böden wie auch einen potenziellen Kohlenstoffspeicher dar. Klimaschutz ist auch Bodenschutz. Der Aufbau von 0,1 % Humus pro Hektar entspricht etwa der Bindung von 3 bis 6 Tonnen CO_2 pro Hektar.

Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Bayern ist ein wasserreiches Land, wenn auch die Verteilung äußerst unterschiedlich ist. Durch jahrzehntelange Bemühungen der Kommunen des Freistaates im Gewässerschutz konnte die Qualität der Gewässer entscheidend verbessert werden. Ziel ist ein gesundes und sauberes Wasser überall in Bayern, nicht nur für die Trinkwasserversorgung, sondern auch als Lebensraum. Eine hervorragende Trinkwasserqualität ist auch maßgeblich für die Lebensqualität der Menschen in Bayern. Um unsere Bürger vor zu hohen Kosten bei der Sanierung bestehender Leitungssysteme zu schützen, fördert der Freistaat die dafür zuständigen Gemeinden seit 2016 nach den aktuellen Förderrichtlinien RZWas – Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben – in besonderen Härtefällen; und das mit vollem Erfolg. Für diese Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen steht im Haushaltsjahr 2022 die Rekordsumme von rund 146,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Auch auf die Beeinträchtigung der Natur durch einen immer stärker werdenden Freizeitdruck wurde im Einzelplan 12 reagiert. Es wurde eine eigene Titelgruppe "Naturerlebnis und Besucherlenkung" mit 14,3 Millionen Euro geschaffen. Der Erholungsdruck auf die Natur nimmt seit Jahren zu. Immer mehr Erholungssuchende und Touristen reisen in naturschutzfachlich sehr wertvolle Gebiete wie zum Beispiel unsere Alpen. Die Corona-Krise mit zeitweiliger Schließung der Grenzen und mit Ausgangsbeschränkungen in Bayern und in Deutschland hat uns vor Herausforderungen gestellt. Die Empfindlichkeit und die Belastbarkeit von Natur und Landschaft sind jedoch nicht in allen Regionen und nicht auf allen Flächen gleich. Es gibt Bereiche, in denen auch eine starke touristische Nutzung mit geschickten Besucherlenkungen weitgehend naturverträglich möglich ist. Schließlich bieten Tourismus und Erholung daheim die Chance,

dass klimafreundliche Alternativen zum Ferntourismus entwickelt, Menschen an die Natur herangeführt und der einheimische Tourismus gestärkt werden.

Wir schützen und erhalten Bayerns einzigartige Natur und die Artenvielfalt. Das ist ein urkonservatives Anliegen. Hohe Lebensqualität in Bayern durch hohe Umweltstandards und hervorragende Gesundheitsvorsorge, das ist unser Anspruch.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Rosi Steinberger. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute früh haben wir einen Satz gehört, nämlich: Ohne Wirtschaft ist alles nichts. – Das stimmt natürlich nicht ganz, denn erstens heißt es wohl richtig, und das gerade in diesen Zeiten: Ohne Gesundheit ist alles nichts. Aber beides, also Gesundheit und Wirtschaft, braucht auch gute Rahmenbedingungen und einen funktionierenden gesundheitlichen Verbraucherschutz. Dazu braucht es aber auch die richtigen Fachleute, die sich um vieles kümmern wie beispielsweise um Kosmetika, Tätowierfarben, Lebensmittel, Super Food oder das PFC-Monitoring, das Sie leider nicht voranbringen. Ganz wichtig: Es geht auch um Internethandel und Lebensmittelbetrug. Da sollten wir uns in Bayern doch gut aufstellen, noch dazu, nachdem die Herausforderungen in diesem Bereich immer mehr werden. Zumindest sehen wir das so.

Ich spreche hier von Lebensmittelchemiker*innen, die mit ihrem Spezialwissen als Naturwissenschaftler*innen und mit Kenntnissen im Lebensmittelrecht im Verbraucherschutz enorm wichtig sind. Das sieht auch Umweltminister Glauber so. Zumindest haben Sie, Herr Minister, das in einem Schreiben an den zugehörigen Verband ausführlich so skizziert. Das sieht auch der Landtag so, denn vor einem Jahr gab es eine Petition, die zehn Stellen am Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit – LGL – und acht Stellen an den Bezirksregierungen gefordert hat. Diese

Petition wurde einstimmig mit Würdigung versehen. Was ist seither passiert? – Nichts. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Armutszeugnis.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

An den Bezirksregierungen gibt es derzeit überhaupt keine Lebensmittelchemiker*innen. Und in der Bayerischen Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen – KBLV – ist auch nur ein Viertel der Stellen besetzt, und das bei circa 300 komplexen Betrieben. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Kontrollbehörden immer wieder den Kürzeren ziehen, beispielsweise dann, wenn Bescheide beklagt werden. Wir haben diese Petition aufgegriffen und diese Stellen eingefordert. Leider umsonst. Ich weiß, dass Haushalt immer bedeutet, Prioritäten zu setzen. Aber welche Schwerpunkte Sie wählen, welche noch so kleinen Haushaltsansätze Sie ignorieren, das wirft doch ein deutliches Licht auf Ihre Politik.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu den Tierheimen sagen. Ja, es stimmt, es ist ein Haushaltsansatz für die Tierheime drin. Allerdings geht der größte Anteil an die Reptilienauffangstationen, und das auch zu Recht, denn die brauchen dieses Geld tatsächlich. Aber auch die anderen Tierheime brauchen viel mehr Geld. Es braucht eine Grundfinanzierung, eine Investitionspauschale, einen Sonderfonds für die gerade skizzierten Notlagen. Der Investitionsrückstand liegt bei circa 60 Millionen Euro. Da, liebe Staatsregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir noch eines draufsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Kurz und gut: Im Einzelplan 12 gibt es noch viel Luft nach oben. Es geht um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen; denn ohne unsere Lebensgrundlagen ist alles nichts.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Als Nächster spricht für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Hans Friedl. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch beim Einzelplan 12 gibt es auf der einen Seite die Pflicht und auf der anderen Seite die Kür. Wir müssen die Balance halten, um das Staatsministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz entsprechend auszustatten, um das Notwendige zu tun, ohne dabei die Bodenhaftung zu verlieren, und um es darüber hinaus fit für die Zukunft zu machen. Insgesamt werden die Mittel im Einzelplan 12 im Vergleich zum Haushalt 2021 um 3,3 % auf 1.156 Millionen Euro steigen. Ich weiß, 3,3 % sind nicht üppig. Trotzdem bin ich mir sicher, dass der Umweltminister Thorsten Glauber tut, was möglich ist.

Kommen wir nun beispielhaft zu einigen Punkten, auf die ich eingehen möchte. Aus dem Sofortprogramm Hochwasser 2021 des Bundes werden nach Bayern 5,1 Millionen fließen. Um zielgerichtet agieren zu können und darüber hinaus auch in Zukunft gewappnet zu sein, werden 51 Stellen für den Hochwassercheck im Bereich der Wasserwirtschaftsämter aufgebaut. Wir alle wissen, hier besteht Nachholbedarf. Wir müssen schneller werden. Im Bereich der Wasserwirtschaftsämter werden ebenfalls zehn weitere Stellen für den Ausbau des Grundwassermessstellennetzes aufgebaut. Der Ausbau als solches ist mit zwei Millionen Euro hinterlegt. Zum Schutz des Grundwassers brauchen wir bessere Daten. Wasser war, ist und wird immer ein Menschenrecht sein. Dies wird in Zeiten höherer Temperaturen, die mit längeren Trockenperioden verbunden sind, immer wichtiger. Auch hier findet eine Investition in die Zukunft statt.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Mittel in Höhe von vierzig Millionen Euro hinweisen, die für die Bedarfe nach den RZWas darüber hinaus eingeplant sind. In diesem Haushalt sind auch die Mittel für neue Amtstierärzte eingeplant. Diese Stellen werden bei den Landratsämtern zur Verstärkung der Veterinärverwaltung angesiedelt und sind dort dringend notwendig. Eine permanente Überlastung der Amtstierärzte ist

nicht weiter hinnehmbar, wenn wir die Überwachung im Sinne des Tierwohls und des Verbraucherschutzes ausbauen wollen. Um die vielfältigen Aufgaben des Ministeriums im Bereich des Verbraucherschutzes auch in Zukunft zu stemmen, ist eine gleichbleibende oder sogar steigende Mittelausstattung notwendig, auch wenn die Zeichen in Postpandemie- und Kriegszeiten auf Sturm stehen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Ferdinand Mang.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Mit diesem Einzelplan wird der Haushalt für Umwelt- und Verbraucherschutz verabschiedet. Nachhaltigkeit – dieses Wort haben wir in den letzten Debatten oft gehört. Dieser Begriff ist leider zu einem Synonym für Geldströme an die Klimalobby verkommen, ohne Nutzen für Umwelt und Bürger. Es ist Zeit für eine alternative Umweltpolitik.

Wer von Ihnen kennt den Begriff "geplante Obsoleszenz"? – Ja, das dachte ich mir. Geplante Obsoleszenz bedeutet, dass in der Regel Großkonzerne in die von ihnen hergestellten elektronischen Geräte Schwachstellen einbauen, also zum Beispiel in Flachbildschirmen ein Lötzinn verwenden, das mit den Kontakten korrodiert und sich langsam ablöst mit der gewünschten Folge, dass das Gerät kurz nach Ablauf der Garantie oder Gewährleistungsfrist nicht mehr funktioniert. Oder man verwendet hitzeempfindliche Chips, obwohl es zum gleichen Preis auch hitzeresistente Chips gäbe. Diese baut man genau dort im Gerät ein, wo die schädliche Hitze am größten ist.

Zudem gestalten die Konzerne die Geräte in der Form, dass sie auch nicht repariert werden können. Diese Art der bewussten Herstellung kurzlebiger Güter nennt man ge-

plante Obsoleszenz. Es wäre schon längst möglich, Geräte herzustellen, die Jahrzehnte halten, von der elektrischen Zahnbürste bis zur Waschmaschine. Man könnte heute Glühbirnen herstellen, die jahrhundertelang nicht durchbrennen. Was könnten wir an Ressourcen und Energie sparen, wenn wir nicht gezwungen wären, alle drei Jahre ein neues Handy, einen Bildschirm oder sonstige elektronische Geräte zu kaufen!

Man könnte jetzt an ein Verbot geplanter Obsoleszenz denken. Frankreich hat dies beispielsweise getan und führt jetzt Prozesse gegen diverse internationale Konzerne, kann diesen gewerblichen Volksbetrug aber nur schwer nachweisen. Wir als Freiheitspartei verfolgen einen anderen Ansatz. Wir wollen ein Zertifikat bzw. ein Gütesiegel schaffen, das Produkte erhalten soll, die frei von geplanter Obsoleszenz hergestellt werden. Es soll den profitgierigen Konzernen gerne freigestellt werden, ob sie sich um ein solches Siegel bemühen und bewerben wollen oder nicht. Der Verbraucher wird entscheiden, ob er dann vielleicht für einen höheren Preis ein Produkt kauft, das ein Leben lang hält, oder alle drei Jahre einen niedrigen Preis bezahlten möchte.

Wir könnten die Wirtschaft ohne Zwang in bestimmte Bahnen lenken, sodass tatsächlich nachhaltige Produkte zugunsten der Umwelt und des Geldbeutels des einfachen Bürgers hergestellt werden. Es scheitert allein an Ihnen, ehrenwerte Kollegen, weil Sie sich den Lobbyinteressen der Großkonzerne verpflichtet haben und die manipulativen zwangsfinanzierten Medien dies niemals auf die Agenda setzen werden. Darum, liebe Bürger, ist die AfD die einzige Partei, die sich wahrhaft für nachhaltigen Umwelt- und Verbraucherschutz einsetzt.

(Zurufe: Oh! – Beifall bei der AfD)

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen abgeschafft werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Abgeordneter. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Thorsten Glauber. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Mein Großvater wurde 94 Jahre alt. Mit 16 Jahren musste er zum Kriegsdienst. Ein Jahr später, mit 17 Jahren, wurde er zum aktiven Kriegsdienst aufgefordert und war dann über vier Jahre aktiv im Krieg. Er hat mir eines für das Leben mitgegeben: Ihr könnt euch alles erlauben. Ihr seid eine offene, plurale und freie Gesellschaft. Nur eines könnt ihr euch nicht erlauben: Das ist Krieg.

Wenn ein junger Mann mit 16 Jahren als Sanitäter Dinge gesehen hat, die man nicht erzählen kann und will, verändert dies vieles im Leben. So verändert sich auch unser Blick auf das Thema. Wir sprachen immer und diskutieren leidenschaftlich über das Thema Klimaschutz und darüber, wie Klimaschutz betrieben werden soll. Uns allen muss klar sein, dass, wenn wir eines davor ansetzen, dies im Prinzip die erneuerbare Energie ist, die unter dem Klimaschutzgedanken Freiheitspolitik für eine Gesellschaft ist. Die Unabhängigkeit lässt uns am Ende für unsere Gesellschaft nicht nur das Klima schützen, sondern auch die Freiheit für kommende Generationen, um sich so zu entwickeln, frei in dieser Demokratie leben und sich entfalten zu können, wie es uns mein Großvater immer geraten hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der Haushalt des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums im Einzelplan 12 ist in den letzten Jahren von 920 Millionen Euro auf 1.157 Millionen Euro, also fast auf 1,2 Milliarden Euro, angestiegen. Dies ist heuer rein statistisch vielleicht nur eine Steigerung um 3 %. Betrachtet man es über den gesamten Zeitraum dieser Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN, ist dies eine Steigerung um über 6 %. Dies zeigt, dass

den Regierungsfraktionen der Umwelt- und Verbraucherschutz sehr am Herzen liegt, Kolleginnen und Kollegen.

Ein wichtiges Thema ist – so, wie ich begonnen habe – die Aufgabe, den Klimawandel zu meistern, also der Klimaschutz. Deshalb wurde zum Beispiel in vielen Reden der Moorschutz angesprochen, der am Ende zwar tatsächlich als Zahl und Haushaltsmittel vorhanden, aber in der Umsetzung relativ schwierig ist. Ich will darauf eingehen und nicht darum herumreden. Relativ schwierig war es, bei uns im Umwelt- und Verbraucherschutzministerium – das war auch mein Wunsch –, eine Klimaschutzabteilung zu schaffen. Das Ministerium ist umgebaut.Es gibt jetzt acht Referate für den Klimaschutz. Damit können wir uns in Deutschland absolut sehen lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es gibt fast kein anderes Bundesland, das im Prinzip acht Referate für den Klimaschutz aufweist. – Gehen wir zurück zum Thema Moorschutz. Moorschutz ist schwierig, weil ich am Ende, um Moore zu schützen, ein Stück weit Wiedervernässung brauche. Wiedervernässung funktioniert nur, wenn eine Flurneuordnung erfolgt. Habe ich einen Eigentümer, der mir am Ende ein Sperrgrundstück hinlegt, dann kann ich dort nicht vorwärtskommen. Deshalb brauche ich neben personellem Einsatz letzten Endes auch das Engagement draußen, Türen zu öffnen, immer wieder anzuklopfen, immer wieder in der Flurneuordnung diese neue Regelung zu schaffen, um dann vernässen zu können. Das ist am Ende für uns der technisch einfachere Schritt, und den wollen wir aktiv angehen. Deshalb ist das ein Baustein unseres neuen Klimaschutzkonzepts.

Die Klimamilliarde wurde angesprochen. Wir wollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 % reduzieren und klimaneutral sein, wie es schon in dem SPD-Konzept gefordert und bei uns in der Staatsregierung bereits erarbeitet wurde. Die Klimamilliarde ist natürlich auch in der Wasserversorgung zu finden. Die Wasserversorgung und die Umsetzung der RZWas sind wichtige Aufgaben, die wir tagtäglich leisten müs-

sen. Mittlerweile sind es knapp 150 Millionen, mit denen wir Wasser durch ganz Bayern bringen. Der Norden ist deutlich mehr gefordert als der Süden. Aber wir wollen alle Kommunen unterstützen, um letztendlich diese Daseinsvorsorge – Wasser ist Leben – auch zu leisten.

Wir stärken die Moore; das wurde angesprochen. Wir haben wirklich einen Streuobstpakt mit CO_2-Senke Boden ins Leben gerufen. Da investieren wir 4 Millionen Euro in einem Bereich, der aus meiner Sicht auch lohnenswert ist im Hinblick auf die Artenvielfalt.

Wir sind bei dem Thema Klimaschutz mit unserer Umweltforschungsstation Schneefernerhaus und mit vielen universitären Einrichtungen am Start und investieren letztendlich Millionenbeträge, um Klimaforschung und Spitzenforschung, gerade am Schneefernerhaus, für ganz Europa zu leisten und am Ende den Klimawandel zu meistern.

Wir haben einen neuen Umwelt- und Klimapakt mit dem bayerischen Handwerk und der bayerischen Wirtschaft geschlossen. Was gibt es Besseres als eine Partnerschaft zwischen Handwerk und Industrie, um am Ende die DNA der Unternehmen in der Nachhaltigkeit, im Umweltschutz gemeinsam anzugehen und damit auch den Gedanken des Klimaschutzes gemeinsam zu leben?

Wir haben uns an das Thema "Natur und Artenschutz" gemacht; das wurde angesprochen. Die Mittel für Naturschutz und Landschaftspflege wurden um 10 Millionen Euro erhöht. 25.000 Bäuerinnen und Bauern sind mit uns letztendlich in Partnerschaft verbunden. Genau diese Landschaftspflegeverbände sind der kooperative Ansatz. Das sind Strukturen für die Menschen in den Regionen, die draußen miteinander sprechen, die miteinander arbeiten und am Ende miteinander draußen in der Fläche unsere wertvolle Kulturlandschaft erhalten.

Durch die Pandemie waren wir alle herausgefordert. Sie haben es wie ich erleben können, dass Reisen in dem Maße nicht möglich waren. Bayern ist mit seinen Schön-

heiten in allen Landesteilen plötzlich der Magnet gewesen. Für uns gab es die Herausforderung der Besucherlenkung. Warum bearbeitet das Umweltministerium einen Bereich wie Naturerlebnis und Besucherlenkung? – Wir sind ja nahezu herausgefordert, dieses Thema anzugehen, um letztendlich die Menschen eben nicht von dieser wunderschönen Natur Bayerns fernzuhalten. Kolleginnen und Kollegen, ich halte es für den absolut verkehrten Ansatz zu sagen: Dann reist doch in andere Teile der Welt; dort ist es schön. – Nein, wir müssen unsere Schönheiten schützen, aber auch die Menschen mitnehmen und deshalb Besucher lenken. Es geht auch gar nicht anders. Unser Ziel ist es, gemeinsam den Tourismusgedanken und den Lenkungsgedanken miteinander zu verknüpfen. Ich glaube, das ist auch zukunftsgerichtet, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich bin dankbar, dass wir der Stärkung der Regionen die Naturparks auf ein ganz neues Gleis gesetzt haben. Auch das sage ich mit Stolz: Das zeigt, dass die Naturparks in Bayern, die ein Drittel der Landesfläche ausmachen, ein wichtiger Baustein sind, um das Thema Artenvielfalt mit regionalen Strukturen zu vernetzen. Ich bin sehr dankbar für das, was unsere Naturschutzwächterinnen und -wächter draußen, unsere Gebietsbetreuerinnen und Gebietsbetreuer, unsere Rangerinnen und Ranger hier in diesem Bereich leisten. Neben den Naturparks, die am Wachsen sind, haben wir noch zwei besondere Juwele: unsere beiden Nationalparks. Auch da lade ich Sie ein und freue mich, dass der Umwelt- und Verbraucherschutzausschuss in den Nationalpark Berchtesgaden kommt. Sie können sich hier eins zu eins davon überzeugen, warum wir Geld in beiden Nationalparks für Spitzenforschung in Europa einsetzen. Neben Berchtesgaden will ich bewusst auch den Nationalpark Bayerischer Wald nennen; denn beide leben nicht nur von der Naturschönheit, sondern auch von den Erkenntnissen, die wir brauchen, um unsere Artenvielfalt am Ende zu sichern und dieses Zukunftskonzept zu bewältigen.

Wir haben beim Nationalpark Bayerischer Wald einen Quantensprung gemacht, liebe Kolleginnen und Kollegen und 600 Hektar dazubekommen. Wir besitzen damit den größten Waldnationalpark, und das im Prinzip getragen aus der Region, wirklich gestemmt aus der Region, mit ganz großer Bereitschaft, mit ganz großer Leidenschaft. Das waren wunderbare Termine. Da sieht man auch, was der Nationalpark mittlerweile im Bayerischen Wald wirklich im Herzen für eine Kraft entwickelt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich komme zum Thema Wasserwirtschaft, Kolleginnen und Kollegen. Wasserwirtschaft ist ganz zentral. Ich habe ja die segensreiche Funktion der RZWas angesprochen. Aber natürlich besteht auch die Herausforderung, Hochwasserschutz gemeinsam zu managen. Auch da haben wir ganz neue Wege beschritten. Bei diesen 200 Millionen Euro, die wir für den Hochwasserschutz einsetzen, sind wir eben nicht nur an Gewässern erster Ordnung, an den ganz großen Flüssen, unterwegs, nicht nur an der Isar, nicht nur an der Donau. Wir gehen in die Kommunen. Wir haben ein neues Programm aufgelegt, aus dem wir kommunale Hochwasserrückhaltungen mit bis zu 90 % fördern, wenn sie mit Sozialfunktionen, mit den Anforderungen von Nachhaltigkeit und Artenvielfalt kombiniert sind. Es geht darum, vor Ort Wasser in der Fläche zu lassen und die Grundwasserneubildung wirklich zu stärken. Das ist doch das Konzept. Das sind wir komplett neu angegangen. Für das Umwelt- und Verbraucherschutzministerium war es ein extrem wichtiger Ansatz zu sagen: Wir wollen hier nicht nur bei den ganz großen Gewässern dabei sein; wir wollen jetzt letztendlich auch vor Ort in den Gemeinden auf Basis der Aktionspläne, die dort entwickelt wurden, in die Umsetzung kommen. Es ist ja immer die Frage: Was tut ihr da? – Das Haus des Wassers in Bayern ist ein mobiles. Wir werden mit unserem Wassermobil die Botschaft "Wasser ist Leben" wirklich an die Schulen herantragen, um am Ende des Tages noch mal dafür zu werben.

Zum Bauen: Wir haben gehört, dass "Stadt.Klima.Natur" ein wichtiger Baustein ist, um das Thema auch mit Beratungsleistung in den Städten auszubauen. Wir haben eine

Recycling-Agenda für den Freistaat aufgerufen. Wir arbeiten hier ganz eng mit dem Bauministerium zusammen.

Kolleginnen und Kollegen, angesprochen wurde natürlich der Verbraucherschutz. Der Verbraucherschutz war schon immer ein wichtiger Baustein im Ministerium. Wir haben die Herausforderung, dass wir noch stärker digitalisieren müssen. Wir machen das aktuell. Mit unserem TIZIAN-Programm werden wir die Digitalisierung im Gesundheits- und Lebensmittelbereich noch einmal stärken.

Bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest war Bayern Vorreiter. Wir haben anderen Bundesländern geholfen und haben diese auch hohen Ansätze weitergeführt. Die Tierheimförderung ist im Prinzip Neuland für Bayern. Wir haben wieder etwas on top gelegt und sind jetzt bei 1,5 Millionen Euro.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch auf die Fragen eingehen, die gestellt wurden. Es wurde die Frage gestellt, was die Staatsregierung gemeinsam bei dem Thema Umweltbildung macht. Herr Friedl, ein Wort zur Umweltbildung, zumindest für die Zeit, in der ich sie als Minister verantworten darf. Gestartet bin ich bei 1,8 Millionen Euro; jetzt sind wir bei 2,2 Millionen Euro für die Umweltbildung. Also wenn Sie sagen, dass wir die Umweltbildungsstationen nicht im Blick haben, dann weiß ich nicht, was Sie im Blick haben. Von 1,8 Millionen Euro auf 2,2 Millionen Euro zu kommen, ist einmal ein sauberer Anstieg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir brauchten keine Aufforderung von Ihnen, die Umweltbildungsstationen durch die Pandemie zu begleiten. Die hat es wirklich nicht gebraucht. Dann kommen Sie noch zu mir und sagen, dass wir eine Basisförderung brauchen. Ich bin mit den Umweltbildungsstationen zusammengesessen. Allein der finanzielle Ansatz zeigt, dass man es im Prinzip mittlerweile ganz einfach hinbekommt, eine Basisförderung mit Ausfüllen von zwei Zetteln zu beantragen. Wer das nicht kann, weiß ich nicht. Wir haben den

Umweltbildungsstationen so oft die Hand gereicht, dass sich dort niemand beschweren kann. Die Mittelerhöhungen zeigen, dass wir das Thema sehr ernst nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, Frau Müller, wir waren bei den FÖJlern, und ich habe zugesichert, mich zu kümmern. Das Thema ist ja nicht ganz so einfach. Es gibt ja nicht nur das Freiwillige Ökologische Jahr; es gibt ja mehrere Freiwilligendienste. Was war mein Auftrag? – Ich habe natürlich mit anderen Freiwilligendiensten und anderen Häusern gesprochen. Wir haben noch keine Lösung, aber wir sind im Gespräch. Wir wollen den FÖJlern natürlich helfen. Für ihre Dienstfahrten ist sowieso alles geregelt. Sie wollen ja dauerhaft ein Ticket, damit sie immer mobil sein können; das verstehe ich. Aber ich kann es natürlich nicht machen, wenn ich alle anderen Freiwilligendienste nicht genau gleichstelle. Die anderen unterstehen nicht meiner Verantwortung; deshalb müssen wir da noch weiter reden. Aber das Thema ist angekommen.

Rosi Steinberger hat das PFC-Monitoring angesprochen, und es heißt: Wir in Bayern wissen es nicht. – Wir wissen es in der Wasserwirtschaft ganz genau, wie PFC an welchen Stellen ins Wasser gelangt. Also zu sagen, das Monitoring funktioniert nicht, trifft nicht zu. Bis jetzt ist es doch ganz anders.Frau Steinberger, ich werde Sie daran erinnern, zu sagen: An vielen Stellen ist die Bundeswehr der Auslöser dafür, dass wir am Ende des Tages eine hohe – weil es Flugplätze sind – PFC-Belastung haben. Ich freue mich, wenn Sie uns in Ihrer Verantwortung im Bund in Zukunft helfen, diese PFC-Belastung endlich in den Griff zu kriegen. Zu sagen, wir würden das nicht machen, ist natürlich "sehr, sehr nett". Ich hoffe, dass ich jetzt Unterstützung erfahre, um das Thema voranzubringen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich am Ende bei den Regierungsfraktionen, beim Landtag für die Unterstützung des Haushalts und beim Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz herzlichst bedanken. Ich möchte mich bei

den Kolleginnen und Kollegen im Umweltministerium, in den Regierungen, in den Landratsämtern und im Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit bedanken. Sie haben beim Landesamt für Umwelt in den letzten Jahren einen Megajob gemacht. Mein Dank gilt auch Klaus Holetschek, weil wir gemeinsam für das LGL zuständig sind. Die Zusammenarbeit ist hervorragend. Ich bedanke mich bei der ANL und den Umweltbildungsstationen für die gute Zusammenarbeit.

Kolleginnen und Kollegen, alles in allem: Nahezu 7.000 Frauen und Männer sind tagtäglich in Bayern für einen guten Umwelt- und Verbraucherschutz engagiert. Wir werden das gemeinsam auch in Zukunft stemmen. Herzlichen Dank für die Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, herzlichen Dank. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dafür erteile ich dem Kollegen Patrick Friedl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Kollege Glauber, erstmal vorneweg: Sie haben gerade gesagt, dass Sie sich über die neue Verteidigungsministerin freuen, dass Sie die Hoffnung haben, dass die Bundeswehr heute vielleicht anders agiert. Ich höre daraus, dass Sie unzufrieden damit sind, wie es in den letzten Jahren gelaufen ist.

Dann habe ich zu den Mooren eine Nachfrage. Moorschutz ist ein Langstreckenlauf. Sie stellen aber nur in Projektstellen ein. Wann können wir damit rechnen, dass wir aus der Projektstellenphase in die Feste-Stellen-Phase kommen? Wenn Sie Landwirte gewinnen wollen, geht es um Jahre, was Sie an Arbeit leisten müssen. Sie haben das selber betont.

Das dritte Thema ist für mich der Wasserschutz: Wie wollen Sie die Wasserwirtschaftsämter so gut aufstellen, dass sie die Aufgaben, die vor ihnen liegen, auch bewältigen können? Das betrifft die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, die Umset-

zung von 400 Wasserschutzgebietsverfahren, welche im Moment nicht abgeschlossen sind, und dazu die Umsetzung des RZWas-Sturzflutrisikomanagements, wo es dringend nötig ist, dass die Förderungen auch schnell ausgereicht werden können.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Friedl, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Es gibt in diesem Haushalt 60 neue Stellen für die Wasserwirtschaft. Das ist ein Zuwachs. Natürlich könnten es immer noch mehr sein. Die Wasserwirtschaft hat auch in den letzten Jahren immer neue Herausforderungen auferlegt bekommen. Das muss man ganz klar sagen. Die Kolleginnen und Kollegen geben tagtäglich ihr Bestes.

Ich sage mal so: Wer hätte vor zwei Jahren gedacht, dass wir eine Pandemie bewältigen müssen? Da werden Dinge neu geordnet und komplett neu bestellt. So ist es natürlich auch in einer verantwortlichen Staatsregierung. Wir müssen schauen, dass wir die Dinge der Reihe nach abarbeiten. 60 neue Stellen sind schon mal etwas. Wir ringen gerade gemeinsam darum, die Stellen mit einem kw-Vermerk auflösen zu können.

Dann gibt es natürlich auch die Frage nach Projektstellen und dauerhaften Stellen. Auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Wir als Freistaat sind immer angehalten und wollen Projektstellen immer in dauerhafte Stellen überführen. Das machen wir sukzessive. Das geht immer dann, wenn die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Natürlich wollen wir die jungen Kolleginnen und Kollegen auch dauerhaft beim Freistaat beschäftigen, weil der Freistaat ein guter Arbeitgeber ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21398, 18/21407 mit 18/21410, 18/21425 mit 18/21448, 18/21459 mit

18/21482 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21905.

Es folgen nun die Abstimmungen über die beiden Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form. Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Gegen geplante Obsoleszenz I" auf der Drucksache 18/21476 abstimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Gegen geplante Obsoleszenz II" auf der Drucksache 18/21477. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung zum Einzelplan 12 selbst. Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 18/21905 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den

bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP. Gegenstimmen bitte ich, auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Abs. 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 21)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/21905 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21459 bis 18/21472 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 12 ist abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 12

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (GAB)
   (Kap. 12 77 Tit. 683 81)
   Drs. 18/21398

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Freie Fahrt für Freiwillige: Erstattung eines ÖPNV-Tickets im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ)
   (Kap. 12 02 Tit. 684 01)
   Drs. 18/21407

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: „Agenten für Nachhaltigkeit“: Zusätzliche Finanzmittel für die Verwaltungskosten von Umweltstationen
   (Kap. 12 02 Tit. 684 74)
   Drs. 18/21408

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Gründung eines Bayerischen Moorzentrums – für wirksamen Klimaschutz in Bayern
   (Kap. 12 04 neue TG)
   Drs. 18/21409

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Förderung des Katzenschutzes und Unterstützung der Tierschutzorganisationen in besonderen Notsituationen
   (Kap. 12 08 Tit. 686 01)
   Drs. 18/21410

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
   (Kap. 12 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/21425

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Einrichtung einer Stabsstelle für eine Landesbeauftragte bzw. einen Landesbeauftragten für Tierschutz
   (Kap. 12 01 neuer Tit.)
   Drs. 18/21426

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Verwaltungskostenpauschale für Umweltstationen
   (Kap. 12 02 Tit. 684 74)
   Drs. 18/21427

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 12 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/21428

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Umsetzung der Natura 2000-Managementpläne
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/21429

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Moorrenaturierung
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/21430

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Landschaftspflege- und Klimaschutzhöfe
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/21431

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Förderprogramm Plastikvermeidung
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/21432

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen der Klimaanpassung
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/21433

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Einrichtung einer Moorschutzagentur
    (Kap. 12 04 neue TG)
    Drs. 18/21434

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen
    (Kap. 12 08 Tit. 686 01)
    Drs. 18/21435

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Tierheime bei Sanierungs- und Baumaßnahmen besser unterstützen
    (Kap. 12 08 Tit. 893 02)
    Drs. 18/21436

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Abfederung coronabedingter Notlagen der Tierheime und Tierschutzvereine
    (Kap. 12 08 neuer Tit.)
    Drs. 18/21437

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ultrafeinstaubmessungen am Standort Flughafen München
(Kap. 12 09 Tit. 812 04)
Drs. 18/21438

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Forschung zu Plastik und Mikroplastik sowie anderen anthropogenen Spurenstoffen auf die Gewässerökologie
(Kap. 12 09 TG 76)
Drs. 18/21439

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: PFC-Monitoring der Umwelt
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/21440

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/21441

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kartierung windkraftsensibler Großvögel
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/21442

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Personalausstattung des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (Lebensmittelchemikerinnen bzw. Lebensmittelchemiker)
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 18/21443

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Personalausstattung der Regierungen (Lebensmittelchemikerinnen bzw. Lebensmittelchemiker)
(Kap. 12 30 Tit. 422 01)
Drs. 18/21444

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stellen für Naturschutz an den Regierungen
(Kap. 12 31 Tit. 422 01)
Drs. 18/21445

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stellen für den Bereich Klimaanpassung an den Regierungen
(Kap. 12 31 neuer Tit.)
Drs. 18/21446

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 18/21447

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 18/21448

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ralf Stadler u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/21473

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Direkte und indirekte Auswirkungen von Windenergieanlagen auf heimische Ökosysteme näher erforschen
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 18/21474

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reale Umweltbilanz von Windkraftanlagenoffenlegen
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 18/21475

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Gegen geplante Obsoleszenz I
(Kap. 12 03 neue TG)
Drs. 18/21476

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Gegen geplante Obsoleszenz II
(Kap. 12 03 neue TG neuer Tit.)
Drs. 18/21477

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Klimadialog und Klimaschutzpreise
(Kap. 12 04 Tit. 547 75)
Drs. 18/21478

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landfill Mining
(Kap. 12 04 TG 78-79 neuer Tit.)
Drs. 18/21479

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Staatliche Förderung von Sanierungs- und Baumaßnahmen von Tierheimen
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 18/21480

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landesamt für Energie und Klimaschutz
(Kap. 12 09 TG 85)
Drs. 18/21481

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fischaufstiegsanlagen an Wasserkraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 18/21482

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Thorsten Schwab
Abg. Sebastian Körber
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Klaus Adelt
Abg. Dr. Markus Büchler
Abg. Manfred Eibl
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Abg. Inge Aures
Abg. Josef Schmid
Abg. Ursula Sowa
Abg. Hans Friedl
Staatsminister Christian Bernreiter
Abg. Jürgen Mistol

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 09

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/21064 und 18/21065)
Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/21034)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20834 mit 18/20855)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20951 mit 18/20963 und 18/20965 mit 18/20968)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/20691 und 18/20693 mit 18/20702)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20733 mit 18/20755)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)
(Drs. 18/22082)

Zum Antrag auf Drucksache 18/22082 wurde von der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag wurde Ihnen vorab elektronisch übermittelt.

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/20837, die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/20967 und die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/20694 namentliche Abstimmung beantragt haben. Zudem hat die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/20958 einfache Abstimmung beantragt. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Thorsten Schwab von der CSU-Fraktion.

Thorsten Schwab (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Etat des Ministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. Der Einzelplan 09 ist von seinem Volumen her nicht der größte Einzelplan. Die Themen im Geschäftsbereich Wohnen, Bau und Verkehr sind aber Schlüsselthemen, die für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land von großer Bedeutung sind. Auch für den Klimaschutz werden in diesem Haushalt wichtige Weichen gestellt.

Insgesamt stehen im Jahr 2022 Ausgabemittel in Höhe von 4,69 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist fast eine viertel Milliarde mehr als im Jahr 2021 und entspricht einer Erhöhung um 5,6 %. Es gibt große Herausforderungen für Stadt und Land. Wir müssen Synergieeffekte nutzen, Ballungsräume gestalten und den ländlichen Raum attraktiv und lebenswert erhalten. Das ist unser Grundsatz.

Wohnraum in den Städten ist knapp und teuer. Auf dem Land herrscht zum Teil Leerstand. Der öffentliche Nahverkehr in den Städten ist oft überlastet. Immer mehr Menschen ziehen in Ballungsräume. Im ländlichen Raum geht laut Prognose die Einwohnerzahl vor allem im Norden und im Osten Bayerns zurück. Das vorhandene ÖPNV-Angebot wäre dann noch weniger ausgelastet.

Weiterhin müssen wir die Attraktivität des ländlichen Raums und des ÖPNV stärken. Dazu müssen wir Wohnraumförderung, Leerstandsmanagement und Flächensparen zusammenbringen. Eine Aufwertung des ländlichen Raums mit der gleichzeitigen Nutzung aller Möglichkeiten des Arbeitens zuhause bringt automatisch eine Entlastung des Verkehrs in den Ballungszentren mit sich.

Durch die Städtebauförderung unterstützen wir unsere Städte und Gemeinden sehr effektiv bei der Weiterentwicklung, um damit der Landflucht entgegenzuwirken. Gleichzeitig wird der Zuzug in die Städte gebremst. In kleinen Gemeinden greifen die Dorferneuerungsprogramme, die im Haushalt des Landwirtschaftsministeriums eingestellt sind. Gleichwertige Lebensverhältnisse für Stadt und Land, die Schaffung von Wohnraum, der Erhalt und Ausbau der Infrastruktur von den Radwegen über Straßen bis zur Schiene und zum Luftverkehr sind Bestandteile dieses Haushalts. Damit wird Zukunft gestaltet.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bezahlbarer Wohnraum ist die wichtigste soziale Frage der Gegenwart. 50 % der Menschen in Bayern leben im Eigenheim, 50 % zur Miete. Deshalb werden wir den Wohnungsbau in Bayern auch mit unseren eigenen Wohnungsbaugesellschaften vorantreiben.

Über die BayernHeim GmbH wird heute in BR24 berichtet. Ja, die BayernHeim hat ihre Anlaufzeit gebraucht. Der enorme Anstieg der Baupreise, der Fachkräftemangel, der Mangel an Bauflächen und der Materialmangel erschweren die Schaffung von Wohnraum. Jetzt aber ist die BayernHeim auf einem guten Weg. Sie hat knapp 3.500 Wohnungen im Bestand, im Bau, in Planung und in der Entwicklung. Deshalb muss man bei allem Respekt vor dem Bayerischen Obersten Rechnungshof jetzt schon sagen, dass der Bericht, der der Berichterstattung zugrunde gelegt wird, alte Zahlen enthält. Deshalb, meine lieben Damen und Herren von der Opposition – ich meine, dass vor allem der Vertreter der FDP hernach noch ein paar Worte dazu sagen wird –, kann man sich den Theaterdonner ersparen, denn die BayernHeim ist auf dem Weg und alles braucht einfach seine Zeit.

Mehr Wohnraum zu schaffen, ist unser großes Ziel in Bayern. Die Novelle der Bayerischen Bauordnung macht Bauen einfacher, digitaler, schneller und nachhaltiger. Auch mit der Verstetigung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau leisten wir dazu

einen großen Beitrag. Hierbei ist uns nachhaltiges Bauen sehr wichtig.Bauen mit Holz ist ein wichtiger Bestandteil der bayerischen Klimastrategie. Deshalb haben Bau- und Forstministerium eine gemeinsame Holzbauförderrichtlinie auf den Weg gebracht. Mit Staatsminister Christian Bernreiter haben wir einen erfahrenen Politiker an der Spitze des Bauministeriums. Gemeinsam werden wir diese große Aufgabe anpacken.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es ist wahrlich eine große Herausforderung; denn für den Wohnungsbau werden Flächen benötigt, egal, ob in der Stadt oder auf dem Land. In der Stadt sind die Preise hoch, im ländlichen Bereich werden womöglich weitere Flächen versiegelt. Die Baupreise sind rapide gestiegen. Manche Baustoffe haben lange Lieferzeiten. Architekten, Planer und Baufirmen sind personell am Limit. Überall herrscht Fachkräftemangel, auch in unseren Bauämtern. Hohe Baustandards steigern die Preise, verkomplizieren alles und bringen leidige Verzögerungen in alle Projekte. Wichtige Infrastrukturprojekte werden auch oft durch lange Planungszeiten und Verschärfungen im Naturschutzrecht verzögert.

Nun zu den Haushaltszahlen im Einzelplan 09: Erfreulich ist, dass mit dem Mehr an Ausgabemitteln wichtige Akzente gesetzt werden können, für die es nach meiner Auffassung breiten Konsens gibt. Der Bewilligungsrahmen in der Wohnraumförderung erhöht sich gegenüber dem Regierungsentwurf um 15,6 Millionen Euro auf 864,2 Millionen Euro. Der Bund hat seine Mittel im Vergleich zum Vorjahr 2021 von 155,6 Millionen Euro auf 311,2 Millionen Euro quasi verdoppelt. Weggefallen sind allerdings die bisherigen Eigenmittel der Landesbodenkreditanstalt für staatliche Wohnraumförderung in Höhe von 140 Millionen Euro. Aber auch ohne die Mittel der BayernLaBo können die tatsächlich geförderten Projekte mit einem Stand von 3.000 Bewilligungen aufrechterhalten werden.

Der Bewilligungsrahmen des Bayerischen Städtebauförderprogramms wurde im Haushaltsjahr 2022 um 62 Millionen Euro reduziert. Grund ist nicht etwa die mangelnde Un-

terstützung für unsere Kommunen, sondern die zu erwartende geringere Anzahl an Bewilligungsanträgen. Ein Haushalt richtet sich nun einmal immer nach dem Bedarf. Es ist davon auszugehen, dass in den Folgejahren auch das Vorjahresniveau wieder erreicht wird, wenn der Bedarf wieder steigt. Der Gesamtbewilligungsrahmen für die Städtebauförderung liegt 2022 bei rund 316 Millionen Euro und wird somit auf gutem Niveau fortgesetzt.

Für den Schienenpersonennahverkehr sind die Haushaltsmittel stabil. Im Rahmen der Regionalisierungsmittel stehen entsprechend den steigenden Bundeszuweisungen Ausgabemittel in Höhe von 1,45 Milliarden Euro zur Verfügung; das entspricht einem Plus von 31,6 Millionen Euro gegenüber 2021. Im öffentlichen Personennahverkehr steigt der Haushaltsansatz: Für ergänzende Maßnahmen im ÖPNV sind Ausgabemittel in Höhe von 80 Millionen Euro vorgesehen. Für das 365-Euro-Jugendticket werden erstmals Ausgabemittel in Höhe von 80 Millionen Euro bereitgestellt.

Die Mittel für den Straßenbau werden auf gleichbleibend hohem Niveau fortgeführt. Für den Um- und Ausbau sowie die Bestanderhaltung der Staatsstraßen stehen 350 Millionen Euro Ausgabemittel sowie 175 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung. Der Straßenbau ist vor allem im ländlichen Bereich sehr wichtig; das will ich noch sagen. Diesen Hinweis möchte ich vor allem an die Fraktion der GRÜNEN richten. In unseren Dörfern und kleinen Städten fährt nämlich keine U- oder S-Bahn; hier fährt der ÖPNV in Form von Bussen und anderen innovativen Bedienformen auf der Straße.

(Zuruf)

Der Ausbau dient der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer. Die Ortsumgehungen, die gebaut werden, entlasten die Bürger vom Verkehr. Ein Sonderprogramm "Stadt und Land", eine Radoffensive Bayern, die Errichtung von E-Ladesäulen an staatlichen Dienstgebäuden und Mittel für den Donauausbau runden diese Infrastrukturmaßnahmen ab.

Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr ist ein Schlüsselressort für viele Zukunftsthemen. Wie leben und wohnen wir in Zukunft? Wie gestalten wir eine klimafreundliche und bezahlbare Mobilität? – Mit dem Einzelplan Wohnen, Bau und Verkehr stellen wir die Weichen für viele dieser Herausforderungen. Es bleibt eine Mammutaufgabe, der wir uns stellen werden. Herzlichen Dank an dieser Stelle an unseren neuen Minister Bernreiter, insbesondere aber auch an seine Vorgängerin Kerstin Schreyer, die diesen Etat auf den Weg gebracht haben. An dieser Stelle möchte ich auch noch den Kolleginnen und Kollegen im Ministerium und in der gesamten Staatsbauverwaltung danken. Es ist bemerkenswert, was in diesen schwierigen Zeiten geleistet wird, und verdient unser aller Dank.

(Beifall bei der CSU)

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Einzelplan sowie zu den Änderungsanträgen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Die Änderungsanträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schwab, es haben sich drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen aufgetan. – Die erste kommt vom Kollegen Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): "Die BayernHeim sollte sich entsprechend ihrer Zielsetzung darauf konzentrieren, Wohnraum neu zu schaffen, anstatt Wohnungen aufzukaufen, die bereits den Bestimmungen der staatlichen Wohnraumförderung unterliegen." – Kollege Schwab, das ist dem Bericht des Obersten Bayerischen Rechnungshofs entnommen. Vielleicht sollte man diesen einmal ausführlich durchlesen. Auf gut Deutsch heißt es, dass sich lediglich die Eigentümerstruktur ändert; die Wohnungen sind ja schon da. Ich muss Sie leider korrigieren: Aktuell gibt es 234 Wohneinheiten, die sich im Eigentum der BayernHeim befinden und auch sozusagen genutzt, also gemietet werden können. Das war's. Das war alles; mehr ist es nicht.

Markus Söder hat in seiner letzten Regierungserklärung noch im Jahr 2020 2.000 Wohnungen eingefordert und angekündigt, dass sie bis zu diesem Zeitpunkt errichtet worden sind; bis 2025 sollen es ja 10.000 sein. Von der Vorgängerin von Herrn Bernreiter haben wir so ein lächerliches Diagramm bekommen, wo man sich fern jeder wissenschaftlichen Grundlage irgendwie Wohnungen herbeiwünscht. Ich frage Sie deshalb; Ihr Minister hat geantwortet; ich hoffe, er redet dann auch noch; ich stelle ihm die Frage auch gerne noch einmal:

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Sebastian Körber (FDP): Was sagen Sie denn dazu? Das kann ja wohl nicht wahr sein! Da hat Markus Söder krachend seine Ziele verfehlt. Oder werden die Wohnungen wirklich noch gebaut? Haben Sie andere Kenntnisse als wir und der Rechnungshof?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schwab, bitte schön.

Thorsten Schwab (CSU): Vielen Dank. – Lieber Sebastian, als Architekt bist du ja Praktiker. Sicherlich wirst du in deiner Laufbahn als Architekt jegliche geplanten Gebäude in der korrekten Bauzeit abgewickelt haben. Ähnlich ist es auch mit der BayernHeim.

(Zuruf)

– Ich kann mir nicht vorstellen, dass alles pünktlich fertig geworden ist. Gerade bei einer Wohnungsbaugesellschaft wie der BayernHeim gibt es natürlich eine Anlaufzeit; das ist ja ganz logisch. Um Wohnungen neu zu bauen, braucht man erst einmal Grundstücke. Man kann sich ja vorstellen, wie es im städtischen und ländlichen Bereich beim Grundstückserwerb ist; auch im ländlichen Bereich verkauft keiner so einfach Grund und Boden. Das kann man sich ja vorstellen, gerade, wenn man aus der Branche stammt. Ich habe vorhin in meiner Rede erwähnt, dass die BayernHeim auf

einem guten Weg ist. Lassen wir jetzt der BayernHeim einmal eine gewisse Zeit, um das Thema voranzubringen. Jede Wohnungsbaugesellschaft muss in der Anfangszeit erst einmal Kapital investieren,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schwab, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Thorsten Schwab (CSU): um am Ende etwas einzufahren.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Sie haben weitere Gelegenheiten zu sprechen. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Kollege Thorsten Schwab, Sie haben vorher vom Staatsstraßenbau mit 350 Millionen Euro gesprochen. Ich bin schon jahrelang in der Kommunalpolitik tätig. Wir haben eine große Umgehungsstraße, bei der sich die Landtagspräsidentin Ilse Aigner immer wieder einschaltet. Seit 2004 sind 30 Projekte in der Dringlichkeitsstufe 1; seit 2015 ist die Gemeinde Feldkirchen-Westerham auch dabei. Für die Umgehungsstraße wird bei uns mit ungefähr 50 bis 150 Millionen Euro kalkuliert, je nachdem, wie viele Tunnel man einbaut. Halten Sie den Staatsstraßenbau mit 350 Millionen Euro wirklich für ausreichend finanziert, wenn es in der Dringlichkeitsstufe 1 einen Stau von 20 Jahren gibt?

Thorsten Schwab (CSU): Die gängige Ortsumgehung kostet nicht 100 Millionen Euro; davon gehe ich einmal aus. Mehrerer solcher Projekte in der Preislage, wie Sie es geschildert haben, blockieren sicherlich alles, und dann reichen die 350 Millionen Euro nicht aus. Wir hatten in den Jahren ab 2004 einen zu niedrigen Ansatz im Haushalt. Aber wenn wir den Staatsstraßenhaushalt weiterhin mit 350 Millionen Euro fortführen, dann können wir wahnsinnig viel aufholen und Projekte, die noch im Rückstand sind, einholen. Staatsstraßen zu bauen hat natürlich auch mit Blick auf die Genehmigung eine lange Vorlaufzeit.Ich weiß das, weil ich selber ziemlich nahe an einer Staatsstraße wohne. Zehn Jahre sind gar nichts von der ersten Planung bis zum Baubeginn. Für

die 350 Millionen Euro können wir bei den steigenden Baupreisen – das ist der Wermutstropfen – immer weniger Straßenkilometer bauen. Das ist auch richtig.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Klaus Adelt von der SPD gemeldet.

Klaus Adelt (SPD): Herr Kollege Schwab, die Kürzung der Fördermittel für die Städtebauförderung um 60 Millionen Euro halte ich für eine schlechte Entscheidung. Sie sagen, es wurden keine Mittel abgerufen. Sie sollten aber fragen, warum die Mittel nicht abgerufen worden sind; das wäre eigentlich die richtige Frage. Die Bürgermeister landauf und landab fordern Maßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung. Es sind genügend im Köcher. Das Problem ist, dass an den Regierungen qualifiziertes Personal fehlt. Die suchen Personal händeringend und würden sofort einstellen, wenn sie denn welches hätten. Deshalb meine Bitte: die Förderverfahren vereinfachen, mehr Personal an die Regierungen. Noch ein Tipp: Die Förderoffensive Nordostoberfranken war relativ unkompliziert und hat ganz hervorragende Wirkungen gehabt. Wir wären dankbar, wenn diese Förderoffensive fortgesetzt werden würde.

(Beifall bei der SPD)

Thorsten Schwab (CSU): Also, 62 Millionen Euro weniger für die Städtebauförderung in diesem Haushalt sind natürlich schmerzhaft. Wenn aber weniger Anträge da sind, dann brauche ich in diesem Jahr weniger Mittel im Haushalt. Das weiß jeder Gemeinderat oder ehemalige Bürgermeister: So ein Haushaltsplan ist die Fortschreibung des Vorjahreshaushaltes. Das wird in den nächsten Jahren auch wieder angehoben, damit man zumindest wieder zum alten Stand kommt. Wenn Anträge schneller bearbeitet werden, dann habe ich auch nichts dagegen. Wie Sie aber schon richtig gesagt haben, wenn Mitarbeiter eingestellt werden sollen, man aber auf dem Markt keine findet, dann ist das ein allgemeines Problem. Im Prinzip war die Antwort schon in der Frage enthalten.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Markus Büchler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Haushaltsentwurf zum ersten Mal angeschaut habe, war ich doch ziemlich überrascht, nicht wegen des Inhalts des Verkehrshaushaltsteils, zu dem ich jetzt spreche – da steht nicht allzu viel Neues drin –, sondern wegen der vielen Mittel für den Verkehr, die Sie in das Corona-Investitionsprogramm ausgelagert haben. Ich meine die 75 Millionen Euro für ÖPNV-Infrastruktur, die 35 Millionen Euro für Bahn-Reaktivierungen, die 25 Millionen Euro für die Luftreinhaltung. Das geht alles in die richtige Richtung, aber wir brauchen dieses Geld doch nicht nur einmal, nicht nur in einem einmaligen Corona-Investitionsprogramm, sondern jedes Jahr, dauerhaft. Deswegen müssen diese Mittel dauerhaft im Verkehrshaushalt verankert werden. Sie müssen aufgestockt werden und zusätzlich in den Verkehrshaushalt hinein, in den Einzelplan 09, wenn wir Politik machen wollen für weniger Staus, für bessere und saubere Busse und Bahnen und für sichere Fuß- und Radwege, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin gespannt, ob Sie das Geld, das Sie hier zusätzlich und einmalig in das Corona-Investitionsprogramm hineingeschrieben haben, auch wirklich real ausschütten werden oder ob es auch hier bei der üblichen Söder'schen Ankündigungspolitik bleibt, wie zum Beispiel beim 365-Euro-Ticket für alle. Es ist schon April, und viele Projekte haben einen langen Vorlauf. Deswegen bin ich echt gespannt, ob zum Beispiel die Stadtwerke Würzburg tatsächlich Geld für die Erneuerung ihrer Trambahn bekommen oder ob wir im Landkreis München, wo ich Kreisrat bin, tatsächlich Geld für die sauberen, emissionsfreien Busse bekommen, die wir dutzendweise bestellen, und ob die Betreiber der Bahnen, die gerne Strecken reaktivieren würden, jetzt tatsächlich Geld bekommen, ob sie tatsächlich endlich einmal Geld überwiesen bekommen für neue Gleise, Weichen und Signale, damit zum Beispiel die Hesselbergbahn, die Staudenbahn, die Ilztalbahn und wie sie alle heißen, reaktiviert werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben bei Bus und Bahn einen riesigen Rückstau an verschlafenen Investitionen. Jahrzehntelang wurde von der Verkehrspolitik in Bayern viel zu wenig gemacht. Den Rückstau müssen wir auflösen. Ebenso gilt das für den Ausbau sicherer Radwege. Da ist keine Zeit zu verlieren, da brauchen wir sehr viel Geld, jedes Jahr Geld und mehr Geld, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb drängen wir mit unseren Änderungsanträgen zum Beispiel auf Planungssicherheit, indem man eine Verstetigung in die Verpflichtungsermächtigungen aufnimmt. Und wir wollen für die Kommunen höhere ÖPNV-Zuweisungen anstelle dieses riesigen Bergs von Geld für den Straßenbau, den Sie weiter bereitstellen und damit unser schönes Bayern immer weiter zubetonieren. Es ist doch klar, dass unsere Kommunen auf dem Land bisher keinen gescheiten ÖPNV bezahlen können. Rosenheim ist Ihnen beim Alpenbus ausgestiegen, Landshut ist bei der MVV-Ausweitung ausgestiegen. Beides sind Söder'sche Ankündigungsprojekte. Im Wahlkampf gscheit daherreden ist leicht. Dann aber die Kosten auf die Kommunen schieben und selbst Straßen bauen? – So wird das nichts! Wir müssen aufhören mit dem Straßenbau und die Mittel umschichten für Bus, Bahn, Fuß und Rad.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie schon, wie wir in den Ausschussberatungen festgestellt haben, leider auch dieses Jahr wieder alle unsere Änderungsanträge ablehnen, so bleibt doch unsere Hoffnung, dass Sie unsere guten Vorschläge beim nächsten Mal berücksichtigen. Vielleicht könnten Sie doch unseren kleinsten Änderungsantrag für den Verkehrsbereich annehmen. Ich hoffe doch, wenigstens dafür können Sie sich noch erwärmen. Es geht darum, erstmals den Fußverkehr aufzunehmen. Der Fußverkehr und die Fußgänger*innen kommen kein einziges Mal auf den paar Tausend Seiten vor. Andere Länder sind da viel aktiver. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen betreiben eine akti-

ve Förderung von sicheren Fußwegen, von Verkehrsberuhigung innerorts für die Kommunen. Dafür haben wir erstmals einen kleinen Haushaltsbeitrag eingestellt. Nehmen Sie doch wenigstens den an.

Meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Mittel für den Fußverkehr und ebenso für Rad, Bus und Bahn. Das wollen wir im Haushalt fest und dauerhaft verankern, damit auch unsere Kommunen fachkundig und kofinanziert für Verkehrsberuhigung sorgen können, damit wir in Bayern vorwärtskommen bei der Verkehrssicherheit, gerade auch für die Kinder und die Senior*innen, damit wir mehr Lebensqualität und mehr Mobilität in unseren Städten und Ortschaften schaffen können.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Manfred Eibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Büchler, Sie reden von mehr Geld, von immer mehr Geld, doch Sie wissen, Geld ist endlich. Wir müssen schauen, wie wir die vorhandenen Haushaltsmittel, das Geld, angesichts der vielfältigen Aufgaben richtig einsetzen. Ich glaube, wir sind dabei auf einem sehr, sehr guten Weg.

Verkehre der Zukunft in Zeiten der Mobilitätswende: Der Ausbau sowie die Entwicklung integrierter und vernetzter Mobilität – und hier sage ich, insbesondere in ländlichen Räumen und Regionen – sind ein hohes Gut, sowohl für die Bevölkerung als auch für die Wirtschaft, die wir mitdenken. Unter dem Credo "Mobilität neu denken" wurden und werden in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Betroffenen vor Ort, mit Wirtschaft und Politik, immer ausgerichtet auf einen co-kreativen Prozess, beispielgebende und übertragbare Konzepte erarbeitet, die maßgeschneidert vernetzte Mobilität bezahlbar machen und vor allem sicherstellen sollen. Nur so können wir verzahnte, leistungsfähige und vor allem effiziente Zentren sowie einen attraktiven und zukunftsfähigen ländlichen Raum dauerhaft sicherstellen, um damit, wie heute schon

angeklungen, vorherrschenden Abwanderungstendenzen der Landbevölkerung entgegenzuwirken. Zahlreiche Landkreise in ländlichen Regionen haben über Jahrzehnte hinweg den ÖPNV nur auf die Bedarfe des Schulverkehrs ausgerichtet. Nun findet auch dort momentan ein großes Umdenken statt. Der Freistaat fördert mit großer Intensität die Erstellung von integrierten Nahverkehrs- und Verbundkonzepten. Mobilität endet eben nicht an den Landkreisgrenzen.

Im Zuge einer konsequent auf den Umweltschutz ausgerichteten Mobilitätswende spielt eine Verlagerung des Personenverkehrs auf die Schiene für uns eine entscheidende Rolle. Neben dem vom Bund beschlossenen Deutschlandtakt zwischen den Zentren muss aber auch der ländliche Raum konsequent und zeitnah mitgenommen werden. Hierfür bietet sich für Teilbereiche eine Reaktivierung von Bahnstrecken an, weil für diese wesentlich leichter zu realisierende Voraussetzungen gegeben sind als für kostenintensive Neubaustrecken. Unser politischer Ansatz führt mit Augenmaß hin zu einer in weiten Teilen emissionsfreien Mobilität.Allein in Bayern haben wir bei Reaktivierungen über 50 potenzielle Strecken mit einer Gesamtlänge von circa 900 Kilometern zu diskutieren. In zahlreichen Bundesländern laufen ähnliche Diskussionen. Die genannten, nicht im SPNV betriebenen Strecken befinden sich in unterschiedlichen Zuständen, meine Damen und Herren. Diese reichen von vollwertig befahrenen Strecken mit zum Beispiel Güterverkehr oder touristischen Verkehren über stillgelegte, aber erhaltene Strecken bis zu völlig abgebauten Strecken. Stets haben wir FREIE WÄHLER uns für eine Erweiterung der Reaktivierungskriterien eingesetzt, die anstatt harter Grenzen der reisenden Personen pro Kilometer pro Werktag Möglichkeiten für interessierte Regionen eröffnen, Reaktivierungen nicht nur anzuschieben und zu fordern, sondern auch umzusetzen.

In diesem Sinne wurde ein Vier-Säulen-Modell als Grundlage für eine dauerhafte und zukunftsweisende Lösung konzipiert. Zur Umsetzung werden im Haushalt 2022 erstmals – ich betone erstmals – zusätzliche Landesmittel in Höhe von 35 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Dies ist ein entscheidender und – wie ich meine – wichtiger

Schritt. Um jedoch die dauerhafte Finanzierung zu gewährleisten, ist eine deutliche Aufstockung der Regionalisierungsmittel des Bundes hierfür zwingend notwendig. Bayern und die übrigen Bundesländer können diese Aufgaben und Forderungen nicht alleine bewältigen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei unserem Koalitionspartner bedanken, insbesondere bei unserer Staatsministerin a. D. Kerstin Schreyer und bei meinem Kollegen Jürgen Baumgärtner. Gemeinsam haben wir nicht nur Forderungen aufgestellt, sondern Konzeptpapiere entworfen, die nun als Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche Umsetzung dienen sollen. Vernetzte verkehrsträgerübergreifende Mobilität ist unser Ansatz und unser Ziel. Lassen Sie uns gemeinsam daran weiterbauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Eibl. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident Söder ist wie ein kaputtes Düsentriebwerk. Er produziert eine Menge Lärm und heiße Luft, aber kaum Schub, sodass nicht wirklich etwas vorangeht. 10.000 neue staatliche Wohnungen hatte er den Bürgern bis 2025 versprochen. Bis jetzt gibt es nur ein paar Hundert. Der Bestand an Sozialwohnungen in Deutschland ist in den letzten zwanzig Jahren unter Regierungsbeteiligung der CSU auf nur noch ein Drittel gesunken. Das ist ein katastrophales Zeugnis für Ihre Wohnungsbaupolitik im Allgemeinen! Die Bayerische Landesbodenkreditanstalt sieht einen Nachholbedarf von fast 390.000 Wohnungen sowie einen Neubaubedarf von über 940.000 Wohnungen bis 2034. Gerade bei der Schaffung von günstigem Wohnraum für Einkommensschwächere hat die Bayerische Staatsregierung bisher versagt.

Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof hat Ihnen jüngst Ihre Baupolitik um die Ohren gehauen. 600 Millionen Euro wurden jährlich für die Förderung kommunaler Baumaßnahmen ausgegeben, wobei – Zitat – zahlreiche Förderverfahren nicht anhand der Vorgaben und damit zu lax angegangen worden seien. Die Folge sei ein enormer Finanzierungsstau von 350 Millionen Euro, so der ORH. Er kritisiert zudem, dass die Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim binnen drei Jahren – Zitat – noch keine Wohnung selbst geschaffen habe. Stattdessen habe sie nur wenige Wohnungen erworben, die ohnehin errichtet worden wären.

Wir fordern einen neuen gesonderten Fördertopf über 145 Millionen Euro zur Bezuschussung und Gründung von Wohnungsbaugenossenschaften sowie eine ergänzende Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 95 Millionen Euro. Wir müssen auslaufende Sozialbindungen verlängern, das Wohngeld erhöhen und den Wohnungsbau durch einen dauerhaft reduzierten Mehrwertsteuersatz sowie die Befreiung des sozialen Wohnungsbaus von der Grunderwerbsteuer stärker ankurbeln.

(Beifall bei der AfD)

Entscheidend ist die Beschleunigung und Verbilligung des Wohnbaus. Die einkommensorientierte Förderung ist hier am effizientesten und die beste Hilfe für Einkommensschwächere. Daher fordern wir eine Erhöhung der EOF-Mittel um knapp ein Drittel von derzeit rund 46 Millionen Euro auf 60 Millionen Euro. Die migrationsgetriebene Zunahme der Bevölkerung in Bayern wirkt sich dabei weiter auf den Wohnungsmarkt aus und führt zur Verknappung des Angebots bei gleichzeitig steigenden Preisen. Eine verantwortungsvolle Wohnungspolitik beginnt bereits an Deutschlands Grenzen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Inge Aures von der SPD-Fraktion.

Inge Aures (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Aller guten Dinge sind drei, besagt ein Sprichwort. Gemeint sind Sie, sehr geehrter Herr Minister Bernreiter, der dritte Minister in dieser Amtsperiode. Auf Sie sind viele Aufgaben zugekommen. Der Haushalt trägt sicher die Handschrift Ihrer Vorgängerin. Nichtsdestoweniger müssen Sie das, was Sie von Ihren "Vätern" ererbt haben, mit Ehren übernehmen. Daher sind Sie jetzt gefordert.

Zunächst einmal möchte ich mich aber bei den Kolleginnen und Kollegen für das gute Miteinander im Ausschuss bedanken. Heute haben Thorsten Schwab, Manfred Eibl und andere gesprochen. Ich denke, wir versuchen immer, Lösungen über Parteigrenzen hinweg zu finden. Das ist gut und richtig so.

Nichtsdestoweniger liegt einiges im Argen. Mich hat ebenso wie meine Kollegin, die wohnungsbaupolitische Sprecherin Natascha Kohnen, ein Brandbrief der oberfränkischen Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften erreicht. 51 Unternehmen mit circa 50.000 Wohnungen haben einen Brandbrief an den Ministerpräsidenten geschrieben mit der Bitte, die Wohnraumförderung aufzustocken. Wir haben hier natürlich ein Problem; denn in der Bayerischen Verfassung steht, und das möchte ich Ihnen ins Stammbuch schreiben, Herr Minister: "Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden." Bitte nehmen Sie sich dieser Aufgabe an; denn wir in Oberfranken sind verzweifelt. Der Spagat zwischen den hohen Baukosten, den steigenden Kreditzinsen und dem niedrigen Mietniveau, das wir haben, können wir nicht mehr leisten. Deshalb brauchen wir eine planbare Förderkulisse, die nicht immer nur auf Projekte begrenzt ist. Bitte nehmen Sie sich dieser Sache an!

(Beifall bei der SPD)

Trotz steigender Baukosten und fehlender Fachkräfte – das haben wir heute schon in allen Bereichen gehört, auch beim Ressort Wirtschaft – müssen wir die Klimaschutzmaßnahmen der Zukunft und die Sanierung der Baustellen auf Vordermann bringen.

Deshalb ist es absolut notwendig, ein Zeichen im Staatshaushalt zu setzen. Wir haben gefordert, dass der Freistaat die Landesmittel aufstockt. Wir sind nicht zu unverschämt; denn auch wir können Haushaltspläne lesen und wissen, wie man Haushalte gestaltet. Wir haben gesagt: Macht Verpflichtungsermächtigungen! Das belastet zwar für die Zukunft, aber man hat eine Handlungssicherheit. – Das haben Sie leider nicht getan.

Im Wohnungsbau sind viele Baustellen offen, das möchte ich feststellen, unter anderem – wir haben es gerade gehört – bei der BayernHeim. Hierzu möchte ich heute auf den Beitrag in BR24 verweisen. Dort wurde alles gesagt, was Herr Kollege Körber auf den Weg gebracht hat.

Ich frage Sie, Herr Minister: Wo ist der Plan der CSU und der FREIEN WÄHLER für den Verkehr, die Elektrifizierung und die Reaktivierung? Wo geht es hin? Die neueste Masche ist jetzt immer, mit dem Finger auf den Bund zu zeigen. Sie fordern zwar stets, es muss etwas getan werden, aber der Bund soll zahlen. Zuvor war es immer anders. Als die CSU noch mitregiert hat, hat keiner auf den Bund geschaut, sondern man hat immer groß auf den Putz gehauen. Was haben die CSU-Minister denn gemacht? – Herr Ramsauer, Herr Dobrindt, dann kommissarisch Herr Kollege Schmidt und Herr Scheuer. Seit 2009 waren dies 150 Monate unter CSU-geführten Verkehrsministerien, die ein Chaos hinterlassen haben. Das muss man einfach sagen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt 50 Millionen Euro in Strecken zu verbauen, sind Peanuts. Da ist mehr Geld nötig. Wir wissen auch nicht, wohin das Geld fließen soll. Man hat uns nicht mitgeteilt, wie die Mittel verstetigt werden usw.

Die Krönung ist jetzt, dass die Kioske an den Bahnhöfen schließen und dort keine Tickets mehr gekauft werden können. Der absolute Renner ist aber, dass Ticketautomaten abgebaut werden, weil man die Wartungskosten sparen will. So sieht die Realität der CSU und der FREIEN WÄHLER aus.

Ich gehe weiter zum 365-Euro-Ticket. Jetzt ist in Erlangen-Nürnberg etwas passiert. Ich dachte zuerst, es ist ein Aprilscherz: Ein Semesterticket für 207 Euro, das nur 2,07 Euro gekostet hat! Für die Studierenden ist das natürlich grandios. Dies zeigt aber auch, dass so einiges im Argen liegt und selbst Regionen wie Nürnberg, Erlangen und Fürth dringend Tickets für 365 Euro bräuchten. Aber auch hier sagt unser neuer Minister bereits: Alles schön und gut, aber der Bund soll zahlen. Die Forderung ist "Null für Neunzig" statt "Neun für Neunzig". Das ist alles unrealistisch.

Auch das Rad- und Mobilitätskonzept sowie die Radgesetz-Entwürfe von uns und das der GRÜNEN sind abgelehnt worden.Das ist natürlich bitter; denn da hat der Ministerpräsident großspurig beim Parteitag verkündet, und dazu gibt es sogar CSU-Parteitagsbeschlüsse von 2019, dass sich hier etwas tut. Aber anscheinend hört ihr bei der CSU trotzdem nicht auf eure eigenen Leute. Ich denke, die werden euch schon selber mal die Leviten lesen, wenn sich da jetzt nichts tut; denn die Zeit ist jetzt schnell herum. Die Wahl ist nächstes Jahr.

Wir haben gerade gehört, was im Argen liegt. Ich möchte mal die Ministerialen und die Angestellten in den Ämtern loben. Sie machen wirklich eine schwere und große Arbeit; aber sie können natürlich nichts dafür, dass sie bei den Anträgen absaufen und dass kein Personal da ist. Ich habe eine Anfrage gestellt: In den letzten fünf Jahren waren die Stellen in den Bauämtern nur zu 85 % besetzt. Allein im letzten Jahr waren 214 Stellen nicht besetzt. Ich frage Sie: Wie sollen die hinterherkommen und die Anträge bearbeiten? – Da müssten Sie sich mal eine Vereinfachung überlegen. Da können Sie Zeichen setzen, wie man das besser machen kann; einfach mal mit den Bürgermeistern draußen reden, die vor lauter Papierkram nicht mehr zu ihrer richtigen Arbeit kommen.

Das will ich Ihnen ins Stammbuch schreiben, Herr Minister: Klimaschutz und Nachhaltigkeit sollen nicht nur Worthülsen sein, sondern diesen Reden müssen jetzt auch Taten folgen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Nächster Redner ist der Kollege Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf des Einzelplans 09 ist wirklich eine tolle Sache, wenn man mal wieder nicht schlafen kann. Bereits beim ersten Überfliegen wurden meine Augen immer schwerer; 234 Seiten – ironischerweise genau die Anzahl der Wohnungen, die die BayernHeim wirklich besitzt –, durchzogen von einer Mischung aus Monotonie und Altbackenem, Altbekanntem der letzten Jahre. CSU und FREIE WÄHLER nennen das "kontinuierlich". Man kann auch sagen "einfallslos, träge, völlig ambitionslos".

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Einzige, was in diesem Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr dynamisch ist, ist die vakante Stelle des Ministers; denn da haben wir jetzt schon den vierten an der Zahl. Da kann man doch gar keine Handschrift erkennen. Ich habe sie nicht gefunden. Wie denn auch? – Da muss man sich mal lustig 100 Tage einarbeiten und kann angeblich nichts machen. Dann kommt der nächste Minister und dann der übernächste.

Ich kann Ihnen aber sagen, welche Handschrift man ein bisschen herauslesen kann; das ist die des nicht anwesenden Bayerischen Ministerpräsidenten. Ich habe wirklich Respekt vor Olaf Scholz als Bundeskanzler, der sich auch direkt vom Parlament befragen lässt. Man sollte demokratietechnisch mal darüber nachdenken, liebe Kollegen von den Regierungsfraktionen, warum sich denn der Ministerpräsident unseren Fragen immer entzieht. Aber kein Problem, ich gebe Ihnen einmal vier Beispiele für die Kontinuität in diesem Haushalt.

Erstens. 100 % WLAN-Ausstattung im Nahverkehr bis 2020.

Zweitens. 2.000 Wohnungen der BayernHeim bis 2020.

Drittens. 20 % Radverkehrsanteil am Modal Split bis 2025.

Viertens. Eine baldige Vervierfachung der PV-Anlagen auf staatlichen Dächern.

Das ist die Kontinuität, die wir im Haushalt haben. Das sind die leeren Versprechungen des Bayerischen Ministerpräsidenten aus dem Bereich Wohnen, Bau und Verkehr. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir in Franken sagen dazu: Ein Sprüchbeutel hat gesprochen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte schlaglichtartig mal zwei Themen herausgreifen, überraschenderweise das Prestigeprojekt aus dem Wohnungsbereich, das Prestigevorhaben des Ministerpräsidenten. Es reduziert sich auch alles auf dieses Thema. Es kommt ja wirklich nichts, null, niente, was mit Bauen und Wohnen zu tun hat, nach diesem Bauordnungsnovellchen. Da ist es eben dieses Prestigeprojekt BayernHeim. Ich möchte jetzt weniger auf die Fakten bzw. Details eingehen; aber darauf, dass Sie sich mit einer Pressemitteilung heute Morgen hinstellen, Herr Minister, und sagen – ich zitiere daraus wörtlich –:

> Die pauschale Kritik des Bayerischen Obersten Rechnungshofs an der BayernHeim geht an der Realität vorbei.

Also, das ist schon ziemlich dreist und verwegen, den Bayerischen Obersten Rechnungshof derart hinstellen zu wollen. Schauen Sie sich doch mal die Zahlen an. Das sind Versprechungen aus Ihrem Koalitionsvertrag. Das sind Versprechungen des Ministerpräsidenten aus dem Jahr 2020. Das sind doch die Fakten, die auf dem Tisch des Hauses liegen und die überall nachzulesen sind. Dazu sagen Sie, das geht an der Realität vorbei. Also lesen können wir schon noch, und ich glaube beim Bayerischen Obersten Rechnungshof kann man zumindest noch lesen, was Sie hier verschriftlichen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bleibe bei unserer Forderung. So kommen wir mit der BayernHeim nicht voran. Unsere Forderung als FDP ist ganz klar die Liquidierung der BayernHeim. Hier findet eine Steuergeldverschwendung statt. Sie haben es gelesen: Da werden Mietflächen für die Büroflächen der BayernHeim leerstehen gelassen. Sie können nachlesen, was die BayernHeim so alles macht. Gewerbeflächen hier in München, knapp 930 m2, stehen seit Jahren leer und sind nicht vermietet. Der Steuergeldschaden summiert sich mittlerweile auf Millionen, was man allein dort an Defizit hat. Sie konnten es heute Morgen im Radio hören: Die Verlustvorträge zum Ende des Jahres 2020 sind 7 Millionen Euro.

Herr Minister, da müssen Sie doch wirklich die Reißleine ziehen. Geben Sie das Geld bitte denen, die das können! Geben Sie es den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften! Sie kommen doch aus der kommunalen Familie, Herr ehemaliger Landrat. Geben Sie es bitte den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, den kirchlichen, den Genossenschaften, der privaten Wirtschaft. Raus mit den Fördergeldern, rein in die Zuschüsse des Freistaats! Sie können damit hier jederzeit die Bundesmittel, die wir bekommen, aufstocken. Die können nämlich bezahlbaren Wohnraum schaffen. Die können auch bauen. Der Freistaat kann es nicht. Der Staat war schon immer der schlechtere Unternehmer.

(Beifall bei der FDP)

Ich werde noch ein zweites Beispiel für Sie herausgreifen. Die Immobilien Freistaat Bayern ist auch in Ihrem Haus anhängig, Herr Bernreiter. Da brauchen wir ganz dringend eine Reform. Sie konnten heute Morgen den Dilettantismus beim Apple-Standort hier in München nachlesen. Sie können den Dilettantismus bei der Projektierung der neuen Fläche der Landesbank nachlesen; außerdem noch das Deutsche Museum in Nürnberg. Was da offenkundig für ein Schaden für den Steuerzahler entstanden ist, werden wir, glaube ich, auch bald vom Bayerischen Obersten Rechnungshof zu hören bekommen. Ich bin mal gespannt, wie da Ihre Kritik aussieht, Herr Minister. Sie müssen das Ganze ja dann vertreten. Ihr Ministerpräsident wird sich kaum nach vorne

stellen. Da ist er, glaube ich, schnell abgetaucht und hat sicherlich irgendetwas Wichtigeres einzufordern, wo er ein schönes Foto oder Bild produzieren kann.

Weil meine Redezeit leider zu Ende ist, muss ich auf unsere Änderungsanträge verweisen, denen man natürlich allen schön zustimmen muss. Die sind nämlich sehr clever und sehr gut, und Kollege Eibl findet das auch.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Josef Schmid von der CSU-Fraktion.

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann der Kollegin Aures mal zustimmen: Wir haben eigentlich im Ausschuss ein sehr gutes Klima, wenngleich heute die innere Befindlichkeit des Vorsitzenden Körber so ein bisschen in eine andere Richtung schlägt – sehr aufgewühlt, sehr aufgeregt.

(Zuruf)

Da muss man jetzt schon einiges zum Thema BayernHeim sagen. Vorweg sage ich auch ein Wort zum Obersten Rechnungshof. Es mag sein, dass da große Experten sitzen, wenn es um das haushalterische Nachprüfen geht, um das Berechnen von irgendwelchen Zahlen. Aber vom Wohnungsbau hat der Rechnungshof jetzt nicht wirklich die allergrößte Ahnung, meine Damen und Herren, und Sie, die Sie Kritik an BayernHeim üben, auch nicht. Ich sage das, was ich im Ausschuss schon oft gesagt habe; aber ich muss es hier wiederholen, damit es auch die Kolleginnen hören, die nicht im Ausschuss sind, und damit es auch das bayerische Volk vielleicht irgendwie mitbekommt: Es ist völlig falsch zu sagen, dass in der BayernHeim überhaupt nichts passiert ist. Die BayernHeim ist vor drei Jahren gegründet worden. Wenn man alles zusammenzählt, Wohnungen und das, was auch im Baurecht auf den Weg gebracht

ist, sind es 3.460 Einheiten. Meine Damen und Herren, das ist für drei Jahre wirklich nicht schlecht.

(Beifall bei der CSU)

Was ist denn eigentlich Tatsache? – Tatsache ist, dass zum Beispiel die beiden städtischen Wohnungsbaugesellschaften in München – – Ich darf über München reden, weil ich von dort komme und weil der Kollege Schwab auch schon etwas zum ländlichen Raum gesagt hat, ohne dass Frau Aures wieder sagt: Der redet immer nur von München. – Lassen Sie mich über München reden, weil wir da einen besonderen Wohnungsdruck haben. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG kaufen reihenweise Projektentwicklungen von anderen zu, weil in München nach den Grundsätzen zur sozialgerechten Bodennutzung bis Mitte letzten Jahres bei jeder größeren Projektentwicklung 40 % geförderter Wohnungsbau gemacht werden mussten. Das macht ja der Private gar nicht. Da hat er sich natürlich der städtischen Gesellschaften bedient. Da sagt aber keiner: Das darf nicht in die Bilanz einfließen. – Natürlich fließt das in die Bilanz ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

In München gibt es jetzt eine Neuerung. Mal schauen, ob das klappt. Seit letztem Jahr werden 60 % geförderter Wohnungsbau gefordert. Glauben Sie denn, dass die Städtischen das alleine schaffen? – Das ist ein Betätigungsfeld für die BayernHeim, und meines Wissens ist die BayernHeim hier auch kräftig unterwegs. Das ist veritabler, geförderter Wohnungsbau zum Wohle der Bevölkerung, die dann zu noch erschwinglichen Preisen Wohnungen bekommen wird.

(Beifall bei der CSU)

Dann haben wir ein Grundsatzproblem. Da haben Sie überhaupt keine Antwort gegeben. Wo sind denn eigentlich die Flächen? Wo haben Sie denn beispielsweise im Bal-

lungsraum Landeshauptstadt München die großen Flächen, die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen?

(Zuruf: Haidhausen!)

Es gibt sie nicht. Das nächste Thema ist die Dauer von Bauleitplanverfahren. In München brauchen Sie für einen Bebauungsplan im Schnitt sieben Jahre. Ich kann Ihnen von einer kreisfreien Stadt im Münchener Umland erzählen. Da dauert der Bebauungsplan jetzt schon acht Jahre, weil es eine Hochwasserproblematik gegeben hat. Dann nenne ich Ihnen noch eine andere Stadt, in der es keine Hochwasserproblematik gegeben hat: fünf Jahre.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schmid, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Josef Schmid (CSU): Wenn Sie sich das einmal vor Augen führen, dann stellen Sie fest, dass wir auf einem guten Weg sind. Das werden wir in den nächsten Jahren sehen. Die Schaffung von Baurecht dauert länger, vor allem im Großraum München.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schmid.

Josef Schmid (CSU): Deswegen sind 3.460 Wohnungen ein Erfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt zwei Meldungen zu je einer Zwischenbemerkung. Die erste kommt vom Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Kollege Beppe Schmid, springen wir mal von der BayernHeim, deren Rechtfertigung den Rest deiner Redezeit aufgefressen hat, zur Ukraine-Situation. Wir haben letztens darüber diskutiert, was mit dieser hinsichtlich des Wohnraums auf uns zukommt. Ich führe mir vor Augen, was wir beim letzten Mal über ein Planfeststellungsverfahren zur Beschleunigung beim Rad- und Gemeindever-

kehrsstraßenbau im Plenum hören konnten. Wenn man jetzt den Ukraine-Konflikt und deine Aussage – – Die Situation in der Ukraine bedeutet, dass Flüchtlinge zu uns kommen, die wir unterbringen müssen. Wenn wir das jetzt mit einer Planungszeit von sieben Jahren betrachten, dann frage ich dich: Wo ist die Initiative? Und: Wo siehst du Potenzial, dass man diese Bauplanungszeit verkürzt? Wir müssen sie doch jetzt drastisch verkürzen, vor allem, um in die Höhe zu bauen. Wir hatten doch den Konflikt in München mit dem Sonderstatus Gartenstadt usw.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Bergmüller, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Franz Bergmüller (AfD): Wo siehst du das Potenzial, um hier zu beschleunigen und in die Höhe zu bauen?

Josef Schmid (CSU): Für diese Frage bin ich sehr dankbar, weil das Potenzial zur Beschleunigung für das Bebauungsplanverfahren ganz klar beim Bund liegt. Die neue Bundesregierung, der ja die SPD, die GRÜNEN und die FDP angehören, hat es sich zum Ziel gesetzt, diese Verfahren drastisch zu verkürzen. Ich freue mich schon auf die weitere Diskussion mit dem Kollegen Körber im Ausschuss – er nickt – über die Frage, wie das gelingen wird. Ich hoffe, dass es uns gelingt; denn es ist dringend erforderlich. Das Potenzial ist da. Allein die Bundesregierung muss hier Vorschläge unterbreiten.

Ich bin auch gespannt: Vielleicht schafft es die Bundesregierung, die noch vorhandenen großen Flächen mal wirklich preisgünstig vielleicht auch dem Land oder der BayernHeim zur Verfügung zu stellen. Der Bund hält die letzten großen Konversionsflächen in und um München. Das sind nämlich die Kasernengelände. Da spielt noch Musik. Dann gibt es beispielsweise noch den Fliegerhorst Fürstenfeldbruck. Wir sind gespannt, was die Bundesregierung macht, die gesagt hat: Darauf liegt ein großer Schwerpunkt: 400.000 Wohnungen im Jahr. Wir sind gespannt, was wir von ihr erwarten dürfen. Wir haben alle Erwartungen an die Bundesregierung, weil bei ihr die Kompetenz liegt und bei ihr die Musik spielt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Sebastian Körber von der FDP gemeldet. Herr Körber, bitte schön.

Sebastian Körber (FDP): Herr Kollege Schmid, Sie sind selber in der Wirtschaft tätig und fachkundig. Deswegen mal eine klare Frage. Sie haben recht: Seit drei Jahren gibt es die BayernHeim GmbH. Sie schreibt Ende 2020 einen Verlustvortrag von knapp über 7 Millionen Euro. Sie hat aktuell 234 Wohneinheiten im Bestand. Mehr gibt es nicht. Das kann man schwarz auf weiß nachlesen. Der Oberste Rechnungshof führt das ausgiebig auf. Meine Anfragen haben das auch belegt. Glauben Sie denn wirklich, dass die BayernHeim als Unternehmen – der Geschäftsführer spricht immer davon, dass er mit jedem Projekt eine schwarze Null schreiben will – mit den großen leerstehenden Gewerbeflächen, mit den eigenen leerstehenden Büroflächen, mit diesem riesigen Steuerzahlerschaden jemals in der Lage sein wird, das Ziel des Ministerpräsidenten zu erreichen, bis 2025 10.000 Wohneinheiten nicht zusammenzukaufen, sondern zu errichten?

Es ist bisher kein einziges staatliches Grundstück bebaut worden. Eine Anfrage von mir hat aufgedeckt: Auf 3.000 Grundstücken wäre es möglich. Nichts ist erfüllt. Hat der Ministerpräsident uns damit in die Irre geführt?

Josef Schmid (CSU): Geschätzter Kollege Körber, als jemand, dem attestiert wurde, dass er etwas von Wirtschaft versteht, gebe ich zu bedenken, dass fast jedes Unternehmen erst einmal Anlaufkosten hat. Bei den Start-ups ist das in besonderer Weise der Fall. Ich kenne das aus diversen Finanzierungsrunden. Ein jedes neu gegründetes Unternehmen hat zunächst einmal Aufwendungen. Es muss Personal angestellt werden usw. Damit geht es erst einmal los. Wenn die Sache dann richtig läuft, dann läuft sie.

Ich bleibe dabei: 3.460 Einheiten sind auf den Weg gebracht. Das finde ich nach drei Jahren nicht schlecht. Deswegen bin ich auch für die Zukunft zuversichtlich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ursula Sowa für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Sowa (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Bauausschuss, lieber Herr Bernreiter! Wir sind uns einig: Wohnen ist keine Ware, sondern ein Recht und damit essenziell für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Wir alle wissen: Für viele Menschen in Bayern wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden, und zwar nicht nur in Großstädten wie München, Augsburg oder Nürnberg; mittlerweile betrifft der Wohnraummangel verstärkt auch Klein- und Mittelstädte. Im Rahmen der Flüchtlingskrise betrifft er sogar Kleinsträume.

Viele Menschen haben zudem Sorgen und Schwierigkeiten, ihr Zuhause halten zu können – bedingt durch die Pandemie der letzten zwei Jahre, durch Kurzarbeit, ausbleibende Einnahmen und nun auch aufgrund steigender Heizkosten. Um die Folgen der derzeitigen Krisen abfedern zu können, brauchen wir also eine deutliche Stärkung und Ausweitung des gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsbaus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie reagiert unsere Staatsregierung darauf? – Mit ihren Fehlinvestitionen, wie etwa der Eigenheimzulage und dem Baukindergeld Plus unterstützen Sie Menschen, die ja ohnehin schon über Eigenkapital verfügen. Menschen mit kleinem oder mittlerem Einkommen, die in Städten oder Ballungsräumen nach Wohnraum suchen, hilft das überhaupt nicht weiter.

Deswegen ist das Thema der Wohnraumförderung wirklich in den Fokus zu nehmen. Ich gebe zu: Sie machen dahin gehend einige Anstrengungen. Ihre Wohnraumförderprogramme sind aber wie springende kleine Hasen: Immer wieder springen sie weg und kommen unter einem anderen Label wieder. Ihre Vorgängerin war darin eine

Meisterin. Sie hat einfach 100 Millionen Euro aus einem Paket zum anderen genommen und es dann neu gelabelt; es war aber das gleiche Geld und immer viel zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind der Meinung, dass die Wohnraumförderung klar und deutlich vermittelt werden muss, für jeden abrufbar sein muss und eben nicht im Wirrwarr der Bürokratie untergehen darf. Diese Mittel sollen verstetigt werden; es sollte nicht immer wieder ein neuer Minister kommen, der immer wieder irgendetwas neu fabriziert. Es muss eine Verstetigung sein, und zwar für alle klipp und klar.

Vom Bund können Sie sich jetzt eine Scheibe abschneiden. Herr Habeck hat heute das Osterpaket verkündet: Es wird die KfW-Förderung wieder geben. Man kann orientiert wieder Maßnahmen ergreifen. Das ist nagelneu. Er macht das. Wenn es Ihnen zu wenig ist, können Sie ja gerne aufstocken. Das ist kein Problem.

Ich möchte jetzt noch zu den Kommunen kommen. Diese müssen natürlich auch ihr Scherflein beitragen. Sie sind von den städtebaulichen Fördermitteln abhängig, die ein Segen sind. Wir GRÜNE wollen sie auch verstetigt wissen, und nicht, wie Sie es gemacht haben, wieder reduziert: erst abgebaut und dann wieder erhöht. Wir wollen eine Verstetigung. Sie haben wirklich jongliert: mit 100 Millionen Euro hoch und runter.

Wir brauchen ein Städtebauförderprogramm für Bayern, das die Flächenentsiegelung fördert und die Innenstädte belebt. Wir freuen uns darauf, das energiegerechte Bauen auf den Weg zu bringen, und auf ein Paket für alle Maßnahmen, die vonnöten sind, und nicht dieses Zersplittern. Das ist unsere Vorstellung.

Insofern denke ich auch, Herr Bernreiter – ich will ja demnächst auch ein Gespräch mit Ihnen führen –, dass wir wissen, wie wir die nächsten Jahre eintüten und in unserem Land Planungssicherheit für gutes und energetisches Bauen sowie auch für soziales Bauen schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Sowa, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung.

Josef Schmid (CSU): Frau Kollegin Sowa, ist Ihnen bekannt, dass durch das Debakel bei der KfW-55-Förderung des neuen Wirtschafts- und Klimaministers reihenweise Bauleitplanverfahren erst einmal gestoppt wurden, weil die KfW-Förderung vorgesehen war? Reihenweise wurden öffentlich-rechtliche städtebauliche Verträge nicht unterschrieben, weil man nicht gewusst hat, was jetzt kommt. Ich finde das echt mutig.

Ich möchte gern mal wissen, wie Sie es rechtfertigen, zu sagen: "Jetzt haben wir wieder ein Osterpaket", als ob das die Verkündigung des Ostersegens wäre. Es ist eine limitierte kleine Tranche, die bei Weitem nicht das abdeckt, was an Bauvorhaben in der Pipeline war. Was sagen Sie dazu?

Ursula Sowa (GRÜNE): Sie haben wirklich Mut. Es ist ja richtig lustig, was Sie sagen. "Eingetütet" hat es natürlich die Vorgängerregierung. Habeck musste ausbaden, was Sie eingetütet hatten. Insofern ist es ein Witz, dass Sie darauf eingehen, also nein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist nun der Kollege Hans Friedl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Sprecher unserer Fraktion für Wohnen und Bauen benenne ich in der mir verbleibenden Zeit ein paar Punkte zum Einzelplan 09: Wie überall reden wir über Licht auf der einen und Schatten auf der anderen Seite. Das Volumen dieses Einzelplans enthält ein Plus von 248 Millionen Euro, was einer Aufstockung um rund 5,6 % entspricht. Damit stehen insgesamt knapp 4,9 Milliarden Euro in diesem Haushaltsjahr zur Verfügung.

Zunächst aber möchte ich auf ein Detail eingehen, zu dem wir in der Politik uns vielleicht besser hätten positionieren können. Wenn der Freistaat über die Bayerische

Landesbank schon 75 % der Anteile an einem Geldinstitut hält, dann sollte man darüber Einfluss nehmen und Eigenmittel der BayernLabo durchaus in den Haushalt einstellen. Durch eine Ausweitung von Bundesmitteln, die für das Haushaltsjahr 2022 in Bayern zur Verfügung stehen, konnte dieser Patzer mehr als ausgeglichen werden.

Nichtsdestoweniger stehen für die Wohnraumförderung insgesamt 864 Millionen Euro zur Verfügung. Auch wurde die Wohnraumförderung in Bayern neu strukturiert. Seit dem 1. April 2022 gelten hier neue Regeln. Insgesamt wurde die mögliche Förderung deutlich ausgeweitet, indem die Zuschussstruktur verändert wurde. Der allgemeine ergänzende Zuschuss ist von 300 auf 500 Euro pro Quadratmeter erhöht worden. Das hört sich zwar unspektakulär an; aber vor dem Hintergrund dessen, dass damit im Jahr 2020 5.295 Mietwohnungen gefördert wurden, gehört das hier eingeordnet.

Daneben gibt es drei weitere Förderbausteine, unter anderem "drauf und dran – nachhaltig erneuern und erweitern". Bei einer Erweiterung des Bestandes kann der ergänzende Zuschuss auf 125 % erhöht werden.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Friedl, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Bei einer nachhaltigen Modernisierung werden 375 Euro pro Quadratmeter ausgeschüttet.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Friedl, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Ja. – Vielen Dank für das Zuhören. Meine Redezeit war leider kurz. Beim nächsten Mal mehr!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Brenner-Basistunnel ist unser Hauptverkehrsprojekt der Zukunft. Wir sind zwar nicht unmittelbar zuständig, aber trotzdem stark berührt. Wir als AfD haben von Anfang an, noch vor jeder anderen Partei, Untertunnelungen gefordert, speziell im engen Inntal im Bereich Rosenheim; damals behauptete die CSU noch, Untertunnelungen usw. seien unfinanzierbar. Auch fordern wir den neuesten Standard bei Lärmschutzmaßnahmen. Das gilt natürlich auch für die Strecke bei Grafing, wo wir uns genauso starkmachen werden.

Wir brauchen eine echte, konservative Wende in der Verkehrspolitik – gerade wegen der Umwälzungen durch den Ukraine-Krieg. Es gilt, einen großen Faktor unserer Volkswirtschaft, die Autoindustrie, zu bewahren und die dafür so wichtige Verkehrsinfrastruktur zu sanieren und auszubauen.

Am Anfang steht daher zwingend, Schluss zu machen mit den Verleumdungen gegenüber den saubersten Verbrenner-Technologien in Kraftfahrzeugen, die es je gab. Die freie Verkehrsmittelwahl für die Bürger muss weiterhin jederzeit gewährleistet sein. Die Verkehrspolitik muss sich anschließend an der realen Bedeutung der Verkehrsträger orientieren und sie dementsprechend finanziell ausstatten.

Generell, aber noch mehr in Zeiten klammer Kassen, brauchen wir keine teuren Radautobahnen, Radschnellverbindungen, während wir parallel dazu marode Kreis-, Staats- und Bundesstraßen haben. Daher fordern wir für den Um- und Ausbau sowie die Bestandserhaltung der Staatsstraßen 150 Millionen Euro mehr als bisher im Haushalt.

Um auf den Kollegen Thorsten Schwab einzugehen: 30 Objekte sind bereits 2004 in der Dringlichkeitsstufe 1 gewesen – und sind heute fast 20 Jahre im Rückstand. Ich habe mit unserem Tunnel-Bauvorhaben vielleicht hochgegriffen. Aber jede Umgehungsstraße dürfte mit den Planungskosten in etwa 50 Millionen Euro verschlingen. Auf alle Fälle ist dort riesiger Nachholbedarf.

(Beifall bei der AfD)

Ehrlich machen muss man sich auch gegenüber dem Elektroantrieb. Im Schienenverkehr ist er weithin üblich und angebracht, solange er ökonomisch darstellbar ist. Eine Vollelektrifizierung aller Strecken in Bayern ist jedoch utopisch. Weiterhin wird behauptet, die Transportleistung der Lkws werde nur noch auf kurzen Strecken, zwischen lokalem Verteilzentrum und den Auslieferungsorten, benötigt. Das ist nicht machbar! Mit einem intelligenten digitalen Leitsystem wäre auch der regionale Personennahverkehr integrierbar, und Streckenaktivierungen würden sich so wieder rechnen. Bayern könnte insoweit Vorreiter sein.

Wir müssen die Innenstädte aktivieren. Ich frage mich bloß, was nach diesem Corona-Desaster noch möglich ist. Die strukturellen Probleme sind eklatant.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Franz Bergmüller (AfD): Da die Verkehrs- und auch die Wohnungsbaupositionen nicht so sind, wie wir es uns vorstellen, lehnen wir den Haushaltsentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Staatsminister Bernreiter. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich darf Ihnen heute als neuer Minister den Haushalt meines Hauses, des Ministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr, darlegen. Es ist gleichzeitig meine erste Rede in diesem Hohen Haus. Ich habe diesen Haushalt zwar nicht selbst verhandelt, kann mich mit diesem aber sehr gut identifizieren. Meiner Vorgängerin Kerstin Schreyer möchte ich für die vorbereitenden Arbeiten ganz herzlich danken.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mit unserem Investitionsbudget kommen wir angesichts der großen wirtschaftlichen Unsicherheiten genau zur richtigen Zeit. Wir setzen die richtigen politischen Schwerpunkte und bleiben auf höchstem Niveau. Unsere Themen Wohnen und Mobilität betreffen jeden, ganz egal, ob er auf dem Land oder in der Stadt wohnt.

Das Haushaltsvolumen ist heute mehrmals genannt worden: Wir haben heuer rund 4,7 Milliarden Euro zur Verfügung, das heißt, mein Haushalt erhöht sich um rund 250 Millionen Euro. Das ist ein deutliches Plus von 5,6 %. Damit setzen wir ein richtiges und wichtiges Signal. In den Kernbereichen Wohnen und Verkehr können wir viel für die Menschen gestalten.

In die Wohnraumförderung investieren wir insgesamt knapp 865 Millionen Euro. Im Detail stellen wir zur Verfügung: 365 Millionen Euro Landesmittel für die Wohnraumförderung, 150 Millionen Euro für das kommunale Wohnraumförderprogramm, 38 Millionen Euro für die geförderten Wohnungen und Wohnplätze für Studierende. Dazu kommen noch rund 312 Millionen Euro aus Bundesmitteln. Wir müssen und werden dabei unseren Fokus noch mehr auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz legen.

Für den Städtebau haben wir 316,5 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung. Ich habe mich erkundigt, Frau Kollegin Aures und Herr Kollege Adelt – Sie beide haben dazu gesprochen –: Kein Antrag bleibt liegen. Wir können alle eingegangenen Anträge entsprechend bewilligen und bedienen.

Jährlich fließen fast 1 Milliarde Euro für Investitionen in den Wohnraum und in die Städtebauförderung ab; dabei handelt es sich noch um Bewilligungen aus den Vorjahren. Das sind keine Verpflichtungsermächtigungen, sondern das ist 1 Milliarde Euro echtes Geld.

In Mobilität und Verkehr investieren wir heuer rund 2 Milliarden Euro. Beim Schienenpersonennahverkehr kommt es zu einer Erhöhung auf fast 1,5 Milliarden Euro. Für

das 365-Euro-Ticket geben wir 80 Millionen Euro aus und 55 Millionen Euro für Tarifstrukturmaßnahmen in einem nachhaltigen ÖPNV.

Wir haben auch Rekordinvestitionen von 400 Millionen Euro in den Bau und vor allem – das ist mir auch wichtig – in die Bestandserhaltung von Staatsstraßen. Es geht um die Brücken. Wir wollen auch in der Strecke entsprechend vorankommen.

Was Stadt und Land betrifft, ist mir wichtig, dass alle Menschen in Bayern gut leben können. Stadt und Land Hand in Hand, ist ein wirklich wichtiger Spruch, den wir auch leben. Denn wir wollen ein vernünftiges Miteinander von Stadt und Land. Beide zusammen machen Bayern attraktiv und lebenswert.

Bei den Themen Wohnen und Verkehr müssen wir die Menschen im ländlichen Raum noch stärker in den Blick nehmen. Ich habe mich auch überzeugen lassen, Umfragen gelesen: Das Thema Wohnen ist überall ein Thema.

Selbstverständlich investieren wir weiter in unsere Bundes- und Staatsstraßen. Wir brauchen ein gutes, ausgebautes Netz und ein intaktes Straßennetz für den ländlichen Raum, davon bin ich nach 20 Jahren als Landrat felsenfest überzeugt. Denn auch Elektrobusse und Rufbusse fahren auf der Straße. Wichtig ist der passgenaue Anschluss des ländlichen Raums im ÖPNV. Zur besseren Verknüpfung setzen wir auf flexible Bedienformen. Denn wir können nicht um fünf Uhr in der Früh, wie es viele fordern, leere Busse zu Orten mit 20 Häusern schicken. Da stellen wir jedem Passagier einen eigenen Fahrer zur Verfügung. Das ist weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Verbesserungen der Mobilität laufen überall im ländlichen Raum. Vor allem Rufbus-Projekte sind bayernweit gestartet. 2021 haben 30 der 55 Landkreise im ländlichen Raum eine Förderung erhalten. Ich bin überzeugt – während Corona ist das alles zurückgegangen –, dass vor allem die neu gewählten Kolleginnen und Kollegen hier

auch anschieben werden. Wir setzen diesen Kurs konsequent fort. Der neue Haushalt ist dafür eine gute Grundlage, denn wir haben im Vergleich zu 2021 sogar fünf Millionen Euro mehr für Mobilitätsprojekte zur Verfügung.

Mit der Radoffensive gehen wir neue Wege auch im ländlichen Raum. Der Freistaat Bayern stellt den Kommunen 2022 insgesamt 260 Millionen Euro für den Bau- oder Ausbau von Kommunalstraßen und kommunalen Radwegen zur Verfügung. Es freut mich, dass ich auch die Fördersätze im Straßenbau schon anheben konnte, von 40 auf 50 %, auf den alten Regelfördersatz. Wir haben bei den Radwegen in diesem Programm sogar Zuschussmöglichkeiten zwischen 70 und 80 %. Dazu kommen on top noch 10 Millionen Euro für die Radoffensive Klimaland Bayern. Hier wollen wir innovative und interkommunale Radwegeprojekte anstoßen.

Beim Thema Wohnen unterstützen wir unsere Kommunen gezielt durch das kommunale Wohnraumförderprogramm, durch verbesserte Rahmenbedingungen zur Baulandaktivierung und digitalisierte Planungsverfahren. Mit unseren drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften Stadibau, Siedlungswerk Nürnberg und BayernHeim schaffen wir als Freistaat selbst Wohnraum, den wir dauerhaft zu bezahlbaren Mieten anbieten. – Herr Kollege Körber, ich habe mich natürlich mit dem Thema auseinandergesetzt. Ich kann nur wiederholen, was der Kollege Schmid gesagt hat: 3.460 Wohnungen nach dem Start, das kann sich sehen lassen. Wir werden da die nächsten Jahre auch deutlich vorankommen, und zwar insbesondere dort, wo erhöhter Wohnungsbedarf besteht. Das betrifft nicht nur die Städte – das habe ich angesprochen –, sondern auch den ländlichen Raum.

Wir haben derzeit knapp 1.850 Wohnungen im Bau. Damit wird sich der Wohnungsbestand von aktuell 16.630 Wohnungen auf rund 18.500 Wohnungen erhöhen. Wir müssen auch neue Wege und Möglichkeiten für neuen Wohnraum denken.

Die Bereiche Wohnen und Mobilität sind eng miteinander verknüpft. Denn am Wohnort entscheidet sich, welches Verkehrsmittel wir nutzen. Wir als Freistaat machen unsere

Hausaufgaben, zum Beispiel mit unserem Programm "Bahnausbau Region München". Das habe ich schon erwähnt. Die zweite Stammstrecke spielt für mich hier eine zentrale Rolle. Ich habe schon als Landrat immer gesagt, dass sie nicht nur ein Projekt für die Landeshauptstadt ist, sondern auch für den ländlichen Raum wichtig ist. Die Staatsregierung schiebt hier mächtig mit an, aber Bund und Bahn müssen jetzt den Zeit- und Finanzierungsplan für die zweite Stammstrecke zügig klären.

Es gibt leider erhebliche Zweifel, dass die Bahn den Zeit- und Kostenplan einhalten kann. Ich hoffe, dass wir, der Ministerpräsident und ich, sehr bald einen Termin beim neuen Bundesverkehrsminister bekommen, um diese Fragen zu klären. Deshalb können wir nicht nur auf die Fertigstellung der zweiten Stammstrecke warten. Wir brauchen auch andere Aktionsfelder. Die sehe ich bei der Digitalisierung, bei der Stärkung des Tangentialverkehrs, bei den Regionalverkehren, die wir enger einbinden müssen, beim Ausbau des Fahrzeugfuhrparks und bei der Verdichtung des S-Bahn-Angebots.

Herr Körber, ich sitze jetzt auch nicht herum und warte, bis 100 Tage um sind. Ich sitze nahezu jeden Tag bis Mitternacht am Schreibtisch. Ich schaue mir die Dinge genau an. Konkret starten wir noch in diesem Jahr mit dem Ausbau der Sendlinger Spange. Dann können die S-Bahnen im Störfall im Stammstreckenbereich von Pasing bis zum Heimeranplatz fahren. Dort können die Fahrgäste dann auf die U-Bahn ausweichen.

Im Juni 2023 nimmt am Ostbahnhof das neue elektronische Stellwerk für die S-Bahn seinen Betrieb auf. Ich glaube, das ist auch ein sehr wichtiger Punkt. Das neue elektronische Stellwerk gewährleistet dann einen pünktlicheren S-Bahn-Betrieb und ist wichtig, damit S-Bahnen trotz Bauarbeiten an der zweiten Stammstrecke fahren können.

Wir müssen jetzt bei der S-Bahn schnell zu weiteren, spürbaren Angebotsverbesserungen kommen. Fakt ist: Das Budget vom Bund, der für die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs zuständig ist, reicht nicht. Das Regionalisierungmittel-Budget muss sich für 2022 um 750 Millionen Euro erhöhen. Ohne diese Unterstützung

wird es nicht gehen. Da sind sich alle Länder einig. Ich war ja schon bei der ersten Landesverkehrsminister-Konferenz. Mit 16 : 0 haben alle Länder diese Forderung auch mitgetragen.

Im Koalitionsvertrag wurde die Erhöhung der Regionalisierungsmittel angekündigt. Wir haben leider noch nichts Konkretes dazu gehört. Dafür gibt es aber Schnellschüsse. Zu dem stehe ich, auch wenn daran vorher Kritik geäußert wurde. Zu "9 für 90" haben mich Journalisten gefragt, ob wir rechnen können: Das sind "27 für 90". Ja, ich habe eingebracht, dass man aus verwaltungsökonomischen Gründen, um das schnell umsetzen zu können, eigentlich "0 für 90" machen sollte, wenn man so etwas anstößt, ohne vorher mit den Ausführenden zu sprechen. Quer aus allen kommunalpolitischen Gremien habe ich hier Zustimmung erfahren. Die Telefone sind bei mir heiß gelaufen. Da werden jetzt plötzlich 2,5 Milliarden Euro mobilisiert. Was nach den drei Monaten ist, da steht ein großes Fragezeichen. Es bleibt nämlich nicht mehr Geld für die Infrastruktur zur Verfügung. Da muss mehr kommen. Wir werden genau hinschauen, wie die neue Bundesregierung ihre Ankündigungen hier umsetzt, um bei der Schieneninfrastruktur auch deutlich vorwärtszukommen. Es wäre schön, wenn Sie uns als Ampel-Opposition hier auch in Berlin entsprechend unterstützen.

Die äußeren Rahmenbedingungen sind zurzeit natürlich alles andere als einfach. Die schrecklichen Kriegsgeschehen in der Ukraine nach dieser Pandemie tragen dazu bei, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Die gestiegenen Immobilien- und Energiekosten, die Inflation und der Krieg belasten unsere Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft. Damit stehen etliche Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Es geht schon darum, dass wir auch bei den Benzinpreisen und bei der Dieselpreis-Forderung eine stärkere Lösung brauchen und natürlich auch eine dauerhafte. So, wie ich es beim ÖPNV angesprochen habe: Nach drei Monaten werden wir nicht wieder bei den alten Preisen liegen. Das Transportgewerbe und der ÖPNV leiden. Bewährte Strukturen stehen hier auf dem Spiel.

Deshalb haben wir die ÖPNV-Zuweisung vorgezogen und werden einen Teil der ÖPNV-Zuweisung sofort auszahlen. So können die Kommunen schnell handeln und die Liquidität der Betriebe sicherstellen. Deswegen haben sie noch nicht mehr Geld in der Kasse, aber das schafft Zeit; Zeit für echte Lösungen aus Berlin.

Wir haben ein Konzept zur Senkung der Treibstoffkosten vorgelegt. Der Ball ist hier beim Bund, und er sollte schleunigst handeln.

Ich möchte jetzt noch auf Photovoltaik, ein Thema eingehen, das vorgestern eine große Rolle gespielt hat. Da war ich ein bisschen irritiert. Heute ist es auch nebenbei angeklungen. Ich habe Herrn Hartmann kennengelernt: Dass er irgendwelche Zahlen herauszieht, war mir bisher nicht bekannt. Ich möchte da jetzt aber heute schon aufräumen. 11.000 staatliche Gebäude gibt es nur in der Fachdatenbank Hochbau. Diese Zahl ist aber für die Ermittlung in Bezug auf Photovoltaik-Anlagen völlig ungeeignet. Zu der Zahl von 11.000 Gebäuden sind Müllhäuschen, Garagen, Nebengebäude und alles Mögliche enthalten. Wird beispielsweise eine große Baumaßnahme durchgeführt, richten wir eine einzige zugehörige PV-Anlage ein, auch wenn diese auf 20 Gebäuden ausgebracht wird. Der Neubau selbst besteht aber oftmals eben aus einer Vielzahl von Gebäuden, und man muss genau betrachten, auf welchem Dach was geeignet ist.

Bei der überwiegenden Zahl der großen Baumaßnahmen errichten wir inzwischen Photovoltaik-Anlagen. Ich möchte Folgendes sagen, weil es auch medial eine große Rolle gespielt hat: Insgesamt sind 1.300 staatliche Dächer für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen geeignet. Diese Zahl wurde über die Staatlichen Bauämter ermittelt, nicht 11.000, wie gesagt wurde. Etwa 400 dieser Dächer sind bereits mit Photovoltaik-Anlagen belegt. Weitere 100 Anlagen befinden sich derzeit im Bau. Somit sind also 500 Dächer "im Geschäft", was knapp 40 % aller geeigneten Dächer ausmacht.

Die 800 noch freien, geeigneten Dächer mit staatseigenen Photovoltaik-Anlagen zu belegen, würde einen Investitionsbedarf von 110 Millionen Euro auslösen. Darum den-

ken wir auch über eine Verpachtung der Dächer nach. Bürgerenergiegesellschaften sind angeschrieben worden. Es wurde zur Abgabe von Angeboten aufgefordert. Es ist kein einziges Angebot abgeben worden. Das liegt vermutlich an der Einspeisevergütung. Das soll sich ja jetzt bessern. Vielleicht kann man noch einen Versuch starten. Wir gehen aber auch auf private Investoren zu. Die Direktabgabe des Stroms ist aber vergaberechtlich sehr kompliziert und noch nicht hundertprozentig gelöst. Zur geplanten Ausschreibung von circa 400 Dachpachten mit Strombezug durch die IMBY war es notwendig, den Strombezug zu ermitteln. Wir sind dabei. Wir haben die Listen diese Woche ohne solche mediale Berichterstattung unserem Wirtschaftsministerium überreicht. Die Ausschreibung der Dächer wird in verschiedenen Tranchen vonstattengehen. Unser Ziel ist, dass wir bei den verbleibenden 800 Dächern auch für Privatinvestoren zur Verfügung stehen.

Ich bringe ein Beispiel, weil man immer Zahlen und Dinge gegenüberstellt. Im Jahr 2020 wurden 32 Anlagen errichtet mit knapp 1.400 Kilowatt-Peak. Im Jahr 2021 waren es nur 22 Anlagen, aber mit knapp 2.400 Kilowatt-Peak. Da sieht man: Man sollte in all diesen Bereichen die Fakten gegenüberstellen. Das wäre meine Bitte. Das war ich in meiner bisherigen Funktion so gewohnt. Ich hoffe, dass wir alle gemeinsam dahin zurückkommen.

Meine Damen und Herren, ich werde mich insgesamt für noch mehr Tempo beim Wohnungsbau und beim Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur für einen modernen ÖPNV einsetzen. Der aktuelle Haushalt gibt mir die notwendige Grundlage dafür. Lassen Sie uns in Bayern weiter bauen und Bayern weiterbewegen. Ich bitte Sie, diesem Haushaltsplan zuzustimmen und bedanke mich ganz herzlich dafür, dass wir die Dinge gemeinsam voranbringen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, es gibt noch drei Zwischenbemerkungen. Die erste ist vom Kollegen Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Staatsminister, ich freue mich, wenn Sie sich die Dinge genau anschauen. Das finde ich klasse. Dann kann man nämlich über die Fakten reden. Sie haben von Zahlen gesprochen. Ich gebe Ihnen gerne ein paar Fakten. Dann schauen wir uns das gleich mal zusammen an.

BayernHeim-Verlustvortrag bis Ende 2020: 7 Millionen Euro. Aktuell haben Sie bei Gewerbeflächen einen Leerstand von 930 Quadratmetern. Nach meiner vorsichtigen Schätzung ist das ein Verlust von aktuell 500.000 Euro.

Dann wir haben wir eine Leerstandsfläche in den Büroräumen der BayernHeim selbst gehabt: 400.000 Euro. Der Businessplan der BayernHeim – das sind nicht meine Zahlen; das steht da schwarz auf weiß – würde für das Jahr 2022 3.500 Wohnungen vorsehen. Geschafft haben Sie 234. Die sind da. Wir können darüber reden, was davon bewohnbar ist. Die wären aber sowieso da gewesen, weil die schon am Markt waren.

Das heißt, das Ziel der BayernHeim ist politisch klar verfehlt. Sie sind der neue verantwortliche Minister: Können Sie mir wirklich selbst eine Einschätzung geben, ob das a) politisch haltbar ist und ob das b) juristisch bisher alles korrekt war, wenn man sich die Gesellschaftssatzung des Unternehmens anschaut? "Gesellschaftssatzung" ist das Sichtwort.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Sie sind kein Jurist, ich bin auch keiner. Ich habe die Gesellschaftssatzung in den sechs Wochen noch nicht angeschaut. Bei den Zahlen habe ich vorher schon gut aufgepasst. Die haben Sie alle schon entsprechend dargelegt. Ich glaube, die Antworten sind auch gegeben worden. Sie wissen, dass wir eine Corona-Pandemie hatten und dass Vermietungen von Gewerbeflächen derzeit überall zurückgegangen sind wegen Homeoffice und anderer Gründe. Sie haben eine Anfrage gestellt, die auch beantwortet worden ist. Ich habe mir als langjähriger, erfahrener Kommunalpolitiker, der in vielen Aufsichtsräten war, sofort die Eigenkapitalstruktur angesehen. Da brennt nichts an. Das sind Anlaufphasen. Wir sind dabei, das weiter auszurollen. Ich sehe schon, dass bayernweit, ob

das in Augsburg, Ingolstadt, München oder anderen Gegenden ist, Projekte angeschoben werden. Ich hoffe, dass wir da deutlich vorankommen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Minister Bernreiter, kommen wir, weil Sie kommunalpolitisch richtig erfahren sind, zurück zum Brenner-Nordzulauf. Ihre Vorgängerministerin war vor Ort in Grafing, wo sie zahlreiche Bürger konfrontiert haben mit dem Ausbaustandard, den die Bahn angeboten hat. Sie hat Gespräche zugesagt. Wie ist Ihre Meinung dazu, dass vor Ort die Bürger entlang der Bestandsstrecke, wenn das so gebaut werden sollte, den größtmöglichen Lärmschutz haben wollen, und dort, wo es nicht geht, weil die Strecke durch den Ort geht und man keine Verbreiterung vornehmen kann, eine Untertunnelung fordern? Unterstützen Sie die Bürger vor Ort bei deren Forderung nach größtmöglichem Lärmschutz oder sagen Sie: Da bin ich nicht zuständig. Das macht die Bahn.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Herr Bergmüller, ich habe schon an meinem zweiten oder dritten Arbeitstag eine Diskussionsrunde geführt, die meine Vorgängerin zugesagt hat. Ich habe die moderiert. Da waren sehr viele Bürgerinnen und Bürger dabei. Ich glaube, dass wir dort zu einem guten Ergebnis gekommen sind. Zum Beispiel haben wir die Bahn überzeugen können, dass sie Bürgertrassen, die ein Bürgermeister ausgearbeitet hat, jetzt offiziell in das Verfahren aufnimmt. Ich habe zugesagt, dass ich auch bei anderen Abschnitten dabei sein werde, wenn ich moderieren soll. Es ist mir wichtig, dass wir in guten Gesprächen mit der Bahn sind. Auch wenn ich entfernt von den möglichen Trassen wohne: Ich habe Zeitungen gelesen. Ich habe in den ersten Tagen schon mitbekommen, wie wichtig das Thema insgesamt für Bayern und für die Wirtschaft ist. Die Themen Blockabfertigung usw. sind mir alle bekannt. Wo ich anschieben kann, werde ich mit Nachdruck anschieben.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Jürgen Mistol von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Staatsminister, erstmal Gratulation zur ersten Rede! – Ich habe noch eine Frage zur BayernHeim. Das Ganze geht auf ein Wahlkampfversprechen des Herrn Ministerpräsidenten zurück, bis 2025 10.000 neue Wohnungen nicht nur geplant, sondern tatsächlich bis 2025 gebaut zu haben. Niemand hat ihn zu diesem Versprechen genötigt. Das hat er von sich aus, freiwillig gesagt. Ihre Vorgängerin hat noch im Februar im Haushaltsausschuss gesagt: Dieses Ziel ist erreichbar. Wir sind im Plan. – Ich würde von Ihnen gern wissen: Sehen Sie das auch so, dass das Ziel "bis 2025" noch erreichbar ist und dass die BayernHeim tatsächlich im Plan ist? Oder handelt es sich bei dem Versprechen von Markus Söder tatsächlich um ein Luftschloss?

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Die Frage haben mir schon viele Journalisten gestellt. Ich habe geantwortet: Ich werde mir diese Dinge in Ruhe anschauen und dann zu einer Aussage kommen. – Aber ich sage ganz klar: In der jetzigen Zeit mit dieser Ukraine-Krise eine Aussage zu treffen, ist schwierig. – Ich habe in meinen Stellenplan im Landkreis immer die Position eines Hellsehers eingebaut, aber keine gescheite Bewerbung bekommen. Das sind die Dinge, die wir alle momentan nicht sagen können. Wir wissen nicht, wie es mit der Energie weitergeht. Wir wissen nicht, ob wir die Fachkräfte zur Verfügung haben. Wir wissen nicht, ob wir die Baustoffe haben wie Stahl und wo das hingeht. Darum ist es in dieser schwierigen Situation vermessen, dazu eine Aussage zu machen. Ich glaube, Sie kennen mich. Ich bin keiner, der sagt: Ich schaffe das schon. Ich baue 15.000 Wohnungen. – Wir werden uns das in Ruhe ganz realistisch anschauen. Dann werde ich zu Aussagen kommen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 09, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20691, 18/20693 mit 18/20702, 18/20733 mit 18/20755, 18/20834 mit 18/20855, 18/20951 mit 18/20963, 18/20965 mit 18/20968, 18/21034, 18/21064 und 18/21065, die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21902 und der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnraum Mangelware: Massive Aufstockung der Wohnraumförderung!" auf der Drucksache 18/22082.

Ich lasse zunächst über die vier Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abstimmen, also über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/22082, den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/20837, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/20967 und den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/20694. Sie kennen das Verfahren. Verwenden Sie bitte jeweils Ihr Abstimmungsgerät.

Zunächst ist über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnraum Mangelware: Massive Aufstockung der Wohnraumförderung!" auf Drucksache 18/22082 in namentlicher Form abzustimmen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:01 bis 19:04 Uhr)

Konnten alles Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist der Fall. Ich schließe die Abstimmung. Wir müssen noch 15 Sekunden warten, bis wir zur nächsten Abstimmung kommen können.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sanierung von Schwimmbädern" auf Drucksache 18/20837 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen emp-

fiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt nun zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:04 bis 19:06 Uhr)

Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? – Das ist der Fall. Damit erkläre ich die Abstimmung für beendet.

Ich darf in der Zwischenzeit das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnraum Mangelware: Massive Aufstockung der Wohnraumförderung!" auf Drucksache 18/22082 bekannt geben. Mit Ja haben 31, mit Nein 78 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 16)

Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? – Das ist der Fall. Dann erkläre ich die Abstimmungszeit für beendet.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen" auf Drucksache 18/20967. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt wieder zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:07 bis 19:09 Uhr)

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme abgegeben? – Das ist der Fall. Damit schließe ich diese Abstimmung.

Ich gebe das Ergebnis der letzten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend "Sanierung von Schwimmbädern" auf Drucksache 18/20837 bekannt. Mit Ja haben 20, mit Nein 64 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 19 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Wir kommen gleich zur nächsten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Bayerische Städtebauförderung – Kahlschlag stoppen" auf Drucksache 18/20694. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:09 bis 19:11 Uhr)

Haben allen Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? – Dann schließe ich diese Abstimmung.

Ich gebe wiederum das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung bekannt, und zwar über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen" auf Drucksache 18/20967. Mit Ja haben 11, mit Nein 97 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 18)

Ich komme zur nächsten Abstimmung, in einfacher Form. Das ist wiederum ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften", Drucksache 18/20958. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von FDP, CSU, FREIEN WÄHLERN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir warten noch auf das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung, so lange wird die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung von 19:12 bis 19:13 Uhr)

Das Ergebnis ist da. Beim Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Bayerische Städtebauförderung – Kahlschlag stoppen.", Drucksache 18/20694: Mit Ja haben 30 gestimmt, mit Nein haben 69 gestimmt, Stimmenthaltungen: 8. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 19)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 09. Der Einzelplan 09 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/21902 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 09 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 09 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann in Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 20)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIEN WÄHLERN, CSU und FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/21902 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21034 sowie 18/21064 und 18/21065 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 09 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion SPD; Haushaltsplan 2022; hier: Wohnraum Mangelware: Massive Aufstockung der Wohnraumförderung! (Kap. 09 04 Tit. 863 69) (Drucksache 18/22082)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian			
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	31	78	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2022; hier: Sanierung von Schwimmbädern (Kap. 09 03 Tit. 883 05) (Drucksache 18/20837)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge			X
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			X
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred			
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			X
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			X
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			X
Kaniber Michaela			
Karl Annette			X
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			X
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Regitz Barbara			
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			X
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			X
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian			
Dr. **Strohmayr** Simone			X
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	20	64	19

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ulrich Singer u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2022; hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen (Kap. 09 40 Tit. 750 00) (Drucksache 18/20967)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar	X		
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus		X	
Busch Michael			
Celina Kerstin		X	
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred			
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine		X	
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	11	97	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Arif Tasdelen u. a. SPD; Haushaltsplan 2022; hier: Bayerische Städtebauförderung - Kahlschlag stoppen. (Kap. 09 05 Tit. 883 88) (Drucksache 18/20694)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred			
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			X
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			X
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			X
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	30	69	8

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 11

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 09

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Arif Taşdelen u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Schwimmbadförderung reformieren. Mittel aufstocken und Förderquote erhöhen
   (Kap. 09 03 Tit. 883 05)
   Drs. 18/20691

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Inge Aures u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Neuer Wohnraum für Obdach- und Wohnungslose in Bayern
   (Kap. 09 04 TG 65-70)
   Drs. 18/20693

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Arif Taşdelen u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bayerische Städtebauförderung – Kahlschlag stoppen.
   (Kap. 09 05 Tit. 883 88)
   Drs. 18/20694

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Kostenloses Sozialticket für Bedürftige
   (Kap. 09 06 neue TG)
   Drs. 18/20695

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Radverkehr ausbauen – mehr Fahrradabstellanlagen in Bayern
   (Kap. 09 06 Tit. 883 80)
   Drs. 18/20696

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – 365-Euro-Ticket und darüber hinaus kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket
(Kap. 09 06 Tit. 633 63 und Tit. 683 63)
Drs. 18/20697

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Eisenbahngesellschaft und SPNV-Angebot stärken
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)
Drs. 18/20698

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Reaktivierungen von Eisenbahnstrecken voranbringen
(Kap. 09 07 Tit. 891 71)
Drs. 18/20699

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Elektrifizierung des bayerischen Schienennetzes verstärken
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 18/20700

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/20701

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Arbeit der Staatlichen Bauämter mit Personal unterstützen
(Kap. 09 40 Tit. 422 01 und Tit. 428 01)
Drs. 18/20702

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Haltung von Dienstfahrzeugen
(Kap. 09 01 Tit. 514 01)
Drs. 18/20733

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume
(Kap. 09 01 Tit. 517 01)
Drs. 18/20734

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft
(Kap. 09 01 Tit. 517 05)
Drs. 18/20735

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume
(Kap. 09 01 Tit. 518 01)
Drs. 18/20736

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
(Kap. 09 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/20737

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Veröffentlichungen
(Kap. 09 01 Tit. 531 21)
Drs. 18/20738

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände sowie sonstige Verwaltungskosten
(Kap. 09 02 Tit. 511 01)
Drs. 18/20739

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fachveröffentlichungen
(Kap. 09 02 Tit. 531 11)
Drs. 18/20740

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen
(Kap. 09 02 Tit. 532 11)
Drs. 18/20741

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reisekostenvergütungen
(Kap. 09 02 Tit. 527 86)
Drs. 18/20742

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen
(Kap. 09 03 Tit. 533 01)
Drs. 18/20743

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zur Förderung von besonderen Planungsleistungen im Bereich BIM sowie Zuschüsse an das "BIM Cluster Bayern"
(Kap. 09 03 Tit. 686 70)
Drs. 18/20744

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zur Verstärkung der Mittel für Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Gebäuden
(Kap. 09 03 Tit. 701 61)
Drs. 18/20745

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zur Verstärkung der Mittel für die Dach- und Fassadenbegrünung des staatlichen Gebäudebestands
(Kap. 09 03 Tit. 701 62)
Drs. 18/20746

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zur Einführung der digitalen Baugenehmigung
(Kap. 09 03 Tit. 883 70)
Drs. 18/20747

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für die unteren Bauaufsichtsbehörden zur Erneuerung der Hard- und Software
(Kap. 09 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20748

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für das Baukindergeld BayernPlus
(Kap. 09 04 Tit. 893 05)
Drs. 18/20749

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse des Landes an Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms und für sonstige städtebauliche Maßnahmen
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/20750

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen an Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets
(Kap. 09 06 Tit. 683 63)
Drs. 18/20751

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets
(Kap. 09 06 Tit. 633 63)
Drs. 18/20752

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Verkehrsbetriebe, Infrastrukturunternehmen, Aufgabenträger und Verbünde für Maßnahmen zur Digitalisierung und Vernetzung im Verkehr
(Kap. 09 06 Tit. 892 70)
Drs. 18/20753

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen an Eisenbahninfrastrukturunternehmen für barrierefreie Eisenbahnverkehrsstationen
(Kap. 09 06 Tit. 891 52)
Drs. 18/20754

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kapitalzuführung an die BayernHeim GmbH
(Kap. 09 Anlage B Tit. 831 01)
Drs. 18/20755

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
(Kap. 09 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/20834

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 09 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20835

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)
Drs. 18/20836

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sanierung von Schwimmbädern
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/20837

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Vorfahrt für den sozialen Wohnungsbau - Wohnraumförderung aufstocken
(Kap. 09 04 Tit. 863 69 und Tit. 893 68)
Drs. 18/20838

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kommunalen Wohnungsbau unterstützen
(Kap. 09 04 Tit. 883 11)
Drs. 18/20839

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ländlichen Raum stärken – Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/20840

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mittel für bedarfsorientierte Bedienformen im ÖPNV erhöhen
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)
Drs. 18/20841

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Radverkehr: Zuschüsse, Beiträge und vertragliche Leistungen an Initiativen
(Kap. 09 06 Tit. 686 80)
Drs. 18/20842

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Streckenreaktivierungen fördern
(Kap. 09 06 Tit. 891 56)
Drs. 18/20843

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: flächendeckende Verkehrsverbünde
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)
Drs. 18/20844

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Radschnellverbindungen in der Baulast des Freistaates Bayern
(Kap. 09 06 TG 80 neuer Tit.)
Drs. 18/20845

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Errichtung von Fahrradabstellanlagen
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/20846

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Vergabe von Leistungen zur Planung eines Radverkehrsnetzes sowie Lückenschlüsse für den Alltagsradverkehr
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/20847

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Aus- und Nachrüstung der landeseigenen Nutzfahrzeuge mit einem Abbiegeassistenzsystem
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/20848

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Förderung von Elektrobussen
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/20849

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Trassensicherungsverträge
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/20850

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fußverkehr: Zuschüsse, Beiträge und vertragliche Leistungen an Initiativen, Förderung der Kommunen
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/20851

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Züge bestellen
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)
Drs. 18/20852

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Elektrifizierung des Schienenverkehrs
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 18/20853

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Hochschulbau beschleunigen
(Kap. 09 40 Tit. 422 01)
Drs. 18/20854

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 18/20855

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive I – Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)
Drs. 18/20951

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive II – Verstärkung der Mittel für Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Gebäuden
(Kap. 09 03 Tit. 701 61)
Drs. 18/20952

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive III – Verstärkung der Mittel für die Dach- und Fassadenbegrünung des staatlichen Gebäudebestands
(Kap. 09 03 Tit. 701 62)
Drs. 18/20953

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive IV – Bau von Ladesäulen und staatlichen Dienststellen
(Kap. 09 03 Tit. 701 63)
Drs. 18/20954

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse des Landes für die einkommensorientierte Förderung des Wohnungsbaues gemäß § 88e II. WoBauG, WoFG und BayWoFG
(Kap. 09 04 Tit. 681 55)
Drs. 18/20955

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds
(Kap. 09 04 Tit. 883 01 und Tit. 883 11)
Drs. 18/20956

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Modellprojekt 3D-Gebäudedruck im sozialen Wohnungsbau
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 18/20957

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 18/20958

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zukunftsfragen des Wohnens und der Mobilität sowie des demografischen Wandels
(Kap. 09 05 Tit. 547 01)
Drs. 18/20959

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erforschung städtebaulicher Verdichtungskonzepte durch Gebäudeaufstockungen im 3D-Betondruckverfahren
(Kap. 09 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20960

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beiträge an die Aktionsgemeinschaft Brennerbahn und Zuschüsse für Verkehrsplanung, Verkehrswissenschaft und internationale Verkehrsbeziehungen
(Kap. 09 06 Tit. 685 75)
Drs. 18/20961

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Elektrobusse I – Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Beschaffung von Elektrobussen
(Kap. 09 08 Tit. 883 03)
Drs. 18/20962

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für Planung und Bau von Radschnellwegen
(Kap. 09 08 Tit. 883 07)
Drs. 18/20963

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Sonstige für Investitionen in innovative Verkehrsprojekte (u. a. Pilotprojekte) und in den (Schienen-) Güterverkehr
(Kap. 09 09 Tit. 893 80)
Drs. 18/20965

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Elektrobusse II – Haushaltsvermerk
(Kap. 09 09 TG 80)
Drs. 18/20966

72. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 18/20967

73. Änderungsantrag des Abgeordneten Franz Bergmüller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Technische Ausstattung zur Befriedigung deserhöhten Digitalisierungsbedarf in Bauämtern zur Beschleunigung und Verbesserung insbesondere von Wohnbauvorhaben
(Kap. 09 40 neuer Tit.)
Drs. 18/20968

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Johannes Hintersberger
Abg. Verena Osgyan
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Ferdinand Mang
Abg. Christian Flisek
Abg. Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Susanne Kurz
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Kerstin Radler
Staatsminister Markus Blume

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 10:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 15

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/20502 mit 18/20534 und 18/20660)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/20460 mit 18/20472 und 18/20678)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20284 mit 18/20297 und 18/20299 mit 18/20314)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20423 mit 18/20444 und 18/20556)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/20172 mit 18/20187)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20212 mit 18/20223)
Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 18/20188)
Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion (Drs. 18/20189)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(Drs. 18/21985)

betreffend "Zuwendungen an die Ukrainische Freie Universität". Der Antrag wurde Ihnen vorab elektronisch übermittelt. Einzelheiten können Sie der Tagesordnung entnehmen. Auch für diesen Einzelplan beträgt die Gesamtredezeit nach der Festlegung

im Ältestenrat 45 Minuten. Es gelten die bekannten Redezeiten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren drei Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/20424, 18/20425 und 18/20430 einfache Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Johannes Hintersberger für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Johannes Hintersberger (CSU): Hohes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beginne ganz bewusst mit einem Dankeschön. Ein so starker, großer und vielgestaltiger Haushalt wie der Einzelplan 15 muss ordentlich entworfen, haushalterisch planungssicher und, was ganz wichtig ist, verlässlich erarbeitet werden. All dies ist der Fall. Deshalb richte ich ein herzliches Dankeschön an das Haus, an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern; an den früheren Minister, lieber Bernd; an die Kolleginnen und Kollegen des Finanzministeriums; an die Kolleginnen und Kollegen des Bauministeriums, weil ihre Arbeit für den Einzelplan 15 in Sachen Hochbauvorlagen einen großen Bereich ausmacht. Ein herzliches Dankeschön gilt auch dem Ausschussbüro für die wirklich ausgezeichnete Betreuung. Lieber Minister Markus Blume, ich denke, dieser Haushalt ist eine gute Grundlage für die engagierte Umsetzung dieser Maßnahmen in diesem Jahr.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke aber auch ganz bewusst den Mitgliedern unseres Ausschusses. Es ist ein kollegiales und – wenn ich an die Hochbauvorlagen denke, die ja auch sehr komplex sind und in großer Masse einstimmig verabschiedet werden – gutes Arbeiten. Auch dies gehört dazu. Deshalb möchte ich dies so in aller Klarheit sagen: Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vielen Dank auch für die enge Abstimmung und das gute Miteinander mit dem Wissenschaftsausschuss als Fachausschuss, insbesondere dem Vorsitzenden, Robert Brannekämper, der aufgrund einer Corona-Erkrankung heute nicht anwesend ist. Lie-

ber Robert, gute Besserung. Vielen Dank auch an Prof. Dr. Winfried Bausback für das gute Miteinander. Ich glaube, dies kommt der Sache unter dem Strich auch sehr zugute.

Meine Damen und Herren, die Gesamtausgaben unseres Einzelplanes belaufen sich auf rund 8,5 Milliarden Euro. Dies ist ein Aufwachsen von knapp 2 Prozent und entspricht einem Plus von rund 150 Millionen Euro. Dazu kommen Corona-Unterstützungen in Höhe von rund 670 Millionen Euro, die im Einzelplan 13 veranlagt sind. Das ist also eine ganz solide Grundlage für den wissenschaftlichen Bereich.

Worum geht es? Was wollen wir? Was ist die politische Vorgabe für die Gestaltung dieses Haushaltes? – Ich nenne in der gebotenen Kürze sechs Eckpunkte.

Erster Eckpunkt: Es geht darum, den Wissenschaftsstandort Bayern nicht nur zu halten, sondern ihn in seiner Exzellenz, in seiner Kompetenz weiter nach vorne zu bringen, um im internationalen Wettbewerb standhalten zu können. Meine Damen und Herren, dies ist die Grundlage für unseren Wohlstand. Dies ist die Grundlage für unsere Arbeitsplätze. Dies ist die Grundlage für die Wertschöpfung. Dies ist sozusagen auch der Markenkern, der sich durch den gesamten Haushalt unseres Einzelplanes 15 zieht.

Ein besonderer Begriff, der hier im Mittelpunkt steht, ist unsere Hightech Agenda, die heute bereits mehrfach erwähnt wurde und mit knapp 2 Milliarden Euro gefördert wird. Das ist ein unbandig nachhaltiger Impuls, um den Wissenschaftsstandort Bayern vorwärts zu bringen, aber nicht abgehoben im Elfenbeinturm, sondern in den Zukunftsfeldern immer mit der Zielsetzung auf die Beantwortung der Frage: "Was bringen wir den Menschen für das Leben und die Lebensqualität, aber auch für unser Unternehmen rüber?" Von daher nenne ich hier nur Stichworte: Quantencomputing, Luft- und Raumfahrttechnologie, Geodäsie, KI-Produktionsnetzwerk zum Beispiel in Augsburg. Allein für KI haben wir 100 Lehrstühle eingeplant. Das muss man sich einmal vor Augen füh-

ren: 100 Lehrstühle in diesem Kernbereich der Zukunft! Von daher ist es ein ganz wichtiger Punkt, die Wissenschaftsexzellenz in Bayern weiter auszubauen.

Zweiter Eckpunkt ist die bestmögliche Ausstattung für Forschung und Lehre. Das geht Hand in Hand. Dazu gibt es zwei Säulen: einerseits 1.800 zusätzliche Dauerstellen für Forschung und Lehre in unseren Hochschulen und für unsere Studierenden sowie andererseits 670 Millionen Euro für Investitionen im Baubereich, aber natürlich auch in die Ausstattung, den Laborbereichen und in die Sanierung, Ersatzinvestitionen sowie für Neubauten. Ich nenne als Beispiele nur den Campus Hubland in Würzburg und die tiermedizinische Fakultät der LMU in Oberschleißheim. Das sind wirklich absolute Highlights.

Der dritte Eckpunkt ist der Ausbau der flächendeckenden wissenschaftlichen Infrastruktur. Dort, wo die Menschen sind, wo die Unternehmen sind, gehen wir hin. Eine Erfolgsstory ist der Ausbau unserer Hochschulen seit über 20 Jahren; aber auch mit der Neugründung der TU Nürnberg im letzten Jahr haben wir Zeichen gesetzt.

Der vierte Eckpunkt ist der Transfer zur wirtschaftlichen Effizienz. Ich habe die Frage schon vorher gestellt: "Wie bringen wir die wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Unternehmen, nicht nur die Großunternehmen, sondern gerade auch in die KMU?". Dies war auch vorher bei den Kollegen vom Wirtschaftsministerium ein wichtiger Punkt. Dankeschön für dieses enge Zusammenarbeiten mit dem Wirtschaftsministerium.

Der fünfte Eckpunkt ist die konsequente Weiterentwicklung unserer Universitätsmedizin. Wie wichtig, wie bedeutend unsere Universitätsmedizin ist, wie sie geradezu ein Anker zur Gewährleistung der Versorgung unserer Menschen ist und welche Rolle sie spielt, hat sie während der letzten zwei Jahre der Pandemie bewiesen. Ich nenne den weiteren Ausbau des Medizincampus Oberfranken. Ich nenne das Bayerische Zentrum für Krebsforschung. Ich nenne auch meine bzw. unsere Universitätsklinik Augsburg, deren Ausbau mit über 105 Millionen Euro auch für neue Studienplätze im medizinischen Bereich festgelegt ist.

Ich sage den Kollegen Bausback, Oetzinger und Seidenath Dankeschön für den Aufbau der Studiengänge Hebamme und Pflegeberufe – eine wichtige Säule.

Letzter Punkt. Der Bereich Kunst und Kultur bildet mit 1 Milliarde Euro einen weiteren Schwer- bzw. Eckpunkt dieses Einzelplans, meine Damen und Herren. Hierzu könnte ich verschiedene Maßnahmen nennen, angefangen bei der Digitalisierung unserer bayerischen Archive über den Denkmalschutz und die Denkmalpflege bis hin zur Sanierung der Staatstheater. Auch diese sind eine wichtige Grundlage, ja eine Lebensgrundlage, was Kunst und Kultur anbelangt.

Nach dieser grundsätzlichen Darstellung wird Kollege Bausback noch im Einzelnen auf den Wissenschaftsbereich eingehen.

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion wird diesen Entwurf massiv unterstützen. Ich bitte Sie alle um Unterstützung dieser wichtigen Zukunftsfelder. Auch vor dem Hintergrund dessen, dass wir gerade den Einzelplan 05 beschlossen haben, kann ich feststellen: Wir investieren über 35 % unserer Haushaltsmittel in die Bereiche Forschung und Bildung. Damit wird Bayern seiner Verantwortung als Nummer eins der Bildungs- und Forschungsländer gerecht. Und: Beste Bildung ist die beste Sozialpolitik. Auch aus diesem Grund bitte ich um breite Zustimmung zum Einzelplan 15.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kollegin Verena Osgyan. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade viele Danksagungen gehört. Ich möchte eine Danksagung hinzufügen, die mir gefehlt hat, nämlich an die Hochschulen, die Kultureinrichtungen und die Kulturschaffenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind in den zwei Corona-Jahren in schweres Fahrwasser geraten und dennoch geschwommen; sie haben ihr Bestes getan. Auch ihnen sollten wir hier zunächst einmal danken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gerade viel über den 15er-Haushalt gehört. Wenn man sich dessen Gesamtsumme anschaut, könnte man meinen, Wissenschaft und Forschung seien gut aufgestellt. Auch wir GRÜNEN sagen selbstverständlich: Jeder Euro für Wissenschaft und Forschung ist ein Euro für die Zukunft. – Ich glaube, insoweit sind wir auf einer Linie. Wir sind dabei, wenn gesagt wird, dass wir in die Zukunft investieren müssen.

Wenn ich mir diesen Haushalt aber genauer anschaue, dann muss ich sagen: Er hat eine große strukturelle Schieflage, weshalb vieles ins Rutschen kommt. Das Geld, das in einige Prestigeprojekte, die gerade genannt wurden, fließt, fehlt am Ende bei der großen Menge der Forschenden, Lehrenden und Studierenden.

Wir haben gestern und heute auch viel Selbstlob zur Hightech Agenda gehört. Das Problem ist aber weniger das, was Sie damit vorhaben. Das Problem ist, was dafür alles zu kurz kommt. Sich wissenschaftlich zu fokussieren ist gerecht, wenn wir zu der Erkenntnis kommen, dass wir Zukunftsaufgaben vor uns haben. Das darf aber nicht bedeuten, dass man sich Scheuklappen aufsetzt. Wenn Sie nur in KI und Wasserstoff investieren wollen, dann haben Sie Scheuklappen auf. Es ist einfach zu wenig, darauf die komplette Forschungsagenda für ein ganzes Land aufzubauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie können wir es besser machen? – Wie es besser geht, zeigt gerade der Bund. Investitionen in Klimaneutralität im Energie- und Industriebereich, Klimaanpassung, ein modernes öffentliches Gesundheitssystem, nachhaltige Digitalisierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt – das sind die Themen, die wir in der Breite brauchen, und

das sind die Themen, die wir unseren Änderungsanträgen vorangestellt haben. Darüber würden wir hier mit Ihnen gern noch einmal diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zu einer Dauerbaustelle, die uns in Sachen Haushalt seit mindestens zehn Jahren bewegt und bei der dennoch wenig vorangeht. Ich spreche von dem Erhalt der Infrastruktur. Der Sanierungsstau ist auf mindestens 6 Milliarden Euro angewachsen. Das sind nur die großen Baumaßnahmen, und das ist der Stand von 2020. Seither erhalten wir ja keine Antwort mehr auf die Frage, wie es wirklich ausschaut. Ich finde, es ist überfällig, dass wir auch dazu eine echte Bestandsaufnahme machen.

Sie von der Koalition sagen, Bayern solle in der Welt wettbewerbsfähig sein. Das sage auch ich. Wenn aber exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und motivierte Studierende in maroden Bauten forschen, lehren und studieren müssen, dann wird Bayern keine internationale Strahlkraft entfalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb fordern wir jährlich 200 Millionen Euro extra für die Sanierung unserer Hochschulgebäude, ein Förderprogramm, damit die Hochschulen 2030 auch klimaneutral werden können, und eine Aufstockung der Staatlichen Bauämter.

Kommen wir zu den Hochschulen selbst. Ich habe den Eindruck, die Staatsregierung lobt sie ab und zu, lässt sie aber ansonsten gern allein. Die Grundfinanzierung sinkt im Verhältnis seit Jahren. Mittlerweile kommt nicht einmal mehr die Hälfte der Mittel direkt vom Freistaat. Um die groß angekündigte Hochschulreform, von der wir schon viel gesprochen haben, die aber offensichtlich eine einsame Kopfgeburt des Ministerpräsidenten war, ist es ganz still geworden. In den Fragmenten der Hochschulreform, die wir kennen, ist von Studium und Lehre nur wenig die Rede. Ich finde es ziemlich schlimm, dass Sie angesichts dessen Gelder aus dem Zukunftsvertrag "Studium und Lehre stärken" wieder für Forschungsprofessuren zweckentfremden. Was wir brau-

chen, sind Dauerstellen für Daueraufgaben. Wir brauchen etwas gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Auch dazu haben wir einen Änderungsantrag gestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Letztes. Wir haben in Bayern ein echtes Highlight, die Ukrainische Freie Universität. Diese kann Brücken bauen, gerade in der aktuellen Situation. Die Dauergelder wurden ihr schon vor einigen Jahren gestrichen. Wir haben 15.000 Euro für die Digitalisierung beantragt; diese Mittel wurden nicht gewährt. Herr Blume, dass Sie jetzt bis zu 100.000 Euro bereitstellen wollen, ist gut. Aber auch für diese Universität brauchen wir eine Dauerförderung.

Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunftsaufgaben angehen! Jetzt wäre die Chance für einen echten Neustart in der bayerischen Wissenschaftspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Osgyan, Sie sagten, Bayern solle in Sachen Zukunftstechnologien führend in der Welt werden. Ich glaube, Bayern ist es bereits, und Bayern soll es bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU)

Sehr geehrte Frau Kollegin, zu dem, was Sie vorgetragen haben, kann ich nur sagen: Sie wollen in Beton investieren. Wir investieren in Zukunft, in Geist, in Technologie. Und das ist richtig!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich bin einigermaßen entsetzt, dass Sie sagen, die Hightech Agenda sei Ausdruck von Scheuklappendenken. Nein! Man muss sich fokussieren. Man muss konkrete Ziele definieren, die man erreichen will. Das tut diese Staatsregierung, das tun die Regierungsfraktionen. Wenn Sie das kritisieren, dann lässt das wirklich tief blicken. Ich schaue in die Reihe hinter Ihnen: Ich glaube nicht, dass Frau Kollegin Fuchs die gleiche Meinung hat. Zumindest im Haushaltsausschuss hat sie sich ganz klar anders positioniert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich sage Ihnen: Bayern investiert auch in die Fläche. Bayern investiert in gleichwertige Lebensverhältnisse. Das ist gut, richtig und wichtig. Sie wissen, was das Hauptziel der FREIEN WÄHLER ist: gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern! Das bildet die Hochschullandschaft in Bayern exzellent ab.

Wir sprechen gerade zum Haushalt des Wissenschaftsministeriums. Wir haben aber daneben auch das Wirtschaftsministerium. Beide sind im Bereich Forschung und Entwicklung eng verzahnt. In der Fußballersprache würde ich sagen: Das Forschungs- und Entwicklungsministerium ist der Passgeber, das Wirtschaftsministerium der Torjäger. Konkret umsetzen müssen es die Unternehmen, das heißt, sie müssen die Produkte entwickeln und verkaufen. Aber ihr, das Wissenschafts- und das Wirtschaftsministerium, seid genauso wichtig; denn ihr seid diejenigen, die die Menschen ausbilden und die Forschung und Entwicklung auf die Straße bringen.

Ich nenne Ihnen ein besonders gelungenes Beispiel, das in dem Einzelplan des Wirtschaftsministeriums verankert ist, aber genauso gut im Haushalt des Wissenschaftsministers verankert sein könnte. Ich rede von dem Forschungs- und Anwendungszentrum für digitale Zukunftstechnologien in Lichtenfels. Bei diesem Thema hat sich Herr Staatssekretär Weigert ganz besonders engagiert. Das ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie wir die Ressourcen der Regionen heben; denn die Menschen in Lichtenfels

sind genauso schlau und genauso motiviert wie die in München, Nürnberg und Augsburg.

Ich freue mich, dass solche Dinge hier in diesem Haushalt verankert sind. Bildung, Wissenschaft und Technologie müssen in die Fläche. Da haben wir noch die größten Ressourcen, die wir heben können. Das ist ein gelungener Haushalt – zum Thema Kultur wird dann die Kollegin Radler Stellung nehmen –, der unsere Zustimmung verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Haushaltsdebatte geht es um den Haushalt für Wissenschaft und Kunst. Auch in diesem Einzelplan zeigt sich leider die Eliteorientierung der herrschenden Altparteien. Dabei ist schon bemerkenswert, für was alles Geld ausgegeben wird. Wir haben an vielen Stellen den Rotstift für links-grüne Projekte angesetzt, aber hier möchte ich Vorhaben vorstellen, die allein für das Vergnügen der herrschenden Elite aus Steuergeldern errichtet werden; denn deren Sorgen, wie man sich die viele Freizeit nur zerstreuen mag, sind Söder viele Hundert Millionen an Steuergeldern der arbeitenden Klasse wert. So soll das neue Konzerthaus in München eine schlappe Milliarde Euro kosten. Ich weiß, wir haben es ja. Die AfD-Fraktion war die einzige Fraktion im Haushaltsausschuss, die sich entschieden gegen dieses Freizeitvergnügen der Oberluxusklasse für die woke Münchner Bourgeoisie gestellt und dagegen gestimmt hat.

Jetzt rudert Herr Söder angeblich etwas zurück. Ich meine, es ist schon schwer, der Bevölkerung dieses Projekt für die gesellschaftliche Elite in Höhe von einer Milliarde Euro zu verkaufen – gegenüber dem großen Teil der Menschen, die sich Gedanken machen müssen, wie sie ihre Familie über Wasser halten können.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Daher haben wir unseren Änderungsantrag auf Streichung dieses irren Prestigeobjekts heute zur Abstimmung gestellt. Heute dürfen die Altparteien Farbe bekennen, wessen Interessen sie in Wirklichkeit vertreten,

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

die des verarmenden Volkes oder die der gewissenlosen Elite.

Und wenn wir wieder bei den Geschäfterln sind, reden wir doch mal über den Mietvertrag des Deutschen Museums in Nürnberg. Ich meine, welch ein glücklicher Zufall, dass der völlig überteuerte Mietvertrag mit demjenigen abgeschlossen wurde, dessen Ehefrau Kulturreferentin der schwarz regierten Stadt Nürnberg ist. Ja, ja, da hat alles nichts mit Nichts zu tun. Aber wenn man mal 35 Millionen Euro mehr auf die Hand bekommt als auf dem Markt üblich, dann steht das natürlich nicht mit irgendeinem schwarzen Filz in Verbindung.

Es zieht sich wie ein roter Faden durch den Haushaltsausschuss: Der Steuerzahler zahlt drauf, und zwar kräftig. Nun, wir legen nicht nur den Finger in die Wunde, sondern zeigen auch Alternativen auf. Wir konnten ja während der Haushaltsverhandlungen einen Bericht über die Bakteriophagen erstreiten und haben auch einen Antrag gestellt, Mittel allein für die Phagenforschung zur Verfügung zu stellen.

Was sind denn Phagen? – Phagen sind eine Alternative zu Antibiotika. Jeder hat schon einmal von den Krankenhauskeimen gehört, von Bakterienarten, die eine Multiresistenz gegen jedes Antibiotikum entwickelt haben. Jedes Jahr infizieren sich in Deutschland 500.000 bis 600.000 Menschen damit. Jedes Jahr sterben 15.000 bis

20.000 Menschen an dieser Krankheit. Oft ist eine Amputation das letzte Mittel, um das Leben zu retten.

In Georgien hat man diese Probleme nicht, da man die Phagentherapie entwickelt hat. Man kann diese Phagen speziell auf diesen Krankenhauskeim ansetzen, mit dem Vorteil, dass die Phagen wie ein Scharfschütze die Krankenhauskeime bekämpfen, aber die nützlichen Bakterien nicht angreifen. In Georgien wird diese Phagentherapie seit Jahrzehnten erfolgreich angewandt und ist dort zugelassen. Mittlerweile hat sich sogar eine regelrechte Reisebranche entwickelt, um deutsche Patienten nach Georgien zu überführen, damit sie dort geheilt werden können, weil die Phagentherapie in Deutschland nicht zugelassen ist. – Was geht aus dem vorhin erwähnten Bericht hervor? – Gerade einmal zehn Millionen Euro investiert der Freistaat in die Forschung, aber nicht einmal direkt in die Phagenforschung, sondern allgemein in neue Strategien gegen den Krankenhauserreger. Besondere Anreize für die Phagenforschung werden nicht gesetzt. Daher haben wir einen Antrag gestellt, wenigstens 3,5 Millionen Euro allein in die Phagenforschung zu investieren.

Das, werte Kollegen, halte ich Ihnen vor. Sie sind bereit, für ein Konzerthaus in München eine Milliarde Euro hinzulegen. Aber dazu wenige Millionen in eine Therapie zu investieren, die mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit jährlich Zehntausenden Menschen das Leben retten könnte, sind Sie nicht bereit.

Erneut haben wir auch wieder Anträge für die Förderung der Altersforschung gestellt. Wir haben diese Anträge bereits weit vor der Corona-Krise gestellt. Die Altersforschung wird in den nächsten Jahrzehnten zu der größten gesellschaftlichen Revolution der bisherigen Menschheitsgeschichte führen – versprechen die Forscher doch nicht weniger als ewige Jugend und Gesundheit. Mittlerweile sind auch die größten internationalen Großkonzerne in die Forschung eingestiegen.

Herr Söder, Sie sind ja auch bei diesem Plan mal wieder nicht da, ich appelliere erneut an Sie: Schauen Sie nicht weiter zu, wie dieser Transrapid abfährt, sondern setzen Sie Bayern an die Spitze dieser entstehenden Hochtechnologie. – Ich komme zum Ende.

(Zurufe: Bravo!)

Dieser Haushaltsplan ist ein Plan für die gesellschaftliche Elite, für den schwarzen Filz und für Krisengewinner. Für die wirklichen Nöte und Sorgen der Bevölkerung hat Herr Söder wenig übrig. Sie darf die Zeche bezahlen und soll sich nicht beschweren; denn es läuft ja alles so prächtig hier. Über den Tellerrand der Staatskanzlei vermag der engstirnige Blick der Königlichen Hoheit Söder nicht zu reichen.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen abgeschafft werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, es liegt eine Meldung für eine Zwischenbemerkung vor.– Dazu erteile ich dem Abgeordneten Bernhard Pohl, FREIE-WÄHLER-Fraktion, das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Mang, lassen Sie mich jenseits von Ihrem DKP-Geschwafel über die Eliten zwei konkrete Fragen stellen:

Erstens. Wo steht die Milliarde für das Konzerthaus im Haushalt 2022?

Zweitens. Sie haben über den Mietvertrag des Deutschen Museums gesprochen. Können Sie dem Hohen Haus sagen, wer der Vermieter ist? Können Sie den Mietgegenstand benennen, die Miethöhe und die Quadratmeterzahl des Objekts?

Ferdinand Mang (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Pohl, das Konzerthaus fing, glaube ich, mit 400 Millionen an. Dann haben sich die Kosten immer weiter erhöht, zuletzt waren es im Haushaltsausschuss 750 Millionen Euro.

(Unruhe)

Jetzt – das hat sogar Ihr Kollege Weidenbusch gesagt – steht eine Milliarde Euro im Raum.

(Zuruf: Wo steht das im Haushalt?)

Zur nächsten Frage, zu dem Museum, können Sie sich auch mal die BR-Berichte anschauen. Da wird das genau detailliert, wer von wo diese Geschäfterl macht. Sie können das abstreiten, aber es ist leider so.

(Zuruf: Antworten! – Zuruf: Das ist jetzt eine alternative Wahrheit, oder?)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Christian Flisek für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Christian Flisek (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon eine besondere politische Situation, in der wir hier den Einzelplan 15 diskutieren. Denn ich glaube, man muss da jetzt nicht mutmaßen: Derjenige, der politisch diesen Einzelplan 15 eigentlich erarbeitet hat, ist mittlerweile – ich zitiere jetzt den Ministerpräsidenten – der "Verfeinerung" des Bayerischen Kabinetts zum Opfer gefallen. Der neue Minister ist etwas mehr als 40 Tage im Amt.

Herr Staatsminister Blume, man könnte sagen, dass Sie jetzt noch Schonfrist haben. Allerdings ist natürlich angesichts der Probleme, die wir im Kulturbereich und im Hochschul- und Wissenschaftsbereich haben, überhaupt keine Schonzeit möglich. Denn wir brauchen jemanden, der hier zupackt und handelt. Insofern ist das jetzt heute auch keine Zwischenbilanz eines einzelnen Ministers, sondern man kann sagen, es ist in der Tat eine Zwischenbilanz der Wissenschafts- und Kunstpolitik dieser Staatsregierung.

Wir erinnern uns: Diese Legislaturperiode begann mit einem fulminanten Aufschlag, mit einer Regierungserklärung von Markus Söder zur Hightech Agenda, zwei Milliarden Euro, das ist heute bereits mehrfach zitiert worden.

Wir Sozialdemokraten haben von Anfang an gesagt: Das ist gut so, das ist richtig, wir werden das konstruktiv begleiten und werden da, wo notwendig, auch kritisch einhaken. Dann kam der erste Fehler, wenn Sie so wollen: der Geburtsfehler dieser Hightech Agenda, ein politisch schwerwiegender Fehler: Man hat mit der Verkündung dieser Forschungsagenda gleichzeitig gesagt: Wir wollen den Rechtsrahmen für die bayerischen Hochschulen mit einem Hochschulinnovationsgesetz in den nächsten 15 bis 20 Jahren neu gestalten. Dann gab es Eckpunktepapiere, die erst geheim gehalten worden sind – eine Missachtung des Parlaments und des Fachausschusses –, und dann wurde plötzlich – man kann das heute im Nachgang so rekonstruieren – eins zu eins, mit Copy & Paste, aus Briefen von der TU München ein Eckpunktepapier gebastelt. Man kann sagen: Das waren Familienbande. Die Herrmanns haben da sehr eng zusammengespielt.Ich sage Ihnen eins: Die TU München ist zwar eine wichtige Universität in diesem Freistaat, aber die bayerische Hochschullandschaft ist vielfältiger. Das, was für die TU München gut ist, ist noch lange nicht gut und passgenau für alle bayerischen Hochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn dann der Ministerpräsident von einer "Entfesselung" spricht, von "unternehmerischen Hochschulen" und von einer "Hochschulreform, die eine mittlere Revolution" auslösen soll – alles Zitate aus der Regierungserklärung –, dann fragt man sich jetzt schon: Wo bleibt sie denn?

Der alte Minister Bernd Sibler hat mehrfach seine Zeitpläne verschieben müssen. Herr Staatminister Blume, Sie waren vor Kurzem im Ausschuss und haben gesagt, dass wir noch vor der Sommerpause einen Entwurf bekommen werden. Wir sind sehr gespannt darauf, was aus dieser mittleren Revolution jetzt wird. Wir sind gespannt darauf, ob wir tatsächlich noch vor der Sommerpause revolutionäre Ereignisse erleben werden oder einen geordneten Rückzug von einer vollmundig angekündigten Agenda. Fakt ist: Sie haben in Zeiten der Pandemie, während derer die Hochschulen ohnehin genug zu tun

hatten, für weitere Verunsicherung in der bayerischen Hochschullandschaft gesorgt. Das war nicht gut. Das war ein eklatanter politischer Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Man kann sich für die Hightech Agenda feiern lassen. Aber wenn man gleichzeitig die Augen systematisch verschließt vor den grundlegenden Problemen, die die bayerischen Hochschulen im Maschinenraum haben, dann geht das nicht.

Die Probleme sind bereits angesprochen worden: Wir haben Baulasten. Eine seriöse Kostenschätzung geht bei den geplanten und ungeplanten Bauprojekten von etwa 10 Milliarden Euro aus. Eine Strategie, wie wir das in den nächsten Jahren abbauen wollen? – Fehlanzeige. Die Studentenwerke sind chronisch unterfinanziert. Es gibt zwar immer mehr Studienplätze, aber die Studentenwerke erhalten nicht entsprechend mehr Geld. Wie soll das zusammengehen bei so wichtigen Aufgaben wie Wohnen, Mensen oder Sozialbetreuung? Bei der Grundfinanzierung der Hochschulen gibt es ebenfalls keine Strategie. Seit Jahren oder sogar Jahrzehnten schieben Sie das Thema wie einen Bauchladen vor sich her. Der Maschinenraum brennt, und Sie versuchen auf dem Sonnendeck eine Hightech Agenda nach der anderen abzufeiern, wundern sich aber, dass die bayerischen Hochschulen keine La-Ola-Wellen machen, weil sie genau wissen, welche Probleme im eigenen Land bestehen.

Nun komme ich zum Kulturteil: Der Kollege Halbleib, der eigentlich in unserer Fraktion dafür zuständig ist, sitzt da. Auch hier gibt es eine Bugwelle von unvollendeten Projekten. Es gibt 54 große Bauprojekte im Kulturbereich, mindestens 1 Milliarde Euro muss dafür aufgewandt werden. Wir haben tatsächlich in den letzten Jahren 55 Millionen Euro im Durchschnitt im Ansatz gebracht. Das wird aber nicht reichen; wenn wir so weitermachen, dann brauchen wir 20 Jahre.

Das Thema Konzertsaal in München ist bereits angesprochen worden. Der Ministerpräsident macht nun tatsächlich einen geordneten Rückzug und spricht von einer

Denkpause. Ich würde mir manchmal wünschen, dass er diese Denkpause machen würde, bevor er vollmundige Ankündigungen macht.

(Beifall bei der SPD)

Damit wäre diesem Land wirklich ein großer Gefallen getan, und Sie würden so manche Erwartungen am Ende nicht enttäuschen müssen.

Abschließend sage ich Ihnen noch eins: Fördern Sie endlich strukturell die freie Kulturszene. In der Pandemie hat sich gezeigt, dass diese vielfältige Kulturszene oft an vielen Orten vor dem Scherbenhaufen ihrer wirtschaftlichen Existenz steht. Hier helfen nicht irgendwelche Programme, um das Feuer zu löschen. Wir brauchen endlich eine verlässliche, planbare und strukturelle Förderung für diesen wichtigen Bereich.

(Beifall bei der SPD)

Last, but not least: Denkmalschutz. An anderer Stelle ist er heute bereits angesprochen worden. Überall gibt es steigende Baupreise und Rohstoffpreise. Beim Denkmalschutz gibt es nichts, was einen Mittelaufwuchs bewirken würde. Im Gegenteil, es gibt es Halbierungen, wenn man sich das anschaut. Am Ende aller Tage sage ich Ihnen: Sie – und leider auch die FREIEN WÄHLER – stellen sich hier hin und behaupten, dass Sie eine bayerische Heimatpolitik machen wollen. Wenn Sie aber den wichtigen Denkmalschutz so behandeln, –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Christian Flisek (SPD): – dann wird das nicht zu einer Heimatpolitik führen, wie wir sie uns vorstellen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne werden Sie sich sicherlich nicht darüber wundern, dass wir diesen Haushalt am Ende ablehnen werden, weil wir erwarten, dass Sie nach den Voten in

den Fachausschüssen auch unsere Änderungsanträge erneut ablehnen werden. Ich freue mich trotzdem auf die weitere Zusammenarbeit in den nächsten Monaten.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Kollege und Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch für die FDP-Fraktion. – Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Christian Flisek, so geht es nicht. Ich möchte klar zurückweisen, was du über die TU München und familiäre Verflechtungen von Staatsminister Florian Hermann und dem ehemaligen Präsidenten der TU, Wolfgang Herrmann, gesagt hast. Die TU München ist eigenständig. Ich kenne sie sehr gut, das kann ich, so glaube ich, sagen. Sie ist eine der führenden Exzellenzuniversitäten in ganz Deutschland. Sie führt bei der Förderung von 40 % aller Startups in Deutschland mit weitem Abstand, auch was die Generierung neuer Arbeitsplätze betrifft. Christian, im Parlament eine Beziehung dieser Art herzustellen, ist für mich nicht nachvollziehbar. Das musste in aller Freundschaft sein.

(Beifall bei der FDP)

Verehrter Herr Staatsminister, lieber Markus! Ja, wenn der Wind der Veränderung weht, dann bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen. Lieber Herr Blume, ich hatte eigentlich gehofft, dass nach sechs Wochen Amtszeit dieser Wind of Change von Ihnen entfacht wird und dieser die Windmühlen der Veränderung antreibt. Warum sonst sollte Sie der Ministerpräsident zum neuen Wissenschafts- und Kunstminister berufen haben? – Aber leider, so konstatiere ich, Windstille und eher Rückschritt, siehe Konzerthaus.

Bisher sprechen Sie nur von Projekten, die bereits Ihr Vorgänger angestoßen hat. Neue Ideen, inspirierende Ankündigungen? – Fehlanzeige. Hochschulinnovationsge-

setz? – Wir warten seit zweieinhalb Jahren auf die "Entfesselung der Hochschulen" – Originalton des Ministerpräsidenten. Wie Sie sich dazu in den Medien äußern, wird das nicht der große Wurf werden, der uns einmal versprochen worden ist und den ich mit ganzem Herzen unterstützt habe. Das wird ein Flickenteppich. Ich bin neugierig. Der gesamte Prozess ist bisher von extremer Intransparenz gekennzeichnet. Ich frage mich, warum Sie sich und die Regierungsfraktionen so sehr vor der Beteiligung anderer fürchten. Wagen Sie doch mehr Transparenz! Mich erinnert Ihr Verhalten an die Beendigung der Online-Übertragungen aus den Ausschüssen durch die Regierungsfraktionen. Dieses Weltbild ist so veraltet und passt nicht mehr in unsere Zeit.

(Beifall bei der FDP)

Stimmen Sie doch unserem Antrag für ein Beteiligungsportal einfach zu. Setzen Sie als Minister ein Zeichen, dass unter Ihnen die Dinge in der Zukunft anders laufen. Wir brauchen mehr Transparenz. Die Hightech Agenda habe ich absolut begrüßt, aber diese muss endlich umgesetzt werden. Es wird immer nur versprochen, versprochen, versprochen. Die Umsetzung dauert zu lang.

Verehrte Damen und Herren, auch im Kulturbereich gibt es keine Vision, keinerlei Innovationsbereitschaft und keine Vorstellung von einer Zukunft für das Kulturland Bayern. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ich mich für ein Projekt einsetzen muss, das eigentlich ein Leuchtturmprojekt der Staatsregierung ist, oder soll ich vielleicht sagen: war?

Ich komme zum Konzerthaus im Werksviertel: Allein Ihr Denken, dass das ein rein Münchner Projekt sei, ist für mich ernüchternd und an Schlichtheit nicht zu übertreffen. Dieses Konzerthaus soll doch so viel mehr sein als die Wirkungsstätte eines der renommiertesten Orchester der Welt, des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks. Es soll ein wegweisendes Projekt in Sachen Digitalität, Kulturvermittlung und kultureller Bildung werden, das keinesfalls nur auf München beschränkt ist, sondern Wirkung und Ausstrahlung auf ganz Bayern und Deutschland haben soll und sogar in-

ternational glänzt. Das war von Anfang an klar. Mit Ihrer Kommunikation haben Sie – ich muss das leider so deutlich aussprechen – aus dem Konzerthaus im Werksviertel ein Kulturdesaster gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zusammengefasst: Leider sind Sie bisher nur ein Minister von Söders Gnaden. Den Haushalt, so wie Sie ihn hier vorgelegt haben, lehnen wir ab. Er enthält weniger Investitionen in Digitalisierung und viel zu wenige Investitionen in die Ertüchtigung der Hochschulen. Das ist nicht akzeptabel. Ich kann Ihnen nur raten: Denken Sie Zukunft! Finden Sie Ihren eigenen Weg mit innovativen Projekten. Dann sind wir gerne mit Verstand und Herz bei Ihnen.

Verehrte Damen und Herren, ein letztes Wort.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Einen Satz noch. Ich stehe voll hinter Ihren Aktionen in der Ukrainischen Freien Universität. Ich habe dort vielfältige Kontakte. Bitte gehen Sie diesen Weg weiter. Wie gesagt: Wir lehnen diesen Haushaltsvorschlag der Regierung ab.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich dem Kollegen Christian Flisek, SPD-Fraktion, das Wort.

Christian Flisek (SPD): Lieber Wolfgang, Herr Kollege Heubisch, da Sie mich direkt angesprochen haben: Ich will das klarstellen. Bei aller Wertschätzung, die wir persön-

lich füreinander haben: Ich habe hier nicht gegen die TU München geredet, im Gegenteil.

(Zurufe)

– Nein, ich sage das in aller Deutlichkeit. Ich habe hier überhaupt nicht gegen die TU München geredet. Sie ist ein Leuchtturm, auf den auch wir als Wissenschaftspolitiker der SPD-Fraktion stolz sind. Ich habe jedoch den Ablauf im Vorfeld der Planungen zum neuen Hochschulinnovationsgesetz kritisiert. Da gab es eine intensive Brieffreundschaft zwischen dem Präsidium der TUM und der Staatskanzlei. Es ist gar nicht zu kritisieren, dass die TUM hier ihre Interessen wahrnimmt. Aber wenn sich dann der Inhalt eines Eckpunktepapiers und das, was anschließend von der Staatskanzlei und vom damaligen Minister zu dem Hochschulinnovationsgesetz geäußert wird, nahezu eins zu eins aus diesem Brief herleitet, dann kritisiere ich das als Wissenschaftspolitiker, weil die bayerische Hochschullandschaft nicht nur aus der TUM besteht, sondern vielfältiger ist. Wir als Fachpolitiker haben die Verantwortung, genau dieser Vielfältigkeit gerecht zu werden und uns nicht allein von einer Hochschule den Inhalt eines neuen Hochschulgesetzes diktieren zu lassen. Das kritisiere ich, nichts anderes.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Christian Flisek (SPD): Darauf möchte ich hinweisen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte schön.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Da gibt es wenig zu klatschen. Das muss ich ganz deutlich sagen. Was glauben Sie eigentlich, wie Hochschulpolitik auch abläuft? – Indem Sie als Minister vielfältige Briefe von eigentlich allen Hochschulen in Bayern erhalten. Das wird bei Markus Blume auch nicht anders sein. Sie brauchen diese Informationen. Jetzt herzuleiten, dass gerade die TU München hier sozusagen das Gesetz

geschrieben hätte, ist ehrlich starker Tobak. Wenn, dann sind die Hochschulverbünde "Universität Bayern e. V." oder "Hochschule Bayern e. V." drin. Aber das weise ich in meiner Kenntnis gerade aus meiner Ministerzeit deutlich zurück. Wenn wir so anfangen, dann sind wir auf einem Niveau, das nahezu unter der Gürtellinie liegt. Christian, ich muss dir das so deutlich als Antwort geben.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Prof. Dr. Winfried Bausback für die CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

Bitte, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Hintersberger hat die Einzelheiten schon ausgeführt. Ich habe nur noch dreieinhalb Minuten. Deshalb muss ich es sehr kurz halten.

Kolleginnen und Kollegen, Wissenschaft sichert Zukunft. Wenn wir uns heute im Hinblick auf die Ukraine einer Debatte über die Souveränität und Resilienz von Europa und auch von Deutschland ausgesetzt sehen, dann muss gesagt werden: Kolleginnen und Kollegen, Wissenschaft und Forschung sichern auch unsere freie Art zu leben, unsere Zukunft als freie Gesellschaft. Auch deshalb ist Wissenschaftspolitik Zukunftspolitik für unser Land. Es ist eben nicht so, dass es da gute und böse Forschung gibt. Auch beispielsweise Forschung für Militärprojekte – das sehen wir heute angesichts der Ereignisse in der Ukraine – ist wichtig. Frau Kollegin Osgyan, da sollte Ihre Fraktion die Scheuklappen abnehmen.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, wir haben als Wissenschaftspolitiker vor zwei Wochen Großbritannien bereist. Ich weiß nicht, was bei Ihnen als Haupteindruck der vielen Ge-

spräche zurückgeblieben ist, die wir geführt haben, als wir zum Beispiel Cambridge und das Imperial College besucht haben und uns dort umgetan haben. Kolleginnen und Kollegen, was unterscheidet ein Land wie Großbritannien von Bayern? – Herr Staatsminister Blume, Herr Staatsminister a. D. Sibler, Großbritannien hat Leuchttürme. Die hat Bayern auch. Aber wir haben es auch über Jahre und Jahrzehnte geschafft, eine Qualität in der Fläche aufzubauen.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, das ist wichtig. Das sichert unsere Zukunft in der Fläche, unsere Zukunft im ganzen Freistaat Bayern. Der Zusammenhalt, den unsere Gesellschaft braucht, sichert das viele Engagement in der Kunst, in der freien Szene, in der etablierten Kunstszene. Wenn Sie sich den Haushalt anschauen, auf dessen Einzelheiten ich leider aus Zeitgründen nicht mehr eingehen kann, dann sehen Sie, dass das präsent ist. Seit Jahren steigt dieser Haushalt im Bereich von Kunst und Wissenschaft.

Das ist richtig und gut so. Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich komme zu Ihrer Kritik. Ich kenne und mag den Film "Und täglich grüßt das Murmeltier". Bill Murray spielt darin einen arroganten, egozentrischen und zynischen Wetteransager, der in eine Zeitschleife gerät.

(Zuruf)

Im Rahmen dieser Zeitschleife bessert er sich. Er wird zu einem sozialeren Menschen, der seiner Umgebung besser gerecht wird.

Kolleginnen und Kollegen, Sie befinden sich auch in einer Zeitschleife. In jeder Haushaltsdebatte das Gleiche: Der Etat für Wissenschaft und Kunst steigt, wir erzielen großartige Fortschritte in allen Bereichen des Landes, und Sie kritisieren den Haushalt, indem Sie sagen: Das passt alles strukturell nicht, das ist nicht genug. – Natürlich, in der Wissenschaft und in der Kunst, in der Wissenschaftspolitik und in der

Kunstpolitik ist man nie am Ende. Aber Sie können nicht abstreiten, dass dieser Haushalt wiederum ein Rekordhaushalt ist und dass in diesem Haushalt eben nicht nur große Hightech-Programme aufgesetzt werden, sondern dass wir in allen Hochschulen des Landes Projekte haben, die uns voranbringen. Das unterstützt das Engagement unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie unserer Studentinnen und Studenten und auch das Engagement der vielen, die sich in der Kunstszene Bayerns bewegen. Das ist das Wichtige, nicht eine kleinkarierte Kritik, die wir auch in diesem Jahr wieder erleben müssen. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf. Vielleicht werden auch Sie irgendwann aus der Zeitschleife herauskommen und zu besseren, an Erkenntnis reicheren Menschen werden und dann auch sagen:

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Im Grunde ist die Situation in Bayern nicht schlecht, sondern sie ist besser als in allen anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Susanne Kurz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Susanne Kurz (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die bayerische Documenta, die bayerische "Berlinale der Superlative" hat der Ministerpräsident ganz schnell bei der Hand. Aber auch bei der Staatsregierung grüßt das Murmeltier. Dazu will ich kurz auf die Eimer hier oben zeigen, an die ich schon vor einem Jahr erinnert habe. Damals war es ein Eimer. Heute habe ich, glaube ich, sieben gezählt. Hier im Bayerischen Landtag wird seit ungefähr 14 Tagen saniert, aber im Rest Bayerns sieht es leider anders aus. Es ist ganz schön, dass die Hochbauvorlage beschlossen wurde. Aber allein Hochbauvorlagen zu beschließen, macht noch keine Sa-

nierung. Es wäre wichtig, dass mal gehandelt wird. Was man beschlossen hat, muss man nämlich auch ausführen. Da sieht es leider schlecht aus. Bei den Mitteln springt jetzt übrigens beim Residenztheater die aus Bayern kommende Kulturstaatsministerin Claudia Roth aus Berlin ein und hilft.

Aber ist es des Kulturstaats Bayern würdig, auf Rettung aus Berlin zu warten? Die ganzen Projekte, die hier beschlossen wurden, sind von Kostenexplosionen geprägt. Wir GRÜNE wünschen uns da seriöse Kalkulationen mit einberechneten Preissteigerungen, solide Zeitpläne und deren Einhaltung.

Zu den Zeitplänen: Um Biotopia wurde es ganz ruhig. Beim Konzerthaus für Bayern, der weltweit ersten Digital Concert Hall, befand sich Markus Söder schon im Januar 2020 in einer Denkpause, als er mitten in den laufenden Planungen aus der Hüfte heraus noch einmal die Forderung nach einer Machbarkeitsstudie herausschoss. Seither torpedieren die CSU-Ausschussvorsitzenden munter den Konzerthaus-Beschluss und zeigen, dass hierzu keine wirkliche Haltung da ist. Ich denke hier an die Filmwirtschaft: Ich erinnere mich an die Coen Brothers, die in dem Film "A Serious Man" auf den wichtigsten Mann im Raum deutend, den Rabbi, gesagt haben: The Rabbi is busy. He is sleeping.

Ganz dringend wäre es, dass die Staatsregierung bei den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz aufwacht. Für uns GRÜNE gehen Klimaschutz und Denkmalschutz Hand in Hand. Dafür braucht es im Landesamt für Denkmalpflege ein Referat für energetische Sanierung. Wir brauchen eine Unterstützung der Kommunen für den Klima- und Denkmalschutz, zum Beispiel bei der Solarsatzung oder bei der Umgestaltung historischer Stadtplätze. Gartendenkmäler leiden unter Hitze und Trockenstress. Für diese Zwecke brauchen wir Stellen.

Frau Kollegin Dr. Weigand hat gesagt, dass im Denkmalbereich seit den Neunzigerjahren kaputtgespart worden ist, was irgendwie geht. Wir fordern 8 Millionen Euro für

die kleine Denkmalpflege und 5 Millionen Euro für die Erhöhung des Entschädigungsfonds.

Die Kultur muss ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Herr Kollege Prof. Dr. Bausback hat gerade von unserer Info-Reise nach Großbritannien erzählt. Dort weiß jedes einzelne Museum, jede einzelne Institution und jede einzelne Sammlung, dass fossile Energie keine Zukunft hat. Jede einzelne Institution, jedes Museum und jede Sammlung hat dort eigene Klimaziele, und die braucht es auch. Wir GRÜNEN fordern Stellen für die Beratung und eine Unterstützung mit Projektmitteln für den generell unterfinanzierten Kultursektor, gerade auch die freie Szene. Wir fordern aber auch eine Würdigung und eine Auszeichnung dort, wo es gut klappt mit dem Aufbruch in Richtung ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Wir fordern einen Fair Green Cultural Deal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kerstin Radler von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu den Kernfunktionen des Staatshaushalts gehören in Zeiten, die von Pandemie und Kriegsgeschehen in Europa und der Welt geprägt sind, mehr denn je Stabilität, Verlässlichkeit sowie Zukunftsgewandtheit. Für mich als kulturpolitische Sprecherin ist dabei klar: Kultur darf keinesfalls ein Nebenschauplatz sein; denn wer Kultur fördert, sichert Freiheit, Demokratie sowie eine offene und tolerante Gesellschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So war es für uns FREIE WÄHLER besonders wichtig, dass die Unterstützung der Kultur angesichts der Corona-Pandemie, wie bereits in den vergangenen Haushaltsjahren, auf hohem Niveau fortgeführt wird. Zu nennen sind hierbei die vielfältigen Hilfsprogramme, zum Beispiel das Solo-Selbstständigenprogramm, das Stipendienpro-

gramme sowie das Spielstätten- und Veranstaltungsprogramm, die als Konjunkturprogramm wirken und wichtige Impulse zur Stabilisierung der betroffenen Kulturbranche geben sollen. In diesem Zusammenhang danke ich unserem ehemaligen Staatsminister Bernd Sibler. Wir haben immer sehr gut zusammengearbeitet. Auf diesem Weg noch einmal herzlichen Dank für dein Engagement für die Kultur in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Mit den Anträgen zum Haushalt konnten die Regierungsfraktionen zudem weitere wichtige Akzente setzen. Wegen der Kürze der Zeit lassen Sie mich nur drei Initiativen herausgreifen, die uns FREIEN WÄHLERN besonders wichtig sind: So wird die kulturelle Bildung erstmals nicht nur über den Haushalt des Kultusministeriums gefördert, sondern auch über den Einzelplan 15 mit Mitteln in Höhe von immerhin 500.000 Euro. Gemeinsam mit der Landesvereinigung Kulturelle Bildung, der ich an dieser Stelle für ihre hervorragende Arbeit unter den schwierigen Pandemie-Bedingungen danken möchte, sollen Maßnahmen zur Stärkung kultureller Bildung in den Regionen und damit niederschwellige Zugänge für möglichst viele Menschen in der Fläche ermöglicht werden.

Nicht weniger wichtig ist uns die Stärkung des Denkmalschutzes. Herr Kollege Halbleib und Frau Kollegin Dr. Weigand, passen Sie auf! Wir haben in den Haushalt 1 Million Euro eingestellt und sehen, dass die Denkmalpflege aus dem Jahr 2021 mit 49,1 Millionen Euro nunmehr auf einen Etat von 52,1 Millionen Euro angewachsen ist. Ich glaube, das ist auch ein Zeichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte auch auf die Förderung des Netzwerks STADTKULTUR e. V. mit 150.000 Euro zu sprechen kommen. Dieses deutschlandweit einzigartige landesweite Netzwerk, das sich aus Beiträgen teilnehmender Kommunen finanziert, steht aufgrund der angespannten kommunalen Haushalte im Zuge der Pandemie unter Druck. Mit

diesen Mitteln können wir nicht nur das Netzwerk, sondern auch seine zahlreichen Mitgliedskommunen unterstützen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der örtlichen Kultur und der interkommunalen Vernetzungsstrukturen. Außerdem ist das ein starkes Zeichen der Mitverantwortung des Freistaats im Sinne einer gemeinsamen Zuständigkeit für ein lebendiges und flächendeckendes Kulturleben in ganz Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich noch darstellen, worauf es neben Stabilität und Verlässlichkeit noch ankommt. Wir brauchen auch Mut, und zwar den Mut, Kultur über Spartengrenzen hinweg in ihren vielfältigen Erscheinungsformen für alle zugänglich zu machen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das Förderprogramm für die freie Kulturszene aufmerksam machen, das immerhin mit 3 Millionen Euro ausgestattet ist. Dieses Paket ist zwar nicht institutionalisiert, aber es zeigt ein zukunftsgewandtes Verständnis von Kultur.

Zum Schluss: Liebe Frau Kollegin Kurz, ich sehe die Eimer am Dach des Maximilianeums nicht als einen Baumangel, sondern als ein Kunstprojekt, das ich gerne ansehe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU und einer Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun Herr Staatsminister Markus Blume. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist Kulturstaat und Fortschrittsland. Ich sage das deswegen, weil ich beim Verfolgen dieser Debatte den Eindruck hatte, dass manche möglicherweise in einem anderen Land leben. Egal, welches Bild die Opposition zeichnet: Wir stimmen heute mit dem Einzelplan 15 über einen Haushalt der Superlative ab. Wir

sind das Bundesland mit einer einzigartigen Kultur- und Wissenschaftslandschaft in Deutschland. Meine Damen und Herren, so etwas gibt es kein weiteres Mal.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Richtig ist, wir befinden uns im Krisenmodus. Wir befinden uns in einem Dauerkrisenmodus. Die eine Krise, Corona, ist noch nicht ganz vorbei, aber die nächste ist schon da. Trotzdem dürfen wir darauf stolz sein, was gerade die Wissenschaft in den letzten zwei Jahren vermocht hat. Ich nenne beispielhaft die Entwicklung eines Impfstoffs in Rekordzeit. Das wäre früher undenkbar gewesen. Die Wissenschaft hilft. Unsere Uni-Klinika haben eine große Zahl von Schwerstkranken versorgt. Die Intensiv-Kapazitäten wurden verdoppelt. Die Wissenschaft schuf auch Akzeptanz. Die Wissenschaftskommunikation hat plötzlich eine ganz neue Bedeutung gewonnen.

Auch die Bereiche Kunst und Kultur waren gefordert. Dort, wo der Betrieb weiterlief, haben Kunst und Kultur uns Halt gegeben. An den Stellen, wo der Betrieb unterbrochen war, haben wir alle erst einmal gemerkt, was wir an Kunst und Kultur haben. Meine Damen und Herren, ich sage deswegen ein herzliches Dankeschön an all diejenigen, die in den letzten Jahren einen unglaublichen Beitrag geleistet haben, damit Bayern auch in Zukunft Wissenschaftsland und Kulturland sein kann. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Übrigens hat auch der Freistaat seinen Beitrag dazu geleistet. Kein anderes Land in Deutschland hat während der Pandemie in dem Umfang geholfen, wie der Freistaat Bayern. Das sehen wir an den Haushaltsdaten.

Meine Damen und Herren, gerade jetzt, wo die eine Krise ausläuft und wir vor einer Großkrise stehen, dem Krieg von Russland gegen die Ukraine, kommt das Thema Zeitenwende, das Herr Kollege Prof. Dr. Bausback angesprochen hat, zum Tragen. Plötzlich liegen Fragen wie Souveränität und Identität neu auf dem Tisch. Plötzlich spüren

wir, dass Wissenschaft, Technologie und Forschung einerseits, aber auch die Themen Kultur und Identität andererseits zentral sind. Hier findet gerade eine Zeitenwende statt. Wir müssen über neue militärische Stärke nachdenken, aber auch darüber, wie wir zu neuer technologischer Stärke in unserem Land kommen. In der Welt gibt es einen Kampf um Talente und um Technologien. Am Ende ist das auch ein Kampf um Freiheit und um die Art, wie wir leben. Deswegen sind Wissenschaft und Kunst gerade in dieser Phase von besonderer Bedeutung.

Wer hätte angesichts all dieser Umstände, angesichts all dieser Milliardenherausforderungen gedacht, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir trotz dieses epochalen Umbruchs über zusätzliche Investitionen reden können? Ich will an dieser Stelle demjenigen Dank sagen, von dem ich diesen Haushalt übernehmen durfte. Lieber Bernd Sibler, dieser Haushalt der Superlative beim Einzelplan 15 war in gewisser Weise dein Haushalt, und er trägt deine Handschrift. Diese Handschrift, diese Fundamentaldaten können sich sehen lassen. Die Ausgaben steigen um 168,5 Millionen Euro auf 8,43 Milliarden Euro im Jahr 2022. Damit investiert Bayern so viel wie noch nie in den Bereich Wissenschaft und Kunst. Warum sage ich das? – Weil das eben den Unterschied macht. Der bayerische Forschungshaushalt, der bayerische Wissenschaftshaushalt wächst um 2 %. Der Forschungshaushalt des Bundes geht um 2 % zurück. Wir investieren, während andere kürzen, meine Damen und Herren, das ist das bayerische Markenzeichen unserer Haushaltspolitik.

Wir investieren übrigens nicht nur in Zukunft und Superhightech, sondern auch in die ganz normalen Fragen des Lebens. Ich habe gerade von den Vertretern der Ampel hier gehört, dass sie angeblich Defizite sehen. Ich würde mir wünschen, dass Sie diese Dinge genauso engagiert bei Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bundestag vortragen. Ich kann mir gar nicht erklären, wie die Bundesregierung auf die Idee kommen kann, mit dem 9-Euro-Ticket etwas vorzulegen und dabei eine ganze Generation, nämlich alle unsere Studierenden in Bayern, immerhin 360.000, einfach vergessen wird. Ich verstehe das überhaupt nicht. Vielleicht sollten Sie Ihre Energie auch mehr

auf die innerparteiliche Kommunikation richten, als hier im Bayerischen Landtag zu versuchen, den Ball der Staatsregierung zuzuspielen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich bin dankbar, dass wir heute einen so guten Haushalt abschließend beraten können. Ich darf Kollegen Zellmeier und allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses, allen Mitgliedern des Wissenschaftsausschusses, natürlich Robert Brannekämper in Abwesenheit, stellvertretend Kollegen Bausback, der heute für uns gesprochen hat, und auch dem Kollegen Hintersberger als unserem Berichterstatter danken.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt setzt mit dem Einzelplan 15 tatsächlich neue Akzente und führt gleichzeitig das fort, was wir brauchen, um ein schon starkes Land auch in Zukunft stark zu halten.

Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, lieber Kollege Flisek, was Sie ausgeführt haben: Im Maschinenraum brennt's. – Ja, wo denn bitte? Das würde ich wirklich gern mal wissen. Vielleicht waren Sie in der letzten Zeit zu oft in Berlin. In Berlin brennt's lichterloh; dort treten jeden Tag Uni-Präsidenten zurück.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dort ist ein unglaublicher Saustall, aber doch bitte nicht in Bayern. – Lieber Kollege Heubisch, es ist das Markenzeichen dieses Haushaltsentwurfs, das ich noch mal hervorheben will: Wir investieren im ganzen Land. Das war immer unser Ansatz, und das bleibt auch unser Ansatz. Ich habe das Gefühl, lieber Kollege Heubisch, seitdem Sie nicht mehr Minister für ganz Bayern sind – irgendwie knabbern Sie noch daran –, sondern nur noch Abgeordneter in München, ist Ihr Fokus etwas verengt auf die Landeshauptstadt. Ich bin auch Münchner, und München ist super. Aber Bayern ist halt so viel mehr. Deshalb bleibt es bei unserem Ansatz: Wir investieren im ganzen Freistaat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bevor ich zu den Investitionen im ganzen Land im Hochschulbereich komme, möchte ich noch eines zum Hochschulgesetz sagen – darüber zu reden werden wir noch vor der Sommerpause genügend Zeit haben. Frau Kollegin Osgyan, auch da möchte ich gerne mal wissen, wie Sie es denn gerne hätten. Auch so wie die Berliner? – Ich muss das noch mal bringen. Die haben gerade ein neues Hochschulgesetz gemacht. Dort brennt's, um das Wort von Kollegen Flisek noch mal heranzuziehen. Oder würden Sie es in Bayern gerne so sehen wie beim Bund?

Ich komme gerade von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz letzten Donnerstag und Freitag in Bonn. Zu meinem Erstaunen musste ich als Vertreter des Freistaates Bayern, der mit den Koalitionsverhandlungen gar nicht so viel zu tun hatte, plötzlich darauf pochen, dass doch bitte der Koalitionsvertrag mit seinen Vereinbarungen für Wissenschaft und Forschung umgesetzt wird. Darin steht, dass sich der Bund zu einer dynamisierten Fortschreibung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre bekennt, dass er aufwächst gemeinsam bei Bund und Ländern. Ich habe wahrgenommen, dass ganz große Besorgnis besteht – um das mal ganz vorsichtig auszudrücken –, dass das möglicherweise in dieser Weise nicht gelingt, weil der Bund inzwischen feststellt, dass es alle möglichen Prioritäten gibt. Ich kann Ihnen nur raten: Stärken Sie Ihre eigenen Parteikollegen in Ihren Überzeugungen, da haben Sie mehr Überzeugungsarbeit zu leisten als hier in Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zu den Investitionen im ganzen Land in den Hochschulen – ich kann es kurz machen, Sie wissen es: Wir haben Studierendenzahlen auf absolutem Rekordniveau. Woanders gehen die Studierendenzahlen zurück, bei uns sind sie so hoch wie nie. Wir rüsten unsere HAWen, wir rüsten die Universitäten aus, damit sie sich darauf einstellen können; sie sind unsere Innovationskerne im ganzen Land.

Wir errichten neue Universitäten. Der Aufbau der TU Nürnberg schreitet rasch voran. Wir richten neue Institute ein. Das Institut für Robotik und Maschinenintelligenz an der TU München beispielsweise wird weiter ausgerüstet.

Wir stärken auch dezentrale Studienangebote in den ländlichen Regionen. Ich erinnere an das, was im südostbayerischen Chemiedreieck passiert: auch hier ein Aufwuchs um deutlich mehr als eine halbe Million Euro.

Die Klimaforschung ist auch angesprochen worden. Natürlich werden hier die Haushaltsansätze verstärkt. Wir haben den Energie Campus Nürnberg und viele andere Dinge, die mit diesem Haushaltsentwurf weiter vorangebracht werden.

Und wir haben das Thema studentisches Wohnen. Die Situation, die Sie vor Augen haben, rührt nicht von fehlenden Mitteln des Freistaats, denn diese sind vorhanden; es fehlt an den Eigenmitteln. Wir werden versuchen, mit den Studentenwerken einen Weg zu finden, dass man den wachsenden Bedarf entsprechend adressieren kann. Uns hier Untätigkeit vorzuwerfen, das weise ich allerdings aufs Schärfste zurück.

Auch im Bereich Universitätsmedizin heißt unser Ansatz Fläche: Medizincampus Oberfranken, Medizincampus Niederbayern, Uniklinik Augsburg. Dazu kommt der Aufwuchs für all die Dinge, die ohnehin notwendig sind: Das bayerische Krebsforschungszentrum wird mit vier Millionen Euro gestärkt. – Ich mache es kurz: Bayern ist ein Gesundheitsland wie kein anderes und soll es auch bleiben.

Wir pflegen unseren kulturellen Schatz, weil wir wissen, was wir in Bayern haben. Das ist übrigens nicht nur ein staatlicher Schatz. Gerade der nichtstaatliche Bereich wird in diesem Etat in besonderer Weise gefördert. Die Kollegin Radler hat es gerade gesagt: Wir haben während der Corona-Krise unterstützt, und wir tun das auch weiter. Wir haben die Hilfen verlängert, und wir haben an manchen Stellen auch noch etwas draufgelegt: drei Millionen Euro für einen Neustart in der Kulturbranche, und zwar gerade für die freie Szene. Das hat es bisher nicht gegeben. Damit setzen wir neue Akzente. Auch hier geht der Ansatz in die Fläche: Das Mainfranken-Theater – um nur ein

Beispiel zu nennen –, die Förderung der Sing- und Musikschulen, all die Dinge die dem ganzen Haus immer wichtig sind und die uns lieb und teuer sind, finden mit diesem Haushalt ihre Unterstützung, ebenso die Kunsthochschulen und viele andere, Baudenkmäler inbegriffen. Ich kann nur sagen: Wir pflegen Bayerns Kultur in Spitze und Breite. Das ist es, was uns auch in diesem Bereich auszeichnet.

Meine Damen und Herren, wir investieren aber gezielt auch in einer Art und Weise, dass wir weltweit Maßstäbe setzen. Ich muss jetzt noch einige Sätze zur Hightech Agenda sagen. Frau Osgyan, Sie sagen, der Haushaltsentwurf befinde sich in einer strukturellen Schieflage, wir hätten Scheuklappen auf und dergleichen.

(Zuruf)

Ich kann Ihnen wirklich nur raten: Suchen Sie den Austausch mit anderen Ländern! Wenn ich mit anderen deutschen Wissenschaftsministern rede, haben diese quasi Tränen in den Augen, weil sie sehen, was wir hier in Bayern machen; sie würden es auch gerne tun, aber sie können es nicht, weil sie keinen Ministerpräsidenten haben, der sagt: Wir machen hier eine Hightech Agenda, es läuft zwar gut, aber wir wollen noch eine Schippe drauflegen. – Ich sage Ihnen: Es macht halt am Ende doch einen Unterschied, Frau Osgyan, wo man lebt und wie regiert wird. Ich bin froh, dass wir in Bayern leben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Hightech Agenda – 3,5 Milliarden Euro: 2 Milliarden Euro alleine für Wissenschaft und Forschung, 1.000 Professuren, insgesamt 2.500 neue Stellen und über 1.200 Stellen dauerhaft zusätzlich gesichert, dazu 13.000 zusätzliche Studienplätze. Diese Zahlen bringen uns in Deutschland einsam an die Spitze. Dazu kommen technologische Leuchttürme: das Munich Quantum Valley als ein Beispiel, das KI-Produktionsnetzwerk als ein weiteres Beispiel. Es sind diese Maßstäbe, die am Ende den Unterschied machen.

Ein Drittes und Letztes: Ja, wir investieren in Köpfe – das hat vorhin schon ein Kollege gesagt –, und zwar vorrangig. Aber wir müssen natürlich auch in Bauten investieren. Ich freue mich, lieber Bernd Sibler, dass es dir damals gelungen ist, die Ansätze deutlich aufzustocken, und ich freue mich, dass wir auf dem Niveau des Haushaltsjahres 2021 mit 570 Millionen Euro bei der Anlage S fortfahren können und noch 100 Millionen Euro aus der HTA dazukommen. An manchen Stellen würde ich mir auch wünschen – das hätte sich auch mein Vorgänger gewünscht –, dass es noch schneller geht. Aber wir haben das erkennt und auch adressiert. Mit dem Modulbauprogramm schaffen wir es tatsächlich – Beispiel TH Ingolstadt –, neue Bauten nach einer Bauzeit von unter neun Monaten ab Bodenaushub bis zur Öffnung des Gebäudes ans Netz zu bringen. Das setzt tatsächlich neue Maßstäbe.

Eines würde ich mir gerade auch vom Kollegen Heubisch wünschen: Es muss in der Politik immer zulässig sein, dass man auch mal abwägt. Abwägen ist ungefähr das Gegenteil dessen, was uns der Kollege Heubisch vorhin vorgeschlagen hat. Auf der einen Seite hat er Innovation und auch mal kreatives Denken gefordert, auf der anderen Seite habe ich aber eigentlich nur rausgehört: Augen zu und durch. – In einer Welt, in der sich alles verändert, einfach Scheuklappen aufzusetzen und zu sagen, ne, wir machen einfach weiter so, kann doch nicht der richtige Weg sein. Nachdem der Ministerpräsident gesagt hat, er empfehle eine Denkpause, würde ich eine solche auch dem Kollegen Heubisch empfehlen.

Wir können auch gerne gemeinsam nachdenken, denn zum Ehrlichmachen würde ja gehören, zu erkennen, dass wir – von der Opposition ist das zu Recht benannt worden – Milliardenbedarfe haben. Wir haben Milliardenbedarfe zum Erhalt des Bestehenden, wir wollen gleichzeitig die Kraft haben, auch Neues zu machen. Man muss dann aber auch so ehrlich sein, sich auf diese Debatte des Abwägens einzulassen und zu überlegen, wie man Bedarfe übereinander bringen und am Ende priorisieren kann. Meine Damen und Herrn, man kann sich aber bitte nicht hier hinstellen und sagen: Wir haben das mal überlegt. Das muss jetzt kommen, egal, was es kostet.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zum Schluss: Ich setze mich als Minister mit aller Kraft für die Exzellenz, aber auch für die Breite unseres Wissenschaft- und Kunststandortes Bayern ein. Ich bin der Meinung, wir senden mit diesem Haushaltsentwurf ein deutliches Signal des Aufbruchs und der Zuversicht für die Gestaltung bei uns im Land.

Wir sollten auch – ich habe hier den Finanzminister im Ohr, und das war auch immer ein Markenzeichen unseres Haushaltes – haushaltspolitisch solide sein. Es gibt allen Grund, stolz auf Bayern zu sein. Ja, auch das ist gesagt worden, ich will es wiederholen: Jeder Euro für die Wissenschaft ist ein gut investierter Euro für die Resilienz und Zukunft unseres Landes. Jeder Euro für Kunst und Kultur ist ebenso gut in Lebensfreude und Lebenslust in Bayern investiert.

Meine Damen und Herren, ich kann Sie deswegen nur dazu auffordern: Lassen Sie uns die Zukunft Bayerns gemeinsam kraftvoll gestalten. Die anderen suchen nach dem richtigen Weg, wir haben ihn und wir gehen ihn. Meine Damen und Herren, das ist Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Zur ersten hat sich der Kollege Dr. Heubisch von der FDP-Fraktion gemeldet. Herr Heubisch, bitte.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Vielen Dank. – Herr Staatsminister, lieber Markus! Ich habe zwischendurch wirklich das Gefühl gehabt, da spricht noch der alte CSU-Generalsekretär. Wenn man nicht mehr weiter weiß, dann haut man mal auf die Bundesregierung ein und bringt das einmal nach vorne. Das wird der Sache aber eben auch nicht gerecht. Das moniere – ich sage das jetzt für mich – ich jetzt auch mal.

Zum Thema Konzerthaus: Als Kunstminister als Erstes so ein Projekt abzuräumen, ist etwas ganz Besonderes und kommt in der Community natürlich ganz, ganz toll an. Ich frage hier deshalb: Was heißt nachdenken? – Die Kosten laufen doch weiter.

(Zuruf)

30 Architekturbüros, 100 Angestellte, was heißt das? Wir haben jährliche Fixkosten über 600.000 Euro für die Pacht draußen im Werksviertel; wie lang will man denn darüber nachdenken? – Das ist alles so wischiwaschi. Ist das damit beerdigt? – Ich möchte hier jetzt mal eine ehrliche Antwort hören. Danke.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Manch einer hätte sich zu diesem Thema ehrliche Antworten auch zu früheren Zeitpunkten – du hast selber mal Verantwortung getragen – gewünscht;

(Beifall bei der CSU)

Es ist immer leicht, dann, wenn sich manche Dinge schon verklären, sich hier hinzustellen. Aber geschenkt.

Noch mal: Ich lade einfach zum gemeinsamen Nachdenken ein. Wir haben Kulturbauten, die uns wichtig sind, in München und in ganz Bayern. Eine zentrale Prämisse ist, Bestehendes zu erhalten. Ich glaube, wir sind uns da alle einig. Lieber Wolfgang Heubisch, wir haben da – das ist bekannt – in München Milliardenbedarfe im Erhalten und Sanieren des Bestehenden. Diese Bedarfe existieren auch schon eine Weile; ich sage das noch mal an diese Adresse. Man muss das mit der Kraft, gleichzeitig neue Akzente zu setzen, übereinander bringen, ohne uns insgesamt zu überstrapazieren. Ich kann doch nicht einfach so tun, als gäbe es die Weltkrisen nicht; als gäbe es in München nicht auch weitere Kulturbauten, die natürlich auch am kulturellen Netz angeschlossen sind.

Wenn es gut gemacht wird, dann heißt Nachdenken: Wir sind ergebnisoffen, prüfen auf neue Optionen und kommen dann gemeinsam zu einem Ergebnis. Aber doch bitte

nicht schon an der Startlinie sagen: Ich weiß, wie es ausgeht. Machen wir deswegen einfach weiter so. – So nicht!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine zweite Zwischenbemerkung. Sie kommt vom Kollegen Christian Flisek von der SPD-Fraktion.

Christian Flisek (SPD): Lieber Herr Staatsminister, lieber Markus Blume! Es ist ja gerade aufgegriffen worden, ich hätte gesagt, es brenne im Maschinenraum. Du wirst in den nächsten Wochen und Monaten sicherlich viele Gelegenheiten haben, dir in vielen Gesprächen ein sehr differenziertes Bild von den bayerischen Hochschulen zu verschaffen; ich hoffe, dass diese Gespräche dann jenseits der Übergabe von staatlichen Mitteln auch ehrlich sind. Ich würde tatsächlich an dich appellieren, dass du diese Ehrlichkeit von den Beteiligten bei diesen Besuchen auch einforderst, damit mal ein Bild geriert wird, das das, was ich als Brennen im Maschinenraum bezeichnet habe, ein Stück weit unterlegt.

Du hast gerade selber – nicht nur im Kultur-, sondern auch im Hochschulbereich – von Milliardenbedarfen gesprochen. Wir haben insgesamt fast 450 Bauprojekte, von denen rund 300 in Planung sind. Wir haben einen Bedarf von 10 Milliarden. Wir fordern einfach mal einen strukturierten Plan ein, wie man diese – ich sage das jetzt mal so – Altlasten über die nächsten Jahre hinweg strukturiert abarbeiten will. Das fehlt.

Was bisher immer wieder aufgegriffen wird:

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Flisek, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Christian Flisek (SPD): Natürlich haben wir einen Aufwuchs an Mitteln. Am Ende aller Tage wird es aber, wenn wir das in die Zukunft denken, nie dazu führen, dass dieser Altbestand einmal abgearbeitet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Herr Minister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Ich erkenne hier ein nach meinem Verständnis falsches Bild auch gerade von staatlichem Bauen. Das ist keine Altlast, sondern ist Daueraufgabe. Bei einem Klinikum, das in den 70er-Jahren mit dem weltweit modernsten Anspruch ans Netz gegangen ist, gibt es Gebäude, die nach einer gewissen Periode natürlich nicht mehr auf dem aktuellen Stand sind; sie sind verbraucht. Dann kommt sozusagen neuer Bedarf.

Gleichzeitig haben wir in Bayern in den letzten Jahren extrem viel Neues gestartet. Das ist doch immer die Kunst – ich habe es gerade schon gesagt –, die Balance zwischen Bestanderhaltung, Sanierung und der Kraft für immer neue Akzente zu halten. Ich komme gerne ein weiteres Mal in den Ausschuss. Wir können und ich glaube, wir sollten da auch diskutieren; denn am Ende können nur die richtigen Fakten entscheiden. Möglicherweise kann es dann auch nur einen Weg geben, der bei dieser Balance der richtige ist. Ich bin gerne dazu bereit, diese Balance gemeinsam zu suchen und zu finden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 15, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20172 mit 18/20189, 18/20212 mit 18/20223, 18/20284 mit 18/20297, 18/20299 mit 18/20314, 18/20423 mit 18/20444, 18/20460 mit 18/20472, 18/20502 mit 18/20534, 18/20556, 18/20660 und 18/20678, die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21910 und der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Zuwendungen an die Ukrainische Freie Universität" auf der Drucksache 18/21985.

Zunächst ist über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Zuwendungen an die Ukrainische Freie Universität" auf der Drucksache 18/21985 in einfacher Form abzustimmen.

Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/21985 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP. Danke schön. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Nun ist über die drei Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form abzustimmen. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Bayerische Grundlagenforschung ‚Ewige Jugend‘" auf Drucksache 18/20424 ab. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung.

Wer dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion entgegen dem Ausschussvotum zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich fahre nun fort mit der Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend Bayerische Zukunftscluster-Initiative "Ewige Jugend" auf Drucksache 18/20425. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Nun folgt die Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Forschung zu Bakteriophagen und Phagentherapie" auf Drucksache 18/20430. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte. – FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 15 selbst. Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/21910 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 15 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Dankeschön. Die Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 15 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge,

über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 15)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind GRÜNE, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/21910 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20460 mit 18/20472, 18/20502 mit 18/20534, 18/20660 und 18/20678 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 15 ist abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 10

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst
   (Kap. 15 05 Tit. 633 73 und Tit. 637 73)
   Drs. 18/20172

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
   (Kap. 15 05 Tit. 633 80)
   Drs. 18/20173

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Kulturfonds – Förderung von Maßnahmen der Kunst- und Kulturpflege aus dem Bereich Wissenschaft und Kunst
   (Kap. 15 05 TG 70)
   Drs. 18/20174

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Kreativstipendien-Programm
   (Kap. 15 05 neuer Tit.)
   Drs. 18/20175

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Strukturförderprogramm für die Freie Kulturszene
   (Kap. 15 05 neue TG)
   Drs. 18/20176

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke
   (Kap. 15 06 Tit. 686 05)
   Drs. 18/20177

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Sofortprogramm Hochschulbau
   (Kap. 15 06 Tit. 710 00)
   Drs. 18/20178

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Förderung im Bereich der Digitalisierung
   (Kap. 15 06 TG 89)
   Drs. 18/20179

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Unterstützung der Universitäten bei der Psychotherapeuten-Ausbildungsreform
   (Kap. 15 28 Tit. 547 01)
   Drs. 18/20180

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u. a. SPD
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an Universitäten
    (Kap. 15 28 TG 73)
    Drs. 18/20181

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u. a. SPD
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften
    (Kap. 15 49 TG 73)
    Drs. 18/20182

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. SPD
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Umgang mit kolonialem Sammelgut in staatlichen und nichtstaatlichen Sammlungen
    (Kap. 15 70 neuer Tit.)
    Drs. 18/20183

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen für Investitionen an den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz
(Kap. 15 74 Tit. 884 01)
Drs. 18/20184

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 Tit. 893 75)
Drs. 18/20185

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhaltung und Sicherung von Bodendenkmälern
(Kap. 15 74 TG 74 und neuer Tit.)
Drs. 18/20186

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung nichtstaatlicher Museen
(Kap. 15 74 TG 77)
Drs. 18/20187

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. SPD,
Benjamin Adjei, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Dr. Wolfgang Heubisch, Albert Duin, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e. V. endlich fördern
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20188

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u. a. SPD,
Benjamin Adjei, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Albert Duin, Matthias Fischbach, Martin Hagen u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung der „Initiative Arbeiterkind.de“
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 18/20189

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter
(Kap. 15 01 Tit. 422 31)
Drs. 18/20212

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beteiligungsportal für das geplante Hochschulinnovationsgesetz (BayHIG)
(Kap. 15 01 neuer Tit.)
Drs. 18/20213

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022
hier: Personalausgaben
(Kap. 15 02 Tit. 429 90)
Drs. 18/20214

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben
(Kap. 15 02 Tit. 547 90)
Drs. 18/20215

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Sonstige
(Kap. 15 02 Tit. 686 90)
Drs. 18/20216

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Institutionelle Förderung des „Netzwerks Hochschule und Nachhaltigkeit Bayern“
(Kap. 15 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20217

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Crowdfunding-Plattform und Crowdfunding-Förderprogramm für die Kultur Bayerns
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20218

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Entwicklung Homepage, digitales Antragsverfahren und Marketingmaßnahmen für den Kulturfonds Bayern
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20219

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an nichtstaatliche Hochschulen
(Kap. 15 06 Tit. 684 89)
Drs. 18/20220

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Verstärkungsmittel für Hochbaumaßnahmen der Hochschulen
(Kap. 15 06 Tit. 710 00)
Drs. 18/20221

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung des Wissenschaftsmanagements
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 18/20222

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Münchener Digitalisierungszentrum (MDZ)
(Kap. 15 90 Tit. 547 03)
Drs. 18/20223

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
(Kap. 15 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/20284

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Einheit von Forschung und Lehre beibehalten, Dauerstellen für Daueraufgaben
(Kap. 15 02 Tit. 422 01, 422 02 u. 428 01)
Drs. 18/20285

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Spitzenausstattung für alle Professuren
(Kap. 15 02 TG 76 u. Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 18/20286

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 15 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20287

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ersatzmethoden zu Tierversuchen: Forschungsförderprogramm auflegen
(Kap. 15 02 neue TG)
Drs. 18/20288

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Hochschulen klimaneutral 2030
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 18/20289

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Friedens- und Konfliktforschung in Bayern etablieren
(Kap. 15 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20290

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Koordinationsstelle für Friedens- und Konfliktforschung
(Kap. 15 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20291

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Gute Wissenschaftskommunikation für Bayern
(Kap. 15 03 neue TG)
Drs. 18/20292

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kunstförderpreis um die Kategorie sozial ökologische Nachhaltigkeit ergänzen.
(Kap. 15 05 Tit. 686 76)
Drs. 18/20293

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Anreize für Sozial ökologisch nachhaltige Kulturproduktion im Intermediären und privaten Bereich
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20294

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Internationalisierung fördern
(Kap. 15 06 Tit. 681 81)
Drs. 18/20295

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Studierendenwerke stärken
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 18/20296

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sanierungsstau an Hochschulgebäuden abbauen
(Kap. 15 06 Tit. 710 00)
Drs. 18/20297

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mittel für digitale Lehre und Prüfungen bereitstellen
(Kap. 15 06 TG 99)
Drs. 18/20299

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Die sich verändernde Arbeitswelt stärker sozialwissenschaftlich erforschen und begleiten
(Kap. 15 03 Tit. 686 17)
Drs. 18/20300

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Gründung eines „Zentrums für Angewandte Klimaforschung“
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 18/20301

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Hochschulen stärken – Grundfinanzierung aufstocken
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 18/20302

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sicherheit des Forschungsreaktors FRM II
(Kap. 15 12 Tit. 422 01)
Drs. 18/20303

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Neubau Forschungsgebäude Zentrum für integrierte translationale Forschung (ZeIT)
(Kap. 15 23 Tit. 728 07)
Drs. 18/20304

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Akademische Logopädieausbildung sicherstellen
(Kap. 15 28 neue TG)
Drs. 18/20305

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reform der Psychotherapieausbildung
(Kap. 15 28 neue TG)
Drs. 18/20306

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zwingend notwendige Stellen für die Durchführung des VFX-Studiengangs an der Hochschule für Fernsehen und Film
(Kap. 15 64 Tit. 428 01)
Drs. 18/20307

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sabine Weigand u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Gartendenkmäler fit machen
(Kap. 15 74 Tit. 428 01)
Drs. 18/20308

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sabine Weigand u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kommunales Denkmalkonzept personell stärken
(Kap. 15 74 Tit. 428 01)
Drs. 18/20309

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sabine Weigand u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Energetische Sanierung von Denkmalen zentral begleiten
(Kap. 15 74 Tit. 428 01)
Drs. 18/20310

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Personal bei der Landesstelle für nichtstaatliche Museen verstetigen
(Kap. 15 74 Tit. 428 77)
Drs. 18/20311

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sabine Weigand u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in den Denkmalschutz verstärken
(Kap. 15 74 Tit. 884 01)
Drs. 18/20312

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sabine Weigand u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für den Erhalt von Kunst- und Geschichtsdenkmälern erhöhen
(Kap. 15 74 Tit. 893 75)
Drs. 18/20313

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Wiederinstandsetzung beschädigter Archivalien, Bestandserhaltung
(Kap. 15 93 Tit. 547 02)
Drs. 18/20314

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fachveröffentlichungen
(Kap. 15 02 Tit. 531 11)
Drs. 18/20423

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Grundlagenforschung „Ewige Jugend“
(Kap. 15 02 neue TG)
Drs. 18/20424

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerische Zukunftscluster-Initiative „Ewige Jugend“
(Kap. 15 02 neue TG)
Drs. 18/20425

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschuss an die Frauenakademie München e.V.
(Kap. 15 03 Tit. 686 20)
Drs. 18/20426

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Deutsches Museum Nürnberg
(Kap. 15 03 TG 89)
Drs. 18/20427

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausgaben für das Programm zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre
(Kap. 15 03 TG 90)
Drs. 18/20428

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Methanol-Brennstoffzelle
(Kap. 15 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20429

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Forschung zu Bakteriophagen und Phagentherapie
(Kap. 15 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20430

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Spartenübergreifende Kulturprojekte und Zusammenarbeit mit der Freien Kunst-Szene und Kultur- und Kreativszene
(Kap. 15 05 TG 83)
Drs. 18/20431

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonderstipendienprogramm für 200 bayerische Komponisten in Not
(Kap. 15 05 TG 92 neuer Tit.)
Drs. 18/20432

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Netzwerk Studium und Behinderung
(Kap. 15 06 TG 92)
Drs. 18/20433

72. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschuss an den Verein „Deutschkurse für Ausländer“
(Kap. 15 07 Tit. 686 02)
Drs. 18/20434

73. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kompetenzzentrum Denkmalwissenschaften und Denkmaltechnologien
(Kap. 15 26 Tit. 812 79)
Drs. 18/20435

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Aufbau eines i-Campus
(Kap. 15 44 TG 83)
Drs. 18/20436

75. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Akademisierung der Hebammenkunde
(Kap. 15 49 TG 92)
Drs. 18/20437

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Primärqualifizierende Studiengänge Pflegewissenschaften
(Kap. 15 49 TG 93)
Drs. 18/20438

77. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschuss an den Verein zur Erhaltung des bayerischen Kulturerbes (Kulturerbe Bayern) e. V. bzw. Stiftung Kulturerbe Bayern
(Kap. 15 74 Tit. 686 01)
Drs. 18/20439

78. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschuss an die Deutsche Stiftung Denkmalschutz zum Betrieb einer Jugendbauhütte
(Kap. 15 74 Tit. 686 75)
Drs. 18/20440

79. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 15 74 Tit. 883 75)
Drs. 18/20441

80. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 15 74 Tit. 883 77)
Drs. 18/20442

81. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen für Investitionen an den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz
(Kap. 15 74 Tit. 884 01)
Drs. 18/20443

82. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Errichtung eines neuen Konzerthauses in München
(Kap. 15 85 Tit. 710 00)
Drs. 18/20444

83. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Einführung eines neuen Tit. „Sonderprogramm zum Erhalt kommunaler Archive“
(Kap. 15 93 TG 74 neuer Tit.)
Drs. 18/20556

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Michael Hofmann
Abg. Anna Schwamberger
Abg. Tobias Gotthardt
Abg. Claudia Köhler
Abg. Margit Wild
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Oskar Atzinger
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Dr. Simone Strohmayr
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler
Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo
Abg. Gabriele Triebel

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 05

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/21046 mit 18/21050)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/21022 mit 18/21030)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20807 mit 18/20823)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20903 mit 18/20927 und 18/20929 mit 18/20941)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/20683 mit 18/20687)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20724 mit 18/20731)

Einzelheiten können Sie der Tagesordnung entnehmen. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen ja mittlerweile bekannt.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass vonseiten der SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/20685 namentliche Abstimmung beantragt wurde. Die FDP-Fraktion hat zu ihren zwei Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/20728 und 18/20729 einfache Abstimmung beantragt. – Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Hofmann, jetzt geht es los.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist das Los eines Einzelplans, wenn er nach der Mittagspause aufgerufen wird.

Es soll sich niemand täuschen. Der Einzelplan Unterricht und Kultus hat erhebliche Bedeutung.

(Beifall)

In Zahlen ausgedrückt ist das ganz einfach: 14,4 Milliarden Euro ist uns dieser Einzelplan wert, wichtig und teuer.

Lassen Sie mich aber kurz mit einem Dank an unsere Schulfamilien draußen beginnen, die in den letzten zwei Jahren weiß Gott sehr viel mitmachen mussten: Nicht nur ein Virus hat viele Menschen verunsichert. Es waren auch immer viele kurzfristige Entscheidungen notwendig, die dann natürlich auch kurzfristige Maßnahmen vor Ort erfordert haben. Das hat zum einen sehr viel Unruhe in die Schulfamilien gebracht. Zum anderen ist allerdings auch in der Schulfamilie wie in der gesamten Gesellschaft die ganze Bandbreite abgedeckt, von Befürwortern bis zu strikten Gegnern der verschiedensten Maßnahmen. Man konnte es nie jemandem richtig recht machen.

Vor dem Hintergrund bin ich aber der festen Überzeugung und auch der Auffassung – die Ergebnisse zeigen es im Übrigen auch –, dass unsere Schulfamilie das sehr gut weggesteckt hat und die Leistungen nicht darunter gelitten haben. Wir sind nach wie vor Bildungsland Nummer Eins, wir haben nach wie vor hervorragende Leistungen aufzuzeigen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Dank und der Applaus gelten tatsächlich unserer Schulfamilie, die miteinander Hand in Hand arbeitet. – Leider Gottes kommt aber schon das nächste Problem auf uns zu: der Ukraine-Krieg. Die Familien, die mit den Kindern zu uns kommen, wollen

natürlich auch bei uns in den Schulen entsprechend aufgehoben sein. Auch da sage ich schon ein herzliches Dankeschön an all die Kräfte, die sich vor Ort engagieren.

14,4 Milliarden Euro enthält der Einzelplan; ich habe es bereits erwähnt. Damit man sich vielleicht eine Vorstellung davon machen kann: 13,7 Milliarden Euro des Einzelplans gehen allein in den Bereich der Schule. Etwa 700 Millionen Euro sind für weitere Maßnahmen vorgesehen. Exemplarisch darf ich an der Stelle vielleicht einfach mal erwähnen, dass unsere Stiftung Bayerische Gedenkstätten mit 9 Millionen Euro unterstützt wird, und 18 Millionen Euro sind für unsere Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern bestimmt. Wir zeigen da klar, dass uns die Erinnerung und die Verantwortung ganz besonders wichtige Anliegen sind. Die CSU-Landtagsfraktion hat das mit einzelnen Initiativen noch mal zusätzlich untermauert.

Es bleiben 13,7 Milliarden Euro für die Schulfamilien und für Unterricht zur Verfügung. Von den 14,4 Milliarden Euro gehen 92,5 % in den Bereich Personal. Also auch da sieht man schon: Wir haben hier keine großen Bandbreiten zu verschieben. Es ist uns wichtig, dass wir das Geld an der Stelle in die Köpfe unserer Schülerinnen und Schüler und natürlich in die Lehrkräfte stecken. Das ist ein wichtiger Punkt.Wir tun das im Übrigen auch weiterhin. Wir schaffen mit diesem Einzelplan zusätzliche 1.250 Stellen. Das sind 1.120 neue Lehrerstellen mehr, als wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben, lieber Herr Kollege Waschler. Wir sind also deutlich über dem Soll. Wir unterstreichen damit noch einmal, wie wichtig uns Bildung ist. Wir sind der festen Überzeugung: Je besser und gebildeter unsere Schülerinnen und Schüler sind, umso besser wird es dem Freistaat und der gesamten Gesellschaft gehen. Ein herzliches Dankeschön an all diejenigen, die daran mitwirken.

(Beifall bei der CSU)

An dieser Stelle muss auch erwähnt werden, dass wir nicht nur in die Schülerinnen und Schüler und in die Lehrerinnen und Lehrer investieren. Im Einzelplan werden 44 Millionen Euro für die Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellt; denn das Ler-

nen hört nicht auf. Das ist uns ein ganz besonderes Anliegen. Hier gilt ein herzliches Dankeschön den Parteien, auch den Oppositionsfraktionen. Es ist das Ergebnis einer gemeinsamen Kraftanstrengung der letzten Jahre, dass wir im Bereich der Erwachsenenbildung derart stark unterwegs sein können. Wir können alle stolz darauf sein. Es ist ein Zeichen und ein Signal an die Bevölkerung, dass wir fest darauf bauen und mit der Erwachsenenbildung diejenigen unterstützen wollen, die sich nicht auf dem ausruhen wollen, was sie einst in der Schule gelernt haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Stichwort Digitalisierungsgipfel: In diesem Einzelplan sind 70 Millionen Euro für die BayernCloud und die IT-Administration vorgesehen. 16 Millionen Euro sind zusätzlich für die Digitale Schule der Zukunft vorgesehen. Wir nehmen in diesem Bereich entsprechende Ausstattungen vor. Die FDP-Fraktion hat hierzu Anträge im Köcher und hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, wie in Zukunft hinsichtlich der Ausstattungen umgegangen werden soll.

Herr Kollege Fischbach, man kann mit mir hinsichtlich der Finanzierungen über alles Mögliche sprechen. Aber eines ist auch klar: Ihre Anträge können wir schon alleine deswegen nicht annehmen, weil sie erstens keine Finanzierungsdeckung aufweisen und sich zweitens auf ein Gesetz stützen, das der Bayerische Landtag bereits abgelehnt hat. Dennoch ist es konsequent von Ihnen, dass Sie diese jetzt noch einmal bringen.

Ich habe nicht einmal etwas dagegen, die Zuständigkeiten zwischen dem Freistaat Bayern und den Kommunen neu zu verteilen. Wir müssen möglicherweise die Zuständigkeiten im Bereich der Schulaufwandsträgerschaft neu koordinieren. Das sollten wir aber mit den Kommunen machen. Ich hatte aber bisher nicht den Eindruck, dass die Kommunen bereit wären, offen darüber reden zu wollen. Sie würden lediglich mitmachen, wenn der Freistaat alles übernehmen würde. Aber wir alle wissen doch – gerade auch die FDP sollte das wissen –, dass jeder Euro nur einmal ausgegeben werden

kann. Wenn der Freistaat im Bereich Bildung mehr machen will, dann können wir darüber reden. Wir müssen dann aber auch darüber reden, wo an anderer Stelle das Geld eingespart werden kann; denn sonst funktioniert es nicht. Das gehört zu einer ehrlichen Diskussion. Herr Kollege Fischbach, ich würde mir wünschen, dass wir in Zukunft in dem Bereich ehrlicher miteinander umgehen.

Ich hätte noch einiges zu sagen, aber der Kollege Waschler hat noch einige Punkte. Wir teilen uns diesen Redebeitrag. Der Kollege wird vor allem auf die hervorragende inhaltliche Arbeit an den Schulen eingehen. Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie um die Zustimmung zum Einzelplan.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Hofmann. – Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Anna Schwamberger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Anna Schwamberger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Haushaltsplan lassen sich die Schwerpunktsetzungen der Bildungspolitik der Söder-Regierung ablesen. Mir fallen dazu drei Worte ein: ziellos, mutlos, rückwärtsgewandt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, haben Sie Ziele? Was ist Ihnen denn wichtig? – Man kann Ihre Handschrift im Haushaltsplan nämlich nicht wirklich erkennen. Sie haben bisher mit Abwarten, schlechtem Krisenmanagement, schlechter Kommunikation und Fehlentscheidungen geglänzt. Sie hinterlassen einen gewaltigen Berg an Problemen, die Sie einfach nicht angehen wollen oder einfach nur schönrechnen und schönreden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Kürzungen der Lehrerstunden von 12 auf 9 im gebundenen Ganztag an Förder- und Mittelschulen ab diesem Schuljahr untermauern den Eindruck der Geringschätzung, die Sie für bestimmte Schularten sowie für deren Schülerinnen und Schüler hegen. Diese Kürzungen treffen die Schwächsten der Schulfamilie. Besonders Schülerinnen und Schüler an Mittel- und Förderschulen sind sozial wie emotional auf beständige Bezugspersonen angewiesen. Mittel- und Förderschulen können durch die Kürzung die Qualität ihrer Ganztagsangebote nicht aufrechterhalten, geschweige denn weiterentwickeln. Es bleibt offen, wie die fehlenden Stunden konkret ausgeglichen werden sollen; denn die Erhöhung der Mittel für externe Angebote kann die gestrichenen Lehrerstunden nicht annähernd ersetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn das Ihre Herangehensweise an den Ganztag ist, dann graut es mir vor der Umsetzung des Rechtsanspruchs ab dem Schuljahr 2026/2027. Herr Minister Piazolo, was ist denn Ihr Plan? – Betreuung ist definitiv zu wenig. Guter Ganztag zeichnet sich durch ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot aus. Bildung meint alles: Wissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten, soziales Miteinander, aber auch Gesundheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kürzung des Ganztags erfolgt als weitere hilflose Maßnahme, um den Unterricht an Förder- und Mittelschulen irgendwie am Laufen zu halten. Ihre Maßnahmen zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels sind nahezu wirkungslos. Ja, wir haben einen massiven Lehrkräftemangel. Ihre Wortklauberei und Schönrederei von einem erhöhten Lehrkräftebedarf geht mir gelinde gesagt auf die Nerven. Hören Sie damit auf! Machen Sie endlich ehrliche Politik und benennen Sie Probleme klar und deutlich. Nur dann kann man auch gute Lösungen finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um den Mangel an Lehrkräften langfristig zu beheben, bedarf es mehrerer Maßnahmen, die aber alle auf ein Ziel hinarbeiten: Den Lehrberuf deutlich attraktiver zu gestalten. Wir wollen die Arbeitsbedingungen für unsere Lehrkräfte verbessern. Wir wollen unsere Verwaltungskräfte deutlich stärken und unnötige Bürokratie abbauen. Gerade in der Dokumentation gibt es viele Möglichkeiten. Wir wollen auch unsere Schulleitungen entlasten. Herr Minister Piazolo, das haben Sie unseren Schulleitungen an Grund- und Mittelschulen übrigens versprochen, aber bis heute nicht eingehalten. Stattdessen laden Sie ihnen Woche für Woche neue Aufgaben auf. Ich hoffe, Sie wundern sich nicht wirklich, warum den Job niemand mehr machen möchte. Arbeitsbedingungen verbessern auf der einen Seite und eine faire Bezahlung auf der anderen Seite bedeuten auch, dass Grund- und Mittelschullehrkräfte endlich A 13 verdienen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ohne ihr unermüdliches Engagement würde unser Schulsystem schon lange nicht mehr funktionieren. Eine gerechte Bezahlung hat auch etwas mit Wertschätzung zu tun. Sie sagen immer, Wertschätzung äußert sich nicht nur in der Bezahlung. Aber unsere Lehrkräfte erfahren von Ihrer Seite im Moment keinerlei Wertschätzung. Deswegen wäre A13 wenigstens eine Art der Wertschätzung.

Ein weiteres Beispiel für Ihre verfehlte Bildungspolitik – wir haben es heute früh beim Einzelplan für das Sozial- und Familienministerium schon gehört – ist die Streichung der Berufseinstiegsbegleitung. Das Programm bietet eine individuelle, persönliche und nachhaltige Begleitung für die Zeit des Übergangs von der Mittelschule ins Berufsleben. Ihr Ministerium, Herr Minister, hat mitgeteilt, dass eine Förderung aufgrund einer deutlich reduzierten Mittelausstattung nicht mehr möglich ist. Warum kippen Sie ein so bewährtes und erfolgreiches Programm kippen, um stattdessen andere Programme zu initiieren. Warum denn? – Never change a running system, gerade vor dem Hintergrund, dass der Bedarf durch Corona noch mehr gestiegen ist. Wir müssen uns gute Bildung auch etwas kosten lassen. Wo ist das Geld bitte besser investiert als in einem erprobten sowie gut funktionierenden Programm, welches Schülerinnen und Schülern

einen guten Einstieg ins Berufsleben ermöglicht? – Ich fordere Sie auf und ich bitte Sie, die Berufseinstiegsbegleitung aus eigenen Mitteln weiter zu finanzieren und entsprechende Mittel im Haushalt dauerhaft bereitzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die nächste Baustelle ist die Beschulung von ukrainischen Schülerinnen und Schülern. An dieser Stelle möchte ich aber betonen, dass wir die Einrichtung der pädagogischen Willkommensklassen unterstützen. Ukrainische Kinder und Jugendliche sollen in Ruhe und zwanglos ankommen können. Und doch gibt es den einen oder anderen Wermutstropfen. Aktuell werden manche Unterstützungskräfte, die eigentlich für das Förderprogramm "Gemeinsam.Brücken.bauen" angestellt sind, in den Willkommensklassen eingesetzt. Ich verstehe das. Wenn das Problem bis nach den Osterferien gelöst ist, kann das eine gute Möglichkeit sein, um zu überbrücken. Aber mehr darf es nicht sein; denn die Anstellung erfolgt im Rahmen des Förderprogramms, um coronabedingte Lernrückstände auszugleichen. Hier erwarte ich mehr Engagement. Ich weiß: Wir haben Probleme, Personal zu finden. Aber wir hätten eine Möglichkeit, ziemlich unkompliziert Stellen freizugeben: die tausend Stellen im Gymnasium, die Stellensperrung. Lassen Sie uns die jetzt besetzen. Dann haben wir Personal zur Verfügung.

Wie können wir also kommendes Schuljahr die Willkommensklassen in allen Schularten in ein Regelangebot überführen? Für uns ist eines klar: Die Integration der Schülerinnen und Schüler ist Aufgabe aller Schularten. Diese Aufgabe darf nicht mehr nur auf die Schultern der Mittelschulen abgewälzt werden.

Bereiten Sie jetzt einen Fahrplan für den Herbst vor; denn Corona wird uns im Herbst und im Winter wieder begleiten, auch wenn im Moment die Stimmung ein bisschen anders ist. Gerade Testkapazitäten können nicht von heute auf morgen auf Knopfdruck nach oben gefahren werden. Die Labore brauchen Vorlaufzeit. Deswegen bitte ich Sie, fordere ich Sie auf, frühzeitig zu handeln.

Zu guter Letzt möchte ich Ihnen an einem konkreten Beispiel zeigen, wie es um die Bildungspolitik der Regierungsfraktionen bestellt ist. Ein Änderungsantrag der Regierungsfraktionen über 300.000 Euro ist für ein Videoprojekt über das Hirtenleben im 17. und 18. Jahrhundert vorgesehen. Mir als Pädagogin sträuben sich die Haare, wenn anhand eines solchen Beispiels den Schülerinnen und Schülern Alltagskompetenz im 21. Jahrhundert vermittelt werden soll. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man herzhaft darüber lachen. Aber diese 300.000 Euro hätten Sie mal lieber in Kommunalinvestitionsprogramme gesteckt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende, Frau Schwamberger.

Anna Schwamberger (GRÜNE): Die bayerische Bildungspolitik braucht einen Neustart.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Der nächste Redner steht schon bereit: Tobias Gotthardt, FREIE WÄHLER-Fraktion.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Schwamberger, ich finde es ein bisschen schade, dass Sie die Haushaltsrede nutzen, um daraus eine Trauerrede zu machen, die es nicht braucht, weil wir heute und jetzt eigentlich den 14,5 Milliarden Euro schweren Haushalt des Zukunftsministeriums in Bayern diskutieren. Wir haben 14,5 Milliarden Euro, von denen jeder Euro und jeder Cent in die Zukunft unseres Landes investiert wird. Da halte ich jedenfalls keine Trauerreden an diesem Platz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Gegenteil. Ich sage Ihnen und vielen anderen Ihrer Parteikollegen und den anderen Oppositionsfraktionen: Bayern ist und bleibt damit Bildungsland Nummer 1. Kein anderes Land in Deutschland investiert so viel in die Bildung wie wir. Gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium stecken wir jeden dritten Euro aus dem Gesamthaushalt in die Bildung. Außerdem investieren wir in einer schwierigen Zeit. Wir haben in dieser Zeit, in der wir den Haushalt gekürzt haben, hier nicht gekürzt. Wir haben mehr Geld in die Bildung gesteckt. Darauf können wir stolz sein. Das ist ein guter Weg, den wir hier gehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das zeigt sich auch darin – Kollege Hofmann hat es schon gesagt –, dass neun von zehn Euro bei uns ins Personal gehen. Das merkt man auch. Wir investieren da. Wir schaffen 1.250 neue Stellen. Das haben wir jetzt jedes Jahr durchgezogen. 1.120 neue Lehrkräfte, dazu noch "Schule öffnet sich" und Verwaltungskräfte. Damit senden wir klare Signale in unsere Schulfamilie. Wir investieren ins Personal.

Da sage ich Ihnen eines, was mir auch wichtig ist: Ja, wir diskutieren jetzt den Haushalt. Ja, wir sind Bildungspolitiker. Wir kümmern uns um die Sache. Aber am Ende fassen wir den Rahmen für Bildungspolitik. Wer macht denn Bildungspolitik zu einem großen Erfolg in Bayern? – Es sind die Lehrkräfte, die in den Schulen in Bayern Tag für Tag lehren. Die sind die Erfolgsgaranten für unsere Bildungspolitik. Da sage ich ein herzliches Vergelts Gott. Danke für diesen Einsatz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben in diesem Haushalt auch Schwerpunkte gesetzt. Wir haben eine Linie. Wir haben Ziele, die wir verfolgen.

(Zuruf)

– Ja, Frau Schwamberger, auch wenn Sie sie nicht erkennen wollen. Wir haben sie. Ich kann ein paar aufzählen. Beginnen wir mit dem großen Thema der Inklusion. Auch

da investieren wir. Wir schaffen nicht nur weitere hundert neue Stellen für diesen Bereich – nein, wir erweitern diesen Einsatz auf alle Schularten. Das ist ein wichtiges Signal, weil ich Inklusion nicht nur an einer Schulart habe. Inklusion heißt vielmehr, dass jedes Kind in Bayern die Chance hat, an alle Schulen zu gehen. Das unterstützen wir aus voller Überzeugung.

Das gilt auch für die Leistungen für die Flüchtlingskinder aus der Ukraine. Wir haben binnen vier Tagen – ich schaue zum Minister, zur Staatsregierung – im Ministerium einen Rahmenplan für die Willkommensgruppen aufgestellt. Ich würde fast sagen, dass das eine Rekordleistung ist. Das war wichtig und wirkt jetzt auch. Wir können den Kindern jetzt einen Ort für Bildung bieten. Das ist wichtig. Wir nehmen dafür auch Geld in die Hand: zehn Millionen Euro, die in diesem Haushalt nicht vorgesehen waren. Wir finden sie. Wir nehmen sie in die Hand, weil wir diese Herausforderung ernst nehmen und da unser Ziel verfolgen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Digitalisierung. Wir bauen mit Nachdruck am digitalen Schulhaus Bayerns. Wir füllen das digitale Klassenzimmer, das digitale Lehrerzimmer und den digitalen Lehrmittelraum. Daran bauen wir. Auch da haben wir ein Konzept. Wir führen die Erfolgskonzepte weiter, die wir schon vor der laufenden Legislaturperiode begonnen haben. Wir führen sie fort. Ich sage nur "ASV".

(Zuruf)

Auch da setzen wir neue Akzente. Auch da kommen wir mit einem Qualitätsmanagement, einem Projektmanagement und vielen neuen Ansätzen, auch einer besseren Oberfläche zugunsten der Nutzbarkeit für die Lehrkräfte, zu einem guten Ziel. In den letzten zwei bis drei Jahren haben wir über 2,5 Milliarden Euro investiert, um unsere Schulen mit digitaler Hardware auszustatten. Zeigen Sie uns bitte ein anderes Bundesland in Deutschland, das so viel investiert wie Bayern, um die Schulen für diese Herausforderungen digital fit zu machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein wichtiger anderer Aspekt: Wir geben nicht nur die Hardware, sondern überlegen uns auch: Was machen wir damit? Der beste PC und das beste Tablet bringt Ihnen im Unterricht nichts, wenn sie sie nicht anwenden und einbauen können. Deswegen unser Programm "Digitale Schule der Zukunft". Das brauchen wir. Wir müssen jetzt überlegen, was wir aus den Erfahrungen, die wir während der Corona-Zeit gesammelt haben, rausziehen können. Was können wir anwenden? – Auch da haben wir die Nase vorn und setzen Akzente.

Es gibt noch viele andere Bereiche. Die Alltagskompetenz kommt jetzt nach der Corona-Zeit zum Laufen. Dafür investieren wir 5,7 Millionen Euro. Wir investieren 76 Millionen Euro in die Privatschulen. Wir investieren darüber hinaus in die Erwachsenenbildung; denn auch die ist uns wichtig. Hier erhöhen wir zum wiederholten Male den Ansatz um weitere 5,5 Millionen Euro. Diese Mittel wenden wir zusätzlich auf, damit die Erwachsenenbildung in Bayern flächendeckend funktioniert. Wir investieren also alles in allem massiv in die Bildung, weil wir genau wissen, dass die Bildung der beste und größte Faktor ist, den wir in Bayern bieten können. Das ist unsere Ressource, und an der arbeiten wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bleibe dabei. Damit schaffen wir auch die Grundlage für Zukunft in Bayern. Frau Kollegin Schwamberger, Sie haben den Übergang von der Schule in den Beruf angesprochen. Es stimmt doch nicht, dass wir hier gekürzt oder irgendetwas aufgegeben hätten. Wir entwickeln weiter, und wir gehen neue Wege, übrigens gemeinsam mit den Trägern. Wir setzen uns hin und entwickeln gute Konzepte, die die Schwächsten in eine gute Zukunft führen. Ich lasse mir von Ihnen nicht sagen, dass wir da unsere Hausaufgaben nicht gemacht hätten. Lassen Sie sich überraschen. In diesem Bereich kommt noch ganz viel Gutes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine letzte Anmerkung zur Schulfamilie. Wir investieren viel Geld in die Schule, aber es kommt darauf an, was man daraus macht. Dafür stehen unsere Schulfamilie und insbesondere unsere Lehrkräfte gerade. Wir wissen, dass die Lehrkräfte und die Schulleitungen in den letzten Jahren unglaublich viel geleistet haben. Ich verspreche denen hier hoch und heilig: Wir stehen an ihrer Seite, um sie zu entlasten und ihnen wieder Luft zum Atmen zu geben. Wir werden gemeinsam die Schule der Zukunft für Bayern bauen. Wir sind das Zukunftsministerium. Wir sind gemeinsam die Zukunft für Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Gotthardt, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Ihre Rede war so vital, dass Sie jetzt gleich drei Zwischenbemerkungen beantworten dürfen.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Gleich drei?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die erste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Köhler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Lieber Herr Gotthardt, wer hier am Rednerpult steht und mit Floskeln um sich wirft, muss sich auch Fragen gefallen lassen. Die FREIEN WÄHLER haben das Haus Kultus in der Verantwortung. Das Kultusministerium hat an alle Träger und alle Beteiligten ein Schreiben hinausgeschickt, dass die Berufseinstiegsbegleitung ausläuft. Wir haben heute Vormittag beim Sozialhaushalt den letzten Versuch gemacht, dieses Programm zu retten, das wie kein anderes Programm bei den Unternehmen in der Region verankert ist. In der Liste steht, dass auch Sie mit Nein, also gegen eine Fortführung dieses Programms, gestimmt haben. War es wie bei Frau Kollegin Enders Ihr Wissen und Gewissen, das Sie zu dieser Entscheidung gebracht hat?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, ich werfe nie mit Floskeln um mich. Ich habe sehr viele Fakten und Zahlen auf den Tisch gelegt. Ich sage es Ihnen gerne noch einmal: Ich habe gesagt, dass wir in diesem Bereich nichts gekürzt haben. Wir werden da auch nichts kürzen. Sie erzählen die Hälfte der Wahrheit. Es gibt einen bunten Blumenstrauß an Maßnahmen, die helfen, Kinder in eine gute Zukunft und in den Beruf zu führen.

(Zuruf der Abgeordneten Gabriele Triebel (GRÜNE))

– Frau Triebel, ich weiß, das wollen Sie nicht hören. Aber es ist so. Wir haben unter anderem ein neues Programm zur Förderung von Talenten im Land Bayern, das mit zusätzlichen Mitteln hinterlegt ist. Ich sage noch einmal, weil Sie vorhin wahrscheinlich nicht aufgepasst haben: Wir werden die Angebote in diesem Bereich noch weiter ausbauen. Wichtig ist doch nicht, dass wir an einem Konzept festhalten und es weiterentwickeln. Wichtig ist, dass wir uns um jedes Kind an Bayerns Schulen kümmern. Dieses Versprechen wiederhole ich hier: Wir kümmern uns um jedes Kind an Bayerns Schulen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Wild.

Margit Wild (SPD): Geschätzter Herr Kollege Gotthardt, man kann dir manches nachsehen, nachdem du noch nicht so lange im Bildungsausschuss sitzt und noch über kein vertieftes Wissen verfügen kannst. Als engagierte Bildungspolitikerin möchte ich aber ein paar Dinge klarstellen, über die du schnell hinweggegangen bist. Du hast gesagt, Inklusion sei an allen Schulen möglich. Ja, das ist richtig. Es gibt den Artikel 2 Absatz 2 BayEUG, wonach Inklusion Aufgabe aller Schulen ist. Bist du aber auch darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass sowohl an den Realschulen als auch an den Gymnasien eine Hürde eingebaut worden ist, nämlich der Notendurchschnitt von 2,33

an den Realschulen und von 2,66 an den Gymnasien? Du kannst da nicht einfach sagen, Inklusion sei überall möglich.

Du sagst, 100 Stellen hier und 100 Stellen dort. Du weißt aber auch, dass Stellen eben nur Stellen und noch keine Köpfe sind. Es war mir wichtig, dies geradezurücken. Ich mag es nämlich nicht, wenn mit schnellen Reden und mit Leidenschaft Fakten auf die Seite gewischt werden. Nimm das bitte zur Kenntnis.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Kollegin Wild, vielen Dank für deine Sorge um mein Wissen und meine Kenntnisse. Ich denke, ich habe mich in einem Jahr in die Bildungsmaterie relativ gut eingearbeitet.

Zur Inklusion: Ich habe gesagt, dass wir in diesem Jahr 100 neue Stellen schaffen. Insgesamt, seit das Programm läuft, haben wir 1.100 Stellen geschaffen. Jetzt gibt es weitere 100, die wir auf alle Schularten ausdehnen. Dass es grundsätzliche Einstiegskriterien für alle Schularten gibt, daran ändert der Grundsatz der Inklusion nichts. Frau Kollegin Wild, ich verstehe Ihren Ansatz nicht. Jetzt habe ich Ihren weiteren Punkt vergessen.

(Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

– Ach so, ich wiederhole es noch einmal: Inklusion findet in Bayern an allen Schularten statt. Wir intensivieren diese Arbeit und sind stolz darauf, dass wir in Bayern barrierefreie Schulen bieten können. Die Schulen sind sowohl an der Türschwelle als auch in den Köpfen barrierefrei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von dem Abgeordneten Bergmüller.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Herr Kollege Gotthardt, mir geht es um die Digitalisierung. Ich habe drei Enkelkinder, die seit zwei Jahren diesen Irrsinn mitgemacht haben.

Aus dieser Erfahrung und angesichts der Tatsache, dass in unserem Schulverbund in der Gemeinde Feldkirchen ein Pilotprojekt zur Digitalisierung läuft, frage ich Sie konkret: Wie viele Klassen gibt es überhaupt in Bayern, die das Kriterium der digitalen Klasse erfüllen, oder wie viele Schulen?

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sie meinen wohl digitale Klassenzimmer. Im Übrigen weiß ich nicht, welchen Irrsinn Ihre Enkel mitmachen. Ich habe drei Kinder, die in den letzten zwei Jahren an den Schulen schwierige Zeiten, aber bestimmt keinen Irrsinn mitgemacht haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir könnten jetzt ein Bier trinken und gemeinsam noch drei Stunden über die Digitalisierung reden. Wir müssen das Ganze sehr differenziert betrachten. Wir haben eine Ausstattung mit Hardware, und wir haben eine Ausstattung mit Software. Wir haben einen Software-Unterbau mit der ASV und mit Visavid. Da sind wir bei der großen Frage, was in Zukunft der Sachaufwandsträger und was der Freistaat machen muss. Alle diese Fragen gehen wir an.

Ich schaue mich viel in Europa um. Bei der Frage, was wir mit den digitalen Mitteln tun, die wir im Unterricht haben, stehen wir an der Spitze in Europa. Fragen Sie einmal die Lehrkräfte. Das ist gar nicht so einfach, das einzubauen. Wir haben mit den Lehrkräften wunderbare Partner, die sich Gedanken gemacht haben. Wir hatten eine wunderbare Zeit, so schwierig sie auch war. Wir haben dabei unglaublich viel gelernt.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Daran werden wir weiter arbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Ich vermisse Herrn Kollegen Fischbach.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Fischbach spricht später selbst. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Oskar Atzinger von der AfD-Fraktion auf. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Non vitae sed scholae discimus – nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir. Dies schrieb der römische Philosoph Seneca, und leider hat dieser Satz nach 2.000 Jahren immer noch Gültigkeit. Unsere Industrie und unsere Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe suchen händeringend nach Fachkräften. Doch was leistet unser Schulsystem? – Kaum ein Schulabgänger ist in der Lage, sofort leistungsfähig in ein Unternehmen einzusteigen.

Das Gegenteil ist der Fall. Die Betriebe müssen erst einmal für den Nachwuchs kostspielige Fortbildungsprogramme anbieten und ihm die Grundrechenarten beibringen, von korrekter Rechtschreibung oder Grammatik ganz zu schweigen. Abiturienten, die kaum lesen und schreiben können, sind keine Seltenheit. Corona hat nochmals gezeigt, wie marode dieses Schulsystem ist: Es gibt unsinnige Hygieneregeln. Technik, wenn sie einmal vorhanden sein sollte, funktioniert nicht. Die Lehrer sind heillos überfordert. Dabei wird ein Unterrichtsstoff vermittelt, der am Leben vorbeigeht. Gedichtinterpretationen sind zwar eine feine Sache, doch für wen? – Für den Handwerksbetrieb um die Ecke wohl eher nicht. Wäre es nicht klüger, beispielsweise richtig Deutsch zu lernen oder unseren Kindern beizubringen, dass Digitalisierung mehr ist als am Smartphone oder Tablet zu spielen?

Damit unsere Kinder endlich fürs Leben lernen, brauchen wir gut ausgebildete Lehrer. Wir brauchen Lehrer, die wissen, wovon sie sprechen, und die nicht die Krise kriegen, wenn ein Kind vom "Streaming" oder von "Bots" spricht.Gut ausgebildete Lehrer garantieren, dass unsere Kinder das lernen, was sie fürs Leben brauchen, damit aus

ihnen wertvolle Mitarbeiter werden, die nicht den Alten auf der Tasche liegen, sondern unsere Wirtschaft voranbringen.

Aber: Gute Bildung kostet. An Bildung darf nicht gespart werden. Daher beantragen wir, dass erheblich mehr Geld für die Aus- und Fortbildung unserer Lehrer zur Verfügung gestellt wird. Nur so können wir vermeiden, dass wir unsere Sozialkassen immer mehr belasten. Nur so können wir den Fachkräftemangel in den Griff bekommen, und nur so können wir den Standort Deutschland sichern und innovativ bleiben. Wenn in den Schulen allerdings Haltung und Unterwürfigkeit wichtiger sind, als etwas zu hinterfragen, steht der Akzeptanz eines Sozialkreditsystems nach chinesischem Vorbild wohl bald nichts mehr im Wege.

Trotz allem habe ich die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben, dass es eines Tages in den Klassenzimmern heißen wird: Non scholae sed vitae discimus – nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es liegt eine Meldung des Kollegen Tobias Gotthardt zu einer Zwischenbemerkung für die FREIEN WÄHLER vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Zum einen muss ich mich aufs Schärfste von Ihrer Lehrerschelte ohne Ende distanzieren.

(Beifall)

Was Sie gesagt haben, geht nicht. Wir haben leistungsfähige Lehrkräfte in Bayern. Die Frage, die ich Ihnen stellen möchte, ist: Können Sie mir eine Schule sagen, an der solche Zustände herrschen, wie Sie sie eben beschrieben haben, nur eine konkrete Schule in Bayern, die so ist, wie Sie es beschrieben haben?

(Beifall)

Oskar Atzinger (AfD): Könnte ich schon, aber ich tue es nicht.

(Zurufe: Oh!)

Noch etwas? Darf ich jetzt gehen?

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ja, das war's. – Weitere Zwischenbemerkungen können nicht während der Beantwortung von Zwischenbemerkungen angemeldet werden. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Dr. Simone Strohmayr.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die beiden letzten Jahre waren Krisenjahre in Deutschland, in Bayern und eben auch an Bayerns Schulen. Gott sei Dank sinken jetzt die Inzidenzzahlen; das lässt uns alle hoffen. Aber gleichzeitig wird mit diesem Haushalt das ganze Drama der bayerischen Bildungspolitik offensichtlich. Sehr geehrter Herr Minister Piazolo, Sie haben sich von den Ereignissen treiben lassen: Maskenpflicht ja, nein –, Schule auf, Schule zu, Schule wieder auf –, Distanzunterricht: vielleicht –, Lüftungsgeräte: ja, aber nicht voll finanziert –, Digitalisierung: ja, aber nicht für alle. Das Ergebnis dieser Politik ist: Lehrerinnen und Lehrer müssen den Mangel verwalten. Schülerinnen und Schüler sind zunehmend genervt und Eltern ratlos.

An dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich den vielen Lehrerinnen und Lehrern, die trotz all dieser Widrigkeiten das Beste aus der Situation gemacht haben, ein Lob aussprechen. – Ein ganz herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der SPD)

Es war wundervoll mitanzusehen, wie kreativ Kinder und Eltern in der Krise geworden sind. Auch ihnen ein ganz herzliches Dankeschön!

Sehr geehrter Herr Minister, es hilft halt einfach nicht mehr, im Haushalt nur mehr Geld für Lehrerinnen und Lehrer einzustellen; denn es gibt leider in vielen Bereichen nicht mehr genug junge Lehrerinnen und Lehrer, die wir einstellen könnten. Ganz besonders betroffen ist die Grundschule, sind die Mittelschulen, und ab 2026 auch die Gymnasien. Das haben sicherlich nicht nur Sie zu verantworten, sondern natürlich maßgeblich auch die Vorgänger*innen von der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Aber, Herr Minister, Sie führen diese falsche Politik fort, und dafür tragen Sie Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was läuft falsch in diesem Haushalt? Ich frage Sie: Wo bleibt der soziale Ausgleich, wo die Chancengerechtigkeit, wo die Zukunft unserer Kinder? Herr Gotthardt hat vorhin gesagt: Wir kümmern uns um jedes Kind in Bayern. – Sehr geehrter Herr Gotthardt, genau das stimmt nicht!

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen einige Beispiele nennen, Herr Gotthardt. Wir haben in der Corona-Krise gesehen, wie wichtig Digitalisierung ist. Viele Kinder haben in dieser Krise dem Unterricht nicht folgen können, weil sie kein digitales Endgerät hatten, weil sie keinen Internetanschluss hatten oder weil sie nicht wussten, wie sie mit beidem umgehen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Jedes sechste Kind, Herr Kollege, hat hier in Bayern kein Leihgerät. Gerade mal 250.000 Leihgeräte gibt es, bei 1,6 Millionen Schülerinnen und Schülern. Wir Sozialdemokraten fordern: Jeder Schüler und jede Schülerin braucht ein digitales Endgerät, genauso wie alle Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann nur an Sie appellieren: Stimmen Sie heute unserer Initiative zu, damit wir das bald umsetzen können!

Wichtig ist uns weiterhin die Berufsschule. Wir wissen längst, dass 6 bis 8 % des Unterrichts an den Berufsschulen ausfallen. Das ist Pflichtunterricht. Weiterer Unterricht fällt aus durch Krankheit oder durch Fortbildungen. So kann es an den Berufsschulen nicht weitergehen. Hier sind die Fachkräfte der Zukunft, die wir so dringend brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie immer so loben.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen dringend 300 zusätzliche Planstellen für Lehrkräfte, und zwar jedes Jahr. – Besonders wichtig sind uns die Multiprofessionellen Teams. Auch hier gilt es dringend aufzustocken. Die Kinder und Jugendlichen haben in der Corona-Krise die größten Opfer gebracht; viele von ihnen sind psychisch auffällig und brauchen Unterstützung. Jetzt kommen die Kinder aus der Ukraine; auch sie brauchen Unterstützung. Deswegen kann ich Sie nur auffordern: Stimmen Sie unserem Antrag auf mehr Multiprofessionelle Teams zu.

(Beifall bei der SPD)

Am Schluss – meine Redezeit schwindet leider dahin, nur noch eine Minute – noch zwei wichtige Themen: Wir haben einen eklatanten Lehrermangel an unseren Schulen – ich habe es gesagt: an den Grundschulen und an den Mittelschulen. Wir leisten uns hier eine anachronistische Zweiklassengesellschaft. Wer als Grundschullehrer oder als Mittelschullehrer hier in Bayern anfängt, der hat einige Hundert Euro weniger als ein Lehrer an anderen Schulen. Das ist nicht gerecht; denn er hat doch mit den gleichen Herausforderungen zu kämpfen wie andere auch.

(Beifall bei der SPD)

Das müssen wir ändern, und deswegen bitte ich Sie, unserer Initiative zuzustimmen.

Zum Schluss noch – meine Kollegin hat es schon gesagt –: Wir müssen die Inklusion voranbringen; sie ist in Bayern ins Stocken geraten. Auch deswegen bitte ich Sie, unserer Initiative zuzustimmen.

Ich komme noch mal auf den Anfang zurück: Dieser Haushalt stopft nur die größten Löcher, er verwaltet den Mangel, er bringt wenig für die Zukunft. Das ist kein Aufbruch. Ich vermisse jegliche Vision. Gänzlich falsch ist aus unserer Sicht: Es fehlt eine bayerische Bildungsagenda, die in die Zukunft blickt, die Chancen und Perspektiven bietet.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ein Blick auf die Redezeit!

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Aus diesem Grund müssen wir diesen Haushalt leider ablehnen, auch wenn wir natürlich einige Initiativen durchaus erkennen und mittragen. – Ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Kollege Matthias Fischbach. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Anfang Mai nach dem Ende der Maskenpflicht auch die Testpflicht an unseren Schulen endlich gelockert wird, markiert das das Ende von nun über zwei Jahren durch Corona-Maßnahmen eingeschränkten Unterricht in Bayern. Das war eine Zeit massiver Einschränkungen für unsere Schülerinnen und Schüler. Insbesondere der monatelange Distanzunterricht war noch dazu von mangelnder Kommunikation, mangelnder Digitalisierung und auch mangelnder Unterstützung durch das Kultusministerium geprägt. Doch was nun folgt, ist eigentlich viel entscheidender. Vor uns liegen Jahre des Aufholens, des Auffangens der mittlerweile entstandenen neuen Probleme und des Lösens der durch diese Pandemie unübersehbar gewordenen Probleme in unserem Bildungssystem. Wir brauchen ein Schulsystem, das offen ist für Innovatio-

nen, das die Digitalisierung in der ganzen Breite effektiv einsetzt und sie auch zur individuellen Förderung nutzt.

(Beifall bei der FDP)

Doch an dieser Stelle muss man sagen: Dem Kultusminister fehlt jegliche überzeugende Strategie.Schon das Aufholen nach Corona droht zum Fiasko zu werden. Wir sind auch bei der Digitalisierung der Schulen bundesweit abgehängt. Dieser Haushalt ist kein Zukunftskonzept. Er ist ein Zufallsprodukt ohne klare Linie.

(Beifall bei der FDP)

Der Einzelplan 05 steigt nominal zwar um 1,8 %. Folgt man aber den Wirtschaftsweisen, die vor wenigen Tagen eine Inflation von 6,1 % angekündigt haben, heißt das übersetzt nur, dass wir unter dem Strich inflationsbereinigt mit Kürzungen von rund 4 % planen. Das ist vor dem Hintergrund dieser enormen Belastung und dieses enormen Handlungsbedarfs einfach nur ungenügend.

Man kann jetzt darauf verweisen, dass über den Sonderfonds Corona-Pandemie noch weitere Gelder für die Bildung vorgesehen sind. Im Wesentlichen sind das ja die Mittel für das Programm "Aufholen nach Corona". Bayern wird aber gerade an dieser Stelle seinen Verpflichtungen nicht gerecht. Von dem, was hier als gemeinsames Brückenbauen verkauft worden ist, bleibt eigentlich nur ein kraftloses Holzkonstrukt über, keine feste Brücke in die Zukunft.

Herr Kultusminister vor knapp einem Jahr haben Sie selbst eine Bund-Länder-Vereinbarung unterschrieben haben, in der Sie zugesagt haben, zusätzlich zu den 158 Millionen Euro vom Bund noch paritätisch – paritätisch! – eigene Landesmittel für "Aufholen nach Corona" zu investieren. In Summe sollten das also über 300 Millionen Euro für den Abbau von Lernlücken sein. Doch wo finden sich diese?

(Zuruf)

– Herr Kollege, Sie können gleich sagen, wo sich diese finden. Der Kultusminister verweigert mir nämlich seit Wochen die Antwort darauf. Sein Ministerium sei angeblich nur dem Bund berichtspflichtig. Der Bericht müsste dem Bund eigentlich am 31. März zugegangen sein. Das ist er aber leider nicht.

(Zuruf)

– Im Bundesbildungsministerium ist dieser Bericht nicht angekommen. Sie gefährden damit den Glauben an die bayerische Vertragstreue.

(Beifall bei der FDP)

Auch in diesem Haushalt sind eigentlich nur erschreckend dürftige Mittel ausgewiesen: 105 Millionen vom Bund und nur 27 Millionen Landesmittel zur Bewältigung von Lernrückständen. Das ist deutlich zu wenig. Das geht am Ende auch auf Kosten der Schülerinnen und Schüler, und das wiegt eigentlich am allerschwersten.

Es gäbe so viel zu tun, übrigens auch beim Schulbau. Ich erwähne nur kurz die Kritik des ORH am Finanzierungsstau an den Schulen. Wir finden in dem Haushalt aber statt dieser wichtigen Investitionen leider durch die Änderungen von CSU und FREIEN WÄHLERN größtenteils eher fragwürdige Akzente aus der Fraktionsreserve.

Ich habe das in der Ausschussberatung schon im Detail angesprochen, möchte hier aber ein Beispiel hervorheben. Viele wissen das gar nicht. Das Landesamt für Schule in Bayern ist übrigens auch für die Förderung von Orgelsanierungen und Glocken in Kirchtürmen zuständig. Die über 60 Vorhaben, die in den letzten beiden Jahren darüber gefördert worden sind, müssen sich aber leider mit einer Fördergrenze von maximal 8.000 Euro begnügen. Nun haben CSU und FREIE WÄHLER aber offensichtlich eine Kirchenorgel in Bayern gefunden, die so besonders förderwürdig ist, dass sie ausnahmsweise 100.000 Euro Förderung bekommt, also mehr als das 12-fache des üblichen Rahmens. Meine Damen und Herren, wenn man das Geld in so einer Guts-

herrenart verteilt, dann braucht man sich nicht zu wundern, dass die Bildungspolitik in Bayern nicht im 21. Jahrhundert angekommen ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind gerade bei der Digitalisierung der Schulen leider hinten dran. DigitalPakt Schule – 778 Millionen Euro für Bayern. Doch was wurde davon abgerufen? – Viel zu wenig. Bayern habe umgerechnet nur etwa jeden sechsten Euro – so wurde dem Bund Ende letzten Jahres berichtet – schon bewilligt. Jetzt kann man natürlich in der üblichen Manier, wie Sie das gerne machen, sagen, eigentlich sei der Bund schuld; das sei alles zu bürokratisch. – Oder man schaut einfach mal kurz über die Landesgrenze nach Sachsen und stellt fest, dass dort schon rund 99 % der Mittel bewilligt, gebunden worden sind.

Bayern schlittert also mit einem selbstgeschaffenen Bürokratiemonster mitten durch die Pandemie in ein digitalpolitisches Chaos. Auch die "BayernCloud Schule", die gerade erwähnt worden ist, startet ohne Cloudspeicher, ohne Weboffice-Anwendung und ohne Messengerfunktion, also praktisch als eine leere Hülle.

Man muss da einfach festhalten: Der von Markus Söder vor zwei Jahren groß angekündigte Digitalturbo ist ein Rohrkrepierer. Da hilft auch kein nett gemeintes Pilotprojektchen "Digitale Schule der Zukunft".

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Matthias Fischbach (FDP): Ich komme zum Schluss. – Wir brauchen nämlich kein Klein-Klein, sondern einen Rechtsanspruch auf digitale Endgeräte für jeden Schüler.

Dieser Bildungshaushalt war einmal der ganze Stolz dieser Staatsregierung. Geblieben sind leere Worthülsen und nur noch schräg klingende Lobgesänge aus alten Zeiten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Prof. Dr. Gerhard Waschler für die CSU-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit Blick auf die extrem knapp bemessene Redezeit bleibt mir nur eine kurze, kompakte Zusammenfassung. Was hier von der Opposition für ein Zerrbild gezeichnet wird, kann man nur mit der Überschrift bezeichnen: Lektüre des Buchs des Propheten Jesaja – wenn ich mich recht erinnere –, Kapitel 6 Vers 1 und folgende, Verstockungsbefehl. Dort wird gesagt, man dürfe zwar hören, aber nicht verstehen und schon gar nicht entsprechend handeln. – Ich möchte das insoweit auf den Punkt bringen, dass die FDP in einem über 14 Milliarden Euro großen Haushalt irgendetwas herauspickt; die SPD sagt, das läuft falsch; die GRÜNEN sagen: Neustart nötig.

Das alles ist möglicherweise ein – aus Sicht der Opposition notwendiges – Getöse. Dass aber eine Beleidigung einer ganzen Schulart und der Absolventen dieser Schulart, namentlich der Abiturientinnen und Abiturienten Bayerns, erfolgt ist, ist der Gipfel an Frechheit, den ich in diesem Parlament je erlebt habe.

(Beifall bei der CSU)

Das muss sich die AfD auf die Fahnen schreiben. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich sage: Man kann über viele Dinge streiten und unterschiedlicher Meinung sein. Aber die normative Kraft des Faktischen, der Blick über den Tellerrand hinaus und auf die Tatsachen ist das, was man, auch wenn man es nicht will, nicht ignorieren darf.

Ich stelle fest: Wir haben eine solide Bildungsfinanzierung. Wenn man sich die Mühe macht, die Jahre 2008 bis 2021 zu addieren, sieht man, dass wir 18.600 Lehrerstellen zusätzlich zur Verfügung gestellt haben. Hinzukommen 1.120, die Kollege Hofmann

und andere noch erwähnt haben. Ich bedauere sehr, dass die Landtagspresse nicht übervoll notiert, was daraus an Erfolgen resultiert.

Ich kann da nur sagen: Gratulation an die bayerische Schulfamilie! Gratulation, dass die Bildungsvergleichsstudien und diverse Umfragen regelmäßig bayerische Spitzenergebnisse belegen! Zum Beispiel: Bildungsmonitor 2021 – insgesamt Platz 2, knapp hinter Sachsen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, aber Platz 1 bei der Vermeidung von Bildungsarmut, bei gelungener Integration und beruflicher Bildung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer dann noch nicht überzeugt wäre und meint, er könnte irgendwo was rauspicken und kritisieren, dem sage ich: Selbst bei einer steigenden Zahl von Schülern, die Abitur – AfD, gut hinhören! – oder Mittlere Reife machen, konnte der Anteil von Schülern ohne Abschluss in Bayern von 8,5 % im Jahre 2003 – ich muss jetzt 2019 nehmen, weil wir nur da alle Werte der anderen Bundesländer haben – auf den herausragenden Wert von 5,7 % im Jahr 2019 gesenkt werden. Das ist im bundesdeutschen Vergleich herausragend, aber immer noch ein Stück zu viel. Wir haben aber jedes Jahr ein gutes Stück weniger.

Als einen dritten Punkt sage ich: Das differenzierte und durchlässige bayerische Bildungswesen schafft Bildungsgerechtigkeit. Wer das von der Opposition nicht glaubt, der kann Folgendes nachlesen: Hier wird von Experten – ich nenne gleich die Namen – zu diesem Bildungssystem, das hier so verzerrt dargestellt und herabgewürdigt wird, ausgeführt: Danach gibt es bei einer strikten Differenzierung "keine Verstärkung der Effekte der sozialen Herkunft, wohl aber eine Zunahme der Leistungen in der Sekundarstufe", speziell in der Kombination mit einer homogeneren Zusammensetzung der Schulklassen nach den kognitiven Fähigkeiten. Dann wird weiter gefolgert: "Das gilt gerade für die Kinder in den Schulklassen der unteren Bildungswege mit geringerem Leistungsniveau." Das ist nachzulesen in der Studie von Hartmut Esser und Julian Seuring in der "Zeitschrift für Soziologie", 2020.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wer jetzt immer noch nicht überzeugt wäre, dass wir in Bayern gut aufgehoben sind – wenn man mal über den Tellerrand hinausschaut, wird das immer als eine Selbstverständlichkeit zurückgespiegelt –, wer das immer noch nicht glaubt, der möge bitte auf die Jugendarbeitslosigkeit schauen. Die Jugendarbeitslosenquote lag in Bayern

(Zurufe)

– bitte hinzuhören! – im Februar 2022 bei 2,3 %. Gemeinsam mit Baden-Württemberg – übrigens, grün regiert; man könnte einiges dazu sagen – ist dies weiterhin der mit Abstand niedrigste Wert in Deutschland, wo sie bei 4,2 % liegt. Im europäischen Ausland haben wir Werte von über 15 %.

Ich bin also froh, wenn Schülerinnen und Schüler in Bayern zur Schule gehen und dort dann ihre berufliche Karriere haben; denn da ist mit all den Punkten was für die Erziehung der Persönlichkeit getan. Eine hervorragende Bilanz! Gratulation an die bayerische Schulfamilie!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Stakkatoartig weise ich in den letzten 40 Sekunden darauf hin, dass die Ergebnisse des Schuldigitalisierungsgipfels vollständig umgesetzt worden sind und dass das neue Pilotprojekt "Digitale Schule der Zukunft" Furore macht, Herr Kollege Fischbach. Darüber können wir uns gerne austauschen. Ich sage Ihnen die einzelnen Daten dazu: In der Inklusion haben wir vorbildlich gearbeitet. Ich darf mich beim Kollegen Dünkel und bei allen Kolleginnen und Kollegen, die in der interfraktionellen Arbeitsgruppe mitgewirkt haben, bedanken. Wir haben über viele Jahre hinweg zusätzliche 100 Stellen pro Jahr für die Inklusion ausgewiesen. Aufaddiert sind es seit 2011/2012 insgesamt 1.100 Stellen zusätzlich. Die Fortführung für 2022/2023 ist vorgesehen. Im Programm "Schule öffnet sich" haben wir derzeit 400 Stellen. Jetzt kommen noch einmal 100 dazu.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Prof. Waschler, es waren in der Tat die letzten 40 Sekunden.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ich weiß, der letzte Satz lautet: Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir auch in der Erwachsenenbildung sagen können: Das Versprechen ist erfüllt. Der gemeinsame Antrag ist vollständig umgesetzt. Jetzt stehen 44,2 Millionen Euro zur Verfügung.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie bekommen noch eine Minute wegen einer Zwischenbemerkung dazu.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Fischbach von der FDP-Fraktion vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

Matthias Fischbach (FDP): Werter Herr Kollege Waschler, Sie haben gerade gesagt, die Ziele des Schuldigitalisierungsgipfels seien erfüllt und die einzelnen Maßnahmen seien schon alle ergriffen worden. Das hat mich etwas verwundert zurückgelassen. Für die digitale Bildung waren eigentlich zwei Milliarden angekündigt, unter anderem auch eine Milliarde, die man sich aus dem Digitalpakt herübergeholt hat. Allerdings entnimmt man dem Bericht zum Digitalpakt, dass über 700 Millionen Euro von den Digitalpakt-Mitteln noch nicht abgerufen worden sind.

Ganz besonders interessant ist auch die IT-Administration, für die Landesmittel von bis zu 80 Millionen Euro draufgelegt worden sind. Von 160 Millionen Euro ist, glaube ich, bisher etwas mehr als ein Prozent abgerufen worden. Damit ist meines Erachtens das Ziel nicht erreicht. Das ist voll daneben.

Auch die BayernCloud Schule ist noch nicht vorhanden. Nach Ostern wird es nur eine leere Hülle geben. In zwei oder drei Jahren wird es wahrscheinlich erstmals den Cloud-Speicher geben, der eigentlich der Wesenskern dieses Projekts wäre. Auch Web-Anwendungen, Web-Office und Messenger-Dienste sind noch nicht auf dem Weg, sondern wir haben ein im Vergleich zu Microsoft Teams mehr oder weniger schlechtes Video-System, Visavid, bekommen. Wir haben das, was von Mebis ohnehin schon vorhanden war, und letztlich wenig Neues.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Danke schön, Herr Kollege Fischbach, für die Gelegenheit, dass ich Ihnen noch darlegen kann, dass Sie genau lesen müssten, was in dem Bericht steht und was die Ergebnisse des Schuldigitalisierungsgipfels waren. In der Tat wurden einige Projekte begonnen und sind auf dem Weg. Ich nenne Ihnen stakkatoartig in der mir verbleibenden Zeit: 49,1 Millionen stehen für die Software-Entwicklung und den Betrieb der BayernCloud Schule und alles, was dazugehört, zur Verfügung. Die Einführung des Webportals – das ist das einzige Richtige, was Sie gesagt haben – wird in der Tat nach den Osterferien zunächst an ausgewählten und dann an immer mehr Schulen durch Nutzungsakzeptanztests begleitet. Im Laufe des Schuljahres soll das Portal – das wissen Sie, oder Sie haben es nicht gelesen, diese zwei Möglichkeiten gibt es, es ist fast wie in der Schule – allen Schulen in Bayern zur Verfügung gestellt werden. 20 Millionen sind für die technische IT-Administration und zusätzlich die Bundesmittel zur Verfügung gestellt worden.

Herr Kollege von der AfD, Sie kritisieren permanent die Bundesmittel. Auch Ihnen würde es nicht schaden, wenn Sie einmal die Berichte lesen. Sie kritisieren auch dauernd die Bundesmittel, die man nur abgreifen müsste. Sie müssten einmal unterscheiden, was der Staat leistet und was die Kommunen leisten. Dazu müsste auch ein bisschen mehr Information kommen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): 18 Millionen stehen für das Projekt "Digitale Schule der Zukunft" zur Verfügung. Ich bedanke mich für die Zwischenfrage, Herr Kollege Fischbach.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Herr Staatsminister Prof. Michael Piazolo. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe aufmerksam einen Großteil der Debatte der letzten zwei Tage von der Einbringung des Gesamthaushalts bis zur Beratung der Einzelhaushalte verfolgt. Ich kenne es seit vielen Jahren in diesem Hohen Haus. Natürlich ist es keine Überraschung, dass es wie in vielen anderen Parlamenten so abläuft: Die Regierungsfraktionen begründen die Haushalte, stellen sie dar und loben sie auch, und die Opposition versucht manchmal schärfer, manchmal auch besonders verzweifelt, Punkte zu finden, die sie negativ beurteilen kann. Das gehört dazu.

Im Bildungshaushalt und in der Bildungspolitik haben wir – das ist gerade schon erwähnt worden – eine ganze Reihe von Parametern und Untersuchungen, wie zum Beispiel den Bildungsmonitor, der genannt worden ist, bei denen es Ländervergleiche gibt. Bei diesen Vergleichen wird genau beurteilt, welches Land es wie gut macht. Den Worten der Opposition habe ich die tiefe Wut darüber entnommen, dass wir es so viel besser machen als die Länder, in denen Sie Regierungsverantwortung tragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das will ich im Einzelnen auch verdeutlichen. Ich will Beispiele dafür nennen. Liebe Frau Schwamberger, an Ihrer Stelle wäre ich ganz ruhig. Seit die GRÜNEN in Baden-Württemberg regieren, hat die Bildungspolitik in jeder Umfrage verloren. Dort sind die GRÜNEN verantwortlich, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie stellen sich aber hin und kritisieren uns. Schauen Sie sich einmal die Zahlen an. Ich werde es nachher noch einmal deutlich machen. Sie kritisieren, was wir für ukrainische Kinder tun. Da schüttelt man wirklich den Kopf. Sie haben heute von dpa wahrscheinlich mitbekommen, dass über 40.000 ukrainische Schülerinnen und Schüler in der Bundesrepublik aufgenommen wurden. Davon sind über 8.000 in Bayern registriert. Wir tun enorm viel, und deshalb weise ich die Kritik von Ihrer Seite aufs Schärfste zurück.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Lassen Sie mich zu unserem Haushalt kommen. Vom Kollegen Hofmann, vom Kollegen Gotthardt und vom Kollegen Waschler ist es schon gesagt worden: Unser Haushalt ist der mit Abstand größte Haushalt, über den wir jetzt im Rahmen der Haushaltsaufstellung diskutieren. Er hat ein Volumen von 14,4 Milliarden Euro. Er ist um circa 200 Millionen größer geworden. 200 Millionen investieren wir mehr. Es ist ein Haushalt mit Kraft in die Zukunft hinein, und deshalb sind wir auch das Zukunftsministerium. Deshalb haben wir Bildung nicht nur ganz großgeschrieben, sondern jeden Tag wird Bildung an den Schulen Bayerns gelebt. Das lassen wir uns auch nicht schlechtreden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich will noch einmal auf die hohe Qualität der bayerischen Bildungspolitik eingehen. Ich kann an das anknüpfen, was vorher von den drei genannten Kollegen gesagt wurde. Wir sind in jeder Umfrage an der Spitze oder an zweiter Stelle. Beim Bildungsmonitor liegen wir knapp hinter Sachsen, auch ein Land, dessen Regierungschef nicht von den GRÜNEN oder der SPD stammt. Wir sind immer vorne.

Wo sind wir denn Spitzenreiter? – In der Vermeidung von Bildungsarmut. Die Schere zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist in Bayern am geringsten. Das

schreibt die SPD zwar in jedes Parteiprogramm, aber sie setzt sich damit in keinem Land durch. Da sind wir Bayern besser als jedes SPD-regierte Land.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Integration und berufliche Bildung sind andere Bereiche, in denen wir spitze sind. Das wollen wir auch bleiben. Wir wollen die hohe Qualität trotz der Herausforderungen halten. Die Herausforderungen, die es in den letzten Jahren gegeben hat, streiten wir überhaupt nicht ab.

Wir investieren in Köpfe. Ein Land wie Bayern mit relativ wenig Ressourcen hat seit vielen Jahrzehnten seine Stärke in dem, was die Menschen in Bayern schaffen. Deshalb haben wir, die Regierungskoalition, zusammen mit den Regierungsfraktionen beschlossen und schon im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir über 5.000 neue Stellen schaffen. Wir haben in den ersten drei Jahren über 3.500 neue Stellen geschaffen. Wir haben damit ein Übersoll erfüllt. Jetzt kommen wieder 1.250 neue Stellen dazu. Wir nehmen das Stichwort von Hattie ernst. Auf die Lehrkräfte kommt es an. Deshalb investieren wir in die Lehrer. Wir geben über 90 % – das ist vom Kollegen Hofmann auch gesagt worden – für das Personal aus.Da wird für unsere Schülerinnen und Schüler, aber auch für unsere Lehrkräfte investiert. Das ist großartig, und es sind weit über 90 % der Lehrkräfte verbeamtet; wir geben unseren Lehrkräften Sicherheit. Das ist ein großartiger Aufschlag. Das wissen Sie nicht zu würdigen. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Ländern aufzählen; ich will gerade nur das Land Berlin erwähnen, wo man erst jetzt wieder zu den Beamten zurückkehrt. Bayern geht diesen Weg seit Jahrzehnten. Diese Investition in Stellen ist genau der richtige Weg in der Bildungspolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich will es auch noch einmal deutlich formulieren: In den letzten zwei Jahren haben unsere Lehrkräfte Großartiges, Herausragendes geleistet. Sie haben einen unglaublichen Einsatz in schwierigen Zeiten gezeigt. Wenn ich jetzt höre – ich glaube, es war

die zweite Rede der AfD –, wie Sie unsere Lehrkräfte und unsere Schülerinnen und Schüler und deren Leistung beleidigen, dann kann ich nur ganz deutlich sagen: Pfui! Das ist wirklich unter aller Kanone.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Gerade unsere Schülerinnen und Schüler haben unter den Voraussetzungen der letzten zwei Jahren Hervorragendes geleistet. Ich persönlich habe hohen Respekt vor dieser Generation von Schülerinnen und Schülern, die während der Corona-Pandemie keine leichte Zeit hatten. Ich habe in Gesprächen Schülerinnen und Schüler erlebt, die die Herausforderung angenommen und in den letzten zwei Jahren sehr gute Abschlüsse gemacht haben. Im letzten Jahr hatten wir den besten Abiturschnitt, den es je in Bayern gegeben hat. Das gilt aber nicht nur für das Abitur, sondern auch für die mittleren Abschlüsse in den Real- und Mittelschulen. Auch den Grundschulübertritt haben unsere Schülerinnen und Schülern mit Unterstützung der Eltern und natürlich der Lehrkräfte bewerkstelligt. Insofern gilt es hier auch, ihnen nicht nur ein Lob, sondern den tiefen Respekt für diese Leistungen auszusprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Selbstverständlich haben wir immer neue Herausforderungen zu bewältigen, und selbstverständlich ist es in dem einen oder anderen Bereich eng mit Lehrkräften; das haben wir und habe auch ich persönlich nie bestritten. Knapp 10 % der Lehrkräfte sind momentan wegen Corona, Krankheiten, Schwangerschaften und manchem mehr nicht im Unterricht tätig. Trotzdem – –

(Zuruf)

– Ja, Frau Schwamberger, in von GRÜNEN regierten Ländern werden aber 60 % des Lehrplans gar nicht durchgeführt. Man kann sich hier immer hinstellen, fordern und noch mehr fordern; das ist zwar ein gutes Recht der Opposition. Aber vielleicht sollte

man einmal genauer auf andere Länder schauen; dann würde man im Vergleich sehen, dass wir es hier in Bayern sehr gut machen, meine sehr verehrten Damen und Herren – ausgesprochen gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben diese Herausforderung. Ich stelle mich hier hin und sage: Es gab noch nie so viele Lehrkräfte wie aktuell. Erstmals in der Geschichte Bayerns haben wir mehr als 100.000 Lehrkräfte unmittelbar beim Freistaat Bayern unbefristet als Beamte beschäftigt; so viele hatten wir noch nie. Dennoch: Es gab auch noch nie so viele Aufgaben. Deshalb sind das große Herausforderungen. Deshalb haben wir in den letzten Jahren mehr als 3.500 zusätzliche Stellen geschaffen. Wir haben auch bei den Verwaltungskräften die Zahl der Stellen angehoben und bei Fach- und Förderlehrern etwas verstärkt. Trotzdem sind während Corona angesichts dieser Herausforderungen natürlich viele Lehrkräfte an ein Limit gekommen. Deshalb adressiere ich noch einmal an dieser Stelle meinen Dank an die Verwaltungskräfte, an die Fach- und Förderlehrer für das, was sie hier alles individuell vor Ort geleistet haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die neuen Herausforderungen sind vielfältig. Das betrifft das Thema Inklusion, aber auch die Alltagskompetenzen, die Digitalisierung und natürlich auch das Programm "gemeinsam.Brücken.bauen"; dazu will ich auch noch etwas sagen. – Herr Fischbach, vielleicht mögen Sie bei der neuen Bundesministerin angerufen haben, aber das Verfahren ist schlichtweg so. Selbstverständlich haben wir unseren Bericht rechtzeitig abgeschickt. Kommen Sie doch einfach einmal zu mir und fragen vorher, anstatt irgendetwas zu unterstellen und zu behaupten, das sei nicht rechtzeitig abgeschickt worden. Wir haben es rechtzeitig abgeschickt. Die Berichte werden bei der KMK gesammelt und dann an das Bundesministerium weitergeleitet. Das ist das Verfahren. Fragen Sie einfach erst einmal, statt sich hier hinzustellen, vor dem Parlament etwas zu behaupten und dann damit zu versuchen, das Kultusministerium schlecht aussehen zu las-

sen. Wir kommen auch unseren Verpflichtungen gegenüber dem Bund selbstverständlich nach. Dort ist festgelegt, dass wir am 31. März Bericht erstatten.

Ich will es noch einmal deutlich machen: "gemeinsam.Brücken.bauen" ist ein Programm im Rahmen des Programms "Aufholen nach Corona" des Bundes, das wir mit bayerischen Geldern aufgelegt, verstärkt und mit über 200 Millionen Euro ausgestattet haben. Damit versuchen wir, die vorhandenen Lernrückstände zu beheben. Wir nehmen uns damit aber auch der durch Corona entstandenen psychologischen und sozialen Herausforderungen an; das setzen die Lehrkräfte, aber auch unsere Schulpsychologen, die Schulsozialarbeiter und Beratungslehrer sehr gut um.

Ich will noch einmal auf etwas hinweisen. Mein Dank gilt hier fraktionsübergreifend dem Parlament dafür, dass wir es in den letzten Jahren geschafft haben, die Gelder praktisch zu verdoppeln; ich gehörte damals in der Opposition auch zu denjenigen, die das in der Erwachsenenbildung mit auf den Weg gebracht haben. Wir sind jetzt bei 44 Millionen Euro für die institutionelle Förderung im Rahmen des BayEbFöG und 48 Millionen insgesamt, die die Erwachsenenbildung wohl zu würdigen weiß. Das ist eine Leistung. Hier gilt mein Dank der interfraktionellen Arbeitsgruppe, die sich immer mit entsprechender Verve seit vielen Jahren auch für die Erwachsenenbildung einsetzt.

Das Gleiche gilt für unser Projekt "Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben", das beiden Regierungsfraktionen sehr am Herzen liegt, wo wir 5,7 Millionen Euro im Haushalt einsetzen; hier gilt mein Dank den Regierungsfraktionen. Hier sieht man schon die ganz verschiedenen Schwerpunkte. Da könnte ich noch lange reden. All das sind Dinge, die wir im Haushalt in den letzten Jahren neu auf den Weg gebracht haben.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zur Digitalisierung sagen. Schauen Sie doch einmal in den Koalitionsvertrag. Dort steht – um nur einmal ein Beispiel zu erwähnen – für diese fünf Jahre der Legislatur unter anderem das Ziel, 50.000 digitale Klassenzimmer zu schaffen. Wie viele haben wir nach dreieinhalb Jahren geschafft? – 60.000.

Das ist einer der Bereiche, wo wir den Koalitionsvertrag deutlich übererfüllt haben. Das heißt: An Bayerns Schulen gibt es inzwischen 60.000 digitale Klassenzimmer. Wir werden das übrigens in den nächsten zwei Jahren zusammen mit den Kommunen mit dem DigitalPakt, aber auch mit dem Programm BAYERN DIGITAL II, mit dem Bayern vor dem Bund dran war, weiter fördern.

Deshalb ist es auch völlig unredlich, verschiedene Programme und Zahlen miteinander zu vergleichen. Andere Bundesländer hatten und haben dieses Programm nicht, weshalb sie zuerst auf den DigitalPakt zurückgreifen. Wir haben in Bayern landesseitige Programme, die mit über 200 Millionen Euro, mit über einer Viertelmilliarde Euro ausgestattet sind. Selbstverständlich haben die Kommunen erst einmal auf dieses Programm entsprechend zugegriffen und dadurch 60.000 digitale Klassenzimmer angeschafft; erst dann greifen sie den DigitalPakt auf. In diesem Bereich sind übrigens auch schon 300 Millionen Euro beantragt worden; hier haben Sie veraltete Zahlen, Herr Fischbach.

Ich will es noch einmal sagen. Wenn Sie mich vor drei Jahren nach Lehrerdienstgeräten gefragt hätten, dann hätte jeder gesagt, dass das nie komme. Der Finanzminister sitzt ja hier; wir haben das dann mit Unterstützung beim Digitalgipfel zusammen – –

(Zuruf)

– Nein, nicht nur vom Bund. Nein, Frau Strohmayr, lesen Sie doch einmal den Haushalt richtig. Das sind Bundesgelder, wo Bayern drauflegt. In diesem Haushalt sind wieder 30 Millionen Euro in diesem Bereich enthalten, um den Rest für alle Lehrkräfte entsprechend zu finanzieren. Am Jahresende werden dann alle Lehrkräfte ein entsprechendes Dienstgerät haben. Jetzt sind es schon 95.000. Das Geld, das uns zur Verfügung stand, ist abgeflossen. Jetzt kommen neue 30 Millionen Euro; auch diese werden abfließen. Dann haben die Lehrkräfte ihr Lehrerdienstgerät innerhalb kürzester Zeit durch zwei Haushalte finanziert bekommen. Das ist eine großartige Leistung, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Noch einmal zur Klarstellung zu den Schülerleihgeräten. Das Programm ist ausfinanziert. Das Bundesprogramm für Schülerleihgeräte hatte nie das Ziel, allen Schülern ein Gerät zur Verfügung zu stellen.Das Ziel war, während der Corona-Pandemie beim Distanzunterricht den Schülerinnen und Schülern, die über kein eigenes Gerät verfügten, kurzfristig eines zur Verfügung zu stellen. Dieses Geld haben wir vollständig ausgegeben und 280.000 Geräte zur Verfügung gestellt. Diese Geräte können die Schülerinnen und Schüler haben. Sie sind nicht ganz abgerufen worden, muss auch nicht sein. Im Moment gibt es keinen Distanzunterricht, da werden die Geräte anderweitig eingesetzt. Das ist selbstverständlich ein Baustein, um zu mobilen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler zu kommen; denn es ist mein Ziel, dass wir eine Eins-zu-eins-Ausstattung unserer Schülerinnen und Schüler haben. Das kann man aber nicht in einem Haushalt bewältigen und auch nicht in einem Jahr. Das macht man schrittweise. An unseren Schulen gibt es inzwischen aber, wenn man diese ganzen Geräte zusammenrechnet, eine Dreiviertelmillion Geräte, die wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den privaten Schulträgern beschafft haben. Den Kommunen will ich an dieser Stelle auch einmal danken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich könnte in der Liste weitergehen zur Verdoppelung der WLAN-Ausstattung in den letzten zwei Jahren. Inzwischen sind 116.000 Räume angeschlossen und 95 % der Klassenzimmer mit WLAN oder LAN ausgestattet. Was Visavid angeht, so nehme ich das zur Kenntnis, Herr Fischbach. Ich finde es aber schon problematisch. Wir machen eine ordentliche Ausschreibung mit Unterstützung des Landesbeauftragten. Das geht in einem ordentlichen Verfahren. Sie haben vielfach nachgefragt. Sie haben uns bislang keine Verfahrensfehler nachweisen können. Wir hatten keine, im Gegensatz zu ein paar anderen Ländern. Wir stellen also ein neues Programm zur Verfügung, aber Sie stellen sich hier hin und sagen in Ihrer Rede: Dieses Programm ist schlecht. Ich finde das unverantwortlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich finde es unverantwortlich, sich hier hinzustellen und Programme, die wir unseren Schulen zur Verfügung stellen, schlechtzumachen. Vielleicht sprechen wir darüber einmal im persönlichen Austausch. Ich biete das an. Ich biete Ihnen und übrigens allen in der Opposition an, natürlich auch allen in den Regierungsfraktionen, dass wir uns Visavid anschauen. Machen wir das doch einmal gemeinsam. Wenn wir uns das Programm anschauen, dann können wir sehen, wo Sie oder auch jemand anderes noch Verbesserungsbedarf hat. Das können wir dann gerne noch aufnehmen. Wir sind da sehr, sehr offen.

Hier im Plenum spitzen wir die Debatten gerne ein bisschen zu, und die Beratung wird seitens der Opposition gerne mit dem einen oder anderen Schimpfwort versehen. Trotzdem will ich sagen, mein Eindruck ist, dass wir sehr sachlich miteinander umgehen, auch im Bildungsausschuss, dass wir Dinge gemeinsam voranbringen. Ich bin auch für den einen oder anderen Hinweis dankbar, auch aus den Reihen der Opposition. Ich bin nicht derjenige, der das alles pauschal abweist, sondern ich schaue mir das sehr wohl an, und das, was gut ist, nehmen wir auch gerne auf.

Insofern mache ich noch einmal deutlich: Es geht nicht nur um Hardware, sondern auch um Software. Unsere Lehrkräfte, unsere Lehrerinnen und Lehrer, sind unglaublich bereit, Fortbildungen im Bereich der digitalen Bildung anzunehmen. Die ALP Dillingen hat inzwischen mehr als 50 % aller ihrer Veranstaltungen dem Thema digitale Bildung gewidmet. Nennen Sie mir eine andere Institution hier in der Bundesrepublik Deutschland, die das hat. Innerhalb der Staatlichen Lehrerfortbildung gab es 7.200 Fortbildungen im letzten Jahr im Bereich der digitalen Bildung, die unsere Lehrkräfte angenommen haben. Toll, toll, toll! Ein Lob an die Lehrkräfte!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es ist die "Digitale Schule der Zukunft" angesprochen worden, ein Pilotversuch, den wir gemeinsam mit dem Ziel auf den Weg bringen, in die Eins-zu-eins-Ausstattung hineinzugehen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas zum Thema Ukraine deutlich machen. Ich sage es ganz deutlich: Es hat mich getroffen, dass das, was wir in den letzten Wochen gemeinsam auf den Weg gebracht haben, von den GRÜNEN so schlechtgeredet wird. Die Bilder, die wir sehen, die wir jetzt auch wieder von Butscha und Mariupol gesehen haben, sind nicht nur schrecklich, sondern sie treffen uns in tiefster Seele. Ich will hier ganz bewusst die Außenministerin von den GRÜNEN zitieren, die sagt, es machen sich zwischen vier und zwölf Millionen Menschen auf den Weg, sie fliehen.

Wir wissen nicht, wie viele bei uns anlanden. Heute Vormittag waren der Ministerpräsident und ich in einer Schule, und zwar am Gymnasium in Trudering. Wir haben eine Pädagogische Willkommensgruppe besucht. Man schaut dann auch in die Augen der Kinder. Da sieht man vieles. Da sieht man bei dem einen oder anderen auch Fröhlichkeit, und dafür ist man dankbar, wenn die Kinder fröhlich sein können und manches vielleicht auch schnell vergessen. Man sieht aber auch sehr viele traurige Augen. Und man sieht auch Dankbarkeit, auch für das, was wir hier auf den Weg bringen. Was man spürt, gerade auch in dieser Schulgemeinschaft, das ist eine hohe Solidarität. Eine hohe Solidarität! Viele Lehrkräfte, die durch Corona wirklich am Limit sind, aber auch der Elternbeirat war da, sie alle sind bereit, hier anzupacken und Zeichen zu setzen. Ich glaube, das tun wir hier alle, beinahe alle, über die Fraktionsgrenzen hinweg. Wir sagen den Kindern, den Jugendlichen und allen Geflüchteten: Ihr seid willkommen. Wir tun alles, um das Ankommen zu erleichtern und gut zu gestalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben deshalb verschiedene Säulen aufgesetzt. Wir haben nicht nur ein System, sondern wir haben gesagt, die Kinder und Jugendlichen, die die deutsche Sprache beherrschen oder die fähig sind, bei uns in die Regelklassen zu gehen, die sollen in die

Regelklassen gehen. Wir haben aus den Jahren 2015, 2016 und folgende unsere besonderen Klassen entwickelt, insbesondere die Deutschklassen. Auch die sind natürlich geeignet, Kinder aus der Ukraine aufzunehmen. Wir haben sehr, sehr schnell – Herr Kollege Gotthardt hat das erwähnt –, innerhalb weniger Tage im Kultusministerium Pädagogische Willkommensgruppen aufgesetzt, die mit einem ganz besonderen Konzept versehen sind. Das haben wir mit den beiden Regierungsfraktionen, zumindest mit ihren bildungspolitischen Sprechern, besprochen und von ihnen eine entsprechende Zustimmung bekommen. Es ist ein sehr offenes Konzept, das sehr flexibel ist und bei dem wir sehr bewusst ukrainische Kinder einbinden. Wir machen deutlich, dass Deutsch unterrichtet wird, aber man trifft sich auch mit den in Deutschland lebenden Kindern. Dann gibt es auch die Möglichkeit, im Distanzunterricht weiter mit ukrainischen Klassen in Verbindung zu bleiben.

Das Neueste ist, das habe ich zu Beginn dieser Woche gemeinsam mit dem Präsidenten des Bayerischen Jugendringes auf einer Pressekonferenz verkündet: Wir werden auch die Ferienkurse für die ukrainischen Kinder öffnen. Wir werden die Kurse so ausgestalten, dass sie daran teilnehmen können.

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir hier in kürzester Zeit einiges auf die Beine gestellt. Jetzt sind schon 10.000 Kinder in den Schulen angekommen. Sehr viele davon sind in den Pädagogischen Willkommensgruppen. Das bleibt eine riesige Herausforderung. Wir werden in der Regierung, aber auch gemeinsam mit der Opposition darüber reden, wie wir das stemmen können. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie das grundsätzlich auch unterstützen. Das entnehme ich Ihren Worten.

Insofern mein Dank zum Abschluss. Ich danke den Regierungsfraktionen für die gute Zusammenarbeit, für die intensive Zusammenarbeit, auch im Bildungsausschuss. Mein Dank geht aber auch an die Opposition für das, was Sie mit einbringen, für die Gespräche, die wir führen, und auch für die eine oder andere Initiative. Mein Dank geht auch an das Ministerium. Auch dort ist es so, dass wir seit zwei Jahren sehr, sehr intensiv arbeiten, wie in allen Häusern der Ministerialverwaltung, um die Dinge voran-

zubringen. Und dann, und das will ich ganz deutlich machen, richtet sich mein Dank an diejenigen, die hinter diesem Geld stecken. Das sind nämlich lauter Personen. 95 % unserer Ausgaben stehen für Personalausgaben. Das sind unsere Lehrkräfte, die Fach- und Förderlehrer, die Schulleiterinnen und Schulleiter an vorderster Stelle und auch die Verwaltungskräfte. Das sind aber auch die Eltern. Ganz besonders danke ich denjenigen, für die wir das alles tun, und zwar unseren Schülerinnen und Schülern. Das sind diejenigen, für die wir tagtäglich arbeiten, für die wir diese 14,5 Milliarden Euro ausgeben. Danke schön, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegen vier Meldungen zu je einer Zwischenbemerkung vor.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Gerne.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für die erste erteile ich Herrn Kollegen Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Dr. Piazolo, meine Kollegin Frau Dr. Strohmayr hat es richtig angesprochen: In Corona-Zeiten sind die Defizite der Digitalisierung schonungslos offenbart worden. Wir sind da weit hinterher gewesen. Ich glaube, da besteht Konsens. Herr Kollege Gotthardt, der fachpolitische Sprecher Ihrer Fraktion, hat die Frage nicht beantworten können, wie viele digitale Klassen es in Bayern gibt. Oder er wollte nicht darauf eingehen.Sie haben gerade von 60.000 digitalen Klassen gesprochen. Das haben Sie vorhin gesagt. Ich habe es wortwörtlich aufgeschrieben. Nachdem ich vorhin ausgeführt habe, dass in unserer Gemeinde das Pilotprojekt für die Mittelschule läuft, frage ich Sie, wie viele digitale Schulen – den Begriff haben Sie soeben verwendet – Sie innerhalb dieser Legislaturperiode noch schaffen wollen, da wir hier einen gewaltigen Nachholbedarf haben?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Selbstverständlich hat Deutschland in den letzten Jahren bei der Digitalisierung einiges nicht richtig gemacht und nicht vorangebracht. Aber das, was wir in den letzten drei Jahren auf den Weg gebracht und umgesetzt haben – sicher auch durch Corona befördert –, ist aller Achtung wert. 60.000 digitale Klassen*zimmer* – nicht Klassen, sondern Zimmer – sind so ausgestattet worden, dass man dort einen entsprechenden Unterricht halten kann. Teilweise sind die Geräte fest installiert, aber viele sind auch mobil und nicht Schülern zugeordnet. Unser und mein Ziel ist es – hier unternehmen wir einen entsprechenden Versuch –, eine Eins-zu-eins-Ausstattung für die Schüler zu erreichen. Dies geht nicht von heute auf morgen, aber die Schule der Zukunft wird so aussehen, dass unsere Schülerinnen und Schüler mit Geräten ausgestattet sind und dadurch einen Unterricht genießen können, der auf digitalen Speichermedien beruht. Das ist die moderne Realität. Es wird so kommen, und das wollen wir auch.

Bis dahin haben wir zwar noch eine Reihe von Schritten vor uns, aber wir machen uns auf den Weg. Dies wird in den nächsten Jahren immens forciert. Dafür haben wir in den letzten Jahren die Grundlagen gelegt, von der Hardware und Anbindung über WLAN und Glasfaser bis hin zur Fortbildung und zu dem, was die Lehrerinnen und Lehrer vermitteln können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für die nächste Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Minister, zunächst möchte ich betonen: Ich habe überhaupt keine Wut auf Sie. Ich finde es gut. Wir sind ein reiches Bundesland. Das ist schön. Ich kann mich darüber auch freuen. Umso mehr muss es aber unser Ziel sein, dass jeder Schüler und jede Schülerin ein eigenes digitales Endgerät hat, dass wir eine Eins-zu-eins-Ausstattung haben. Dies muss unser Ziel sein; denn

anders ist Digitalisierung nicht denkbar. Hierzu verlange ich von Ihnen einen Plan. Wir müssen doch den Weg definieren, wie wir dorthin gelangen und wann wir dort sind! Das verlange ich von Ihnen, und deswegen kommt heute Kritik.

50.000 oder 60.000 Klassenzimmer sind natürlich nicht schlecht. Das ist keine Frage. Der Plan hierzu ist jedoch vor Corona entstanden. Jetzt sind wir einen Schritt weiter und wissen, wir brauchen jedes Klassenzimmer digital. Auch hier müssen wir den Weg definieren. Wir brauchen einen Plan und eine Bildungsagenda. Das habe ich heute von Ihnen eingefordert.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, wir in Bayern sind super. Auch ich lebe gerne hier, aber zur Wahrheit gehört auch: In all den Studien, die sie zitiert haben, heißt es immer wieder: Nirgendwo ist der Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg so groß wie hier in Bayern. Das wollen und müssen wir verändern, weil uns sonst viel zu viele Schülerinnen und Schüler verlorengehen. Das darf nicht mehr sein!

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Manchmal, liebe Kollegin, kann man nur den Kopf schütteln. Herr Prof. Waschler hat in seiner Rede den Bildungsmonitor zitiert, und ich habe das Gleiche noch einmal getan, als pädagogische Wiederholung, um einen Lernerfolg zu erzielen.

(Heiterkeit – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die Aussage war, dass Bayern im Bildungsmonitor Nummer eins ist. Gerade bei der sozialen Herkunft und beim Bildungserfolg klafft die Schere bei uns unter allen Bundesländern am geringsten auseinander.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das stimmt doch nicht!)

Wir schaffen es also am besten, diejenigen, die nicht so gute Startbedingungen haben, zu einer guten Schulbildung und danach in einen Beruf zu bringen. Dies liegt natürlich auch daran, dass wir die geringste Jugendarbeitslosigkeit haben. Das heißt, wir schaffen das, was Sie jetzt anmahnen, in Bayern gerade am besten! Ich bitte darum, das zur Kenntnis zu nehmen, weil die Zahlen dies belegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das stimmt doch nicht!)

Selbstverständlich gibt es einen Plan. Wir haben ihn – ich habe es gesagt – übererfüllt. Das heißt, wenn wir 50.000 digitale Klassenzimmer geplant haben und jetzt bei 60.000 liegen, werden und wollen wir in dieser Legislaturperiode noch auf 70.000 kommen. Das folgt einer gewissen Logik. Dann werden wir ungefähr bei der Zahl der Klassenzimmer liegen, die wir in Bayern haben. Selbstverständlich – auch das habe ich schon gesagt – streben wir eine Eins-zu-eins-Ausstattung an. Das werden wir auch schaffen. Wir haben jetzt den ersten Versuch gestartet und haben die entsprechenden Geräte. Das geht nur nicht innerhalb eines Jahres. Ich kenne kein einziges anderes Bundesland, in dem das getan wird. Wir sind mit unseren Geräten sehr weit, auch weil wir das entsprechende Geld haben. Hierzu finden Sie in diesem Haushalt, wenn Sie genau hinsehen, einen exakten Plan. Ich komme aber gerne noch einmal in den Bildungsausschuss und erläutere es im Detail, weil ich jetzt nur eine Minute zur Verfügung habe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, erstens haben Sie vorhin angemerkt, die Opposition wäre mehr oder weniger aus Prinzip dagegen und würde nur draufhauen. Ich möchte Ihnen hier widersprechen. Das ist ein Ergebnis

Ihrer Politik und des Vorschlags, den Sie uns hier heute unterbreiten. Wie Sie mitbekommen haben, haben wir zum Beispiel gerade dem Innenhaushalt zugestimmt. Wir differenzieren also durchaus.

Zweitens haben Sie in Ihrer Verteidigung wie auch die Kollegen von der CSU sehr oft den INSM-Bildungsmonitor genannt. Ich weise Sie aber darauf hin, dass Sie sich hier als Minister mit fremden Federn schmücken. Dieser Monitor fußt im Wesentlichen auf dem IQB-Bildungstrend. Dieser Ländervergleichstest findet alle zwei Jahre statt. Die letzte Auswertung stammt aus dem Jahr 2018. In 2020 musste sie ausgesetzt werden. Meines Wissens ist kein neuer IQB-Bildungstrend mit aktuellen Zahlen veröffentlicht worden, der Ihre Politik messen würde.

Drittens bin ich auf das Aufholen nach Corona gespannt. In der Vereinbarung steht, jedes Land muss dem Bund einen Bericht vorlegen, nicht dem Land Hamburg oder wem auch immer in der KMK, der ihn dann weiterreicht. Diese Frist haben Sie versäumt. Unter anderem wird auch nach Lernstandserhebungen gefragt. Mich würde interessieren: Wie viele Schüler in Bayern haben nachweislich an den Lernstandserhebungen teilgenommen, und was war das Ergebnis?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Um es noch einmal zu verdeutlichen: Dies sind bestimmte Verfahren, die man unter den Ländern abspricht. Es ist eine Bund-Länder-Vereinbarung. Der Bund sagt nicht, ich gebe das Geld und ihr Länder macht das, sondern wir haben eine Bund-Länder-Vereinbarung beschlossen. Darin haben wir ein Verfahren vereinbart, wie mit dem Bericht zu verfahren ist. Die KMK sammelt die Berichte ein und reicht sie weiter. Unseren Bericht haben wir zeitgerecht abgegeben. Auf das Monitum hin werde ich jetzt aber anrufen und auch beim Bundesministerium anfragen. Dann werden wir sehen, wo der Bericht ist. Wir haben ihn jedenfalls rechtzeitig abgeschickt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Gabriele Triebel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, Sie sind von uns als Opposition heute viel gescholten worden. Dabei ist manches untergegangen, was ich jetzt gerne klarstellen möchte. Wir haben die Willkommensklassen in keinster Weise schlechtgeredet. Stattdessen geht es um das Personal, das jetzt die Willkommensklassen betreibt und betreut und nicht über Gebühr strapaziert werden sollte, weil es bereits im Programm "gemeinsam.Brücken.bauen" eingesetzt ist. Hier bitte ich um etwas mehr Differenzierung.

Ich bitte auch um etwas mehr Differenzierung, was die Studie "Bildungsmonitor" anbelangt. Es ist ja schön, dass diese Sie sofort anspringt und dass sowohl der Kollege Waschler als auch Sie sie herauspicken; denn es ist die einzige Studie im Portfolio der ganzen beauftragten Studien, die genau dieses herausgestellt hat. Ich möchte darauf hinweisen, dass der "Bildungsmonitor" von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft in Auftrag gegeben worden ist bzw. bezahlt wird. Das ist eine vom Arbeitgeberverband Metall gegründete, eine von Arbeitgebern finanzierte Lobbyorganisation. Ich weiß nicht, ob Sie damit recht unabhängig sind, wie zum Beispiel mit den PISA-Studien, die uns seit 20 Jahren das, was vorhin auch Kollegin Strohmayr gesagt hat, attestieren, nämlich dass nirgendwo in Deutschland ist der Bildungsstand des Elternhauses über den Bildungserfolg der Kinder so eklatant entscheidet.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Wie gesagt, diesen "Bildungsmonitor" herauszupicken, finde ich nicht so ganz zielführend. Ja, Jugendliche kommen hier in Arbeit, aber Sie verschweigen –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin!

Gabriele Triebel (GRÜNE): die JoA-Klassen und die BIK-Klassen, die gut sind; aber sie müssen mit in die Rechnung rein.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, ich bitte um Ihre Antwort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Gerne. – Es geht jetzt gar nicht nur um den "Bildungsmonitor". Dann schauen wir uns halt andere Umfragen entsprechend an. Da stehen wir in Bayern jetzt auch nicht so schlecht da, was die Bildungspolitik anbetrifft. Aber darum geht es doch nicht.

Sagen wir so: Wenn ich jetzt diese Reden, die ich gehört habe, Revue passieren lasse, liebe Frau Triebel: War das denn so differenziert, was aus der Opposition gekommen ist? War es das wirklich? – Also bitte. Vieles, was wir vorher gehört haben, war doch sehr plump, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zurufe)

– Das war doch das Stichwort: "differenziert". Also ich bin wirklich derjenige, der Ihnen sehr gerne, hier und auch im Bildungsausschuss, sehr differenziert antwortet. Das kann ich und tue ich auch sehr gerne. Meine Aufforderung ist insofern nur, das gern gemeinsam in der Art und Weise zu tun und nicht unbedingt so, wie wir das jetzt heute an einigen Stellen gehört haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nun nicht mehr vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20683 mit 18/20687, 18/20724 mit 18/20731, 18/20807 mit 18/20823, 18/20903 mit 18/20927, 18/20929 bis 18/20941, 18/21022 mit 18/21030, 18/21046

mit 18/21050 sowie die Beschlussempfehlungen mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21897.

Zuerst kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/20685 betreffend "Stärkung des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes (MSD)". Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt diesen Antrag zur Ablehnung. Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt. Verwenden Sie bitte Ihr Abstimmgerät. Die Abstimmungszeit dauert 3 Minuten und ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:03 bis 16:06 Uhr)

Hat jemand seine Stimme noch nicht abgeben können? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann schließe ich hiermit die Abstimmung. Ich bitte wieder um etwas mehr Ruhe im Plenum.

Nun ist über die zwei Änderungsanträge der FDP-Fraktion in einfacher Form abzustimmen. Zunächst stimmen wir ab über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände und Zweckverbände zur Anschaffung und zum Betrieb von Schülerendgeräten" auf Drucksache 18/20728. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion, die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Mir fehlt noch das Votum des fraktionslosen Abgeordneten Alfred Sauter. Herr Sauter, Ihr Votum fehlt mir noch. – Bei Gegenstimme des Abgeordneten Sauter (fraktionslos). Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich fahre nun fort mit der Abstimmung zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände und Zweckverbände zur Anschaffung und zum Betrieb von Lehrerendgeräten" auf Drucksache 18/20729. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Antrag zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der CSU-Fraktion, der Fraktion der FREIEN WÄHLER, der AfD-Fraktion und des Abgeordneten Sauter (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/20685 betreffend "Stärkung des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes (MSD)" bekannt. Mit Ja haben 42 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 76 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: null. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Dann kommen wir nun zur Abstimmung über den Einzelplan 05 selbst. Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/21897 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 05 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und der Abgeordnete Sauter (fraktionslos). Ebenso bitte ich, auf die gleiche Weise Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die AfD-Frak-

tion. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist damit der Einzelplan mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 14)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? Keine. Fraktionslose Abgeordneten sehe ich keine. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/21897 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21022 mit 18/21030 und 18/21046 mit 18/21050 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 05 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. SPD; Haushaltsplan 2022; hier: Stärkung des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes (MSD) (Kap. 05 13 Tit. 422 01) (Drucksache 18/20685)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	42	76	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 9

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Das Beste für die Jüngsten – Erzieherausbildung OptiPrax auch für Träger attraktiver gestalten, Refinanzierung von Praxisstellen unterstützen!
   (Kap. 05 03 Tit. 684 79)
   Drs. 18/20683

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Fortbildung im Bereich Digitale Bildung
   (Kap. 05 04 Tit. 525 77)
   Drs. 18/20684

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stärkung des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes (MSD)
   (Kap. 05 13 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20685

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen in Bayern endlich sicherstellen
   (Kap. 05 21 neuer Tit. 422 01)
   Drs. 18/20686

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Schülerinnen und Schüler stärken – Multiprofessionelle Teams und Schulsozialarbeit auf- und ausbauen
   (Kap. 05 21 Tit. 428 11)
   Drs. 18/20687

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Mehrarbeitsvergütungen für Beamte
   (Kap. 05 02 Tit. 422 41)
   Drs. 18/20724

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Leistungsbezüge für Beamte
   (Kap. 05 02 Tit. 422 45)
   Drs. 18/20725

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Überstundenentgelte für Arbeitnehmer
   (Kap. 05 02 Tit. 428 41)
   Drs. 18/20726

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuschüsse an Sonstige
   (Kap. 05 03 Tit. 684 79)
   Drs. 18/20727

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände und Zweckverbände zur Anschaffung und zum Betrieb von Schülerendgeräten
    (Kap. 05 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/20728

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände und Zweckverbände zur Anschaffung und zum Betrieb von Lehrerendgeräten
    (Kap. 05 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/20729

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Nichtaufteilbare Personalausgaben
    (Kap. 05 04 Tit. 429 65)
    Drs. 18/20730

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Bonus für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen
    (Kap. 05 04 Tit. 681 08)
    Drs. 18/20731

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Unterricht und Kultus
    (Kap. 05 01 Tit. 422 01)
    Drs. 18/20807

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
    (Kap. 05 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/20808

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Bayerische Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung entwickeln
    (Kap. 05 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/20809

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Beratungsstelle für Schulbau
    (Kap. 05 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/20810

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Bayerischer Schulbaupreis
    (Kap. 05 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/20811

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Modellversuch zur Phase Null
    (Kap. 05 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/20812

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Lehrkräfte für den Schulsport fit machen
(Kap. 05 04 Tit. 525 90)
Drs. 18/20813

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kriseninterventions- und -bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologen (KIBBS) stärken
(Kap. 05 04 Tit. 547 01)
Drs. 18/20814

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Schulprojekte im Bereich Alltagskompetenzen und Lebensökonomie angemessen fördern
(Kap. 05 04 TG 64)
Drs. 18/20815

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bildung in der Einwanderungsgesellschaft
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 18/20816

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Inklusionsregionen stärken
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 18/20817

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwendungen für die Stiftung Bayerische Gedenkstätten
(Kap. 05 05 Tit. 894 60)
Drs. 18/20818

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Aufarbeitung der Geschichte der von den Nationalsozialisten als sogenannte Asoziale und Berufsverbrecher Verfolgten
(Kap. 05 05 neue TG)
Drs. 18/20819

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landeszentrale für politische Bildung personell stärken
(Kap. 05 06 Tit. 422 01)
Drs. 18/20820

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Einstieg in die Besoldung nach BesGr. A 13 für alle Grundschul- und Mittelschullehrkräfte
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 18/20821

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Verwaltungskräfte für Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 428 01)
Drs. 18/20822

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stufenweiser Abbau der Stellensperrung für das G9
(Kap. 05 21 Tit. 422 01 - Stellenplan)
Drs. 18/20823

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VII – Gastschulbeiträge für die Beschulung von abgelehnten Asylbewerberkindern
(Kap. 05 03 Tit. 633 05)
Drs. 18/20903

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VIII – Vergütungen für ausländische Fremdsprachenassistentinnen und -assistenten sowie Hospitantinnen und Hospitanten
(Kap. 05 04 Tit. 427 12)
Drs. 18/20904

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Gastschulbeiträge für die Beschulung von Asylbewerberkindern
(Kap. 05 03 Tit. 633 06)
Drs. 18/20905

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Entgelte zur Beschulung und Sprachförderung von Flüchtlingen und Migranten sowie zur Unterstützung der Elternarbeit durch Fremdsprachenbegleiter
(Kap. 05 04 Tit. 428 15)
Drs. 18/20906

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Übernahme von Schulgeld für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung an privaten Regelschulen
(Kap. 05 03 Tit.684 01)
Drs. 18/20907

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XIII – Entgelte der Aushilfslehrkräfte zur Sprachförderung an weiterführenden Schulen
(Kap. 05 04 Tit. 428 16)
Drs. 18/20908

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Entgelte
(Kap. 05 04 Tit. 429 95)
Drs. 18/20909

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonstige Personalausgaben
(Kap. 05 04 Tit. 459 90)
Drs. 18/20910

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Aus- und Fortbildung
(Kap. 05 04 Tit. 525 77)
Drs. 18/20911

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte
(Kap. 05 04 Tit. 525 90)
Drs. 18/20912

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausgaben für das Kriseninterventions- und Bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologen (KIBBS)
(Kap. 05 04 Tit.547 01)
Drs. 18/20913

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Ganztagsangebote
(Kap. 05 04 Tit. 633 69)
Drs. 18/20914

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 05 04 Tit. 633 79)
Drs. 18/20915

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe
(Kap. 05 04 Tit. 684 16)
Drs. 18/20916

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Kinderpflege
(Kap. 05 04 Tit. 684 17)
Drs. 18/20917

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Fachakademien für Sozialpädagogik (Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin)
(Kap. 05 04 Tit. 684 18)
Drs. 18/20918

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Fachakademien für Heilpädagogik
(Kap. 05 04 Tit. 684 15)
Drs. 18/20919

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Fachschulen für Heilerziehungspflege und Heilerziehungspflegehilfe
(Kap. 05 04 Tit. 684 19)
Drs. 18/20920

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zur Förderung des Unterrichts von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf
(Kap. 05 04 Tit. 684 05)
Drs. 18/20921

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Sozialpflege
(Kap. 05 04 Tit. 684 20)
Drs. 18/20922

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Miet- und über 800 Euro liegende Investitionskosten von Pflegeschulen
(Kap. 05 04 Tit. 684 30)
Drs. 18/20923

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an private Träger von Mittagsbetreuungen und an Sonstige zur Unterstützung von Fortbildungsangeboten
(Kap. 05 04 Tit. 684 68)
Drs. 18/20924

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zur Förderung des Unterrichts von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf (öffentliche Einrichtungen)
(Kap. 05 04 Tit. 685 05)
Drs. 18/20925

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen
(Kap. 05 04 Tit. 812 77)
Drs. 18/20926

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschuss an die Europäische Akademie in Bayern e. V. in München
(Kap. 05 05 Tit. 684 07)
Drs. 18/20927

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung von Bildungsprojekten für Menschen mit Behinderung
(Kap. 05 05 Tit. 686 84)
Drs. 18/20929

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VI – Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 18/20930

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IX – Weiterentwicklung der Mittelschulen - Honorare für externe Fachkräfte an Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 427 60)
Drs. 18/20931

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Entgelte der Aushilfslehrkräfte und des sonstigen pädagogischen Personals im Arbeitnehmerverhältnis
(Kap. 05 12 Tit. 428 14)
Drs. 18/20932

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XII – Lehrerstellen für die Beschulung von Schülern mit Fluchthintergrund an Förderschulen, Realschulen und Gymnasien
(Kap. 05 13 Tit. 422 01, Kap. 0518 Tit. 422 01 und Kap. 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 18/20933

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Deutschklassen
(Kap. 05 12 Tit. 429 01, Kap. 05 12 Tit. 671 01 und Kap. 05 12 Tit. 671 02)
Drs. 18/20934

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erstattungen an kommunale Gebietskörperschaften für die Bereitstellung von Lehr-, Pflege- und Verwaltungspersonal für berufliche Schulen zur sonderpädagogischen Förderung
(Kap. 05 13 Tit. 633 03)
Drs. 18/20935

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Multimedia für Förderschulen und für Schulen für Kranke im Sinne von multimedialer Kommunikation und Kooperation: „Sonderpädagogische Hilfsmittel und Techniken“
(Kap. 05 13 Tit. 547 02)
Drs. 18/20936

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erstattungen an kommunale Gebietskörperschaften für die Bereitstellung von Lehr-, Pflege- und Verwaltungspersonal für allgemeinbildende Schulen zur sonderpädagogischen Förderung
(Kap. 05 13 Tit. 633 02)
Drs. 18/20937

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V – Lehrerstellen zur Beschulung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge
(Kap. 05 15 Tit. 422 01)
Drs. 18/20938

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds X – Entgelte der Aushilfslehrkräfte und des sonstigen pädagogischen Personals im Arbeitnehmerverhältnis
(Kap. 05 15 Tit. 428 14)
Drs. 18/20939

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung hochbegabter und besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler am Gymnasium
(Kap. 05 19 Tit. 547 13)
Drs. 18/20940

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)

Haushaltsplan 2022;

hier: Zuwanderung- und Integrationsfonds XI – Erstattungen an Sonstige zur Umsetzung des Konzepts kooperativer Klassen zur Berufsvorbereitung

(Kap. 05 15 Tit. 671 03)

Drs. 18/20941

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Barbara Becker
Abg. Dr. Martin Runge
Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Wolfgang Hauber
Abg. Stefan Löw
Abg. Stefan Schuster
Abg. Alexander Muthmann
Abg. Holger Dremel
Abg. Gülseren Demirel
Staatsminister Joachim Herrmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 03

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/21043 mit 18/21045, 18/21182 und 18/21261)
Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drs. 18/21021)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20789 mit 18/20806)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20879 mit 18/20902)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/20679 mit 18/20682)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20722 und 18/20723)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20876 und 18/20877)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
(Drs. 18/22062)

Zum Änderungsantrag der AfD wurde von der AfD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag wurde Ihnen vorab elektronisch übermittelt.

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu dem interfraktionellen Änderungsantrag auf Drucksache 18/20876 namentliche Abstimmung und die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/20902 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt haben.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Becker für die CSU-Fraktion.

Barbara Becker (CSU): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schwierige Zeiten sind ja immer gute Zeiten für Heldengeschichten. Anna Schell hat so eine Heldengeschichte; sie ist bayerische Polizistin. Sie ist Sportlerin. Seit vorgestern ist sie Europameisterin im Ringen in der Gewichtsklasse bis 72 Kilogramm. Wenn sie jetzt noch, was ich nicht weiß, Tochter von Immigranten wäre, dann wäre in Anna Schell die ganze Bandbreite vereint, für die unser Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration steht. Liebe Anna Schell, heute, am Internationalen Tag des Sports, herzlichen Glückwunsch zu dieser großartigen Leistung.

(Beifall bei der CSU)

Gestern hat unser Innenminister Joachim Herrmann als Vorsitzender der Innenministerkonferenz die bundesweite Kriminalstatistik vorgestellt. Wenig überraschend, aber doch schön: Bayern ist wie immer die Nummer 1 unter allen Bundesländern – und zwar im positiven Sinn. Wie immer sind wir das sicherste Bundesland. Diesen Erfolg erarbeiten wir uns täglich neu.

Der G7-Gipfel wird wahrscheinlich deshalb wieder in Elmau stattfinden. Das ist gut so. Bundeskanzler Scholz hat zumindest im Nachhinein seine Grenzen diesbezüglich erkannt und will nicht wieder nach Hamburg, sondern dorthin, wo der G7-Gipfel auch funktioniert. – Für die Durchführung des G7-Gipfels auf Schloss Elmau ist im neuen Haushalt übrigens ein Betrag von 179 Millionen Euro veranschlagt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bitte neh-

men Sie zu den Kollegen auf Bundesebene nach Berlin mit: Wir erwarten schon, dass auch der Bund seinen erheblichen finanziellen Teil zum G7-Gipfel beiträgt.

Mit dem Einzelplan 03 liegt wieder ein starker Haushaltsentwurf vor, der dem Freistaat Bayern als Land der inneren Sicherheit gerecht wird. Der Einzelplan weist eine Steigerung um rund 300 Millionen Euro auf und bewegt sich damit einschließlich Nachschubliste in einer Größenordnung von fast 7 Milliarden Euro; es sind 6,9 Milliarden Euro.

Es war ja ein Ziel, bei der Polizei die Zahl der Köpfe auf 45.000 zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind für unsere Polizei 500 zusätzliche Stellen im Jahr 2022 vorgesehen. Wenn im Jahr 2023 wieder eine Aufstockung um 500 Stellen erfolgt, wird das angestrebte Ziel erreicht. Damit ist der höchste Personalbestand bei der Polizei in Bayern erreicht, der je zu verzeichnen war. Das ist schon echt ein Wort. – Zum Bereich Personal wird mein Kollege Holger Dremel mehr berichten. Er ist ja Polizist.Ich bin die Frau eines Polizisten, und damit stehe ich für die vielen Angehörigen der Polizistinnen und Polizisten, aber auch der Feuerwehrleute und der Rettungsdienstkräfte. Wir Angehörige hoffen bei jedem Einsatz, dass ihr körperlich und seelisch gesund und erfolgreich zurückkommt. Danke für euren Dienst an der Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Als eure Angehörigen wollen wir, dass der Staat alles, aber auch wirklich alles tut, um euch die beste Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Ein paar Beispiele dafür aus dem Haushaltsentwurf: Für den Brandschutz und die Feuerwehrschulen sind insgesamt 91,8 Millionen Euro veranschlagt. Damit wird trotz der vielen Herausforderungen, die alle Kollegen jetzt schon benannt haben, der schon eingeschlagene Kurs fortgeführt.

Im Sachhaushalt liegen die Herausforderungen in der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerberinnen und -bewerbern. Allein auf diesen Posten entfällt ein Betrag von rund 1 Milliarde Euro, was ungefähr der Hälfte der Sachausgaben entspricht. Der

Freistaat Bayern engagiert sich damit außerordentlich in der Flüchtlings- und Migrationsarbeit.

Das Sonderinvestitionsprogramm für den Katastrophenschutz wird mit 20 Millionen Euro fortgeführt. Darüber hinaus sind 110 Millionen Euro für Investitionen in den Digitalfunk vorgesehen. Das Polizeibudget mit einem Volumen von 500 Millionen Euro, also einer halben Milliarde, bewegt sich auf Rekordniveau. So sind schon dieses Jahr Mittel für die Beschaffung von zwei neuen Polizeihubschraubern eingeplant. Die Investitionen für Baumaßnahmen werden auf sehr hohem Niveau fortgeführt. In der Anlage S sind zusätzliche Mittel in Höhe von 3 Millionen Euro veranschlagt. Insgesamt sind es damit 85 Millionen Euro. Damit können alle laufenden Baumaßnahmen fortgeführt und neue begonnen werden.

Liebe Polizistinnen und Polizisten, liebe Feuerwehrleute und Rettungsdienstkräfte, die innere Sicherheit muss man auch finanzieren. Wir Christsoziale und FREIE WÄHLER tun das. Wir stehen hinter euch, hinter Ihnen. Natürlich gibt es immer noch weitere Ideen, worin man noch investieren könnte. Aber das, was wir in die innere Sicherheit investieren, wollen wir durchhalten, und das auch in schlechten Zeiten. Innere Sicherheit ist kein kleiner Sprint, an dessen Ende ein cooles Selfie steht, und dann ist es vorbei. Innere Sicherheit ist ein Marathon oder noch besser, ein Ultralauf. Liebe Polizistinnen und Polizisten, liebe Feuerwehrleute, liebe Sportlerinnen und Sportler, ihr könnt euch sicher sein, wir Christsoziale laufen diesen Ultralauf mit.

Wenn es ein Rating für innere Sicherheit gäbe, gäbe es ein Triple A plus für unser Dream-Team aus Joachim Herrmann und Gerhard Eck bzw. jetzt Sandro Kirchner. Macht weiter so! Gleiches gilt für alle Kolleginnen und Kollegen im Innenausschuss des Bayerischen Landtags. Danke für die sehr gute Zusammenarbeit. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 03.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Becker. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Kollege Dr. Martin Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Ressort des Innenministers hat bekanntlich zahlreiche Aufgaben. Das geht von Verfassung und Verwaltung über das Kommunalwesen, die öffentliche und zivile Sicherheit, die Aufenthalts-, Asyl- und Integrationspolitik, den Sport bis hin zu zahlreichen Einzelfeldern. Ein Großteil dieser Themen ist bei uns im Innenausschuss beheimatet und wird dort be- und verhandelt. Deswegen nutze ich diesen Kurzbeitrag auch, um den Kollegen und der singulären Kollegin für das gute und offene Zusammenwirken zu danken. Danke an den Landtagsbeauftragten und auch an Sie, Herr Innenminister Herrmann. Sie kommen immer wieder, selbst auf kurzfristige Anfrage hin, um uns zu informieren und Rede und Antwort zu stehen.

Wir hatten – das wurde auch einvernehmlich so beschlossen – mehrere Anhörungen zu wichtigen Themen, zum Beispiel zur Bedrohung von Kommunalpolitikern, zur Situation der Feuerwehren oder zum Katastrophenschutz. Aus diesen Anhörungen sind zahlreiche Anträge entstanden. Interessanterweise wurden sie von verschiedenen Fraktionen eingereicht, aber die Inhalte und Ziele waren jeweils deckungsgleich. Allerdings hat das Zusammenwirken doch nicht so weit gereicht, dass die Regierungsfraktionen auch unseren einschlägigen Haushaltsanträgen zustimmen wollten. Beispiele sind Anträge zu Digitallotsen, für mehr Stellen in der unteren Staatsverwaltung in den Landratsämtern, zu Stellen für eine Lehrgruppe im Katastrophenschutz oder zur Förderung der Sanierung von Feuerwehrhäusern und nicht immer nur des Neubaus, oder auch zu Zuschüssen für die Flüchtlings- und Integrationsarbeit. Dazu wird die Kollegin Gülseren Demirel noch kurz sprechen.

Im Kernbereich der Innenpolitik gilt es vor allem, die richtige Balance zwischen Freiheit auf der einen Seite und Sicherheit auf der anderen Seite zu finden. Da schlägt unseres Erachtens das Pendel noch etwas zulasten der Freiheit aus. Zwei Beispiele dafür: Das eine ist das Polizeiaufgabengesetz. Als Stichworte erwähne ich nur die Ausweitung des Begriffs der drohenden Gefahr, Dauer und Anlässe des Präventivgewahrsams und der neu hinzugekommene Artikel 60a zur Zuverlässigkeitsüberprüfung. Das

zweite Beispiel ist der Kauf und der vorgesehene Einsatz der – ich nenne es einmal so – Verknüpfungssoftware VeRA des US-Unternehmens Palantir. Abgesehen von den Gefahren, die im Einsatz lauern und die im Innenausschuss ausführlich behandelt worden sind, ist es schon bemerkenswert, welch illustre Leute sich in und um dieses Unternehmen bewegen. Es sind die Herren Peter Thiel, Alex Karp, Jan Marsalek, der uns allen im Übrigen auch aus einem anderen Zusammenhang bekannt ist, und neuerdings auch Sebastian Kurz.

Einige wenige Sätze zum Kommunalwesen: Aktuell sind überall die Folgen des schändlichen Überfalls Russlands auf die Ukraine und der Umgang mit den geflüchteten Menschen das Kernthema. Wir begrüßen die Ansage der Herren Söder und Herrmann, dass den Kommunen hier alle Ausgaben erstattet werden. Unbesehen des Gehakels zwischen Bund und Ländern sind es die Länder, die für das Zusammenspiel mit den Kommunen verantwortlich sind. Da wäre an der einen oder anderen Stelle doch noch mehr Klarheit angesagt. Die Unterbringung ist relativ gut durch das Bayerische Aufnahmegesetz geregelt. Wie aber funktioniert die Erstattung, wenn zum Beispiel die VHS oder andere Träger für Deutschkurse oder Integrationskurse Geld von den Kommunen verlangen und dann auch bekommen, oder wie sieht es beim Schaffen von Stellen aus?

Ein letzter Gedanke: Auf kommunaler Ebene ist man/frau im Zuge der Corona-Krise und jetzt vor allem auch aufgrund des Desasters in der Ukraine zusammengerückt. Uns allen in den kommunalen Gremien ist bewusst, dass in den staatlichen Landratsämtern Land unter herrscht. Das ist auch der Grund dafür, dass es im Falle von Schieflagen und Verzögerungen kaum öffentlich vorgetragene Anwürfe gibt. Von einem Zusammenrücken auf Bundes- und Landesebene ist wenig zu spüren. Hier gilt eher das Gegenteil. Es wäre schon schön und wichtig, wenn die gegenseitigen Schuldzuweisungen und das Gemäkele bis hin zu persönlichen Angriffen zumindest eingedämmt würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Runge. – Als Nächsten rufe ich Herrn Wolfgang Hauber für die Fraktion der FREIE WÄHLER auf.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute zum Haushaltsplan des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration, zum Einzelplan 03, sprechen. Der Aufgabenbereich des Staatsministeriums des Innern ist sehr weit gefächert. Ich darf dazu einige Headlines aufzählen:Verfassung und Verwaltung, Kommunalwesen und Kommunalaufsicht, Sparkassen, öffentliche und zivile Sicherheit, Freizügigkeit, Aufenthalts- und Asylrecht, Integrations- und Migrationspolitik, Sozialleistungen für Asylbewerber, Sport und Sportförderung, Personenstands- und Namensrecht, Sammlungs-, Lotterie- und Glücksspielwesen, öffentliches Versicherungswesen, Statistik, öffentliches Vereinsrecht, Presserecht, Feiertagsrecht, Datenschutzrecht und Angelegenheiten der Stiftungen.

Bevor ich auf einige Schwerpunktthemen näher eingehen werde, möchte ich nicht versäumen, an dieser Stelle den Beschäftigten des Innenressorts, die die von mir genannten Aufgaben professionell bearbeiten, und den zahlreichen ehrenamtlichen Kräften, die sich täglich mit großem Einsatz im direkten Kontakt oder im Hintergrund für unsere Mitbürger engagieren, meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Auch zur Bewältigung der Corona-Pandemie leisten sie Großartiges, und das nun schon über den langen Zeitraum von zwei Jahren. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der Applaus bestätigt meine Einschätzung. Das muss uns weiterhin die bestmögliche Ausstattung der Stellen und Ausgabemitteln wert sein. Der eindeutige Schwerpunkt des Haushaltsplans 03 liegt bei der inneren Sicherheit. Ja, Bayern ist seit Jahren das sicherste Bundesland. Die Kriminalitätszahlen, die in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden, sinken, und die Aufklärungsquoten steigen. Der Dreiklang aus Präven-

tion, guter polizeilicher Ermittlungsarbeit und Aburteilung der Straftäter funktioniert in Bayern. Deshalb können wir in Bayern sicher leben.

Ich möchte darauf hinweisen, dass Prävention zwar schwerpunktmäßig im Innenministerium angesiedelt ist, aber auch Justiz- und Kultusministerium leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Mein Dank richtet sich demnach nicht nur an den Herrn Staatsminister Joachim Herrmann, sondern auch an die Herren Staatsminister Georg Eisenreich und Michael Piazolo.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU)

Es ist ein Schwerpunkt der FREIEN WÄHLER, dass die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger Bayerns auf hohem Niveau gehalten werden muss. Gesellschaft und Staat müssen besser vor Kriminalität, Terrorismus und vergleichbaren Bedrohungen geschützt werden. Die Anforderungen an die Gewährleistung innerer Sicherheit steigen; hier müssen wir jedwede Unterstützung auf den Weg bringen.

Die bayerische Polizei steht immer vor großen Aufgaben. Die notwendigen personellen Ressourcen müssen auch in Bayern weiter verstärkt bereitgestellt werden. Der Einzelplan 03 dient vor allem der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. 500 neue Stellen für die Polizei sind ein weiterer Schritt zur Anhebung des Personalstands auf rund 45.000 Polizeistellen. Mit einem aktuellen Stellenstand von nunmehr 44.034 sind wir auf der Zielgeraden in der Umsetzung.

Trotz der coronabedingt weiterhin angespannten Haushaltssituation sowie großer gesellschaftlicher und allgemeiner politischer Herausforderungen können mit dem Einzelplan 03 die wesentlichen Vorhaben des Innenressorts entsprechend dem Koalitionsvertrag sowie dem Regierungsprogramm und Masterplan BAYERN DIGITAL II umgesetzt bzw. zumindest wesentlich angestoßen werden.

Wir können weiterhin kräftig in die Sicherheit, aber auch in die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das Zusammenleben unserer Bürgerinnen und Bürger in Bayern investieren, und das ist gut so.

Für den Sport stehen in Bayern 2022 gut 102 Millionen Euro bereit. Neben der Förderung des Breiten- und Nachwuchsleistungssports mit rund 80 Millionen Euro stehen auch für Sportgroßveranstaltungen und Sporteinrichtungen Mittel bereit, zum Beispiel für die European Championships 2022 in München rund 16,6 Millionen Euro, für die Kanuslalom-WM 2022 in Augsburg rund 0,9 Millionen Euro, für den Ersatzbau der großen Kälbersteinschanze in Berchtesgaden 0,5 Millionen Euro und für das BLSV-Sportcamp im Fichtelgebirge rund 3,5 Millionen Euro. Außerdem werden hierfür im Einzelplan 13 rund 3,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Änderungsanträge der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN eingehen; ich möchte nur zwei davon kurz ansprechen, zum einen den Änderungsantrag auf der Drucksache 18/21045 "Ausstattung der Führungsgruppen Katastrophenschutz und Örtlichen Einsatzleitungen mit Satellitenkommunikationsmitteln" mit 1 Million Euro: Diese Investition ist dringend notwendig und eine Lehre aus der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal, wo die Kommunikation offenbar nicht so gut funktioniert hat.

Zum anderen möchte ich noch einen weiteren unserer Änderungsanträge ansprechen; hier geht es um eine Verpflichtungsermächtigung von 10 Millionen Euro. Das ist eine Fortsetzung dessen, was wir im Koalitionsvertrag unter der Überschrift "Sport ist die größte Bürgerbewegung in Bayern" festgelegt haben. Es geht um die Förderung des vereinseigenen Sportstättenbaus in strukturschwachen Regionen. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass pro Jahr 10 Millionen Euro in dieses Förderprogramm investiert werden sollen. Nachdem Ende 2021 bereits 50 Millionen Euro von den Sportvereinen in Anspruch genommen wurden, scheint es uns gut und wichtig, diese Erfolgsgeschichte des Förderprogramms fortzuschreiben und darin 10 Millionen Euro

als Verpflichtungsermächtigung zu investieren. Ich bitte um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen und auch zum Einzelplan 03 insgesamt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Kollege Hauber. – Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Stefan Löw von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mit unseren Anträgen wollen wir vor allem die Sicherheit für unsere bayerischen Bürger erhöhen, nicht nur im Bereich der Polizei, sondern auch beim Katastrophenschutz. Darum fordern wir auch dieses Mal die Mittel zur Errichtung eines Zentrums für Wassergefahren, hat doch die Flutkatastrophe im Ahrtal deutlich gezeigt, wie notwendig die richtige Ausbildung unserer Retter ist. Zudem gilt es, unseren Rettungsdienst ideal für die Zukunft aufzustellen. Deswegen braucht es hier ein Gutachten zur Effizienzsteigerung.

Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, was echte Kriegsflüchtlinge sind und wie notwendig es ist, in unserem Land Kapazitäten frei zu halten und zu schaffen, um diesen Menschen in Not helfen zu können. Wer kommt zu uns? – Hauptsächlich Frauen und Kinder kommen zu uns, anders als im Jahr 2015, als die CDU/CSU-geführte Regierung unsere Grenzen für junge Männer geöffnet hat, die angeblich vor Gefahren geflüchtet sind und dabei den Mut gezeigt haben, ihre Familien im Stich zu lassen, ganz anders als die Ukrainer. Gerade einmal 2 % dieser Asylbewerber sind wirklich asylberechtigt; der Rest sind schlicht und ergreifend Wirtschaftsflüchtlinge; denn in der Türkei, in Griechenland, Italien oder Österreich herrscht kein Krieg. Das sind alles Länder, durch die ihre Fluchtroute führt.

Geld kann nur einmal ausgegeben werden. In unserem Land ist nur für eine begrenzte Anzahl an Menschen Platz. Deswegen zielen unsere Anträge darauf, Ausländer, die

unseren Schutz nicht benötigen, außer Landes zu bringen, und bayerische Steuergelder für bayerische Bürger und für Frauen und Kinder auszugeben, die unseren Schutz auch brauchen.

(Beifall bei der AfD)

Dazu gehört auch, unsere Sicherheitsbehörden zu stärken und so auszustatten, dass sie ihrer Aufgabe auch nachkommen können. Insbesondere müssen wir sie auf die aktuell steigenden Energie- und Treibstoffkosten vorbereiten. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Der nächste Redner ist Herr Stefan Schuster, SPD-Fraktion.

Stefan Schuster (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein sicheres Land. Die Menschen leben gerne hier, und sie können sich auf unsere Polizei, unsere Rettungsdienste, unseren Katastrophenschutz und natürlich auch auf unsere Feuerwehren verlassen. Dafür gebührt all den haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern unser aller Dank. Die SPD steht an ihrer Seite. Wir sorgen gemeinsam mit unserer Bundesinnenministerin dafür, dass Deutschland und Bayern sicher bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Der Einzelplan 03 ist insgesamt durchaus solide. Wir haben uns in diesem wichtigen Bereich der inneren Sicherheit aber mehr erhofft. Gerade mit Blick auf die Flutkatastrophe im letzten Jahr, aber auch mit Blick auf den schlimmen Krieg in der Ukraine wären beim Katastrophenschutz aus unserer Sicht größere Anstrengungen dringend notwendig. Wir haben im Innenausschuss dazu eine Anhörung gehabt. Es fehlt an guten Strukturen genauso wie bei der Digitalisierung.

Auch bei den Feuerwehren liegt ein enormer Sanierungsstau vor, der einfach nicht aufgelöst wird. Im vergangenen Jahr mussten wir feststellen, dass es in Bayern kaum mehr Sirenen gibt. Jetzt wurde bekannt, eventuell war es auch schon länger bekannt, dass wir in Bayern kaum Bunker haben. Es gibt also aktuellen Handlungsbedarf. Bei aller Kritik ist es aber durchaus lobenswert, und das findet auch die Unterstützung der SPD, dass Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste finanziell weiterhin ganz ordentlich ausgestattet sind. Kürzungen wären hier aber auch nicht vertretbar. Wenn zusätzliche Mittel für die Organisation des G7-Gipfels im Juni bereitgestellt werden, findet das ebenfalls unsere Zustimmung.

Unsere Polizei steht vor großen Herausforderungen, etwa bei der Bekämpfung von Kinderpornographie oder Cybercrime. Dafür muss sie personell und technisch auf höchstem Niveau ausgestattet sein. Das Gleiche gilt natürlich für unsere Rettungsdienste, die in den letzten zwei Jahren in der Corona-Pandemie mehr als bewiesen haben, was sie zu leisten imstande sind. Besonders froh bin ich im Übrigen darüber, dass CSU und FREIE WÄHLER endlich meinen Antrag aufgegriffen haben, den Feuerwehrlern auch für 50-jährige Zugehörigkeit Gutscheine für das Feuerwehrerholungsheim zu spendieren. Das ist natürlich nur eine kleine Geste für großes ehrenamtliches Engagement, und es ist schade, dass es zwei Jahre gedauert hat, Sie zu überzeugen, aber es ist schön, dass es jetzt geklappt hat.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch richtig, dass wir die Feuerwehrerlebniswelt in Augsburg unterstützen. Ohne unsere Hilfe wäre sie, obwohl erst vor gut einem Jahr eröffnet, wegen Corona vor dem Aus gestanden. Was wir aber nach wie vor ablehnen, das sind aus unserer Sicht sinnlose Ausgaben für teure Showprojekte von Markus Söder. Wir brauchen weder ein Landesamt für Asyl noch eine Bayerische Grenzpolizei, die überhaupt keine Grenzen kontrollieren darf. Auch zusätzliche Pferde bei der Polizei sind aus unserer Sicht nicht notwendig. Ich weiß, wir stellen bereits 500 Polizistinnen und Polizisten im

Jahr ein, aber uns wären doch zusätzliche Polizistinnen und Polizisten anstatt der Pferde lieber, um die große Anzahl von Überstunden abzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Im Ergebnis müssen wir den Einzelplan 03 trotz guter Ansätze ablehnen, weil aus unserer Sicht falsche Schwerpunkte gesetzt werden, während notwendige Zukunftsinvestitionen, beispielsweise beim Katastrophenschutz, fehlen.

Was unseren Antrag "Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung" auf Drucksache 18/20876 betrifft, zu dem wir namentliche Abstimmung beantragt haben, so zeigt die aktuelle Flüchtlingssituation, wie sehr wir auf die Wohlfahrtsträger und ihre Strukturen bei der Flüchtlings- und Integrationsberatung angewiesen sind. Diese nehmen eine staatliche Aufgabe wahr, die der Humanität und dem gesellschaftlichen Frieden dient. Die dringliche, wiederholte Forderung der Evangelischen Landessynode in Bayern – zuletzt vor wenigen Tagen verabschiedet — nach einer besseren Finanzierung dieser Stellen durch den Freistaat Bayern muss gehört werden. Die Förderrichtlinie muss verbessert werden. Auch dies hilft, den besonderen Herausforderungen und dem Elend der zu uns kommenden Ukraine-Flüchtlinge begegnen zu können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nun rufe ich als nächsten Redner Herrn Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion auf.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Einzelplan 03 geht es im Kern um Sicherheitsfragen, um die Polizei, deren Ausstattung und Personal. Da können wir nach dem, was die Vorredner gesagt haben, konstatieren, aber auch nach unserer eigenen Wahrnehmung, dass wir da in der Tat auf einem guten, einem unterstützungswürdigen Weg sind. Wir, die FDP-Frak-

tion, wollen und werden deshalb, auch um ein Zeichen der Anerkennung zu setzen, dem Einzelplan 03 zustimmen.

Allerdings ist es durchaus notwendig, Kritik da und dort im Detail anzubringen. Auch im Hinblick auf weitere Verbesserungen und weitere Überlegungen gilt es, im Gespräch zu bleiben. Ich will nur ein paar ganz wenige Aspekte in diesem Zusammenhang nennen. In diesem Jahr wollen wir, wie gesagt, keinen Ärger besonderer Art machen. Wenn der Innenminister bei der Polizei da und dort politischen Ärger auszuhalten hatte, dann war das wohl eher Projekten des Ministerpräsidenten als den Forderungen der Opposition geschuldet. Ich will nur noch einmal an die übereilte Reform des Polizeiaufgabengesetzes oder die Einführung der Grenzpolizei erinnern. Auch die Reiterstaffel ist heute schon angesprochen worden. Das sind Dinge, die mehr dem Prestige des Ministerpräsidenten als der sachlichen Arbeit der Polizei gedient haben. Diese Themen verdeckten eher ein bisschen die wirklich wichtigen Fragen.

Wir haben diesen über die Jahre betriebenen weiteren Aufbau der Polizei, auch der Planstellen, unterstützt – das halten wir für richtig –, aber es gilt auch, darauf hinzuweisen, dass mit einem solchen Aufwuchs der Polizei einerseits und mit den zunehmend vielfältiger und komplexer werdenden Aufgaben andererseits ein zusätzlicher vielfältiger Fortbildungsbedarf einhergeht. Auch den müssen wir im Blick behalten. Die zentrale Ausbildungsstelle für die Polizei in Ainring platzt aus allen Nähten. Das wissen wir, deshalb müssen wir auch dazu Überlegungen anstellen.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, in diesem Zusammenhang darf ich auch noch einmal auf die unendlichen Debatten zum Aus- und Fortbildungszentrum in Freyung erinnern, und da gebe ich auch keine Ruhe; denn wenn das irgendeinem Mitglied der Staatsregierung wirklich wichtig wäre, wenn man da Dampf machen würde, dann wären wir jetzt sicherlich ein ganzes Stück weiter. Dass die IMBY nach fünf oder sechs Jahren mit sieben Eigentümern noch immer nicht handelseinig geworden ist, ist und bleibt ein Trauerspiel. Ich bitte Sie deshalb, Ihren persönlichen Einfluss geltend zu ma-

chen, um diese Leidensgeschichte im Interesse der Polizei, aber auch im Interesse der Region endlich zu einem Ende zu bringen.

Auch das Thema Palantir ist schon angesprochen worden. Es hat auch aus Kostengründen einen zusätzlichen Blick verdient. Das soll in diesem Jahr noch anfallen. Da werden wir nachhaken. Dass die Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER nun mit ihrem Antrag fordern, der eine große Mehrheit gefunden hat, abzuklären, ob eine gesetzliche Grundlage erforderlich ist – wie sie auch andernorts geschaffen wurde –, spricht auch eine deutliche Sprache. Wir unterstützen das und werden im Laufe dieses Jahres sicherlich noch darüber zu reden haben.

Zu Rettungsdienst und Katastrophenschutz haben wir eine Anhörung gehabt. Da zeigte sich in verschiedenen Bereichen Nachsteuerbedarf. An dieser Stelle ist uns die Verbesserung der Kommunikation zwischen den verschiedenen Hilfseinrichtungen ganz wichtig. Wenn die verschiedenen genutzten Arten von Software nicht kompatibel sind, wenn sie nicht ermöglichen, aktuelle Lagen aufeinander abzustimmen und sich auszutauschen, dann ist das ein Hemmnis, das so nicht bleiben darf.

Beim Thema Sport will ich nicht zum Spitzensport und nicht zu den Großereignissen Stellung nehmen, sondern nur kurz darauf hinweisen, dass durch die Vereinsförderung und all die Initiativen dort ein sehr wichtiger Beitrag zur Integration zu leisten ist und geleistet werden kann. Dies ist, gerade auch vor dem Hintergrund der ukrainischen Flüchtlingskrise, sicherlich ein weiterer wichtiger Ansatz, den es zu unterstützen gilt. Dies werden wir im Bereich des Sports, der Sportvereine und der dort ehrenamtlich Tätigen weiterhin einfordern und begleiten.

In Summe und im Großen und Ganzen – mit Ausnahme kleiner Details – signalisiere ich an dieser Stelle Zustimmung.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Kollegen Holger Dremel von der CSU-Fraktion auf.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als langjähriger Polizeibeamter freue ich mich sehr darüber, dass wir mit dem Haushaltsentwurf 2022 im Einzelplan 03 zeigen, dass uns die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Bayern sehr am Herzen liegt. Diejenigen, die auch hier im Hohen Haus geglaubt haben, Sicherheit sei etwas Selbstverständliches oder sogar eine lästige Pflicht, wurden durch die verbrecherische Invasion Russlands in die Ukraine jäh aus ihren Träumen gerissen. Für uns von der CSU war und ist die Sicherheit – die äußere und die innere – nie etwas Selbstverständliches, sondern hat höchste Priorität, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Dr. Runge, das Lob an Herrn Staatsminister kann auch ich aus der Regierungsfraktion bestätigen. Er kommt immer dann, wenn er gerufen wird und wir sein Expertenwissen in unserem Ausschuss brauchen. Ich kann Sie aber beruhigen: Wir Mitglieder der Regierungsfraktionen finden die richtige Balance zwischen Sicherheit auf der einen und Freiheit auf der anderen Seite.

Für alle Bürgerinnen und Bürger ist es heute eine gute und in diesen Zeiten auch beruhigende Nachricht, dass dieser Innenhaushalt eine Steigerung von 300 Millionen Euro erfährt und inklusive der Nachschubliste ein Volumen von 6,9 Milliarden Euro vorweist. Ich werde darauf eingehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, was darin steckt, und nicht darauf, was zusätzlich wünschenswert wäre. Da steckt schon so viel drin, dass wir darüber sprechen können bzw. müssen und stolz darauf sein können.

Wir setzen auf die personelle Stärkung der bayerischen Polizei mit weiteren 500 Stellen in 2022. Heute haben wir bei der Polizei einen Stand von 44.500 Stellen. Dies ist der höchste Personalstand in der Geschichte. Unser Ziel reicht aber noch darüber hin-

aus: Nächstes Jahr wollen wir weitere 500 Stellen aufwachsen lassen, um auf 45.000 Stellen zu kommen. Auch dies wäre ein neuer Rekord. Ferner ist dank der Initiative der Regierungsfraktionen ein Projekt zur digitalen Ausstattung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gelungen. Letztes Jahr haben wir mit 1,6 Millionen Euro die sogenannte zweite Qualifikationsebene mit Tablets, Convertibles und Smartphones ausgestattet. Jetzt tun wir dies für die künftigen Kommissarinnen und Kommissare, die Studenten an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Polizei in Fürstenfeldbruck, Sulzbach-Rosenberg und Kastl. Auch dies halte ich für eine gute Zielrichtung.

10 Millionen Euro müssen wir auch noch in den BOS-Digitalfunk einbauen, weil der Netzausbau tatsächlich noch nicht abgeschlossen ist. Wir müssen wesentliche Dinge nachfinanzieren, Bestandsinvestitionen betreiben und laufende Betriebskosten finanzieren. Außerdem stehen beim Digitalfunk auch noch wichtige Investitionen für die 72-Stunden-Notstromversorgung der Funkmasten sowie die Objektversorgung von sage und schreibe 300 Großgebäuden und Bauten in München an. Deshalb wird der Haushaltsansatz dafür noch einmal angehoben, und zwar um 10 Millionen Euro auf insgesamt 110 Millionen Euro.

Der Aufgabenbereich des Innenministeriums umfasst aber nicht nur die Polizei, sondern ist insgesamt sehr personalintensiv. Deshalb gibt es insgesamt 840,5 neue Stellen. Im Rahmen des Pakts für den öffentlichen Gesundheitsdienst – im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und im Innenausschuss haben wir öfter darüber gesprochen – entstehen insgesamt 264 neue Stellen, davon 248 an den Landratsämtern und 16 an den Regierungen. Darüber hinaus werden die Landratsämter um weitere 55,5 Stellen von insgesamt 70 Stellen sowie – auch sehr wichtig – die staatlichen Feuerwehrschulen um insgesamt 21 neue Stellen verstärkt. Dadurch ermöglichen wir unseren haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehrleuten die bestmögliche Ausbildung. Da unsere Feuerwehren für die Sicherheit unserer Bürger von herausragender Bedeutung

sind, erhöhen wir die Mittel bei der Feuerwehr weiter, nämlich um fast eine Million Euro auf 91,8 Millionen Euro.

Für den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz, liebe Kolleginnen und Kollegen, die für unsere Sicherheitsarchitektur wichtige und hervorragende Arbeit leisten, stehen 2022 insgesamt 51,4 Millionen Euro zur Verfügung. Aufgrund der hohen Ausgabereste konnten die Ansätze hier um 12,1 Millionen Euro reduziert werden. Mit diesen Mitteln können wir auch das Sonderinvestitionsprogramm "Katastrophenschutz Bayern 2030" fortführen. Für die Integrierten Leitstellen stellen wir 20,3 Millionen Euro bereit. Hier möchte ich noch einmal auf die Fraktionsinitiative zu sprechen kommen. Mit dem Änderungsantrag stellen wir eine Million Euro für die Satellitenkommunikation im Katastrophenfall zur Verfügung. Dies ist ein wichtiges Zeichen.

Last but not least, meine Damen und Herren, möchte ich auf die Beschlussfassung zum Bayerischen Rettungsdienstgesetz und zum Bayerischen Krankenhausgesetz in der letzten Woche zu sprechen kommen. Wir meinen und sind fest davon überzeugt, dass wir unseren Rettungsdienst damit für die Zukunft ausrichten und dass wir hier die wichtigen und richtigen Weichen gestellt haben. Ich danke den Oppositionsparteien, dass der Beschluss in Zweiter Lesung ohne eine Aussprache erfolgt ist. Dies zeigt, das Gesetz ist gut gelungen. Mein herzlicher Dank gilt auch allen in den Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen Tätigen sowie meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei. Danke für euren Dienst!

Die Sportförderung sowie die Großprojekte und Großveranstaltungen wurden von Herrn Kollegen Hauber bereits ausführlich angesprochen. Frau Kollegin Barbara Becker, meine Vorrednerin, hat den Vergleich gezogen, wir laufen einen Ultralauf, einen Marathon. Diesen laufen wir gemeinsam als die beiden Regierungsfraktionen. Wir freuen uns, dass die FDP hier mitgeht. Wir stärken die innere Sicherheit und den Sport. Das ist sehr positiv. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Entwurf und zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Kollege Dremel. – Nächste Rednerin ist Frau Gülseren Demirel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Integration setzt Sprache, Bildung und Zugang zum Arbeitsmarkt voraus. Ich sehe im Bereich Integration, der beim Innenministerium angesiedelt ist, dass immer noch Hunderte von Asylbewerber*innen über Monate, manchmal sogar über Jahre in den Anker-Einrichtungen verbleiben, ohne eine Beschäftigung zu haben. Wir sehen, dass Kinder und Jugendliche in den Anker-Einrichtungen immer noch keine Regelschule besuchen dürfen, also keinen Zugang zur Regelschule haben. Wir haben in der Corona-Zeit erlebt, dass Kinder in den Unterkünften kein Homeschooling betreiben konnten, weil es keinen Internetzugang und keine Endgeräte gab. Wir erleben, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt wegen Arbeitsverboten nicht gegeben ist und dadurch der Zwang entsteht, Sozialhilfeleistungen zu beziehen, dass Sprachkurse nicht zur Verfügung stehen und dadurch sprachliche Ausbildung nicht funktioniert. Wir sehen dies und haben dazu auch immer wieder Anträge gestellt.

Wir haben im Moment eine herausragende Bereitschaft in der Gesellschaft, in der Bevölkerung, Geflüchtete zu unterstützen. Die gab es auch vorher, bevor die Menschen aus der Ukraine geflüchtet sind, und wir hatten eine starke Gemeinschaft in der Gesellschaft. Ohne Ehrenamt würde der Flüchtlingsbereich in Bayern katastrophal laufen. Daher ein Dankeschön an die Ehrenamtlichen, die vorher schon da waren und die auch jetzt mit ganz viel Engagement dabei sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir erleben aber auch, dass Herr Innenminister Herrmann auf der Bundesebene Widerstand dagegen leistet, dass die Hilfen für ukrainische Geflüchtete im Sozialhilfegesetzbuch verankert werden. Das ist unverständlich; denn Sie reden immer davon, die Kommunen zu unterstützen. Das würde die Kommunen unterstützen. Der Bund würde

zahlen; die Kommunen müssten nicht für die Gesundheitsleistungen und die Kosten aufkommen. Daher ist es nicht nachvollziehbar, warum Sie auch gegen diese Integration sind, Herr Innenminister Herrmann. Das würde auch die Länder entlasten.

Dafür könnten die Länder – wie es andere Bundesländer, beispielsweise Baden-Württemberg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein schon tun – Deutschkurse anbieten, zum Beispiel für Frauen mit Kindern. Die Arbeitsagentur sagt, dass es schwierig ist, geflüchtete Frauen in den Arbeitsmarkt zu vermitteln, weil sie keine Sprachkenntnisse haben. Da streben wir auch schon mit einem Antrag eine Verbesserung an.

AGABY, der Zusammenschluss der Migrationsbeiräte, würde auch, wenn man Integration ernst nimmt, eine sichere Finanzierung verdienen; diese bleibt ebenfalls aus. Ein kommunales Integrationszentrum in allen Kommunen in Bayern – –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte die Redezeit beachten! Sie ist zu Ende.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Wir sehen ja gerade, warum den Kommunen Integration so wichtig ist. Auch das haben wir gefordert. Daher würde ich mir bei dem Haushaltsplan mehr Integration, weniger Sicherheit wünschen. Bei der Integration bleiben Sie leider auf der Strecke, Herr Innenminister Herrmann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Demirel. – Nun darf ich als nächstem Redner Herrn Staatsminister Joachim Herrmann das Wort geben.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war für mich nicht wirklich überraschend, dass nach so vergleichsweise ungewöhnlich viel Konsens in den vorherigen Reden die Kollegin Demirel es geschafft hat, am Schluss dann doch wieder einen ordentlichen Kontrapunkt zu setzen. Ich erlaube mir aber festzustellen: Egal, wie man die Einzelheiten betrachtet, liebe Frau Kollegin Demirel, dass Sie mit dem letzten Satz versucht haben,

einen Gegensatz aufzustellen, und dass Sie sagen, Sie wollen mehr Integration und weniger Sicherheit, das ist in der Tat ganz bestimmt nicht die Meinung der Mehrheit dieses Hohen Hauses. Das ist völlig verkehrt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will ebenfalls mehr Integration, aber auf jeden Fall auch mehr Sicherheit. Allein schon der gedankliche Ansatz, da einen Gegensatz zu konstruieren, ist doch gerade in der heutigen Zeit, wo wir Hunderttausende Menschen aus der Ukraine bei uns aufnehmen, eine völlig falsche Botschaft. Es kann doch nicht darum gehen zu sagen: Wenn man mehr für die Integration tut, dann bedeutet das weniger Sicherheit. – Das ist doch eine völlig unsinnige Botschaft, die gar nicht in Ihrem eigenen Interesse sein kann, liebe Frau Demirel.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich kann nur sagen: Ja, wir wollen die Integration weiter voranbringen. Ich habe auch größten Respekt davor, wie Tausende Menschen in unserem Land sich aktuell engagieren, um die Menschen aus der Ukraine bestmöglich bei uns aufzunehmen; Menschen in Organisationen wie dem Roten Kreuz und anderen Rettungsorganisationen, Menschen in den Feuerwehren und im Technischen Hilfswerk, aber sehr wohl – das will ich ausdrücklich sagen – auch die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in den Kommunen, in Landes- und Bundesbehörden. Die allermeisten sind da unheimlich engagiert; es sind viele, die, wohlgemerkt, nach zwei Jahren Pandemie zum Teil ohnehin schon an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gekommen sind und sich jetzt trotzdem wieder in die Arbeit stürzen, um den Menschen aus der Ukraine zu helfen. Deshalb sage ich ausdrücklich den Ehrenamtlichen genauso wie den Hauptamtlichen ein ganz herzliches Dankeschön für das großartige Engagement, das wir hier in unserem Land erleben dürfen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir wollen die Integration weiter voranbringen. Mit Verlaub, das Angebot von Deutschkursen ist nicht davon abhängig, dass man Leistungen nach dem SGB II bekommt. Vielmehr laufen jetzt bereits vielfältige Angebote, und wir werden diese weiter ausbauen. Genauso werden wir die Beratungsangebote weiter ausbauen. Das haben wir bereits mit den großen karitativen Organisationen besprochen. Das wird jetzt sehr schnell umgesetzt, weil wir angesichts der Vielzahl von Flüchtlingen aus der Ukraine in der Tat ein breiteres Angebot brauchen, das entsprechend mit höheren Zuschussbeträgen versehen werden muss.

Ich darf an dieser Stelle aber noch einmal darauf hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns an den Ergebnissen messen lassen, auch was die Integration nicht nur der Ukrainer – die steht erst bevor –, sondern insgesamt von Flüchtlingen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern angeht. Sie picken immer irgendwelche einzelnen Rosinen oder auch schlechte Stückchen heraus. Sie wissen aber auch: Die von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Statistiken zeigen eindeutig, dass in jedem anderen Bundesland ein höherer Anteil von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern arbeitslos ist als in Bayern. Das gilt für die ausländischen Staatsangehörigen; das gilt auch für Menschen mit Migrationshintergrund. Egal, wie Sie es drehen und wenden, kommen Sie immer wieder zu dem Ergebnis, dass es bei uns in Bayern den meisten gelingt, einen Arbeitsplatz zu bekommen und dann in der Tat von eigener Hände Arbeit zu leben. Das ist das Ergebnis der Arbeit in Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das ist auch entscheidend für die Menschen, für die einen wie für die anderen. Daran wollen wir auch in Zukunft arbeiten. Deshalb werden wir mit den Dingen, die Sie hier in den Raum stellen, wirklich nicht weiter vorankommen.

Ich sage gern noch ein Wort zu dem Thema SGB II. Nur damit die Kommunen finanziell entlastet werden, was unser Anliegen ist, die Forderung in den Raum zu stellen,

dass jetzt jeder Flüchtling aus der Ukraine vom ersten Tag an Leistungen nach dem SGB II bekommen soll – – Da, sage ich Ihnen ehrlich, fürchte ich, dass wir eher neue soziale Verwerfungen in unserem Land bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben eine großartige Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass sehr viele Menschen, die auch persönlich hilfsbereit sind, sagen: Na ja, dass jetzt jeder vom ersten Tag an Leistungen nach dem SGB II bekommen soll … – Wenn jetzt jeder, der neu kommt, vom ersten Tag an so gestellt sein soll wie diejenigen, die seit jeher hier wohnen und Steuerzahler sind, die dann irgendwann in Arbeitslosigkeit fallen und dergleichen und eben nicht mehr genug zum Leben haben, das kann nicht richtig sein. Mit Verlaub, ich habe diese Diskussion bislang auch in der Öffentlichkeit nicht eskaliert. Ich weiß nicht, zu welchem Ergebnis am Schluss jetzt die Ministerpräsidenten kommen werden.

Ich persönlich habe in vielen Gesprächen auch mit Sozialdemokraten und gestern auch wieder in Berlin festgestellt, dass es viele gibt, die im Hinblick auf die Wirkungen auf die Gesamtbevölkerung, ich sage mal ganz vorsichtig, auch eine erhebliche Skepsis haben. Das sollte man beachten in einer Zeit, in der wir eine Preissteigerung haben, wie es sie schon ewig nicht mehr gegeben hat, wo wieder Menschen mit niedrigem Einkommen manchen Euro dreimal umdrehen müssen und kaum wissen, wie sie durchkommen. Sie sollten in einer solchen Zeit bitte gerade in dieser Richtung nicht die falschen Signale setzen. Es geht nicht um die Frage, ob ich etwas gegen gute Integration habe, sondern darum, dass in einer Zeit, wo wir auch sonst schon an die finanziellen Grenzen unseres Staates kommen, der Eindruck erweckt wird, als ob man das am einfachsten damit erledigt, dass man noch mehr Geld ausgibt. Wir müssen da ein bisschen vorsichtig sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur bei dem Thema Integration können wir uns an den Ergebnissen messen lassen. Ich bin dankbar, dass das ausdrücklich ange-

sprochen worden ist. Gestern habe ich zusammen mit der Bundesinnenministerin vor der Bundespressekonferenz im Namen der Länder für die Innenminister die Kriminalstatistik für ganz Deutschland vorgestellt, die erfreulicherweise insgesamt ziemlich parallel zu den Zahlen in Bayern einen Rückgang bei vielen Straftaten ausweist. Wir haben im vergangenen Jahr jedoch leider eine Zunahme an Kinderpornografie und Cyber-Kriminalität gehabt. Aber klar zu sehen ist ein Rückgang von Kriminalität sowie auf jeden Fall das Ergebnis, dass der Freistaat Bayern eindeutig erneut das sicherste aller 16 Bundesländer ist. Das ist ein großartiges Ergebnis der Sicherheitspolitik des Freistaats Bayern, aber gerade auch der Frauen und Männer bei der Polizei und der Justiz, die ganz besonders dafür verantwortlich sind, Ihnen möchte ich heute auch noch mal ein herzliches Dankeschön senden. Wir erreichen mit ihrer großartigen Arbeit mehr Sicherheit für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf sieht in der Tat die nötigen Gelder dafür vor, dass wir das Personal weiter ausbauen, mehr Stellen für die Polizei bekommen und gleichzeitig eine noch bessere Sachausstattung für die Polizei erhalten; denn wir wollen uns nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen, sondern wir wollen weiter mit allem Engagement dafür arbeiten, dass die Menschen – alle Menschen in unserem Land – weiterhin sicher leben können.

Ich bedanke mich beim Hohen Haus für die Unterstützung dieser Arbeit und bitte um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, vielen Dank. – Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Frau Gülseren Demirel.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Minister, wenn man nur drei Minuten Redezeit, aber viel zu sagen hat, kommt das eine oder andere zu kurz. Der Schlusssatz mit dem

Inhalt, es ging Ihnen um mehr Sicherheit und weniger Integration, bezog sich eigentlich auf die Verbote im Bereich der Geflüchteten: kein Zugang zur Schule, Anker-Einrichtungen und Arbeitsverbote. Daher will ich mich nicht falsch verstanden wissen. Sie wissen ganz genau, dass wir immer dafür waren, dass die Registrierungen sauber ablaufen, dass Unterkünfte kleinräumig und dezentral eingerichtet werden und dass Gewaltschutzkonzepte in den Einrichtungen vernünftig umgesetzt werden.

(Zuruf)

Zum Schluss: Natürlich ist ein Deutschkurs nicht vom SGB abhängig, aber Sie wissen, dass jeder Geflüchtete, der einen Schutzstatus bekommt, automatisch in den Geltungsbereich der Sozialhilfegesetzgebung kommt und damit auch die Kommunen entlastet. Deshalb verstehe ich Ihren Widerstand bei den ukrainischen Geflüchteten nicht, die ganz klar einen Schutzstatus haben.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Demirel, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Frau Kollegin, ich nehme das zur Kenntnis, auch wenn es für mich in der Gesamtheit nicht wirklich nachvollziehbar ist, was Sie jetzt eigentlich sagen wollten. Es ist dem Protokoll der heutigen Sitzung wörtlich zu entnehmen, dass Sie gesagt haben: Mehr Integration und weniger Sicherheit. Wenn Sie jetzt richtigstellen wollen, dass Sie das so nicht sagen wollten, nehmen wir das gern zur Kenntnis. So ganz klar wurde das aus Ihren Äußerungen aber nicht, ob Sie das wirklich zurücknehmen wollen oder nicht. So bleibt das im Protokoll wirklich weiterhin so zu lesen. Ich kann nur sagen: Eine solche Gegenüberstellung, einen solchen Gegensatz zwischen Sicherheit und Integration zu bilden, ist völlig verkehrt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 03, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20679 mit 18/20682, 18/20722 und 18/20723, 18/20789 mit 18/20806, 18/20876 und 18/20877, 18/20879 mit 18/20902, 18/21021, 18/21043 mit 18/21045, 18/21182 und 18/21261 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21895 sowie der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Haltung von Dienstfahrzeugen – Verstärkungstitel für Treibstoffkosten aller Art" auf der Drucksache 18/22062.

Ich lasse zunächst über die beiden Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abstimmen, also über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/22062 und über den interfraktionellen Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP auf Drucksache 18/20876. Bitte verwenden Sie jeweils Ihr Abstimmgerät.

Zunächst ist über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Haltung von Dienstfahrzeugen – Verstärkungstitel für Treibstoffkosten aller Art" auf der Drucksache 18/22062 in namentlicher Form abzustimmen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 13:46 bis 13:49 Uhr)

Haben alle Kolleginnen und Kollegen abgestimmt? – Ich sehe noch Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Okay? – Gut. Ich schließe die Abstimmung. Bevor wir mit der nächsten namentlichen Abstimmung beginnen, müssen wir eine kurze Zeit warten, bis ich das Okay bekommen habe, dass wir wieder abstimmen können.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den interfraktionellen Änderungsantrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP betreffend "Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung" auf Drucksache 18/20876. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt jetzt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 13:50 bis 13:52 Uhr)

Anscheinend haben alle Kolleginnen und Kollegen abgestimmt. Damit schließe ich Abstimmung. Wir ermitteln nun die Abstimmungsergebnisse.

Ich fahre fort mit der einfachen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Mittel für die Schaffung eines Zentrums für Wassergefahren" auf Drucksache 18/20902. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die übrigen Fraktionen. Haben wir einen fraktionslosen Abgeordneten? – Ich sehe jetzt niemanden. Stimmenthaltungen? – Sehe ich auch nicht. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Haltung von Dienstfahrzeugen – Verstärkungstitel für Treibstoffkosten aller Art", Drucksache 18/22062, bekannt: Mit Ja haben 10 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 103. Stimmenthaltungen: null. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den interfraktionellen Änderungsantrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der

FDP betreffend "Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung", Drucksache 18/20876, bekannt. Mit Ja haben 42 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 74. Stimmenthaltungen: null. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan selbst. Der Einzelplan 03 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/21895 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD. Fraktionslose Abgeordnete sehe ich nicht. – Damit ist der Einzelplan 03 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 12)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflich-

tungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktion der AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/21895, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21021, 18/21043 mit 18/21045, 18/21182 und 18/21261 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 03 ist damit abgeschlossen.

Ich bin gefragt worden, ob es vorstellbar ist, das heutige Plenum so zu beenden, dass wir unter Umständen morgen mit nicht beendeten Einzelplänen beginnen würden. Dem wird natürlich nicht stattgegeben, weil sich die anderen Kolleginnen und Kollegen darauf eingestellt haben. Wir machen heute, egal wie lange es dauert, das vorgesehene Programm durch. – Ich darf Sie jetzt zur Mittagspause bitten. Um 14:25 Uhr werden wir wieder starten. Danke schön.

(Unterbrechung von 13:58 bis 14:27 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn wir wenige sind, bin ich überzeugt, dass gerade die wenigen die hoch qualifizierten Kräfte sind und wir deshalb starten können. Ich will nicht zu viel sagen, aber als ersten Redner haben wir jetzt den Kollegen Michael Hofmann von der CSU.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 8: Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2022;
hier: Haltung von Dienstfahrzeugen - Verstärkungstitel für Treibstoffkosten aller Art (Kap. 03 02 Tit. neuer Tit.)
(Drucksache 18/22062)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar	X		
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus		X	
Busch Michael			
Celina Kerstin		X	
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander			
Flisek Christian			
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra			
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian			
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine		X	
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	10	103	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 8: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion SPD, der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2022; hier: Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung (Kap. 03 12 Tit. 684 54) (Drucksache 18/20876)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander			
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra			
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl			
Streibl Florian			
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	42	74	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 8

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Christian Flisek u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Erhöhung des Stellenkontingents für voraussetzungslose Antragsteilzeit gem. Art. 88 BayBG
   (Kap. 03 17, 03 18, 03 20, 03 21 jeweils Tit. 422 01)
   Drs. 18/20679

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Klaus Adelt u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Feuerwehrhäuser sanieren
   (Kap. 03 23 Tit. 883 02)
   Drs. 18/20680

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Öffentlichkeitsarbeit Rettungsdienst
   (Kap. 03 24 Tit. 547 03)
   Drs. 18/20681

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen aus dem Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz Bayern 2030
   (Kap. 03 24 Tit. 812 05)
   Drs. 18/20682

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
   (Kap. 03 18 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20722

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Beschaffung und Unterhalt von Tieren
   (Kap. 03 18 Tit. 511 24)
   Drs. 18/20723

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
   (Kap. 03 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20789

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Untersuchung der Auswirkungen des Glücksspielstaatsvertrags auf Spielsucht und Spielverhalten in Bayern
   (Kap. 03 02 Tit. 526 11)
   Drs. 18/20790

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 03 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/20791

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Förderung von Vereinen in strukturschwachen Regionen ausbauen
    (Kap. 03 03 Tit. 893 91)
    Drs. 18/20792

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Stellen für eine Lehrgruppe zur Aus- und Fortbildung der Führungsgruppen im Katastrophenschutz
    (Kap. 03 08 Tit. 422 01)
    Drs. 18/20793

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Personalausstattung der unteren Naturschutzbehörden
    (Kap. 03 09 Tit. 422 01)
    Drs. 18/20794

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Chefdigitallotsinnen und Chefdigitallotsen in den Landratsämtern
    (Kap. 03 09, Tit. 422 01)
    Drs. 18/20795

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Kommunale Integrationszentren einführen und fördern
    (Kap. 03 12 Tit. 633 54)
    Drs. 18/20796

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Psychosoziale Zentren nachhaltig finanziell sichern
    (Kap. 03 12 Tit. 685 54)
    Drs. 18/20797

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Sprachkurse für geflüchtete Frauen flächendeckend ermöglichen
    (Kap. 03 12 Tit. 684 58)
    Drs. 18/20798

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Cyberkriminalität, von Rechtsextremismus und Organisierter Kriminalität beim Landeskriminalamt
    (Kap. 03 15 Tit. 422 01 und 534 01 sowie Kap. 03 17 Tit. 422 01)
    Drs. 18/20799

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Keine weitere Beschaffung von Pferden für die Polizei
    (Kap. 03 18 Tit. 511 24)
    Drs. 18/20800

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Verstärkte Mitgliederwerbung und Nachwuchsgewinnung für Feuerwehren
    (Kap. 03 23 Tit. 547 02)
    Drs. 18/20801

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sanierung von Feuerwehrhäusern fördern
(Kap. 03 23 Tit. 883 02)
Drs. 18/20802

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Keine weitere Finanzierung von Sicherheitswachten
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 18/20803

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sirenen-System in Bayern weiter ausbauen
(Kap. 03 24 Tit. 883 05)
Drs. 18/20804

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: PSNV-E – Psychosoziale Notfallversorgung für Einsatzkräfte im Katastrophenschutz
(Kap. 03 24 neuer Tit.)
Drs. 18/20805

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bessere Ausstattung von Feuerwehrschulen
(Kap. 03 26 Tit. 812 01)
Drs. 18/20806

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD), Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung
(Kap. 03 12 Tit. 684 54)
Drs. 18/20876

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD), Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Institutionelle Förderung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 03 12 neuer Tit.)
Drs. 18/20877

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bündnis für Toleranz
(Kap. 03 03 Tit. 547 07)
Drs. 18/20879

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Planstellen I Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/20880

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landesamt für Asyl und Rückführungen (LfAR) Personalausgaben
(Kap. 03 11 Tit. 422 01)
Drs. 18/20881

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Abschiebekosten
(Kap. 03 11 Tit. 533 01)
Drs. 18/20882

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Rückkehrhilfen
(Kap. 03 11 TG 51)
Drs. 18/20883

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Integrationslotsen
(Kap. 03 12 Tit. 633 55)
Drs. 18/20884

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Maßnahmen zur Förderung von Ausbildung und Arbeit im Bereich der Integration
(Kap. 03 12 Tit. 686 61)
Drs. 18/20885

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beratung und Betreuung von Asylbewerbern, sonstigen Ausländern und bleibeberechtigten Zuwanderern
(Kap. 03 12 TG 54-56)
Drs. 18/20886

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Maßnahmen zur Erstorientierung, Wertevermittlung und Sprachförderung für Asylbewerber und sonstige Ausländer, bleibeberechtigte Zuwanderer sowie weitere Integrationsbedürftige
(Kap. 03 12 TG 58)
Drs. 18/20887

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Jan Schiffers, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Gemeinschaftsverpflegung
(Kap. 03 13 Tit. 514 21)
Drs. 18/20888

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Christian Klingen, Jan Schiffers u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V – Miete, Bewirtschaftung und Unterhalt der Grundstücke und Gebäude, Ausweichunterbringung
(Kap. 03 13 Tit. 517 01, Kap. 03 13 Tit. 517 05, Kap. 03 13 Tit. 518 01, Kap. 03 13 Tit. 519 01 und Kap. 03 13 Tit. 533 02)
Drs. 18/20889

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausgaben für Sicherheit
(Kap. 03 13 Tit. 517 11)
Drs. 18/20890

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Forschungsaufträge und Informationsmaterial
(Kap. 03 13 Tit. 526 21 und Kap. 03 13 Tit. 531 21)
Drs. 18/20891

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 03 13 Tit. 633 01)
Drs. 18/20892

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehraufwandspauschale der Kassenärztlichen Vereinigung
(Kap. 03 13 Tit. 633 09)
Drs. 18/20893

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Hausverwalterpauschale
(Kap. 03 13 Tit. 633 10)
Drs. 18/20894

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Transportkosten für die Weiterleitung der Bewohner der Unterkünfte
(Kap. 03 13 Tit. 671 01)
Drs. 18/20895

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 18/20896

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 17 Tit. 428 01)
Drs. 18/20897

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 18/20898

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 20 Tit. 422 01)
Drs. 18/20899

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhöhung der Ausgaben für Gutachten zur Effizienzsteigerung im Rettungsdienst
(Kap. 03 24 Tit. 526 11)
Drs. 18/20900

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhöhung der Mittel für die Wasserrettung
(Kap. 03 24 Tit. 894 01)
Drs. 18/20901

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mittel für die Schaffung eines Zentrums für Wassergefahren
(Kap. 03 24 neuer Tit.)
Drs. 18/20902

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Dr. Gerhard Hopp
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Eva Lettenbauer
Abg. Susann Enders
Abg. Claudia Köhler
Abg. Jan Schiffers
Abg. Doris Rauscher
Abg. Julika Sandt
Abg. Thomas Huber
Abg. Kerstin Celina
Staatsministerin Ulrike Scharf

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 10

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/21066 mit 18/21074 und 18/21260)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/21035 mit 18/21041)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20856 mit 18/20870)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20969 mit 18/21000)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/20703 mit 18/20721)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20756 mit 18/20780)
Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion (Drs. 18/21042)

Einzelheiten hierzu können Sie der Tagesordnung entnehmen. Als Gesamtredezeit wurden 45 Minuten vereinbart. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/20858 und 18/21042 und die SPD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/20708 und 18/20720 jeweils namentliche Abstimmungen beantragt haben.

Ich eröffne die Aussprache. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp für die CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Guten Morgen. Mir geht es wie allen Vorrednern: Auch ich muss auf die aktuelle Lage und die Entwicklung in den letzten zwei Jahren in meinem Redebeitrag zumindest kurz eingehen. Mittlerweile sind es über zwei Jahre, in denen uns die Corona-Pandemie hier im Bayerischen Landtag beschäftigt und die Menschen in ganz Bayern bewegt. Seit mittlerweile knapp sechs Wochen kommt nun der Angriffskrieg Putins in der Ukraine hinzu. Ich glaube, es gibt nur ganz wenige in Bayern, in Deutschland und auch hier im Hohen Haus, deren Arbeit, deren Leben und auch deren politische Arbeit sich deshalb nicht fundamental geändert hätten.

Dies gilt auch für uns als Parlament und vor allem für uns als Haushaltsgesetzgeber. Wir fahren auch in diesem Jahr mit unserem Haushalt, einem Ein-Jahres-Haushalt, auf Sicht. Wir mussten und müssen auch weiterhin gemeinsam mit der Staatsregierung einen gewaltigen finanziellen Kraftakt bewältigen, einen Spagat, um es genau zu sagen. Hilfen für die Wirtschaft, Ausgaben für die Rettungsschirme, gewaltige Kosten im Gesundheitsbereich, aber auf der anderen Seite auch massive Steuerausfälle für uns alle – es war, ist und bleibt eine Herausforderung, einen Haushalt aufzustellen. Jetzt, mitten im Angriffskrieg in der Ukraine mit all seinen wirtschaftlichen Auswirkungen – wir haben es im vorherigen Tagesordnungspunkt gehört –, stehen wir an einer entscheidenden Wegmarke beim Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Solidarität in der Gesellschaft ist jetzt mehr denn je gefragt. Dieser Zusammenhalt, meine Damen und Herren, und diese Solidarität machen mir aber auch gerade jetzt in diesen Zeiten Mut. Es ist schon beeindruckend zu sehen, wie Tausende Menschen in ganz Bayern Mitmenschlichkeit gegenüber den Geflüchteten aus der Ukraine zeigen. Ich spreche Ihnen allen in ganz Bayern meinen persönlichen Respekt und meinen Dank für dieses Engagement aus, meine Damen und Herren! Sie alle draußen im Land, aber auch hier im Hohen Haus zeigen damit: Demokratie und sozialer Zusammenhalt gehören zusammen.

(Beifall bei der CSU)

Daher ist es ein wichtiges Signal, heute nach sehr intensiven Beratungen im Haushaltsausschuss mit einer Rekordzahl an Anträgen auch einen Rekordsozialhaushalt vorzulegen. Nachdem der Haushalt im letzten Jahr erstmals in der Geschichte Bayerns die Schwelle von 7 Milliarden Euro überschritten hat, steigt er 2022 nochmals um 4,5 % auf 7,35 Milliarden Euro an. Dies ist ein Signal, dass wir als Koalition auch weiterhin den Schwerpunkt im Haushalt auf die Familien als Kern unserer Gesellschaft setzen, also gerade auf diejenigen, die in den letzten Jahren der Pandemie einen besonderen und schweren Beitrag leisten mussten: die Eltern, Jugendlichen, Kinder und Kleinsten. Ich habe allerhöchsten Respekt vor der Leistung, die sie alle erbringen mussten. Ich habe selbst zwei Kinder im Grundschul- und Kindergartenalter, und ich weiß um die Sorgen der Eltern. Ich kenne den Spagat zwischen Beruf, Familie und Homeschooling, der geschafft werden musste, und ich weiß auch um die Belastung der Kinder in diesen Zeiten.

Deswegen ist es richtig, dass Familienleistungen in unserem Haushalt nach wie vor den Schwerpunkt darstellen, nicht nur, wenn es um die Rückerstattung der Kitabeiträge ging, die im Sonderfonds gelaufen sind, sondern auch in Form von konkreten Familienleistungen, die 4,1 Milliarden Euro ausmachen, meine Damen und Herren, und damit eine halbe Milliarde Euro mehr als noch 2020, was fast 60 % des vorliegenden Haushalts entspricht. Im Mittelpunkt stehen für uns nach wie vor die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Stärkung der Kindertageseinrichtungen, meine Damen und Herren. Wir unterstützen die Gemeinden und Städte nach wie vor massiv beim Ausbau der Betreuungsplätze. Seit 2008 wurden insgesamt 1,2 Milliarden Euro an Landesmitteln eingesetzt, um insgesamt 2 Milliarden Euro an Förderungen auf den Weg zu bringen, und das – dies möchte ich hier und heute unterstreichen – für eine kommunale Aufgabe. Das heißt, der Freistaat Bayern steht hier zu seinen Kommunen, und das ganz zu Recht.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Ziele im Koalitionsvertrag haben wir schon lange mehr als erreicht und übererfüllt, auch bei der Abfinanzierung des Sonderinvestitionsprogramms des Bundes. Insgesamt haben wir 73.500 Kinderbetreuungsplätze und 10.000 Hortplätze auf den Weg gebracht. Dies ist eine Dynamik, wie sie kein anderes Bundesland in Deutschland vorweisen kann. Was wir jetzt hier in Bayern brauchen, sind nicht nur neue Ankündigungen des Bundes für ein weiteres Investitionsprogramm, sondern auch eine konkrete Umsetzung. Dies bedeutet, nicht nur anzukündigen und zu reden, sondern auch zu beschließen und konkret zu liefern. Hier brauchen wir weiterhin den Bund an unserer Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sprechen Sie mit Ihren Kollegen der Ampelkoalition in Berlin! Hier muss geliefert werden.

Selbstverständlich investieren wir in Bayern auch weiterhin in die Qualität der Kinderbetreuung. Betriebskostenförderung ist das konkrete, sichtbare Zeichen, dass wir an der Seite der Einrichtungen und der Träger stehen. In diesem Jahr gibt es erstmals über 2 Milliarden Euro für die Betriebskosten. Ich kenne die Debatte, die darüber in den vergangenen Jahren stattgefunden hat, aus den Ausschüssen, vor allem aus dem Sozialausschuss. Ja, wir setzen auch Geld für die Qualitätsverbesserung, den Leitungsbonus, den Verwaltungsbonus, die Tagespflege, die Qualitätsbegleitung und die Digitalisierung ein. In einer dritten Säule stehen wir in Bayern anders als andere Länder nach wie vor auch dazu, die Erziehungsleistung wertzuschätzen und anzuerkennen. Mit dem Beitragszuschuss für die Eltern, dem Krippengeld und dem Bayerischen Familiengeld unterstützen wir Familien direkt. Diese Leistung erbringt nur Bayern, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Nach wie vor helfen wir Paaren bei der Kinderwunschbehandlung, haben aber auch die Jugendlichen, die ich schon angesprochen habe, besonders im Blick, die von den Kontaktbeschränkungen stark betroffen waren. Unsere Jugendarbeit mit ihren haupt- und ehrenamtlichen Helfern sind sehr wichtige Stützen, denen wir beiseite stehen müssen. Die Ausstattung – Frau Ministerin, vielen Dank dafür – beträgt mittlerweile

insgesamt fast 36 Millionen Euro, die wir für die Jugendarbeit einsetzen können, deren Beitrag wir in und nach Corona sehen und unterstützen müssen. Wir müssen die sozialen Kontakte stärken, um Kindern und Jugendlichen gerade jetzt Halt zu geben. Ich spüre dies selbst. Ich bin nebenbei noch immer in jeder freien Minute, sofern es irgendwie möglich ist, als Jugendleiter beim Fußballtraining unterwegs, und was sehe ich? – Eine große Nachfrage bei Kindern und Familien, sich jetzt auszutauschen und wieder am Training teilzunehmen. Wir müssen die Jugendarbeit auch mit Geld unterstützen und wertschätzen.

Deswegen halte ich auch bei diesen Beratungen dagegen und werde es auch in der Zukunft tun, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, wenn Sie die Axt an die Jugendarbeit legen wollen, wenn Sie hier gerade beim Bayerischen Jugendring immer wieder die Anträge einbringen, zu kürzen und Leistungen zu streichen, weil Ihnen die Positionierung des Jugendrings nicht passt. Ich sage immer und sage es auch heute: Ich danke dem Bayerischen Jugendring für seine wertvolle Arbeit für die Demokratie und für die Stärkung der Jugendlichen in Bayern. Wir werden als CSU-Fraktion auch in der Koalition weiter an der Seite der Jugendlichen stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir tun das bei den Ehrenamtlichen mit weiteren Anträgen, aber auch bei denjenigen, die eben nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Wir sehen in diesem Haushaltsentwurf ja gerade, welch großen Bogen die Sozialpolitik spannen muss, zum Beispiel auch beim Bereich der Vertriebenen. Dieses Thema ist jetzt aktueller denn je. Hier stehen wir an der Seite der Vertriebenen, die in den vergangenen Jahrzehnten einen ganz wertvollen Beitrag zum Aufbau unseres Landes geleistet haben, an der Seite der Sudetendeutschen. Das ist im Haushalt ebenfalls abgebildet. Sie sind mittlerweile eine ganz wichtige, wertvolle Brücke zu Tschechien und bleiben es. Hier werden das Sudetendeutsche Museum und die "Sudetendeutsche Zeitung", um nur einige Beispiele zu nennen, von unserer Seite unterstützt.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist ausgewogen. Er ist ein kräftiges Signal für ein soziales Bayern, ein menschliches Bayern, ein Bayern als Familienland. Ich danke allen, die sich beteiligt haben, der Ministerin, dem Finanzminister, allen Mitdiskutanten, die Anträge eingebracht haben, die auch richtig sind; die Diskussion war wichtig. Ich danke ebenso allen, die als Steuerzahler ermöglichen, dass wir diesen Sozialhaushalt beschließen können.

Meine Damen und Herren, ich bitte für die CSU-Fraktion um Zustimmung zum vorliegenden Haushalt. Er ist ein wichtiges, kraftvolles Signal für ein soziales Bayern. Deswegen sage ich vielen Dank an Sie alle.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hopp. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Eva Lettenbauer.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg*innen! In der pädagogischen Praxis gibt es einen Grundsatz: zuhören. Nur wer zuhört, kann an den Bedürfnissen anderer orientiert arbeiten. Das sollte auch in allen politischen Bereichen gelten, aber ganz besonders in denen, die sich in diesem Einzelplan – Arbeit, Familie, Soziales – finden. Leider geht die Staatsregierung aber nach dem Motto "Schönreden statt zuhören" vor.

Greifen wir mal die Berufseinstiegsbegleitung heraus. Sie hat bisher jährlich 3.500 Schüler*innen beim Übergang von der Schule ins Berufsleben gefördert. Die Berufseinstiegsbegleitung ist eines der erfolgreichsten Projekte zur Unterstützung von Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf. Sie ist eine der wenigen Maßnahmen in Bayern, die wirklich hilft, Bildungsungerechtigkeit zu bekämpfen und Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Sie hat sehr, sehr vielen jungen Menschen einen guten und nachhaltigen Start in Ausbildung und Beruf ermöglicht. Was macht die Staatsregierung? – Sie beendet die Berufseinstiegsbegleitung. Liebe Kolleg*innen in den Regierungsfraktionen, hören Sie den Menschen zu! Beschönigen Sie nicht die hausgemachten Pro-

bleme! Lassen Sie junge Menschen auf dem Weg in den Beruf nicht alleine, unterstützen Sie sie bei dem Weg in ein gutes Leben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz genauso läuft es zum Beispiel bei der "Second Stage"-Förderung durch den Freistaat. In "Second Stage"-Projekten finden Frauen und Kinder nach einem Aufenthalt im Frauenhaus weiterhin Unterstützung. Sie verlängern aber hier leider wieder mal nur die wenigen Modellprojekte. Dagegen braucht es zügig eine Förderrichtlinie für eine Regelförderung, damit nicht nur an Modellorten, sondern in ganz Bayern "Second Stage"-Projekte für Frauen entstehen können. Auch hier – das haben wir vergangene Woche in der Anhörung noch einmal deutlich gehört – rufen die Träger, rufen die Menschen nach Planungssicherheit. Es braucht deutlich mehr Plätze und eine langfristige Finanzierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz besonders braucht es dies angesichts der eklatant fehlenden Frauenhausplätze in Bayern. Hier verweigert die Staatsregierung es quasi aus Tradition, eine angemessene Anzahl zu schaffen. Träger und Kommunen rufen aber seit Jahren nach mehr und nach besserer Unterstützung. Liebe Frau Sozialministerin, brechen Sie mit der Tradition Ihrer Vorgängerinnen und machen Sie dieses Verantwortungs-Schwarze-Peter-Spiel nicht mehr mit! Es ist Aufgabe des Freistaats, Frauen ausreichend Schutzräume vor Gewalt bereitzustellen und nicht Kennzahlen oder Werte schönzurechnen oder schönzureden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zuhören statt schönreden, handeln statt Verantwortung hin- und herschieben – das muss unsere Maxime sein. Auch wenn es um die Jugendhilfe in Bayern geht, wird von der Regierungskoalition leider wieder schöngeredet. Die Freien Träger sollen mehr Jugendhilfe anbieten. Genauso so ist es; das ist wichtig. Aber damit ein Träger Finanzie-

rung des Freistaats für mehr Angebote bekommt, muss er mehr eigenes Geld vorweisen. Das ist aber nicht vorhanden. Woher auch? – Eigenanteil der Träger darf nicht nur Bargeld sein. Eigenleistung muss anerkannt werden. Wir GRÜNEN haben dazu bereits einen Gesetzentwurf eingebracht. Liebe Kolleg*innen, Sie standen hier am Redepult und haben uns erzählt, dass es kein Problem gibt. Ich kann Ihnen sagen: Auf mich sind Träger aus ganz Bayern zugekommen und haben sich dafür bedankt, dass wir das Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Hören Sie auf Träger, Jugendliche, Frauen, Bürger*innen oder im Zweifel auf die reine Vernunft! Ich habe eine gute Nachricht, liebe Kolleg*innen in der Staatsregierung und in den Regierungsfraktionen: Zuhören ist eine erlernbare Kompetenz. Dann muss man auch gar nichts mehr schönreden; denn dann kann man endlich handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Lettenbauer. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Frau Kollegin Susann Enders das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Warum der Staat jetzt investieren muss" – diese Aussage, diese Schlagzeile war in den vergangenen Monaten während der Corona-Pandemie in zahlreichen Medien und Fachjournalen zu lesen. Warum der Staat gerade jetzt, in dieser für die Gesellschaft so schwierigen Zeit, die Menschen, Unternehmen und Institutionen nicht hängen lassen darf, liegt nahe. Dass er auch in Bayern im Staatshaushalt 2022 dafür erhebliche Sonderbelastungen stemmen musste, ist die logische Konsequenz.

Knapp 71 Milliarden Euro betragen die Gesamtausgaben im Haushaltsplan. Dieser Gesamtplan zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass im Bereich "Familie, Arbeit und Soziales" Rekordsummen von knapp 7,4 Milliarden Euro fließen, sogar 314 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Als FREIE-WÄHLER-Regierungsfraktion investieren wir zusammen mit unserem Koalitionspartner massiv in unseren Nachwuchs, in unsere Kinder. Wir werden 73.500 Betreuungsplätze für Kinder in der Altersgruppe bis zur Einschulung fördern. Gerade mit uns FREIEN WÄHLERN haben Kinder und Familien einen neuen Stellenwert im Freistaat erreicht. Mit einem Kindergartenzuschuss von 100 Euro pro Kind und Monat werden Familien seit dieser Legislatur unterstützt, ebenso mit dem Krippengeld. Für die Förderung von Kindertageseinrichtungen sind insgesamt rund 2,9 Milliarden Euro vorgesehen, das sind rund 76 Millionen Euro mehr als im Jahr 2021. Die Mittel stehen unter anderem für die Betriebskostenförderung nach dem BayKiBiG, den Beitragszuschuss für Eltern von Kindern in Kindertageseinrichtungen, die Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung und das Bayerische Krippengeld zur Verfügung. Für das Bayerische Familiengeld sind rund 770 Millionen Euro vorgesehen. Das Sonderinvestitionsprogramm haben wir immer weiter gestärkt, sodass wir das ursprüngliche Ausbauziel von 42.000 Betreuungsplätzen im Freistaat Bayern übertreffen konnten.

Im Einzelplan 10 sind 75,1 Millionen Euro – das sind Bundes- und Landesmittel – zur Finanzierung des 4. Sonderinvestitionsprogramms sowie zur Finanzierung von 10.000 Hortplätzen vorgesehen. Darüber hinaus sind 90 Millionen Euro zur Finanzierung des 4. Sonderinvestitionsprogramms im Corona-Investitionsprogramm eingestellt.

Mich freut besonders, dass das Thema "Bayern barrierefrei" ebenfalls von der Staatsregierung weiter anerkannt und honoriert wird. Ziel ist, den Freistaat im gesamten öffentlichen Raum und im ÖPNV barrierefrei zu gestalten. Das ist unser Ziel. Natürlich gibt es hier noch zahlreiche Lücken. Meine Damen und Herren, wer mit der Bahn unterwegs ist, kann davon ein Lied singen. Das ist für den Freistaat aber kein Grund lockerzulassen. "Bayern barrierefrei" ist vielschichtig; es wird zwar nicht bis 2023 geschafft werden, aber wir bleiben dran und müssen es weiterhin im Auge behalten.Mobilität, Bildung, Angelegenheiten im Bereich der Kita, staatliche Gebäude, Information und Kommunikation – es gibt viele Schwerpunkte. Im Jahr 2022 stehen

dafür Mittel von rund 146 Millionen Euro bereit. Auch in den kommenden Jahren muss die Barrierefreiheit weiterhin Schritt für Schritt finanziert werden.

Unserer FREIEN-WÄHLER-Fraktion waren bei den Haushaltsberatungen viele Dinge ganz besonders wichtig, denen wir mit unseren Änderungsanträgen besondere Aufmerksamkeit schenken, wie zum Beispiel die im Freistaat vorhandenen Bahnhofsmissionen. Es sind 13 an der Zahl. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter helfen dort jedem, der ohne Anmeldung kommt, gratis, ohne Voraussetzungen zu stellen. Bahnhofsmissionen helfen vor Ort. Sie passen ihre Hilfsangebote in der Corona-Krise kontinuierlich an. Der Hilfe- und Hygienebedarf steigt im Rahmen der Krisenbewältigung, sodass die Bahnhofsmissionen durch die Verstärkung der Mittel in Bayern coronabedingte Mehrausgaben zu kompensieren hatten und das jetzt auch können. Die Mittel dafür steigen auf 3,3 Millionen Euro.

Unterstützenswert ist ebenso das Projekt des Vereins Kassandra für alle Menschen, die als Sexarbeiterinnen bzw. Sexarbeiter oder anderweitig in diesem Gewerbe tätig sind. Der Verein leistet in einer Branche Hilfe, die viele nicht sehen wollen. Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt und setzt sich seit 1987 ein. Seine Förderung soll um weitere 50.000 Euro steigen.

Auch wenn das im Vergleich zum Gesamthaushalt nur kleine Summen sind, ist es doch wichtig, auch genau dort zu investieren; denn nicht nur die großen Summen, die großen Brocken, sind wichtig.

Um 250.000 Euro, auf 1,3 Millionen Euro, wollen wir die Unterstützung für zwei Projekte im Bereich Teilzeit anheben, nämlich für "Meine Chance 2.0" des Sozialdienstes katholischer Frauen sowie das Projekt "Chance Berufsabschluss in Teilzeit" der beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft. Mit der Verstärkung dieser Mittel für die Förderung der Teilzeitausbildung kann die Inanspruchnahme dieses Ausbildungsmodells noch attraktiver und vor allem zielgruppenspezifischer gestaltet werden.

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 sind außerdem eine Einmalzahlung an gehörlose Menschen mit dem Merkzeichen "Gl" geschaffen. Vor dem Hintergrund, dass die Corona-Pandemie Kommunikationsmöglichkeiten explizit für hörbeeinträchtigte Menschen weiter erschwert hat, soll im Hinblick auf den alltäglichen technischen Mehraufwand und im Rahmen der Krisenbewältigung eine Einmalzahlung in Höhe von 145 Euro an gehörlose Menschen mit dem Merkzeichen "Gl" geleistet werden. Das ist leider noch lange nicht das dringend von uns geforderte und benötigte Gehörlosengeld, aber auch für dieses werden wir FREIEN WÄHLER uns weiterhin innerhalb der Koalition einsetzen.

Das Projekt Anlaufstellen für Bildung und Bürgerschaftliches Engagement der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung soll im Rahmen einer kurzen Überbrückungszeit fortgeführt werden. Die Anschubfinanzierung ist zeitlich bis Ende August 2022 befristet. Eine Anschubfinanzierung für die Monate September bis Dezember wollen wir jetzt geben.

Es gibt noch vieles, was ich aufzählen könnte, aber die Redezeit läuft ab. Ich kann nur sagen: Ich bitte Sie um Zustimmung zu den von den FREIEN WÄHLERN und der CSU eingebrachten Haushaltsvorschlägen zum Einzelplan 10.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Enders. – Es liegt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Claudia Köhler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vor.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Enders, ich möchte nur klarstellen: Das Gehörlosengeld haben nicht Sie gefordert, sondern wir GRÜNEN mit einem Antrag, und das haben auch andere Oppositionsparteien gefordert. Sie haben es im Ausschuss abgelehnt. Ich hoffe, Sie stimmen heute bei der namentlichen Abstimmung zu.

Ich habe mich aber gemeldet, um Sie zu fragen, wie Sie heute bei der namentlichen Abstimmung zur Berufseinstiegsbegleitung abstimmen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Zur namentlichen Abstimmung zur Berufseinstiegsbegleitung werde ich genauso wie Sie nach bestem Wissen und Gewissen abstimmen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Enders, vielen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Schiffers für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Nachdem die gravierenden Folgen von zwei Jahren fehlgeleiteter Corona-Politik gleichermaßen drakonischer wie unwirksamer Maßnahmen immer deutlicher zutage treten, kommt dem ohnehin wichtigen Haushalt im Bereich Soziales nochmals eine ganz besondere Bedeutung zu.

Der aktuelle Krieg in der Ukraine, für den einzig und allein die russische Regierung die Verantwortung trägt, verschärft die Lage gerade im sozialen Bereich weiter. Die Vorgehensweise des Regimes in Moskau führt nicht nur auf europäischer Ebene und auf Bundesebene zu erheblichen Verwerfungen, sondern auch bei uns in Bayern. Vor diesem Hintergrund hält der Haushaltsentwurf einer kritischen und unideologischen Prüfung nicht komplett stand.

Im Einzelnen: Dass bezahlbarer Wohnraum in Bayern, insbesondere in den Ballungsräumen, knapp ist, ist zwar allgemein bekannt; dennoch ist der Staatsregierung die nennenswerte Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum nicht gelungen. Es sieht aktuell auch nicht danach aus, dass dieses Problem in dieser Legislaturperiode noch ernsthaft angegangen wird. Auch infolgedessen ist Obdachlosigkeit im Freistaat ein ernstes Problem.

Die aktuelle Situation in der Ukraine verschärft die in Bayern bestehende Wohnungsnot bereits jetzt und wird sie durch die Ankunft weiterer Flüchtlinge noch weiter ver-

schärfen. Selbstverständlich bin ich der Meinung, dass die fliehenden ukrainischen Frauen und Kinder, die vor dem russischen Krieg gegen die Zivilbevölkerung, vor Bombenterror und marodierenden Truppen fliehen müssen, auch in Bayern Aufnahme und Unterstützung finden müssen – im Gegensatz zu den Migranten, die aus rein wirtschaftlichen Gründen in unsere Sozialsysteme einwandern wollen. Vor diesem Hintergrund sind die Mittel für die Stiftung Obdachlosenhilfe zwingend zu erhöhen, aber nicht zu reduzieren. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unserem diesbezüglichen Änderungsantrag.

Ich komme zurück zu den originär durch die fehlgeleitete Corona-Politik der Bayerischen Staatsregierung verursachten Schäden. Es ist ein Allgemeinplatz unter Politikern geworden, insbesondere denjenigen der CSU und der FREIEN WÄHLER, die Jugend und die Kinder zu den Hauptbetroffenen der Corona-Maßnahmen zu stilisieren, obwohl man selbst diese katastrophale kinder- und jugendfeindliche Politik mitbetrieben hat.

Dass nun im aktuellen Haushaltsentwurf Mittel für Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe nicht nur nicht erhöht, sondern gekürzt werden, ist der komplett falsche Weg. Zur Bewältigung der massiven psychosozialen Folgen der Corona-Politik ist eine angemessene finanzielle Ausstattung im Bereich der Jugendhilfe unabdingbar. Auch diesbezüglich haben wir einen Änderungsantrag eingereicht.

Nachdem die Einschränkungen der vergangenen Jahre die Probleme von vielen Jugendlichen, eine Lehrstelle zu finden, verschärft haben, ist ein Handeln dringend angezeigt. Bedingt durch Verzögerungen in der Persönlichkeitsentwicklung durch die psychosozialen Folgen von Kontaktverboten, Distanzunterricht und weiteren Einschränkungen des täglichen Lebens hat sich dieses Problem deutlich verschärft.

Wir möchten einen neuen Haushaltstitel "Vorbereitung auf die Ausbildung, Sonderprogramm für Jugendliche zur Förderung der Ausbildungsreife" schaffen. Hiermit sollen

Programme gefördert werden, die Jugendliche mit Entwicklungsverzögerungen zur Aufnahme einer Ausbildung motivieren und ihnen erste Berufserfahrung ermöglichen.

Im Zusammenhang mit der Corona-Politik, aber auch mit der mittlerweile massiv gestiegenen Inflation, die lange vor dem derzeitigen Krieg begann, kommen immer mehr Bürger im Freistaat in finanzielle Nöte. Deshalb ist aus unserer Sicht eine auskömmliche Finanzierung der Insolvenzberatung in Bayern dringend erforderlich. Eine schnelle und effektive Beratung vor Ort kann Schlimmeres oft verhindern. Deshalb sprechen wir uns für eine Erhöhung der Zuwendungen an Kommunen in diesem Bereich aus.

Es gibt also viele Bereiche, in denen Investitionen zwingend nötig sind und Sinn machen; allerdings gibt es auch Positionen im Haushaltsentwurf, die aus unserer Sicht weder nötig noch erforderlich sind. Hierzu gehört die komplette Titelgruppe 75 im Kapitel 10 07 des Einzelplans. – Glücklicherweise kann jeder Mensch sein Leben in Bayern heutzutage so führen, wie er möchte, unabhängig von seiner sexuellen Orientierung. Nun aber Steuermittel zu verwenden, um Maßnahmen im Bereich LSBTIQ umzusetzen, wie es in dem entsprechenden Titel heißt, ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Über die Beweggründe, derartige Pläne zu verfolgen, kann man nur spekulieren. Es liegt nahe, dass der Blinker damit links gesetzt werden soll. Vielleicht möchte man sich so bei dem nächsten potenziellen Koalitionspartner lieb Kind machen. Wir beantragen, die entsprechende Titelgruppe komplett zu streichen und die Gelder für die zuvor beschriebenen Maßnahmen und Projekte einzusetzen.

Einsparungspotenzial sehen wir auch bei der bisher bestehenden Förderung der Organisation Pro familia. Pro familia ist in der Schwangerschaftskonfliktberatung tätig, fordert aber zugleich ein Menschenrecht auf Abtreibung ein und betreibt auch selbst ambulante Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Wir sehen dabei einen massiven Interessenkonflikt und meinen: Die entsprechenden Mittel für diese Organisation sind zu streichen.

(Beifall bei der AfD)

Als sinnvolles Investitionsprojekt sehen wir die "Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind" an, die werdende Mütter in Not, kinderreiche Familien und Alleinerziehende in besonderen Notlagen unterstützt. Wir sprechen uns wie schon in den vergangenen Jahren für eine Erhöhung der entsprechenden Mittel aus.

Ich bitte um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Doris Rauscher das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal große Zahlen, sogar ein Aufwuchs um 4,5 % im Sozialhaushalt – davon könnte man richtig beeindruckt sein. Aber dem genauen Blick halten die Zahlen doch wieder nicht ganz stand; denn ein großer Teil der Gelder kommt aus Berlin. Wie gut, dass der Bund so entschlossen handelt – für Familien, für Kinder, für Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Eine Leistung der Staatsregierung ist das aber ganz sicher nicht.

Was würden wir hier in Bayern eigentlich machen, wenn die Bundesregierung dem Freistaat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nicht unter die Arme greifen würde? Bestes Beispiel: Kitaausbau. Die jüngste Verlängerung des Sonderinvestitionsprogramms ging allein auf Bundesgelder zurück. Ohne den Bund wären viele der 75.000 neuen Plätze nicht möglich gewesen. Weitere 4.800 Plätze hätten wir selbst auf den Weg bringen können, wenn der Freistaat eigene, zusätzliche Gelder in die Hand genommen hätte. Hat er aber nicht! Rund 67 Millionen Euro fehlten, um nur die bereits eingereichten Anträge zu bearbeiten. Dabei sind all die Kommunen noch gar nicht berücksichtigt, die noch keinen Antrag gestellt haben. Doch anstatt zu handeln, schielt der Freistaat wieder nach Berlin.

(Beifall bei der SPD)

Bildungsangebote machen – das ist nicht Angelegenheit der Bundesregierung, verehrte Staatsregierung. Sonst ist doch Bayern immer stolz auf seine Bildungspolitik. Darauf pocht Bayern immer deutlich – außer es geht darum, eigenes Geld in die Hand zu nehmen; dann ist es plötzlich doch wieder eine Bundesangelegenheit. Noch viel traurigeer ist: Das zieht sich durch viele Bereiche des Haushalts. Statt innovativer Ideen und großer Würfe erleben wir wieder nur Flickschusterei und ein Nachjustieren am Status quo.

Für den Kollegen der FREIEN WÄHLER war im Haushaltsausschuss eine entscheidende Frage: Wo in dieser Gesellschaft gibt es Bedürftige, die die Hilfe des Staates brauchen? Danach sollte der Sozialhaushalt ausgerichtet sein. Wie soll ich es sagen: Das hat leider nicht geklappt, Herr Kollege! Wir von der SPD geben aber gern ein bisschen Nachhilfe. Wo also gibt es Bereiche, die viel mehr in den Fokus gerückt werden müssen und für die unsere Fraktion Änderungsanträge eingebracht hat?

Ein Bereich sind unsere Kitas. In den Kitas brennt es, und zwar lichterloh. Die Arbeitsbedingungen sind vielerorts nicht erst seit Corona eine Zumutung. Das Personal ist am Limit. Die Bildungs- und die Betreuungsqualität leiden. Das liegt einzig und allein an den Rahmenbedingungen. Was muss eigentlich noch passieren, damit sich etwas ändert, damit die Grundfinanzierung angehoben, der Personalschlüssel verbessert, die Leitungsfreistellung für alle Kitas refinanziert oder auch die Ausbildung über Opti-Prax besser refinanziert wird?

Den Verweis auf den Fachkräftemangel, Kolleginnen und Kollegen, kann niemand mehr hören; dieser ist schon ziemlich alt. Machen Sie endlich etwas dagegen! Verbessern Sie endlich die Arbeitsbedingungen in diesem Berufsfeld, anstatt immer die gleiche Ausrede zu finden!

(Beifall bei der SPD)

Es bedarf weiterer Unterstützung für Kinder und Jugendliche, zum Beispiel durch mehr Jugendsozialarbeit an Schulen. Auch in diesem Bereich wird ein großer Teil der neuen Stellen vom Bund – aus dem Corona-Aufholprogramm – finanziert.

Das Hauptproblem aber ist: Der Freistaat bleibt bei seiner seit Jahren gleichen Zuschusspauschale. Das reicht schon lange nicht mehr aus, vor allem nicht für finanzschwache Kommunen. Es reicht gleich gar nicht aus für diejenigen auf kommunaler Ebene, die sich den Zuschlag nicht leisten können; denn manche Kommunen und Schulen gehen schlichtweg leer aus. Darunter leiden die betroffenen Kinder und Jugendlichen. Das ist ein Jammer, vor allem jetzt, mit Corona.

Ähnlich ist es bei der Berufseinstiegsbegleitung, die schon mehrmals erwähnt wurde. Wirtschaft, Schulen, Elternverbände, Verbandsvertreter – alle sagen: Dieser Wegfall ist eine Katastrophe. Wir sprechen hier von 3.500 jungen Menschen, die diese Begleitung dringend brauchten. Wir wissen doch, dass dieses Programm mit Erfolg gesegnet war. Wir brauchen also nicht weniger, sondern viel mehr Unterstützung.

Auch die Barrierefreiheit ist kein Nischenthema, sondern betrifft am Ende uns alle. Von den großspurigen Ankündigungen, Bayern bis 2023 barrierefrei zu machen, ist ziemlich wenig übrig geblieben; Kollegin Enders hat es im Grunde gerade beerdigt.

Das Thema Obdachlosigkeit kommt in dem vorliegenden Einzelplan 10 im Grunde überhaupt nicht vor. Was ist mit "Housing First"? Machen Sie es doch nun einfach, und unterstützen Sie die Menschen in Bayern, die es brauchen!

(Beifall bei der SPD)

Auf das Thema Frauenhäuser will ich gar nicht mehr in der Tiefe eingehen. Wir wissen, wie viele Plätze fehlen. Wir wissen, dass wir kein flächendeckendes Hilfsangebot haben. Auch hierfür brauchen wir Lösungen. Aber solche sind in diesem Einzelplan 10 kaum zu finden.

Kolleginnen und Kollegen, in diesem und in vielen weiteren Bereichen der Gesellschaft gibt es Bedürftige, die die Hilfe des Staates brauchen, aber mit dem Haushalt 2022 erneut nicht bekommen. Wir als SPD-Fraktion haben zu diesem Einzelplan zwanzig Änderungsanträge eingereicht, Stichworte: "Chancengerechtigkeit von Anfang an", "Stärkung der Jugendhilfe", "Generationenarbeit", "Inklusion" – usw. usf. Wir freuen uns auf Ihre Zustimmung. Ihr Sozialhaushalt, liebe Staatsregierung, CSU und FREIE WÄHLER, ist absolut unzureichend. Deswegen müssen wir ihn leider ablehnen. Wir brauchen ein soziales und starkes Bayern. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Julika Sandt das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Frau Ministerin, Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf des Einzelplans 10 aus dem Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales sieht eine Erhöhung des Ansatzes um 300 Millionen Euro, aber keinerlei neue Projekte vor. Große politische Akzente werden nicht gesetzt. Stattdessen erleben wir den schleichenden Anstieg von Zuschüssen. Demgegenüber werden die Investitionsausgaben um rund ein Drittel gekürzt. Das ist fatal für den Ausbau von Kitas und Frauenhäusern.

Der größte Batzen – 769 Millionen Euro – fließt in das Familiengeld. Dieses Geld wäre viel besser in die Qualität und den Ausbau von Kitaplätzen investiert. Das böte Kindern die Chance, einen guten Start in die Schule zu schaffen, das heißt motiviert zu sein und Spaß am Lernen zu haben. Die Familien hätten auch eine viel bessere Möglichkeit, Familie und Karriere zu vereinbaren. Statt mit einem Familiengeld – einer Umverteilung mit der Gießkanne – ist ihnen viel mehr geholfen, wenn sie auf eigenen Beinen stehen können, wenn die Kita eine gute Qualität hat, wenn sie Familie und Karriere vereinbaren können, wenn sie ihr Leben lang berufliche Perspektiven haben,

ohne ewige Unterbrechungen. Ein weiterer Vorteil wäre eine bessere Altersversorgung. Deshalb wollen wir von der FDP allein in die Qualität fast 200 Millionen Euro mehr investieren. So wollen wir einen besseren Betreuungsschlüssel erreichen und eine praxisintegrierte Erzieherausbildung stärken. Wir wollen eine Qualitätsbegleitung und Fachberatung festschreiben. Wir wollen auch bedarfsgerechte Öffnungszeiten ermöglichen.

Herr Dr. Hopp, Sie haben von der Stärkung der Digitalisierung gesprochen. Was die Medienkompetenz angeht, so kann ich Sie nur auffordern, sich die Situation einmal anzuschauen. Für das Zentrum für Medienkompetenz in der Frühpädagogik waren ursprünglich elf Stellen eingeplant; das wurde groß angekündigt. Daraus wurden irgendwann fünf Stellen. Das Zentrum wird jetzt in das Institut für Frühpädagogik integriert. Letzten Endes passiert gar nicht mehr viel in Sachen Medienkompetenz.Deswegen fordern wir, dass wir für diesen Bereich 628.900 Euro mehr ausgeben.

Ganz wichtig ist der Ausbau: Sie haben gesagt, es wird in den Ausbau investiert. Ja, aber es fehlen noch 50.000 Plätze, vor allen Dingen bei den Unter-Dreijährigen. Deswegen war es einfach falsch, dass die Regierung das Investitionsprogramm nicht aufstockt und nicht verlängert. Das wollen wir ändern. Das ist dringend notwendig.

(Beifall bei der FDP)

Damit Kinder und vor allen Dingen Jugendliche später einmal bessere Chancen haben, wollen auch wir von der FDP unbedingt – die Kolleginnen von SPD und GRÜNEN haben das natürlich schon angesprochen –, dass die Berufseinstiegsbegleitung wieder voll ermöglicht wird, dass Bildungsgerechtigkeit erreicht wird, dass wir einfach einen besseren Start in Ausbildung und Beruf haben. Dort gibt es niedrige Abbruchquoten, das spart uns künftige Kosten in der Sozialhilfe.

Wir wollen einen Jugend-Check für Gesetze, wir wollen eine Landeselternvertretung Kita, wir wollen den Kinderschutz mit einer Experten-Kommission und dem Programm

"Trau Dich!" stärken, das wir flächendeckend an allen Grundschulen verankern wollen, damit Kinder besser gerüstet und besser gewappnet sind.

Ich verstehe auch nicht, warum Sie zum zweiten Mal die Mittel für den Abbau von Gewalt gegen Frauen und Kinder kürzen wollen. Das wollen wir mit unseren Anträgen verhindern. Die Mittel für den Ausbau von Frauenhäusern wollen Sie um 2,3 Millionen Euro kürzen. Das ist fatal. Wir haben jetzt schon viel zu wenige Plätze. Diese müssen dringend ausgebaut werden.

Sie haben Frauenpolitik und Prostituiertenberatung in einer Titelgruppe zusammengefasst. Das ist befremdlich. Wir wollen, dass die Beratung von Prostituierten über Ausstieg und Neuorientierung stärker ausgebaut wird, und sehen hier das Dreifache von dem vor, was Sie vorsehen.

Wir wollen, dass Reproduktionsmedizin finanziert wird. Vor allen Dingen auch Martin Hagen hat sich sehr dafür eingesetzt. Sie rühmen sich damit, aber Sie wollen den Ansatz halbieren. Bayern ist übrigens das einzige Bundesland, das hier im Moment einen Förderstopp verhängt hat. Viele Familien warten auf die Förderung.

(Beifall bei der FDP)

Sträflich vernachlässigt haben Sie auch die Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Vor einem Jahr hat die Staatsregierung die Mittel für die Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt um ein Drittel gekürzt. Das wollen wir ändern. Wir wollen auch, dass die Konversion von Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung ordentlich ausgebaut wird, so, wie ursprünglich von der Staatsregierung mal geplant.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Frau Kollegin Sandt.

Julika Sandt (FDP): Alles in allem kann ich Sie nur auffordern: Unterstützen Sie unsere Anträge für Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche, für den Schutz von

Kindern und Frauen. Unser dritter Schwerpunkt ist die Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Bitte stimmen Sie hier mit, setzen Sie sich dafür ein.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sandt. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Thomas Huber das Wort.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mein Kollege Dr. Hopp hat ja bereits überzeugend dargestellt, dass wir in Bayern einen klaren Schwerpunkt auf ein soziales und ein menschliches Bayern legen. Bayern ist ein Land, das seinen Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Maß an sozialer Sicherheit, aber auch an sozialem Zusammenhalt bietet. Auch in der jetzt schon seit zwei Jahren andauernden Corona-Pandemie hat die Staatsregierung stets versucht, niemanden zurückzulassen. Im Vergleich mit anderen Ländern können wir doch alle behaupten, dass uns das wirklich gut gelungen ist. Das darf man an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sozialer Zusammenhalt und ein lebenswertes Miteinander sind nicht allein das Resultat großzügiger staatlicher Hilfen und Zahlungen. Ja, sie sind notwendig, um zu helfen. Aber sozialer Zusammenhalt ist vor allem auch dem unermüdlichen Einsatz und dem Engagement, der beispielhaften Hilfsbereitschaft unserer Bürgerinnen und Bürger überall in Bayern zu verdanken. Der Wille, Verantwortung für andere zu übernehmen und mit anzupacken, diese hervorragenden Eigenschaften haben sich in den letzten beiden Jahren der Corona-Pandemie eindrucksvoll gezeigt.

Das zeigt sich auch einmal mehr in der Hilfsbereitschaft gegenüber den vielen ukrainischen Flüchtlingen, die jetzt zu uns kommen. Über 100.000 sind bis zum jetzigen Zeitpunkt bei uns in Bayern angekommen. An erster Stelle muss also heute unser aller Dank all den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes gelten, die allerorten an Bahn-

höfen und an Busterminals bereitstehen, große Summen spenden, ihren eigenen Hausstand nach Kleidung, nach Brauchbarem durchsuchen, die Kisten für die Ukraine packen oder sogar ihr Haus, ihre Wohnung zur Verfügung stellen, um geflüchtete Menschen, Frauen und Kinder, aufzunehmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Diese große Hilfsbereitschaft erlebe ich jeden Tag auch bei mir im Landkreis Ebersberg. Von circa 1.500 Geflüchteten sind nur 152 staatlich untergebracht. Der überwiegende Teil der Geflüchteten wird also von Privatpersonen versorgt und untergebracht. Ich glaube, da können wir zu Recht behaupten, dass das eine unglaubliche humanitäre Leistung ist, für die wir den Menschen unendlich dankbar sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Aber nicht nur die Hilfe für die Ukraine ist sprechender Beweis. In Bayern leben freiwilliges Engagement und Ehrenamt. Mehr als 40 % der Bürgerinnen und Bürger über 14 Jahren engagieren sich ehrenamtlich: im Sportverein, im Trachtenverein, in der Blasmusik, im Rettungsdienst, bei der Wasserwacht, im Katastrophenschutz, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Naturschutz, in der Nachbarschaftshilfe und bei den Tafeln.

Diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt, für den Bayern bundesweit bekannt ist und um den es oftmals sogar beneidet wird, wollen wir als Sozialpolitiker weiter stärken. Daher haben wir auch im Rahmen der diesjährigen Fraktionsinitiative ganz besonders Institutionen bedacht, die das Ehrenamt und die aktive Bürgergesellschaft, von Alois Glück damals ins Leben gerufen, unterstützen. Mit unserer Fraktionsinitiative wollen wir zum Beispiel die Zukunftsstiftung Ehrenamt, die Zentren für lokales Freiwilligenmanagement und das Projekt "Anlaufstellen für Bildung und Bürgerschaftliches Engagement" der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung mit insgesamt 550.000 Euro zusätzlich unterstützen. Ebenfalls aus der Fraktionsinitiative unterstützen wir das Landesnetzwerk bayerischer Mehrgenerationenhäuser mit weiteren 100.000 Euro.

Als Sozialpolitiker behalten wir aber natürlich auch die Schwächsten im Blick, zum Beispiel mit 550.000 Euro für den Aktionsplan "Hilfe bei Obdachlosigkeit" und mit dem Landesverband Tafel Bayern. Die Bahnhofsmissionen wurden bereits angesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle sage ich: Die Pandemie hat beispielsweise die Zahl der Tafelkunden rapide in die Höhe schnellen lassen. Unser Dank gilt hier den zahlreichen Ehrenamtlichen der Tafeln sowie den Helferinnen und Helfern in der Obdachlosenhilfe. Ihnen allen ein herzliches Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN und von der SPD, wir unterstützen auch Frauen, die in Frauenhäusern Zuflucht gesucht haben und von Gewalt bedroht sind, und stellen hier zusätzlich 650.000 Euro für die bewährten "Second Stage"-Projekte, aber auch für deren Evaluation zur Verfügung, die erforderlich ist, um zu entscheiden, wie es weitergeführt wird. Auch hier sind die Bedarfe natürlich infolge des Lockdowns leider sprunghaft gestiegen. – Wir lassen auch unsere Jugendlichen nicht im Stich. Unsere Initiativen dazu werden angesprochen.

Liebe AfD, Sie leben anscheinend im letzten Jahrtausend. Bayern ist vielfältig und lebt ein gutes Miteinander. Dazu gehört auch die Unterstützung für LSBTIQ. Deswegen fördern wir hier den Ausbau der Beratungsstrukturen.

Uns ist auch die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Frühförderstellen für Menschen mit Hörbehinderung wichtig.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege Huber.

Thomas Huber (CSU): Deswegen gibt es auch hier noch mal 200.000 Euro zusätzlich.

Familiengeld, Beitragszuschuss, Krippengeld – alles wurde genannt. Liebe Kolleginnen und Kolleginnen, wir wollen weiterhin einen Schwerpunkt im Bereich für Familie setzen. Sie ist Keimzelle der Gesellschaft. Das sind für uns keine Worthülsen, sondern wir lassen unserer Überzeugung auch Taten folgen. Die Zahlen wurden genannt. Daher unterstützen wir unsere Familien wie kein anderes Bundesland.

Gestatten Sie mir abschließend noch ein herzliches Dankeschön an die scheidende, ausgeschiedene Familienministerin.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Huber.

Thomas Huber (CSU): Der neuen Ministerin wünschen wir alles Gute. Auf eine gute Zusammenarbeit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung gibt Ihnen sogar eine Redezeitverlängerung, nämlich von Frau Kollegin Julika Sandt, FDP.

Julika Sandt (FDP): Herr Kollege, Sie rühmen sich mit der Einmalzahlung für gehörlose Menschen aus der Fraktionsreserve in Höhe von 1,3 Millionen Euro. Ist das denn bei 9.000 Betroffenen nicht eine lächerliche Summe? – Ich denke, Menschen brauchen doch langfristig Unterstützung, Gebärdendolmetscher und Ähnliches, um teilzuhaben – wir hatten das ja immer wieder im Ausschuss –, um sich zum Beispiel auch politisch zu beteiligen und sich zu engagieren. Das ist doch eine völlig lächerliche Summe. Würden Sie nicht lieber unsere Anträge unterstützen, dass man dauerhaft 25,5 Millionen für diesen Bereich investiert?

Thomas Huber (CSU): Sie haben mir offensichtlich gerade nicht zugehört. Sie haben Ihre vorbereitete Rede gehalten, ohne Bezug zu nehmen auf das, was ich gesagt habe. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich bei meinen Ausführungen von 1,35 Millionen Euro für Gehörlose gesprochen habe. Das habe ich jedenfalls nicht gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Es stimmt aber, dass wir einen Änderungsantrag der Regierungsfraktionen dazu eingereicht haben. Offensichtlich haben Sie mir aber nicht zugehört. Es geht uns um die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Frühförderstellen. Es geht uns um die Verbesserung der Beratungssituation pflegebedürftiger Menschen mit Hörbehinderung. Für diese haben wir zusätzlich 200.000 Euro zur Verfügung gestellt. Ja, es ist richtig, wir stellen auch zusätzlich 1,35 Millionen Euro, auch auf Antrag des Koalitionspartners, zur Verfügung. Wir haben im Sozialausschuss dazu eine sehr emotionale Debatte geführt. Ich habe größtes Verständnis für die Situation gehörloser Menschen in Bayern. Ich habe auch Verständnis für die Forderung eines Nachteilsausgleichs.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Huber, vielen Dank.

Thomas Huber (CSU): Gerade dieser – wie haben Sie gesagt? – Tropfen auf den heißen Stein ist auch Geld.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege Huber.

Thomas Huber (CSU): Das ist auch Geld, nämlich fast 150 Euro für jeden Gehörlosen in Bayern.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Jetzt sind wir wirklich deutlich über der Redezeit.

(Der Vizepräsident schaltet das Rednermikrofon aus)

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Celina. – Vielen Dank, Herr Kollege Huber.

(Beifall bei der CSU)

Bitte schön, Frau Kollegin Celina für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Herr Huber, die emotionale Debatte aus dem Sozialausschuss können wir gleich weiterführen. Genau deswegen stehe ich hier. Politische Entscheidungen können lange dauern. Das wissen wir alle. Aber eine Zeit von elf oder zwölf Jahren ist unerträglich lang. Das schrieb vor wenigen Tagen eine gehörlose Frau an die Sozialpolitiker im Haus bzw. an die, die die Aufgabe haben, sich um dieses Thema zu kümmern. Diese Frau schrieb noch mehr. Ich möchte hier und heute nicht selbst für ein Gehörlosengeld sprechen; denn das habe ich im Sozialausschuss bereits ausreichend getan. Stattdessen will ich die Worte dieser Betroffenen zitieren; denn diese tun mir weh, und Sie müssten auch Ihnen wehtun. Gerichtet an die CSU schreibt sie: Ich habe genug davon, dass Sie uns kategorisch an der Teilhabe hindern. Ich habe genug davon, immer wieder überlegen zu müssen, wie ich irgendwie ohne einen Dolmetschereinsatz an wichtige Beratungen oder Informationen kommen soll, weil es mir so viel Geld kostet und ich an anderer Stelle sparen muss, so wie viele Gehörlose es in Bayern auch tun müssen. –

Die Betroffene schickte mir eine Rechnung über 200 Euro für eine Dolmetscherin, die sie zur Energieberatung begleitet hat. Das sind 200 Euro zusätzlich dafür, dass die Betroffene genau das tut, was gerade nötig ist, nämlich eine Fachberatung in Anspruch zu nehmen, um von fossilen Energien wegzukommen und den CO_2-Verbrauch zu reduzieren. Das dauerhafte echte Gehörlosengeld wäre ein wichtiger Baustein dafür, ihren lebenslangen Nachteil wenigstens ein bisschen auszugleichen. Ihre CSU-Antwort darauf ist aber ein Almosen, ein paar wenige Euro ein einziges Mal im Jahr vor der Landtagswahl. Das ist so durchsichtig, das ist so lächerlich, und das spottet jeder Beschreibung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Frau schreibt Ihnen in ihrem Brief: Wir sind Steuerzahler und Wähler. Menschenrechte gelten auch für uns. – Sie spricht die CSU direkt an, und diese Worte müssten Ihnen bis ins Mark gehen: Bis heute wird uns Teilhabe dank der ständigen Ablehnun-

gen durch die CSU verwehrt. Bis zum Regierungsantritt waren die FREIEN WÄHLER dafür, schnell ein Gehörlosengeld in Bayern einzuführen. Seit die FREIEN WÄHER nun in der Regierungskoalition mitregieren, lehnen sie es nun auch gemeinsam mit der CSU ab. –

Liebe CSUler, Sie verweigern bei einer Haushaltssumme von fast 72 Milliarden Euro den gehörlosen Menschen jedes Jahr aufs Neue ein Gehörlosengeld. Das ist schäbig, und das bleibt schäbig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber das ist die Politik der CSU: Von oben mit der Gießkanne Geld verschütten an alle. Familiengeld für Großverdiener*innen, beitragsfreie Kita für Reiche und ein Landespflegefeld kurz vor der Wahl, um die eigene Macht zu erhalten. Das verdient nicht den Namen Sozialpolitik. Das ist nicht fair, nicht zielgerichtet, das ist einfach nur teuer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe früher gehofft, Sie würden irgendwann einsehen, dass Sie Ihr eigenes Versprechen, ein Gehörlosengeld einzuführen, mit uns umsetzen können. Jetzt bin ich mir sicher, das Gehörlosengeld wird kommen. Es ist gut möglich, dass wir die CSU nach der Wahl 2023 dazu gar nicht brauchen werden. Dann könnten wir endlich eine andere, eine gute, eine zielgerichtete Sozialpolitik machen für mehr Qualität in Kitas, für Inklusion am Arbeitsplatz und für wohnungslose Menschen in Bayern. Meine Kollegin Doris Rauscher hat viele Punkte aufgezählt. Für diese Menschen in Bayern streiten wir GRÜNE im Landtag mit unseren Haushaltsanträgen für eine zielgerichtete, effektive und gerechte Politik, die den Namen zu Recht trägt, und gegen eine planlose, ineffiziente Gießkannen-Machterhaltungspolitik der CSU.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein letzter Satz: Sie sind freie Abgeordnete. Sie sind gewählt. Sie haben heute die Möglichkeit, mit uns für ein faires und dauerhaftes Gehörlosengeld zu stimmen. Nutzen Sie diese Möglichkeit. Es ist Ihre persönliche Ent-

scheidung. Sie sind nicht Gefangene Ihres Ministerpräsidenten. Sie sind frei in Ihrer Entscheidung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Celina. – Für die Staatsregierung hat die Staatsministerin Frau Ulrike Scharf das Wort.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke allen Vorrednerinnen und Vorrednern für ihre Ausführungen. Der Einzelplan 10, so können wir gemeinsam festhalten, ist ein starkes Signal für ein starkes soziales Bayern. Er ist vor allen Dingen eine gute Antwort auf die Herausforderungen und Fragen unserer Zeit. Ich möchte Sie kurz auf einen Rückblick in das Jahr 1918 mitnehmen: Ein Weltkrieg geht zu Ende. Es gibt Millionen von Toten. Eine Spanische Grippe wütet in mehreren Wellen. Es gibt ebenfalls Millionen von Toten. In Bayern wird der Freistaat ausgerufen und wenige Tage darauf das erste Sozialministerium gegründet. Am 14.11.1918 wird das Bayerische Staatsministerium für soziale Fürsorge gegründet. Bayern ist fortan ein Freistaat und ein Sozialstaat. Diese Gleichzeitigkeit ist kein Zufall. Warum ist sie kein Zufall? – Weil wir Deutschen, weil wir Bayern spätestens seit 1945 drei Dinge gelernt haben: Erstens. Der Mensch ist frei. Seine Freiheit ist unverhandelbar. Zweitens. Auch die Würde des Menschen ist unverhandelbar. Drittens. Freiheit und Würde stehen und fallen mit sozialer Sicherheit. An der Stärke des Sozialstaates entscheidet sich unsere Zukunftsfähigkeit als Gesellschaft insgesamt.

Für Bayern darf ich diesem Hohen Haus mit dem Haushalt melden: Zukunftsfähigkeit gesichert, und Zukunftsfähigkeit ausgebaut. In einer Zeit, in der die Bäume nicht in den Himmel wachsen, klettert das Volumen unseres Einzelplans auf 7,35 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung von satten 4,5 % – das haben wir heute schon mehrfach gehört. Diese 7,35 Milliarden Euro sind eine ganz starke Zahl. Bayern liefert, und wir stehen für eine Sozialpolitik der Tat.

Ich danke allen, die den Haushalt möglich gemacht haben, dem Ministerpräsidenten, unserem Finanzminister Albert Füracker, den Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss, die sich auch fraktionsübergreifend einig sind, dass beim Sozialen nicht gespart werden darf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen gilt ein herzliches Dankeschön schon im Voraus. Ihr Ja zum Einzelplan 10 ist ein Ja zu den Menschen in Bayern, ein Ja zum Zusammenhalt, ein Ja zur Eintracht und vor allen Dingen ein Ja zu jener Humanität, die dem Freistaat, dem Kulturstaat und auch dem Sozialstaat Bayern so gut zu Gesicht steht.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, liebe Frau Rauscher, dass Sie schon jetzt ankündigen, diesem Haushalt nicht zuzustimmen, ist ein ganz starkes Stück. Ich werde mir genau anschauen und merken, wer Nein sagt zum sozial starken Bayern.

Mich freut besonders, dass der Einzelplan 10 nicht nur von der Summe her, sondern auch von der Ausdifferenzierung her gut ist. Er ist ein Dokument der richtigen Schwerpunktsetzung. Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen, und das ist auch gut so, weil wir damit zeigen, der Sozialstaat steht im Zentrum der politischen Diskussion. Wir ringen um ihn. Er ist Motor unseres Gemeinwesens. Indem wir auch die Schwachen unterstützen, sind wir als Demokratie stark. Darum geht es: Stark sein, die Demokratie verteidigen und die Disziplinen Sicherheit, Bildung, Wirtschaft, Umwelt, Beschäftigung und Soziales stärken.Das sozial erfolgreiche Bayern ist zugleich auch das ökonomisch erfolgreiche Bayern. Niemand sollte das eine gegen das andere ausspielen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine, einem Land mitten in Europa, in dem heute, während wir hier reden, ganze Familien ermordet werden. Butscha, Charkiw und Mariupol lauten die Chiffren der russischen Kriegsverbrechen. Indem wir geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer unterstützen, schaffen wir Menschlichkeit, humanitäre Hilfe und Solidarität – ein klarer Kontrapunkt zur Barbarei des Krieges. Unser Hilfetelefon mit über 8.000 Anrufen, Stand heute, unsere be-

ruflichen Anerkennungsstellen wie die KuBB in Nürnberg und das Engagement der Menschen, die sogar ihre Haustüren öffnen – ich bin mir sicher: Diese Menschlichkeit wird bleiben, Putin wird gehen.

Die Geflüchteten aus der Ukraine, aber vor allen Dingen auch – wir erleben das alle zusammen tagtäglich – die Corona müden Kinder und Jugendlichen, die Familien, die Alleinerziehenden und die Rentnerinnen und Rentner haben Angst vor der Inflation. Sie alle brauchen uns. Sie alle brauchen eine gute Sozialpolitik, die verlässlich ist, weil sie unserem Selbstverständnis als Sozialstaat entspringt und die maßgeschneidert ist, weil wir die Bedürfnisse kennen und anschauen. Mit diesem Anspruch haben wir den Einzelplan 10 konzipiert. Er ist eine breit ausgelegte Verantwortungsagenda. Ich greife das Wichtigste heraus und beginne bei unseren Familien.

Bayern ist Familienland Nummer eins in Deutschland. Wir haben die Familienleistungen innerhalb von zehn Jahren verdreifacht. 4,1 Milliarden Euro – das ist über die Hälfte unseres gesamten Haushalts, konkret 56 %. Die Rendite, die wir damit erzielen, bekommen wir an keiner Börse, bekommen wir bei keiner Bank. Die Rendite ist Verantwortungsbereitschaft von Anfang an. Die Familien und alle Orte kindlicher Bildung und Erziehung sind die Prägestätten dieser Verantwortungsbereitschaft. Deswegen lohnt sich hier jeder Euro. Wir investieren 4,1 Milliarden Euro.

Ich darf im Einzelnen darauf eingehen: Die Betriebskostenförderung für die Kitas nimmt heuer zum ersten Mal die Zwei-Milliarden-Hürde. Das ist ein ganz starkes Signal an die gesamte Kita-Familie, an Beschäftigte wie an die Eltern, im Übrigen auch mit sehr vielen Landesmitteln. Wir entlasten die Eltern bei den Kita-Kosten: über eine halbe Milliarde Euro Beitragszuschuss. Wir bauen die Betreuungsplätze mit erheblichen Landesmitteln aus: 73.500 Betreuungsplätze und 10.000 Hortplätze. Gleichzeitig gewährleisten wir Wahlfreiheit beim Bayerischen Familiengeld. Das gibt es nur bei uns, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch in diesem Jahr sind das wieder 769 Millionen Euro.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Eltern wissen am allerbesten, was für ihre Kinder gut ist. Deshalb noch mal: Wahlfreiheit durch das Familiengeld.

Kolleginnen und Kollegen, auch wenn uns der Bund in Sachen Verwaltungsvereinbarung immer noch im Regen stehen lässt: Wir stehen beim Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung der Grundschüler an der Seite unserer Kommunen. Wir werden an bis zu 50 Standorten Kombi-Einrichtungen zur Ganztagsbetreuung schaffen. Ich kann Ihnen sagen: Das wird stark nachgefragt. Deswegen mörteln wir die Förderung hier um 700.000 Euro auf, nämlich auf insgesamt 4,6 Millionen Euro für Kinder, für die Familien.

(Beifall bei der CSU)

Erstens Familien, zweitens Kinder und Jugendliche. Ich erwähne sie extra, weil sie im allgemeinen Pandemieüberdruss der Folgen der Pandemie am überdrüssigsten sind. Freunde treffen, feiern, vielleicht die erste Liebe – das ist doch das Grundnahrungsmittel für die Jugend und für die jungen Leute. Auf alles das mussten sie verzichten. Es ist vieles ausgefallen. Deshalb handeln wir. Wir haben das Konzept zur außerschulischen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie aufgesetzt. Die Ausstattung ist so gut, wie der Titel lang ist. Wir investieren hier nicht nur Bundesmittel, sondern auch einen erheblichen Anteil an Landesmitteln. Also stimmt auch dieser Vorwurf so nicht, der in der letzten Stunde immer wieder erhoben wurde. Der größte Posten ist die Jugendsozialarbeit: 13,4 Millionen Euro, 210 Stellen on top.

Dahinter angesiedelt, aber nicht minder wichtig sind die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit mit einer knappen Million Euro und vor allen Dingen der Ausbau der Erziehungsberatung mit 1,8 Millionen Euro. Auch hier haben wir ein ganz klares Ziel: Invest in Future. Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb investieren wir hier.

(Beifall bei der CSU)

Erstens Familien, zweitens Kinder und Jugendliche, drittens Menschen mit Behinderung. Man muss den Menschen mit Behinderung in unserem Land immer wieder sagen: Wir brauchen euch, wir wollen euch. – Wir müssen das ganz bewusst auch aussprechen: Nicht "konform", "glatt gebügelt", "makellos" ist stark, sondern "bunt", "vielfältig", "mit Kanten und mit Kerben". Eine Gesellschaft ohne Vielfalt ist eine Gesellschaft der Einfalt. Ich habe schon so viele Begegnungen mit Menschen mit Behinderung gehabt. Immer wieder bin ich tief berührt, und vor allen Dingen prägt das meine Arbeit. Erst am vergangenen Freitag war die Eröffnung des neuen Hauses der Lebenshilfe in Regensburg wieder ein sehr berührender Moment für mich und entscheidend für die Haltung, die wir gemeinsam vertreten: ein klares Ja zur Inklusion, ein klares Ja zur selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Die Zahlen dazu: 32,7 Millionen Euro im Bayerischen Landesplan; starker Fokus auf das Thema Wohnen, weil die Ampel die Einrichtungsförderung aus Mitteln der Ausgleichsabgabe streichen und abschaffen will; 95 Millionen Euro aus Landesmitteln für Investitionskostenförderung, allein 10 Millionen Euro für die Konversion von Komplexeinrichtungen. Wir reden von 360 Wohnplätzen, die wir schon gefördert haben, und es werden, so der Haushaltsgesetzgeber das will, jede Woche mehr.

Erstens Familie, zweitens Kinder und Jugendliche, drittens Menschen mit Behinderung, viertens die Schwächsten unter uns, die Wohnungs- und Obdachlosen. Hier sind die Kommunen zuständig. Trotzdem unterstützen wir sie mit fast 4 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, ich galoppiere etwas durch das Manuskript. Aber es ist mir wichtig, mit Blick auf den Krieg zu sagen: Der Krieg in der Ukraine ist eine Hydra. Unsere Menschen haben Angst. Wir wissen seit gestern aus einer Studie: Auch unsere Jugendlichen machen sich vermehrt Sorgen um ihre Zukunft. Die Leute haben Angst, dass der Krieg auf das NATO-Gebiet überschwappt, und sie haben vor allen Dingen Sorge, ob sie ihre Heizkosten und ihre Lebensmittel in Zukunft noch zahlen können. Es ist heute eine wichtige Gelegenheit und mir ein wichtiges Anliegen zu betonen: Daher kann ich über das Entlastungspaket der Ampel im Bund nur den Kopf schütteln.

Über 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner werden in diesem Entlastungspaket einfach vergessen, wahrscheinlich weil sie nicht mehr zur Arbeit pendeln. Da wedelt doch der "FDP-Schwanz" mit dem "SPD-Hund"!

(Beifall bei der CSU)

Das sogenannte Entlastungspaket, wie Sie das nennen, nenne ich einen sozialpolitischen Sündenfall. Ich rate Ihnen dringend: Schreiten Sie Seite an Seite und beziehen Sie die Rentnerinnen und Rentner schnellstmöglich mit ein.

Fünfter Punkt: die Vertriebenen in Bayern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Erinnerungsarbeit ist längst Teil unserer Identität. Deswegen erhöhen wir den Haushaltsansatz für das Haus der Heimat in Nürnberg noch einmal um 80.000 Euro. Was mich ganz besonders freut: Auch das Ehrenamtsland Bayern profitiert von den Heimatvertriebenen seit Jahrzehnten und aktuell im Ukraine-Krieg. Die Vertriebenen sind eine ganz starke Unterstützung für die Integration der Geflüchteten. Ich finde, sie leisten eine großartige Arbeit. Daher fördern wir beim Haus der Heimat zwei zusätzliche Personalstellen.

Das Ehrenamtsland Bayern ist einfach großartig. Ich danke allen, die sich hier engagieren, allen Damen und Herren, allen Frauen und Männern und Jugendlichen und jungen Menschen. Wir stehen unglaublich stark da, weil wir ein starkes Ehrenamt haben. Ihnen allen ein ganz herzliches Vergelts Gott.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss mit einem umgedrehten Zitat von Karl Valentin schließen: Es ist noch nicht alles gesagt, und auch nicht von jedem. – Ich könnte noch weitermachen mit der Gleichstellung, mit dem Schutz von Frauen oder noch einmal mit dem Ehrenamt. Vieles liegt in der Zuständigkeit meines Hauses, und vieles ist mit großer Ambition auch in diesem Haushalt widergespiegelt.Jeder einzelne Euro ist ein Plus für die Lebensqualität und vor allem ein wichtiges Moment für die soziale

Sicherheit in unserem Lande. Deshalb bitte ich Sie ganz herzlich um Ihre Zustimmung. Ich bitte um ein Ja zum Haushalt 2022 und zum Einzelplan 10. Außerdem bitte ich Sie um ein großes Ja im Sinne der Menschen in Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin Scharf. – Uns liegen drei Meldungen zu je einer Zwischenbemerkung vor. Die erste kommt von Frau Kollegin Kerstin Celina vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie sprechen gleich im ersten Satz von der Zustimmung für ein gutes, starkes und soziales Bayern, die Sie von uns gerne möchten. Bei allem Respekt, ich glaube, Sie haben den Einlassungen der Oppositionsfraktionen gar nicht zugehört. Wir haben ausführlich beschrieben, warum dieser Haushalt eben kein starkes und soziales Bayern darstellt. Die Schwerpunkte dieses Haushalts sind kein Gehörlosengeld, wenig für Barrierefreiheit und wenig für obdachlose Menschen. Sie wissen ja nicht einmal, wie viele Obdachlose es in Bayern überhaupt gibt. Stattdessen gibt es Transferleistungen für reiche Menschen. Halten Sie Ihre Aussage angesichts der Kritik, die ich noch einmal zusammengefasst habe, aufrecht?

Zweiter Punkt, geflüchtete Menschen: Ja, sowohl Sie, Herr Kollege Huber, als auch wir danken allen Menschen, die jetzt geflüchtete Menschen aufnehmen. Tatsache ist aber, dass wir im Jahr 2015 Flüchtlinge aus dem zerbombten Syrien und aus dem umkämpften Afghanistan nicht in Privatwohnungen aufnehmen konnten. Diese Menschen durften nicht arbeiten und sind heute noch Flüchtlinge zweiter Klasse. Es war Ihre CSU-Asylpolitik, die diese Menschen zu Flüchtlingen zweiter Klasse gemacht hat.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Kerstin Celina (GRÜNE): Haben Sie vor, soziale Politik für Flüchtlinge zu gestalten, egal, woher diese kommen? Wie wollen Sie die Ehrenamtlichen, die sich für Flüchtlinge einsetzen, die ich jetzt als Flüchtlinge zweiter Klasse beschrieben habe, unterstützen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön. – Bitte, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Frau Kollegin, ich glaube, Sie waren in letzter Zeit ganz wenig draußen. Haben Sie nicht gesehen, wie sich Ehrenamtliche bei uns für Menschen, die Flucht und Vertreibung erlitten haben, engagieren? Hier haben Sie wahrscheinlich etwas übersehen. Ich halte es für unglaublich schwierig, die heutige Situation mit der Situation in den Jahren 2014 und 2015 zu vergleichen. Das hat nichts miteinander zu tun. Jetzt flüchten Menschen vor einem fürchterlichen Angriffskrieg. Das sind Frauen, das sind Kinder, das sind Menschen mit Behinderungen, und das sind ältere Menschen. Ihr Vergleich hinkt sehr stark.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe Ihnen zugehört bei allem, was Sie zum Haushalt gesagt haben. Ich habe auch erwartet, was Sie gesagt haben. Ich habe mich vorbereitet, und mir ist nicht unbekannt, welche Änderungsanträge bereits diskutiert wurden. Aber wissen Sie, die Opposition kann es sich immer leicht machen und das Paradies versprechen. Wir haben einen unglaublich hohen Etat, und es gilt, diesen verantwortungsvoll zu verwalten. Sie können das offenbar nicht; denn sonst würden Sie nicht solche Forderungen stellen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP.

Julika Sandt (FDP): Frau Ministerin, Sie haben gesagt, wer Ihrem Einzelplan nicht zustimme, wäre nicht für ein starkes und soziales Bayern. Sie würden sich merken, wer diesen Einzelplan ablehne. – Ich möchte Sie mit Blick auf die Änderungsanträge, die wir gestellt haben, fragen: Sagen Sie Ja zu mehr Chancen für Kinder und Jugendliche? Sagen Sie Ja zum Schutz von Kindern und Frauen? Sagen Sie Ja zu mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen? Dann hätten Sie doch dafür sorgen können, dass Ihre Regierungsfraktion all den Änderungsanträgen, die wir vorgelegt haben, zustimmt. Hätten Sie zu diesen Änderungsanträgen Ja gesagt, hätten wir diesem Haushaltsplan zustimmen können. Er wäre dann auch sauber gegenfinanziert.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Frau Kollegin, liebe Julika, natürlich können wir jetzt noch einmal alle Themen aufzählen. Ich konnte übrigens akustisch nicht alles verstehen, weil es zu leise war. Ich möchte aber gerne noch einmal eine Zahl im Hinblick auf das Thema "Gewalt gegen Frauen" herausgreifen. Seit 2019 gibt es einen unglaublichen Anstieg der Fördermittel und der Unterstützung für diese Personengruppe. Die Mittel sind von 3 Millionen Euro auf heute fast 19 Millionen Euro angestiegen. Ich frage mich, was wir noch unternehmen sollen, um Sie zu überzeugen. Ich bleibe dabei: Bayern ist sozial stark. Du redest das schlecht. Das finde ich schäbig. Ich bin der Überzeugung, dass wir sehr gut aufgestellt sind. Wir haben einen großen Etat, den wir im Sinne der Menschen und im Sinne derer, die unsere Hilfe ganz dringend brauchen, verantwortungsbewusst verteilen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Doris Rauscher von der SPD-Fraktion.

Doris Rauscher (SPD): Frau Ministerin, Sie sagten, sie würden sich sehr gut ansehen, wer den Einzelplan 10 ablehne. Ist das eine Drohung? Die SPD-Fraktion hat ihre Ablehnung sehr gut begründet. Das möchte ich zu Protokoll geben. Die SPD ist für die

Menschen da. Wir brauchen ein wirklich sozial starkes Bayern. Dieses Ziel erreichen Sie mit Ihrem Einzelplan nicht.

Am Rande möchte ich bemerken: Mehr als ein Viertel der Gelder, gute 2 Milliarden Euro, stammen vom Bund. Das gehört auch zur Wahrheit dazu. Ergänzend zu Ihrem Hinweis, die Rentner würden übersehen: Sind 17 Milliarden Euro für das Entlastungspaket nichts? Sie sagten, dieses Entlastungspaket wäre ein sozialpolitischer – – Was? Vielleicht können Sie das wiederholen. Die Rentner im Westen bekommen 5,3 % und die Rentner im Osten 6,12 % mehr Rente ab Juli.

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Frau Kollegin, es ist schon spannend, dass Sie die Rentenerhöhung in die Debatte über diesen Haushaltsplan hineinziehen, um darzustellen, dass Sie das Entlastungspaket nicht gelesen und nicht verstanden haben. Im Entlastungspaket der Ampelkoalition im Bund sind 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner – ich nenne noch einmal diese Zahl – einfach unberücksichtigt geblieben. Sie sollten sich das noch einmal anschauen und noch einmal lesen.

(Beifall bei der CSU)

Ich lächle, weil ich mich über den Einzelplan 10 freue. Ich würde mich freuen, wenn ihm viele zustimmen. Ich drohe hier niemandem, aber ich merke mir sehr genau, wer diesem Einzelplan für ein starkes und soziales Bayern heute nicht zustimmen wird.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 10, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20703 mit 18/20721, 18/20756 mit 18/20780, 18/20856 bis 18/20870, 18/20969 mit 18/21000, 18/21035 mit 18/21042, 18/21066 mit 18/21074

und 18/21260 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/21903 zugrunde.

Zunächst kommen wir zu den vorab angekündigten vier namentlichen Abstimmungen. Verwenden Sie hierfür bitte jeweils Ihr Abstimmungsgerät. Vorab erinnere ich daran, dass zwischen dem jeweiligen Schluss der namentlichen Abstimmung und dem Beginn der nächsten namentlichen Abstimmung jeweils eine kurze Pause von etwa 15 Sekunden liegen muss, damit das elektronische Abstimmungssystem wieder zur Verfügung steht.

Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Gehörlosengeld einführen" auf Drucksache 18/20858. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 12:27 bis 12:30 Uhr)

– Offensichtlich konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben. Damit ist die Abstimmung beendet.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion betreffend "Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung sichern", Drucksache 18/21042. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt jetzt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

– Ich schaue ins Plenum: Konnten alle ihre Stimme abgeben? – Noch nicht, dann probieren Sie es noch mal. Falls es Probleme gibt, steht Ihnen Frau Dr. Corlazzoli gerne zur Verfügung. Probieren Sie es einfach zwei, drei Mal, beim dritten Mal klappt es dann meistens. – Herrn Gotthardt nehmen wir hier schriftlich auf.

(Namentliche Abstimmung von 12:31 bis 12:34 Uhr)

Gibt es noch einen Kollegen oder eine Kollegin, bei dem oder der es nicht funktioniert hat? – Ansonsten konnten alle ihre Stimme abgeben. Dann ist die Abstimmung jetzt geschlossen.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Gehörlosengeld einführen", Drucksache 18/20858, bekannt. Mit Ja haben 42 gestimmt, mit Nein 77, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Dann fahren wir jetzt mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern auf dem Niveau der Vorjahre erhalten", Drucksache 18/20708, fort. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Abstimmungszeit: zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

– Sie haben noch eine Minute; ich frage dann ab, ob es bei allen funktioniert hat.

(Namentliche Abstimmung von 12:35 bis 12:37 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten abstimmen? – Das ist offensichtlich der Fall; dann ist die Abstimmung geschlossen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion betreffend "Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung sichern", Drucksache 18/21042, bekannt. Mit Ja haben 41 gestimmt, mit Nein haben 78 gestimmt, Stimmenthaltungen: 1. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Bildungsgerechtigkeit von Anfang an – Kita-Qualität endlich verbessern", Drucksache 18/20720. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Abstimmungszeit: zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 12:38 bis 12:40 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern auf dem Niveau der Vorjahre erhalten", Drucksache 18/20708, bekannt. Mit Ja haben 32 gestimmt, mit Nein haben 75 gestimmt, Stimmenthaltungen: 13. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

In Kürze liegt uns auch das Abstimmungsergebnis zum vierten Änderungsantrag vor. –Danke für Ihre Geduld, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Bildungsgerechtigkeit von Anfang an – Kita-Qualität endlich verbessern" auf Drucksache 18/20720 bekannt. Mit Ja haben 11 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 78 Abgeordnete, Stimmenthaltungen: 32. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 10 selbst. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/21903 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion. Danke schön. Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD. Danke schön. Enthaltungen? – Keine. Fraktionslose Abgeordnete sind im Moment nicht anwesend. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/21903 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21035 mit 18/21041,

18/21066 mit 18/21074 und die Drucksache 18/21260 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2022; hier: Gehörlosengeld einführen (Kap. 10 03 Tit. 681 01) (Drucksache 18/20858)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	42	77	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2022; hier: Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung sichern (Kap. 10 05 TG 74) (Drucksache 18/21042)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara			X
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	41	78	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2022; hier: Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern auf dem Niveau der Vorjahre erhalten (Kap. 10 05 TG 76 neuer Tit.) (Drucksache 18/20708)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara			X
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			X
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			X
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra			X
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			X
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			X
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			X
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	32	75	13

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD; Haushaltsplan 2022; hier: Bildungsgerechtigkeit von Anfang an - Kita-Qualität endlich verbessern (Kap. 10 07 TG 88 - 94) (Drucksache 18/20720)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal			X
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus			X
Busch Michael			
Celina Kerstin			X
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			X
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne			X
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick			X
Fuchs Barbara			X
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			X
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			X
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra			X
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			X
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			X
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			X
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			X
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena			X
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			X
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			X
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			X
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			X
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			X
Urban Hans			X
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			X
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			X
Gesamtsumme	11	78	32

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 7

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Mehr Personal für die Geschäftsstelle des Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung
   (Kap. 10 01 Tit. 428 21)
   Drs. 18/20703

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Wege aus der Obdachlosigkeit: Studie zu „Housing First Bayern“
   (Kap. 10 03 Tit. 683 01)
   Drs. 18/20704

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Mehr Unterstützung für Menschen in besonderen Lebenslagen – Wohnungs- und obdachlose Menschen besser unterstützen
   (Kap. 10 03 TG 72)
   Drs. 18/20705

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bessere Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) in Bayern
   (Kap. 10 05 TG 73)
   Drs. 18/20706

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Finanzielle Förderung beruflicher Qualifizierung
   (Kap. 10 05 TG 75 neuer Tit.)
   Drs. 18/20707

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern auf dem Niveau der Vorjahre erhalten
   (Kap. 10 05 TG 76 neuer Tit.)
   Drs. 18/20708

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 BVFG
   (Kap. 10 06 Tit. 686 01)
   Drs. 18/20709

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Mehr Geld für Generationenarbeit – Mehrgenerationenhäuser als Orte der Begegnung stärken
   (Kap. 10 07 Tit. 633 01)
   Drs. 18/20710

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Hilfe für sozial Benachteiligte – mehr Entlastung für Familien
   (Kap. 10 07 Tit. 681 73)
   Drs. 18/20711

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Mehr Hilfen für sozial Benachteiligte – Ausbau betreuter Frühstücksangebote an Grund- und Förderschulen
    (Kap. 10 07 Tit. 684 05)
    Drs. 18/20712

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Unterstützung für junge Menschen in schwierigen Lebenslagen – Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen
    (Kap. 10 07 Tit. 684 76)
    Drs. 18/20713

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Mehr Geld für Generationenarbeit – Sonderprogramm „Gut leben im Alter – Teilhabe ermöglichen“
    (Kap. 10 07 TG 70)
    Drs. 18/20714

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Hilfe für sozial Benachteiligte – Ganzheitliche Konzepte in Brennpunktvierteln etablieren!
(Kap. 10 07 TG 73)
Drs. 18/20715

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern – mehr Geld für Digitalisierung
(Kap. 10 07 TG 74)
Drs. 18/20716

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Doris Rauscher u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Geld für die Jugendarbeit in Bayern
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 18/20717

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Doris Rauscher u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Neue Chancen für die Jugendarbeit – Einrichtung eines Digitalisierungsfonds
(Kap. 10 07 TG 78 neuer Tit.)
Drs. 18/20718

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderungen von barrierefreien Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 18/20719

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Bildungsgerechtigkeit von Anfang an – Kita-Qualität endlich verbessern
(Kap. 10 07 TG 88 - 94)
Drs. 18/20720

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung der LAG Mädchenpolitik Bayern
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/20721

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 10 02 Tit. 526 99)
Drs. 18/20756

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 10 02 Tit. 526 11)
Drs. 18/20757

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 18/20758

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Arbeitgeber und Sonstige für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die berufliche Eingliederung behinderter Menschen im Rahmen von Sonderprogrammen
(Kap. 10 03 Tit. 683 87)
Drs. 18/20759

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stiftung Obdachlosenhilfe
(Kap. 10 03 Tit. 698 72)
Drs. 18/20760

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben – Landesfachstelle für Barrierefreiheit
(Kap. 10 05 Tit. 547 84)
Drs. 18/20761

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum für erwachsene Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 Tit. 893 01)
Drs. 18/20762

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten der/des Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene
(Kap. 10 06 Tit. 536 01)
Drs. 18/20763

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung heimatpolitischer Anliegen
(Kap. 10 06 Tit. 686 03)
Drs. 18/20764

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten für Beratungsstellen (Förderung von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder)
(Kap. 10 07 Tit. 535 82)
Drs. 18/20765

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten der/des Beauftragten für das Ehrenamt
(Kap. 10 07 Tit. 536 02)
Drs. 18/20766

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten der Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe
(Kap. 10 07 Tit. 547 74)
Drs. 18/20767

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe)
(Kap. 10 07 Tit. 633 74)
Drs. 18/20768

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Beitragszuschuss für Eltern von Kindern in Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)
Drs. 18/20769

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung
(Kap. 10 07 Tit. 633 92)
Drs. 18/20770

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Familiengeld nach dem Bayerischen Familiengeldgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 681 02)
Drs. 18/20771

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen an natürliche Personen – Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktionsmedizin
(Kap. 10 07 Tit. 681 66)
Drs. 18/20772

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landeserziehungsgeld
(Kap. 10 07 Tit. 681 80)
Drs. 18/20773

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayerisches Krippengeld
(Kap. 10 07 Tit. 681 91)
Drs. 18/20774

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke (Frauenpolitik, -förderung)
(Kap. 10 07 Tit. 686 83)
Drs. 18/20775

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 18/20776

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige – Ausbau von Frauenhauskapazitäten
(Kap. 10 07 Tit. 893 82)
Drs. 18/20777

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landeselternvertretung/Landeselternbeirat der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/20778

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Jugend-Check
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/20779

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 10 66 Tit. 428 01)
Drs. 18/20780

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
(Kap. 10 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/20856

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 10 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20857

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Gehörlosengeld einführen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 18/20858

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Wohnungs- und Obdachlosenhilfe stärken!
(Kap. 10 03 TG 72)
Drs. 18/20859

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung staatlich anerkannter Schwangerenberatungsstellen
(Kap 10 07 Tit. 633 77)
Drs. 18/20860

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung – Erhöhung des Basiswerts zur kindbezogenen Förderung nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 18/20861

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung – Kita-Beitragszuschüsse analog zum Krippengeld an Einkommensgrenze koppeln
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)
Drs. 18/20862

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Familiengeld sozial staffeln
(Kap. 10 07 Tit. 681 02)
Drs. 18/20863

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausbau der Ganztagesplätze an den Grundschulen
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 18/20864

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für Maßnahmen im Bereich der Radikalisierungsprävention
(Kap. 10 07 Tit. 684 60)
Drs. 18/20865

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Second-Stage-Regelförderung
(Kap 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/20866

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausbau von Fachstellen für Täterarbeit
(Kap 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/20867

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Anpassung der Zuschüsse für Maßnahmen im Bereich LSBTIQ*
(Kap. 10 07 Tit. 686 75)
Drs. 18/20868

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderprogramm zur Stärkung der Kindertagespflege
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/20869

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fanprojekte solide finanzieren
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 18/20870

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten für die Erteilung von Forschungsaufträgen
(Kap. 10 03 Tit. 526 21)
Drs. 18/20969

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 10 03 Tit. 633 73)
Drs. 18/20970

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden
(Kap. 10 03 Tit. 671 89)
Drs. 18/20971

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden
(Kap. 10 03 Tit. 671 95)
Drs. 18/20972

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beihilfen
(Kap. 10 03 Tit. 681 88)
Drs. 18/20973

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Versorgungsbezüge für Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen
(Kap. 10 03 Tit. 681 89)
Drs. 18/20974

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Arbeitgeber und Sonstige für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die berufliche Eingliederung behinderter Menschen im Rahmen von Sonderprogrammen
(Kap. 10 03 Tit. 683 87)
Drs. 18/20975

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 18/20976

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stiftung „Obdachlosenhilfe Bayern“
(Kap. 10 03 Tit. 698 72)
Drs. 18/20977

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen für den Arbeitsmarkt und die soziale Infrastruktur (neuer Tit.): Vorbereitung auf die Ausbildung, Sonderprogramm für Jugendliche zur Förderung der Ausbildungsreife
(Kap. 10 03 TG 60-61)
Drs. 18/20978

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige
(Kap. 10 07 Tit. 893 73)
Drs. 18/20979

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Öffentlichkeitsarbeit – Maßnahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Diskriminierung und Rassismus
(Kap. 10 07 Tit. 531 61)
Drs. 18/20980

72. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten für die Weiterentwicklung des Familienpakts Bayern einschließlich der Kosten für die Fortsetzung des gemeinsamen Betriebs der Servicestelle
(Kap. 10 07 Tit. 532 81)
Drs. 18/20981

73. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten der Durchführung von Maßnahmen zur Digitalisierung
(Kap. 10 07 Tit. 547 96)
Drs. 18/20982

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erstattungen an Landkreise, kreisfreie Städte und Große Kreisstädte für konnexitätsbedingte Mehrbelastungen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Prostituiertenschutzgesetzes
(Kap. 10 07 Tit. 633 02)
Drs. 18/20983

75. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Erstattungen an Kommunen für Personal und Vormundschaftskosten im Bereich der Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen
(Kap. 10 07 Tit. 633 03)
Drs. 18/20984

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer unbegleiteter Minderjähriger
(Kap. 10 07 Tit. 633 04)
Drs. 18/20985

77. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer junger Volljähriger
(Kap. 10 07 Tit. 633 06)
Drs. 18/20986

78. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 18/20987

79. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte
(Kap. 10 07 Tit. 633 67)
Drs. 18/20988

80. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Leistungen an natürliche Personen
(Kap. 10 07 Tit. 681 73)
Drs. 18/20989

81. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 684 61)
Drs. 18/20990

82. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte
(Kap. 10 07 Tit. 684 67)
Drs. 18/20991

83. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 18/20992

84. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe)
(Kap. 10 07 Tit. 684 74)
Drs. 18/20993

85. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung staatlich anerkannter Schwangerschaftsberatungsstellen nach Art. 14 Bayerisches Schwangerenberatungsgesetz (BaySchwBerG)
(Kap. 10 07 Tit. 684 77)
Drs. 18/20994

86. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)
Drs. 18/20995

87. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschuss an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle und das Institut für Jugendarbeit
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 18/20996

88. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen (Schutz ungeborenes Leben; Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“)
(Kap. 10 07 Tit. 685 84)
Drs. 18/20997

89. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke (Gleichstellung; Chancengerechtigkeit)
(Kap. 10 07 Tit. 686 75)
Drs. 18/20998

90. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige
(Kap. 10 05 Tit. 893 78)
Drs. 18/20999

91. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke
(Kap. 10 07 TG 75)
Drs. 18/21000

92. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung sichern
(Kap. 10 05 TG 74)
Drs. 18/21042

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Hans Herold
Abg. Barbara Fuchs
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Martin Böhm
Abg. Gerd Mannes
Abg. Annette Karl
Abg. Albert Duin
Abg. Kerstin Schreyer
Abg. Anne Franke
Abg. Christian Zwanziger
Staatsminister Hubert Aiwanger

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 07

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/20484 mit 18/20492)

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/20446 mit 18/20453)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20242 mit 18/20268)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20335 mit 18/20340, 18/20342 mit 18/20370, 18/20373, 18/20378 mit 18/20388, 18/20391 mit 18/20404, 18/20406 und 18/20407)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/20154 mit 18/20160)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20194 mit 18/20199)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2022;

hier: Klimaneutrale Fernwärme stärken - Energieabhängigkeit reduzieren (Kap. 07 05 Tit. 883 78) (Drs. 18/22110)

In die Beratung einbezogen wird der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Klimaneutrale Fernwärme stärken – Energieabhängigkeit reduzieren" auf der Drucksache 18/22110.

Als Gesamtredezeit wurden 45 Minuten vereinbart. – Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 18/20264, die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 18/20362 und die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 18/20159 jeweils namentliche Abstimmung beantragt haben.

Auf Wunsch der AfD-Fraktion soll über drei Änderungsanträge der Fraktion in einfacher Form abgestimmt werden. Konkret handelt es sich dabei um die Drucksachen 18/20356, 18/20363 und 18/20370.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Hans Herold.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrter Herr Wirtschaftsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt wieder zu einem, so will ich es einmal sagen, wichtigen Thema, nämlich dem Einzelplan 07 – Wirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Einzelplan ist für unseren Staatshaushalt von größter Bedeutung. Er unterstützt, wie Sie alle wissen, wichtige Steuerzahler in unserem Land, nämlich die bayerische Wirtschaft. Sie alle wissen auch, dass wir uns momentan in einer weltpolitisch äußerst schwierigen Lage befinden – Stichworte: Corona-Pandemie, Angriffskrieg gegen die Ukraine. Deswegen ist gerade der Bereich Wirtschaft für uns sehr, sehr wichtig.

Dieser Einzelplan des Haushalts gehört mit einem Volumen von insgesamt 1,7 Milliarden Euro sicherlich nicht zu den größten Etats der Staatsregierung, auch wenn er nach einer Steigerung im Jahr 2021 um 18 % dieses Jahr um weitere 8,3 % wächst.

Deswegen möchte ich mich gleich zu Beginn meiner Rede bei unserem Wirtschaftsminister Aiwanger wie natürlich auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wirtschaftsministeriums für diese äußerst wichtige und gute Arbeit bedanken. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Kollegin Schreyer wird anschließend den Einzelplan wirtschaftlich bewerten. Ich möchte ihn aus Haushaltssicht einordnen, genauso wie Kollege Bernhard Pohl.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, Sie alle wissen es: Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Die Bedeutung dieses Wirtschaftsetats ist gerade in Krisenzeiten nicht zu unterschätzen. So ist die bayerische Wirtschaft als Steuerzahler ein wesentlicher Faktor für einen stabilen Staatshaushalt. So, wie wir sonst häufig den Steuerzahlern danken, dürfen wir hier durchaus auch an die Konzerne und alle Unternehmen, an die vielen Freiberufler und die anderen Selbstständigen denken, die in Deutschland ihre Steuern zahlen und natürlich nach Corona gern wieder mehr Steuern bezahlen würden. Noch immer haben wir nicht das Vor-Corona-Niveau von 2019 erreicht.

Als ich heute auf dem Bahnhof in München war, las ich auf einem Bildschirm: "Bayern ist sehr innovativ!" Bayern hat nämlich die meisten Patentanmeldungen in ganz Europa. Das ist doch ein deutliches Zeichen dafür, wie innovativ wir im Freistaat Bayern aufgestellt sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Einzelplan 07 setzt, wie ich meine, der Freistaat Impulse für die Zukunftsfähigkeit unserer bayerischen Wirtschaft. Der Schwerpunkt liegt natürlich auf der Hightech Agenda, die mit der Hightech Agenda Plus um ein Konjunkturprogramm erweitert wurde. Bis zum Jahr 2025 sind Investitionen in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro vorgesehen. Das ist ein sehr wichtiger, guter Aufschlag.

Unsere zusätzlichen Maßnahmen geben den zentralen bayerischen Themenfeldern – Wissenschaft, Wirtschaft, Forschung und Digitalisierung – einen großen konjunkturellen Schub. Auch daran wird die zentrale Bedeutung des Einzelplans 07 deutlich.Die Hightech Agenda Plus ist ein tragender Baustein, um aus dieser großen Corona-Krise wieder einen Weg heraus zu finden. Sie steht als Konjunkturprogramm in diesem Sinne unmittelbar im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen noch mal der wichtige Hinweis: Wir investieren in die Forschung, die gerade auch außeruniversitär über den Einzelplan 07 finanziert wird. Dies ist ein zentraler Bereich für ein selbsttragendes und nachhaltiges Wachstum, was ja ganz wichtig ist. Gerade aktuell wird es deutlicher denn je: Russisches Gas können wir nur ersetzen, wenn wir eigene Lösungen haben. Dafür braucht es natürlich insbesondere technischen Fortschritt. Das möchte ich noch mal ausdrücklich betonen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt unseres Wirtschaftsministeriums weist eine beindruckende Investitionsquote von 46,1 % auf. Die Personal- und Sachausgabenquote ist mit 8,5 % – und das möchte ich noch mal deutlich hervorheben – relativ niedrig. Sie liegt im Durchschnitt der bayerischen Ressorts bei 38,6 %. Nicht zu vergessen ist auch der BayernFonds, der als letzte Patrona von Corona gebeutelten Unternehmen helfen kann. Wir können für diesen Haushalt sein Volumen glücklicherweise auch reduzieren und ihn gleichzeitig bis zum 30. Juni 2022 verlängern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir ändern dafür im Zuge dieses Haushaltsgesetzes auch das BayernFonds-Gesetz, entsprechend den bundesrechtlichen Regelungen beim Wirtschaftsstabilisierungsfonds. Der Maximalbetrag für Garantien reduziert sich von 26 Milliarden Euro auf nunmehr 6,5 Milliarden Euro. Die Kreditermächtigung wird von 20 Milliarden Euro auf nun 10 Milliarden Euro reduziert. Glücklicherweise haben wir bislang das großzügige Volumen des BayernFonds nicht ausschöpfen müssen.

Dennoch ist es gut, ihn zu haben. Ich denke, er schafft großes Vertrauen des Marktes in Unternehmen, die unter Corona besonders leiden.

Im Haushaltsausschuss wurden insgesamt 130 Änderungsanträge zum Einzelplan 07 eingereicht. Dies waren – daraus sieht man mal das Volumen – doppelt so viele wie im letzten Jahr. Ich möchte mich herzlich bei Josef Zellmeier, aber auch bei allen Kolleginnen und Kollegen für die wirklich sehr gute und harmonische Zusammenarbeit bedanken.

Neben allen Maßnahmen, die wir beschlossen haben, spielt gerade auch der Tourismus eine ganz zentrale Rolle. Wir waren mit dem Arbeitskreis Tourismus erst auf der Zugspitze und in Oberstdorf, wo wir deutlich gesehen haben, wie wichtig der Tourismus generell ist, nicht nur in diesem Bereich, sondern in ganz Bayern. Darauf wird wahrscheinlich die Kollegin Schreyer noch eingehen.

Bayern ist Tourismusland. Auch in meinem Stimmkreis in Mittelfranken ist das ein ganz wichtiger Punkt. Deswegen bin ich sehr dankbar dafür, dass wir hier entsprechende Mittel vorgesehen haben. Natürlich denke ich hier insbesondere an die Arbeitsplätze in unserem Land. Im Tourismus arbeiten schließlich rund 450.000 Menschen in allen Teilen Bayerns.

Ganz wichtig ist ferner, den Meisterbonus weiterhin auszubauen und unsere mittelständischen Betriebe in ganz Bayern durch die regionale Wirtschaftsförderung entsprechend zu unterstützen.

Ich will abschließend unseren Mittelbehörden ein Dankeschön sagen, also den jeweiligen Bezirksregierungen, wo ich persönlich mitbekomme, dass wir von der Wirtschaftsförderung dort immer wieder entsprechend gut unterstützt und beraten werden.

In diesem Sinne geht noch mal ein herzliches Dankeschön an den Wirtschaftsminister, an unseren Finanzminister, aber auch an alle, die hier entsprechend mitgewirkt haben.

Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 07. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Maske! Maske!

(Zuruf: Er hat sie doch auf!)

– Du hast sie auf, das habe ich nicht gesehen, entschuldige. Sorry! Es ist alles gut, Hans. Ich habe es nicht gesehen. Entschuldige, Hans!

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Fuchs für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach zwei Jahren Corona-Pandemie kämpfen die bayerischen Unternehmen seit dem russischen Überfall auf die Ukraine nun mit zusätzlichen, extrem schwierigen Herausforderungen. Unsere bayerische Wirtschaft ist sehr stark. Trotzdem ist das eine ganz schwierige Situation. Sicher geglaubte Aufträge wurden über Nacht storniert. Fest eingeplantes Material fehlt. Damit stehen nach kurzer Zeit in manchen Betrieben Produktionslinien, und die Energiekosten steigen täglich.

Das, meine Damen und Herren, ist der unternehmerische Alltag unzähliger bayerischer Betriebe seit Ende Februar. Gleichzeitig werden die schon bestehenden Herausforderungen nicht kleiner: Die Digitalisierung schreitet voran, und der bayerische Arbeitsmarkt ist leer. Es fehlt mittlerweile in fast allen Branchen an Fachkräften. Da sehen wir auch im Haushaltsplan des Wirtschaftsministeriums ein großes Alarmsignal, nämlich zum Beispiel beim Meisterbonus. Dieses Stichwort hatten wir gerade gehört. Der Meisterbonus selbst wurde zwar erhöht, aber das Gesamtbudget wurde gesenkt. Warum? – Weil nicht genug abgerufen wurde. Das heißt, es gab zu wenige Menschen, die diesen Weg gegangen sind.

Jetzt kann man verschieden reagieren. Man kann das Budget verkleinern, oder man kann sagen: Wir brauchen mehr Menschen, die diesen Weg gehen. Ich sage, wir brauchen mehr Menschen, die diesen Weg gehen, die diese Meisterausbildung wirklich machen. Das müssen wir unterstützen, statt zu kürzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann zu einem Riesenthema, dem Fachkräftemangel. Herr Aiwanger, Sie werden ja oft auf das Thema angesprochen. Als Wirtschaftsminister sind Sie ja ein Stück weit mitverantwortlich, auch wenn manche Themen in anderen Ressorts gespielt werden. Da muss man aber übergreifend handeln. Leider wurde die Berufseinstiegsbegleitung jetzt endgültig nicht mehr weitergeführt. Wir haben letztes Jahr noch darum gekämpft und haben ein Jahr gewonnen. Jetzt wird das Programm letztendlich nicht mehr weitergeführt. Das Programm böte aber die Chance, junge Menschen abzuholen, die ein bisschen Unterstützung brauchen, um eben auch den Weg in die duale Ausbildung zu gehen. Da bitte ich Sie, oder ich fordere Sie auf, soweit ich das kann: Reden Sie mit Ihren Leuten. Ich glaube, das ist der Einzelplan 10. Heute ist noch mal die Chance, daran etwas zu verändern und das Programm doch weiterlaufen zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind nämlich die Fachkräfte der Zukunft. Die finden wir nicht am Ende ihrer Ausbildung, sondern die müssen wir ganz am Anfang abholen. Wir hatten im Einzelplan 07 viele gute Anträge zu den beruflichen Bildungsstätten der Kammern, für die duale Ausbildung. Die wurden alle abgelehnt; das finde ich sehr schade. Ich bitte, das noch mal zu überdenken und in irgendeiner Form wieder reinzubringen. Das kann einfach nicht sein. Die Betriebe haben zu wenige Leute, um die Aufträge anzunehmen, weil ihnen das Personal fehlt. Gerade für die notwendige Energie- und Wärmewende brauchen wir aber Leute, die die Arbeiten ausführen. – Zu dem Thema Energie- und Wärmewende wird mein Kollege gleich noch was sagen.

Dann fehlt uns die Evaluation der Förderprogramme. Die kommen einfach nicht in den kleinen und mittleren Betrieben an.

Ein wichtiges Thema ist noch, die Reparatur defekter Haushaltsgeräte mit 100 Euro zu belohnen, zu unterstützen und zu fördern. Wir haben dazu einen Antrag gestellt. In Thüringen findet das bereits statt. Das ist ein Weg, den Menschen klarzumachen: Lasst eure Geräte reparieren, schmeißt nicht alles weg. Für die Nachhaltigkeit, für die Kreislaufwirtschaft könnte man hier ein kleines Zeichen setzen. Das ist nicht passiert.

Auch der Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur geht noch zu langsam, obwohl die Menschen eigentlich schon bereit sind, jetzt umzusteigen, wenn sie eine Kaufentscheidung zu treffen haben.

Insgesamt lässt dieser Haushalt nicht erkennen, dass Bayern einen Beitrag zum European Green Deal, zum Klimaschutz und zum Umbau der Wirtschaft, leisten will. – Noch ein kleines Beispiel: Die Bayerische Staatsregierung blockiert sich gegenseitig. Die einen sagen: Kein 10 H! Die anderen sagen: Keine Photovoltaik! So kommen wir aber nicht weiter. Bitte lassen Sie ab von diesem Klein-Klein der Parteien, und hören Sie auf, sich im Kreis zu drehen. Wenn man sich nämlich im Kreis dreht, macht man mit dem Hintern kaputt, was man vorne aufgebaut hat. Das geht nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusammenarbeiten und die Themen voranbringen, das ist die Aufgabe, die wir hier haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich beginnen mit einem Dank an den Kollegen von

Brunn, der vor wenigen Minuten vor dem Haus einen Chaoten der Polizei übergeben hat. Dieser hat uns lauthals wegen der Corona-Maßnahmen kollektiv als "Abschaum" bezeichnet. Ich möchte an dieser Stelle einige von uns in diesem Raum bitten, einmal kritisch zu reflektieren, inwieweit sie durch ihre Äußerungen derartigen Dingen Vorschub leisten. Das muss an dieser Stelle schon einmal gesagt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Staatshaushalt ist wesentlich geprägt durch die Einnahmen, nicht nur durch die Ausgaben. Die Einnahmen, die wir in vielen Bereichen sinnvoll über das Land verteilen, müssen erwirtschaftet werden. Deswegen geht zu Beginn ein Dank an alle Unternehmer, Arbeitnehmer und all diejenigen in Bayern, die dazu beigetragen haben, dass wir trotz Corona immer noch gute Steuereinnahmen haben. Aber nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die verantwortlichen Politiker sind hier zu nennen, allen voran Hubert Aiwanger. Er stemmt sich als Wirtschaftsminister tatkräftig und entschlossen Krisen entgegen und hält Bayern auf Kurs.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind in schweren Zeiten. Es gibt einige Dinge, die wir nicht beeinflussen können. Wir werden möglicherweise in einigen Wochen oder Monaten noch einmal kritisch über diesen Haushalt schauen müssen. Kein Mensch kann das vorhersagen. Es gibt nicht oder nur bedingt beeinflussbare Faktoren. Hier sind der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die Corona-Pandemie zu nennen. Es gibt aber auch beeinflussbare Faktoren. Hier muss ich einen flammenden Appell nach Berlin richten. Wir stehen am Beginn einer ganz gefährlichen Stagflation, die unsere Wirtschaft ganz wesentlich treffen kann. Deswegen appelliere ich an die Verantwortlichen in Berlin: Tun Sie etwas, damit Energie bezahlbar bleibt! Das hat nicht nur mit der internationalen Krise zu tun, sondern auch mit der Steuerpolitik. Bei der Steuerpolitik können Sie handeln, und da müssen Sie sogar handeln. Sie müssen in diesem Bereich noch mehr tun, als Sie bis jetzt getan haben!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Wirtschaftsministerium ist wie das Kultusministerium und das Wissenschaftsministerium ein Zukunftsministerium; denn unsere Zukunft hängt ganz wesentlich von den Faktoren Bildung, Forschung, Entwicklung und Wirtschaft ab. Es ist ganz wichtig, hier die Weichen richtig zu stellen. Das hat unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger gemeinsam mit den Regierungsfraktionen von FREIEN WÄHLERN und CSU in den letzten Jahren getan. Ich sage nur: Hightech Agenda Bayern und Hightech Agenda Plus. Das sind die richtigen Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Ich sagte bereits gestern, dass nicht Verbot und Verzicht die Antworten auf die Klimakrise sind. Nein! Unsere Wirtschaft, unsere Forschung und Entwicklung müssen die Antworten geben und Lösungen finden, die wir weltweit einsetzen können, um den Problemen zu begegnen und uns in eine gute Zukunft zu führen.

Ich bin sehr froh, dass wir für die Hightech Agenda und die Hightech Agenda Plus – diese haben wir übrigens bereits vor Corona aufgesetzt – dieses Jahr in den Haushalt 350 Millionen Euro eingestellt haben. Damit können wir Zukunftsfragen regeln.

Wir müssen aber auch auf unseren Bestand, auf unsere heimische Industrie achten. Hier sind auch ein paar Probleme, die uns von anderer Seite aufgebürdet werden, zu lösen. Die Rüstungsindustrie leidet darunter, dass bei der bevorstehenden Taxonomie eine Einstufung droht, die sie benachteiligen wird. Das kann doch nicht richtig sein. Wir erfahren doch gerade jetzt sehr schmerzlich, wie systemrelevant die Rüstungsindustrie gerade in Bayern ist. Wir müssen alles tun, damit die Rüstungsunternehmen nicht unter die Kuratel der Taxonomie kommen.

Unser Wirtschaftsminister ist nicht nur für die Großindustrie, sondern auch für die regionale Industrie zuständig. Er ist auch der Minister für die Landesentwicklung. Die Schlagwörter sind Mittelstand und Handwerk. Frau Kollegin Fuchs, Sie haben den Meisterbonus angesprochen. Der Meisterbonus des Freistaates ist doch eine hervorragende Sache. Er setzt die richtigen Anreize. Sie sagen, dass er nicht in ausreichen-

dem Maße abgerufen wird. Das liegt aber nicht am Meisterbonus. Das liegt daran, dass den Handwerksbetrieben ständig neue bürokratische Hürden auferlegt werden, und zwar nicht vom Freistaat Bayern. Wir sollten daran ansetzen, die Bürokratie im Handwerk einzudämmen, damit es sich überhaupt noch lohnt, einen Handwerksberuf zu ergreifen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke dem Wirtschaftsminister auch für seine Weitsicht beim Thema Energie. Er hat nämlich schon 2019/2020 gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten eine Wasserstoffstrategie auf den Weg gebracht, als andere diese Idee noch bekämpft haben. Das ist der richtige Weg. Dieser Weg macht uns mittelfristig unabhängig und krisenresilient. Für die aktuelle Herausforderung werden wir kurzfristige Antworten finden müssen, die übrigens nicht in Windrädern liegen. Die Windräder brauchen nämlich ein paar Jahre, bis sie projektiert, genehmigt und schließlich gebaut sind. Hier werden wir kurzfristige Antworten finden müssen. Aber die langfristige Antwort hat der Wirtschaftsminister mit seiner Wasserstoffstrategie.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal festhalten: Das wichtigste Thema für uns FREIE WÄHLER sind gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Es ist beim Wirtschaftsminister in guten Händen. Er packt an, er macht praktische Politik und nicht nur Ansagen. Vielen Dank, Hubert Aiwanger, vielen Dank, Bayerische Staatsregierung, vielen Dank an die Regierungsfraktionen! Dieser Haushalt hat unsere Zustimmung verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Kollegen Böhm vor.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Pohl, Sie sind gerade auf die Kuratel der Taxonomie eingegangen. Das erinnert mich an den Dringlichkeitsantrag Ihrer Frak-

tion von letzter Woche, der leider heute nicht besprochen wird. Es ist bezeichnend, dass Sie jetzt die im Raum stehende Gefahr der sozialen Taxonomie beklagen, aber gleichzeitig Ihre Fraktion und ein gewisser Ausschussvorsitzender an jeder möglichen Stelle dem Wahnsinn der Eurokraten im Ausschuss zustimmen. Wie bringen Sie die Haltung des Ausschussvorsitzenden mit dem, was Sie gerade postulieren, nämlich der Gefahr der sozialen Taxonomie, überein?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich habe akustisch nicht alles von dem verstanden, was Sie gesagt haben. Sie werden vermutlich den Vorsitzenden des Europaausschusses meinen. Seine Meinung ist gerade in dieser Frage zu 100 % deckungsgleich mit dem, was ich soeben gesagt habe. Die Rüstungsindustrie ist systemrelevant, die Rüstungsindustrie ist notwendig. Wir müssen alles dafür tun, dass wir nicht nur heimische Arbeitsplätze sichern, sondern mit einer guten Rüstungsindustrie die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands als einem wichtigen Partner im NATO-Bündnis aufrechterhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Welt schlittert von einer Krise in die nächste. Die selbst verschuldete Inflation und die wirtschaftlichen Schäden infolge der falschen Corona- und Klimapolitik verschlechtern unsere wirtschaftliche Lage täglich. Kurz gesagt: Die Staatsregierung schlägt Bayern finanz- und wirtschaftspolitisch kurz und klein. Herr Staatsminister Aiwanger, Sie sagten während der Corona-Zeit selbst, dass die Wirtschaft wissentlich und willentlich gegen die Wand gefahren wird.

(Zuruf)

Die bayerische Staatsverschuldung ist in der Corona-Krise von 27 auf 47 Milliarden Euro erheblich angestiegen. Dabei sind die finanziellen Folgen der Ukraine-Krise noch nicht ansatzweise berücksichtigt. Trotz dieser Schieflage planen Sie, weiteres Geld der Steuerzahler mit sinnlosen ökosozialistischen Projekten zu verschleudern. Zahlreiche im Haushalt vorgesehene Positionen für die Unterstützung von Unternehmensgründungen, Handwerksbetrieben und Forschung an neuen Technologien gehen zwar in die richtige Richtung; mit diesem Einzelplan Wirtschaft wollen Sie aber auch die gescheiterte Energiewende und den Raubbau an unserer grundlastfähigen Energieversorgung fortsetzen.

Bei der Umsetzung dieser ideologischen Agenda hat Ihr Ministerium auch die Verfassung gebrochen, Herr Aiwanger. Es handelt sich um Verstöße gegen die Gewaltenteilung, das Budgetrecht des Parlaments und die staatliche Neutralitätspflicht. Das Wirtschaftsministerium hat für die Beratungsschwerpunkte im Einzelplan 07 statt einer bloßen Zusammenfassung auch Abstimmungsempfehlungen versandt. Dort heißt es wörtlich: mehr oder weniger begründete Anträge der AfD auf Mittelanhebung im Einzelplan 07 unter Gegenfinanzierung aus Einzelplan 03 Asyl allein deshalb abzulehnen. – Die Staatsregierung hat hier auf übergriffige Art und Weise Einfluss auf die Haushaltsberatungen des Parlaments genommen. Der Aufforderung unserer Fraktion, die Folgen dieses eklatanten Rechtsbruchs zu beseitigen, sind Sie nicht nachgekommen. Der vorliegende Haushalt ist also bezüglich der Regelungen des Einzelplans 07 aus unserer Sicht verfassungswidrig. Dagegen werden wir voraussichtlich klagen.

Jetzt zu dem Einzelplan 07 mit über 1,7 Milliarden Euro.

(Zuruf)

– Doch, doch. Jetzt hören Sie halt zu. Jetzt wird es interessant. – Sie wollen hier 100 Millionen Euro für das sogenannte Klimapaket und die gescheiterte Energiewende zum Fenster hinauswerfen. Sie wollen 32 Millionen Euro für die Subventionierung der E-Mobilität verbrennen. Die Summe für volkswirtschaftlich unrentable Staatsausgaben

beträgt logischerweise rund 130 Millionen Euro. In Krisenzeiten ist diese Verschleuderung von Steuergeldern ein echter Skandal.

Geehrte Kollegen, Sie müssen damit aufhören, den Markt durch ordnungspolitische Eingriffe in eine immer steilere Abwärtsspirale zu drängen. Wir als AfD-Fraktion haben 73 sinnvolle Anträge erarbeitet. Damit wollten wir die schlimmsten Auswüchse Ihrer in diesen Haushaltspositionen falschen Haushaltspolitik ausbügeln. Aus unseren Anträgen ergaben sich Ausgaben in Höhe von rund 150 Millionen Euro. Alle diese Projekte sind technologisch sinnvoll und zukunftsorientiert. Gegenfinanziert werden unsere Anträge im Wesentlichen durch die Streichung der Mittel für sogenannte Klimaschutzmaßnahmen, die global betrachtet – entschuldigen Sie meine Ausdrucksweise – kein Schwein interessieren. Mit unseren Änderungsanträgen setzen wir auf wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit in Bayern.

Ein paar Beispiele: Wir beantragen mehr Geld für Unternehmensgründungen – über 23,8 Millionen Euro – und für bayerische Fachkräfte und kleine und mittlere Unternehmen – über 25,5 Millionen Euro. Die Erforschung der neusten Kernreaktoren und der Kernfusion wollen wir mit 14 Millionen Euro fördern. Das ist ein sehr wichtiges Zukunftsprojekt, um eine grundlastfähige Energieversorgung in Bayern zu sichern. Weitere 17,5 Millionen Euro wollen wir für die Forschung an synthetischen Kraftstoffen und effizienterer Verbrennungstechnologie bereitstellen. Für die Forschung und Förderung einer bayerischen Halbleiter- und Mikroprozessorindustrie haben wir 19 Millionen Euro beantragt, für Forschung und Aufbau einer bayerischen Roboterindustrie 10 Millionen Euro. Wir haben auch mehr Geld für die Weltraumforschung und die Weltraumwirtschaft in Höhe von 10 Millionen Euro beantragt. – Alle Forschungsprojekte, die ich jetzt angeführt habe, und die entsprechenden Wirtschaftszweige verdienen im Gegensatz zu Ihren ökosozialistischen Weltrettungsfantasien die Förderung durch Haushaltsmittel.

Fassen Sie sich ein Herz und treffen Sie ausnahmsweise mal eine vernünftige Entscheidung für ein wettbewerbsfähiges und zukunftsorientiertes Bayern, und stimmen Sie unseren Anträgen zu.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion erteile ich der Kollegin Annette Karl das Wort.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Herausforderungen für den Bereich Wirtschaft, Energie und Landesentwicklung sind groß und sind durch den Ukraine-Krieg noch größer und drängender geworden. Ein Haushaltsplan sollte diese Herausforderungen widerspiegeln. Der vorgelegte 07er-Haushalt tut dies leider nicht. Er spiegelt nur die Zerrissenheit der Regierungskoalition wider. Er lässt keine Schwerpunkte erkennen, ist mut- und kraftlos und besteht nur aus einem Weiter-dahinwursteln.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ganz klar: Wir brauchen schnell einen Wechsel in der Form unserer Energieversorgung weg vom russischen Gas und Öl und insgesamt weg von fossilen Energien. Wir brauchen dafür keine Antworten von vorgestern wie die Verlängerung der Atomlaufzeiten, sondern einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, verbunden mit einer schnellen Wärmewende.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, wir müssen das 10.000-Häuser-Programm ausweiten und vor allen Dingen die Sanierung von Bestandsgebäuden in den Blick nehmen. Entsprechend muss das Programm dann auch finanziell ausgestattet sein. Wir fordern deshalb eine deutliche Erhöhung. Auch wenn der Haushaltsentwurf eine Aufstockung vorsieht – das reicht nicht.

Wir müssen endlich das riesige Potenzial, auf dem wir in Bayern sitzen, nämlich die Geothermie, besser ausschöpfen. Um nur eine Zahl zu nennen: Allein für drei Wärmetransportleistungen im Raum München rechnet das Staatsministerium für Wirtschaft mit einem Förderbedarf in Höhe von 60 bis 80 Millionen Euro. Im letzten Jahr waren gerade mal 2,5 Millionen Euro zur verstärkten Nutzung der Geothermie veranschlagt. Das hat die Staatsregierung in ihrem Entwurf zwar nun um 7,5 Millionen Euro erhöht. Das ist uns aber längst nicht ausreichend. Wir fordern deshalb eine Erhöhung um 10 Millionen Euro. Desgleichen müssen wir die klimaneutrale Fernwärme weiter ausbauen und die Kommunen dabei unterstützen, denen bei dem Aufbau eine zentrale Rolle zukommt.

Lassen Sie mich kurz das Thema "Transformation der Industrie" beleuchten. Bei der Antriebswende in der Fahrzeugindustrie müssen wir klar auf Elektromobilität setzen. Bei Pkw ist das sowieso klar, aber auch beim Transportverkehr mit Lkw ist der Batteriebetrieb erste Wahl.

Natürlich brauchen wir Wasserstoff; aber wir brauchen ihn für jene Bereiche, die sich nicht elektrifizieren lassen. Das sind zuallererst die energieintensiven Industrien wie die Chemieindustrie. Die Produktion von grünem Wasserstoff erfordert sehr viel Strom aus erneuerbaren Quellen. Deswegen: Konzentration des Einsatzes von Wasserstoff dort, wo er hingehört. Deshalb wollen wir die Mittel, die im Haushalt für den Ausbau von Wasserstofftankstellen vorgesehen sind, auf den Ausbau der Elektroladeinfrastruktur umverlegen. Das ist für mich ein Beispiel dafür: Man muss auch mal den Mut haben, einen Weg einzuschlagen, den aber richtig mit voller Verve, anstatt überall ein bisschen Geld hinzupacken, ohne dass man eine Zielrichtung erkennt.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Meinung, dass die sozialökologische Transformation der Wirtschaft ein großes Projekt ist und dass es gut wäre, sich hier Unterstützung zu holen.Deshalb for-

dern wir eine Transformationsagentur, um die jeweiligen Industriezweige mit den richtigen Transformationsinstrumenten zu bestücken.

Der Fachkräftemangel ist ein großes Problem. Das ist heute schon erwähnt worden. Deshalb brauchen wir eine Erhöhung der Attraktivität der Handwerksberufe, insbesondere die tatsächliche Gleichstellung von Meister und Master. Die Kürzung des Meisterbonus ist daher völlig kontraproduktiv. Wir brauchen eine komplette Kostenfreiheit der Meisterausbildung. Deshalb muss auch dieser Ansatz erhöht werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein schneller Ausbau der erneuerbaren Energien erfordert auch mehr Einsatz und Abstimmungsarbeit bei den Regionalen Planungsverbänden. Ich nenne nur das Stichwort Regionalpläne Windkraft. Ich betone: In manchen Regionen gibt es noch gar keine solchen Pläne. Auch beim Flächensparen und bei der regionalen Entwicklung soll den Regionalen Planungsverbänden im Rahmen der Teilfortschreibung des LEP mehr Gewicht zukommen. Ich begrüße das nachdrücklich und ausdrücklich. Wir müssen aber dann die Regionalen Planungsverbände auch entsprechend finanziell und personell ausstatten. Dazu haben wir einen Änderungsantrag eingebracht, über den namentlich abgestimmt werden soll.

Noch kurz zum Thema Digitalisierung: Die Digitalisierung ist die Herausforderung für die kleinen und mittleren Unternehmen. Frau Gerlach hat das Jahr 2020 unter das Motto "Marktwirtschaft digital" gestellt. Gleichzeitig wird jetzt das Förderprogramm Digitalbonus gekürzt. Wir halten das für den völlig falschen Weg. Wir müssen den Digitalbonus nutzen, um die Mitarbeiter im Bereich der Digitalisierung zu schulen und sie mitzunehmen. Deshalb fordern wir auch hier eine Aufstockung.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zur aktuellen Situation sagen: Das produzierende Gewerbe in Bayern ist Garant für Wohlstand und Arbeitsplätze. Wir sehen vor allem bei der Glas- und Keramikindustrie durch die Erhöhung der Gaspreise existenzielle Nöte. Der Bund handelt zwar, aber hier ist auch Bayern gefordert, zum Beispiel mit

einem Sonderprogramm Glas und Keramik. Außerdem müssen die Kreditvorgaben der LfA dringend vereinfacht und verschlankt werden.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Uns liegt eine Intervention von Herrn Kollegen Pohl vor. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich habe zwei Anmerkungen und eine Frage:

Die erste Anmerkung. Sie sagten, wir müssten weg von russischem Gas und Öl. Ihnen ist sicher bekannt, dass unser Staatssekretär Roland Weigert seit zwei Jahren vor allem in Saudi-Arabien unterwegs ist, um dort alternative Quellen zu generieren. Ich glaube, das ist gut und richtig. Herr Habeck bereist diese Länder jetzt auch.

Meine zweite Anmerkung: Ihnen ist sicher bekannt, dass in Bayern bereits elektrisch angetriebene Lkw in der Planung und der Entwicklung sind.

Nun zu meiner Frage: In Ihren Änderungsanträgen lese ich immer wieder die Worte "Verstärkung der Mittel". Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie damit die Grundlinien der Politik des Wirtschaftsministers unterstützen, aber der Meinung sind, man könnte hier und da noch etwas mehr tun?

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin Karl, bitte.

Annette Karl (SPD): Lassen Sie mich kurz antworten. Zum ersten Punkt: Staatssekretär Weigert ist vor allem in den Vereinigten Arabischen Emiraten unterwegs. Das ist verdienstvoll. Ich weiß das so genau, weil ich bei beiden Reisen dabei war. Ich denke, wir müssen das eine tun, dürfen aber das andere nicht lassen. Wir müssen überall schauen, dass wir unsere Industrie unter den jetzigen Herausforderungen bezüglich der Energieversorgung wettbewerbsfähig und existenzfähig halten.

Zur Grundausrichtung des Wirtschaftshaushalts: Sie haben mit Ihrer Einschätzung recht, dass nicht alles falsch ist. Ich habe aber vorhin versucht zu erklären, dass es nicht darum geht, hier ein bisschen was zu tun und dort eine Schublade aufzumachen. Es geht auch nicht darum, da oder dort ein Projekt zu unterstützen. Wir müssen uns vielmehr darauf konzentrieren, unsere Wirtschaft sozialökologisch zu transformieren. Wir müssen die Abhängigkeit von fossilen Energien beseitigen und uns endlich den erneuerbaren Energien zuwenden. Bei dieser Im-Kreis-Dreherei wird immer auf Regionalpläne Windkraft verwiesen, die es entweder nicht gibt oder die überhaupt nicht mehr aktuell sind. Wir brauchen hier mehr Mut und mehr Zuversicht.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke schön. – Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Albert Duin von der FDP-Fraktion das Wort.

Albert Duin (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen schönen guten Morgen! Bayern ist ein reiches Land; wir haben scheinbar Geld wie Heu. – So wenigstens liest sich der Haushaltsplan 07 unseres Wirtschaftsministers. Das Problem ist, der Wirtschaftsminister sitzt wie Dagobert Duck auf dem Geld und möchte es am liebsten gar nicht verteilen. Die Mittel, die wir für die vielen Förderprogramme haben, werden nicht ausgeschöpft, und das schon seit Jahren. Teilweise werden nur 10 % oder weniger dieser Mittel abgerufen. Wollen wir das Geld denn nicht lieber sinniger ausgeben?

Wir haben es vorhin gehört: Wir brauchen unbedingt eine Unterstützung der Fachkräfteausbildung. Wir brauchen eine Fachkräfteausbildung mit dem Grundsatz Meister gleich Master. Das predige ich schon seit über drei Jahren. Als ich das im Wirtschaftsausschuss gebracht habe, wurde mir von den GRÜNEN gesagt: Die Gleichstellung bei gleicher Bezahlung gehe nicht; denn da gebe es so viele Abbrecher. Das hat Herr Adjei gesagt; das lässt sich in einem Protokoll nachlesen. Dazu sollten Sie stehen. Ich bin mir sicher, dass wir diese Fachkräfte unbedingt brauchen. Wir müssen sie nicht

nur beim Namen, sondern auch in Bezug auf die Unterstützung gleichstellen. Viele Universitäten werden bezahlt und unterstützt; aber das Handwerk bleibt auf der Strecke. Irgendjemand muss doch diese Energiewende, von der wir sprechen, bauen. Uns hilft es nichts, wenn jemand am Computer ein schönes Windrad zeichnet; irgendjemand muss es auch hinstellen. Darauf kommt es an. Deshalb brauchen wir eine Unterstützung der Facharbeiterausbildung.

Wir brauchen aber nicht nur das. Der Staat macht sich in vielen Bereichen einen schlanken Fuß. Die überbetriebliche Lehrlingsausbildung muss der Unternehmer zahlen. Er hat aber nicht immer alle Gewerke in seinem Unternehmen. Ein Unternehmen der Elektroindustrie verfügt zum Beispiel nicht unbedingt über einen Schweißplatz. Dann muss dieser Lehrling einen Kurs besuchen. Solche Module summieren sich auf fünf bis sechs Stück im Jahr. Sie kosten jeweils zwischen 300 und 600 Euro pro Person und Kurs. Der Unternehmer, der Ausbilder, muss diesen Kurs nicht nur bezahlen, nein, er muss auch noch auf die Mitarbeiter verzichten. Das tut er gerne. Das scheint sich aber inzwischen eingeschliffen zu haben. Wir Unternehmer haben aber gar nichts dagegen. Wir wollen unsere Leute selbst nach eigenem Gutdünken ausbilden, damit sie für den späteren Berufsweg auch etwas taugen.

Die Handwerkskammern müssen auch gefördert werden. Sie brauchen Geld, um überhaupt die Gewerke zur Verfügung stellen zu können. Sie haben die ganzen Einrichtungen. Das geht zulasten der Mitglieder in den Kammern, die Zwangsmitglieder sind. Ich habe damit kein Problem, aber mit dem Geld dieser Leute wird das alles bezahlt. Auch hier sollte etwas gemacht werden.

Lieber Hubert Aiwanger, wir müssen einmal die ganzen Förderprogramme durchforsten und schauen, wo wir Geld einsparen können, damit es an anderer Stelle vernünftig ausgegeben werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Wir bräuchten zum Beispiel eine Erweiterung des Digitalbonus. In anderen Bundesländern werden auch Freiberufler damit unterstützt. Dieses Programm wird dort sehr gut angenommen. Das läuft aber nach dem Windhundverfahren, und dann ist auf einmal Schluss, während in anderen Bereichen viel Geld übrig bleibt und nicht abgerufen wird.

Damit komme ich zur Energie. Ich habe gerade vorgestern die letzte Preiserhöhung von meinem Zulieferer für Kupferlackdrähte bekommen. Ab dem 1. Mai gibt es hier eine Preiserhöhung um 23 % aufgrund der gestiegenen Energiekosten. Das ist die dritte Erhöhung in fünf Monaten. Ich weiß gar nicht, wie die Industrie in Zukunft noch arbeiten soll. Wir sitzen hier und reden über die Energiewende. Ein solcher Quatsch! Wir hätten die Energie, wenn wir unsere Kernkraftwerke weiterlaufen lassen würden. Wir sollten zumindest einmal darüber nachdenken. Gestern kam von Herrn von Brunn – er ist heute leider nicht da – die Aussage: Unsere Kernkraftwerke, die noch in Betrieb sind, entsprechen nicht den sicherheitstechnischen Vorgaben. – Das ist gegenüber den Leuten, die dort arbeiten, eine Gemeinheit; denn alle diese Werke sind perfekt in Schuss und besser als alle anderen auf der ganzen Welt.

(Beifall bei der FDP)

Reden wir über Wasserstoff. Ich kann es nur wiederholen: Wasserstoff ist ein Energieträger. Er muss erzeugt werden. Wenn ich Wasserstoff mithilfe von elektrischem Strom erzeuge, habe ich einen Wirkungsgrad von etwa 20 bis 25 %.Also, es muss vernünftig vorgegangen werden.

An erster Stelle steht aber: Durchforsten Sie die Förderprogramme, und stellen Sie die frei werdenden Mittel bitte der beruflichen Ausbildung zur Verfügung, dann können alle meine Kollegen wieder arbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht als Nächste die Kollegin Kerstin Schreyer.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In einigen Redebeiträgen wurde schon angeschnitten, was im Haushalt alles enthalten ist. Der Kollege Hans Herold hat das angesprochen. Ich versuche jetzt in den vier Minuten, die mir bleiben, noch die wirtschaftspolitische Einordnung vorzunehmen.

Die Corona-Krise hat den bayerischen Unternehmen sehr viel abverlangt. Der Ukraine-Krieg tut ein Übriges dazu. Insofern dürfen wir festhalten, dass der Freistaat Bayern, die Bayerische Staatsregierung, aber auch die Regierungsfraktionen immer verlässliche Partner für die Wirtschaft waren. Wenn man sich überlegt, welche Herausforderungen wir bestanden haben, darf man an der Stelle schon sagen: Wir alle hätten nicht gedacht, dass nach den letzten zwei Jahren die Arbeitslosigkeit trotzdem nicht nennenswert steigt, dass sogar Tarifsteigerungen möglich sind. All das hätten wir doch niemals gedacht. Dafür geht ein riesengroßes Dankeschön an die Unternehmerinnen und Unternehmer. Ich möchte an dieser Stelle auch dem Herrn Staatsminister Hubert Aiwanger ganz herzlich danken, der mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr intensiv dafür gekämpft hat, dass sofort Lösungen kommen und nicht erst lange diskutiert und gefackelt wird. Insofern ein herzliches Vergelts Gott an der Stelle!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Einzelplan steigt um 10 % auf 1,78 Milliarden Euro. Das heißt, der Freistaat setzt die richtigen Rahmenbedingungen; er lässt die Wirtschaft nicht im Stich. Auch in Zukunftsprojekte wird intensiv investiert. Schauen wir uns nur den Luft- und Raumfahrtbereich an, Bavaria One. Der eine oder andere mag darüber schmunzeln, aber das sind die Zukunftsprojekte. Wir müssen doch weltweit ein Gesicht nach außen zeigen, und wir müssen unsere Punkte weiterbringen.

Für den Stromleitungsbau werden vier neue Stellen geschaffen. Wir müssen an diesen Stellen klug sein. Wir müssen beim Energiesektor ohne Schaum vor dem Mund verschiedene Energiequellen anschauen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass beide Regierungsfraktionen und die Staatsregierung in einem guten Austausch sind, um das Richtige für die Bürgerinnen und Bürger zu machen, und zwar mit ihnen und nicht gegen sie und auch nicht ideologisch.

Wichtig ist bei diesem Einzelplan besonders die hohe Investitionsquote von 46,1 %. Das heißt, knapp die Hälfte der Haushaltsmittel geht in Zukunftsprojekte. Die Hightech Agenda sei kurz genannt, ein großes Anliegen des Herrn Ministerpräsidenten. Ebenso nenne ich die angewandte wirtschaftsnahe außeruniversitäre Forschung und Entwicklung. Wir haben also alle diese Maßnahmen weiterhin im Blick, obwohl Steuereinbrüche eintreten und obwohl es natürlich immer schwieriger wird, mit den Finanzen umzugehen. Das ist wertvoll und wichtig. Kollege Hans Herold hat zu Recht gesagt: Ohne Wirtschaft ist alles nichts. – Genau das ist der Punkt; wir müssen die Wirtschaft so stärken, dass wir danach über die anderen Dinge reden können, wo wir Geld verteilen wollen.

Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben ganz hervorragende Arbeit geleistet, gerade während Corona. Das kann man nicht oft genug betonen. Sie sind vor großen Herausforderungen gestanden – Mitarbeiter, Schwierigkeiten in den Lieferketten –, durch den Krieg hat sich das Ganze nicht verbessert. Insofern bin ich wirklich sehr, sehr dankbar, dass wir dort kein Gejammer haben. Im Gegenteil: Jeder krempelt die Ärmel hoch und versucht zu kämpfen. Insofern sind wir alle beieinander, dass wir das entsprechend hinbekommen.

Einen Punkt – der Herr Minister mag mir das verzeihen – möchte ich besonders herausgreifen: die Belebung der Innenstädte. Als ehemalige Ministerin durfte ich einen Runden Tisch zur Belebung der Innenstädte ins Leben rufen. Ein ganz starker Partner war der Herr Wirtschaftsminister, der an der Stelle intensiv nachsteuert; denn die Unternehmen, die Läden in der Innenstadt, werden nur funktionieren, wenn wir viel inves-

tieren, und zwar zum einen in die Wirtschaft, zum anderen in Kunst und Kultur, aber natürlich auch in einen gewissen Eventcharakter. Insofern möchte ich zum Ausdruck bringen, wie toll es ist, dass wir aus den Reserven der beiden Koalitionspartner 6,7 Millionen Euro zu diesen Mitteln zuschießen können. Am Ende wird es darum gehen, zu sagen, was wir tun können. Das ist der Bereich Wirtschaftsthemen, und dann muss aber auch Geld bewusst in den Bereich Innenstädte gehen, in die Stärkung der Gastronomie, damit wir keine leeren Geschäfte haben, sondern es letztlich schaffen, dass die Geschäfte bleiben können und die Innenstädte belebt werden. Vielleicht gelingt es sogar trotz der Corona-Folgen, dass die Innenstädte ein neues Gesicht bekommen und wieder besonders lebenswert werden; denn das muss uns allen sehr am Herzen liegen. Natürlich existiert der Onlinehandel, und wir können ihn auch nicht wegdiskutieren; aber wichtig wird sein, die Innenstädte zu beleben. Insofern ein herzliches Vergelts Gott auch für diese Akzentuierung, Herr Minister!

Ich bitte Sie alle: Stimmen Sie dem Haushaltsplan zu, er ist klug aufgestellt und in die Zukunft gerichtet, er stabilisiert die Wirtschaft. Insofern bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich der Kollegin Anne Franke das Wort.

Anne Franke (GRÜNE): Frau Kollegin Schreyer, Sie haben gesagt, dass auch die außeruniversitäre Forschung sehr gut unterstützt werde. Aber gerade in dem Bereich vermissen wir die zielgerichtete Unterstützung, also Unterstützung für den Bereich, den wir in der Zukunft brauchen, nämlich zum Beispiel Kreislaufwirtschaft oder angewandte Energieforschung. Das sind zwei Bereiche, in denen die Unterstützung durch die Staatsregierung fehlt. Ich nenne das Fraunhofer IBP, das in der Kreislaufwirtschaft sehr vorbildlich wäre, aber es wird gerade nicht unterstützt, um Betonrecycling zu machen, obwohl es Anträge gestellt hat. Auch das ZAE in Garching wird nicht mehr unterstützt. Meines Erachtens ist es ein massiver Fehler der Staatsregierung, dass sie

die Forschungsbereiche, die für unsere zukünftige Entwicklung besonders wichtig sind, eben nicht unterstützt.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin Schreyer, bitte.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrte Frau Kollegin, Sie werden wohl nicht erwarten, dass eine Abgeordnete jedes Förderprogramm eines Ministeriums kennt und Ihnen detailliert beantworten kann, an welcher Stelle was wie gefördert oder nicht gefördert wird. Das wird erstens vom Inhalt und zweitens von den Förderanträgen abhängen. Ich gehe davon aus, dass Sie im Ministerium eine Mitarbeiterin finden, die fundiert antworten kann.

Ich möchte Ihnen aber zurückmelden: Es ist genau dieser Unterschied; Sie wissen ganz genau, dass die Energiefragen maßgeblich in Berlin vorbereitet werden müssen. Wir werden von Fraktionsseite mit der Staatsregierung die Dinge entwickeln. Aber Ihre Kollegin Frau Fuchs hat vorhin gemeckert und gesagt, es würde ein Hin und Her der Staatsregierung geben, es würde verschiedene Positionen geben: keine Photovoltaik, kein 10 H. – Ich weiß nicht, woher Sie immer all diese Informationen nehmen. Ich bin sehr stolz darauf und froh, dass wir die Energiewende sehr ernst nehmen. Wir machen das aber ohne Schaum vorm Mund. Wir diskutieren und versuchen, einen entsprechenden Energiemix zu erreichen. Das ist bei Ihnen durchaus ein spannender Ansatz; denn bei uns ist niemand gegen die Photovoltaik, es ist niemand gegen 10 H, und es ist auch niemand gegen alle anderen Förderprogramme. Trotzdem muss man miteinander entsprechend entwickeln. Dennoch: Die CSU-Fraktion steht fest zu 10 H.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke schön. – Der nächste Redebeitrag kommt von Christian Zwanziger für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an die Ausführungen meiner Kollegin Barbara Fuchs an-

schließen und zu drei Themen etwas sagen: Tourismus, Energiepolitik und Landesplanung.

Zunächst zum Tourismus: Aus meiner Sicht zieht sich durch, dass einfach viel verschlafen wird. Es steht außer Frage, dass im Haushalt auch richtige Investitionen stehen. Wir verschlafen aber heute die Zukunft. Ich möchte in zwanzig Jahren den Leuten lieber erklären, dass wir heute Geld in die Hand genommen und in die Zukunft investiert haben, als ihnen erklären zu müssen, warum wir nichts geschafft haben.

Herr Pohl, Sie sagen, dass Windkraftanlagen lange brauchen, bis sie gebaut werden. Warum haben Sie dann nicht schon vor drei Jahren angefangen? Wenn man drei Jahre länger wartet, wird man automatisch drei Jahre später fertig. Also, die Zukunft zu verschlafen ist die falsche Strategie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte zwei Anträge der GRÜNEN zum Tourismus aufgreifen, die abgelehnt wurden: zum einen den Antrag, Schneekanonen in Bayern nicht weiter mit Steuergeld zu fördern. Aus meiner Sicht ist das nicht die Tourismusförderung des Jahres 2022. Die bayerischen Skigebiete haben durch den Klimawandel zweifellos Herausforderungen, aber mit Schneekanonen gewinnen wir nichts. Wir müssen jetzt in andere Bereiche des Tourismus investieren, zum Beispiel in eine nachhaltige Mobilität. Die meisten Emissionen im Tourismus kommen aus der An- und Abreise und der Mobilität vor Ort.Die Kommunen sind mit Lärm, mit Stau, mit wildem Anwohnerparken alleingelassen.

Unser Antrag will die Kommunen dabei unterstützen, nachhaltige Mobilitätskonzepte für den Tourismus – egal ob beim Mountainbiken im Fichtelgebirge, in Bad Füssing bei der Kur oder im Allgäu bei Urlaub auf dem Bauernhof – zu entwickeln. Wir brauchen eine andere Mobilität. Wir brauchen bessere Anreisemöglichkeiten für Leute ohne Auto. Wir brauchen sie aber auch aus Klimaschutzgründen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte drei Punkte zur Energie ansprechen.

Zum Ersten haben wir einen Wärmefonds eingefordert. Wir wollen mit dem Wärmefonds, dass endlich auch in den Blick genommen wird, dass wir – Kollegin Karl hat das auch angesprochen – bei Mieterinnen und Mietern, bei Menschen mit geringen Einkommen investieren. Wir haben davon alle etwas. Wenn jemand heute keinen Kredit für eine gescheite energetische Sanierung bekommt, dann kann man sagen: Na ja, hat er halt keinen Kredit. – Es schadet aber uns allen, wenn wir den Gebäudebestand jetzt nicht endlich ordentlich sanieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Zweiten zu den Nahwärmenetzen. Auch das ist ein Punkt. Wir müssen endlich dazu kommen, dass Quartierslösungen entwickelt werden. Auch davon profitieren eher Leute ohne Wohneigentum. Das sind Sachen, die nicht von allein passieren werden. Investitionen, wie etwa in Photovoltaikspeicher, die sich bei Leuten mit Wohneigentum sowieso rechnen und für die es durchfinanzierten Kredit gibt, passieren sowieso; das ist auch gut so. Es muss aber endlich auch am Gesamtgebäudebestand dazu kommen. Daran schließt sich an, dass das 10.000-Häuser-Programm endlich wieder dazu verwendet werden muss, dass auch energetische Sanierung stattfindet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluss noch zur Landesplanung. Ich zitiere den Berufsverband der praktizierenden Landes- und Regionalplaner, der jetzt schon sagt, dass die Regionalpläne vieler Regionen nicht an das LEP von 2013 angepasst sind, obwohl sie drei Jahre nach dem LEP hätten angepasst werden sollen.

Herr Staatsminister Hubert Aiwanger, Sie sind nicht dafür verantwortlich, was zwischen 2013 und 2018 passiert ist. Wenn wir aber heute, nach dreieinhalb Jahren Regierung von CSU und FREIEN WÄHLERN, weiterhin keine Personalressourcen dafür

haben, mit den Kommunen die Regionalpläne für Windkraft, Flächensparen, Klimaschutz, Trinkwasserschutz anzupassen, um das, was schön auf dem Papier steht, bezüglich der landwirtschaftlichen Vorranggebiete auch zu machen, dann ist das Ihre Verantwortung. Wir brauchen mehr Personal. Wir haben das auch gefordert. Sie von den Regierungsfraktionen haben es abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie haben Gelegenheit, noch weiterzusprechen, weil es eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Pohl gibt.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Erste Frage. Sie haben zu Recht angesprochen, dass Wintersportorte durch Züge nicht so gut erreichbar sind. Wann kommt unter der Verantwortung von Rot-Grün-Gelb in Berlin die komplette Elektrifizierung der Bahn im Allgäu, einem Tourismusschwerpunkt und einem Dieselloch?

Zweite Frage. Sie haben den Wintersport angesprochen. Sind Sie ideologieorientiert oder kundenorientiert? Was, glauben Sie, werden die Wintersportler machen, wenn es in Bayern keine Möglichkeit mehr zum Skifahren gibt?

Dritte Frage. Zu den Windrädern in Bayern: Wie viele Windräder sind in den letzten drei Jahren in Baden-Württemberg entstanden?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Ich fange zu den drei Beispielen mal von hinten an. Herr Stümpfig hat Ihnen das hier schon öfter erklärt. Ich bin Geograf. Mich nerven die Baden-Württemberg-Vergleiche bei der Windkraft jedes Mal tierisch. Herr Söder hat das heute Morgen im "ZDF-Morgenmagazin" gemacht. – Baden-Württemberg ist halb so groß wie Bayern, hat fast genauso viele Einwohner und einen minimal höheren Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche. Sie kommen hier mit Windkraft. Wenn man

nach der Zahl der in Genehmigung befindlichen Verfahren geht – Herr Stümpfig hat Ihnen das hier vor zwei Wochen erst erklärt –, dann hat Baden-Württemberg 13-mal so viele Windkraftanlagen gebaut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie fragen mich, ob ich ideologiebehaftet sei. – Nein, bin ich nicht, bin ich eben genau nicht. Tourismus muss ja die ganze Breite des Tourismus ansprechen. Wintertourismus ist ein wichtiges Standbein – konkret geht es ja um Alpinski –, aber eben nicht das einzige. Jetzt ist doch die Frage: Wollen Sie die Augen vor dem, was an Klimawandel schon da ist, verschließen? Wollen Sie die Augen davor verschließen, dass wir die ganze Zeit schon mit immer mehr Steuergeld versuchen, die 100-Tage-Saison zu retten? Oder wollen Sie das gleiche Geld nehmen und den Regionen, die zweifelsohne ein Stück weit vom Wintertourismus abhängig sind, einen Sommertourismus ermöglichen? Es ist doch auch schön zu wandern. Es ist vielleicht auch im Winter schön zu wandern und andere Sachen zu machen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, ich fürchte, die dritte Frage müssen Sie bilateral klären, weil die Redezeit vorbei ist.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Die dritte Frage klären wir bilateral. – Herr Pohl, machen Sie endlich die Augen auf, und verschlafen Sie die Zukunft nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Abschließend erteile ich in dieser Debatte dem Staatsminister Hubert Aiwanger für die Staatsregierung das Wort.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke an alle Redner der verschiedenen Fraktionen für die Darstellung der verschiedenen Sichtweisen und der verschiedenen Schwerpunkte. Allen gemeinsam ist ja das Ziel, die bayerische Wirtschaft nach vorne zu bringen oder sie in schwierigen Zeiten wenigstens – meine

Damen und Herren, ich sage es so flapsig – nicht abschmieren zu lassen. Wenn ich zwei Jahre zurückblicke, dann stelle ich fest, es waren Jahre des Krisenmanagements. Ich muss sagen, wir sind heilfroh und dürfen der bayerischen Wirtschaft mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern herzlichst dafür danken, dass wir heute da stehen, wo wir stehen.

Wir stehen in einer Situation der Vollbeschäftigung mit rund 3 % Arbeitslosen weniger als vor Corona. Wir stehen in Zeiten, in denen Start-ups wieder massiv anpacken und junge Leute in die Zukunft schauen. Wir stehen in einer Situation, in der die Unternehmen trotz steigender Kosten bei Baumaßnahmen – sofern sie die Baumaterialien überhaupt noch bekommen – massiv investieren. Vom Ende her gedacht, haben wir die letzten zwei Jahre also nicht nur in der Politik alles richtig gemacht. Unsere bayerische Wirtschaft hat funktioniert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vor diesem Hintergrund ist jetzt natürlich die Frage, wie wir mit diesen 1,8 Milliarden, die wir im Etat haben, über die Runden kommen. Wo können wir die richtigen Akzente setzen? – Einige Gedanken sind hier genannt worden. Viele würden bedeuten, dass ich deutlich mehr frisches Geld bräuchte, um das umzusetzen.

Die FDP hat gesagt, ich solle einmal die Förderprogramme ordentlich durchforsten. Sie hat aber gleich nachher gesagt, welche Förderprogramme unbedingt erhöht werden müssten: Digitalbonus usw. – Ich bin voll dafür, dass wir dort weiter Geld ausgeben. Ich warte also auf Ihren Vorschlag, wo ich wirklich Geld wegnehmen soll.

Die GRÜNEN haben gesagt, Skifahren hätte in Bayern keine Zukunft, zumindest dort, wo eine Schneekanone benötigt würde; ich solle mich eher um bessere Bahnanbindungen kümmern, weil wir hier sonst eben durchs Skifahren Klimaprobleme auslösten. – Ich sage Ihnen eines: Genau der Vorschlag der GRÜNEN würde mehr Klimaprobleme verursachen, weil die Skifahrer dann eben in die Schweiz, nach Österreich und nach Tschechien und eben nicht mehr ins Allgäu oder in den Bayerischen Wald zum

Skifahren führen. Sie würden mit Skikoffer, Kind und Krempel dorthin nicht mit dem Zug fahren, sondern sie würden dorthin natürlich mit dem Auto fahren. Auch Ihre GRÜNEN-Wähler würden nicht mit der Bahn dorthin fahren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das heißt also, sie würden doppelt so weit fahren. Sie würden doppelt so viel Sprit raushauen. Mit dem Batterieauto würden sie dorthin nicht kommen. Sie würden an den heimischen Skigebieten vorbeifahren. Die heimischen Tourismusbetriebe würden zum Fenster rausschauen und sich darüber ärgern, dass das Geld nicht in der Region bleibt.

Die SPD schließt sich hier nahtlos mit dem Vorschlag an, wir sollten uns jetzt endlich zwischen Wasserstoff und Batterie entscheiden. Wir sollten die Mittel eben nicht auf Wasserstofftankstellen, sondern auf die Batterie konzentrieren. – Ich sage Ihnen: Das Gegenteil wäre richtig. Ich bräuchte deutlich mehr Mittel für Wasserstofftankstellen. Ich hoffe jetzt inständig, dass der Bund die für Juni dieses Jahres angekündigten Mittel für mehr Wasserstofftankstellen auch im Lkw-Bereich umsetzt. Ich kann Ihnen einen Unternehmer nennen, der mich fast täglich kontaktiert. Er will in Bayern sechs Lkw- und Bustankstellen bauen. Wir können ihm aufgrund unserer Förderbedingungen im ersten Aufruf leider nur für eine Tankstelle Geld geben. Die bayerische Wirtschaft, die bayerischen Spediteure wollten jetzt massiv mehr Tankstellen. Wir brauchen diese auch zeitnah; denn ohne Tankstelle kein Lkw, der dann bei MAN und bei vielen anderen, die ich jetzt aufzählen könnte, bei Umrüstern usw. produziert wird. Wenn er nicht tanken kann, dann auch kein Spediteur.

Das sind die Möglichkeiten, die wir jetzt gezielt ansteuern müssen: die Tankstelle, das Fahrzeug dazu, die Erzeugung dazu. Auch da wird mehr als bisher erwartet in Bayern funktionieren. Wir haben hier jetzt zunehmend auch Unternehmen, die sich eigene Windräder hinstellen und damit auch in Bayern Wasserstoff erzeugen wollen. Sie wollen damit die Wasserstofftankstellen in Bayern füttern. Sie wollen damit auch Ihr Auto,

mit dem Sie zum Skifahren hoffentlich ins Allgäu und nicht nach Tschechien fahren, füttern.

Das sind die Entwicklungen, die wir jetzt in der Gesamtschau angehen. Deswegen ist der SPD-Vorschlag, die bayerischen Förderprogramme für Wasserstoff zugunsten der Batterie zusammenzustreichen, grundfalsch. Wir müssen beides tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe das in Berlin eingefordert, weil wir für viele Aufgaben zu wenig Geld haben. Wir haben zu wenig Geld, um die Wasserstoffinfrastruktur bis zum Ende durchzufinanzieren. Hier muss uns der Bund massiv unterstützen, wenn es darum geht, die Pipelines, die Tankstellen und die Elektrolyseure auszubauen. Wir sind bei den IPCEI – dafür ein großer Dank an das Finanzministerium, lieber Albert Füracker – gut aufgestellt, weil wir in Bayern in den letzten Jahren vorgelegt haben. Jetzt können wir Anträge stellen, für die wir zwar zu 30 % bayerisches Geld hinterlegen müssen, aber allein in diesem Jahr können wir 40 Millionen Euro für Projekte von europäischem Interesse in der Wasserstofftechnologie und der Batterieherstellung ausgeben. Da sind dann die großen Player von BMW bis Bosch dabei.

Dort unterstützen wir Wasserstoff und Batterien mit 30 % bayerischem Geld und 70 % Bundesgeld, um morgen vorne mit dabei zu sein, wenn der Verbrenner politisch weiter zurückgedrängt wird und die Wasserstofffahrzeuge bei uns produziert werden, die wir dann auch exportieren können. Wir sind in Bayern in der Lage, die Programme des Bundes überhaupt abrufen zu können, weil wir finanziell gut aufgestellt sind. Viele andere Länder können das nicht. Und wir sind in den letzten Jahren mit Forschung und Entwicklung Gott sei Dank in Vorleistung gegangen, um diese Programme heute überhaupt abrufen zu können. Länder, die zwar das Geld, aber keine Ideen dazu haben, schauen zu, wie andere an ihnen vorbeiziehen. Wir sind mit dabei.

Für die Hightech Agenda sind 1,5 Milliarden Euro im Etat des Wirtschaftsministeriums ausgewiesen. Damit sind wir bestens aufgestellt. 350 Millionen Euro geben wir allein

heuer aus. Wenn wir die IPCEI-Projekte, die Projekte von europäischem Interesse für Wasserstoff und Batterien, mit 400 Millionen Euro insgesamt über die nächsten Jahre dazuzählen – davon allein 40 Millionen Euro heuer – und wenn wir den Klimaetat in Höhe von 90 Millionen Euro, den wir heuer zusätzlich auflegen, dazuzählen, sind wir bei diesen Zukunftstechniken deutschlandweit federführend ganz vorne dabei. Das ist die richtige Politik, heute nicht Schadensbegrenzung zu betreiben, sondern mutig in die Zukunft zu investieren. Gott sei Dank haben wir das Geld, um diese Weichen heute stellen zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage noch eines: Unsere Unternehmen sind nicht zuletzt deshalb so gut durch die letzten zwei Jahre gekommen, weil Bayern das erste Bundesland war, das vor zwei Jahren, als die Corona-Krise begonnen hat, an Förderprogramme gedacht hat und der Bund dann viele Programme fast identisch übernommen hat. Ich kann mich erinnern, dass ich in den ersten Tagen der Corona-Krise mit Albert Füracker zusammengesessen bin, als wir auf Papier einen Plan dafür entworfen haben, für wie viele Mitarbeiter wie viel Geld in welchen Branchen ausgegeben werden soll. Diese Vorgaben hat der Bund nachher fast identisch übernommen. Auch wenn der ORH jetzt sagt, es wäre zu Beginn der Krise etwas holprig und hemdsärmelig zugegangen, weil man Anträge auf Papier gestellt hat, während einige Wochen später der Bund ohnehin Programme aufgelegt hätte, kann ich dazu nur sagen: Wir können gerne einmal bei einer Halben Bier oder einer Tasse Kaffee vertiefen, wie damals die Situation gewesen ist.

Hätten wir gewartet, bis der Bund ein paar Wochen später irgendwelche Programme auflegt, hätten wir uns ein paar Hundert Millionen – am Ende waren es 2,2 Milliarden Euro – an bayerischem Geld gespart. Dann hätten wir aber eine Reihe von Betrieben in der Insolvenz gehabt. Die mussten innerhalb weniger Wochen Geld bekommen. Nur wenige Tage, nachdem die Krise begonnen hat, haben wir bereits die ersten Gelder überwiesen. Der Bund hatte da überhaupt noch kein Programm. Dann hat der Bund unsere Programme, Gott sei Dank, übernommen, weil wir das gar nicht hätten finan-

zieren können. Bayern wird bei 13 Millionen Einwohnern am Ende rund 13 Milliarden Euro an Corona-Entschädigungen ausbezahlt haben. Derzeit haben wir gut 12,5 Milliarden Euro ausgegeben. Ein bisschen ist für die letzte Abstimmung noch in der Pipeline.

Wenn Bayern hier nicht vorgelegt hätte, wäre am Anfang vieles deutlich schiefer gelaufen. Dann hätte sich die Wirtschaft nicht so abgeholt und verstanden gefühlt. Wir haben sie von Anfang an im Rahmen unserer Möglichkeiten nach bestem Wissen und Gewissen begleitet. Im Rückblick gesehen muss ich sagen, dass wir vieles, vielleicht nicht alles, richtig gemacht haben. Das Ergebnis gibt uns recht: Wir stehen heute wirtschaftlich so gut da, wie wir dastehen. Jetzt müssen wir in die Zukunft schauen und dürfen nicht das, was wir über Corona hinweggerettet haben, aufgrund der Ukraine-Krise an die Wand fahren.

Auch hier ein Dank an alle Beteiligten dafür, dass wir, der Freistaat Bayern, wieder eine Rückbürgschaft geben können. Wir werden für LfA-Kredite, die bisher nicht nur die Corona-Entschädigungen abgedeckt haben, sondern die auch für durch die Ukraine-Krise bedingte Probleme künftig zur Verfügung stehen, geradestehen. Wenn ein Betrieb Kredite braucht, kann die LfA-Förderbank gegenüber der Hausbank bürgen, und hinter der LfA steht wiederum der Freistaat Bayern mit mehreren Milliarden. Wir sagen, den Betrieb haben wir jetzt zwei Jahre durch Corona gebracht, und weil er jetzt von einer Lieferkettenproblematik aufgrund des Ukraine-Krieges betroffen ist, geben wir ihm wieder die Rückendeckung, damit er auch diese Krise übersteht. Wir sagen nicht: Nein, es wird schon gut gehen, der Bund wird schon helfen.

Ich appelliere an Sie, liebe Vertreter der Parteien, die auch in der Bundesregierung sitzen: Bringen Sie bitte jetzt schnellstmöglich Klarheit, wie die KfW-Förderprogramme aussehen sollen, wie die Kreditprogramme aussehen sollen, weil ich schon täglich bei der LfA anrufe und frage, ob wir schon Vorgaben des Bundes haben, weil wir mit der LfA darauf reagieren müssen. Bitte schnellstmöglich Klarheit darüber, wie und ob ihr

überhaupt den Unternehmen mit Kreditprogrammen und Förderprogrammen helfen wollt, damit wir uns darauf einstellen können!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Etat des Wirtschaftsministeriums ist überschaubar. Gott sei Dank haben wir sehr niedrige Personalausgaben, weil wir das Personal in der Wirtschaft nicht wie beispielsweise das Personal in den Schulen aus der Staatskasse bezahlen müssen. Das Personal in der Wirtschaft sind unsere selbstständigen Unternehmer draußen, unsere Arbeitnehmer draußen, die nicht aus der Staatskasse bezahlt werden und hoffentlich auch künftig möglichst wenig aus der Staatskasse bezahlt werden müssen. Sie werden hoffentlich auch zukünftig ihr Einkommen selber erwirtschaften können. Deshalb ist es mir so wichtig, vom Kleinvermieter bis zum Quantencomputer, vom Mittelständler bis zu Energiewende, diese gesamte, fast unüberschaubare Bandbreite mit Geld, Beratung und Unterstützung abzudecken. Das ist uns leidlich gut gelungen.

Auch im nächsten Jahr werde ich mich darum bemühen und mein Bestes geben, damit wir die bayerische Wirtschaft weiterhin so gut steuern wie in der Vergangenheit. Anschließend habe ich ein Gespräch mit den Handwerkern. Dort werden wir die nächsten Weichen richtig stellen. Ich danke Ihnen allen für die heutigen Diskussionsbeiträge. Wir nehmen jeden Vorschlag ernst und prüfen ihn auf Herz und Nieren. Vielen Dank für die Zustimmung – so hoffe ich doch – zu diesem Einzelplan.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt liegen drei Meldungen zu je einer Zwischenbemerkung vor. – Die erste kommt von Christian Zwanziger für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich möchte es auf einen Punkt reduzieren. Ich habe schon vorher versucht, es anzusprechen, aber Sie haben sich nicht dazu geäußert. Sie sind auch für Landesplanung zuständig. Die

Fachkräfte, die Ihre Teilfortschreibung des LEP umsetzen müssen, sagen jetzt schon, dass sie nicht hinterherkommen, es gebe nicht genug Personal.

Sie sind meistens mit nicht wenig Selbstbewusstsein gesegnet. Deshalb unterstelle ich Ihnen, dass Sie auch für Personal in diesem Bereich streiten. Dann erklären Sie aber doch bitte hier, warum der Kollege Füracker oder die Staatsregierung nicht mehr Personal dafür zur Verfügung stellt, warum Ihre Fraktionen Anträge von uns oder auch von der SPD ablehnen, und wie lang es dauert, bis die landwirtschaftlichen Vorranggebiete, die Sie vorsehen, in der Praxis ausgewiesen werden. Warum setzten Sie sich als Minister für Landesplanung nicht für mehr Personal ein?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Das, was Sie hier behaupten, stimmt schlichtweg nicht. Wir haben für das Flächenmanagement und die Flächeneinsparung acht zusätzliche Stellen. Das ist der größte Stellenzuwachs, den ich in meinem kleinen Geschäftsbereich habe. Diesen Stellenzuwachs habe ich just dort, wo Sie behaupten, man würde nichts tun. Das ist schlichtweg falsch.

Natürlich haben wir dort mit den 18 regionalen Planungsverbänden große Herausforderungen.Dort könnte ich mir Hunderte zusätzlicher Leute vorstellen, die wir dort mit allen möglichen Dingen beschäftigen, aber wir haben in Bayern Tausende anderer Baustellen, die wir mit dem knappen Steuergeld irgendwie bedienen müssen. Natürlich sind wir jetzt bei diesem Zielkonflikt auch draußen unterwegs. Auf der einen Seite sollen wir anstreben, nur 5 Hektar pro Tag an Fläche zu verbrauchen; auf der anderen Seite kommen große Wirtschaftsunternehmen wie Intel mit Anfragen zu Ansiedlungen auf uns zu und wollen dann 500 Hektar. Dann stellt sich die Frage, wie man damit umgeht. Wenn wir das annehmen, dann haben wir das Flächenbudget der nächsten Jahre verballert. Wenn wir das Angebot nicht annehmen, dann wird nachher gefragt: Warum ist Bayern nicht in der Lage, das Unternehmen anzusiedeln? Wenn man das

Unternehmen ansiedelt, dann wird gefragt, wo wir es ansiedeln, und es heißt, wir brächten sie ja gar nicht unter, wir hätten bei Vollbeschäftigung gar nicht so viele Arbeitskräfte und auch nicht das benötigte Wasser oder den benötigten Strom. Sie sehen: Bei jedem Thema kann man es so oder so sehen. Politik ist eben –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): – gerade bei der Flächenansiedlung eine Sache der –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, es gibt noch weitere Zwischenbemerkungen.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): – Kompromissfindung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Zwischenbemerkung macht der Kollege Mannes von der AfD-Fraktion; hier gibt es noch einmal eine Minute Redezeit.

Gerd Mannes (AfD): Ich frage zu einem anderen Thema. Herr Aiwanger, Sie fordern wegen des Ukraine-Kriegs, die bayerischen Atomkraftwerke weiterlaufen zu lassen. Sie wissen: Durch die Abschaltung haben wir eine Importlücke von 4,5 Gigawatt. Wir haben dazu in den letzten drei Jahren 21 Anträge gestellt, die abgelehnt wurden; das ist schade. Wir behandeln heute dazu einen Antrag zur universitären Erforschung der Technologien in der Kernkraft. Ich wollte jetzt einfach noch einmal nachfragen.

Es gibt viele Gründe: Erstens ist das Ganze laut EU-Definition eine grüne Technologie. Zweitens hat es ja vielleicht Sinn – Sie haben das vorhin mit Ihrem Wasserstoffkonzept ausgeführt –, wenn es nicht durch Subventionen in den Markt gedrängt wird. Aber eines ist doch ganz klar: Bei Ihrer Wasserstoffstrategie haben Sie das gleiche Problem wie beim Gas. Ihre Technologie fußt ja auf dem Import von Wasserstoff. In

Ländern wie Russland oder Saudi-Arabien könnte es auch einmal Probleme geben. Deswegen noch einmal meine Frage: Ist es denn nicht sinnvoll, zumindest die universitäre Forschung in der Kernkraft weiter zu betreiben, wie wir das heute beantragen?

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Wir sind ja weiterhin in der Forschung zum Thema Fusionsreaktor tätig; einige Experten sagen dort voraus, es könnte sein, dass man bis Ende der 2040er-Jahre dort zu einem Ergebnis kommt. Ich wünsche mir das. Vielleicht können wir die Windräder, die wir in den nächsten Jahren aufstellen, in dreißig Jahren wieder abbauen, wenn der Fusionsreaktor alle Probleme dieser Welt löst. Wenn er sie nicht löst, dann müssen wir die Windräder eben wieder repowern. Wir sind also dort durchaus unterwegs; es ist nicht so, dass man dort nichts täte. Sie wissen auch, dass wir auch für den Rohstoff für die Kernkraft, für das Uran auf Importländer angewiesen sind. Das kann und muss man aus Russland, Kasachstan oder woher auch immer holen.

Wenn Sie auf der anderen Seite sagen, wir wären auch beim Wasserstoff abhängig, dann sage ich: Künftig sind wir beim Wasserstoff auf jeden Fall deutlich weniger abhängig als bei Uranquellen, weil man Wasserstoff schlichtweg weltweit dort erzeugen kann, wo Wasser und erneuerbare Energien vorhanden sind, also auf einem Großteil der Landfläche dieser Welt. Wir können sehr viel zu Hause erzeugen. Ich bin sogar davon überzeugt, dass mehr zu Hause erzeugt werden wird, als wir heute glauben. Wir können nach Norwegen und nach Schottland gehen; hoffentlich beruhigt sich auch die Lage im Osten wieder. Es gibt ja auch in der Ukraine Pläne, Pipelines dort mit erneuerbarem Wasserstoff zu füllen. Wir können Wasserstoff auch aus dem arabischen und afrikanischen Raum beziehen. Wir sind also weltweit mit Wasserstoff belieferbar, wenn wir die Technik dazu haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die dritte Intervention kommt vom Kollegen Duin.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Wirtschaftsminister, lieber Hubert, du hast erwartet, dass wir Vorschläge machen, welche Förderprogramme wir denn ansprechen wollen. Es gibt zum Beispiel die Richtlinie zur Durchführung des Bayerischen Förderprogramms "Technologieorientierte Unternehmensgründungen", Laufzeit 2019 bis 2022; bis Ende 2021 wurden dort nur 19,2 % abgerufen. Bei der Richtlinie zur Durchführung des "Bayerischen Technologieförderungsprogramms plus (BayTP+)", Laufzeit 2019 bis 2022, wurden bis Ende 2021 nur 7,6 % abgerufen. Bei der Richtlinie zur Durchführung des "Bayerischen Verbundforschungsprogramms (BayVFP)", Förderlinie "Materialien und Werkstoffe", Laufzeit auch von 2019 bis 2022, wurden bis Ende 2021 nur 14,7 % abgerufen. Bei der Richtlinie zur Durchführung des "Bayerischen Verbundforschungsprogramms", Förderlinie "Lifescience", Laufzeit ebenfalls 2019 bis 2022, wurden bis Ende 2021 nur 3,6 % abgerufen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Duin, ich fürchte, wir werden nicht mehr alle Programme aufnehmen können. Die Redezeit ist zu Ende.

(Heiterkeit)

Albert Duin (FDP): Er wollte doch gerne Beispiele haben.

Präsidentin Ilse Aigner: Sie können das gerne nachreichen.

Albert Duin (FDP): Ich kann das gerne nachreichen. – Hier ist ein Haufen Geld frei, das wir eben tatsächlich für die Aus- und Weiterbildung im Handwerk nutzen könnten, was ich vorgeschlagen habe.

Präsidentin Ilse Aigner: Der Minister hat zur Antwort das Wort.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Lieber Albert, du hast mir versprochen, mehr Programme zu liefern, bei denen auch Geld zustande kommt, damit ich dieses Geld woanders investieren kann. Du hast mir jetzt

lauter Programme aufgezählt, bei denen gar nichts einzusparen ist. Das sind vielleicht im besten Falle gut gemeinte Programme, bei denen nicht viel Geld abgerufen worden ist. Das dort nicht abgerufene Geld nutzt mir aber nichts, ebenso wenig wie Programme, die ohnehin das verfügbar gebliebene Geld woanders eingesetzt haben. Damit kann ich im Handwerk nichts aufbauen, wenn dort eh kein Geld abgerufen worden ist. Du müsstest mir jetzt Programme aufzählen, bei denen aus deiner Sicht Millionen oder Hunderte Millionen Euro unsinnigerweise verballert worden sind. Du sagst mir, woanders hätte man mit dem Geld viel mehr tun können. Du zählst aber Dinge auf, bei denen eh kein Geld ausgegeben worden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen oder Interventionen vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dieser liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20154 mit 18/20160, 18/20194 mit 18/20199, 18/20242 mit 18/20268, 18/20335 mit 18/20340, 18/20342 mit 18/20370, 18/20373, 18/20378 mit 18/20388, 18/20391 mit 18/20404, 18/20406 und 18/20407, 18/20446 mit 18/20453 sowie 18/20484 bis 18/20492 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21900 und der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Klimaneutrale Fernwärme stärken – Energieabhängigkeit reduzieren" auf der Drucksache 18/22110 zugrunde.

Zunächst ist über den zum Plenum eingereichten und von mir gerade erwähnten Änderungsantrag der SPD-Fraktion in einfacher Form abzustimmen. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 18/22110 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nun kommen wir zu den vorab angekündigten drei namentlichen Abstimmungen, und zwar über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion und den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion. Bitte verwenden Sie wie immer die elektronischen Abstimmungsgeräte. Vorab möchte ich darauf hinweisen, dass wir aus technischen Gründen 15 Sekunden Pause zwischen den namentlichen Abstimmungen machen müssen.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Einrichtung eines Wärmefonds für eine sozial gerechte Energiewende" auf Drucksache 18/20264 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten und beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 10:58 bis 11:01 Uhr)

Sind noch irgendwo Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht abgestimmt haben? Haben alle abgestimmt? – Das schaut so aus. Dann schließe ich diese Abstimmung.

Jetzt eine kurze Pause bis zur nächsten Abstimmung. Ich kann schon einmal das Reden anfangen, dann sparen wir Zeit. Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie und Kernfusion", Drucksache 18/20362. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Wenn die 15 Sekunden rum sind, können wir beginnen. – Passt. Jetzt zwei Minuten zur Abstimmung. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 11:02 bis 11:04 Uhr)

So, wir können schon das Ergebnis der ersten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Einrichtung

eines Wärmefonds für eine sozial gerechte Energiewende", Drucksache 18/20264, bekannt geben. Mit Ja haben gestimmt 20, mit Nein 83, Stimmenthaltungen 12. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Dann frage ich jetzt für die zweite Abstimmung: Kommen noch Kolleginnen und Kollegen? Gibt es noch weitere Schwierigkeiten von Kolleginnen und Kollegen bei der Abstimmung über den AfD-Antrag? Das sehe ich nicht. – Dann schließe ich die Abstimmung.

Dann kommt jetzt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller und anderer (SPD) betreffend "Stärkere Unterstützung der regionalen Planungsverbände bei den zunehmenden Herausforderungen der Landesentwicklung", Drucksache 18/20159. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. 15 Sekunden sind um. Wir können mit der Abstimmung beginnen. Bitte schön. Wieder zwei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 11:05 bis 11:07 Uhr)

So, in der Zwischenzeit kann ich das nächste Abstimmungsergebnis zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie und Kernfusion", Drucksache 18/20362, bekannt geben. Mit Ja haben gestimmt 9, mit Nein 104, Stimmenthaltungen 0. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich darf fragen, ob Kolleginnen und Kollegen noch nicht abgestimmt haben beim dritten Änderungsantrag. – Sehe ich nicht. Damit ist auch diese Abstimmung geschlossen.

Während die Abstimmungsergebnisse ermittelt werden, fahren wir mit den drei Änderungsanträgen der AfD-Fraktion fort, über die auf Wunsch der Fraktion einzeln und in einfacher Form abgestimmt werden soll.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Initiative BYSi I: Fördermittel für eine bayerische Halbleiter- und Mikroprozessor-Industrie", Drucksache 18/20356. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das ist das restliche Haus. Fraktionslose sind nicht da. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Als Nächstes kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Aufbau einer Roboter-Industrie", Drucksache 18/20363. Auch dieser Änderungsantrag wird vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Votum dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das ist das restliche Haus. Enthaltungen? – Keine. Fraktionslose sind nicht anwesend. Damit auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Nun lasse ich noch abstimmen über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Zuschüsse für Investitionen bei Forschungsvorhaben und sonstige Vorhaben im Bereich Wasserstoff- und Batterietechnologie sowie für sonstige Maßnahmen im Rahmen der Innovationspark-Initiative", Drucksache 18/20370. Auch dieser Änderungsantrag wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das ist das restliche Haus. Enthal-

tungen? – Keine Enthaltungen. Fraktionslose nicht anwesend. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann haben wir das Ergebnis der letzten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller und anderer (SPD) betreffend "Stärkere und Unterstützung der regionalen Planungsverbände bei den zunehmenden Herausforderungen der Landesentwicklung", Drucksache 18/20159. Mit Ja haben gestimmt 31, mit Nein haben gestimmt 82. Stimmenthaltungen: 0. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 07 selbst. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/21900 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Das sind die FREIEN WÄHLER und die CSU-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD. Enthaltungen? – Keine. Fraktionslose sind nicht anwesend. Damit ist der Einzelplan 07 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 4)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP. Gegenstimmen! – Das ist die AfD. Enthaltungen? – Keine. Fraktionslose nicht anwesend. Somit beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21900 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf der Drucksache 18/20446 mit 18/20453 sowie 18/20484 mit 18/20492 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 07 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2022; hier: Einrichtung eines Wärmefonds für eine sozial gerechte Energiewende (Kap. 07 05 neuer Tit.) (Drucksache 18/20264)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge			X
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun			
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			X
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald			X
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			X
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette			X
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			X
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris			X
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			X
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			X
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	20	83	12

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2022;
hier: Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie und Kernfusion (Kap. 07 02 neuer Tit.) (Drucksache 18/20362)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar	X		
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus		X	
Busch Michael			
Celina Kerstin		X	
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine		X	
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	9	104	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. SPD; Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkere Unterstützung der regionalen Planungsverbände bei den zunehmenden Herausforderungen der Landesentwicklung (Kap. 07 05 Tit. 686 79) (Drucksache 18/20159)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst			
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	31	82	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Fokus bei Antriebswende auf Elektroantrieb legen
   (Kap. 07 02 Tit. 892 86 und Tit. 893 87)
   Drs. 18/20154

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bayerische Transformationsagentur für die sozial-ökologische Wende
   (Kap. 07 02, neue TG)
   Drs. 18/20155

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Keine Kürzung des Meisterbonusprogramms
   (Kap. 07 03 Tit. 681 01)
   Drs. 18/20156

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Digitalbonus
   (Kap. 07 03 Tit. 683 01)
   Drs. 18/20157

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Förderung von dezentralen und mittelständischen Schlachtstrukturen
   (Kap. 07 03 TG 51 - 52)
   Drs. 18/20158

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stärkere Unterstützung der regionalen Planungsverbände bei den zunehmenden Herausforderungen der Landesentwicklung
   (Kap. 07 05 Tit. 686 79)
   Drs. 18/20159

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Verstärkte Nutzung der Geothermie
   (Kap. 07 05 Tit. 894 76)
   Drs. 18/20160

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bonus für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen
   (Kap. 07 03 Tit. 681 01)
   Drs. 18/20194

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Förderprogramms Digitalbonus für KMU
   (Kap. 07 03 Tit. 683 01)
   Drs. 18/20195

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Zuschüsse zur Förderung im Berufsgrundbildungsjahr
    (Kap. 07 03 Tit. 683 51)
    Drs. 18/20196

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Zuschüsse zur Förderung der Berufsbildung im Handwerk
    (Kap. 07 03 Tit. 686 52)
    Drs. 18/20197

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Zuschüsse zur Förderung des Handels und der Dienstleistungen
    (Kap. 07 03 Tit. 686 80)
    Drs. 18/20198

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Investitionen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms
    (Kap. 07 05 Tit. 892 75)
    Drs. 18/20199

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
    (Kap. 07 01 Tit. 422 01)
    Drs. 18/20242

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
    (Kap. 07 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/20243

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Stephanie Schuhknecht u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Existenzgründungsmonitor
    (Kap. 07 03 Tit. 683 13)
    Drs. 18/20244

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Bayernweite Anlaufstelle für die freie Kultur- und Kreativwirtschaft für sozialökologische Nachhaltigkeit schaffen
    (Kap. 07 03 Tit. 685 78)
    Drs. 18/20245

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Effiziente Recyclingverfahren zur Aufbereitung von Verbundmaterialien wie Altbeton, Bahnschwellen, Müllverbrennungsaschen und Ofenkeramiken voranbringen – Flexible Forschungsplattform für eine sortenreine Trennung von Verbundmaterialien (EDF-Technologie) fördern
    (Kap. 07 03 Tit. 686 71)
    Drs. 18/20246

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Standortkonzept für den Aufbau einer Ladesäuleninfrastruktur in jedem bayerischen Landkreis
    (Kap. 07 03 TG 98)
    Drs. 18/20247

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Prioritäten setzen: Elektromobilität vor Wasserstoff - Zuschüsse für Investitionen zur Förderung der Ladeinfrastruktur
(Kap. 07 03 TG 98 Tit. 892 98 und Kap. 07 02 TG 82 - 87 Tit. 893 87)
Drs. 18/20248

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Erhalt des Staatspreises für Design
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20249

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reparaturbonus zur Vermeidung von Elektroschrott und zur Unterstützung des Handwerks in Bayern
(Kap 07 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20250

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Einrichtung eines bayerischen Landeskompetenzzentrums für nachhaltige öffentliche Auftragsvergabe
(Kap 07 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20251

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Akademie für Technikfolgenabschätzung
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 18/20252

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 18/20253

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kürzung der Zuschüsse zum Ausbau und Modernisierung der Seilbahnen
(Kap. 07 04 Tit. 893 78)
Drs. 18/20254

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse an Kommunen für Beratung und Erarbeitung von Konzepten zum nachhaltigen Tourismus
(Kap. 07 04 TG 78 - 79 neuer Tit.)
Drs. 18/20255

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Maßnahmen zur Förderung des Tourismus einschließlich Saisonverlängerung
(Kap. 07 04 TG 78 - 79 neuer Tit.)
Drs. 18/20256

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausgaben für den Vollzug energierechtlicher Vorschriften
(Kap. 07 05 Tit. 532 77)
Drs. 18/20257

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Investitionen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms
(Kap. 07 05 Tit. 892 75)
Drs. 18/20258

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
(Kap. 07 05 Tit. 893 75)
Drs. 18/20259

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur verstärkten Nutzung der Geothermie
(Kap. 07 05 Tit. 894 76)
Drs. 18/20260

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Regionalplanung
(Kap. 07 05 TG 79 neuer Tit.)
Drs. 18/20261

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Forschung zu Gleichwertigen Lebensverhältnissen in Bayern
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20262

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderprogramm Kommunale Flächenmanagerinnen und -manager
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20263

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Einrichtung eines Wärmefonds für eine sozial gerechte Energiewende
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20264

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderprogramm Kommunale Klimaschutzmanagerinnen und -manager
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20265

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Energieagenturen in allen Landkreisen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20266

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderprogramm Nahwärmenetze und Sanierungsfahrpläne
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20267

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderprogramm Energiesystem der Zukunft
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20268

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen an den Bund zur Mitförderung von „Important Projects of Common European Interest (IPCEI)“ in Bayern
(Kap. 07 02 Tit. 631 86)
Drs. 18/20335

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zur Förderung von FuE-Verbundvorhaben und sonstiger Vorhaben der Bayerischen Luftfahrtindustrie (BayLu25)
(Kap. 07 02 Tit. 686 59)
Drs. 18/20336

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) am Standort Augsburg
(Kap. 07 02 Tit. 893 59)
Drs. 18/20337

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayern Digital I: Zuschüsse und sonstige Ausgaben im Bereich 6. Generation Mobilfunk
(Kap. 07 02 Tit. 683 74)
Drs. 18/20338

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayern Digital II: Zuschüsse zur Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Technologieprojekten zur Digitalisierung Bayerns
(Kap. 07 03 Tit. 685 69)
Drs. 18/20339

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayern Digital III: Zuschüsse für innovative Vorhaben im Bereich von Verteilnetzen
(Kap. 07 02 Tit. 893 85)
Drs. 18/20340

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bayern Digital V: Zuschüsse zur Durchführung des Förderprogramms Digitalbonus für kleine und mittlere Unternehmen – KMU
(Kap. 07 02 Tit. 683 84)
Drs. 18/20342

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Bayern Digital VI: Zuschüsse zur Förderung von FuE-Verbundvorhaben und sonstiger Vorhaben der angewandten Forschung im Bereich Digitalisierungstechnologien
    (Kap. 07 02 Tit. 683 57)
    Drs. 18/20343

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Bayern Digital: VII. Zuschüsse zur angewandten Forschung im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien
    (Kap. 07 03 Tit. 686 69)
    Drs. 18/20344

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Bayern Digital VIII: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Förderprogramms Digitalbonus für KMU
    (Kap. 07 03 Tit. 683 01)
    Drs. 18/20345

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Bayern Digital IX: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Initiative Mobilfunk
    (Kap. 07 02 Tit. 883 74)
    Drs. 18/20346

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Bayern Digital X: Zweckgebundene Zuwendungen zum Ausbau und zur Verbesserung der Finanzierung von Innovations- und Digitalisierungsvorhaben sowie von innovativen Unternehmen
    (Kap. 07 02 Tit. 891 84)
    Drs. 18/20347

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Neue Gründerkultur für Bayern I: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von technologieorientierten und/oder digitalen Unternehmensgründungen, Netzwerkaktivitäten und Maßnahmen in der Vorgründungsphase
    (Kap. 07 02 Tit. 683 82)
    Drs. 18/20348

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Neue Gründerkultur für Bayern II: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Netzwerkaktivitäten und Unterstützungsleistungen für Gründer im Bereich Digitalisierung
(Kap. 07 03 Tit. 686 97)
Drs. 18/20349

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Neue Gründerkultur für Bayern III: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von technologieorientierten und/oder digitalen Unternehmensgründungen, Netzwerkaktivitäten und Maßnahmen in der Vorgründungsphase
(Kap. 07 02 Tit. 683 82)
Drs. 18/20350

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Neue Gründerkultur für Bayern IV: Zuschüsse für Investitionen zur Förderung von Gründerzentren im Bereich Digitalisierung
(Kap. 07 03 Tit. 893 97)
Drs. 18/20351

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Neue Gründerkultur für Bayern V: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Initiative „Gründerland Bayern“
(Kap. 07 03 Tit. 686 65)
Drs. 18/20352

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Neue Gründerkultur für Bayern VI: Zuschüsse zur Förderung von technologieorientierten Unternehmensgründungen sowie von Maßnahmen in der Vorgründungsphase
(Kap. 07 03 Tit. 683 64)
Drs. 18/20353

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Neue Gründerkultur für Bayern VII: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der Betreuung von Existenzgründern und Betriebsübernehmern durch Beratung und Fortbildung sowie Finanzierung gezielter Maßnahmen zur Verbesserung der Gründungsdynamik und des Gründungsklimas
(Kap. 07 03 Tit. 683 13)
Drs. 18/20354

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Neue Gründerkultur für Bayern VIII: Zuwendung zur Errichtung eines Wachstumsfonds und Scale-up-Fonds für Beteiligungen an technologieorientierten Start-ups in der Wachstumsphase und zur Bereitstellung von Wagniskapital
(Kap. 07 02 Tit. 686 82)
Drs. 18/20355

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Initiative BYSi I: Fördermittel für eine bayerische Halbleiter- und Mikroprozessor-Industrie
(Kap. 07 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20356

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Initiative BYSi II: Rohstoffpartnerschaften – Silizium und Seltene Erden für die Halbleiter- und Mikroprozessor-Industrie
(Kap. 07 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20357

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Initiative BYSi III: Zuschüsse für den Ausbau von Forschungseinrichtungen im Bereich Mikroelektronik und LifeScience
(Kap. 07 02 Tit. 686 80)
Drs. 18/20358

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Initiative BYSi IV: Zuschüsse für Investitionen beim Ausbau von Forschungseinrichtungen im Bereich Mikroelektronik und Life Science
(Kap. 07 02 Tit. 893 80)
Drs. 18/20359

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: BYSi V: Zuschüsse zur angewandten Forschung im Bereich Elektronische Systeme
(Kap. 07 03 Tit. 683 67)
Drs. 18/20360

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Forschung und Entwicklung im Bereich der Energie-Großspeicher
(Kap. 07 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20361

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie und Kernfusion
(Kap. 07 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20362

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Aufbau einer Roboter-Industrie
(Kap. 07 02 neuer Tit.)
Drs. 18/20363

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Modellvorhaben zur Mobilität der Zukunft an öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie für flankierende Maßnahmen zur Internationalen Automobilausstellung (IAA)
(Kap. 07 02 Tit. 685 86)
Drs. 18/20364

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen zur Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
(Kap. 07 02 Tit. 892 86)
Drs. 18/20365

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zu Projekten der Initiative „Fahrzeugtechnologie von morgen“
(Kap. 07 02 Tit. 683 86)
Drs. 18/20366

72. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zur Errichtung von Wasserstofftankstellen
(Kap. 07 02 Tit. 893 87)
Drs. 18/20367

73. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Forschungsvorhaben und sonstige Vorhaben im Bereich Wasserstoff- und Batterietechnologie sowie für sonstige Maßnahmen im Rahmen der Innovationspark-Initiative
(Kap. 07 02 Tit. 683 60)
Drs. 18/20368

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zu Projekten im Bereich „Mobilität der Zukunft“ (Energieförderung)
(Kap. 07 02 Tit. 893 86)
Drs. 18/20369

75. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen bei Forschungsvorhaben und sonstige Vorhaben im Bereich Wasserstoff- und Batterietechnologie sowie für sonstige Maßnahmen im Rahmen der Innovationspark-Initiative
(Kap. 07 02 Tit. 892 60)
Drs. 18/20370

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für ein Bioökonomieförderprogramm zur stofflichen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen und zur Investitionsförderung für Demonstrations-, First-of-its-kind und Scale-up-Anlagen
(Kap. 07 03 Tit. 683 55)
Drs. 18/20373

77. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Finanzierung einer Kompetenzstelle Elektromobilität und alternative Antriebstechnologien
(Kap. 07 03 Tit. 547 98)
Drs. 18/20378

78. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen zur Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
(Kap. 07 03 Tit. 892 98)
Drs. 18/20379

79. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen zur Förderung neuer Technologien und ihrer wirtschaftlichen Verwertung
(Kap. 07 03 Tit. 893 62)
Drs. 18/20380

80. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen im Bereich der Medizintechnik in Bayern
(Kap. 07 03 Tit. 893 68)
Drs. 18/20381

81. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der Medizintechnik in Bayern
(Kap. 07 03 Tit. 686 68)
Drs. 18/20382

82. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zur Durchführung des FuT-Programms „Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen/Handwerksbetriebe“
(Kap. 07 03 Tit. 686 62)
Drs. 18/20383

83. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Entwicklung und Einführung neuer Technologien (Bayer. Technologieförderungsprogramm)
(Kap. 07 03 Tit. 893 65)
Drs. 18/20384

84. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zur Förderung von Luft- und Raumfahrttechnologien
(Kap. 07 03 Tit. 683 65)
Drs. 18/20385

85. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zur Durchführung des Förderprogramms „Elektromobilität“ und innovative Antriebstechnologien für mobile Anwendungen
(Kap. 07 03 Tit. 683 63)
Drs. 18/20386

86. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur verstärkten Nutzung der Geothermie
(Kap. 07 05 Tit. 894 76)
Drs. 18/20387

87. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Cluster-Offensive Bayern/Förderung der Clusterbildung
(Kap. 07 03 Tit. 686 92)
Drs. 18/20388

88. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen für Maßnahmen der Energiewende
(Kap. 07 05 Tit. 892 77)
Drs. 18/20391

89. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Investitionen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms
(Kap. 07 05 Tit. 892 75)
Drs. 18/20392

90. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zinsverbilligungszuschüsse an die LfA Förderbank Bayern zur Ausreichung von zinsgünstigen Darlehen im Rahmen der Energieeffizienzförderung und des Ausbaus erneuerbarer Energien
(Kap. 07 05 Tit. 891 75)
Drs. 18/20393

91. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fachbezogene Sachausgaben
(Kap. 07 05 Tit. 547 75)
Drs. 18/20394

92. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausgaben für den Vollzug energierechtlicher Vorschriften
(Kap. 07 05 Tit. 532 77)
Drs. 18/20395

93. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke für Maßnahmen zur Energiewende
(Kap. 07 05 Tit. 683 77)
Drs. 18/20396

94. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
(Kap. 07 05 Tit. 893 75)
Drs. 18/20397

95. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
(Kap. 07 05 Tit. 686 75)
Drs. 18/20398

96. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Fachveröffentlichungen
(Kap. 07 05 Tit. 531 75)
Drs. 18/20399

97. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kosten für Sachverständige
(Kap. 07 05 Tit. 526 75)
Drs. 18/20400

98. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer für Forschungsvorhaben
(Kap. 07 05 Tit. 428 76)
Drs. 18/20401

99. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Vergütungen für Arbeitnehmer zur Umsetzung der Energiewende
(Kap. 07 05 Tit. 428 75)
Drs. 18/20402

100. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen der Energiewende
(Kap. 07 05 Tit. 633 78)
Drs. 18/20403

101. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für den Neubau und den Ausbau von Wasserkraftanlagen
(Kap. 07 05 Tit. 893 78)
Drs. 18/20404

102. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für Investitionen zur Förderung neuer Technologien und ihrer wirtschaftlichen Verwertung
(Kap. 07 03 Tit. 686 63)
Drs. 18/20406

103. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zu Projekten im Bereich „Mobilität der Zukunft“ (Technologieförderung)
(Kap. 07 02 Tit. 686 86)
Drs. 18/20407

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 07.04.2022 **Drucksache** 18/**22193**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Dem Einzelplan 06 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/21898) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 07.04.2022 **Drucksache** 18/**22195**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dem Einzelplan 08 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshauhalt und Finanzfragen (Drs. 18/21901) genannten Änderungsanträge zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 07.04.2022 **Drucksache** 18/**22197**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

Dem Einzelplan 16 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/21912) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 07.04.2022 **Drucksache** 18/**22237**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2022;
Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung

Dem Einzelplan 13 wird zugestimmt.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 13 01, Kap 13 06, Kap. 13 18 und Kap. 13 19 entsprechend der Nachschublisten der Staatsregierung geändert (Anlagen).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt,

– die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen,
– den Ansatz bei Kap. 13 03 Tit. 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans und beim Haushaltsabschluss) entsprechend anzupassen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 07.04.2022 **Drucksache** 18/**22242**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Drs. 18/**19171**, 18/**22096**

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 – HG 2022)

Beschluss zum Haushaltsgesetz 2022

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Josef Zellmeier
Abg. Claudia Köhler
Abg. Gudrun Brendel-Fischer
Abg. Bernhard Pohl
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Andreas Winhart
Abg. Ulrich Singer
Abg. Harald Güller
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Ernst Weidenbusch
Abg. Tim Pargent
Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Abg. Hans Herold
Abg. Ferdinand Mang
Staatsminister Albert Füracker
Präsidentin Ilse Aigner

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe jetzt zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 17 bis 19** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2022) (Drs. 18/19170)
- Zweite Lesung -

hierzu:

Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 18/21916)
Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 18/21509)

und

Haushaltsplan 2022
Einzelplan 13
Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/21449 mit 18/21458)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/21483 mit 18/21490)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/21411 mit 18/21424)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/21399 mit 18/21406)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Drs. 18/21913)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) (Drs. 18/19171)
- Zweite Lesung -

hierzu:

Interfraktioneller Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 18/21571)
Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/21915 und 18/22050)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/21219 mit 18/21224)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/21503 und 18/21504)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/21233 mit 18/21235)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u. a. (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
hier: Weitere Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes (Drs. 18/22225)

In die Beratungen wird noch der interfraktionelle Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2022 auf Drucksache 18/22225 einbezogen. Der Antrag wurde Ihnen vorab elektronisch übermittelt.

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 119 Minuten vereinbart. Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass zu zwei Änderungsanträgen namentliche Abstimmung beantragt wurde. Konkret handelt es sich hierbei um den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/21913 zum Einzelplan 13 und um den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/21416 zum Einzelplan 13. Darüber hinaus hat die AfD-Fraktion beantragt, über ihre Änderungsanträge zum Einzelplan 13 auf den Drucksachen 18/21484, 18/21487 und 18/21490 gesondert in einfacher Form abzustimmen. Außerdem hat die FDP-Fraktion Einzelabstimmung in einfacher Form zu ihrem Änderungsantrag zum Einzelplan 13 auf Drucksache 18/21403 beantragt. Schließlich soll nach dem Wunsch der AfD-Fraktion über deren Änderungsantrag auf Drucksache 18/21504 zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2022 gesondert in einfacher Form abgestimmt werden.

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Als erster Redner hat Herr Kollege Josef Zellmeier, CSU-Fraktion, das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zum Endspurt der Haushaltsberatungen. Viele sind noch in der Mittagspause – eine halbe Stunde ist immer etwas zu kurz, bis man das Essen bekommt –, ich habe Verständnis dafür. Nichtsdestoweniger ist es sehr wichtig, was wir jetzt machen. Wir ziehen bei dem Einzelplan 13 eine Schlussbilanz. Das Haushaltsgesetz und das Finanzausgleichsgesetz sind ganz besonders wichtig; denn sie bilden die Basis dafür, dass wir für die Menschen in unserem Land gut handeln können.

Nach intensiven Diskussionen kann man feststellen: Der Haushalt 2022 ist erneut kein normaler Haushalt. Alle Kolleginnen und Kollegen, die in den letzten zwei Jahren dabei waren, wissen, die Nachtragshaushalte 2020 und 2021 sowie der heurige Etat waren und sind durch Krisen bestimmt, durch die Corona-Krise, von der wir alle hoffen, dass sie im Auslaufen begriffen ist, die aber auf jeden Fall noch finanzielle Nachwirkungen haben wird, und die Ukraine-Krise, die auch direkt auf unseren Freistaat

wirkt. Man hat den Eindruck, als ob Corona durch die Bundesregierung abgesagt worden wäre. Wir sehen dies nicht so. Wir sehen die hohen Inzidenzen und die Personalengpässe, vor allem im Bereich der Kranken- und Altenpflege. Deshalb wissen wir, dass wir in diesem Bereich weiterhin Mittel bereitstellen müssen. Wir sehen die Energiepreise, die schwindelerregende Höhen erreichen, und die vielen Flüchtlinge aus der Ukraine, die Tag für Tag zu uns kommen.

Hier war es richtig und wichtig, den Kommunen zuzusagen, dass wir 100 % der Unterbringungskosten durch den Freistaat übernehmen, und damit die Motivation zu schaffen, damit sich die Kommunen aktiv um eine gute Unterbringung kümmern, die sehr wichtig ist für Menschen, die sich momentan in einer äußerst schwierigen Lage befinden. Sie wissen alle, wir nehmen rund ein Drittel der Menschen, die aus der Ukraine kommen, in Bayern auf. Dies ist mehr als das Doppelte des Volumens nach dem Königsberger Schlüssel, das heißt unseres Bevölkerungsanteils. Wir sind hier zwar besonders gefordert, aber man sieht auch hier wieder: Bayern, die bayerische Politik und die bayerische Verwaltung sowie die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer ermöglichen, dass es bei uns besser als in vielen anderen Bundesländern funktioniert.

Wichtig ist für uns aus finanzieller Sicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich der Bund massiv an den Kosten beteiligt. Wir erwarten vom Bund, dass er uns die Kosten, die uns entstehen, ganz oder zu einem großen Teil erstattet; denn die Ukraine-Krise bzw. der Krieg in der Ukraine ist kein Problem, das die Länder und Kommunen in der Unterbringung lösen müssen. Hier ist der Bund gefordert. Dies ist ein Teil der Außenpolitik und der internationalen Hilfe. Hier muss uns der Bund zu Hilfe kommen. Diese Unsicherheit, ob wir die Kosten, die wir den Kommunen erstatten, zurückerhalten werden, prägt auch den Haushalt. Hier kann ich nur an den Bund appellieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen auch nicht, ob wir mit den Geldern, die wir eingeplant haben, tatsächlich zurande kommen werden. Wir wissen nicht, ob es vielleicht noch einmal eine Corona-Variante geben wird, die schwere Auswirkungen hat. Deshalb haben wir für dieses Jahr zu Recht die Ausnahme bei der Schuldenbremse

genutzt. Wir werden Kredite aufnehmen, was der DNA Bayerns und vor allem der DNA der CSU eigentlich widerspricht. Wir sind immer für stabile Finanzen gewesen. Wir waren es, die die Schuldenbremse im Bund durchgesetzt und in die Verfassung gebracht haben. Wir haben dafür gesorgt, dass der Staat in der Regel nicht mehr ausgibt, als er einnimmt, wie es auch jeder ehrbare Kaufmann und jeder vernünftige Bürger tut. Wenn man investieren muss und eine Sondersituation herrscht, ist das in Ordnung, aber danach muss es wieder möglich sein, mit den laufenden Einnahmen zurechtzukommen. Jetzt haben wir schon im dritten Jahr in Folge die Ausnahme. Wir hoffen, dass es die letzte bleibt. Heuer wird es aber, wie gesagt, nicht ohne Kredite gehen.

Trotzdem haben wir den Sonderfonds Corona-Pandemie anders als in der Vergangenheit gestaltet. Es gibt keine pauschale Ermächtigung mehr, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses Gelder auszugeben. Ich halte dies im dritten Jahr auch für richtig. Das Haushaltsrecht liegt beim Parlament. Das Parlament muss darüber bestimmen. Im dritten Jahr kann man besser planen als in den Vorjahren. Man muss hier die klassischen Mittel außerplanmäßige Ausgaben oder Nachtragshaushalt anwenden, falls es im Laufe des Jahres notwendig werden sollte.

Aber auch die Inflation, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein wesentlicher Punkt, der mir Sorgen bereitet. Wir, die Regierungskoalition, haben schon sehr lange gemahnt und an die EZB appelliert: Bitte versucht, die Inflation rechtzeitig zu erkennen und gegenzusteuern; denn dieser Kreislauf aus Nullzinsen, dadurch erhöhte Verschuldung in anderen Ländern und entsprechend viel Investition in das sogenannte Betongold treibt die Inflation, verbunden mit den hohen Energiepreisen und spekulativen Erhöhungen, wie wir es jetzt bei der Energie und bei den Lebensmitteln erleben. Der Sachverständigenrat geht von 6,1 % Inflation im Jahr 2022 und von 3,4 % im nächsten Jahr aus. Diese Werte liegen über den 2 %, die die EU ansteuert. Hier sollten wir wirklich vorsichtig sein; denn sonst haben wir eine Lohn-Preis-Spirale, und wir wissen alle, was das bedeutet.

Sorgen muss uns auch bereiten, dass die Baukosten derart galoppieren. Eine Steigerung, wie wir sie jetzt im Hochbau erleben, hatten wir in der Vergangenheit nicht. Die Preise sind natürlich immer gestiegen, aber die Steigerung nimmt immer mehr zu. Auch hier kommt auf den Haushalt eine Belastung zu. Wir investieren zwar unglaublich viel in Bauwerke, Sanierungen und Neubauten, aber die hohen Preise machen vieles zunichte, was wir mit den Mitteln gerne noch abfinanziert hätten.

Hinzu kommen die hohen Energiepreise und die Mindereinnahmen, die wir – dies muss man sagen – dem Bund zu verdanken haben. Die Entlastung auf Bundesebene kostet uns rund 400 Millionen Euro für die Entfernungspauschale, die Grundfreibeträge und den Arbeitnehmerpauschbetrag.Jetzt kann man natürlich sagen: Entlasten ist wichtig. Das haben wir als CSU und als Regierungsfraktion gefordert. Wir wollen entlasten, und zwar an der richtigen Stelle und mit einer dauerhaften Wirkung. Aber nicht kurzfristig; denn das kostet vor allem die Länder Geld, bringt den Menschen und der Wirtschaft aber nicht den erwünschten Effekt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seriöse Haushaltspolitik ist uns schon immer wichtig gewesen. Das heißt, wir sind die Regierung der seriösen Haushaltspolitik. Wir können mit Krisen umgehen und werden die Krisen auch meistern. Natürlich gibt es viele, die daran mitwirken. Ich möchte jetzt ein großes Wort des Dankes sagen, nämlich unserem Finanzminister, dir, lieber Albert Füracker, für die verantwortungsvolle Art und Weise, in der du mit den Steuergeldern und den Mitteln, die wir im Haushalt bereitstellen, umgehst. Lieber Albert, herzlichen Dank für diese großartige Leistung!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt werden manche sagen: Na gut, das Geld stellt ja eigentlich der Landtag bereit. Das ist richtig. Der Vollzug aber, der Umgang mit dem, was bereitgestellt wird, dass wir am Jahresende auch mal Reste einziehen können, ist auch eine Leistung des Finanzministers. Nicht nur die Planung des Haushalts, sondern auch sein Vollzug sind

eine Leistung des Finanzministers. Dafür kann man ihm nur höchsten Respekt und höchste Anerkennung zollen.

Internationale Ratingagenturen erkennen unsere Haushaltspolitik an. Wir haben wieder Spitzenratings der Agenturen Standard & Poor's und Moody's erhalten. Bayern ist das einzige der 16 Bundesländer, das diese Bewertung über viele Jahre hinweg erhalten hat. Das zeigt, dass auch internationale Agenturen unsere Leistung anerkennen. Wir helfen einerseits der Wirtschaft und den Menschen in der Krise und gehen andererseits verantwortungsvoll mit der Verschuldung um.

Insgesamt ist die Haushaltsaufstellung gerade in schwierigen Zeiten ein hartes Stück Arbeit. Deshalb ein Dankeschön allen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss – damit wende ich mich an alle Fraktionen – für die hervorragende Arbeit während der drei Wochen, in denen wir nahezu durchgetagt haben. Wir haben intensiv und auch kontrovers beraten, hatten aber trotzdem immer das Ganze im Blick. Ich danke auch meiner Stellvertreterin, Frau Köhler. Herzlichen Dank! Sie haben damals, als ich mich in die Isolation begeben musste, die Sitzungsleitung souverän übernommen. Dafür gilt Ihnen ein großes Dankeschön. Die Sitzungen sind erfolgreich weitergelaufen. Der Kollege Herold hat mich im CSU-Arbeitskreis vertreten.

Bei unserem Koalitionspartner sei Bernhard Pohl an erster Stelle genannt; danke für das gute Miteinander. Ein großes Dankeschön allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Häuser sowie nicht nur dem Finanzminister und seinen Kolleginnen und Kollegen in der Staatsregierung, sondern allen in den einzelnen Ministerien, die am Haushalt mitgewirkt haben. Ein großes Dankeschön auch denjenigen, die kurzfristig eingesprungen sind, wenn ein Minister oder eine Ministerin coronabedingt verhindert gewesen ist. Auch ihnen ein Dankeschön.

(Beifall)

Nicht zu vergessen sind auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausschussbüro; denn sie übernehmen ganz wichtige Funktionen. Frau Wichtermann-Robl, Frau Berg-

bauer-Schlenzger und Herrn Treitner ein großes Dankeschön für die exzellente Arbeit, die Sie tagein, tagaus für uns leisten und insbesondere während der Haushaltsberatungen geleistet haben.

(Beifall)

Ebenso den Fraktionsmitarbeitern unserer Fraktion, namentlich Herrn Dr. Raeder, sowie Herrn Kazmaier als zuständigem Abteilungsleiter im Finanzministerium, mit dem wir immer im engen Kontakt stehen. Ferner natürlich den Offizianten und dem Stenografischen Dienst, ohne den es sowieso nicht gehen würde.

Mein letzter Dank gilt dem bayerischen Steuerzahler. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sie, die Menschen, die fleißig arbeiten, die Arbeitnehmer und Unternehmer, sind für uns der Maßstab. Für sie sind wir da. Ihren Geldbeutel wollen wir schonen und mit möglichst wenig Aufwand viel erreichen. Wir wollen nicht das Gegenteil: den Menschen das Geld aus der Tasche ziehen und es unsinnig verwenden. Danke schön dem Steuerzahler, der uns die Basis schafft, um in Bayern gut zu arbeiten.

(Beifall)

Wir haben im Laufe der Zeit immer mal wieder auch vom Obersten Rechnungshof über die Frage der Kreditermächtigungen und die pandemiebedingten Ausgaben Kritik erhalten – diesmal wegen 20 Milliarden Euro. Hier sei noch einmal festgehalten: 20 Milliarden Euro waren für ein Jahr geplant. Dieser Betrag reicht uns jetzt für drei Jahre. Also auch mit dieser Kreditermächtigung sind wir sorgfältig umgegangen. Im letzten Jahr haben wir zur Pandemiebewältigung nur 2,9 Milliarden Euro an Kreditaufnahme gebraucht. Das zeigt ja schon, dass mit den Finanzen sorgfältig umgegangen wurde. Allein über 3 Milliarden Euro gab es für die Stabilisierung der Kommunen. Als ein Beispiel sei die Übernahme der Gewerbesteuerausfälle genannt.

Wir haben die niedrigste Zinsquote aller Bundesländer. Sie ist noch einmal gesunken, nämlich von 0,7 auf 0,6 %. Das heißt: Unter 1 % des Haushaltsvolumens wird für Zin-

sen ausgegeben. Der Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer, der uns als Maßstab dient, liegt bei über dem Dreifachen. Gleiches gilt für die Pro-Kopf-Verschuldung. 2.810 Euro beträgt sie in Bayern. Der Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer liegt beim Dreifachen, bei 8.645 Euro. Das heißt, trotz vieler Hilfen, trotz schwieriger Zeiten sind wir finanziell solide und stabil aufgestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Puffer für Unwägbarkeiten und für Unsicherheiten ist natürlich wichtig. Wir haben das zum Beispiel bei der Flüchtlingssituation gehabt. Wir haben dafür 1,6 Milliarden Euro im Haushalt. Wir wissen nicht, ob das reichen wird. Ich vermute, dass es nicht reichen wird, nachdem die Zahlen immer noch steigen. Es ist aber vorgesorgt.

Wir müssen auch deshalb vorsorgen, weil wir nicht wissen, ob sich die wirtschaftliche Lage so entwickelt, wie wir es uns erhoffen. Denken wir zurück: Es war erstaunlich, wie schnell sich die Wirtschaft erholt hat. Die Prognose des Sachverständigenrates lag bei 3,6 %. Jetzt ist sie wegen des Kriegs in der Ukraine auf 1,8 % reduziert worden. Das ist eine Halbierung. Das heißt, wir wissen nicht, ob wir den Vor-Corona-Stand wieder schnell erreichen werden. Wirtschaftslage bedeutet ja auch Steuereinnahmen. Lieber Albert Füracker, wir wissen nicht, ob die Steuerschätzung vom November 2021 tatsächlich auch als Grundlage dienlich ist oder ob wir nachbessern müssen.

Dann haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen unerwartete Haushaltsbelastungen hinzubekommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der G7-Gipfel, der nach wenigen Jahren schon wieder in Bayern stattfindet, hat uns allein für die Sicherheitsmaßnahmen 190 Millionen Euro gekostet. Das andere rund herum haben wir noch gar nicht mit eingerechnet. Auch hier die Forderung an den Bund: Wenn der Bund sich entscheidet, einen Gipfel öfter in Bayern abzuhalten, weil es bei uns schöner ist, weil es bei uns sicherer ist oder weil wir es können – das sage ich ganz selbstbewusst; andere Länder tun sich mit einer solchen Situation wesentlich schwerer –, dann freuen wir uns darüber. Es kann aber nicht sein, dass wir nur, weil wir es können, hohe Kosten tragen müssen, wenn der Bund glaubt, bei 16 Bundesländern zur Auswahl schon

nach sieben Jahren wieder nach Bayern gehen zu müssen. Wir wären eigentlich erst nach 15 Jahren wieder dran gewesen und nicht schon nach sieben Jahren. Dann soll der Bund bitte auch die hohen Kosten übernehmen. Die Sicherheit verursacht auch nur einen Teil der Kosten. Ich appelliere an die Bundesregierung, hier massiv einzugreifen und tätig zu werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge habe ich bereits angesprochen. Deshalb komme ich jetzt zu den Änderungen, die wir als Regierungsfraktionen eingebracht haben.

Hier wird von der Opposition immer die sogenannte Fraktionsreserve kritisiert, die es in der Form nicht gibt. Vielmehr sind es Fraktionsanträge, die wir zwischen der CSU und den FREIEN WÄHLER abgestimmt haben. Wir haben dafür 60 Millionen Euro eingesetzt und viele vernünftige Dinge auf den Weg gebracht. Wir haben damit auch dafür gesorgt, dass der Freistaat Bayern auch in vielen kleinen Dingen auf dem Land sichtbar wird, mit Initiativen – wie zum Beispiel der Dorferneuerung, für die wir 5,5 Millionen Euro zusätzlich einsetzen –, die für Lebensqualität und Wertschöpfung sorgen. Wir haben uns der Dinge angenommen, die in der Krise sind, der Schweineerzeugung, der Ferkelerzeugung, mit der Stärkung der Tierwohlinitiative und der Verstärkung der Aktion "Saugut" der Ferkelerzeuger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben damit viel bewegt und werden es auch in Zukunft tun. Durch unbegründete Kritik lassen wir uns davon nicht abbringen, noch dazu, wo die Opposition dann doch meistens zustimmt, wenn sie auch vorher gerne kritisiert.

Wir haben das Sportstättenförderprogramm für den ländlichen Raum, den Raum mit besonderem Handlungsbedarf verlängert und setzen dafür je 10 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen ein. Auch das ist eine wichtige Entscheidung, die im Rahmen der Beratungen getroffen wurde.

Wir haben den BayernFonds, die Hilfe für Unternehmen, die in Schwierigkeiten sind, verlängert. Seinen Umfang haben wir reduziert, weil sich herausgestellt hat, dass wir ihn in dem Umfang nicht brauchen. Wir wissen aber nicht, ob nicht noch Weiteres auf uns zukommt, ob nicht der BayernFonds für die Corona-Krise in einen UkraineFonds umgewidmet wird. Wir werden es gegebenenfalls dann sehen.

Noch ein paar Worte zu den Anträgen der Opposition: Hier kommt immer wieder das Gleiche. Die SPD fordert Mehrausgaben in Höhe von 350 Millionen Euro, natürlich ohne vernünftige Gegenfinanzierung. Sie fordert auch über 3.000 neue Stellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben viele Tausend neue Stellen im Haushalt. Noch einmal das Doppelte draufzulegen, geht nicht und wäre unseriös. Das Gleiche sehen wir bei den GRÜNEN. Sie fordern knapp Tausend neue Stellen und Mehrausgaben in Höhe von 270 Millionen Euro. Sie würden gleichzeitig das Landespflegegeld und das Familiengeld streichen oder kürzen. Das ist unsozial und wird unsere Zustimmung niemals finden. Wir stehen zu Jung und Alt. Wir stehen zu allen Generationen und auch zur Schuldenbremse, die wir durchgesetzt haben und auch weitertragen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir entnehmen Rücklagen – auch wenn der ORH das kritisiert. Wir räumen die Rücklagen nicht aus, weil das ein großer Fehler in unsicheren Zeiten wäre. Wir entnehmen der Rücklage aber 2,9 Milliarden Euro. Wir sorgen damit für einen Ausgleich. Eine Schuldenaufnahme und die Rücklagenentnahme zusammen ist der richtige Weg, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

Wir investieren in Kindertageseinrichtungen und in Forschung. Wir fördern im Bereich der Wirtschaft. Wir haben die höchsten Investitionsquoten in Deutschland. Wir stellen viel Geld für die Gesundheit zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, ich komme damit langsam zum Ende. Wir stützen viele Bereiche, die uns wichtig sind, auch den Neustart in der Kultur. Darum habe ich dieses Palmbüschel mitgenommen, das mir vorher eine Initiative überreicht hat; sie nennen sich Ratschkathln, kommen aus Niederbayern und haben eine Spende für die Ukraine

mitgebracht, die sie der Präsidentin übergeben haben. Ein typisches bayerisches Kulturgut. Traditionelle Kultur, moderne Kultur. Wir fördern den Neustart und die Weiterführung mit Mitteln, die wir dafür einsetzen, um die Kultur über die Pandemie fortzuführen und Neues anzutreiben. Auch das ist uns wichtig. Bayern ist ein Kulturstaat. Ein Staat für Heimat und Tradition.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Wir meistern die Gegenwart mit all ihren Krisen. Wir investieren in die Zukunft. Wir treffen Vorsorge für künftige Unwägbarkeiten und Herausforderungen. Bayern ist ein Fels in der Brandung unsicherer Zeiten. Die Menschen können bei uns sicher sein. Wir kämpfen für Stabilität, Wohlstand und Innovationen. All das spiegelt der Haushalt 2022 wider. Deshalb bitte ich Sie im Hohen Haus um Ihre geschlossene Zustimmung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Zellmeier. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Claudia Köhler.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst auch von mir unser Dank an das Ausschussbüro, ans Plenarreferat, an die Ressorts und die Referenten und Referentinnen, an unseren Vorsitzenden Herrn Zellmeier für alle Vorbereitungen. Ohne Sie hätten wir die fast 900 Änderungsanträge nicht gut debattieren können. Danke! Danke auch für die freundlichen Worte, Herr Zellmeier. Es war mir eine große Ehre, eine Woche lang für mein Bayern die Haushaltsberatungen leiten zu dürfen.

Dieser Haushalt tritt mit vier Monaten Verspätung in Kraft. In einer Pandemie können vier Monate eine ganz schön lange Zeit sein. Bayern wartet seit vier Monaten auf Verbesserungen in den Gesundheitsämtern, auf mehr Personal, auf die Digitalisierung der Verwaltung. Da braucht man nur den ORH-Bericht zu lesen. Schaffen Sie jetzt endlich die Strukturen, damit wir wieder ins richtige Fahrwasser kommen! Was uns nämlich gerade enorm bremst, sind Ihre Versäumnisse der vergangenen Jahre. Das

ist die marode Infrastruktur, das sind Ämter am Limit. Wo kommen wir denn hin, wenn wir nach zwei Jahren immer noch nicht in der Lage sind, die richtigen Infektionszahlen ans RKI zu melden?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für diesen Haushalt haben Sie kurzfristig 2,7 Milliarden Euro mehr aus der Rücklage nehmen müssen und jetzt am Schluss, da das Geld knapp wird, den Saldo durch 1,1 Milliarden Euro globale Minderausgabe ausgeglichen. Dazu haben Sie schon wieder neue Schulden aufgenommen. All das nach fetten Jahren mit guter Konjunktur und Spitzensteuereinnahmen in Bayern! Nichts funktioniert, obwohl viel Geld – aber eben leider planlos – ausgegeben wurde. Überprüfen Sie Ihr Ausgabeverhalten, oder lesen Sie wenigstens aufmerksam den Bericht des Obersten Rechnungshofes.

Da stöpseln Sie dann eine angebliche Klimamilliarde zusammen, und wenn man gescheit liest, sind es bloß 600 Millionen Euro. Sie bringen Anträge mit Überschriften ein, als würden Sie die Welt retten, und wenn man dann nachliest, ist es meistens eine kleine Studie zum Thema. Das Ganze, was Sie hier vorgelegt haben, ist keine aktive Klimapolitik. Das ist ein Zusammenkratzen von Haushaltsmitteln, die irgendetwas mit Energie oder Klima zu tun haben könnten. Dann schlagen Sie auch noch Fracking vor. Das schlägt dem Fass den Boden aus!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Koalition spricht gern von der Sonne. Aber wo sind denn dann bitte die PV-Anlagen auf jedem Dach öffentlicher Gebäude? – Unseren Antrag für 150 Millionen Euro für Photovoltaik auf Schuldächern haben FREIE WÄHLER und CSU abgelehnt. Geothermie: Für ganz Bayern gibt es 7,5 Millionen Euro. Ein Witz! Ladeinfrastruktur, Wärmenetze: 100 Millionen Euro haben wir vorgeschlagen. Auf geht’s, namentliche Abstimmung! Alle können jetzt nachlesen, wer für und wer gegen den Wärmefonds von 150 Millionen Euro gestimmt hat. Die Energiewende, sehr geehrte Herren Minister –

auch Damen Minister, aber in erster Linie Herr Söder, Herr Füracker, Herr Glauber –, ist kein PR-Gag. Sie wird eine Mammutaufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hatten es Ihnen präzise vorgerechnet. Investitionen in den ÖPNV, in den Schienenpersonennahverkehr, flächendeckende Verkehrsverbünde fordern Sie alle als Kreisräte vor Ort immer gern und lehnen sie dann hier herinnen regelmäßig ab.

Beim Thema Wohnen wissen das auch alle, die in der Kommunalpolitik aktiv und nicht völlig blind sind. Wir brauchen endlich viel erschwinglichen Wohnraum. Aber alles, was Sie als regierende CSU-Fraktion und FREIE-WÄHLER-Fraktion in diesen Haushalt in diesen Krisenzeiten eingebracht haben, sind 60 Millionen Euro Fraktionsreserve bei 71 Milliarden Euro Haushaltsvolumen – weniger als 1 Promille.

Jeder macht ein kleines Projekt in seinem Stimmkreis und eine Pressemeldung dazu. Das ist Ihr Input als Regierungsfraktion. Sie verzwergen sich wieder mal freiwillig. Knüller waren das Sisi-Museum in Possenhofen, ein Projekt über das Hirtenwesen im 18. Jahrhundert, ein Klöppelmuseum usw. Mein Lieber, das sind Herausforderungen! Der bayerische Staatshaushalt ist doch kein Selbstbedienungsladen für Abgeordnete, die im Stimmkreis Gefallen verschenken, ein paarmal sogar unter ausdrücklicher Umgehung der bayerischen Förderrichtlinien, die Sie selbst ändern könnten, damit die Regelungen dann nämlich für alle Kommunen gelten könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Uns hilft keine Hightech Agenda mit hochtrabenden Zahlen für einige wenige Unis, wenn andere Hochschulen weiter auf Sanierung warten, wenn an der Grundausstattung und der Masterausbildung gespart wird und wenn es immer noch Studiengänge gibt, die Präsenzvorlesungen verweigern oder Prüfungen in kalten Zelten mitten auf der Baustelle am Campus schreiben lassen. Wir GRÜNE wollen diejenigen Forschungsfelder fördern, die wir dringend für die Bewältigung der existenziellen Heraus-

forderungen brauchen: Forschung für Klimaschutz, Energieeffizienz, Ressourcenschonung. Stattdessen lösen Sie das Zentrum für Angewandte Energieforschung auf. Das ist den künftigen Generationen gegenüber verantwortungslos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch etwas zum Stichwort Jugend. Wir fordern die Aufhebung der Sperrung für die Lehrerstellen für das G9, die Vorbereitung des Ganztagsanspruchs für die Grundschule und endlich bessere Bedingungen für das Personal in der Kinderbetreuung. Das wird leider von CSU und FREIEN WÄHLERN abgelehnt. Von dieser Staatsregierung gibt es eine Glückwunschkarte zum Achtzehnten, und das war's dann für die Jugend.

Wo sind denn Ihre Konzepte für Fachkräfte, für Azubis, für unsere Wirtschaft? – Da nützt es auch nichts, wenn sich der Herr Söder dann noch schnell mit dem Präsidenten der Handwerkskammer fürs Foto aufstellt, genau an dem Tag, an dem die komplette CSU die Berufseinstiegsbegleitung bewusst beendet hat. Ihr Geiz bei der Jugend und der Bildung unserer Jugend wird uns alle noch teuer zu stehen kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Hochschulen sind ja auch ein wichtiger, wesentlicher Schlüssel für Klimapolitik. Da geht es um die energetischen Sanierungen der zahlreichen Hochschulen. Über hundert Jahre dauert es, Stand heute, bis alle Hochschulen saniert sind, und je länger wir warten, umso teurer wird es.

Betreffend die Sozialpolitik möchte ich eigentlich nur das Gehörlosengeld herausheben. Auch darüber haben wir gestern namentlich abgestimmt. Wir werden weiter auf der Seite der Betroffenen für ein Gehörlosengeld kämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Pflege und Gesundheit: Wir sehen es doch alle, so kann es nicht weitergehen. Wir haben Vorschläge für bessere Pflegeangebote auf den Tisch gelegt: PflegesoNah,

Verschränkung von Maßnahmen, ambulant und stationär, multiprofessionelle Teams, Telemedizin, Digitalisierung. Sie binden in dem Haushalt wieder 430 Millionen Euro Pflegegeld ohne irgendeine Verbesserung für die Pflege.

Zum Katastrophenschutz: Auch da haben wir ja bitteres Lehrgeld gezahlt. Uns reicht ein herzliches "Vergelts Gott" nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.Wir haben Ihnen auch hier mundgerecht alles vorgeschlagen: Geld für die Umrüstung der Sirenensysteme, Geld für die Sanierung der Feuerwehrhäuser, Geld für die Ausstattung der Feuerwehrschulen, Hilfe bei der Nachwuchsgewinnung. Da geht es um die Sicherheit. Lesen Sie bitte noch einmal unseren Antrag für ein innovatives, professionelles Schulungsteam für die Führungsgruppen Katastrophenschutz.

Angesichts des Putin-Krieges, angesichts der vielen Geflüchteten, die zu uns kommen, sage ich Ihnen eines: Bei der vernünftigen Ausstattung aller Akteure für gelingende Integration – das wäre übrigens gar nicht so teuer – kommen wir seit 2015 nicht weiter. Noch immer kämpfen wir um ordentliche, auskömmliche Mittel für die Integrationsberatung. In den letzten Wochen ist dramatisch sichtbar geworden, wie bitter notwendig hier verlässliche Strukturen sind. Aber Sie bewegen sich nicht.

Nach über sechs Wochen Krieg hat diese Staatsregierung, originär zuständig für Integration, noch immer nichts vorgelegt. Wir haben deshalb heute einen neuen Antrag zu behandeln, der noch nicht im Ausschuss war – das konnte ja keiner wissen; dafür haben wir Verständnis –, einen neuen Antrag, 100 Millionen Euro Landesmittel schleunigst für die Versorgung, die Unterbringung und die Beratung der Geflüchteten aus der Ukraine bereitzustellen, um all die Träger, die Kommunen, die Ehrenamtlichen draußen, die sich seit Wochen abrackern, endlich verlässlich zu unterstützen. Wir werden auch darüber heute namentlich abstimmen lassen. Jeder Landrat, jeder Bürgermeister, jeder Träger und jeder Asylhelferkreis kann es dann nachlesen. Das ist nicht nur eindeutig staatliche Aufgabe – es pressiert auch!

Sprachkurse für Frauen haben Sie in diesem Jahr auch wieder abgelehnt. Wir sehen, wie dringend wir jetzt Sprachkurse für Frauen, die mit Kindern kommen, brauchen. Die Kommunen und Kreise sind zurzeit mit der Arbeit und mit den Kosten völlig allein. Die Leute wollen helfen; sie öffnen ihre Wohnungen; sie kümmern sich um die Kinder. Für uns Bayern ist das keine Krise. Sie machen das mit Ihrer Arbeitsverweigerung zur Krise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Eigentlich reicht das alles nicht. Eigentlich genügen auch unsere Anträge nicht. Wir müssten alle Ansätze erhöhen, weil jahrelang nichts gemacht wurde: für die Bildung, für die Energiewende, für echten Klimaschutz, für guten landesweiten ÖPNV, für Digitalisierung, für unsere Behörden und für unsere Kommunen.

Wir merken, dass wir inzwischen auch wirtschaftlich durch die marode Infrastruktur abgehängt werden. Das Schlimme ist: Sie geben trotzdem wahnsinnig viel Geld aus, aber eben nicht besonders zielgerichtet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie schreien gern laut "Schuldenbremse". Raten Sie aber einmal, was Herr Söder schon wieder gemacht hat. – Neue Schulden: 20 Milliarden Euro Corona-Schulden. Daran darf ich erinnern. Benötigt haben Sie im Jahr 2020 7,2 Milliarden Euro und 2021 3,5 Milliarden Euro. Das hatten wir übrigens gleich so vorausgesagt und deswegen den zweiten 10 Milliarden Euro nicht zugestimmt. Jetzt nehmen Sie 2022 im Corona-Fonds weiter neue Schulden auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Schulden nehmen Sie jetzt auf, um Altlasten zu finanzieren, endlich einmal Ihre Sanierungen anzugehen usw. Der ORH bestätigt ja die Kritik; Sie brauchen sie nur nachzulesen.

Heuer haben Sie die Rücklage noch geschont. Wofür? – Für das Wahljahr. Kann denn angesichts der neuen Krisen der Schuldentilgungsplan überhaupt eingehalten werden? Wie stehen Sie denn dazu? – Kein Plan. Ich sage Ihnen: Sie brauchen endlich einen Plan – einen Plan, der für die Menschen und unsere Wirtschaft Sicherheit bietet, den Sie dann auch durchziehen, der verlässlich ist.

Wir haben in Bayern jetzt fast 15 Jahre haushaltspolitische Beliebigkeit hinter uns. Ob im Bund oder in Bayern: Sie und Ihre Politik haben uns einen Scherbenhaufen hinterlassen, und Sie suchen nach wie vor faule Ausreden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kollegen der CSU, Sie haben in dieser Woche in diesem dreitägigen Plenum sehr viel über den Bund und über die Ampel gesprochen. Ja, kann ich da nur sagen. Schauen Sie nach Berlin. Nehmen Sie sich ein Beispiel an der Ampel. Gehen Sie die Themen endlich ernsthaft an; denn unser Bayern verdient es.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Frau Köhler. – Eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer, CSU-Fraktion.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Köhler, vielleicht sollte man einmal den Faktencheck des BR durchlaufen lassen; denn dann würde man wahrscheinlich merken, dass von Ihnen einiges nicht ganz richtig aufgeführt wird.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen, da Sie die Integration angesprochen haben. Über bfz, gfi usw. gibt es sehr wohl Kurse für Frauen mit Kinderbetreuung. Diese Kurse liefen die ganze Zeit; aufgrund von Corona sind sie aber teilweise ausgesetzt worden. Ich würde Sie bitten, bei Ihren Kolleginnen und Kollegen in Berlin anzufragen, warum die AMIF-Mittel, diese Gelder der Europäischen Union, die wir im Asyl- und Fluchtbe-

reich auch in Bayern für unsere Träger dringend gebrauchen könnten, nicht endlich freigegeben werden.

(Beifall bei der CSU)

Claudia Köhler (GRÜNE): Ich kann mich nur wiederholen: Integration ist Landessache. Sie können jetzt nicht mit Verweis auf Europa und den Bund die Schuld wieder von sich weisen. Sie sind zuständig. Während der Corona-Krise die Sprachkurse für Frauen mit Kindern auszusetzen, macht auch keinen Sinn; denn die Menschen sollen sich hier integrieren können. Jetzt brauchen wir noch viel mehr Sprachkurse für Frauen mit Kindern; denn – falls Sie es noch nicht gemerkt haben – aus der Ukraine sind fast nur Frauen mit Kindern gekommen. Wenn Sie sagen, dass Sie solche Kurse mit den bestehenden Mitteln finanzieren, dann frage ich mich, wo Sie diese Mittel dann abziehen und wer denn dann nicht mehr an solchen Kursen teilnehmen darf. Es ist doch logisch: Wenn Tausende von neuen Geflüchteten kommen, genügen die üblichen Mittel nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Brendel-Fischer, ja, manche handeln nach dem Motto: Es muss nicht stimmen; Hauptsache, es hört sich gut an. Frau Kollegin Köhler, ich war schon etwas über Ihre heutige Rede überrascht; denn sie stimmt eigentlich nicht mit dem überein, was wir jetzt über mehrere Wochen sehr sachlich und in guter Atmosphäre im Haushaltsausschuss besprochen und diskutiert haben.

Deswegen sage ich eingedenk dieser Wochen der Haushaltsberatungen, die umfangreich, die intensiv, die wertschätzend und auch tiefgründig waren, einen herzlichen

Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die diesen Haushaltsberatungen beigewohnt haben, allen voran natürlich dem Vorsitzenden Josef Zellmeier und Ihnen, Frau Köhler, als Stellvertreterin. Sie beide haben die Sitzungen hervorragend geleitet.

Ich danke auch den Mitgliedern der Staatsregierung, die sich im Ausschuss der Diskussion gestellt und ihre Haushalte verteidigt haben, und insbesondere natürlich dem Finanzminister, auf dem die Hauptlast der Aufstellung des Haushaltes und natürlich der Diskussion mit dem Parlament liegt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich darf, Frau Köhler, ein wenig Nachhilfe erteilen, wenn Sie sagen, die Regierungsfraktionen seien für 60 Millionen Euro zuständig. Das ist mitnichten so; denn die Etats werden natürlich, bevor der Haushalt aufgestellt wird, mit den Mitgliedern der Regierungsfraktionen, mit den Fachpolitikern und insbesondere mit den Haushaltspolitikern intensiv diskutiert. Es gibt – das ist ja kein Geheimnis – dazu auch eine Haushaltsklausur der Bayerischen Staatsregierung, an der die Fraktionschefs und die beiden haushaltspolitischen Sprecher, Josef Zellmeier und ich, teilnehmen. Selbstverständlich machen wir darin auch unseren Einfluss geltend und bringen unsere Ideen und Vorschläge ein. Das ist ein Gesamtkonstrukt der Regierungsfraktionen, des Finanzministers und der gesamten Staatsregierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte an dieser Stelle auch etwas zu den Oppositionsanträgen sagen. Ja, ich weiß, es ist nicht ganz befriedigend, wenn man 800 Anträge stellt und diese Anträge dann nicht durchkommen. Das weiß ich schon. Da gibt es auch berechtigte Anträge, überhaupt keine Frage. Allerdings ist das System so, wie es ist: Man stellt einen Haushalt auf, der durchgerechnet ist. So dienen die Oppositionsanträge der weiteren Diskussion und natürlich auch als Vorlage für künftige Haushalte. Das wissen Sie. Hin und wieder gibt es in den Nachschublisten ja das eine oder andere, was beantragt wurde und von den Ministerien dann noch aufgenommen wird.

Man mag das vom Verfahren her bedauern, aber es ist, wie es ist. Dennoch will ich deutlich machen, dass Ihre Anträge natürlich sinnvoll und diskutabel sind, auch wenn wir natürlich andere politische Vorstellungen haben. Damit passt vieles von dem, was Sie politisch in die eine Richtung gestalten wollen, halt nicht in unser Konzept.

Wir diskutieren übrigens auch Anträge der AfD, wenn sie sinnvoll sind. Nur – ich muss es hier so deutlich sagen – tun wir uns da halt schon schwer, wenn der Schwerpunkt Ihrer Anträge auf einer Ideologie des Leugnens basiert. Sie leugnen Corona, Sie leugnen den Klimawandel, und einige von Ihnen leugnen sogar den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Da tut man sich dann schon wirklich schwer. Und wenn dann noch irgendein marxistisches Geschwafel daherkommt – sorry!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ja, wir haben Haushaltsrisiken. Wir haben Haushaltsrisiken, über die wir im Jahre 2019 noch nicht gesprochen haben. Wer hätte 2019 gedacht, dass wir eine Corona-Pandemie zu bewältigen haben? Wer hätte 2019 gedacht, dass es einen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat in Europa gibt? Ich hätte mir das in dieser Form nicht vorstellen können. Dennoch sind wir jetzt gefordert. Es wird Verwerfungen für die Staatsfinanzen geben, da brauchen wir uns nichts vorzumachen.

Kollege Zellmeier hat die Inflation angesprochen. Das ist so ein Thema. Natürlich wissen wir nicht, wie sich die Wirtschaft entwickelt, wenn wir damit rechnen müssen, dass irgendwann ein Embargo droht, von der einen wie von der anderen Seite. Das können wir seriös nicht vorhersagen. Mit Embargo meine ich nicht die Maßnahmen, die der Westen jetzt getroffen hat, sondern beispielsweise einen kompletten Liefer- oder Abnahmestopp für russisches Gas. Wenn man sich das vorstellt und überlegt, dass wir dann die Gaszuteilung rationieren und priorisieren müssen, dann braucht man keine große Fantasie, um sich auszumalen, dass das erhebliche negative Konsequenzen auf unseren Staatshaushalt und unseren Wohlstand hat.

Wir sehen hier auch den Bund in der Pflicht, und zwar einmal, was die Ukraine-Krise anbetrifft. Natürlich sind die Kosten der Aufnahme von Flüchtlingen hier in Bayern und auch in den anderen Ländern vom Bund zu tragen. Die Ursache ist eine außenpolitische. Kollege Zellmeier hat bereits darauf hingewiesen. Das muss der Bund erstatten.

Frau Kollegin Köhler, Sie sagen hier so flapsig, dass wir nichts tun. Der Ministerpräsident hat bereits garantiert, dass der Freistaat Bayern die Kommunen nicht im Regen stehen lässt, sollte der Bund hier nicht einspringen. Aber sollen wir jetzt im vorauseilenden Gehorsam hierfür Gelder aufnehmen und damit Richtung Berlin sagen: Na ja, wir haben es ja schon im Haushalt drin, ihr müsst gar nicht? – Ich glaube, es ist nicht der richtige Weg, solche Signale zu setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich komme zurück zur Inflation. Ich erwarte auch, dass der Bund jetzt das Seine dazu beiträgt, um die Gefahr einer Stagflation im Keim zu ersticken. 7,3 %, das ist die derzeitige Inflationsrate. Es gibt Menschen hier in diesem Raum, die eine solch hohe Inflation noch gar nicht erlebt haben. Da kann man und muss man gegensteuern, weil ein Teil der Wahrheit natürlich auch ist, dass die Inflation von Steuererhöhungen im Energiebereich stammt. Das ist Fakt. Jetzt mögen Sie das grundsätzlich für richtig und wichtig halten, aber wenigstens sollten Sie in dieser Situation alles tun, um eine weitere Eskalation bei der Inflation zu vermeiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 20 Milliarden Euro haben wir als Parlament im Jahr 2020 zur Bewältigung der Corona-Krise aufgenommen. 20 Milliarden Euro hat das Parlament beschlossen, nicht der Ministerpräsident Söder, Frau Kollegin Köhler. Das haben wir hier auf Vorschlag des Finanzministers beschlossen. Diese 20 Milliarden haben für diese drei Jahre bislang ausgereicht, auch wenn hier – jetzt schaue ich zur FDP rüber – manchmal sehr kleinliche Diskussionen darüber geführt werden, ob Ausgaben, die wir dem Corona-Topf zurechnen, auch tatsächlich coronabedingt waren oder nicht. Wenn das die einzigen Probleme sind, die wir haben, lieber Kollege Kalten-

hauser, dann muss ich jetzt schon einmal sagen: Sie haben einen Bundesfinanzminister Lindner, der einen Nachtragshaushalt aufgestellt hat. Prompt wird dieser Nachtragshaushalt vom Bundesverfassungsgericht überprüft. Ich wäre da vielleicht etwas vorsichtiger. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, hier gleich gegen den Haushalt zu klagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Aber wenn man eine Klage am Hals hat, sollte man im Bayerischen Landtag wenigstens so fair sein und sagen: Jawohl, das ist coronabedingt, daraus machen wir jetzt kein juristisches Kolloquium oder Seminar.

Wir FREIE WÄHLER sind sehr stolz darauf, dass dieser Haushalt der Regierungsfraktionen von FREIEN WÄHLERN und CSU auch unsere Handschrift trägt. Ich wurde die Tage gefragt: Was würden Sie anders machen? – Ja, logisch, wenn die CSU allein regieren würde, würde sie ein paar Dinge anders machen. Wenn die FREIEN WÄHLER allein regieren würden, würden wir ein paar Dinge anders machen.

(Zurufe)

Aber ich möchte doch sagen: Die Schnittmenge zwischen den Regierungsfraktionen ist sehr groß, so groß, wie es manche Regierungen im Bund in der Vergangenheit gerne gehabt hätten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wo sind unsere Schwerpunkte? – Ja, die Kommunen. Die Kommunen bekommen erneut über 10 Milliarden Euro kommunalen Finanzausgleich. Wir haben auch unsere Verantwortung gesehen, die Gewerbesteuerausfälle zu 50 % zu erstatten. Die Antwort des Bundes darauf ist bislang jedenfalls negativ. Der Bund ist hier nicht so kommunalfreundlich wie wir. Leider haben die Kollegen von der SPD in der Vergangenheit hin und wieder mal darüber nachgedacht, bayerisches Steuergeld in Nordrhein-Westfalen einzusetzen. Dieser Weg ist der falsche, aber das haben wir inzwischen auch geklärt.

Städte und Gemeinden setzen das um, was wir hier im Bayerischen Landtag beschließen. Deswegen ist es wichtig, dass wir sie unterstützen, damit sie handlungsfähig sind. Denn das schönste Gesetz taugt nichts, wenn wir niemanden haben, der es auch tatsächlich umsetzt.

Regionalität, Stärkung der Heimatregionen, Stärkung des ländlichen Raums – das ist die DNA der FREIEN WÄHLER.Ja, auch hier trägt dieser Haushalt eine ganz klare Handschrift. Wir tun das, und zwar in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Heimatstrategie, Wirtschaftsförderung und Infrastruktur.

Uns ist schon klar, Frau Kollegin Köhler, dass Sie als Vertreterin einer Großstadtpartei eine andere Sicht auf die Dinge haben. Sie kommen ja aus Unterhaching, unmittelbar vor den Toren Münchens gelegen. Ich sehe schon, dass man als Unterhachingerin eine andere Sicht auf die Dinge hat als jemand, der aus dem Bayerischen Wald kommt. Aus Ihrer Sicht kann ich es durchaus nachvollziehen, dass Sie es läppisch finden, wenn wir mit Fraktionsanträgen ein Gründerzentrum für Glas im Bayerischen Wald fördern. Ja, uns ist dieses Gründerzentrum wichtig. Für Sie ist es nicht wichtig. Das ist ja in Ordnung, das ist akzeptiert.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Sie sollten dann auch so fair sein und sagen, dass das Ihr Politikansatz ist. Unser Politikansatz hat aktuell die Mehrheit, und das ist gut so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

– Das hat nichts mit einem angeblichen Selbstbedienungsladen zu tun. Unsere Fraktionen stellen Anträge, wie auch Ihre und andere Fraktionen das Recht haben, Anträge zu stellen. Da wir in diesem Haus halt die Mehrheit haben, gehen unsere Anträge durch. Ich kann verstehen, dass Sie das schmerzt. Aber um der Wahrheit die Ehre zu

geben: Es ist ja nicht so, dass Sie alle unsere Anträge abgelehnt hätten. Sie haben den meisten Fraktionsanträgen von CSU und FREIEN WÄHLERN zugestimmt.

Ein weiterer wichtiger Punkt – ich gehe nicht mehr intensiv darauf ein; das habe ich in den Einzelberatungen getan –: Die Zukunft unseres Landes hängt an drei Faktoren – Bildung, Forschung und Entwicklung, Wirtschaft. Mit Bildung schaffen wir die Grundlage dafür, dass die Menschen hier in Bayern dazu beitragen können, unseren Wohlstand zu halten und zu mehren, und dass sie ein eigenverantwortliches Leben führen können. Mit Forschung und Entwicklung sichern wir in Deutschland und in der Welt unsere Spitzenstellung im Bereich der Technologie. Die Wirtschaft ist diejenige, die das umsetzt, die Produkte verkauft und dazu beiträgt, dass wir alle Geld in der Tasche haben – übrigens: dass auch wir als Mitglieder des Bayerischen Landtags Geld haben, das wir verteilen können. Deshalb geht an dieser Stelle nochmals ein Dank an alle Steuerzahler, Unternehmer und Arbeitnehmer, an alle, die dazu beitragen, dass es uns so gut geht.

Frau Kollegin Köhler, wenn Sie behaupten, wir seien wirtschaftlich abgehängt, dann weiß ich nicht, wo Sie leben. Momentan ist es jedenfalls so — Kollege Pargent hat es heute Morgen richtig dargestellt –, dass sehr, sehr viele Menschen zu uns kommen, nicht nur aus der Ukraine. Wäre es so, wie Sie es behaupten, dass wir wirtschaftlich abgehängt sind, dann würden die Menschen massenhaft den Freistaat verlassen, weil sie hier keine Zukunft hätten.

Das ist auch die Antwort auf Ihre Frage, was wir für die Jugend tun. Wir schaffen und bieten der Jugend eine Zukunft, eine lebenswerte Gesellschaft, eine gute Arbeitswelt.

Wenn ich zu dem Thema "lebenswerte Gesellschaft" zum Schluss noch etwas sagen darf – auch das hat etwas mit Regionalität und Heimatregion zu tun –: Wir haben im Bereich des gesellschaftlichen Zusammenhalts viel geleistet, aber nicht nur wir Parlamentarier, sondern auch viele Menschen draußen. Da spreche ich die Vereine, die Verbände, die Ehrenamtlichen an, egal, in welchem Bereich sie sich engagieren. Na-

türlich denken wir aktuell insbesondere an diejenigen, die sich bewundernswert um Flüchtlinge kümmern. Ich bin unglaublich dankbar dafür, dass Bayern wiederum ein sehr menschliches Gesicht zeigt. Viele Menschen gehen weit über das hinaus, was sie eigentlich leisten müssten. Ganz toll! Sie tun das Ganze nicht, weil man es halt machen muss, sondern sie tun es aus vollem Herzen. Die Menschen, die zu uns kommen, spüren das. Wir leisten damit auch einen Beitrag, ihr Leid zu lindern. Stellen Sie sich vor, wir wären in der umgekehrten Situation! Da kann ich nur aus vollstem Herzen Danke sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident – –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich habe meine Rede noch nicht beendet; ich habe noch 29 Sekunden.

(Heiterkeit)

Ich denke beim Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt auch an die Vereine im Sport und in der Kultur, die in der Corona-Pandemie viel entbehren mussten. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir diese Vereine besonders fördern, besonders unterstützen. Ich glaube, ich kann für das ganze Haus sprechen, wenn ich sage: Wir stehen zu unseren Ehrenamtlichen, zu unseren Vereinen, zu unseren Verbänden. Sie sind die Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Die Grundlage für gute Staatsfinanzen ist dieser Haushalt. Deswegen werden wir, die Regierungsfraktionen, dem zustimmen. Wir hoffen, dass sich die Oppositionsfraktionen durchringen können, das Gleiche zu tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Pohl. Sie sind trotzdem noch nicht am Ende, sondern es gibt Nachfragen. – Herr Abgeordneter Winhart ist der erste mit einer Zwischenbemerkung. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Pohl, ich kann Ihre rhetorischen Ausrutscher nicht stehen lassen. Das, was Sie uns alles unterstellt haben, will ich auch gar nicht wiederholen. Ich sagen Ihnen aber eines: 292 der 897 Änderungsanträge stammten von der AfD. Diese können doch nicht alle "ideologiegetränkt" sein, wie Sie es uns vorwerfen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Ja, es ist gut ein Drittel, meine Damen und Herren. Sie hätten ein bisschen mehr machen können.

Sie sprachen davon, dass die Kernkraft wiederkommen müsse. Das hat Ihnen jüngst auch Herr Söder ins Stammbuch geschrieben. Dazu haben wir hier in letzter Zeit 21 Anträge eingebracht. Sie haben alle abgelehnt! – Wir hatten 10 weitere Anträge zum Thema Energie- und Spritpreise. Auch diese sind von Ihnen alle abgelehnt worden.

Wir hatten zahlreiche Anträge zum Bereich Pflege und Gesundheit eingebracht; gestern habe ich dazu vorgetragen. Alle abgelehnt! – Wir hatten viele Anträge zu den Themen Wohnen, Bau und Verkehr. Denn viele Menschen in Bayern finden hier keinen Wohnraum mehr. Alles von Ihnen abgelehnt! – Wir hatten Anträge im Bereich Soziales und Arbeit, beispielsweise zur Schwangerenkonfliktberatung. Auch von Ihnen abgelehnt, obwohl Sie sich als "bürgerlich" bezeichnen!

Jetzt sage ich ganz offen und ehrlich: Das kann doch nicht alles ideologiegetränkt gewesen sein, sodass man alles hätte ablehnen müssen. Sie haben sich ja noch nicht einmal zu einer Enthaltung durchringen können. Werfen Sie uns bitte nicht vor, dass

alle unsere 292 Änderungsantrage – von 897; das entspricht einem Drittel aller Haushaltsanträge – ideologiegetränkt seien.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Abgeordneter Winhart. – Herr Pohl, Sie haben jetzt die Chance zur Antwort. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn Sie mich kennen würden, dann wüssten Sie, dass ich mich selten zu einer Enthaltung durchringen muss.

(Zurufe von der AfD)

Ansonsten empfehle ich Ihnen, Herr Kollege – –

(Unruhe bei der AfD)

– Jetzt hören Sie einmal zu.

Herr Kollege Winhart, ich empfehle Ihnen: Hören Sie sich daheim in Ruhe meine Rede an. Dann werden Sie sehen, dass Ihre Frage mit dem, was ich hier gesagt habe, nichts zu tun hatte. Ich habe zum Beispiel zur Kernkraft kein Wort gesagt.

Ein Letztes: Klasse ist nicht gleich Masse!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Es geht weiter mit Fragen. Frau Abgeordnete Köhler hat die nächste Frage. Bitte.

Claudia Köhler (GRÜNE): Lieber Herr Pohl, Sie haben behauptet, ich als Unterhachingerin hätte kein Interesse am Gründerzentrum Glas. Wir haben zugestimmt. Ich finde es sehr unlauter, dass Sie es dann hier anders dargestellt haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Pfui!)

Sie haben mehrmals kritisiert, dass wir sinnvollen Anträgen von Ihnen zustimmten. Übrigens stünde es auch Ihnen gut an, sinnvollen Anträgen der Opposition zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was vor Ort sinnvoll ist, muss man doch nicht ablehnen. Aber uns ist es wichtig, dass es allen Kommunen zugutekommt, das heißt, dass Sie für alle Vereine und Museen ein Programm auflegen und nicht nur für Ihre Lieblinge.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Frau Köhler. – Herr Pohl, Sie haben die Chance der Erwiderung.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich will sehr sachlich darauf antworten, Frau Kollegin Köhler. Ich habe gesagt, dass Sie als Unterhachingerin vielleicht nicht unbedingt den Zugang zu den Themen des ländlichen Raums haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich habe Sie dafür kritisiert, dass Sie versucht haben, die Anträge der Regierungsfraktionen lächerlich zu machen. Ich habe aber auch gesagt, dass Sie den meisten unserer Anträge zugestimmt haben; deswegen können sie so schlecht nicht gewesen sein.

Ich schließe mit dem, womit ich angefangen habe: Frau Kollegin Köhler, es wäre durchaus angenehm, wenn Sie zu der vernünftigen Basis der Diskussion, wie wir sie im Ausschuss hatten, zurückkehrten und nicht bloß deshalb, weil wir hier im Plenum sitzen, ein Pseudofeuerwerk abbrennen würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Weitere Fragen liegen nicht vor. Damit darf ich den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Abgeordnete Ulrich Singer von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Man erlebt es nicht oft und nicht alle Tage, dass ein verfassungswidriger Haushalt vorgestellt wird und dann auch noch beschlossen werden soll.

Auf der einen Seite sind wir, insbesondere die AfD-Fraktion, von einer völlig inakzeptablen Einmischung seitens der Staatsregierung betroffen, die sich in einer unerhörten Art und Weise in das Budgetrecht des Parlaments eingemischt hat; denn die Regierung hat grob gegen das Neutralitätsgebot verstoßen. Bei den Beratungen im Haushaltsausschuss wurden unzulässige einseitige und rechtswidrige Ausführungen gemacht. Es wurden Anweisungen und Empfehlungen erteilt, um auf eine Ablehnung insbesondere auch unserer gut begründeten Anträge hinzuwirken. Herr Kollege Pohl, es wundert dann nicht, dass auch die besten unserer Anträge abgelehnt wurden, wenn vorher ein solcher Hinweis der Staatsregierung ergangen ist.

(Lachen – Zuruf)

– Stellen Sie nachher eine Zwischenfrage, Herr Kollege, und lassen Sie mich mal ausführen.

Auf der anderen Seite steht die offensichtliche Nichtbeachtung der Schuldenbremse. Der ORH stellte am Dienstag seinen Bericht vor. Darin kommt die Staatsregierung, ich sage es mal gelinde, nicht wirklich rühmlich weg; denn der ORH kritisiert unter anderem die Höhe der benötigten Neuverschuldung. Ferner hält er es für fraglich, ob die Hightech Agenda Plus sowie das Corona-Investitionsprogramm den Voraussetzungen einer zulässigen Kreditfinanzierung überhaupt noch genügen. Daher fordert er, genau zu begründen, wie sich diese Investitionen und Maßnahmen zur Überwindung der

Notlage überhaupt eignen. Vor dem Hintergrund, dass der Freistaat Bayern im Jahr 2021 insgesamt sogar 5,1 Milliarden Euro mehr an Steuern eingenommen hat, als im Haushaltsgesetz 2021 erwartet wurde, wird dringend eine Reduzierung des 20 Milliarden Euro schweren Kreditrahmens empfohlen.

Wir haben es bei diesem Haushalt auch mit einer Zweckentfremdung in großem Stil zu tun, und zwar betreffend erhebliche Mittel unter anderem für die sogenannten grünen Innovationen. Diese Kreditermächtigungen wurden ursprünglich zur Abmilderung der Folgen Ihrer unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen bewilligt und sollen nun still und heimlich für andere Zwecke eingesetzt werden. Das verstößt ganz klar gegen die Schuldenbremse nach Artikel 82 der Bayerischen Verfassung, aber auch nach Artikel 109 des Grundgesetzes.

Ausnahmen von der Schuldenbremse gelten zum Beispiel für Naturkatastrophen, geschätzte Kollegen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen. Diese Voraussetzungen sind ganz offensichtlich nicht erfüllt. Corona wurde doch überhaupt erst durch die autoritären und überzogenen Maßnahmen der Staatsregierung zu einer echten Katastrophe für Bayern. Ein vernünftiger Umgang mit Corona hätte uns die überbordenden Schulden erspart.

Auch der Klimawandel – oder wofür Sie das Geld nun sonst noch zweckentfremden wollen – stellt eben keine Notlage im Sinne unserer Regeln dar.

(Beifall bei der AfD)

Sie dürfen auf diese Weise die Schuldenbremse nicht umgehen. Das Klima, geschätzte Kollegen, hat sich schon immer in der Weltgeschichte gewandelt. Hierbei handelt es sich nicht um eine Naturkatastrophe, die plötzlich und einmalig auftritt und die erhebliche, unmittelbare und schwere Folgen für den Freistaat Bayern hat. Das ist ein Wandlungsprozess, der über viele Jahre andauert und dem wir uns über viele Jahre auch anpassen müssen.

Sie meinen mit diesem neuen Konzept ganz einfach eine Umfirmierung der Corona-Mittel, die Sie jetzt in einen ganz anderen Bereich verschieben und zweckentfremden wollen. Ich sage Ihnen noch einmal ganz klar: Das ist verfassungswidrig.

(Beifall bei der AfD)

Von sozialer Gerechtigkeit braucht man in Bayern unterdessen gar nicht mehr zu reden, geschätzte Kollegen. Sie von der CSU, von den FREIEN WÄHLERN haben gemeinsam mit den Steigbügelhaltern von den GRÜNEN, von der SPD, aber auch von der FDP in Bayern so viele Schulden gemacht, dass noch die kommenden Generationen darunter leiden werden. Sie haben Bayern heruntergewirtschaftet.

Herr Kollege Zellmeier von der CSU-Fraktion, Sie haben das tolle Treffen in Elmau angesprochen. Ganze 188 Millionen Euro sind für den G7-Gipfel in Bayern eingeplant, und zwar nur für die Sicherheitsmaßnahmen. Für 72 Stunden 188 Millionen Euro, das sind 43.518 Euro pro Minute bzw. 725 Euro pro Sekunde. Diese Kosten müssen natürlich auf den Bund abgewälzt werden, Herr Kollege Zellmeier. Aber so ist es eben nicht. Momentan müssen wir das aus unserer Kasse tragen.

Herr Kollege Pohl von den FREIEN WÄHLERN, Sie haben die Inflation angesprochen: 7,3 % – das ist nur die Spitze des Eisberges. Die Bürger Bayerns wissen inzwischen kaum noch, wie sie ihre Gas- und Stromrechnungen bezahlen sollen. Da gibt es im Einzelfall Erhöhungen von über 100 %. Während sich die Politelite der Welt auf Kosten des bayerischen Steuerzahlers zum Sektempfang und zu Häppchen trifft, weiß der bayerische Bürger nicht mehr, wie er seine Wohnung heizen soll.

(Beifall bei der AfD)

Gleichzeitig müssen Rentner, die dieses Land aufbauten und für den Wohlstand hier sorgten, nun im Alter an den Tafeln Schlange stehen, weil sie sich nicht einmal mehr die Grundnahrungsmittel leisten können. Diese Art von Umverteilung der CSU ist sozialistisch, aber nicht mehr sozial. Jeder Volksvertreter in diesem Haus, der die Beden-

ken des Obersten Rechnungshofs in den Wind schlägt und dieser Schuldenorgie auch noch zustimmt, sollte sich vielleicht einmal überlegen, wen er hier noch vertritt. Das Volk ist es bestimmt nicht mehr.

Geschätzte Kollegen, dieser Haushalt ist verfassungswidrig. Wir lehnen ihn ab und werden auch dagegen klagen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Singer. – Damit darf ich den nächsten Redner aufrufen. Das ist Herr Abgeordneter Harald Güller von der SPD-Fraktion. Herr Abgeordneter Güller, bitte schön.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Herr Minister, Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu den Themen Allgemeine Finanzverwaltung, kommunaler Finanzausgleich und Haushaltsgesetz komme, darf ich mich dem Dank anschließen, den die Kollegen der demokratischen Fraktionen bereits ausgesprochen haben, an die Verwaltung in diesem Hause, an die Kolleginnen und Kollegen in den Fraktionen und in den Fraktionsgeschäftsstellen, aber auch in den Ministerien, die uns immer zur Verfügung gestanden haben, wenn wir Rückfragen hatten. Herzlichen Dank! Ohne diese Unterstützung wäre die Mammutaufgabe der Aufstellung des Haushalts mit – es ist schon mehrfach gesagt worden – über 900 Anträgen in dieser Zeit nicht gelungen. Herzlichen Dank an dieser Stelle!

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Allgemeine Finanzverwaltung: Ich möchte für die SPD-Fraktion den Haushalt des Einzelplans 13 nicht in Grund und Boden verteufeln, nein. Natürlich haben Sie einen Haushalt aufgestellt, in dem auch starke Investitionsanreize enthalten sind. Sie haben einen Haushalt aufgestellt, in dem in vielen Bereichen Geld verteilt wird. Es ist unsere Aufgabe als Haushaltsgesetzgeber, zu entscheiden, wo Geld aus dem Staatshaushalt notwendig ist.

Die Fehler an dieser Stelle liegen darin, dass wir ganz klar der Auffassung sind, dass Sie sich nicht auf die wichtigen Felder der Investitionen konzentrieren. Wir sagen: Dieser Haushalt muss sich auf die Themen bezahlbarer Wohnraum, Mobilität, Klimaschutz und Investitionen in Bildung und Gesundheit konzentrieren. Hierzu haben wir unsere Anträge gestellt, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schon mehrfach gesagt worden: Sie schöpfen aus den 20 Milliarden Euro, die wir holterdiepolter in zwei Nachtragshaushalten innerhalb von wenigen Wochen im Jahr 2020 zu beschließen hatten. Ich sage ganz klar: Wir als SPD-Fraktion haben den ersten 10 Milliarden Euro am Beginn der Corona-Pandemie zugestimmt, weil sie dringend notwendig waren und an dieser Stelle nicht an jedem Millimeter bereits erkennbar war, wofür das Geld im Einzelnen auszugeben ist.

Nicht so ist es bei den zweiten 10 Milliarden Euro. Die zweiten 10 Milliarden Euro mussten auch wieder in wenigen Wochen beschlossen werden, weil es für sie so wichtig war, dass man die Staatsregierung in einer Blackbox ermächtigt, das Geld auszugeben. Sie haben noch als kleines Zuckerl dazugegeben: Der Haushaltsausschuss wird darüber informiert und soll dann auch noch einen Beschluss fassen. – Das war falsch, Kolleginnen und Kollegen. Von diesen 20 Milliarden Euro ist noch nicht einmal heute alles ausgegeben. Auch bis zum Ende dieses Jahres wird, wenn es nach den jetzigen Planungen des Haushaltsgesetzes geht, nicht alles ausgegeben sein. Eine solche Blackbox dem Parlament vorzulegen und von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN zu beschließen, war falsch und ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Auffassung, dass solche Beschlüsse dem Parlament gebühren. Wenn weitere Ausgaben zum Beispiel aufgrund des Ukraine-Krieges notwendig sind, dann beschließen wir darüber. Wir beschließen, aber wir geben an dieser Stelle keine Freifahrtscheine an die Staatsregierung.Wahrheit und Klarheit kommen an dieser Stelle zu

kurz. Wir als SPD haben im Einzelplan 13, zusätzlich zu den Einzelhaushalten, kraftvolle Schwerpunkte bei der sozialen Infrastruktur, beim Kita-Ausbau, beim Ausbau der gesundheitlichen Infrastruktur und bei der soliden Förderung für Krankenhäuser gesetzt. Diese Schwerpunkte sind nach unser aller Meinung notwendig. Aber Sie sind nicht bereit dazu, diese Investitionsmittel einzustellen.

Wir wollen das 10.000-Häuser-Programm zur Förderung der Wärmewende im Freistaat. Das Thema kommt zweifellos in jeder zweiten Rede Ihres Ministerpräsidenten vor: Wir müssen mehr tun. Wir tun da mehr. – Werden aber konkrete Maßnahmen beantragt, dann lehnen Sie diese im Haushalt ab.

Ich hätte das Thema Sportvereine nicht an dieser Stelle erwähnt. Herr Kollege Pohl, wenn Sie sich aber hier hinstellen, das tolle Ehrenamt loben und behaupten, dass man die Sportvereine unterstützt, man aber gleichzeitig weiß, dass die FREIEN WÄHLER in trauter Einsamkeit –

(Zuruf: Einigkeit!)

– danke schön, Herr Kollege –, also in trauter Einigkeit mit der CSU unseren Antrag auf eine Verdoppelung der Vereinspauschale auf 20 Millionen Euro auch in diesem Jahr abgelehnt haben, dann hat das schon einen faden Beigeschmack.

Sie sprechen auch immer von "wir und die Wirtschaft". Aber Sie haben einen Antrag auf Förderung der Berufsbildungszentren des Handwerks abgelehnt, obwohl das bayerische Handwerk Sie dringend um diese Förderung gebeten hat. Trotzdem versuchen Sie immer noch, sich die Wirtschaftsförderung ans Revers zu heften. Das finde ich traurig.

Lassen Sie mich noch einmal zum Thema Fraktionsreserve kommen. Da ist schon etwas grandios danebengegangen. Die SPD hat noch nie kritisiert, dass es Fraktionsanträge der Koalitionspartner gibt. Wir haben nicht kritisiert, dass das Parlament in einem Haushaltsgesetz noch zusätzliche eigene Schwerpunkte setzt. Wir kritisieren

aber, wie diese Schwerpunkte ausgewählt werden und wie dieses Parlament, konkret die FREIEN WÄHLER und die CSU, inzwischen mit dem Haushaltsgesetz umgehen. Wir sind zwar nicht gegen eine einzelne Maßnahme, aber wir müssen uns als Haushaltsgesetzgeber schon einmal fragen, ob es richtig ist, einen einzelnen Antrag dafür zu stellen, dass der Schleppjagdverein Frankenmeute e. V. 10.000 Euro aus einem 71 Milliarden Euro schweren Haushalt bekommt. Vielleicht wäre es auch eine Initiative gewesen, die die Abgeordneten vor Ort mit dem Ministerium hätten abklären können. Wir müssen uns fragen, ob die Lama-Therapie für ein einziges Hospiz in ganz Bayern – eine tolle Geschichte – für 15.000 Euro mit einem Einzelantrag auf den Weg zu bringen ist.

Wir müssen uns fragen, ob das noch die Aufgaben des Haushaltsgesetzgebers sind oder ob wir uns an diesen Stellen als Abgeordnete verzwergen. Diese Anträge kommen, wenn ich das richtig sehe, hauptsächlich aus der Richtung der FREIEN WÄHLER. Sie machen das nur für eine billige und kurze Presseerklärung vor Ort. So sollte man nicht miteinander umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will ausdrücklich betonen, dass es auch sinnvolle Anträge gibt. Natürlich sind die Unterstützung hörbehinderter Menschen mit 1,3 Millionen Euro oder die Unterstützung von "Pflege im sozialen Nahraum" mit zusätzlichen 1,6 Millionen Euro richtige Initiativen, und es steht einer Fraktion gut an, derartige Anträge einzubringen. Noch ehrlicher wäre es gewesen, wenn man unseren Anträgen, die wir im zuständigen Haushaltsausschuss gestellt haben, zugestimmt hätte und diese nicht abgelehnt hätte. Wenn die geforderten Summen höher gewesen wären als in den Anträgen der Regierungsfraktionen, dann hätte man sich auf eine gemeinsame Höhe einigen können. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Wir sind aber nicht gegen diese Fraktionsanträge. Wir stellen auch Anträge in den einzelnen Bereichen. Wir sind aber dagegen, dass Mittel nur nach Gutsherrenmanier an

einzelne Lieblingsprojekte von Abgeordneten vergeben werden. Das sollte nicht sein, und das schadet uns Abgeordneten insgesamt. Es schadet uns nicht, für Projekte einzutreten, aber sie auf diesem Weg durch den Haushalt zu schießen, schadet uns, Kolleginnen und Kollegen.

Nun komme ich zum Thema Finanzausgleichsgesetz. Beim kommunalen Finanzausgleich haben wir als SPD einen etwas anderen Anspruch. Wir stellen uns vor, den Kommunen insgesamt mehr freie Mittel zu gewähren, sie vom goldenen Zügel zu befreien und weniger einzelne Förderprojekte aufzusetzen. Als SPD-Abgeordneter nehme ich aber auch zur Kenntnis, dass die kommunalen Spitzenverbände in den letzten Jahren einen anderen Weg gegangen sind. Sie machen Verhandlungen mit der Staatsregierung, schlucken dann die eine oder andere Kröte und gehen raus. Wenn Sie am Ende ein paar Millionen Euro mehr bekommen haben, sind Sie zufrieden. Dem stehen wir nicht im Weg. Deswegen werden wir dem FAG zustimmen, auch wenn wir für die Kommunen mehr wollten, als die Spitzenverbände ausgehandelt haben.

Nun komme ich zum Haushaltsgesetz: Zunächst einmal ein Dankeschön dafür, dass es die pauschale Stellensperre nach Jahren endlich nicht mehr gibt. Wie viel haben der Kollege Halbleib und ich an diesem Rednerpult schon gegen dieses Thema gesagt! Wir haben immer wieder betont, welcher Unsinn das ist. Wie sind wir über die Jahre abgebürstet worden! Jetzt plötzlich findet sich Artikel 6b nicht mehr im Haushaltsgesetz. Danke, dass Sie das endlich, vielleicht ein halbes Jahrzehnt zu spät, eingesehen haben. Herr Kollege Pohl, lehnen Sie unsere Anträge nicht immer ab und sagen Sie nicht, ja, vielleicht kommen wir irgendwann noch auf den richtigen Weg. Stimmen Sie den Anträgen doch gleich in dem Jahr zu, in dem wir sie zum ersten Mal stellen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben diese Möglichkeit der Zustimmung noch bei der pauschalen Wiederbesetzungssperre. Diese war immer Unsinn, und diese bleibt immer Unsinn. Man muss sich

konkret anschauen, welche Stellen für drei Monate gesperrt werden sollen und welche nicht. Man muss sich konkret anschauen, wo es Sinn macht, die Wiederbesetzungssperre aufzuheben und sogar eine überlappende Besetzung zu machen. Es soll kein Wissen verloren gehen, damit sich Exzellenz weiter fortsetzen kann. Nein, das wurde wieder abgelehnt. Die Streichung der Wiederbesetzungssperre ist unser Antrag.

Nun zum Thema der Ballungsraumzulage: Wie wird es uns gelingen, in Zukunft genügend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beispielsweise für den Großraum München zu bekommen, wenn wir die Ballungsraumzulage nicht erhöhen? Wir fordern sogar, diese zu verdoppeln. Wie wird es uns gelingen, für die verschiedenen Bereiche im öffentlichen Dienst – ich meine unter anderem den IT-Bereich – in den nächsten Jahren genügend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, wenn wir keine Stellenhebungen machen? Sie lehnen diese Anträge, die wir zum Haushaltsgesetz gestellt haben, ab.

Zur erst gestern eingebrachten Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes sage ich an dieser Stelle nichts. Ich habe Verständnis dafür, dass man ein sogenanntes "Busgesetzgebungsverfahren" auf den Weg bringt, wenn etwas ganz dringend zu ändern ist. Mir erschließt sich jedoch nicht, was bei der Wildfolge durch anerkannte Nachsuchengespanne von gestern auf heute zu ändern ist. Hier wäre ein ordentliches Verfahren notwendig gewesen. Man hätte uns nicht über Nacht eine Änderung aufdrücken sollen.

Zusammengefasst: Wer sich trotz der guten finanziellen Voraussetzungen, die es in Bayern zweifellos für die Aufstellung des Staatshaushaltes gibt – trotz Corona-Krise, trotz Ukraine-Krieg und der noch lauernden finanziellen Risiken für den Freistaat – bei den Weichenstellungen für ein starkes Bayern mit Mittelmaß zufriedengibt, wie Sie das tun, der kann und wird diesem Haushalt heute ohne Probleme zustimmen. Die CSU und die FREIEN WÄHLER werden das tun.

Wir als SPD werden das nicht tun.Wir wollen mehr für Bayern. Dieser Haushalt kann mehr als der vorgelegte Haushaltsentwurf. Wir wollen Wohnungsbau für alle. Wir wollen Wohnungsbau für Studierende und Auszubildende. Wir wollen mehr Wohnungsbau für Staatsbedienstete. Wir wollen mehr Klimaschutz. Wir wollen mehr ÖPNV- und SPNV-Unterstützung in diesem Haushalt. Wir wollen mehr für Kitas, Schulen, Krankenhäuser, das allgemeine Gesundheitswesen und für die Pflege tun. Wir wollen, dass dieser Haushalt zu einem starken sozialen Haushalt wird, der ermöglicht, soziale Politik für die Menschen in Bayern, für eine gute Zukunft in Bayern zu machen. Sie hätten in den vergangenen Wochen die Möglichkeit gehabt, entsprechenden Anträgen der SPD, aber auch anderer Oppositionsparteien zuzustimmen; Sie haben diese Chance vergeben. Deswegen tragen Sie den Haushalt auch alleine, Kolleginnen und Kollegen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Es gibt eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Pohl, bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lieber Harald Güller, wir tragen ihn gerne. Eine erste Bemerkung zum Wegfall von Artikel 6b und dazu, warum wir dem nicht zugestimmt hätten. Nach meiner Erinnerung waren wir in der Opposition, als ihr diese Anträge gestellt habt, und haben selbstverständlich mitgestimmt; das nur einmal zur Historie.

(Zuruf)

Zweiter Punkt: Du stellst darauf ab, dass ihr für die Kommunen mehr tut. Warum tut dann die SPD-geführte Regierung im Bund nichts für die Kommunen und erstattet die anderen 50 % der Gewerbesteuer nicht? Das wäre jetzt durchaus eine gute Maßnahme.

Dritter Punkt, der den Sport betrifft: Im letzten Jahr haben wir doch gemeinsam die Verdoppelung der Vereinspauschale beschlossen. Wir haben in der Corona-Pandemie sehr viel für die Sportvereine getan; das sollte man an dieser Stelle auch einmal aner-

kennen, auch wenn es in diesem Haushalt bei der Verdopplung der Vereinspauschale einen Dissens gab.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Harald Güller (SPD): Zum erstem Punkt: Mir ist unbekannt, dass die FREIEN WÄHLER 2019, 2020 und 2021 noch in der Opposition waren; damals hat die SPD Anträge zu Artikel 6b gestellt, und Sie haben dagegen gestimmt.

Zum zweiten Punkt: Wer ein kleines bisschen seriös ist, stellt fest, dass dazu eine Grundgesetzänderung notwendig gewesen wäre. Zu dieser Grundgesetzänderung war unter anderem die CDU in Berlin nicht bereit, sodass eine Zweidrittelmehrheit nicht zustande gekommen ist.

Zum dritten Punkt: Auf 20 Millionen Euro für die Vereine hätten wir uns nach dem Motto des letzten Jahres gerne einigen können. Für manche war das ein humoristischer Beitrag; ihr wolltet gerade den Antrag der SPD ablehnen, um dann sofort einen eigenen zu stellen, habt dann aber doch festgestellt, sofern wir bereit seien, FREIE WÄHLER und CSU im Antrag aufzunehmen, würdet ihr dieser Verdoppelung zustimmen. – Gut, das haben wir gemacht. Den Vereinen hat es genutzt. Wir sagen: Auch dieses Jahr würde es ihnen nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Güller. Weitere Meldungen zu Interventionen liegen mir nicht vor. – Damit komme ich zum nächsten Redner. Es ist Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion. Herr Abgeordneter Kaltenhauser, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von mir erst einmal der Dank für die Arbeit im Ausschuss und die Ausschussbetreuung, auch an das Ministerium. Eine solche Anzahl von Änderungsanträgen ist neuer Rekord gewesen. Ich bin dankbar, dass das gut aufbereitet war. Ich finde

es allerdings ein bisschen lästig, dass dann teilweise im Verfahren Anträge kommen, bei denen man wirklich nicht erkennen kann, warum sie nicht ein paar Wochen früher eingereicht wurden. Sie halten einfach das ganze Verfahren ziemlich auf; auch heute hatten wir davon ein oder zwei Stück.

Erst einmal zu ein paar grundsätzlichen Sachen. Die Politik der Staatsregierung ist in letzter Zeit stark davon geprägt, dass immer die Ampel in Berlin schuld ist. Es geht eigentlich kein Tag vorbei, an dem der Ministerpräsident nicht die Weisheit nach Berlin schickt; ich weiß nicht, was er sich davon verspricht. Er hat doch immer gesagt, sein Platz sei in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Das hat er immer behauptet. Seine Parteifreunde in der CDU haben das im Übrigen genauso gesehen.

(Heiterkeit – Beifall)

Die CSU ist aber eine bayerische Partei und hat hier in Bayern genug Aufgaben. Ich betone das vor allem wegen des Berichts des ORH so stark. Dort sind schon einige Dinge enthalten, die richtige Ohrfeigen sind. Sie zeigen, dass wir hier einige Baustellen haben, die zu bearbeiten sind. Am meisten hat mich gestern die Aussage geärgert – ich weiß nicht mehr, von wem sie kam; es ging um die Diskussion des Haushalts für Wohnen, Bau und Verkehr –, wonach der ORH keine Ahnung von der Sache habe und sich auf die Zahlen konzentrieren solle. Gleichzeitig gibt es eine schöne Pressemitteilung der Bayerischen Staatsregierung mit dem Titel "Oberster Rechnungshof bestätigt geordnete Haushaltsführung des Freistaats für 2020". – Es ist eine Meldung wert, dass man sich an die Vorschriften hält.

Ich möchte noch einmal kurz erläutern, was das heißt: Ein Wirtschaftsprüfer – und letztlich ist der ORH ein Wirtschaftsprüfer – prüft und stellt fest, ob alles sauber gebucht, eingeordnet usw. ist. Das ist der erste Teil. Von jedem normalen Wirtschaftsprü-

fer erwartet man, dass er das bestätigt, und dann ist es gut. Das ist eigentlich keine Meldung wert. In der freien Wirtschaft gibt es dann in der Regel einen sogenannten Management Letter, in dem noch ansonsten Bemerktes steht, was nicht unbedingt ein Verstoß gegen Haushaltsregeln ist, man aber trotzdem bemerkt hat. Ich muss sagen: Da hält sich der ORH ziemlich zurück; er konzentriert sich allein auf die beschlossenen bzw. angekündigten Dinge und vergleicht und kommentiert diese. Das macht er ziemlich gut. Wir können wirklich stolz darauf sein, was dort passiert. Das sozusagen zu kritisieren und noch zu sagen, er solle sich da zurückhalten, finde ich ziemlich daneben.

Die Staatsregierung arbeitet sich, wie gesagt, fleißig an der Ampel ab. Es gibt davon noch ein paar Steigerungsformen. Die Staatsregierung und der Ministerpräsident Söder haben Versprechungen gemacht, die Gemeinden mit einer Milliarde Euro zu unterstützen. Kurz danach habe ich gehört, dass man diese Milliarde bitte von Berlin haben wolle. Man kann darüber diskutieren. Sich aber erst dafür feiern zu lassen, dass man die Gemeinden unterstützt, und dann zu sagen, das Geld dafür müsse einem jemand anderes geben, finde ich auch eine interessante Vorgehensweise.

Wie gesagt, es gibt eine ganze Menge offener Baustellen. Ich will nicht alle, sondern vielleicht nur ein paar Punkte ansprechen, die teilweise in den letzten Tagen schon diskutiert wurden. Bei BayernHeim ist viel angekündigt worden, aber wenig passiert. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist zumindest einmal sehr stark verschleppt worden. Das Landespflegegeld ist nach wie vor teuer und viel zu wenig zielgerichtet. Beim Kita-Ausbau werden Eltern beschenkt, statt genügend Plätze zu schaffen. Wenn man in der Gemeinde und in den Kommunen unterwegs ist, weiß man, was das im Moment bedeutet. Es gibt einen richtigen Run auf Kita-, Kindergarten- und Kinderkrippenplätze.

Bei den wachsenden Pensionslasten versuche ich seit Jahren, die tatsächlichen Pensionslasten herauszukriegen; heute Morgen habe ich das einmal am Rande angesprochen. Ich werde dann immer mit einem freundlichen Lächeln und einer Nicht-Auskunft

bedient. Ich möchte nach wie vor die Zahlen wissen; als Unternehmen müsste man wissen, wie viel man zurückstellen müsste, damit man wirklich alle anstehenden Pensionslasten bayerischer Beamter abdecken könnte. Das sind Verpflichtungen. In anderen Ländern wie beispielsweise in Hessen gibt es eine doppelte Buchführung; dort wird das tatsächlich ausgerechnet. Das sind aberwitzige Beträge, und ich bin mir sicher, dass Bayern noch darüber liegt. Warum bitte kann man dies nicht ermitteln und nicht auch einmal offen zur Schau stellen?

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer Punkt ist der Trassenausbau von Nord nach Süd. Das haben wir gestern oder vorgestern auch schon einmal diskutiert. Das neueste Highlight sind Kulturbauten mit internationaler Strahlkraft; ich will gar nicht darüber diskutieren, ob das richtig oder falsch ist. Ich weiß nur, dass man ursprünglich im Haushaltsausschuss die Vorstellung von 370 Millionen Euro hatte. Ich kann mich erinnern, dass der Kollege Weidenbusch damals von über 650 Millionen Euro gesprochen hat. Ich habe spaßeshalber gesagt, unter einer Milliarde Euro gehe man nicht raus. Jetzt wird anscheinend die Milliarde diskutiert. Ich frage mich also schon, was man da eigentlich macht. Aber man hat 650.000 Grußkarten verschickt.

Einmal genauer zum Einzelplan 13: Ich halte ihn für ziemlich ambitionslos; Kollegin Köhler hat es ein bisschen anders formuliert. Erst einmal wird der volle Kreditrahmen der beschlossenen 20 Milliarden Euro ausgeschöpft. – Herr Füracker, ich habe Ihre Aussage noch im Ohr, als wir damals die ersten 10 Milliarden Euro und dann noch einmal 10 Milliarden Euro beschlossen haben. Sie haben gesagt, das sei eine Obergrenze und jeder nicht gebrauchte Euro werde auch nicht genutzt. Jetzt wird jeder Euro genutzt, und zwar verteilt auf drei Jahre.

Wir haben sogar die Diskussion gehabt, ob es überhaupt eine Neuverschuldung ist. Das haben Sie am Anfang noch bestritten. Natürlich ist es buchhalterisch eine Neuverschuldung: um 5,8 Milliarden Euro, 8 % des Gesamthaushalts. Im Finanzplan steht

dann drin: Im Jahr 2022 ist eine neuerliche unvermeidbare Kreditermächtigung vorgesehen. "Unvermeidbar" – das hört sich nach "alternativlos" an. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das alternativlos ist. Wir haben selber über hundert konkrete Vorschläge gemacht. Möglich wäre vielleicht auch, stärker in die Rücklagen zu greifen. Da bin ich etwas anderer Auffassung. Das hatten wir schon einmal diskutiert.

Ich glaube trotzdem, dass man einen zu einfachen Weg nimmt und, statt bei den Ausgaben zu kürzen, lieber schaut, wie man möglicherweise noch mehr Geld besorgen kann. Herr Füracker, ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie da nicht selber Einsparpotenzial sehen. Das Einzige, was an Einsparpotenzial dasteht, ist diese globale Minderausgabe. Ich sage immer: Das ist "Luft aus dem Entwurf lassen". Aber mehr ist es nicht. Da ist kein einziger Euro eingespart. Maximal haben wir dadurch weniger Haushaltsreste, die wir in das nächste Jahr übertragen. Aber das ist kein Sparen. Die Frau Kollegin Köhler hat es schon gesagt: Es ist ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass wir da im Jahr 2023 noch ein bisschen was halten wollen.

Schuldenabbau: Schon jetzt ist absehbar, dass ab dem Jahr 2024 – zumindest sind die Regelungen im Moment so – die Handlungsspielräume erheblich eingeschränkt werden. Artikel 2a Absatz 2 und 3 des Haushaltsgesetzes verpflichtet uns dann, pro Jahr jeweils ein Zwanzigstel der Corona-Schulden abzubauen. Das sind ab 2024 415 Millionen Euro pro Jahr und ab 2025 weitere 585 Millionen Euro pro Jahr. Ab 2025 ist also eine Milliarde Euro pro Jahr einzusparen. Da bin ich echt gespannt, wie wir das hinbekommen. Das werden harte Zeiten für den Finanzminister, wer immer das dann sein wird. Alles, was wir jetzt aufnehmen, müssen wir zurückzahlen. Aber noch viel mehr leid tun mir die nachfolgenden Generationen, weil die es zurückzahlen müssen. Alles, was wir an Schulden produzieren, müssen die zurückzahlen und geht zu deren Lasten. Ich verstehe nicht, warum man da nicht ein bisschen stärker einspart. Nur ein paar Beispiele: Es gibt Förderprogramme mit Abrufquoten von unter 20 % über Jahre hinweg. Da kann man zumindest mal Luft rauslassen, unabhängig davon,

ob man Geld damit einspart. Jedenfalls wäre es ein Beitrag zur Wahrheit und Klarheit in jedem Haushaltsentwurf.

Die 60 Millionen Euro Fraktionsreserve sind angesprochen worden. Kollege Güller, ich bin dankbar für deine Formulierung. Es geht mir nicht um die Fraktionsreserve als solche. Natürlich ist es zulässig, noch Anträge zu stellen und zu sagen: An der einen oder anderen Stelle investiere ich. – Aber die Art der Anträge, insbesondere von den FREIEN WÄHLERN – Sie haben ein paar Beispiele genannt –, ist unmöglich. Das ist eindeutig nur noch eine Befriedigung der Wähler vor Ort im eigenen Wahlkreis, oder was immer damit angestrebt wird. Ich habe zugesagt: Wenn ich an der Stelle mal was zu sagen hätte, dann würde ich dafür sorgen, dass die Fraktionsreserve jedenfalls in dieser Form nicht bleibt. Ich finde das unmöglich.

(Beifall bei der FDP)

Über das Digitalministerium haben wir heute Morgen schon gesprochen. Noch mal kurz: Wenn ich vom Digitalministerium ausgehe – 118 Millionen Euro – und dann die Film- und Computerförderung und die 19 % für die Verwaltung – Beamte und Angestellte im Ministerium – rausrechne, dann kommen wir bei 60 Millionen Euro raus. Das ist genau der Betrag, den wir bei der Fraktionsreserve vertun. Das investieren wir in die Digitalisierung, zumindest in der jetzigen Konstruktion. Das finde ich auch "faszinierend".

Vielleicht noch ein paar Punkte im Einzelnen. Das bayerische Pflegegeld hatte ich vorher schon mal angesprochen: im Jahr 2022 769 Millionen Euro. Das ist eine Fehlkonstruktion. Die haben wir schon mehrfach kritisiert. Ich sage nicht, dass das nicht investiert werden muss. – Aber nicht so. Das muss zielgerichtet sein. Das muss dort ankommen, wo wir wirklich etwas bewirken wollen. In den Kita-Ausbau müsste Geld fließen. Wir verteilen das aber alles nach dem Gießkannenprinzip.

Die Personalausgabenquote liegt aktuell bei 37,4 % und steigt nächstes Jahr auf 38,6 % und laut Finanzplan in den Jahren darauf sogar auf über 40 %, also um 6 %

zwischen 2022 und 2023. Soll das so weitergehen? Wie wollen wir das bezahlen? Mal abgesehen von den Pensionen, meinem Lieblingssteckenpferd.

Die sächlichen Verwaltungsaufgaben steigen erheblich, um 14,5 % im Vergleich zum Vorjahr: um 900 Millionen Euro. Herr Finanzminister, das ist doch alles für unproduktive Zwecke, wenn ich das als Wirtschaftsunternehmen denken würde. Können wir da wirklich nichts machen? Können wir die Gelder wirklich nicht irgendwo sinnvoller und effizienter einsetzen?

Einen positiven Aspekt muss ich allerdings hervorheben: Die Investitionsquote steigt deutlich von 14,9 % auf 15,9 %, wobei man immer beachten muss: Investitionen, die vom Staat kommen, machen überhaupt nur ein Achtel der Investitionen aus. Wir können also noch viel mehr für Investitionen tun, wenn wir dafür sorgen, dass die Wirtschaft funktioniert. Das muss man auch mal sagen. Wir sollten nicht den Ansatz haben, dass wir als Staat wissen, wo wie viel Geld zu investieren ist. Wir können an der einen oder anderen Stelle anschieben, aber das war es auch.

Ganz zum Schluss noch zum Finanzausgleich. Wir haben eine Steigerung. Damit bin ich durchaus einverstanden. Ich habe schon immer gesagt, dass die Kommunen an der einen Stelle noch viel mehr Aufgaben übertragen bekommen, als sie an Einnahmesteigerungen haben. Ich finde die ganze Konstruktion des Finanzausgleichs ziemlich schwierig, weil er letztlich keine Steuerungsfunktion mehr hat. Aber das ist eine größere Baustelle, die wir da aufmachen müssen.

Es gab einmalige Mittel in Höhe von 400 Millionen Euro. Ich finde es durchaus in Ordnung, wenn man versucht, Einmaleffekte mit Einmalmitteln zu bekämpfen.

Insgesamt müssten wir eigentlich hergehen und die Gemeindefinanzierung überdenken, etwa von der Gewerbesteuer wegzugehen hin zu einer verlässlicheren Größe. Das ist eine Grundsatzdiskussion.

Insgesamt, lieber Herr Staatsminister, lassen Sie uns keine andere Wahl. Wir lehnen den Einzelplan 13 und das Haushaltsgesetz ab, aber dem Finanzausgleichsänderungsgesetz stimmen wir zu.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Kaltenhauser. – Damit kommen wir zum nächsten Redner. Es ist der Abgeordnete Ernst Weidenbusch. Herr Kollege, bitte schön.

Ernst Weidenbusch (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Wir sind dazu berufen, uns darum zu kümmern, dass es Bayern gut geht. Unser vornehmstes Recht im Parlament ist die Aufstellung des Haushalts, das Budgetrecht.

Schauen wir uns doch mal um: Den Menschen bei uns geht es doch ganz hervorragend. Wir haben eine Pandemie hinter uns, die die Menschen in diesem Land bewältigt haben, weil sie Entbehrungen auf sich genommen haben, weil sie Verbote akzeptiert haben und weil sie vernünftig geblieben sind. Wir haben eine Welle von Flüchtlingen aus einem völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine. Die betroffenen Menschen machen sich ganz überwiegend auf den Weg nach Deutschland und auf den Weg nach Bayern. Im Kern haben die doch alle recht, weil sie natürlich dort hingehen, wo sie erwarten können, dass man ihnen auch helfen kann.

Ich freue mich, dass die Menschen in Bayern mit großer Hilfsbereitschaft reagieren. Ich kann nur sagen: Bei mir daheim – lieber Bernhard, auch Landkreis München, nicht Unterhaching, der reiche Süden, sondern der noch reichere Osten – haben die Leute spontan erklärt: Wo Platz ist, nehmen wir Flüchtlinge aus der Ukraine auf. Bei mir haben die Beherbergungsbetriebe, die Gaststätten und die Hotels sofort gesagt: Die Leute brauchen auch etwas zum Essen, da liefern wir was. – Warum geht denn das? – Es geht doch nur, weil es uns in Bayern gut geht, weil es uns viel besser geht als den anderen Bundesländern. Wenn hier ständig von Verschuldung und von Belastun-

gen der zukünftigen Generationen gesprochen wird: Vergleichen Sie sich doch mal mit den Ländern, in denen Sie Regierungsverantwortung haben!

(Zuruf)

Dort sind diese Spielräume doch überhaupt nicht vorhanden. Das Land, das mit der niedrigsten Verschuldung die besten Voraussetzungen für die Zukunft geschaffen hat, ist Bayern. Das muss man doch realistisch sehen.

(Beifall bei der CSU)

Wo kann denn jemand in Deutschland auf höchstem Niveau studieren? Nennen Sie mir doch Universitäten, die mit der TU München konkurrieren können! – Keine einzige.Wer kann denn mit der LMU konkurrieren? Wer wird denn zukünftig mit der TU Nürnberg konkurrieren können? Wer kann mit Regensburg, wer mit Würzburg konkurrieren?

(Zuruf)

Wer kann – vielen Dank für den Zwischenruf, Kollege Waschler – mit Passau konkurrieren? – Ja, vielleicht Aachen, jedenfalls in Teilbereichen. Aber das war's doch! Und Sie stellen sich hier hin und tun so, als ob die jährlich wiederholte Stänkerei und Mäkelei zum Einzelplan 13 irgendeinen Sinn machen würde. Gehen Sie doch bitte mal raus und sagen Sie den Leuten, wie gut es uns wirklich geht!

Ich höre immer die Debatte zur Fraktionsreserve. Ich habe mir lange überlegt, wie ich Ihnen das deutlich mache: Wenn Sie zum Essen gehen, dann werden Sie sehen, dass auf jedem Tisch Salz und Pfeffer, Essig und Öl stehen, weil nicht jedem alles so schmeckt, wie es serviert wird. Derjenige, der das hingestellt hat, ist der Koch, ist der Restaurantbesitzer. Glauben Sie, dass er damit in Zweifel ziehen wollte, dass er gut kocht? – Die Staatsregierung serviert ein Eins-a-Menü. Das Parlament kriegt aber selbstverständlich die Möglichkeit, mit Salz und Pfeffer, mit Essig und Öl, mit Muskat-

nuss und Paprika dafür zu sorgen, dass es jedem Einzelnen schmeckt – im Bayerischen Wald genauso wie in Aschaffenburg, wie in Garmisch und wie in München.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

– Kollege Güller, wir beide sind doch lang genug dabei, dass wir wissen: Wer im Würzen noch nicht so viel Erfahrung hat, der probiert es halt erst einmal vorsichtig mit kleinen Prisen:

(Heiterkeit)

ein einzelnes Salzkorn da, ein Spritzer Essig dort.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie die Leute doch ein bisschen ausprobieren; die werden schon mutiger werden. Da wird schon mal richtig gepfeffert oder auch Paprika hineingetan werden; das dauert halt noch ein bisserl.

Ich wollte euch einfach mal erklären, wie so eine Fraktionsreserve funktioniert. Essen geht jeder; das versteht hoffentlich auch jeder.

(Zurufe)

Jetzt kommt mein Lieblingsthema; ist ja klar. Ihr werdet ja darauf gewartet haben: Wir haben uns im Ausschuss über die Gelegebehandlung unterhalten. Wir haben drei Jahre hintereinander dazu einen Versuch durchgeführt und jeweils 180.000 oder sogar ein paar mehr Euro dafür ausgegeben, einer überbordenden Wildgänsepopulation, die unserer Landwirtschaft sowohl durch Fraß- als auch durch Verkotungsschäden stark schadet, Herr zu werden. Es hat sich herausgestellt, dass man mit Gelegebehandlung einiges erreichen kann.

Gelegebehandlung ist im Bundesjagdgesetz als solche ausgeschlossen; es ist aber die Möglichkeit eröffnet, das landesgesetzlich zu korrigieren. Die Frau Kollegin Köhler

– ich habe das noch im Ohr – hat im Haushaltsausschuss gesagt: Ja, warum macht ihr denn da schon wieder so eine 180.000-Euro-Nachtragshaushaltsmaßnahme? Das gehört doch dauerhaft geregelt. – Wir haben uns mit dem Thema befasst und das Thema mit einem Änderungsantrag dauerhaft geregelt. Wir haben entsprechende Verordnungsermächtigungen geschaffen, damit die Staatsregierung mit einer Verordnung dort, wo es notwendig ist, sachgerecht auf den Einzelfall bezogen Gelegebehandlung erlauben kann, um die Wildgänsebestände zu reduzieren.

Unbestritten ist das ein tierschutzrelevanter Eingriff. Natürlich ist es ein Eingriff, wenn man die reguläre Fortpflanzung einer Wildart in dieser Art und Weise behindert, dass man hingeht und in den Nestern Teile des Geleges zerstört. CSU und FREIE WÄHLER haben deswegen nach einem Weg gesucht, an anderer Stelle, wo es etwas für den Tierschutz zu tun gibt, tätig zu werden.

Das ist die Wildfolge. Überall dort, wo Tiere über Reviergrenzen hinweg nachgesucht werden müssen, ist dem durch die bisherige gesetzliche Praxis ein Riegel vorgeschoben. Das führt zu unnötigem Tierleid. Wir haben deshalb, was auch alle anderen Flächenländer gemacht haben, eine entsprechende Regelung geschaffen – das ist der Antrag, der heute gekommen ist –, dass die Nachsuche für anerkannte Nachsucheführer auch in Bayern zulässig wird. Wir brauchen dazu natürlich eine andere Regelung zur Anerkennung eines Nachsucheführers. Wenn jemand nämlich mit der geladenen Waffe zum Nachbarn ins Revier gehen darf, dann kann das nicht ein Verband regeln; wir brauchen, damit das passieren kann, entsprechende Genehmigungen der Regierungen, die dafür als Mittlere Jagdbehörden zuständig sind. Ich denke, auch das ist richtig.

Wir schaffen auf diese Art und Weise Rechtssicherheit. Wir tun etwas für den Tierschutz, und wir tun auch etwas für die Menschen, die viel Zeit und Geld investieren, um ihre Hunde auszubilden, um selber fit zu bleiben und die ihr Leben aufs Spiel setzen, wenn sie im Unterholz herumkriechen – und das alles unentgeltlich und für die Allgemeinheit.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem hervorragenden Haushalt und zu unserem Änderungsantrag. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Weidenbusch. – Damit ist der nächste Redner an der Reihe: der Abgeordnete Tim Pargent von den GRÜNEN. Bitte schön, Herr Abgeordneter Pargent, Sie haben das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt ans Ende dieser Haushaltsberatungen. Ich muss da doch noch mal zwei, drei Sachen feststellen.

Erstens. In dieser Debatte wurde zuletzt ausgeführt, wir könnten von den 20 Milliarden Euro, die wir vor ziemlich genau zwei Jahren zur Verfügung gestellt haben, genau deshalb heute noch zehren, weil wir in den letzten zwei Jahren bei der Corona-Bekämpfung durch die Staatsregierung eine so große Ausgabendisziplin erlebt hätten. Bei aller Liebe: Es wurde viel gemacht, aber Ausgabendisziplin hat da sicher nicht geherrscht. Warum wir wirklich noch davon zehren können: weil wir im letzten Jahr unerwartet 5 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen hatten, keineswegs aber wegen der Ausgabendisziplin. – Ob Ausgabendisziplin in der Krise überhaupt angebracht gewesen wäre, darüber könnte man schon streiten. Ich höre heute aber wirklich zum ersten Mal, dass es an der Ausgabendisziplin gelegen hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Wir haben jetzt drei Tage lang Forderungen an die Ampel gehört. Ehrlicherweise konnte ich mir gar nicht alles merken; ich hätte eine Excel-Liste über das führen sollen, was Sie da im Minutentakt eingefordert haben, was von der Ampel alles kommen soll. Die Regierungsfraktionen und die Staatsregierung fordern aber gleichzeitig massive Steuersenkungen. Zu guter Letzt kritisieren Sie heute die massiven Schulden im Bund.

Ganz ehrlich: Glauben Sie wirklich, dass die Menschen das als seriöse Oppositionspolitik im Bund empfinden, wenn Sie riesige Forderungen stellen, gleichzeitig aber alles Mögliche an Schulden und Steuern in die Tonne kloppen wollen? – Ich glaube, Sie müssen sich da in Ihrer Oppositionslinie irgendwann entscheiden: Fordern Sie immer mehr Leistungen vom Bund, oder fordern Sie im Bund eine strikte Ausgabendisziplin? – Was Sie hier fordern, gehört dann wohl eher ins Reich der Märchen; dort könnte man beides erfüllen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Ich will allerdings noch in die Zukunft und nicht nur zurück auf die Haushaltsberatungen schauen. Ich will darauf schauen, was mit diesem Haushalt im nächsten Dreivierteljahr noch bewältigt werden soll.

Erstens. Ich stelle da zum Thema Ukraine fest, dass wir im Moment eigentlich überhaupt keine haushalterische Grundlage haben. Wo im Haushalt sollen die Mittel, mit denen wir jetzt schon in die Vollen gehen, verankert werden? – Der Ministerpräsident hat vor ziemlich genau drei Wochen ins Schaufenster der Staatskanzlei eine Milliarde für die Kommunen gestellt. Man kann das an sich richtig finden, dass der Freistaat da auch in die Pflicht geht. Bis heute ist im Haushalt aber gar nichts verankert, mit dem wir das machen sollten. Für mich heißt das im Umkehrschluss: Wir haben zum Thema Ukraine eigentlich schon den nächsten Nachtragshaushalt vor der Brust; denn ich weiß im Moment noch nicht, wie das letztlich genau finanziert werden soll. Eines ist klar: Vom Bund wird was kommen, aber es rechnet doch realistisch niemand damit, dass der Bund 100 % der Kosten übernimmt. – Nein, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich auch alle Ebenen beteiligen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Wir beraten auch den kommunalen Finanzausgleich, der mit rund 10 Milliarden Euro recht wuchtig daherkommt. Wir erkennen ausdrücklich an, dass den Kommunen in der Summe relativ viel Geld zur Verfügung gestellt wird. Ich will auch aus-

drücklich den Gewerbesteuerausgleich von 50 % anerkennen, der für die Kommunen für das Jahr 2021 kommt. Das sind gute Maßnahmen.

Wenn ich in den letzten Wochen und Monaten bei den Kommunen war, dann stellte sich das Bild aber nach wie vor doch etwas unterschiedlich dar.Viele Kommunen kämpfen noch mit der Stabilisierung und können sich an den Förderprogrammen mit einem Eigenanteil von 10 % gar nicht beteiligen. Schwärmt man hier in München aus, sieht die Welt schon wieder ganz anders aus. Wenn ich jedoch mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern spreche und ihnen sage, es gebe ein neues Förderprogramm, dann sagen sie mir mittlerweile: Hör mir auf mit deinen Förderprogrammen. Wir haben doch in unserem Rathaus gar nicht mehr das Personal, das diese Programme bearbeiten kann. Uns fehlen schlicht die Kapazitäten. Bis sich einer unserer wenigen Mitarbeiter, die wir kaum noch finden, in das Förderprogramm eingearbeitet hat, ist es schon wieder ausgelaufen.

Wir müssen uns in den nächsten Jahren einmal Gedanken darüber machen, wie wir hier weiter vorgehen wollen. Ich sehe hier gerade den Beauftragten für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung. Ich habe Ihren Bericht aufmerksam zur Kenntnis genommen. Aber vielleicht sollten wir uns einmal die Bürokratie ansehen, die es innerhalb des Staates gibt, vom Land zur Kommune bis zum Bund. Es erfordert viel Arbeit, um Geld von der einen zur anderen staatlichen Ebene zu schaffen. Vielleicht müssen wir hier ein bisschen umdenken und den Kommunen mehr Eigenmittel und Beinfreiheit verschaffen. So viel zum Thema Kommunalfinanzen. Dieses Problem lässt sich nicht mit einem Gesetz lösen. Langfristig müssen wir aber an dieses Thema ran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein drittes Thema, das uns in diesem Haushalt beschäftigt hat und noch darüber hinaus massiv beschäftigen wird, ist die Klimakrise. Wir sind der festen Überzeugung, dass dieser Haushalt, wie er uns vorgelegt wird, nicht klimagerecht ist. Bayern befindet sich mit diesem Haushalt ganz sicher nicht auf dem 1,5-Grad-Pfad. Die Klimamilli-

arde ist eher eine halbe Klimamilliarde geworden. Es werden nur 600 Millionen Euro in diesem und 400 Millionen Euro im nächsten Haushaltsjahr zur Verfügung gestellt. Zum Vergleich: Das Familiengeld kostet uns deutlich mehr. Die Regierungsfraktionen stellen dafür deutlich mehr Geld zur Verfügung.

Ich komme damit zu dem Zitat meines Fraktionsvorsitzenden Ludwig Hartmann: "Ein dicker Geldbeutel macht noch keine gute Politik." Das merkt man an den Altlasten und den großen Ausgabeposten, die der Ministerpräsident kurz vor der letzten Landtagswahl ins Schaufenster gestellt hat. Diese Kosten nehmen uns heute im Haushalt ein Stück weit die Luft zum Atmen, um die Klimakrise und die anderen Krisen, vor denen wir stehen, mutig angehen zu können. Diese Einzelausgaben sind nicht zielgerichtet.

Ich komme damit zu der letzten Frage: Wo könnten wir heute stehen, wenn wir diese Einzelausgaben und Wahlgeschenke auf die Menschen fokussiert hätten, die diese Gelder wirklich bräuchten, und die anderen Mittel zielgerichtet für die Infrastruktur, den Klimaschutz und den sozialen Zusammenhalt verwendet hätten? Wir sehen in diesem Haushalt kein gutes Gesamtkonzept. Bei der Verwendung der Gelder erfolgt keine Priorisierung im Hinblick auf die drängenden Krisen unserer Zeit. Wir können diesem Haushalt deswegen auch nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Pargent. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Katrin Ebner-Steiner von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Bayerische Staatsregierung kann entweder nicht mit Geld umgehen, oder sie kann nicht rechnen. Vielleicht sollte sie das gleich ganz denen überlassen, die etwas davon verstehen, etwa dem Bayerischen Obersten Rechnungshof. Er hat gera-

de wieder den Ministerpräsidenten und seine Regierung in historischer Weise abgewatscht.

Der ORH kritisiert einmal mehr in deutlichen Worten die Höhe der Neuverschuldung infolge der Corona-Maßnahmen und die Zweckentfremdung von Corona-Verpflegungspauschalen für Klinikbeschäftigte. Wesentliche Teile dieser 133 Millionen Euro seien laut ORH zweckwidrig verwendet worden. Außerdem kritisiert der ORH die laxe und nicht vorgabengerechte Verteilung der 600 Millionen Euro zur Förderung kommunaler Baumaßnahmen.

Zudem ist die mangelnde Auslastung zahlreicher Master-Studiengänge ein Minderleistungsnachweis für Ihre Haushalts- und Ihre Bildungspolitik gleichermaßen. Wenn bei 98 Studiengängen im Schnitt nur sechs Studenten einen Abschluss machen – also offenbar zu wenig Nachfrage besteht –, dann ist das keine verantwortungsvolle Bildungs- und Haushaltspolitik.

Über die Minderleistung der Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim, die, Zitat, binnen drei Jahren noch keine Wohnung selbst neu geschaffen hat, haben wir bereits im Detail gesprochen.

Von Ihrer zusätzlichen und mit Corona begründeten Kreditermächtigung in Höhe von 20 Milliarden Euro haben Sie rund 14 Milliarden Euro mehr oder minder Corona-spezifisch ausgegeben. Von den verbleibenden 5,8 Milliarden Euro an Kreditvolumen wollen Sie nun 1,5 Milliarden Euro für Ihr sogenanntes Corona-Investitionsprogramm ausgeben, das aber nicht viel mit Corona zu tun hat, sondern unter anderem Ihrer verfehlten Klimapolitik dient.

Der ORH verlangt eine Begründung, weshalb das Corona-Investitionsprogramm und die Hightech Agenda Plus einer Kreditfinanzierung bedürfen; denn die, Zitat, in der Pandemie aufgenommenen Notlagenkredite dürfen zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen eingesetzt werden. – Doch die von Ihnen nun finanzierten Maßnahmen haben ihren Ursprung allesamt vor der Corona-Pandemie. Wir fordern, dass Sie

sich an die Empfehlungen des ORH halten, dass Sie andere Finanzierungsmöglichkeiten wie zum Beispiel Steuermehreinnahmen ausschöpfen und die hinfälligen Corona-Maßnahmen beenden.

(Beifall bei der AfD)

Damit ließe sich die Schuldenaufnahme am Kreditmarkt verringern. Doch nun hat diese Koalition der Glücklosen auch noch unter Pech zu leiden. Die Bundesregierung hat Steuerentlastungen beschlossen, die zur Folge haben, dass Bayern 400 Millionen Euro Steuermindereinnahmen durch Entnahmen aus der Haushaltsrücklage begleichen muss. Doch diese ist seit 2020 binnen zwei Jahren bereits von 8,5 Milliarden Euro auf voraussichtlich 4,1 Milliarden Euro in diesem Jahr geschrumpft. Sie haben das Sparschwein der bayerischen Steuerzahler in kürzester Zeit geplündert, wie das noch keine einzige Staatsregierung vor Ihnen getan hat, und wollen trotzdem noch großzügigere Klimatransformationsprogramme finanzieren. Das halten wir von der AfD-Fraktion für unverantwortlich.

(Beifall bei der AfD)

Hinzu kommt, dass der G7-Gipfel zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre auf Schloss Elmau stattfinden soll. Schön, dass Bayern auch bei den Globalisten so beliebt ist; aber die bayerische Bevölkerung kann nicht, wie schon 2015, auch dieses Mal den Großteil der Kosten für diese Politveranstaltung tragen. Zwar haben Sie dem Haushaltsausschuss erzählt, dass der ganze Spaß nur 166 Millionen Euro kosten soll, bis jetzt weiß aber niemand, welchen Anteil der Bund und welchen Anteil Bayern tragen soll. Wir sagen: Der Bund kann nicht erst unsere Steuereinnahmen um 400 Millionen Euro senken und uns dann zusätzlich die Kosten auferlegen. Der Bund hat gefälligst die Gesamtkosten für diese den Bayern aufgezwungene Veranstaltung zu tragen.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten: Der von der Staatsregierung vorgelegte Haushalt treibt den Freistaat Bayern in die Schuldenspirale. Er ist das Gegenteil von solider und verantwortungsvoller Haushalts- und Finanzpolitik. Eines ist sicher: Söder wird als

größter Verschwender, Schuldenmacher und Verfassungsbrecher in die Geschichte Bayerns eingehen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe jetzt Herrn Hans Herold von der CSU-Fraktion auf. Bitte schön.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrter Herr Finanzminister Albert Füracker, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe davon aus, dass wir alle Verantwortung in unseren Kommunen tragen. Deshalb ist es unsere politische Verantwortung, unsere Kommunen gut auszustatten. Mit dem kommunalen Finanzausgleich – FAG – haben wir mit 10,56 Milliarden Euro für das Jahr 2022 eine sehr gute Basis für unsere Kommunen im Freistaat Bayern geschaffen. Deswegen von meiner Seite ein herzliches Dankeschön an unseren Finanzminister Albert Füracker und das gesamte Team des Finanzministeriums für die hervorragende Arbeit, die dort geleistet wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte aber auch einen Satz zu Frau Kollegin Köhler sagen, neben der ich eine Woche im Haushaltsausschuss sitzen durfte. Wir haben dabei sachlich diskutiert. Liebe Frau Köhler, Ihre heutige Rede war aber unsäglich. Ich gehe sogar so weit zu sagen: Diese Rede war einer stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses unwürdig. Ihre Aussage, in Bayern funktioniere nichts, weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei der CSU)

Wo Sie regieren, da funktioniert nichts. Ein Beispiel dafür ist die heutige Abstimmung im Deutschen Bundestag. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit in den Ländern, in denen Sie regieren, überhaupt etwas passiert, fordern Sie, dass der Bund, auch mit Mitteln des Freistaats Bayern, die Altschulden übernimmt. Dazu muss ich eines deut-

lich feststellen:Wir als Freistaat Bayern zahlen jährlich circa 9 Milliarden Euro insbesondere an die Bundesländer, in denen Sie regieren, in denen Sie eine massive Verschuldung herbeigeführt haben. Allein das Land Berlin erhält im Jahr über 3 Milliarden Euro. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Ihre grüne Berliner Bürgermeisterin und Umweltsenatorin Frau Bettina Jarasch gesagt hätte: Ich bedanke mich bei den fleißigen Bürgerinnen und Bürgern des Freistaates Bayern für diese großzügige Leistung, die von Bayern nach Berlin geht.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein Punkt, der mir wichtig ist: Sie zeigen quasi immer wieder auf den Freistaat Bayern. Sie tragen jetzt auch große Verantwortung in der Ampel-Regierung. Wieso übernehmen Sie im Bund nicht auch die Hälfte der Gewerbesteuerausfälle, wie es der Freistaat Bayern auch in diesem Jahr machen wird? Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Staatshaushalt legt natürlich einen Schwerpunkt auf die Kommunen. Deswegen war es ganz wichtig, dass wir diese Gewerbesteuerkompensation für das Jahr 2021 in der letzten Woche ausbezahlt haben.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass diese 10,56 Milliarden Euro immerhin eine Steigerung gegenüber dem letzten Jahr in Höhe von 244 Millionen Euro bedeuten, das heißt, 2,4 % mehr als im Jahr 2021.

Insbesondere die Grunderwerbsteuer hat sich – nachvollziehbar bei dem Immobilienboom – mit einer Steigerung von 13,6 % sehr positiv entwickelt. Auch der Einkommensteuerersatz stieg um 9,3 % an.

Ein wichtiger Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für mich als Vertreter des ländlichen Raumes – das möchte ich betonen – der Bereich Sonderfonds Corona-Pandemie in Höhe von 400 Millionen Euro für Investitionen. Davon sind 40 Millionen Euro für die Abwasserförderung in den RZWas gedacht und 360 Millionen Euro – auch das möchte ich besonders hervorheben – für den kommunalen Hochbau. Das ist für unse-

ren ländlichen Raum besonders wichtig, nicht zu vergessen die 40 Millionen Euro zusätzlich aus dem Etat des Innenministeriums für die Straßenausbaupauschalen.

Das heißt, liebe Kolleginnen und Kollegen, der kommunale Finanzausgleich bleibt damit für unsere Kommunen ein großer Anker in der Krise und ermöglicht, wie ich meine, ein kraftvolles Agieren für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns als Kommunalpolitiker ist natürlich immer wichtig, dass wir unsere Städte und Gemeinden angemessen ausstatten, auch mit den Schlüsselzuweisungen, über die sie letztendlich komplett verfügen können. Die Schlüsselzuweisungen – das wissen Sie alle – sind der bedeutendste Teil des kommunalen Finanzausgleichs und machen über 38 % des Gesamtvolumens aus. Nach dem leichten Rückgang im letzten Jahr steigen sie heuer, im Jahr 2022, um 67 Millionen Euro bzw. 1,7 % auf insgesamt 4 Milliarden Euro. Ich denke, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein ganz starkes Signal an unsere Kommunen.

Ich möchte noch kurz die Investitionen ansprechen. Der kommunale Finanzausgleich setzt natürlich auch einen Schwerpunkt bei den notwendigen Investitionen. Der Freistaat Bayern setzt seinen langjährigen Kurs fort, auf kommunaler Ebene zu investieren und zu modernisieren. Wir stärken – wie ich vorhin schon erwähnt habe – die Mittel für die RZWas, die Mittel zur Förderung von Abwasseranlagen. Für Härtefälle wurden sie bereits im letzten Jahr um 20 Millionen Euro bzw. 28,5 % erhöht. Im Haushalt 2022 wollen wir dafür einmalig weitere 40 Millionen Euro aus dem Corona-Investitionsprogramm verwenden, sodass im kommenden Jahr über 130 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Diese Förderung kommt vor allem kleineren Gemeinden im ländlichen Raum zugute. Ich komme aus dem ländlichen Raum in Westmittelfranken und kann Ihnen sagen, welcher Segen dieses Programm für unsere Kommunen, aber auch für unsere Bürgerinnen und Bürger ist.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Bereich der Straßenausbaupauschalen stehen einmalig 40 Millionen Euro mehr aus Mitteln des Innenministeriums zur Verfügung, insgesamt also 125 Millionen Euro. Ein ganz besonders wichtiger Punkt – das muss ich auch deutlich hervorheben – ist natürlich die Krankenhausfinanzierung, die wir auf hohem Niveau in Höhe von 640 Millionen Euro fortführen. Die Investitionspauschalen bleiben auf dem hohen Niveau von 446 Millionen Euro. Darüber können unsere Kommunen frei verfügen.

Ein Punkt, den ich noch ansprechen möchte, sind insbesondere die Mittel für den kommunalen Hochbau nach Artikel 10 des FAG, die wir wiederum anheben, auf insgesamt 650 Millionen Euro, die somit auf diesem hohen Niveau erhalten bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit wird insbesondere auch der Bau von Schulen und Kitas gefördert. Aus dem Corona-Investitionsprogramm werden einmalig zusätzlich 360 Millionen Euro bereitstehen, sodass insbesondere über eine Milliarde Euro in diesen kommunalen Hochbau fließen. Das sind gut angelegte Mittel. Damit stärken wir – das sage ich als Kommunalpolitiker – die Liquidität unserer Kommunen, schieben Investitionen in Schulen und Kitas an und leisten einen erheblichen Beitrag zur Stärkung der Baukonjunktur und Bewältigung der Krise.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir diskutieren auch immer wieder über die Finanzausstattung unserer Bezirke. Die Zuweisungen an unsere Bezirke bleiben bei über 700 Millionen Euro, nachdem sie auch dieses Jahr erhöht wurden, um 15 Millionen Euro. Sie wissen, dass wir besonders strukturschwache und von der Demografie besonders negativ betroffene Kommunen unterstützen, indem wir die Bedarfszuweisungen ohne Stabilisierungshilfen effektiv ausstatten, das heißt, mit 120 Millionen Euro. Das sind wiederum Mittel, die notwendig sind und angefordert werden.

In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedanke ich mich sehr herzlich für die sachliche Diskussion und Beratung im Haushaltsausschuss und natürlich bei unserem Finanzminister Albert Füracker und

allen, die mitgewirkt haben, für die sehr gute Arbeit. Ich bitte um Zustimmung zu diesem sehr soliden Haushalt für das Jahr 2022. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Frau Claudia Köhler. – Bitte.

Claudia Köhler (GRÜNE): Lieber Hans Herold, nachdem jetzt mehrmals kam, dass wir im Haushaltsausschuss so nett zu euch gewesen seien und heute doch harsche Kritik an diesem Haushalt üben: Ganz ehrlich, ich hatte gehofft, dass euch durch unseren dezenten Hinweis mit 900 Änderungsanträgen deutlich wird, dass wir nicht ganz mit dem Haushaltsentwurf einverstanden sind. Ich hoffe, dass ihr es versteht, wenn wir nach der Ablehnung aller Anträge, und zwar aller Anträge per se, ohne ins Detail zu gehen, ob ihr die sinnvoll findet, Kritik üben. Ihr wart überhaupt nicht bereit, etwas am Menü zu ändern, sondern habt nur ein bisschen Salz und Pfeffer in Höhe von 10.000 Euro zugegeben.

Hans Herold (CSU): Liebe Frau Köhler, entscheidend ist doch die Wortwahl. Ihre Behauptung, dass in Bayern überhaupt nichts funktioniert, möchte ich entschieden zurückweisen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Freistaat Bayern ist fast in allen Bereichen die Nummer eins: ob das die Finanzpolitik ist, ob das die Wirtschaftspolitik ist, ob das die Familienpolitik ist. Wieso hat der Freistaat Bayern als einziges Bundesland – das möchte ich betonen – von der Ratingagentur die Bewertung "AAA" bekommen? – Nicht weil bei uns nichts funktioniert, sondern weil bei uns alles super funktioniert, im Unterschied zu den Ländern, in denen Sie regieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Keine weiteren Zwischenbemerkungen. Damit kann ich den Abgeordneten Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion aufrufen.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser letzten Debatte geht es um den Einzelplan 13, die Allgemeine Finanzverwaltung, und die begleitenden Gesetze zum Haushalt 2022. Vorab möchte ich mich herzlich für die freundliche und zuvorkommende Zusammenarbeit mit dem Haushaltsbüro, dem Plenarreferat und dem Ressort mit seinen Mitarbeitern im Rahmen der Vorbereitungen bedanken. Sie stehen stets für alle Fragen zur Verfügung und geben immer sofort Antwort. Dies verdient unsere volle Anerkennung!

(Beifall bei der AfD)

Nun zur Debatte. Meine Kollegen aus der Fraktion, Ulrich Singer und Katrin Ebner-Steiner, haben es schon angesprochen, und ich werde jetzt noch auf die leider trockenen juristischen Details eingehen: Herr Söder – er ist natürlich auch heute nicht da –, dieses Gesetz ist verfassungswidrig!

(Zuruf)

Es verstößt gegen die in Artikel 82 Absatz 3 unserer schönen Bayerischen Verfassung verankerte Schuldenbremse und auch gegen Artikel 109 unseres Grundgesetzes. Für eine Ausnahme von der Schuldenbremse bedarf es laut Verfassung unter anderem einer Naturkatastrophe oder außergewöhnlichen Notsituation, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt. Bei Corona kann man sich über das Vorliegen dieser Voraussetzungen insofern streiten, als hier nicht ganz unberechtigt der Vorwurf im Raum steht, dass erst die unnütze Lockdown-Politik die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt hat. Diese Lockdown-Politik unterlag der Kontrolle des Freistaats.

Dies ist aber nicht unser einziger und wesentlicher Kritikpunkt bezüglich der Frage, worauf es ankommt, um die Schuldenbremse überschreiten zu dürfen. Um diese Notlage zu beseitigen, wurde der Sonderfonds Corona-Pandemie aufgelegt, der eine Verschuldung des Freistaats über die verfassungsrechtlich zulässige Schuldengrenze hinaus zunächst erlaubte. Mit dem neuen Haushaltsgesetz der Regierung Söder sollen nun jedoch neue Schulden in Höhe von knapp 1,5 Milliarden Euro für das Corona-Investitionsprogramm und für die Hightech Agenda Plus aufgenommen werden. Der Oberste Rechnungshof hat diese neue Verschuldung wiederholt in seiner höflichen Art kritisiert, im letzten Bericht vom vorgestrigen Tage erneut, da bisher keine ausreichende Begründung vorliegt, so wortwörtlich der ORH. Ich zitiere: Das Corona-Investitionsprogramm hat keinen sachlichen Bezug zu der tatsächlichen Corona-Pandemie und erfüllt, ebenso wie die Hightech Agenda Plus, nicht die Voraussetzungen für eine Kreditfinanzierung. Zitat Ende. – Wie deutlich muss der Oberste Rechnungshof noch werden? Aber was schert einen Herrn Söder der Oberste Rechnungshof? – Sein Wunsch ist Pflicht für die Regierungsfraktionen.

Das Corona-Investitionsprogramm trägt zwar das Wort "Corona" in sich, hat aber keinen Bezug zur Corona-Pandemie. Die Ausgaben verteilen sich auf Schwerpunkte wie die Modernisierung der kommunalen und staatlichen Infrastruktur, die Digitalisierung der Verwaltung oder das Klimaschutzprogramm. Doch was hat beispielsweise das Klimaschutzprogramm mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie oder deren Folgen zu tun? – Nichts. Absolut nichts. Dieser Zusammenhang ist aber die Voraussetzung, damit Sie die Schuldengrenze nach Artikel 82 Absatz 3 unserer Bayerischen Verfassung überschreiten dürfen. Eine Verschuldung über die Schuldengrenze hinaus erfordert zwingend einen Zusammenhang zwischen Kreditaufnahme und Notsituation. Dieser Zusammenhang ist bei dem Klimaschutzprogramm ohne weitere Begründung nicht gegeben.

(Beifall bei der AfD)

Ich fasse zusammen: Herr Söder – auch wenn Sie heute nicht da sind –, Sie brechen die Verfassung, um auf Kosten der Steuerzahler den Freistaat für Projekte aus dem grünen Tollhaus zu verschulden. Sie geben Geld aus, das Sie nicht haben und nicht ausgeben dürfen. Die Verfassung verbietet es Ihnen! Es ist nicht neu, dass Sie die Kritik der Opposition nicht stört; aber dass Sie die Kritik des Obersten Rechnungshofs vollkommen ignorieren, ist ein Novum. Das zeigt Ihre rechtsstaatliche Gesinnung.

Damit komme ich zum Ende. Die AfD-Fraktion wird diesen Sachverhalt rechtlich prüfen und bei Aussicht auf Erfolg Klage einreichen; denn die Bayerische Verfassung ist auch für einen Ministerpräsidenten verbindlich. Königliche Starallüren helfen darüber nicht hinweg. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen aufgehoben werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nun darf ich Herrn Staatsminister Albert Füracker aufrufen.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es waren lange Stunden gestern, vorgestern und heute. Ich habe praktisch jedes Wort gehört, das hier gesprochen wurde, und lange zugehört. Vieles wurde diskutiert und kritisiert. Jeder hat seine Rolle. Das akzeptiere ich. Dennoch darf man sagen: Bei uns hat sich vieles ritualisiert. Die Frage lautet: Alles wie immer? – Wenn man zuhört, könnte man glauben, es sei wie immer. Dem Freistaat Bayern wird in geradezu dystopischer Weise vorausgesagt, die Zukunft würde in diesen Tagen für alle Zeiten verspielt, weil Schulden aufgenommen werden. Als Finanzminister bin ich über jeden Euro traurig, den ich an Schulden machen muss, meine Damen und Herren, aber ausgerechnet dem Freistaat Bayern den Niedergang vorauszusagen, ist meines Erachtens eine Übertreibung.

Ich habe vor ein paar Wochen an der Finanzministerkonferenz der Bundesrepublik Deutschland teilgenommen, bei der sich 16 Länderfinanzminister über die Situation in

ihren Bundesländern unterhalten haben. Auch Minister der GRÜNEN und der SPD waren dabei. Das einstimmige Fazit der Kollegen lautete: Deine Probleme in Bayern möchten wir alle haben. Ich habe mich massiv gegen diese Feststellung gewehrt, wir hätten in Bayern keine Probleme. Die Ampel-Finanzminister sind natürlich der Auffassung: Wir müssen nichts mehr nach Bayern geben. Jetzt "ampeln" wir einmal in Deutschland. Das Geld geht an andere Länder. Bayern kann trotzdem weiterzahlen. Hans Herold hat es schön dargestellt.

Deswegen finde ich, man sollte bei dem Vorwurf, wir würden zu viele Schulden aufnehmen, auch die anderen 15 Bundesländer nennen. Blicken Sie einmal nach Nordrhein-Westfalen, wie viele Schulden dort aufgenommen wurden und wie viele Kreditermächtigungen dieses Land erhalten hat! Ferner bitte ich Sie zu prüfen, ob es in Deutschland einen besseren Ort gibt und ob es vielleicht in Italien, Frankreich, Griechenland, Spanien, Portugal oder wo auch immer in Europa wesentlich günstiger ist – vielleicht mit Ausnahme von Estland, wie wir heute gehört haben. Den Menschen jetzt zu sagen, wir befänden uns auf dem Weg in unbeherrschbare finanzielle Situationen, finde ich ziemlich übertrieben, um es gelinde auszudrücken.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bayern hat trotz Corona die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung. Als einziges Bundesland haben wir von zwei Ratingagenturen das "AAA"-Rating mit positivem Ausblick erhalten. Dennoch nehme ich dies alles ernst. Es ist nicht so, dass ich Spaß an der Verschuldung hätte, ganz im Gegenteil. Aber hier so zu tun, als würden wir quasi den ganzen Tag überlegen, wie wir neue Schulden machen könnten, um das Geld für unsinnige Dinge auszugeben – ich komme noch darauf zu sprechen –, ist doch ein wenig seltsam.

Sollten wir nicht einmal miteinander wahrnehmen, was eigentlich in der Welt los ist? – Ich bin wirklich überrascht. Wir mussten jetzt zwei Jahre lang die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg zusammen bewältigen, und die Krise ist noch nicht vorbei, da

kommt schon die nächste. Ja, unser Land ist kein Paradies. Das habe ich noch nie behauptet. Aber wenn Sie hier kritisieren, bei uns funktioniere nichts und Bayern sei Mittelmaß, empfehle ich: Gehen Sie dorthin, wo es funktioniert und wo die Länder spitze sind!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich kann nur sagen: Selbst kritische Zeitgenossen, die ich kenne, bescheinigen mir, dass Bayern nicht Mittelmaß ist und bei uns viel funktioniert. Ich kenne auch viele Menschen anderer Parteien, die hier heute auch anwesend sind und mir bestätigen: Hund seid's scho in Bayern! – Sie sehen, was hier in Jahrzehnten entstanden ist, natürlich nicht durch mich allein und uns in dieser Generation, sondern durch alle, die vor uns gelebt, gearbeitet und geschuftet haben. Darauf werde ich heute noch eingehen.

Natürlich gibt es auch bei uns Menschen, die arm, benachteiligt, krank und schwach sind, aber, meine Damen und Herren, wir können den Menschen wenigstens helfen! Wohl dem, der, obschon mit Leid beladen auf dieser Welt, in diesem Land leben darf, in dem ein starker Sozialstaat so gut organisiert wird, dass wir den Menschen helfen können.

In anderen Ländern, meine Damen und Herren, findet weniger Krisenbewältigung statt. Das müssen wir feststellen. In den letzten 15 Jahren hatten wir fünf große Krisen in Europa: Finanzkrise, Eurokrise, Migrationskrise, Corona-Krise und Ukraine-Krise. Letztere nenne ich Russlandkrieg, weil das noch mehr auf den Punkt bringt, was dort abläuft, meine Damen und Herren.Die entwickelten Länder dieser Welt und Europas haben die Krisen stets bewältigt, indem sie versucht haben, sie durch die Aufnahme von Schulden von den Menschen fernzuhalten, anstatt Verzicht üben zu müssen. Die nicht entwickelten oder direkt betroffenen Länder hatten diese Möglichkeit dagegen nicht. Anstatt einmal darüber nachzudenken, wie wir diesen Menschen helfen können – wir haben zum Beispiel auch Europa durch unsere Bonität stabilisiert, durch die deutsche Bonität Europa erst handlungsfähig gemacht –, anstatt darüber zu diskutie-

ren, wie wir es schaffen, nicht nur Krisen von uns fernhalten, sondern das möglicherweise auch mit anderen uns schwer belastenden oder zusetzenden Dingen zu tun, die sich auf der Welt ereignen, ergießen wir uns in kleinkarierten Fragestellungen über die Finanzierung von hier und dort und von morgen und gestern. Das ist alles richtig. Ich akzeptiere das. Ich habe einen Amtseid geschworen, den ich selbstverständlich achte.

Eines müssen wir aber schon sagen: Der Mensch ist voller Widersprüche. Das habe ich hier zwei Tage lang gehört. Wir, die wir so viel im sozialen Bereich leisten, beklagen soziale Kälte. Wir, die eine Hilfsbereitschaft im Land haben wie noch nie, tun so, als würde jemand, der zu uns kommt, Not leiden müssen. Im Gegenteil: Jedem, der zu uns kommt und Hilfe sucht, wird staatlich, durch Organisationen, durch ehrenamtliche und fleißige Menschen, denen wir allen danken, geholfen. Unternehmer, Arbeitnehmer, Verwaltungen, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind eine Schicksalsgemeinschaft, die dazu beiträgt, dass wir in diesem Land so gut leben dürfen.

Meine Damen und Herren, andere beneiden uns darum. Auf dieser Welt gibt es etwa siebeneinhalb Milliarden Menschen. Ich wette mit Ihnen: Mindestens sieben Milliarden Menschen beneiden uns um unser Leben, mindestens sieben Milliarden!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben selbstverständlich selbst Sorgen und Ängste vor etwa der Inflation und der Frage, wie sich die Ukraine-Krise auf unser Leben auswirkt. Das ist klar. Hier wird kritisiert, dass im Haushalt für die Ukraine-Krise keine Vorsorge getroffen worden sei. Ja, ich könnte das machen. Der gleiche Redner hat aber fünf Minuten vorher gesagt, wie schlecht das doch bei Corona kalkuliert gewesen sei. Wir hätten damals viel zu viele Schulden eingestellt, Geld, das wir dann gar nicht gebraucht hätten. Das ist unglaublich! So könnten wir gegebenenfalls mit Geldern im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise auch verfahren. Wir stellen ein paar Milliarden Euro ein. Sagen Sie mir bitte, welche Summen! Im nächsten Jahr darf ich mir dann anhören, dass das zu viel gewesen sei und dass das Geld gar nicht gebraucht worden sei.

Meine Damen und Herren, Kreditermächtigungen, die wir bekommen haben, haben wir sehr sorgsam behandelt. Die 20 Milliarden Euro im ersten Jahr mögen Sie als "Fehlkalkulation" bezeichnen. Ich bin froh, dass wir sie nicht gebraucht haben! Jeder Euro, den ich nicht kreditieren musste, hat mich gefreut. Meine Damen und Herren, das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt in diesen zwei größten Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg müssen wir sehen, wie wir das Ganze hinbekommen. Ich sage es noch einmal: Viele Menschen auf der Welt müssen Krisen durch Verzicht bewältigen, und zwar durch richtigen Verzicht. Wir haben die Krisenbewältigung bisher immer noch geschafft und sie bestritten, indem wir unseren Staat organisieren und die Probleme mit Krediten lösen konnten, weil wir noch kreditwürdig sind. Dass das nicht ewig geht, verstehe ich auch. Ich sage das aber all denen, die heute mit großem Mut und viel Tapferkeit erklären, dass man keine Schulden machen darf.

Es wird von "Geld hinauswerfen" gesprochen. Ich sage deshalb noch, wofür das Corona-Investitionsprogramm verwendet wird, und dann sagen Sie mir, ob das wirklich "Geld hinauswerfen" ist. Es wird so getan, als ob irgendjemand seine Freude daran hätte, im Land Schulden aufzunehmen und irgendwas zu tun, was kommende Generationen belastet. Ich kann Ihnen sagen: Die Lage ist ganz anders. Keiner von uns weiß, wie sich die Dinge entwickeln werden. Ich hoffe bei Gott, dass wir nicht in drei bis vier Jahren sagen: Wie gern hätten wir doch die Probleme des Jahres 2022 wieder zurück. Wir hätten gern die Landtagsdebatte von damals, vom 7. April des Jahres 2022, wieder zurück. – Ich hoffe, dass das nicht so kommen wird.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Die Krise, die hier am Horizont erscheint, die zwei Flugstunden von uns entfernt stattfindet und Menschenleben kostet, kann auch dazu führen, dass wir uns andere Gedanken machen müssen. Wenn all diejenigen, die heute sagen: "Wir machen zu viele Schulden", mir konkret benennen würden, wo man etwas

wegstreichen kann, dann wäre ich direkt stolz darauf. Dazu habe ich aber bisher nur wenige Vorschläge gehört, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir machen uns auf, diese Krise zu stemmen. Wir stemmen nicht nur diese Krise, sondern organisieren gleichzeitig auch den Aufbruch. Das ist ganz entscheidend. Dass dieser Regierungsentwurf mit seinen 898 Änderungsanträgen, 16 Einzelplänen, 245 Kapiteln und 17.000 Haushaltsstellen eine riesige Herausforderung war, weiß ich. Deshalb danke ich noch einmal – ich habe das heute früh schon getan – allen, die daran mitgearbeitet haben. Man vergisst immer jemanden, wenn man Einzelne erwähnt. Ich weiß das vom Landtagsamt, meinem Haus und vom Haushaltsausschuss. Allen, die hier mithelfen, sei gedankt. Ich weiß, dass es eine große Leistung ist, das in der Zeit zu tun.

Wir werden auch weiterhin auf Sicht fahren müssen. Wir sind dabei nicht vier Monate zu spät dran, meine Damen und Herren, sondern für das, was Sie jetzt gerade wieder wissen wollten: Für die Ukraine sind wir wahrscheinlich sechs Wochen zu früh dran, weil wir ja auch etwas im Haushalt haben wollten. Mir kann allerdings noch kein Fachressort sachgerecht und genau sagen, was veranschlagungsreif ist.

Wir haben für die Herausforderungen der Migrationskrisen 1,6 Milliarden Euro im Haushalt. Ich denke, wir kommen mit dieser Summe einige Zeit zurecht. Wenn sich im Laufe dieses Jahres zeigt, dass das alles kompliziert wird, dann werden wir uns nicht irgendwie vor dem Problem wegducken, sondern wir müssen dann in aller Sachlichkeit wieder darüber sprechen, ob es Mehrbedarfe gibt und gegebenenfalls in welcher Höhe, sodass wir den Herausforderungen gerecht werden. Die Instrumentarien sind bekannt. Im Nachtragshaushalt ist das alles möglich. Aber heute so zu tun, als wäre das geradezu fahrlässig, dass wir hier keinen Haushalt haben – – Die 1,6 Milliarden Euro haben bisher jedenfalls gereicht. Wir können alle Aufgaben erfüllen.

Nur eines ist auch klar: Herr Pargent, Sie sagen heute: Was der Bund leistet, wissen wir noch nicht genau. – Der Bund ist auf die "glorreiche Idee" gekommen, die bewähr-

ten Systeme, die wir im Asylbewerberleistungsgesetz haben, jetzt auf die Probe zu stellen, nach dem Motto: "Große Krise, und jetzt wollen wir alles umorganisieren". Das ist eine besonders "tolle Leistung".

Ich habe eine Woche lang für den Freistaat Bayern verhandelt. Das Ergebnis: null Cash, aber alles umorganisieren. Das Asylbewerberleistungsgesetz wäre ganz schwer, obwohl es in der Vergangenheit gepasst hat. Das SGB II wäre der neue Segen, bis auch mal die Kommunen darauf kommen, dass es hier nicht um das SGB II geht. Vielmehr haben wir mit den Flüchtlingen ganz andere Herausforderungen als damals bei den Flüchtlingen aus Syrien: Damals kamen viele junge Männer, die arbeitsfähig waren und Leistungen über das SGB II erhielten; jetzt kommen viele Menschen aus der Ukraine, die nicht arbeiten können, weil sie alt oder behindert sind. Auch viele Kinder sind dabei. Bei ihnen sind das SGB VIII, das SGB IX und das SGB XII gefragt. Überall sollen die Kommunen zahlen. Die Antwort des Freistaates Bayern hätte dann sein sollen: Schauen wir mal, was der Bund uns gibt. – Almosen stellt er uns zur Verfügung. Was ist uns denn anderes übrig geblieben, als den Kommunen zu sagen: "Wir übernehmen die Kosten", und erst dann: "Wir müssen mit dem Bund verhandeln"?

Meine Damen und Herren, niemand hat uns mehr versprochen. Wir haben mehr erwartet, und zwar, dass der Bund wenigstens das wieder tut, was er in den Jahren 2015 mit 2017 getan hat. Damals haben Sie zwar nicht mitregiert, aber er hat den Flüchtlingen bei uns durch dieses Geld mehr geholfen. Das ist die Wahrheit. Das erwarten wir jetzt wieder vom Bund.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, das, was planbar war, haben wir geplant. Schwerpunkt Pandemiebekämpfung. Natürlich hat die Corona-Pandemie auch riesige wirtschaftliche Auswirkungen. Der Schwerpunkt Pandemiebekämpfung macht das Wesentliche, was der Haushalt an geplanten Schulden enthält, aus. Das ist Ihnen ja auch nicht ent-

gangen. Man hat mir gesagt, ich hätte gesagt – ich glaube, der Herr Dr. Kaltenhauser war das –: Ja, das Geld hätten wir vielleicht nicht gebraucht. – Ich weiß es auch in diesem Jahr nicht. Ich weiß nicht, wie viel Geld wir für die Bewältigung der Corona-Herausforderungen in diesem Jahr brauchen werden.

Es sieht im Moment so aus, als würde sich das Ganze beruhigen. Die Krankenhäuser sind nicht so voll. Die Impfkampagne und all die Themen haben wir. Im Bundestag hat die Ampel heute mit dem Impfbeschluss einen "glorreichen Tag" gehabt: Man lässt den eigenen Bundeskanzler im Regen stehen. So geht das dort, okay. Wir in Bayern machen das aber nicht, weil es auch keinen Sinn hat. Wir wollen ja den Menschen helfen und nicht nur streiten um des Streitens willen.

Aber die Zukunft kenne ich nicht. Jetzt zu sagen: Da sind jetzt 5,8 Milliarden Schulden drin. Komm uns am Jahresende ja nicht daher! – Vielleicht bleiben dann drei Milliarden Euro übrig. Ja, umso besser; je mehr übrig bleibt, desto mehr freue ich mich; denn umso weniger Corona-Folgen hatten wir dann zu bewältigen. Ich weiß es auch jetzt nicht.

Aber eines weiß ich schon: Wir sind von Anfang an sorgsam mit Kreditermächtigungen umgegangen. Wir haben weder im Jahr 2020 noch im Jahr 2021 mehr Geld ausgegeben, als nötig war. Wir haben es wieder neu beschlossen, und wir hatten nicht "einfach hinter dem Rücken", "still und leise" oder "heimlich" – oder was ich gehört habe – irgendetwas vor. Ich habe nie irgendetwas "still und leise" oder "heimlich" gemacht. Ich habe alles hier vorgelegt, vorgetragen und gerne diskutiert. Wenn mir jemand heute sagt, dass es falsch war, die Kredite in die nächsten Jahre weiterzutragen, den Kreditrahmen mit 20 Milliarden Euro auf drei Jahre aufzuteilen, dann weiß ich jetzt wirklich nicht, was man noch weiter tun soll und was daran so falsch sein kann. Stellen Sie sich vor: Wenn wir es nicht brauchen, bin ich ein glücklicher Mensch. Sollten wir es brauchen, können wir wenigstens den Menschen helfen.

Man ist in der Opposition schon in einem narrativen Zwiespalt unterwegs. Aber gut, ich sage ja: Die Rollen sind so verteilt, wie sie verteilt sind. Die Rituale sollten wir in diesen Krisenzeiten aber möglicherweise mal ein bisschen hintanstellen.

Ich sage das auch, weil die Wachstumsprognosen halbiert wurden. Sie wurden vom IfW Kiel vor Kurzem halbiert. Deswegen ist unsere Strategie richtig.Die wichtigste Strategie neben dem Helfen ist die Investition. Für diese Auffassung lasse ich mich auch gerne prügeln. Wir investieren 11,4 Milliarden Euro in diesem Haushalt, haben also 16 % Investitionsquote. Es gibt Bundesländer mit einer Investitionsquote von 8 %. Wenn ich es so mache wie diese Bundesländer, weil die Opposition mir heute sagt, 8 bis 9 % Investitionsquote wie in anderen Bundesländern sind völlig okay für Bayern, dann habe ich einen kräftigen Haushaltsüberschuss. Reden Sie mit Ihren grünen Länderfinanzministern! Sprechen Sie mal mit Kollegen in Ländern, in denen die FDP mitschnabelt, wie dort die Investitionsquoten sind. Machen wir gern, fahren wir mal die bayerische Investitionsquote auf die Quote anderer Bundesländer herunter, in denen die FDP regiert! Dann habe ich einen signifikanten Haushaltsüberschuss, aber keine Investitionen, für die ich heute auch noch gescholten werde. Das ist eine interessante Erfahrung.

Ich stehe jedenfalls dazu, dass Investieren, wo immer möglich, sinnvoll ist. Das Corona-Investitionsprogramm und die Hightech Agenda Plus sind heute ja vielfach kritisiert worden. Da hat man jetzt quasi direkt ein neues Feindbild entdeckt. Wir machen hier nichts "still und heimlich". Das will ich als Erstes noch einmal sagen. Die Behauptung, dass wir Investitionsprogramme, Haushalte still und heimlich am Landtag vorbei planen, weise ich zurück. Ich bin über eine solche Wortwahl auch ehrlich entsetzt; denn ich habe als Finanzminister immer, in all den vier Jahren und vorher auch als Staatssekretär, und allen gegenüber mit höchster Transparenz agiert und mit offenem Visier gekämpft. Ich habe auch mit der Opposition objektiv richtig und sehr sachlich Gespräche führen können. Deswegen gibt es hier kein "still und heimlich".

Wir machen hier zusätzliche Investitionen, zusätzliche Maßnahmen, die es ohne dieses Programm nicht gäbe. Diese Maßnahmen stehen in direktem und unmittelbarem Zusammenhang mit der Pandemie. Diese Investitionen sind auch sofort wirksam; sie helfen jetzt gegen eine wirtschaftliche Ermattung und bringen langfristigen Nutzen. Gleichzeitig entsteht dadurch ein Nutzen – das möchte ich noch einmal betonen –, dass sie eben sofort helfen. Das ist ein breit angelegter Konjunkturimpuls.

Wir erzielen die größtmögliche Effizienz, und das Ganze auch noch unter besonderer Beachtung des Wirtschaftlichkeitsgebots. Ich lasse mich für alles immer gern kritisieren. Aber dass wir jetzt den Kommunen dafür, damit wir noch mehr und schneller bauen können, Geld geben und ich mir gleichzeitig habe sagen lassen müssen, wir hätten zu viel vorzeitigen Baubeginn genehmigt – wo mir alle Bürgermeister des Freistaats Bayern und alle Abgeordneten ständig in den Ohren liegen, ich soll dies alles tun –, das ist etwas skurril.

Zudem sparen wir 700 Millionen Euro ein. Lieber Herr Dr. Kaltenhauser, Sie sagen, das sei keine Einsparung, da habe man nur die Luft rausgelassen. – Also, mein Verhältnis zu 700 Millionen Euro ist ein anderes. Wir machen deswegen 700 Millionen Euro weniger Schulden. Was ist bitte daran zu kritisieren, dass wir nicht wochenlang darüber diskutieren, wo wir diese einsparen, sondern dass jedes Ressort im Sinne der Haushaltsbewirtschaftung die 700 Millionen Euro oder den zugewiesenen Betrag selbst festlegen kann? – Ich finde das sehr klug, und es ist im Sinne dessen, was heute mehrfach kritisiert wurde.

Wir machen nicht nur Schulden. Wir beschränken uns auch selbst und sparen ein. Unser Corona-Investitionsprogramm ist transparent und bestens begründet. Wer dieses Haushaltsgesetz einmal liest, kommt zu diesem Ergebnis und sieht, dass wir explizit alle Maßnahmen veranschlagt, den Bereichen zugewiesen und ausführlich in der Gesetzesbegründung dargestellt haben, worum es geht. Alle Implikationen, die Schuldenbremse ebenso wie die positiven wirtschaftlichen Impulse, sind ausführlich in der Gesetzesbegründung dargelegt. Es ist fundiert und konkret begründet.

Diese zusätzlichen Investitionen – ich sage das noch einmal – sind durch ihre Beschleunigung eine echte Antwort auf die größte Krise, die wir seit dem Zweiten Weltkrieg haben. Wir setzen mit unseren zusätzlichen Investitionen gezielte Impulse gegen diese Krise. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich steckt noch viel mehr im Haushalt. Wir haben alles diskutiert: die Digitalisierung, die Wohnraumbeschaffung, Klima, Umwelt, Landwirtschaft. Heute haben wir das sehr ausführlich diskutiert.

Das Thema Kommunen ist mir schon ein echtes Anliegen. Ich habe selber die hohe Ehre, seit 32 Jahren Kommunalpolitiker sein zu dürfen. Ich war 12 Jahre stellvertretender Landrat und 9 Jahre Zweiter Bürgermeister in einer kleinen Gemeinde. Ich kenne den ländlichen Raum. Es ist immer wieder interessant, dass vermutet wird, durch den Finanzminister Füracker könnte der ländliche Raum Nachteile erfahren. Ich lebe da, meine Damen und Herren. Ich kenne mich da aus. Es ist nicht so, dass ich in der Stadt aufgewachsen und noch nie woanders gewesen wäre. Im Übrigen finde ich es gut, dass wir starke Städte haben. Auch diesen Gegensatz lasse ich nicht ständig herbeikonstruieren,

(Zuruf)

weil wir in Bayern Städte und Land haben und sie gleichermaßen fördern. Beim kommunalen Finanzausgleich tritt noch einmal ein Gesichtspunkt zutage: Weit mehr als 3 Milliarden Euro Schulden, die der Freistaat Bayern bis jetzt zur Bewältigung der Corona-Pandemie gemacht hat, sind zugunsten der bayerischen Kommunen aufgenommen worden. Wir haben ÖPNV-Erstattungen bezahlt. Wir haben die Kita-Erstattungen bezahlt. Wir haben die Gewerbesteuer erstattet. Voriges Jahr hat das 1,4 Milliarden Euro gekostet, heuer 330 Millionen Euro. Wir haben für die Kommunen richtig Schulden gemacht. Im Corona-Investitionsprogramm stecken noch einmal über 600 Millionen Euro, die ausschließlich bei den Kommunen wirksam werden.

Ich kann also nach Genehmigung dieses Haushalts sagen, dass wir 2020, 2021 und 2022 rund 4 Milliarden Euro unserer Neuverschuldung ausschließlich zugunsten kommunaler Unterstützungszahlungen aufgenommen haben. 4 Milliarden Euro hat der Freistaat Bayern nicht verfrühstückt, sondern diese sind für die Kommunen bestimmt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn ich jetzt auch noch höre, wir hätten das Geld verplempert, dann erklären Sie das den Bürgermeistern. Da merkt man sich genau, wer der Meinung ist, dass Kita-Unterstützung und solche Sachen Verplemperung von Geld ist. Darüber können wir noch oft sprechen.

Harald Güller, wir zwei haben ein offenes, konstruktiv-kritisches Verhältnis. Aber die Behauptung, dass die CDU sich geweigert hätte, das Grundgesetz zugunsten einer Gewerbesteuererstattung für die Kommunen zu ändern, ist einfach falsch.

(Zuruf: Lüge!)

Das ist falsch. Ich sage das so sanft. Ich habe mit Olaf Scholz in Berlin in der Zeit, in der er noch Finanzminister war und ich den Freistaat Bayern vertreten habe, persönlich mehrfach darüber gesprochen. Er hat es rundweg abgelehnt – die SPD, der Bundesfinanzminister. Er sagte, das Konzept wäre Altschuldenübernahme bei Kommunen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachen, in Schleswig-Holstein und sonst wo. Das ist das Konzept der SPD und auch der GRÜNEN auf Bundesebene.

Wir brauchen das nicht, erstens weil die bayerischen Kommunen quasi keine Kassenkredite haben, da wir sie ordentlich finanzieren, und zweitens weil wir in Bayern im Zuge der Stabilisierungshilfen die Kommunen mittlerweile mir rund 1 Milliarde Euro beim Schuldenabbau unterstützt haben, insbesondere in Oberfranken und in der Oberpfalz, im Bayerischen Wald, in Westmittelfranken und in der Rhön. In den strukturschwächeren Regionen haben wir die bayerischen Kommunen entschuldet. Wenn

ich die Bedarfszuweisungen noch dazurechne, gingen über 1 Milliarde Euro an die Kommunen. Das haben wir ohne den Bund gemacht. Trotzdem haben wir jetzt wieder bei der Gewerbesteuer geholfen.

Der Bund, Rot-Grün, erzählt dann die Mär, wir hätten uns der Grundgesetzänderung verweigert. Die können wir heute noch machen. Ich garantiere, dass, wenn wir heute noch eine Grundgesetzänderung zur Erstattung der Gewerbesteuer machen wollen, die CDU/CSU im Bundestag mitmacht.

Meine Damen und Herren, gestern haben wir oft gehört, wir würden Dinge verkaufen, die vom Bund kommen. Da vorne saß eine freundliche Kollegin; ich habe sie durch die Glasscheiben nicht so richtig gesehen. Sie hat immer kundgetan: Das hat alles der Bund bezahlt. – Also, eines ist Fakt: Jeder in unserem Land hat Zuständigkeiten. Der Bund hat Zuständigkeiten, die Länder und die Kommunen haben Zuständigkeiten. Der Bund ist für das, wofür er zuständig ist, auch in der Regelungspflicht. Der Bund kündigt ständig neue Regeln an, aber sie bleiben ungeregelt.

Ich will nicht über das Krisen- und Missmanagement im Deutschen Bundestag und der Ampel sinnieren. Aber das müssen Sie sich schon anhören. Sie werden ja daran in den nächsten Jahren noch viel Freude haben. Die Impf-Ampel – wir haben sie heute erlebt: gescheitert. Die Quarantäneregelungen: Chaos. Der Herr Lauterbach hat sich gestern entschuldigt. Das ist gut. Er ist mittlerweile der Minister, der sich am häufigsten entschuldigt hat. Ich bin auch dafür; Entschuldigungen sind immer gut. Man muss nur immer Menschen finden, die sie annehmen. Noch nehmen die Menschen diese Entschuldigungen an. Wie oft sie das noch machen, weiß ich nicht. – Beim Sondervermögen Bundeswehr gibt es keine eigene Mehrheit der Ampel im Bundestag. Da will man das Grundgesetz ändern und muss dann um Unterstützung bitten.

Zum Energieentlastungspaket sitzen veritable Persönlichkeiten offensichtlich eine ganze Nacht beieinander und überlegen wegen der Inflation und der Energiepreise, wie man Menschen entlasten kann.Nach der Nacht stellt sich heraus: Rentner gibt es

überhaupt keine; die 20 Millionen Rentner gibt es nicht. Bauern waren auch nicht dabei; die gibt es auch nicht. Ich habe ja heute schon erklärt, was wir tun müssen: nämlich die Agrardieselvergütung erhöhen. Ansonsten – so viel zum Thema, welche Segnungen vom Bund kommen – beschließt man, das Ganze müsse über die Einkommensteuer laufen. Man erhält dann 300 Euro mit der Einkommensteuer verrechnet. Diejenigen, die mehr verdienen, zahlen mehr Steuern als jene, die weniger verdienen. Auf jeden Fall ist das ein gutes Konjunkturprogramm für Steuerberater oder für wen auch immer.

Fakt ist aber: Wenn über die Einkommensteuer Geld verteilt wird, erhält der Bund 42,5 %, die Länder ebenfalls 42,5 % und die Kommunen 15 %. Erklären Sie doch den Kommunen, dass das Energiesteuerpaket ein toller Wurf war, wobei im Übrigen noch niemand weiß, wie es exekutiert werden kann. Dies geht bis hin zu den 9 Euro, für die man in Zukunft mit der Straßenbahn fahren kann.

Ich sage Ihnen: Diese Ampel ist ständig zwischen Stromausfall und Dauerlicht unterwegs. Die Ampel in Berlin ist keine Lichtquelle, sondern ein Schattenwerfer. Dieser Schatten darf nicht auf Bayern fallen, meine Damen und Herren. Das ist entscheidend.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In Deutschland werden unter den Bundesländern 17 Milliarden Euro umverteilt, 9 Milliarden davon sind bayerische Steuergelder, die wir an andere Bundesländer verteilen. Ich sage das nicht aus Arroganz. Es wird ja gleich wieder gesagt: Das ist die Arroganz der Bayern. – Das ist keine Arroganz, sondern eine Tatsache. Mehr als die Hälfte des Umverteilungsvolumens an andere Bundesländer stammt aus Bayern. Wir können schon sagen, was wir mit diesem Geld alles tun könnten – ich sage es nicht. Ich möchte aber wenigstens noch ein Restverständnis dafür haben, dass neben dem, was jetzt vorgelegt wird, nicht auch noch jede zusätzliche Idee realisierbar ist. Die 9 Milliarden, die wir bezahlen, geben andere Bundesländer aus. Das sind Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Bayern.

Wenn man all dies zusammen betrachtet, ist es schon skurril, dass man sich auch noch darüber beklagt, es gäbe zu viele kommunale Förderprogramme und es wäre alles zu bürokratisch. Lege ich ein Konzept für die erste große entbürokratisierte Steuer vor, die es in Deutschland überhaupt gibt, nämlich die Grundsteuer, sind die grüne Partei und die SPD der Auffassung: So pauschal wollen wir es nicht; dies wäre ungerecht; wir brauchen ein Mehr an Bürokratie; sonst funktioniert das Ganze nicht.

Sei es, wie es wolle: Wir haben Rekordzuweisungen an die Kommunen. Es gibt ja Bürgermeister, die sich über zu viele Förderprogramme beschweren. Das ist aber jedenfalls bei mir konkret noch nicht so richtig angekommen. Ich sage ihnen immer ganz charmant: Es ist nicht so, dass man ein Förderprogramm in Anspruch nehmen muss. Es gibt keine Verpflichtung, ein Förderprogramm in Anspruch zu nehmen. Im Übrigen gibt es auch keine Verpflichtung, etwas nur dann zu tun, wenn es eine Förderung gibt; denn wir haben auch hier eine klare Kompetenzzuweisung. Kommunen sind für bestimmte Dinge zuständig, die sie in ihrem eigenen Aufgabenbereich machen können. Man kann nicht immer sagen: Wir müssen warten, bis der Staat alles regelt.

Ich habe mit den Kommunen ein sehr gutes Einvernehmen, zum Beispiel auch bei der Schuldigitalisierung. Nicht der Freistaat Bayern betreibt die Schulen, sondern der Sachaufwandsträger, und der Freistaat Bayern unterstützt. Wenn jemand mehr tun will, kann er das machen, und er muss auch nicht warten, bis der Freistaat Bayern ein Förderprogramm auflegt. In Bayern darf man auch dann investieren, wenn es keine Förderprogramme gibt.

Bei der Bildung, bei den Kindern und Familien haben wir Rekorde. Ich freue mich, dass wir mehr Kinder haben. Es ist doch noch keine 15 Jahre her, dass in den Gemeinden Klage geführt worden ist: Wir sterben aus; die Geburtenraten sind ein Desaster; alles ist furchtbar; was machen wir mit leeren Schulen und Kindergärten? Kann sich jemand daran erinnern? – Ich schon. Jetzt heißt es hingegen: O Gott, wie viel Geld Kinder kosten. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, jedes Kind, das bei

uns zur Welt kommt, kostet Geld. Ich freue mich über jedes Kind, auch wenn es Geld kostet. Kinder sind unsere Zukunft, und deswegen müssen wir uns um sie kümmern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Freistaat Bayern unterstützt Kitas mit 2,9 Milliarden Euro. Vor einigen Jahren lag der Betrag noch unter 1 Milliarde Euro. Das Familiengeld beträgt 770 Millionen Euro. All das ist nur mit Augenmaß möglich, meine Damen und Herren. Wir sparen 700 Millionen Euro. Wir kürzen keine einzelnen Ausgaben. Wir haben im Haushalt im Übrigen noch 550 Millionen Euro an Sperren und weiteren globalen Minderausgaben.

Eines war auch skurril: Sie, liebe Frau Köhler – ich schätze Sie sehr –, haben hier gesagt, wir würden die Rücklagen schonen. – Sie hört es jetzt gerade nicht. – Frau Köhler, Sie sagten, wir würden die Rücklagen schonen. Auf der anderen Seite habe ich gehört, wir hätten eine zu hohe Rücklagenentnahme. Eines ist klar: 2,9 Milliarden Euro Rücklagenentnahme ist definitiv keine Schonung von Rücklagen. Als Finanzminister bin ich ehrlich und sage: Eine Schonung ist das nicht. Fakt ist aber, dass wir mit unseren 20 Milliarden Euro – ich sage dies noch einmal – für drei Jahre Gestaltungsspielraum haben, da wir noch gar nicht wissen, ob wir all diese Mittel brauchen. – Dabei bleibe ich. Ich strebe nicht an, die Ermächtigungen auszuschöpfen. Das mache ich nur, wenn es sein muss.

In den letzten beiden Jahren haben wir das gut gemanagt. Jetzt schreiben wir die Kreditermächtigung fort. Sprechen wir doch einmal ganz ehrlich über die Alternative. Wir haben jetzt so vielen Menschen geholfen. Das verstehe sogar ich als Finanzminister. Finanzminister sind ja in der Regel immer als herzlose Wesen verschrien. Wir haben aber überall geholfen, übrigens auch den Sportvereinen. Wir haben für sie schon zweimal 20 Millionen Euro an Hilfen geleistet. Ich hatte auch ein Gespräch. Ich habe klargemacht, dass im Februar/März, als das Gespräch mit mir stattfand, noch niemand weiß, was die nächsten neun Monate bringen werden. Ich glaube, dass jetzt Corona-

Normalität hergestellt werden soll. Niemand ist herzlos. Wir haben sehr viel getan und geholfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist – dies verstehe ich – auch nicht besonders logisch, erst allen zu helfen, aber ein halbes Jahr später zu sagen: Jetzt möchte ich die Kohle wieder. Dies ist unlogisch. Wir haben jetzt folgende Situation: Wir sind noch nicht ganz durch die Corona-Krise durch und müssen daher gemeinsam schauen, wie wir die Krise meistern können. Wir müssen baldmöglichst zurück zur Normalität.

Ich möchte baldmöglichst wieder einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung haben. Das ist doch selbstverständlich. Das ist doch überhaupt kein Geheimnis. Ich habe noch nie etwas anderes erzählt. Das ist des Finanzministers größtes Ziel. Ich lasse mich dann lieber wieder dafür schimpfen, dass wir zu viele Schulden tilgen – das hat es nämlich auch schon gegeben. Der Freistaat Bayern hat vor der Corona-Krise 5,6 Milliarden Euro alte Schulden getilgt. Dies hat kein anderes Bundesland gemacht. Damals gab es hier im Saal kritische Stimmen, die mich geradezu aufforderten, zu sagen: Wir brauchen hier eine Milliarde, dort eine Milliarde und anderswo auch noch – so wie es jetzt vielleicht in Berlin gemacht wird, wo die Milliarden in den Sonderfonds Klima übertragen werden. In Bayern legen wir keinen Sonderfonds auf, sondern etatisieren die Beträge.

Ich will noch einmal sagen, dass wir Krisenmanagement und soliden Haushalt gut austariert haben. Es geht um Verantwortung. Das Jahr 2022 bleibt ein Blick in die Glaskugel. Wir kämpfen für die nächste Generation. Schlechtreden hilft jedenfalls nicht, meine Damen und Herren. Nur Schulden zu machen, ist verantwortungslos; das weiß ich. Wir müssen tilgen. Wir müssen aber auch Strukturen verändern. Es geht darum, sich zu überlegen, wie wir diesen Staat nach der Krise weiter aufstellen. Wir müssen auch weiter investieren, die Inflationsängste der Menschen ernst nehmen und sie bei der Energie entlasten. Ich glaube, das haben wir in den letzten Tagen auch besprochen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen. Vielleicht müssen wir auch einmal unsere Eltern fragen: Wie habt ihr das eigentlich gemacht, als das Land am Boden lag und wieder aufgebaut werden musste, wo alle miteinander erkannten, dass dies nach der größten Krise des letzten Jahrhunderts und wohl noch weit darüber hinaus, nämlich nach dem Weltkrieg, eine Gemeinschaftsleistung sein muss? Wie habt ihr das geschafft? Warum habt ihr nicht in den Mittelpunkt gestellt "Was kann der Staat für mich tun?", sondern gefragt: Wo hat jeder seinen Beitrag zu leisten und anzupacken?

Natürlich ist es besser, sich über Work-Life-Balance zu unterhalten; da bin ich auch sehr dafür. Unsere Eltern werden uns aber nicht antworten, dass dies damals ihre Konzeption war. Damals ging es um harte körperliche Arbeit mit Intelligenz und mit viel, viel Fleiß. Das brauchen wir jetzt auch wieder. Inspiration ist das, was wir benötigen. Ja, wir brauchen intelligente Menschen; wir brauchen Forschung. All das tun wir. Ich nenne die Hightech Agenda. Wir investieren sehr viel Geld in Wissenschaft und Forschung. Darum beneiden uns andere.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

– Ja, das ist wirklich so. Wir brauchen Inspiration, wir brauchen aber auch Transpiration. Wir müssen uns anstrengen. Es wird so sein, dass man auch einmal schwitzen muss. Jedenfalls sagen mir meine Eltern: Inspiration und Transpiration im letzten Jahrhundert haben sich gelohnt; wir haben euch nämlich einen Staat, ein Land übergeben, das das Deutschland, das das Bayern ist, wie wir es kennen. Deswegen bitte ich bei aller Beschwer, bei aller Sorge angesichts der Tatsache, dass keiner weiß, was in den Jahren 2022 und fortfolgende passieren wird, dennoch, sich doch auch wieder einmal darüber zu freuen, in welchem Land wir alle miteinander leben dürfen. Wir sollten diese Freude auch anderen gegenüber zum Ausdruck bringen und erklären, was alles wir tun können, was andere längst nicht mehr tun können.Wir sind ein wunderbares Land, und wer das negiert, ist geradezu eskapistisch veranlagt, meine Damen und Herren. Es ist doch ein Witz, so zu tun, als ginge bei uns morgen die Welt unter. Das Gegenteil ist doch der Fall.

Dieser Haushalt hilft den Menschen im Land. Bayern wird vor, in und nach der Krise ein wunderbares Land sein, und wir tun alles Menschenmögliche. Darauf kommt es an, das Menschenmögliche muss getan werden. In diesem Haushalt ist das Menschenmögliche, was im Moment getan werden kann, abgebildet. Wenn ich sage, das Menschenmögliche wird getan, dann gibt es doch noch eine ganz wichtige Bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren, die da lautet: Gott mit dir, du Land der Bayern! Auch auf ihn wird es ankommen.

Danke, alles Gute, und ich bitte um die Zustimmung zu diesem so wunderbar gelungenen Haushalt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Finanzminister, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor, vom Kollegen Mang.

Ferdinand Mang (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben jetzt dreimal unsere Kritik wegen der Überschreitung der Schuldenbremse gehört. Insbesondere möchte ich noch einmal auf das Corona-Investitionsprogramm eingehen, und zwar enthält das eben das Klimaschutzprogramm. Auch der ORH hat noch vorgestern in seiner Stellungnahme gerügt, dass hier die gesetzliche Grundlage der Begründung nicht reicht.

Ich möchte noch mal die Erläuterung zu diesem Gesetz vorlesen:

> Im Rahmen des Corona-Investitionsprogramms sollen Schwerpunkte in den Bereichen [...] sowie im Klimaschutz gesetzt werden. Besonders zielgerichtet sollen hierfür Maßnahmen in erneuerbare Energien, natürliche CO_2-Speicher [...]

usw. usf.

Jetzt frage ich Sie: Was haben denn bitte natürliche CO_2-Speicher zur Überwindung der Notlage beizutragen? Das würde ich bitte gerne hören.

Der letzte Satz der Begründung:

> Insgesamt umfasst dieses Investitions- und Stabilisierungsprogramm, das auch gezielte Impulse für zentrale Zukunftsthemen wie den Klimaschutz enthält, ein Gesamtvolumen von rund 1,5 Mrd.€.

Also da frage ich mich auch, inwieweit gezielte Impulse für zentrale Zukunftsthemen –

(Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Ferdinand Mang (AfD): – hier die Überwindung der Notlage – –

(Anhaltende Unruhe)

Das müssen Sie sich anhören, da nützt Ihr Geschrei nichts!

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Zeit ist um!

Ferdinand Mang (AfD): Also, Herr Staatsminister, ich bitte um Antwort.

(Zurufe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Finanzminister, bitte schön.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich lasse mich gerne auffordern. – Herr Mang, ich akzeptiere den ORH sehr. Der ORH ist eine wichtige staatliche Institution. Wir nehmen Hinweise vom ORH immer ernst. Die Begründung zu dem Gesetz liegt vor. Ich wüsste jetzt nicht, was da nicht zusammenpassen würde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke schön. Es liegen keine Meldungen zu weiteren Zwischenbemerkungen und Redebeiträgen mehr vor. Deshalb ist die Aussprache ge-

schlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2022 abstimmen. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 18/19170, der interfraktionelle Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf der Drucksache 18/21916, der Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 18/21509 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/22095.

Vorweg ist über den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 18/21509 abzustimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das ist das restliche Haus, also die anderen Fraktionen. Sind irgendwo Fraktionslose? – Das sehe ich nicht. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Gesetzentwurf auf der Drucksache 18/19170 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Gesetzentwurf zur Annahme mit der Maßgabe, dass verschiedene Änderungen durchgeführt werden. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Zustimmung zum Gesetzentwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen. Darüber hinaus schlägt er die Vornahme weiterer Änderungen vor. Im Einzelnen verweise ich auf die Beschlussempfehlung auf der Drucksache 18/22095.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU

und FDP. Gegenstimmen! – Das ist die AfD. Enthaltungen? – Keine. Fraktionslose sind keine da. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Per Aufstehen. – Das haben wir doch schon gemacht? – Egal. Das Gesetz ist so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2022)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf der Drucksache 18/21916 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis. Oder wehrt sich jemand dagegen? – Nein.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplanes 2022, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21399 mit 18/21406, 18/21411 mit 18/21424, 18/21449 mit 18/21458, 18/21483 mit 18/21490, die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Haushaltsausschusses auf der Drucksache 18/21906 und der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/21913.

Wir kommen zunächst zur namentlichen Abstimmung über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Ich bitte, schon mal die Abstimmungsgeräte bereitzuhalten.

Zuerst stimmen wir ab über den Antrag der GRÜNEN auf der Drucksache 18/21913, "Geflüchtete in Bayern menschenwürdig aufnehmen und bei der Integration unterstützen".

Wir beginnen mit der Abstimmung. Die Zeit beträgt wie immer drei Minuten bei der ersten Abstimmung. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 16:08 bis 16:11 Uhr)

So, jetzt hat sich mein kleiner Holperer geklärt. Ich hatte etwas überblättert. Wir müssen tatsächlich noch die Schlussabstimmung zum FAG durch Aufstehen machen, damit da keine Verwirrung entsteht.

Wer dem Gesetzentwurf, den ich vorhin nur mit Handzeichen habe abstimmen lassen, zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Jetzt machen wir dasselbe noch mal. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Danke schön. Gegenstimmen! – AfD. Enthaltungen? – Keine. Fraktionslose sind nicht da. Aber jetzt ist das Gesetz endgültig angenommen.

Die drei Minuten laufen noch. –Gibt es Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht abgestimmt haben? Letzte Chance! – Damit ist die namentliche Abstimmung geschlossen.

Ich gehe schon zur nächsten namentlichen Abstimmung über. Diese geht über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Bildungsgerechtigkeit von Anfang an – Kita-Ausbau U6 voranbringen" auf der Drucksache 18/21416. Der Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Auch darüber stimmen wir namentlich ab. Die Abstimmung beginnt jetzt. Zwei Minuten! Bitte schön.

(Zuruf)

– Hat man es nicht gehört? Das ist die nächste namentliche Abstimmung, diesmal über den Antrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 18/21416.

(Namentliche Abstimmung von 16:11 bis 16:13 Uhr)

Wir können die Zeit nutzen und die zwei Minuten überbrücken. Ich gebe das Ergebnis der ersten namentlichen Abstimmung bekannt: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN betreffend "Geflüchtete in Bayern menschenwürdig aufnehmen und bei der Integration unterstützen" auf der Drucksache 18/21913. Mit Ja haben 34 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 62 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: null. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt. –

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Die Zeit läuft. Gibt es jemanden, der noch nicht abgestimmt hat? – Ich sehe niemanden. Dann fahre ich, bis das Ergebnis kommt, fort mit den Änderungsanträgen, über die wir in einfacher Form abstimmen können.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Zuschuss zur Förderung eines Dual-Fluid-Reaktors" auf der Drucksache 18/21484 ab. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das ist das restliche Haus. Stimmenthaltungen? – Keine. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht da. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Als Nächstes kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Streichung des ‚Corona-Investitionsprogramms‘" auf der Drucksache 18/21487. Auch dieser ist vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung empfohlen worden.

Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Wiederum das restliche Haus. Stimmenthaltungen? – Keine. Fraktionslose: keine anwesend. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Globale Minderausgabe zur Minderung des Kreditbedarfs des Sonderfonds Co-

ronapandemie" auf der Drucksache 18/21490. Auch dieser wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Wiederum das gesamte restliche Haus. Stimmenthaltungen? – Keine. Fraktionslose Abgeordnete: auch keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Schließlich lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Entgelte für Personal zur Unterstützung der Schulen bei der Erteilung von Präsenz- und Distanzunterricht, Beschäftigte im Rahmen der Unterstützungskonzepte zur Bewältigung pandemiebedingter Lernrückstände sowie Personal für den Verwaltungsvollzug" auf der Drucksache 18/21403. – Muss es immer so lang sein?

(Heiterkeit)

– Entschuldigung! – Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung.

Wer dem Antrag entgegen dem Ausschussvotum zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Fraktionslose Abgeordnete: nicht da. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Haben wir schon das Ergebnis? – Jetzt gibt es das Ergebnis der zweiten namentlichen Abstimmung. Das ist der SPD-Antrag auf der Drucksache 18/21416. Mit Ja haben 33 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 61 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: null. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13 selbst. Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in

der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/21906 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 13 mit den vom federführenden Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich jetzt vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU und die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die AfD und die FDP. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht da. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 18/21906.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, SPD und FDP. Gegenstimmen! – AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Damit ist so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 13 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2022. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf der Drucksache 18/19171, der Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Frak-

tion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 18/21571, die Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf den Drucksachen 18/21915 und 18/22050, die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 18/21219 mit 18/21224, die Änderungsanträge der AfD-Fraktion auf den Drucksachen 18/21503 und 18/21504, die Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf den Drucksachen 18/21233 mit 18/21235 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/22096 und der zum Plenum eingereichte interfraktionelle Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 18/22225.

Vorweg ist über den zum Plenum eingereichten interfraktionellen Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 18/22225 in einfacher Form abzustimmen.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, SPD und FDP. Gegenstimmen! – Das ist die – – Jetzt different?

(Zuruf von der AfD)

– Ist es "Gegenstimme"?

(Zuruf von der AfD)

– Oder ist es "Enthaltung"?

Ich frage jetzt nach den Enthaltungen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und – –Ich bin jetzt nicht ganz sicher, wie die AfD-Fraktion abgestimmt hat. Enthaltung?

(Zuruf: Ja!)

– Enthaltung. Gut. – Der Änderungsantrag ist damit – – Wir können es auch noch ändern.

(Zurufe)

– Dafür! Also, die AfD stimmt auch dafür – für das Protokoll. Der Änderungsantrag ist damit angenommen. Man muss das nur richtig festhalten.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/21504, über den einzeln und in einfacher Form abzustimmen ist. Der Änderungsantrag wird vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle weiteren Fraktionen. Enthaltungen? – Liegen nicht vor. Fraktionslose sind nicht anwesend. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Jetzt ist noch über alle weiteren zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2022 eingereichten Änderungsanträge, die in den Ausschüssen zur Ablehnung empfohlen wurden, abzustimmen. Konkret sind dies die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21219 mit 18/21224, 18/21233 mit 18/21235 und 18/21503. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass dies im Rahmen einer Gesamtabstimmung unter Zugrundelegung des jeweiligen Votums des federführenden Ausschusses geschehen soll. Ich lasse daher so abstimmen.

Wer hinsichtlich der genannten Änderungsanträge mit der Übernahme des Votums seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist und so stimmen will, denn bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Fraktionslose sind nicht anwesend. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/19171. Hierzu empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Der endberatende Aus-

schuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen ebenfalls zugestimmt. Darüber hinaus schlägt er die Vornahme weiterer Änderungen vor. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 18/22096. Ergänzend wird vorgeschlagen, in der Anlage 2 vor der Überschrift die Angabe "(zu Art. 11)" durch die Angabe "(zu Art. 12)" zu ersetzen.

Wer dem Gesetzentwurf mit all diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER und die CSU. Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD. Enthaltungen? – Keine. Fraktionslose sind nicht anwesend. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, kommen wir jetzt gemäß § 56 der Geschäftsordnung zur Schlussabstimmung. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die FREIEN WÄHLER und die CSU. Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, AfD und FDP. Enthaltungen? – Liegen nicht vor. Fraktionslose sind nicht anwesend. Das Gesetz ist somit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21571, 18/21915, 18/22050 und 18/22225 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Die Haushaltsberatungen sind damit abgeschlossen.

Ich wünsche allen eine schöne und gesegnete Osterzeit. Ich möchte mich ganz herzlich bei allen bedanken, die die Haushaltsberatungen mitgestaltet haben, ganz besonders bei den Abgeordneten, die dazu beigetragen haben, aber natürlich auch dem Ausschussdienst, den Offizianten, den Stenografen, dem gesamten Landtagsamt und

allen Helfern, die im Hintergrund gewirkt haben, damit wir diese Haushaltsberatungen durchführen konnten. Vielen herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Wie gesagt: ein gesegnetes Osterfest! Nach Ostern sehen wir uns ohne die Scheiben dann wieder direkt in die Augen. Alles Gute!

(Schluss: 16:24 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 18: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2022; hier: Geflüchtete in Bayern menschenwürdig aufnehmen und bei der Integration unterstützen (Kap. 13 03 neue TG, Kap. 13 06 Tit. 359 01) (Drucksache 18/21913)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias			
Fackler Wolfgang			
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard			
Grob Alfred			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Häusler Johann			
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian			
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert			
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	34	62	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.04.2022 zu Tagesordnungspunkt 18: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD; Haushaltsplan 2022; hier: Bildungsgerechtigkeit von Anfang an - Kita-Ausbau U6 voranbringen (Kap. 13 18 Tit. 883 75) (Drucksache 18/21416)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Atzinger Oskar			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias			
Fackler Wolfgang			
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard			
Grob Alfred			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Häusler Johann			
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian			
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert			
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	33	61	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu den Tagesordnungspunkten 17 bis 19

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

I. zum Bayerischen Finanzausgleichsänderungsgesetz 2022
(Drs. 18/19170)

II. zum Einzelplan 13 und
(Drs. 18/21906)

III. zum Haushaltsgesetz 2022
(Drs. 18/19171)

I. Bayerisches Finanzausgleichsänderungsgesetz 2022

Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2022)
(Drs. 18/19170)
Drs. 18/21509

II. Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Verstärkung von Investitionsmaßnahmen
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 18/21399

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage
(Kap. 13 06 Tit. 359 01)
Drs. 18/21400

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Sebastian Körber u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuschüsse an Kommunen und Wohnungsbauunternehmen
   (Kap. 13 18 Tit. 893 73)
   Drs. 18/21401

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Schuldenaufnahme am Kreditmarkt
   (Kap. 13 19 Tit. 325 51)
   Drs. 18/21402

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Entgelte für Personal zur Unterstützung der Schulen bei der Erteilung von Präsenz- und Distanzunterricht, Beschäftigte im Rahmen der Unterstützungskonzepte zur Bewältigung pandemiebedingter Lernrückstände sowie Personal für den Verwaltungsvollzug
   (Kap. 13 19 Tit. 428 95)
   Drs. 18/21403

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.
   (Kap. 13 19 Tit. 534 16)
   Drs. 18/21404

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Globale Minderausgabe zur Minderung des Kreditbedarfs in Kap. 13 19
   (Kap. 13 19 Tit. 972 01)
   Drs. 18/21405

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuführungen an den Pensionsfonds gem. Art. 6 Abs. 1 BayVersRücklG
   (Kap. 13 20 Tit. 919 61)
   Drs. 18/21406

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
   (Kap. 13 01)
   Drs. 18/21411

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Streichung der Mittel für die Regierungsfraktionen
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 18/21412

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Entnahme aus der Rücklage
(Kap. 13 06 Tit. 359 01)
Drs. 18/21413

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Hilfe bei der Erstellung von kommunalen Klimaschutzkonzepten: Schaffung von Beratungsstellen in den Landratsämtern
(Kap. 13 10 Tit. 613 21)
Drs. 18/21414

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Solide Förderung für Bayerische Krankenhäuser
(Kap. 13 10 Tit. 891 72)
Drs. 18/21415

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Bildungsgerechtigkeit von Anfang an - Kita-Ausbau U6 voranbringen
(Kap. 13 18 Tit. 883 75)
Drs. 18/21416

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2022
hier: Mittel für Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben erhöhen
(Kap. 13 18 Tit. 883 79)
Drs. 18/21417

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christian Flisek, Harald Güller u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Dorferneuerung im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung
(Kap. 13 18 Tit. Tit. 887 70)
Drs. 18/21418

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – inklusiver Wohnraum für Menschen mit Behinderung durch Konversion von Komplexeinrichtungen
(Kap. 13 18 Tit. 893 75)
Drs. 18/21419

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung der zukunftsfähigen Ausbildung im Handwerk
(Kap. 13 18 neuer Tit.)
Drs. 18/21420

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Jede Schülerin, jeder Schüler und jede Lehrkraft brauchen ein digitales Endgerät
(Kap. 13 18 TG 62)
Drs. 18/21421

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Ausweitung des 10.000-Häuser-Programms zur Förderung der Wärmewende im Gebäudesektor
(Kap. 13 18 TG 66)
Drs. 18/21422

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur - Barrierefreiheit finanziell besser fördern!
(Kap. 13 18 TG 75 - 77 neuer Tit.)
Drs. 18/21423

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Stark und solidarisch in der Pandemie – Sportvereinen unbürokratisch helfen – Verdopplung der Vereinspauschale auch 2022 beibehalten
(Kap. 13 19 Tit. 684 86)
Drs. 18/21424

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonderfinanzierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen und einsparen
(Kap. 13 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/21449

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Rücklagenentnahme
(Kap. 13 06 Tit. 359 01)
Drs. 18/21450

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: „Fraktionsreserve“ streichen
(Kap. 13 06 Tit. 893 06)
Drs. 18/21451

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: ÖPNV-Zuweisungen erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 633 81)
Drs. 18/21452

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Umschichtung der Zuweisungen nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (BayGVFG) zugunsten des ÖPNV
(Kap. 13 10 Tit. 883 08 u. 883 09)
Drs. 18/21453

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Subventionierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen und einsparen
(Kap. 13 10 Tit. 883 08)
Drs. 18/21454

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sonnenstrom auf allen Schuldächern
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/21455

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/21456

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Bau von Radwegen und Photovoltaikanlagen an Staatsstraßen
(Kap. 13 18 Tit. 750 72)
Drs. 18/21457

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Corona-Pooltests in Kitas ermöglichen
(Kap. 13 19 neuer Tit.)
Drs. 18/21458

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Verstärkung von Investitionsmaßnahmen
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 18/21483

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschuss zur Förderung eines Dual-Fluid-Reaktors
(13 03 neuer Tit.)
Drs. 18/21484

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Sicherungsmaßnahmen gegen Blackouts
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 18/21485

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Schuldentilgung
(Kap. 13 06 Tit. 325 64)
Drs. 18/21486

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Streichung des „Corona-Investitionsprogramms“
(Kap. 13 18)
Drs. 18/21487

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung von Schnelltests
(Kap. 13 19 Tit. 514 65)
Drs. 18/21488

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kostenerstattungen und sonstige Ausgaben zur Umsetzung der Bayerischen Teststrategie
(Kap. 13 19 Tit. 671 65)
Drs. 18/21489

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Globale Minderausgabe zur Minderung des Kreditbedarfs des Sonderfonds Coronapandemie
(Kap. 13 19 Tit. 972 01)
Drs. 18/21490

III. Haushaltsgesetz 2022

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
hier: A 13 für alle Lehrkräfte – Einstieg zum Schuljahr 2022/2023
(Drs. 18/19171)
Drs. 18/21219

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
hier: Änderung des Pflegegeldgesetzes
(Drs. 18/19171)
Drs. 18/21220

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
hier: Kita-Beitragszuschüsse analog zum Krippengeld an Einkommensgrenze koppeln
(Drs. 18/19171)
Drs. 18/21221

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgeltgesetzes
(Drs. 18/19171)
Drs. 18/21222

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
hier: Änderung des Familiengeldgesetzes
(Drs. 18/19171)
Drs. 18/21223

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
   hier: Einführung eines Gehörlosengeldes
   (Drs. 18/19171)
   Drs. 18/21224

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
   hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
   (Drs. 18/19171)
   Drs. 18/21233

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
   hier: Art. 6i (Stellenhebungen im Haushalt 2022) – Schaffung von Beförderungsmöglichkeiten
   (Drs. 18/19171)
   Drs. 18/21234

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
   hier: Verdoppelung der Ballungsraumzulage und Aufhebung des Anwärtergrenzbetrags
   (Drs. 18/19171)
   Drs. 18/21235

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
    hier: Änderung des Art. 30 der Bayerischen Haushaltsordnung
    (Drs. 18/19171)
    Drs. 18/21503

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2022
    hier: Änderung des Art. 2a – Kreditermächtigung
    (Drs. 18/19171)
    Drs. 18/21504

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Dr. Gerhard Hopp
Abg. Benjamin Adjei
Abg. Gerald Pittner
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Gerd Mannes
Abg. Annette Karl
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Benjamin Miskowitsch
Staatsministerin Judith Gerlach
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 16

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

hierzu:

Interfraktioneller Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 18/21075)
Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drs. 18/20878)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20871 mit 18/20875)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/21001 mit 18/21020)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20781 mit 18/20788)

Einzelheiten können Sie der Tagesordnung entnehmen. – Die Gesamtredezeit der Fraktionen für diesen Einzelplan beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten. Die Redezeiten sind mittlerweile bekannt. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/21003 und 18/21007 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Gerhard Hopp für die CSU-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am dritten Tag der Haushaltsberatungen im Plenum biegen wir quasi in die Schlusskurve ein. Ich glaube, nach diesen anstrengenden Tagen, die auch von Krankheit geprägt waren – es sind viele Ausfälle zu beklagen; wir haben es gerade gehört –, ist es angebracht, den Offizianten und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtags von unserer Seite aus Dankeschön zu sagen. Wir danken Ihnen

dafür, wie gut Sie die Herausforderung der langen Sitzungen bewältigt haben. Vielen Dank Ihnen allen für Ihre wirklich großartige Arbeit in den vergangenen Tagen, Wochen und Monaten!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beraten jetzt über den Digitalhaushalt. Wenn man sich die Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre vor Augen führt, dann kommt man zu dem Ergebnis: Auch in den diesjährigen Beratungen im bayerischen Parlament ist deutlich geworden, wie wichtig die Digitalisierung für alle Lebens- und Politikbereiche geworden ist. Wir sehen gemeinsam auf zwei Jahre Pandemie zurück. Wir haben erlebt, wie wertvoll die Digitalisierung für die Bewältigung der großen Herausforderungen ist. Bei allen Problemen, Herausforderungen, Schwierigkeiten und Aufgaben, die noch vor uns liegen, möchte ich mir nicht vorstellen, wie wir in dieser Pandemie hätten arbeiten müssen – wir konnten Schule, Beruf und Familie unter einen Hut bringen –, wenn wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nicht gehabt hätten, meine Damen und Herren.

Wir haben eine Digitalisierungsoffensive auf den Weg gebracht. In Sachen Digitalisierung haben wir ein Momentum, das wir nutzen müssen.

Ich glaube, in der Beratung über diesen Einzelplan ist es wichtig, festzustellen – das sage ich auch mit Blick auf die Digitalministerin Judith Gerlach –: Wir wissen, dass die Digitalisierung alle Bereiche betrifft. Sie war, ist und bleibt eine Querschnittsaufgabe. Es war eine goldrichtige Entscheidung, im Jahr 2018 ein eigenes Digitalministerium als Strategie- und Querschnittsministerium einzurichten. Dieses Ministerium hat bereits gewaltige Initiativen gezeigt und fungiert als Thinktank in der Staatsregierung. Judith Gerlach ist zu diesem Megathema unsere Vertreterin am Kabinettstisch. Sie hat bereits großartige Initiativen auf den Weg gebracht. Das Know-how dieses Ministeriums und der Ministerin ist nicht nur bei uns in Bayern, sondern deutschlandweit und darüber hinaus anerkannt.

Warum? – Sie hat mir ihrem motivierten Team, quasi einem Start-up, in der Staatsregierung Impulse in Bezug auf drei wichtige Punkte gesetzt, die übrigens nicht nur das Ministerium, sondern uns alle betreffen, meinen Damen und Herren.

Erstens. Wie schaffen wir es, bei der Bewältigung der Herausforderungen der Digitalisierung mit allen anderen Top-Regionen in der Welt mitzuhalten?

Zweitens. Wie gehen wir als Staat mit Digitalisierung um?

Drittens. Wie gehen wir als Gesellschaft mit dieser Herausforderung um?

Machen wir uns uns nichts vor: Digitalisierung ist für uns eine Chance, bedeutet aber auch knallharten internationalen Wettbewerb.

Davon hängt auch ab, wie sich der Wirtschaftsstandort Bayern entwickelt. Das zeigt sich bei Zukunftstechnologien wie künstlicher Intelligenz und Blockchain. Beispiel Blockchain: Die bayerische Blockchain-Initiative ist gut gestartet. Insoweit ist Bayern Vorreiter, gerade im öffentlichen Bereich. Viele Impulse in diese Richtung kamen eben aus dem Digitalministerium. Dies gilt auch für die Hightech Agenda, die wir in vorangegangenen Haushaltsberatungen beraten und beschlossen haben; wir sind mitten in der Umsetzung.

Was das Beispiel der Hightech Agenda Plus angeht, so haben wir diese in der Pandemie bewusst verstärkt unterstützt; das ist praktisch ein Konjunkturprogramm. Wir sind in der Umsetzung.

Oder: Aus dem Ministerium stammt die Initiative "Smart Bavaria", die die digitale Verwaltung, also den Staat, in den Mittelpunkt rückt. Eine funktionierende digitale Verwaltung ist ja das Gesicht des Staates und ein wichtiger Standortfaktor. Im Umgang zwischen Staat und Bürgern wird die Digitalisierung eine immer größere Rolle spielen. Digitale Teilhabe ist für den Bürger ein wichtiger Baustein, damit Leistungen in Anspruch genommen werden können. Für den Freistaat ist die Digitalisierung wichtig, um sich als digitaler Standort positionieren zu können.Es war daher im vergangenen Jahr

ein wichtiger und guter Schritt, dass das Digitalministerium zu dem Ansprechpartner bei digitaler Teilhabe geworden ist.

Es gelingt Schritt für Schritt, die Digitalisierung greifbar und die Vorteile erlebbar zu machen und die Menschen bei diesem wichtigen Punkt zu gewinnen, zum Beispiel mit der BayernApp; ein Beispiel von vielen. In der BayernApp werden die wichtigsten Verwaltungsdienstleistungen digital und auch mobil bereitgestellt. Das erleichtert konkret den Kontakt zwischen Staat, Verwaltung und Bürgern. Das wurde eben nicht von oben herab entwickelt, sondern in Digitalisierungslaboren mit Online-Angeboten gemeinsam mit den Bürgern erarbeitet. Deswegen wurde ein ganz zentrales, mobiles Serviceportal auf den Weg gebracht, das jetzt einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger schafft.

Ein Erfolgsmodell ist auch das Programm "Digitales Rathaus" mit einer Vielzahl von einzelnen Förderangeboten, mit dem Online-Dienste, digitale Verwaltungsdienstleistungen bis hin zur Daten- und Cloud-Infrastruktur der Kommunen gefördert werden und das auch in diesem Haushalt zu Recht ausgebaut und fortgeführt wird.

Das waren nur einige von vielen Beispielen, die ich anführen könnte, an denen das Digitalministerium ganz konkret ansetzt.

Auch Zukunftstechnologien sind ein ganz entscheidender Punkt für den Wirtschaftsstandort Bayern. Extended Reality beispielsweise bietet als Querschnittstechnologie gerade in der Anwendung großartige Möglichkeiten für die Industrie und für das Handwerk. Mit dem Maßnahmenpaket Virtuelle Realität Bayern, mit den XR-Hubs, die in München, Nürnberg und Würzburg schon jetzt laufen, gibt es ganz konkrete Anwendungsmöglichkeiten für die Industrie, für das Handwerk, für die Bürgerinnen und Bürger und damit auch vor Ort.

Nicht zuletzt hat das Ministerium in den letzten Jahren auch bei der Film- und Gamesförderung – das ist ein Bereich, der aus meiner Sicht viel zu stark unterschätzt wird – den Standort Bayern gestärkt, gerade in schwierigen Zeiten, in der Pandemie in den

letzten zwei Jahren. So hat sich die Ministerin erfolgreich für einen bayerischen Rettungsschirm eingesetzt, der schnell bei den Kinos, schnell auch vor Ort in der Filmbranche ankam und der im Vergleich zur Bundesebene schneller und unbürokratischer gegriffen hat. Vielen Dank für diese Initiative und für das Engagement für diesen wichtigen Bereich der Kultur und der Wirtschaft in Bayern!

Wir haben aber noch weitere Initiativen gesehen. Mit dem Digitalgipfel oder vor wenigen Wochen hier im Parlament mit dem Digitalgesetz setzt das Ministerium Wegmarken für den Wirtschaftsstandort Bayern, aber nicht nur die inhaltlichen, sondern auch die rechtlichen Leitplanken und Impulse, um als Thinktank in der Staatsregierung die Digitalisierung voranzutreiben.

Wir gehen mit dem heutigen Haushalt, der zur Abstimmung steht, den nächsten Schritt, liebe Kolleginnen und Kollegen, nämlich mit der Unterstützung der neu gegründeten Digitalagentur, die eine zentrale operative Digitaleinheit in der Staatsregierung sein soll, um auch die anderen Häuser schnell zu unterstützen. Flankiert wird das beispielsweise durch das Beschleunigungsbudget – nicht in diesem Haushalt, sondern im Corona-Programm – mit 16 Millionen Euro oder auch mit Initiativen beim "Klimaland Bayern". Es gibt viele Beispiele, bei denen die Kompetenzen Schritt für Schritt erweitert werden und das Digitalministerium sehr erfolgreich arbeitet. Mit den neuen Kompetenzen gehen aber auch neue Stellen einher. 25 Planstellen werden neu aufgebaut und stärken das Haus.

Herr Kollege Kaltenhauser, ich kenne die Diskussion sehr gut aus dem Haushaltsausschuss; wir führen sie auch. Ich schätze Sie und weiß auch, welche Punkte Sie einbringen werden. Sie kritisieren immer wieder das Haushaltsvolumen und die Ausgestaltung des Digitalhaushalts. Mich wundert nach wie vor, dass Sie genau das, was die FDP eigentlich ausmachen müsste, nicht zeigen, nämlich einen modernen Politik- und Ressortansatz. Wir wollen eben nicht im alten Ressortdenken verhaftet bleiben. Wenn wir alle Digitalbereiche zusammenrechnen würden, wären wir bei allen Ressorts im Digitalbereich insgesamt bei über 2,2 Milliarden Euro.

Wir haben mit dem Digitalministerium ein Strategieministerium, das als Querschnittsministerium als Antreiber Impulse setzt und alle Bereiche zusammenführt. Es wäre doch keine Lösung, jetzt alles aus jedem Ministerium herauszunehmen und dann auf dem Papier einen großen Ansatz zu haben und ihn vor sich her zu tragen. Der moderne Ansatz, den wir gewählt haben, ermöglicht, dass alle Häuser unterstützt werden können. Herr Kaltenhauser, ich kenne die Diskussion mit Ihnen; das schätze ich auch. Aber mich wundert, dass Sie nach wie vor an der alten Argumentation festhalten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir in der Koalition unterstützen die Arbeit der Ministerin, die sich deutschlandweit etabliert hat. Wir bringen eigene Anträge ein, um weiter an der Seite der Ministerin zu stehen, beispielsweise bei den Kinos mit den Programmprämien.

Zu den Anträgen der Opposition kann ich vergleichsweise leider wenig sagen, weil Sie fast gleichlautende Anträge aus den letzten Jahren immer wieder eingebracht haben.

Liebe Kollegen der AfD-Fraktion, ich bin nicht überrascht, aber doch ein Stück weit enttäuscht, dass Sie überhaupt nicht auf die Diskussion eingehen, wenn Sie in jedem Jahr wieder mit 12, 13, 14 Anträgen die Abschaffung der bayerischen Filmförderung fordern. Sie greifen immer wieder Einzelpunkte mit gleichlautenden Begründungen auf und blenden völlig aus, weil es Ihnen ideologisch nicht passt, dass der Filmstandort Bayern für die Kultur, aber auch als Wirtschaftsfaktor bei uns ganz wichtig geworden ist und dass sich jeder einzelne Euro, den wir in der Filmförderung einsetzen, bei uns fünfmal auszahlt. Die Kürzung, die Sie vorschlagen, würde die Axt auch an den Kulturstandort Bayern anlegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir halten hier dagegen, meine Damen und Herren. Wir unterstützen und schätzen die Digitalministerin Judith Gerlach, die eine hervorragende Arbeit leistet und die sich in den Digitalstandort Bayern ganz massiv einbringt. Der Haushalt legt eine gute wei-

tere Grundlage. Insofern hat er die volle Unterstützung von uns verdient, von der CSU-Fraktion, von der Koalition und auch von Ihnen. Deswegen mein Appell: Stimmen Sie diesem hervorragenden Haushalt zu!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Kollegen Benjamin Adjei, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Kollege Hopp, Sie haben gerade die Digitalagentur angesprochen. Ich frage mich jetzt, warum Sie die Digital-Taskforce im letzten Haushalt abgelehnt haben, die ja faktisch die gleiche Aufgabe haben sollte.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Vielen Dank für Frage. – Sie haben einen Antrag dazu eingebracht. Ich glaube aber, Sie haben damals unterschätzt, welche Bedeutung dieses Thema hat. Die Aufgabe der Digital-Taskforce, wie Sie dies eingebracht haben, hätte genau nicht den Mehrwert in der Staatsregierung gebracht, auch allen anderen Häusern zuzuarbeiten und Serviceagentur in der Staatsregierung zu sein. Wir wollten dies nicht flächendeckend und nicht wahllos ausgestalten, sondern die Digitalagentur soll sich ganz konkret – ich habe es angesprochen – am Kabinettstisch einbringen und als Thinktank in der Staatsregierung tätig sein. In diese Richtung geht die Digitalagentur. Das ist ein anderer Zungenschlag, als Sie es mit der Taskforce damals eingebracht haben. Sie wollten das flächendeckend ausrollen. Wir wollen das Digitalministerium mit der Digitalagentur innerhalb der Staatsregierung in die Pflicht nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist wiederum Benjamin Adjei für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Gerhard Hopp, ich schätze deine Meinung eigentlich sehr. Ich bin aber gerade doch etwas überrascht gewesen. Du hast am Anfang die Digitalisierung in Bayern während Corona total gelobt und gesagt: Das ist voll gut gelaufen. Es ist super, dass wir ein Digitalministerium haben. – Ich frage mich wirklich, wo du eigentlich die letzten zwei Jahre warst. Wenn ich in Schulen gehe, dort mit Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern spreche und die frage, wie sie Digitalisierung in den letzten zwei Jahren einschätzen, dann stelle ich fest, dass die dir eine ganz andere Einschätzung abgeben werden als die, die ich gerade von dir gehört habe.

Vergleichen wir doch einfach mal die Situation bei uns hier in Bayern mit anderen Ländern wie Finnland, Norwegen oder vielleicht auch der Ukraine, wie diese Länder sich während der Pandemie im Bereich der Digitalisierung entwickelt haben. Die Ukraine ist ein aktuelles und gutes Beispiel dafür. Während das Land gerade einem Angriff ausgesetzt ist, schaffen sie es, die geflüchteten Kinder, die gerade europaweit unterwegs sind, mit digitalem Unterricht zu versorgen. Das ist ein funktionierendes digitales Schulsystem aus der Ukraine, die sich gerade im Krieg befindet. So sieht Digitalisierung in anderen Ländern aus, liebe Kolleginnen und Kollegen. Davon können wir uns noch ein ganz dickes Stück abschneiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass man hier die notwendigen Strukturen schaffen muss, um die Digitalisierung jetzt auch qualitativ weiterzuentwickeln und voranzutreiben, ist euch jetzt auch in der Koalition bewusst geworden.

Ich habe im Rahmen des letzten Haushalts – ich habe es gerade schon angesprochen – eine Digital-Taskforce gefordert, angesiedelt im Ministerium, nicht flächendeckend, sondern im Ministerium als aktive Taskforce, die sich dort um die Digitalisierung in den Behörden und in den Ministerien als Querschnittsaufgabe kümmert. Ihr habt das abgelehnt und gesagt: Das brauchen wir nicht.

Und was kommt jetzt? – Jetzt kommt eine Digitalagentur, outgesourct in eine GmbH – anderer Name, andere Zuordnung, aber inhaltlich genau die gleiche Aufgabe. Danke fürs Abschreiben! Nächstes Mal könnt ihr unserem Antrag auch einfach zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder fangt doch gleich damit an, beispielsweise heute mit den Chefdigitallots*innen oder den CIOs, die wir in allen Landratsämtern fordern. Das ist eine gute Forderung, wie ich finde; denn das stärkt die Digitalisierung in den Kommunen vor Ort von unten herauf und unterstützt die niederschwellige und regionale Vernetzung von Städten und Gemeinden untereinander. Solch eine niederschwellige Struktur ist dringend notwendig. Insgesamt macht die Staatsregierung beim Ausbau der digitalen Verwaltung wirklich nur das, was unbedingt notwendig ist. Das spiegelt sich leider auch im Haushalt wider.

Ein halb gares Digitalgesetz nutzt nichts, wenn am Ende die notwendigen finanziellen Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden oder sich das Kultusministerium sogar noch aus dem Gesetz herausstreichen lässt, weil es keine Lust auf Digitalisierung hat. Sich hinzustellen und den Kommunen den Schwarzen Peter zuzuschieben, wie es die Digitalministerin in letzter Zeit immer wieder macht, hat mit konstruktiver Politik überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anders sieht es bei der digitalen Infrastruktur aus. Hier stehen tatsächlich mehr als genug Mittel zur Verfügung. Diese werden aber nicht abgerufen, weil der Markt mittlerweile komplett überfördert ist.

Zum Thema Glasfaserausbau haben wir beispielsweise einen Antrag eingereicht. Es soll nicht mehr nur angebotsorientiert gefördert werden, sondern anhand der Nachfrage im Sinne des Voucher-Modells Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition, diese Voucher lehnt ihr seit Jahren ab. Ihr blockiert damit ganz klar den Ausbau

der digitalen Infrastruktur, verhindert gleichwertige Lebensbedingungen und schwächt den Wirtschaftsstandort Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt zählt ihr immer wieder alle möglichen kleinen Projektchen auf, die im Haushalt zu finden sind. Aber etwas Richtiges, etwas Dauerhaftes und etwas Strukturelles entsteht leider nie.

Schwerpunkt Umwelt: Nichts dabei herausgekommen. Schwerpunt Soziales: Nichts dabei herausgekommen. Schwerpunkt Wirtschaft: Wenn ich mir die Projektchen im Haushalt so anschaue, dann meine ich, auch da wird nichts Gescheites herauskommen. Ein Beispiel gefällig? – Das Modell "KI-Transfer Plus". Mit der OTH-Regensburg und drei Unternehmen soll geschaut werden, wie KI in die Unternehmen gebracht werden kann. Die Bundesregierung macht das anders. Sie hat eine große Gesellschaft für Daten, Innovation und Transfer auf den Weg gebracht. Diese kümmert sich strukturell um die Frage, wie KI in die Unternehmen gebracht werden kann. Das ist das richtige Vorgehen und nicht das Vorgehen, eine Uni und drei Unternehmen zu nehmen und zu schauen, ob was Cooles herauskommt. Wir müssen strukturell etwas verändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein anderes Beispiel ist "Next Generation 4 Bavaria". Hierbei sollen 50 Unternehmer*innen bei der Unternehmensübernahme und der Implementierung von Innovations- und Digitalstrategie ein Jahr lang kostenlos begleitet werden. 50 Unternehmen bei 35.000 anstehenden Unternehmensübernahmen, da werden nicht einmal 2 Promille unterstützt. Auch hier brauchen wir ein flächendeckendes und breit angelegtes Förderprogramm, das für alle inhabergeführten Unternehmen zugänglich ist. Das wäre der richtige Weg. Statt x kleiner Pilotprojekte, die am Ende alle im Sande verlaufen, brauchen wir breit angelegte, strukturelle und dauerhafte Förderprogramme, um langfristig etwas zu verändern. Das sehe ich in diesem Haushalt leider nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz auf den Kulturbereich eingehen, der mit Filmen, Kinos und Games einen großen Teil des Einzelplanes darstellt. Die Erkenntnis aus der Corona-Pandemie ist ganz klar: Wir Menschen brauchen das kulturelle Miteinander wirklich. Einfach mal wieder ins Kino zu gehen, ist vermutlich ein Bedürfnis, das alle von uns in der letzten Zeit verspürt haben. Gleichzeitig sind die Kinos sehr stark von der Corona-Pandemie getroffen worden. Liebe Frau Gerlach, ich weiß, dass Sie sich während der Pandemie für die Kinos eingesetzt haben. Das rechne ich Ihnen auch an. Aber jetzt sehen sich die Programmkinos mit der großen Herausforderung von Rückzahlungsforderungen konfrontiert, wegen der Corona-Hilfen auf der einen Seite und der Programmprämien auf der anderen Seite. Das Zahlungsziel 01.05.2022 stellt viele Betreiber, die noch immer mit niedrigen Besucherzahlen zu kämpfen haben, vor massive Probleme und Herausforderungen. Sie müssen aktiv werden und eine Stundung oder Ähnliches ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider muss die sowieso schon gebeutelte Kinobranche im vorliegenden Haushalt noch zusätzlich weitere Einschränkungen hinnehmen. Die Zuschüsse für technische Innovationen und innovative Geschäftsmodelle im Bereich der audiovisuellen Medien und des Kinos sind um 550.000 Euro gekürzt worden. Das Filmfest muss auch mit einer halben Million Euro weniger auskommen, obwohl es beispielsweise wegen aufwendiger Outdoor-Veranstaltungen hohe Kosten hatte. Die Kürzungen in diesen beiden Bereichen schwächen den Filmstandort Bayern nachhaltig und müssen umgehend zurückgenommen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss: Die digitale Transformation verändert all unsere Lebensbereiche ganz maßgeblich. Der vorliegende Haushalt wird diesen Veränderungen aber überhaupt nicht gerecht. Wir brauchen Mut zu Verände-

rungen. Diese Veränderungen müssen sich auch in einem zukunftsgerichteten Haushalt wiederfinden. Packen Sie das endlich an!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Kollege Gerald Pittner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Adjei, vor ungefähr einem Jahr standen wir hier und haben über die Corona-App diskutiert. Können Sie sich daran erinnern? Damals haben Sie diese App vehement und genauso leidenschaftlich wie heute befürwortet. Sie haben diese vorgeschlagen und gesagt, dass man das machen muss und Bayern ganz hintendran ist. Was ist das Ergebnis heute? Wer spricht von der Luca-App? – Kein Mensch braucht sie. Genutzt hat sie nichts. Die alte Corona-App gibt es noch heute. Wie ich damals schon gesagt habe, aufgebohrt. Natürlich hätte man das damals schon machen können. Nicht alles, was aus Ihrer Sicht hip und modern ist, ist gut für diesen Staat und gut für die Menschen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dazu gehört auch Ihre Rede. Natürlich ist beim Thema Digitalisierung nicht alles gut. Darüber brauchen wir gar nicht reden. Aber der Haushalt bietet den richtigen Ansatz. Er bietet durchaus erhebliche Steigerungsraten: 13,9 Millionen Euro und 16 Millionen Euro noch einmal als Verstärkungsmittel im Haushaltsplan 13. Die Planstellen werden um 25 Stellen erhöht. Zum Teil sind diese natürlich vom Bund finanziert. Das wollen wir gar nicht verschweigen. Wir sind ja ehrlich. Sie sollen den ELSTER-Aufbau unterstützen. Der Haushalt ist genau richtig für die Aufgabenstellung des Digitalministeriums. Sie hadern damit, weil Sie ein anderes Ministerium wollen. Die schwarz-orange Koalition hat sich dazu entschieden, über und neben der bestehenden Struktur ein Digitalministerium aufzubauen als Beratungseinheit, als überwölbende Cloud über die

Exekutive. Das Ministerium soll beraten, aber nicht ausführen. Das ist der Unterschied, und das wollen Sie nicht einsehen. Das ist aber gleichzeitig auch das Problem des Digitalministeriums und der Digitalministerin. Wir scheitern, wenn Sie so wollen, ich mag das eigentlich gar nicht sagen, an dem berühmten Beamten-Dreisatz: Das haben wir schon immer so gemacht, das haben wir noch nie so gemacht, da könnte ja jeder kommen.

Digitalisierung ist nur dann erfolgreich, wenn wir die analogen Strukturen nicht einfach digitalisieren. Das Digitalministerium muss, um Erfolg zu haben, in alle Ministerien mehr oder weniger eingreifen und dafür sorgen, dass sich die Gesamtverwaltung ändert, um die Struktur insgesamt zu verändern. Dazu gehören beispielsweise Logistik und Infrastruktur. Deswegen gilt ein herzliches Dankeschön den Kollegen Eibl und Ludwig, die im Wirtschaftsministerium für die Infrastruktur sorgen.

Letztendlich kann man sich darüber streiten, ob der Aprilscherz der Ministerin lächerlich oder kindisch war. Aber er hat natürlich ein Problem aufgezeigt: Das Faxgerät ist in den Behörden Realität. Warum ist es Realität? – Weil die Kupferleitungen im ländlichen Raum noch funktionieren und die Breitbandverkabelung, auch wenn sie schöngeredet wurde, doch nicht so gut funktioniert und nicht überall vorhanden ist, wo man sie braucht.

Natürlich steht Bayern deutschlandweit gut da, aber nicht im Verhältnis zu den Industrieländern, mit denen wir uns eigentlich vergleichen sollten. Jetzt komme ich zu dem Vorschlag, der Kollege Bergmüller möge sich in Estland oder Lettland, ich weiß jetzt nicht, wo genau, einbürgern lassen und einen entsprechenden Antrag stellen. Vermutlich könnte er dies von München aus online tun.Im umgekehrten Fall habe ich da meine Zweifel. Das liegt natürlich daran, dass die Digitalministerin eigentlich auch auf die Leute zugehen muss. Ihr Ministerium muss nicht nur physische Aufgaben erledigen; da gehören auch Emotionen und Empathie dazu, um Überzeugungsarbeit zu leisten. Der finanzielle und physisch-technische Aufschlag im Haushalt ist gut; es

scheitert aber – zumindest im Moment – an der Durchsetzungskraft. Daran müssen wir noch arbeiten.

Wir wollen einen Thinktank; wir wollen, dass das Ministerium über den richtigen Weg nachdenkt. Es kam ja auch etwas Gutes, nämlich der Entwurf des Digitalgesetzes, dabei heraus. Das muss man einmal sagen. Das Digitalgesetz ist ein hervorragender Entwurf; das hat auch die Sachverständigenanhörung ergeben. Es gibt noch zwei Punkte, an denen herumgemäkelt wird, zum Beispiel daran, dass es kein Open-Data-Gesetz ist. Das soll es ja aber auch nicht sein. Das ist so, als würde jemand bei der Einführung einer Änderung der Straßenverkehrsordnung monieren, dass davon die steuerrechtlichen Regelungen nicht berührt seien. – Natürlich nicht! Das war nicht die Aufgabe der Digitalministerin und auch nicht des Digitalgesetzes; der Aufschlag ist gut. Wir warten jetzt natürlich auf die Umsetzung. Die Ideen darin sind gut, aber es muss umgesetzt werden. "Just Do It" ist die Aufgabe. Nur daran kann man gemessen werden. Wenn man auf der Homepage zum Digitalgesetz nachschaut, dann heißt es immer nur: wird, will, plant, hat gestattet etc. pp. Da ist viel Wollen dabei. Wir warten auf die Umsetzungsphase, die jetzt natürlich langsam kommen muss.

Das Digitalministerium besteht seit drei Jahren; in dieser Zeit ist gedanklich viel passiert. Da sind wir durchaus einer Meinung; das halten wir auch für gut. Jetzt muss das natürlich in allen Fachministerien umgesetzt werden. Das wird sicherlich bei der damals von der Bayernkoalition gewählten Konstruktion nicht einfach; da wird die Ministerin auch zeigen können, was sie draufhat – das sage ich jetzt einfach mal so ganz banal.

Der Haushaltsentwurf erfüllt jedenfalls genau das, was wir als Aufgaben für das Digitalministerium festgesetzt haben. Er erfüllt, dass die Digitalministerin die Möglichkeit hat, hier mit ihrer durchaus motivierten und gut aufgestellten Mannschaft die richtigen Entscheidungen zu treffen und auf die Behörden zuzugehen. Aber jetzt muss es halt passieren. Das ist die Aufgabe, die sie hat. Wir werden sie dabei unterstützen. Deswe-

gen plädiere ich auch dafür, den Haushalt zu bejahen und ihm zuzustimmen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Kartellparteien haben in den vergangenen Jahren unseren Staatshaushalt auf fahrlässige Weise ruiniert. Damit meine ich die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen, die unsere Wirtschaft schwer beschädigt und gleichzeitig den Digitalkonzernen Milliardengewinne beschert haben. Dazu kommt die Inflation, die durch ökosozialistische Planwirtschaft und hemmungslose Gelddruckerei entstanden ist. Diese verheerende Entwicklung zeigt, wie unsere Regierung systematisch unseren Wohlstand vernichtet; allein in Bayern wurden in der Corona-Krise über 10 Milliarden Euro an zusätzlichen Krediten aufgenommen.

(Zuruf)

Jetzt zum Einzelplan Digitales, wo 120 Millionen Euro, also relativ wenig, eingeplant sind: Kollegen, bei der Verteilung der Haushaltsmittel haben Sie sich in eine ideologische Sackgasse manövriert. Die fanatische Klimapolitik – so muss man es nennen – zieht sich durch all ihre Einzelpläne bis hin zur Digitalisierung. Das halte ich persönlich für einen großen Unsinn. – Frau Gerlach, Sie schwärmen im Haushaltsplan Digitales vom "Klimaland Bayern", während wir bei der Digitalisierung im internationalen Vergleich doch wirklich nicht optimal aufgestellt sind.

Sie fantasieren von künstlicher Intelligenz für den Klimaschutz. Aber seien wir doch einmal ehrlich! Dabei mangelt es in Bayern an guten Standortbedingungen für KI-Un-

ternehmen; so sieht es doch aus. Jetzt wollen Sie den sogenannten Ökotoken einführen. Er ist völlig nutzlos und bringt doch keinen Mehrwert.

Sehr geehrte Kollegen, Ihre Betrachtung von Klimaschutzthematik ist schon fast allpräsent und totalitär; das muss man einfach einmal sagen. Dabei böte die Digitalisierung viel Spielraum, um wirklich echte Wertschöpfung zu generieren. Mit den 2 Milliarden Euro aus der Hightech Agenda hat ja die Staatsregierung einen richtigen ersten Grundstein für die wettbewerbsfähige Digitalindustrie gelegt; das muss man auch einmal sagen. Auch die Förderung des Breitbandausbaus mit 225 Millionen Euro geht in die richtige Richtung. Leider werden die Mittel nicht abgerufen und sollten einmal der Realität angepasst werden. Wir halten es auch für falsch, dass der Digitalbonus jetzt von 40 Millionen Euro auf 30 Millionen Euro gekürzt wurde.

Jetzt noch zu den einzelnen Punkten des Einzelplans Digitales: Wir haben 12 Änderungsanträge vorgelegt, die aus unserer Sicht eine deutliche Verbesserung des Haushalts bringen. Wir wollen die ideologisch motivierten Ausgaben für den Pseudo-Klimaschutz – das habe ich vorhin schon gesagt – streichen; er hat doch wirklich nichts im Digitalhaushalt verloren. Bei den Mitteln für die staatlich verordnete Umerziehung der Wirtschaft mit dem sogenannten Ökotoken schlagen wir natürlich auch eine Streichung vor. Auch die Filmförderung – Sie haben es vorhin angesprochen, Herr Hopp – hat doch nichts im Digitalhaushalt verloren; das hat doch nichts mit Digitalisierung zu tun. Das sollte man aus unserer Sicht umsetzen.

Wir wollen die frei werdenden Mittel eben für zielgerichtete Digitalisierung einsetzen. Wir sehen für die Digitalisierung der Verwaltung zusätzlich 3 Millionen Euro vor; weitere Mittel schlagen wir für die Förderung von Blockchain-Technologie und auch für den Spielesektor vor. Da wollen wir mehr Geld ausgeben. Wir wollen zusätzlich 4 Millionen Euro für die Einrichtung eines Datentreuhänders, der bei der bayerischen IHK installiert sein soll, damit öffentliche Daten für die bayerische IT-Wirtschaft zugänglich werden. Das wäre aus unserer Sicht ein sinnvoller Vorschlag, um die Digitalisierung voranzubringen.

Meine Damen und Herren, vielleicht lassen Sie mich noch etwas zum Digitalgesetz sagen. Die Staatsregierung hat mit dem Bayerischen Digitalgesetz sicherlich einen Versuch gestartet, die Digitalisierung voranzubringen. Das Gesetz enthält viele wichtige Ansätze, lässt aber auch viele Fragen in der Umsetzung der Digitalisierung offen. Um die Digitalisierung der Wirtschaft, der Behörden und – ich sage einmal – der ganzen Gesellschaft voranzutreiben, müssen wir doch die Standortbedingungen im Freistaat verbessern. Wie will Bayern ohne eigene IT-Unternehmen und ohne eigene IT-Industrie mit entsprechendem Fachpersonal eine souveräne digitale Infrastruktur errichten? – Das geht halt nicht.

Daher ist im Hinblick auf die Digitalisierung unsere Kernforderung, eigene Unternehmen zu fördern und die Abhängigkeit von ausländischen Unternehmen zu verringern. Staatliche Verwaltungsprozesse müssen in der Digitalisierung schnell vorankommen. Hier braucht es Unterstützung des Freistaats für die Landkreise und Gemeinden. Um es noch einmal zusammenfassend zu sagen: Wir brauchen keine Weltrettungsfantasien, die sich über Wertschöpfung und Arbeitsplätze stellen. Das führt aus unserer Sicht ins wirtschaftspolitische Verderben. Mit einer vernünftigen Haushaltspolitik können Sie heute den Grundstein dafür legen, dass Bayern im Bereich der Digitalisierung nicht weiter abgehängt wird. Wir bitten um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Bayern hat nach den Digitalisierungsstrategien BAYERN DIGITAL I und BAYERN DIGITAL II zu Beginn der aktuellen Legislaturperiode ein Digitalministerium mit eigenem Haushalt bekommen. Gut so! Die Staatsregierung hat mit dieser Vorgehensweise zwar das Pferd von hinten aufgezäumt, das können wir jetzt aber auch nicht mehr ändern. Ein eigenes Ministerium mit eigenem Haushalt und entsprechen-

den Kompetenzen hätte zu Beginn der Digitalisierung in Bayern aber eine wesentlich sinnvollere Variante ergeben; denn üblicherweise zeichnet man nicht den Bauplan für ein Haus, fängt an zu bauen und zieht dann erst den Architekten zu Rate.

Also: Bayern hat jetzt ein Digitalministerium. Dieses Ministerium kommt optisch gut rüber, vor allen Dingen bei Veranstaltungen. Die sind immer in hippen Locations und haben interessante Gäste und gute Best-Practice-Beispiele. Ich gehe immer gerne hin. Aber ansonsten? – Vor allen Dingen die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig ein hoher Grad an Digitalisierung für alle Schichten der Gesellschaft ist, vor allen Dingen auch für die Wirtschaft. Man merkt an den Aufgabenbereichen des Digitalministeriums, dass dort die Menge der Aufgaben deutlich gewachsen ist. Dafür ist mehr Geld in den Haushalt eingestellt worden. Auch das ist in Ordnung.

Jetzt kommt das große "Aber". Die Konstruktion des Ministeriums wird den Herausforderungen nicht gerecht und erfordert grundsätzliche Änderungen. Das ist unverzichtbar für Bayerns digitale Zukunft. Unbedingt braucht das Digitalministerium eine rechtlich stärkere Stellung innerhalb der Staatsregierung und gegenüber den Fachressorts mehr Möglichkeiten, große Linien vorzugeben und diese dann auch durchzusetzen. Nur so kann man der Digitalisierung als Querschnittsaufgabe, die alle Ressorts betrifft, gerecht werden. So lange das Digitalministerium bei jedem Punkt immer das Einvernehmen aller anderen Ressorts herstellen muss, kommen wir bei der Digitalisierung nicht schnell und effizient genug voran.

(Beifall bei der SPD)

Jedes Mal aus lauter Kirchtürmen einen Dom bauen zu müssen, kostet die vielen Mitarbeiter Zeit und Energie, die anderweitig besser eingesetzt wäre. Deshalb haben wir als SPD-Fraktion in diesem Haushalt keine Änderungsanträge zum Einzelplan 16 gestellt. Bei der angesprochenen Fehlkonstruktion des Ministeriums wären Mehrausgaben im Sinne von Sparsamkeit und Effizienz nicht zu rechtfertigen.

Ich möchte die bisherigen Digitalisierungsbemühungen der bayerischen Ressorts nicht schmälern. Jedes Ressort hat im Rahmen von BAYERN DIGITAL I und BAYERN DIGITAL II geliefert. Aber all diese einzeln sicher sinnvollen und wichtigen Maßnahmen laufen nebeneinander her, ohne übergeordnete Strategie und ohne Leitplanken. Man hat den Eindruck, in jedem Ministerium werden nur einzelne Schubladen aufgemacht, reingeguckt, was drin ist, und das dann umgesetzt. Das ist zu wenig.

Frau Staatsministerin Gerlach, Sie haben am 5. November 2021 den Bund kritisiert, kein Digitalministerium geschaffen zu haben. Weiterhin haben Sie – das habe ich mit Interesse gelesen – für ein mächtiges Digitalministerium auf Bundesebene geworben, welches durchsetzungsstark ist und auf Augenhöhe mit dem Finanzministerium agiert. – Sie haben recht mit dieser Forderung. Ich hätte mir ein solches Ministerium auch gewünscht. Aber es wundert mich, dass Sie auf Bundesebene genau das fordern, was Sie hier in Bayern nicht bekommen haben und was Sie hier in Bayern als das genau Richtige darstellen, nämlich einen sogenannten Thinktank anstatt eines funktionierenden Ministeriums. Sie müssen sich da schon entscheiden, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Auswirkungen zeigen sich beständig. Wir haben zum Haushalt des Einzelplans 07 den Digitalbonus angesprochen. Ich weise nochmals darauf hin, dass die Kürzung angesichts der jetzigen Situation vollkommen kontraproduktiv ist. Ich bin überzeugt, dass Sie, die Sie das Jahr 2021 unter das Motto "Markt.Wirtschaft.Digital" gestellt haben, dafür hätten kämpfen müssen, dass dieser Digitalbonus nicht gekürzt wird. Wäre die Hoheit über solche Programme in Ihrem Ministerium, wie wir das wünschen, wäre das sicher nicht passiert.

Deshalb appelliere ich an die gesamte Regierungsbank und an die Regierungsfraktionen: Setzen Sie sich für ein durchsetzungsstarkes Digitalministerium ein! Dann kann es auch anders gehen. Lassen Sie mich ein Beispiel für den geplanten Digitalplan Bayern 2030 nennen: Das Digitalministerium möchte mit dieser Initiative eine Digital-

strategie entwickeln und hierfür strategische Ziele, Handlungsfelder und Maßnahmen definieren, unter anderem auch über eine öffentlich zugängliche Plattform für Bürgerinnen und Bürger. Das finde ich sehr begrüßenswert. Letztendlich soll eine Fassung des Digitalplans erstellt werden, welche dann wieder zwischen den Ministerien abgestimmt wird und wo das Einvernehmen jedes einzelnen Fachministers eingeholt werden muss. Warum machen Sie aus der Erstellung des Digitalplans nicht eine Art Versuchslabor? Nehmen Sie die Anregungen der Bürger und der Ministerien auf. Entwickeln Sie als Ministerium eine Strategie, in der Sie auch die Finanzbedarfe festlegen. Verpflichten Sie dann die Ministerien auf die Umsetzung. Was wäre das für eine effiziente Regierungsarbeit!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nun hat der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einer kleinen Korrektur anfangen. Der Kollege Hopp hat vorhin der FDP-Fraktion unterstellt, sie würde massiv gegen die Filmförderung vorgehen. Das hat er gerade eben korrigiert. Das war wohl ein Versprecher. Die AfD-Fraktion war gemeint. Ich lege großen Wert darauf, dass wir uns dieses Jahr zur Filmförderung nicht mit irgendeinem Sparvorschlag gemeldet haben, weil wir die Förderung in Zeiten von Corona für sehr sinnvoll gehalten haben.

Der vorliegende Haushalt ist ein Spiegelbild des Konstruktionsfehlers, der bei der Errichtung des bayerischen Digitalministeriums gemacht wurde. Das wurde heute schon öfter angesprochen. Ich wollte es eigentlich nicht so ausführlich machen, aber der Kollege Hopp hat mich ein bisschen provoziert. Deshalb will ich ganz kurz darstellen, wie das gemeint sein könnte. Man könnte Digitalisierung und digitale Transformation auf ganz verschiedene Art und Weise in einer Regierung verankern. Man könnte darüber nachdenken, ein Superministerium zu machen, in das man alles reinpackt. Das ist

wahrscheinlich kaum noch zu handhaben. Man will dann wahrscheinlich Umgliederungen aus den anderen Ministerien vornehmen. Das wäre wahrscheinlich viel zu groß.

Man kann einen zweiten Schritt machen und sagen: Ich packe es dorthin, wo es am meisten Verwandtschaft hat, zum Beispiel zur Infrastruktur, zu Forschung und Technologie oder zur Wirtschaft. Eine solche Konstruktion ist jetzt letztlich in Berlin gemacht worden. Man könnte auch darüber nachdenken, ein eigenes Ministerium zu schaffen, aber mit einem richtig guten Budget, sodass die anderen Ministerien zum Beispiel einen Antrag stellen müssen, wenn sie ein größeres EDV-Projekt durchführen wollen. Auch das ist in der politischen Landschaft durchaus vorhanden. Oder man sagt, dass das Digitalministerium ein gewisses Vetorecht hat und die Projekte, bevor sie in dem jeweiligen Ministerium gestartet werden, bei bestimmten Größenordnungen dort beantragt werden müssen, so ähnlich wie im Lenkungsausschuss. Auch das ist denkbar. Alle diese Versionen sind denkbar.

Übrigens: Die Argumente finden sich alle ganz wunderbar in dieser schönen Broschüre "Digitalministerium: Welche Fehler gemacht und wie sie vermieden werden könnten" vom Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation, ich glaube, sogar unterstützt vom Digitalministerium, wenn mich nicht alles täuscht. Aber das weiß ich nicht genau.

Was aber nicht geht, ist die Konstruktion, die wir hier haben: ein Ministerium, das gut koordinieren, ein Thinktank sein soll, das aber letztendlich, wenn ich von Kleinigkeiten wie Mini-PR-Projekten absehe, von der Gnade der anderen Ministerien abhängt. Ob Sie hinzugezogen werden, ob Sie freundlicherweise mitreden und mitentscheiden dürfen, hängt allein von der Gnade der anderen Ministerien ab. Das ist Fakt. In der letzten Zeit ist das Ministerium deutlich gestärkt worden. Das muss man zugeben. Offenbar hat man gemerkt, dass die digitale Inszenierung nach außen doch nicht so gut verkauft wird. Aber letztendlich ist das eine Konstruktion, die nicht funktionieren kann. Das führt dazu, dass viele große Themen liegen bleiben, zum Beispiel die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Ich will es jetzt nicht zitieren. Die GRÜNEN hatten eine

schöne Anfrage gestellt. In der Antwort steckt eine ganze Menge an Zahlen, wie wenig von den Top-54-OZG-Leistungen überhaupt angegangen, bei den Kommunen hinterlegt und von den Kommunen tatsächlich genutzt werden.

Ich finde auch, dass die Kommunen bei der Digitalisierung nach wie vor ziemlich alleingelassen werden. Ich meine da nicht diese Oberflächen, über die wir reden. Wir reden über die IT-Sicherheit. Ich habe es heute Morgen schon angesprochen: Ein Siegel nach freiwilliger Selbstauskunft kann nicht funktionieren. Es gibt da sehr unterschiedliche. Ich habe ein schönes Beispiel, wo ein Bürgermeister zu mir gesagt hat: Ich kümmere mich jetzt auch um IT-Sicherheit. Ich habe dafür gesorgt, dass sich keine zwei Mitarbeiter mit demselben Usernamen anmelden. – Wenn wir so anfangen, dann sind wir ganz weit weg von den Gefahren, die uns drohen.

Selbst die zentrale Koordinationsfunktion und die Rolle als Thinktank sind leider nicht im eigentlichen Sinne umgesetzt worden. Allein das Digitalgesetz – es ist heute schon ein paarmal angesprochen worden – ist für mich überhaupt kein großer Schritt. Wir haben lange darauf gewartet, und jetzt wird es noch im letzten Drittel der Legislaturperiode offenbar mit einem ziemlich hohen Tempo durchgepeitscht.

Schauen wir die Ergebnisse der Expertenanhörungen an. Da nehme ich jetzt die ganze Lobhudelei derjenigen raus, die bei dem Gesetz mehr oder weniger mitgeschrieben haben. Dann muss man sagen: Da kommt eine ganze Menge an Kritikpunkten raus. Letztendlich ist der Schwerpunkt beim ersten Lesen der Schutz der Verwaltung. Es gibt viele Kann-Bestimmungen, aber auch jede Menge Rückzugsmöglichkeiten für die Verwaltung.Was da drinsteht, ist überhaupt nicht nutzerzentriert. Es steht kein Recht auf Ende-zu-Ende-Verschlüsselung drin. Auch das Digitalministerium selbst wird nicht gestärkt; es sind immer nur, sobald es um eine rechtliche Festlegung geht, vage Möglichkeiten.

Digitale Bildung und Open Data werden überhaupt nicht angesprochen. Meine Fraktion hat auch schon einmal einen Gesetzentwurf zu Open Data gemacht. Das ist da-

mals nach dem Motto abgewehrt worden: Warten, wir kommen demnächst mit einem eigenen Vorschlag. – Auf den warte ich heute noch. Wir werden zum Digitalgesetz aber noch eine separate Debatte haben.

Zum Haushaltsentwurf selbst: Film- und Computerspielförderung sind, wie gesagt – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): – Ja, vielen Dank; ich mache es dann ganz kurz. Eigentlich ist noch was abzuziehen. – Wir haben ausdrückliche Anträge dazu gestellt, wo es mehr Budget geben soll, nämlich dort, wo das Digitalministerium Dinge nach außen geben soll.

Insgesamt muss ich sagen: Wer Vorreiter und Champion sein will, der muss auch Prioritäten setzen. Mit der Konstruktion des Ministeriums und dem entsprechend zugeordneten Haushalt kann das nicht funktionieren.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun der Kollege Benjamin Miskowitsch von der CSU-Fraktion.

Benjamin Miskowitsch (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe so eine tolle Rede gehabt, aber nach dem Wortbeitrag des Kollegen Adjei habe ich die gleich zerrissen und wieder von vorne angefangen; denn sie zeichnen hier wieder ein typisches Bild von einem Freistaat, der aus Ihrer Sicht rückständig ist, der nicht der Zukunft zugewandt ist und überhaupt gar nicht mit der Zeit geht. Ich möchte noch mal sagen, dass mir das stinkt. Ich habe das schon öfter gesagt. Wir sind nicht so. So steht unser Freistaat nicht da. Wir sind modern und gut aufgestellt und müssen uns nicht verstecken.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben auch behauptet, dass wir wieder nur das Nötigste machten. – Das stimmt auch nicht. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir machen deutlich mehr. Was wir, wenn ich allein an die Schullandschaft denke, da in den letzten Jahren geleistet haben, welche Gelder da frei gemacht wurden! Ich möchte mich da wirklich ganz herzlich bei unserem Finanzminister bedanken, der immer hinter diesen Finanzierungen gestanden hat. Hier wird eben nicht nur das Nötigste gemacht.

Wir reden zwar heute über den Haushalt, und da geht es vorwiegend um Geld. Für viele Projekte braucht man aber nicht unbedingt Geld. Bei vielen Projekten ist es einfach wichtig, dass man dahintersteht, dass man mit Emotionen dahintersteht und dass man es auch mal gut verkauft und den einen mit dem anderen zusammenbringt. Das macht unser Digitalministerium mit unserer Digitalministerin hervorragend. Ich möchte mich da wirklich ganz herzlich bedanken.

Frau Ministerin, Sie haben ein offenes Haus. Sie haben sehr, sehr gute Mitarbeiter, die für mich als Ansprechpartner immer hervorragend da und immer im Thema sind. Im Sinne eines Querschnittsministeriums sind das gute Ansprechpartner. Vielen herzlichen Dank für die Offenheit und die niedrigschwellige Struktur, die in Ihrem Haus gelebt wird.

(Beifall bei der CSU)

Herr Pittner, vielen Dank; Sie haben ja angeregt, dass man Dinge auch umsetzen muss und nicht nur in der Warteschlange halten darf. Ich sag mal so: Digitalisierung ist nicht nur Aufgabe der CSU-Ministerien; die anderen dürfen da schon auch mitmachen. Insofern herzliche Einladung dazu, dass wir da einfach an einem Strang ziehen.

Herr Mannes, ich bin mir nicht sicher, mit welchem Fuß Sie heute aufgestanden sind. Heute waren Sie überraschenderweise wieder recht auf Krawall gebürstet. Ich nehme nur ein Beispiel heraus: den Ökotoken. Sie haben gesagt, dass hierin kein Mehrwert zu sehen sei. – 1843 ist das erste Faxgerät entwickelt worden. Keiner hätte gedacht, dass es 179 Jahre dauern würde, bis es von unserer Ministerin in die Tonne geworfen

wird. Ich glaube, wir dürfen gerade in der Digitalisierung die Themen nicht so angehen, dass wir sagen, man könne nichts vorwärtsbringen. Gerade Digitalisierung ist etwas, womit man spielen muss; da muss man sich weiterentwickeln und sich auch mal was trauen.

Ich sage für den Haushaltsentwurf herzlichen Dank. Es sind gute Dinge drin. Wir sind sicherlich noch nicht am Ende. Ich bitte hier um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Für die Staatsregierung hat nun die Staatsministerin Judith Gerlach das Wort.

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst einmal ganz herzlich bei allen bedanken, die sich immer so intensiv und in breiter Diskussion mit unserem Haushalt auseinandersetzen. Es geht ja manchmal nicht nur um haushalterische Dinge, die im Haushalt stehen, sondern auch darum, wie die Zukunft unseres Ministeriums aussieht, oder um die Auseinandersetzung mit der Konstruktion selbst.

Ich weiß, dass das viele immer noch sehr beschäftigt. Uns beschäftigt das natürlich auch immer wieder. Das ist ja auch schön. Ich glaube, so ein Ministerium muss sich auch verändern; das wird ja nie gleich bestehen bleiben. So wie die Digitalisierung unsere Gesellschaft und Lebensbereiche disruptiv ändert, so muss sich auch immer wieder ein Digitalministerium verändern und neue Dinge hervorbringen. Das ist auch unser Anspruch an uns selbst.

Herzlichen Dank an alle Fachberichterstatter der einzelnen Fraktionen für die Auseinandersetzung und die konstruktiven Vorschläge, die uns erreicht haben. Ich möchte mich ganz besonders bei Herrn Dr. Gerhard Hopp bedanken, mit dem wir einfach sehr, sehr regelmäßig im Austausch sind. Lieber Gerhard, dein Interesse geht weit über den

Haushalt hinaus. Du bist in den digitalen Themen ein großer Unterstützer; ganz, ganz herzlichen Dank dafür.

Ich möchte natürlich auch unserem Finanzminister Albert Füracker ganz herzlich Dank sagen, ohne den da auch nicht sehr viel ginge und in dem wir in den digitalen Dingen wirklich einen Fürsprecher und Unterstützer haben. Wir brauchen diese Unterstützung natürlich auch; denn ohne Moos ist halt nichts los.

Nur Geld ist es aber auch nicht. Es ist deswegen wichtig, einen guten Haushaltsplan aufzustellen, dann aber auch zu schauen, wie man das Geld, das man zur Verfügung hat, am sinnvollsten so investiert, dass eben Leuchttürme generiert werden; dass sich Menschen dadurch motiviert sehen; dass im Grunde genommen die Leidenschaft für die digitalen Themen entfacht wird. Das ist mit unsere Aufgabe.

Das Digitale hat mittlerweile einen ganz, ganz festen Platz in unserer Gegenwart, aber mit Sicherheit auch in der Zukunft. Es ist deswegen auch unglaublich wichtig, dass wir als Digitalministerium in alle Lebensbereiche hineinwirken. Man muss dafür nicht unbedingt Bereiche aus anderen Ministerien herausnehmen, weil da am Ende des Tages im Grunde genommen nur ein kleiner digitaler oder analoger Rumpf bleiben würde, wenn wir alles an digitalen Themen hätten. Es ist deswegen wichtig und richtig, dass wir Thinktank sind; dass bei uns die Fäden zusammenlaufen; dass wir andere Ministerien, aber auch die Kommunen und die Wirtschaft mitnehmen, indem wir tolle Projekte anstoßen.

Ich muss sagen, dass ich dann natürlich nicht verstehen kann, wenn aus der Opposition jetzt, sage ich mal, einfach auch Themaverfehlungen kamen; uns obliegt das als Aufgabe einfach nicht. Digitalisierung ist so viel mehr als Breitband oder Mobilfunk. Digitalisierung betrifft uns auch als Menschen sehr.

Kollege Adjei, Sie haben die digitale Teilhabe von letztem Jahr angesprochen. Wir haben da so viel gemacht und mit Menschen zusammengearbeitet, zum Beispiel mit Menschen mit Behinderung, wo es darum ging, Barrierefreiheit im Internet zu schaf-

fen. Auch solche Dinge sind wichtig. Das obliegt uns eben, das voranzubringen und dort Vorbild zu sein. Wir machen aber auch wirklich Projekte mit den Kommunen und schauen, dass zum Beispiel die Homepages barrierefrei generiert sind, damit in der Kommune vor Ort auch alle Menschen an der Digitalisierung partizipieren können. Das ist uns sehr, sehr wichtig.

Ich finde und muss den Oppositionsparteien, die momentan im Bund Verantwortung tragen, schon sagen: Ihr müsst euch da an die eigene Nase fassen.Hier wurde die Konzipierung des Digitalministeriums kritisiert. Da kann ich euch nur zurufen: Im Bund wurde die Chance völlig verpasst, einen neuen Aufschlag zu machen. Im Grunde wurde dort einfach das Alte fortgeführt, und es wurde so getan, als würden die bestehenden Strukturen funktionieren und man könnte einfach so weitermachen.

(Widerspruch)

Es ist dort nichts Neues passiert. Es gibt dort kein Digitalministerium, gar nichts. Was macht das tolle Ministerium für Digitales und Verkehr? – Mobilfunk, klasse, und vielleicht noch ein bisschen Breitband. Das war‘s.

Das ist nicht die Digitalisierung in der Breite. Wir sind das Thema in Bayern anders angegangen. Ich sage nicht, dass wir nicht für weitere Verbesserungen oder ein größeres Denken in der Zukunft offen wären. Aber, ehrlich gesagt, bleibt hier der Bund sehr weit hinten. Sie haben auch Kritik bezüglich der neuen Möglichkeiten durch die KI formuliert. Hier bleibt beim Bund vieles abstrakt. Man beschränkt sich dort darauf, die Themen in Stuhlkreisen zu besprechen. Das reicht aber nicht. Man kann immer von der Breite sprechen. Wir brauchen diese Möglichkeiten aber konkret bei den Leuten, konkret bei den Unternehmen und konkret bei den Menschen vor Ort. Darum kümmert sich das bayerische Digitalministerium. Ich glaube, so ist das auch richtig.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe jetzt mehrfach gehört, dass wir uns zu wenig um die Kommunen kümmerten. Herr Dr. Kaltenhauser hat erklärt, wir ließen die Kommunen im Stich. Ich glaube, für die Kommunen wurde beim Thema Digitales noch nie so viel getan wie in den letzten zwei Jahren, obwohl wir dafür eigentlich nicht zuständig sind. Jeder hat seine Zuständigkeiten. Die Kommunen sind dafür zuständig, bei sich die digitale Verwaltung voranzutreiben. Wir wissen aber um die Unterschiedlichkeit unserer Kommunen und haben ein großes Interesse daran, dass sie sich weiter digitalisieren und eine digitalere Verwaltungsstruktur aufbauen.

Deswegen tun wir sehr viel. Ich nenne als Beispiel das Förderprogramm "Digitales Rathaus". Jede Kommune bekommt Geld, um Verwaltungsdienstleistungen zu digitalisieren und diese einzukaufen. Wir bilden Digitallotsen aus, die wieder in ihre Kommunen zurückgehen und dort Botschafter und Fürsprecher für die Digitalisierung sind. Wir bieten das BayernPortal und die BayernApp an. Wir stellen kostenlose Verwaltungsdienstleistungen zentral zur Verfügung. Man muss da eigentlich nur zugreifen. Alle müssen hier ihren Beitrag leisten, der Bund, das Land und die Kommunen, und sich um Digitalisierung bemühen.

Deswegen machen wir diese Angebote und pointieren Dinge, von denen wir wissen, dass sie uns weiterbringen. Ich nenne als Beispiel nur die Digitalschmiede Bayern. Wir haben gestern den ersten Batch gelauncht und haben uns die ersten Projekte und Prototypen angesehen. Die Digitalschmiede Bayern ist eine Zusammenkunft von Verwaltungsmitarbeitern und Externen, die zwar die staatliche Verwaltungsstruktur nicht kennen, aber IT-Know-how und ein anderes Mindset hereinbringen. Diese Leute zusammenzubringen und sie gemeinsam an Projekten und Prototyen arbeiten zu lassen, halten wir für den richtigen Weg. Das ist unsere Digitalschmiede. Damit bringen wir Innovationen in den Staat und in die Kommunen hinein. Der Staat ist gut beraten, Ideen von außen reinzunehmen. Der Staat muss offen sein; er darf sich nicht verschanzen und sagen: Wir wissen alles besser. Wir müssen offen für gute Ideen von außen sein. Das wollen wir befördern.

Gleiches gilt für unsere Digitalagentur, für die wir 10 Millionen Euro auf den Weg gebracht haben. Sie wird uns mit Sicherheit dabei helfen, Insellösungen abzuschaffen, eine zentralere Organisation zu erreichen und den Staatsapparat sowie die nachgelagerten Behörden digitaler zu machen. Dort wird auch beraten, wie eine Umsetzung aussehen kann, und das nicht auf einem abstrakten Level, sondern sehr konkret.

Bayern will weiterhin eine Vorbildrolle ausfüllen. Das tun wir auch. Ich behaupte nicht, dass wir mit der Digitalisierung bereits am Ende sind und hinter dieses Thema einen Haken setzen könnten. Dann bräuchte es das Digitalministerium wohl nicht mehr. Wir haben aber im Bund eine Vorreiterrolle übernommen. Das zeigt sich schon an den Verwaltungsdienstleistungen, die wir anbieten. Wir bieten für unsere Unternehmerinnen und Unternehmer ein Unternehmenskonto an, weil diese wesentlich mehr Behördenkontakte als die normalen Bürgerinnen und Bürger haben. Wir haben in Bayern das Unternehmenskonto auf den Weg gebracht, das jetzt sukzessive im Bund ausgerollt wird.

Der nächste Schritt – bei dem wir mit dem Bund zusammenarbeiten – wird eine Unternehmensplattform sein. Die Skizze dazu wird aus Bayern und zwei weiteren Bundesländern kommen. Wichtig ist, dass jemand da ist, der die Themen "ankitzelt" und antreibt. Wir müssen die Themen sehen und sagen, dass wir etwas brauchen und angehen müssen. Das darf nicht nur in abstrakter Form erfolgen. Ich glaube, das Digitalministerium macht hier einen sehr guten Job. Lieber Benjamin Adjei, du hast angesprochen, dass wir im Digitalministerium motivierte Leute haben. Das gehört auch dazu. Ich glaube nicht, dass man unbedingt den größten Haushalt oder das größte Team benötigt. Das haben wir im Digitalministerium auch nicht. Wir brauchen aber Leute, die für unsere Themen brennen, die motiviert sind und mit Optimismus an ein Thema herangehen. Würden wir nur 08/15-Politik betreiben oder unsere Projekte gar nicht mehr hinterfragen, wäre das dem Thema nicht angemessen. Ich bin sehr froh, dass ich im Ministerium ein komplettes Team hinter mir habe, das nicht nur gut funktioniert, sondern das auch seinen Optimismus nicht verliert.

Glauben Sie mir, wir rennen nicht nur offene Türen ein. Manchmal müssen wir auch gegen Windräder anlaufen, die uns entgegenblasen. Da braucht man ein entsprechendes Mindset und eine entsprechende Motivation. Es ist sehr wichtig, solche Leute im Ministerium zu haben. Von daher sage ich heute einen herzlichen Dank an mein kleines, aber sehr feines Team im Digitalministerium.

(Beifall bei der CSU)

Mit Blick auf die Uhr möchte ich gar nicht mehr so viel aufzählen. Sie kennen unsere Projekte. Mir ist wichtig, dass wir unsere Projekte sehr konkret angehen. Wir weiten das Modellprojekt KI-Transfer Plus aus und gehen damit in eine zweite Region. Mir wäre es am liebsten, wir könnten dabei alle Unternehmen mitnehmen. Sie wissen aber selbst, dass das haushalterisch nicht abbildbar wäre. Wichtig ist es, Leuchttürme zu schaffen und Beispiele zu geben, die von anderen Unternehmen genutzt werden können. Wir achten bei unseren Projekten, ob für die Verwaltung oder die Unternehmen, darauf, dass sie nachnutzbar sind. Wir generieren Beispiele, die entweder übernommen werden können oder die sich die Verwaltungen und Unternehmen ansehen und daraus eine eigene digitale Lösung adaptieren können. Wir wollen einen konkreten Nutzen für die Digitalisierung bringen und sagen nicht: Irgendetwas ist modern und fancy; wir müssen das jetzt irgendwie machen. Nein, wir müssen darauf achten, dass die Projekte für den Menschen einen Nutzen und für die Wirtschaft Wertschöpfung bringen.

Für die Menschen bedeutet digitale Teilhabe Partizipation. Das hat auch etwas mit Demokratie zu tun. Das alles ist uns wichtig. Deswegen kümmern wir uns sehr konkret um die Anwendung, natürlich auch in der Hoffnung, dass diese Lösungen von anderen übernommen werden und wir die Menschen für unser Thema begeistern. Wir wollen ein digitaleres und besseres Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 16, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20781 mit 18/20788, 18/20871 mit 18/20875, 18/20878, 18/21001 mit 18/21020 und 18/21075 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/21912 zugrunde.

Vorab ist über zwei Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt beide Änderungsanträge zur Ablehnung.

Ich beginne mit dem Änderungsantrag betreffend "Blockchain I – Blockchain-Strategie 3.0" auf Drucksache 18/21003.

Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen" auf Drucksache 18/21007.

Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 16 selbst. Der Einzelplan 16 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/21912 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 16 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, die Gegenstimmen auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 16 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind GRÜNE, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/21912, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20878 und 18/21075 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 16 ist damit abgeschlossen.

Wir gehen nun in die Mittagspause und sehen uns um 13:10 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 12:41 bis 13:10 Uhr)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist 13:10 Uhr. Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich hoffe, Sie hatten eine schöne Mittagspause.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 16

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 16

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
   (Kap. 16 01 Tit. 511 01)
   Drs. 18/20781

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Reisekostenvergütung für Dienstreisen
   (Kap. 16 01 Tit. 527 01)
   Drs. 18/20782

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software
   (Kap. 16 01 Tit. 812 99)
   Drs. 18/20783

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. a.
   (Kap. 16 02 Tit. 534 66)
   Drs. 18/20784

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.
   (Kap. 16 04 Tit. 534 77)
   Drs. 18/20785

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen
   (Kap. 16 04 Tit. 633 76)
   Drs. 18/20786

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Internationale Zusammenarbeit
   (Kap. 16 04 neuer Tit.)
   Drs. 18/20787

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.
   (Kap. 16 04 Tit. 534 76)
   Drs. 18/20788

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Digitales
   (Kap. 16 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20871

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
    (Kap. 16 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/20872

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Forschungsauftrag über extremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke in Gaming- und Kommunikationsplattformen und Subkulturen im Internet
    (Kap. 16 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/20873

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: „GrünFairFilm“ – Preis für ökologisch-soziale Nachhaltigkeit beim Bayerischen Film- und Fernsehpreis schaffen
    (Kap. 16 05 Tit. 681 01)
    Drs. 18/20874

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ökologische Energieversorgung am Set und Mobilität in der Filmproduktion, Anreize für mittelständische Unternehmen, grünes Drehen
(Kap. 16 05 neuer Tit.)
Drs. 18/20875

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Keine Klimabevormundung I: Ausgaben für Digitalisierung
(Kap. 16 03 Tit. 537 01)
Drs. 18/21001

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Keine Klimabevormundung II: Klimaland Bayern
(Kap. 16 03 TG 75)
Drs. 18/21002

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Blockchain I – Blockchain-Strategie 3.0
(Kap. 16 03 neue TG)
Drs. 18/21003

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Blockchain II – Studie zur möglichen Verwendung von NFTs in Bayern
(16 03 neuer Tit.)
Drs. 18/21004

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beratungsstelle für Software- und Lizenzmanagement
(Kap. 16 03 neuer Tit.)
Drs. 18/21005

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Digitalagentur ergänzen – Bayerischen Digitalbeirat einführen
(Kap. 16 03 neuer Tit.)
Drs. 18/21006

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen
    (Kap. 16 04 Tit. 633 76)
    Drs. 18/21007

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Filmförderung I – Nicht aufteilbare Sachausgaben
    (Kap. 16 05 Tit. 547 01)
    Drs. 18/21008

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Filmförderung II – Preisgelder für den Bayerischen Filmpreis, den Bayerischen Fernsehpreis und ähnliche Veranstaltungen
    (Kap. 16 05 Tit. 681 01)
    Drs. 18/21009

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Filmförderung III – Zuschüsse zu filmischen Veranstaltungen
    (Kap. 16 05 Tit. 683 01)
    Drs. 18/21010

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Filmförderung IV – Zuschüsse für den Friedenspreis des Deutschen Films – Die Brücke
    (Kap. 16 05 Tit. 683 02)
    Drs. 18/21011

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Filmförderung V – Zuschüsse an die Internationale Münchner Filmwochen GmbH – Die Brücke
    (Kap. 16 05 Tit. 683 03)
    Drs. 18/21012

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Filmförderung VI - Zuschüsse zur Förderung der Aus- und Fortbildung im Film-, Games- und VR-Bereich
    (Kap. 16 05 Tit. 686 01)
    Drs. 18/21013

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Filmförderung VII – Zuschüsse für die Entwicklung und Herstellung von Drehbüchern für Filme und Serien und der Drehbuchwerkstatt
    (Kap. 16 05 Tit. 686 03)
    Drs. 18/21014

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Filmförderung VIII – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen
    (Kap. 16 05 Tit. 861 01)
    Drs. 18/21015

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Filmförderung IX – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen
    (Kap. 16 05 Tit. 861 02)
    Drs. 18/21016

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Filmförderung X – Förderung internationaler Filmproduktionen
    (Kap. 16 05 Tit. 861 03)
    Drs. 18/21017

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Bayerische Spiele-Industrie fördern I: Zuschüsse für den Deutschen Computerspielpreis und die Medienstandortförderung Games
    (Kap. 16 05 Tit. 686 04)
    Drs. 18/21018

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Bayerische Spiele-Industrie fördern II: Ausstattung und Betriebskosten des Forschungs- und Anwenderzentrums „Virtuelle Realität Bayern“
    (Kap. 16 05 Tit. 686 05)
    Drs. 18/21019

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)

Haushaltsplan 2022;

hier: Bayerische Spiele-Industrie fördern III: Zuschüsse zu Investitionen zur Förderung innovativer digitaler Inhalte und von Games

(Kap. 16 05 Tit. 892 02)

Drs. 18/21020

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Michael Hofmann
Abg. Gerd Mannes
Abg. Tim Pargent
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Harald Güller
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Wolfgang Fackler
Staatsminister Albert Füracker
Abg. Martin Böhm

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 06

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/20479 mit 18/20483)
Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drs. 18/20445)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20238 mit 18/20241)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20328 mit 18/20334)
Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 18/20153)
Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 18/20193)

Einzelheiten können Sie wieder der Tagesordnung entnehmen. 45 Minuten Aussprache wurden beantragt. Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner beginnt für die CSU-Fraktion Kollege Michael Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute den Einzelplan des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat. Ich freue mich, dass die Kolleginnen und Kollegen schon am frühen Morgen so zahlreich da sind.

Es geht um 3 Milliarden Euro, wobei man auch ganz klar sagen muss: Dieser Haushalt, auch wenn nur 3 Milliarden Euro veranschlagt sind, ist das Herzstück der bayerischen Finanzpolitik; denn in diesem Haushalt wird letzten Endes das Geld eingenommen, das wir dann anderweitig ausgeben. Ein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Finanzämtern und allen Behörden, die in dem

Einzelplan angesiedelt sind. Kollege Fackler – herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag! – wird nachher noch ein paar Sätze zum Personal sagen. Das Personal sei aber schon an dieser Stelle erwähnt. Herzlichen Dank! In den Dank schließe ich ausdrücklich unseren Finanzminister Albert Füracker mit ein. Lieber Finanzminister, dieser Haushalt trägt ganz entscheidend deine Handschrift.

Man muss immer wieder sagen: Politik bedeutet nicht nur gestalten; manchmal bedeutet Politik schlicht und ergreifend auch, das Schlimmste zu verhindern. Das Schlimmste, das wir verhindert haben, steht gar nicht mehr im Haushalt. Wir haben nämlich ein Grundsteuergesetz verabschiedet, das uns davor bewahrt hat, den Moloch, der in Berlin ausgedacht worden ist, in Bayern umsetzen zu müssen. Dies hätte massive weitere Personaleinstellungen bedeutet. Genau das haben wir verhindert. Das haben wir vor allem aber deswegen verhindern können, weil du, lieber Finanzminister, dich auf Bundesebene ganz vehement dafür eingesetzt hast, dass eine Länderöffnungsklausel eingeführt wird. Diese können wir jetzt nutzen. Es gibt viele, die das Gesetz kritisiert haben und die Öffnungsklausel ebenfalls nutzen. Herzlichen Dank an dieser Stelle, lieber Finanzminister, für deinen Einsatz.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir darüber sprechen, dass Politik auch bedeutet, das Schlimmste zu verhindern, dann binde ich ausdrücklich auch unseren Beauftragten für Bürokratieabbau, unseren Walter Nussel mit ein; denn er verhindert tatsächlich an sehr vielen Stellen das Allerschlimmste. Deswegen verstehe ich auch nicht die Anträge der FDP, die immer wieder fordert, dass dieser Beauftragte abgeschafft werden soll. Er ist ein Segen für den Freistaat Bayern – das muss man einmal ganz klar sagen. Deswegen stehen wir ganz klar zu dieser Stelle, lieber Walter.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in diesem Haushalt 3 Milliarden Euro veranschlagt. 2,2 Milliarden Euro gehen ins Personal – darüber wird, wie gesagt, Kollege Fackler noch sprechen. Ich

darf über die restlichen 800 Millionen Euro sprechen und Ihnen sagen, was wir damit machen.

225 Millionen Euro gehen weiterhin im Rahmen der Gigabitrichtlinie in die Versorgung mit Breitband. An dieser Stelle will ich ganz klar sagen: Wir haben diesbezüglich in den letzten Jahren wirklich Massives geleistet. 1,6 Milliarden Euro hat der Freistaat Bayern bereits zur Verfügung gestellt. Wir müssen auch die Relation sehen: 2,5 Milliarden Euro wurden mit Unterstützung von Kommunen und vom Bund investiert; der Freistaat Bayern hat allein 1,6 Milliarden Euro investiert.

In diesem Zusammenhang können wir auch deutlich machen: Was die Versorgung des ländlichen Raums mit beispielsweise 30 Mbit/s angeht, sind wir in der Bundesrepublik auf Platz eins. Bei der Versorgung des ländlichen Raumes mit 100 Mbit/s sind wir auf Platz zwei. Wir können also ganz klar sagen, dass unsere Anstrengungen auch Erfolg zeigen. Was insbesondere den ländlichen Raum angeht – das muss man dazu sagen –, ist dies umso höher zu gewichten, als allein ein Viertel aller ländlichen Räume sich im Freistaat Bayern befindet. Deswegen müssen wir auch massiv investieren. Wir sind diesbezüglich also vorwärtsgekommen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden auch weiter vorwärtskommen. Inzwischen wird es schon schwierig, die gesamten verfügbaren Bandbreiten überhaupt auszunutzen. 90 % aller bayerischen Haushalte verfügen inzwischen über die Möglichkeit, auf 100 Mbit/s zurückzugreifen. Auch das ist aus meiner Sicht eine schöne Sache. Alle Anstrengungen sind wichtig.

Im Zusammenhang mit Heimat und Entwicklung des ländlichen Raumes will ich auch ganz klar sagen: Wir tun sehr viel, damit wir im Freistaat Bayern die gesamte Bandbreite unseres Könnens und Wissens nutzen können. Zum Beispiel steht in diesem Haushalt, dass wir in Weiden eine weitere Stelle mit 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung stellen. Wir als Freistaat Bayern investieren in Dinkelsbühl, in Waldsassen, in Windischeschenbach, Kronach und Klosterburg Kastl. Wir als Frei-

staat Bayern investieren überall dort, um aus den Metropolen hinaus in den ländlichen Raum zu gehen, um ihn zu stärken. Lieber Kollege Pohl, das machen wir nicht erst, seitdem die FREIEN WÄHLER in Regierungsverantwortung sind; das machen wir schon längst. Jetzt machen wir dies miteinander. Dies ist wunderbar.

An dieser Stelle sage ich aber auch: Es gibt immer wieder Diskussionen darüber. Lieber Kollege Pargent, Sie haben im Ausschuss leider Gottes unsere Initiativen in Kronach kritisiert. Natürlich gibt es immer Diskussionen; ich sage an dieser Stelle aber ganz klar, dass es auch damals Diskussionen gab, als wir in Bayern beispielsweise die HAWs, die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, installiert haben. Die Vorgängerinnen und Vorgänger mussten sich rechtfertigen. Heute sind wir froh darüber, dass wir investiert haben; denn das sind die Motoren in unseren ländlichen Räumen. Wir haben also mit Sicherheit sehr viel richtig gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch kurz etwas sagen. Auch die Schlösser- und Seenverwaltung ist im Finanzministerium angesiedelt. An dieser Stelle möchte ich alle zu etwas aufrufen. Vielleicht möchte man jetzt aufgrund der veränderten Lage der Corona-Pandemie auch wieder ein wenig weiter wegfahren. Mit Sicherheit haben Sie aber noch nicht alles gesehen, was der Freistaat Bayern zu bieten hat. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, sich unsere Schlösser anzusehen. Wir sind auch dringend auf die Einnahmen aus dem Ticket-Verkauf angewiesen. Wir wollen schließlich weiter investieren. Im Übrigen will ich als Franke auch deutlich sagen: Man kann sich nicht nur in Südbayern schöne Sachen anschauen; lieber Winni, wir investieren beispielsweise auch in Aschaffenburg, wir investieren in Bayreuth, und wir werden auch in Würzburg investieren, zum Beispiel in das Museum für Franken. Unsere Bürgerinnen und Bürger können im Freistaat Bayern also ganz vieles erleben. Dafür sorgt auch dieser Einzelplan.

Deswegen bitte ich Sie ganz herzlich: Lassen Sie uns miteinander diesen Freistaat weiterhin gestalten: in den ländlichen Regionen, für die Menschen in unserem Land. Dann kommen wir gemeinsam vorwärts. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Michael, halt! Entschuldigung, Herr Abgeordneter, es gibt eine Zwischenbemerkung. Sie ist noch ganz knapp reingekommen. Ich glaube, wir lassen sie noch zu. Sie ist vom Kollegen Mannes. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Ja, ich habe gerade noch draufdrücken können. Danke, es ist eine sehr wichtige Frage. – Herr Hofmann, Sie haben zum Breitbandanschluss, einem sehr wichtigen Thema, ausgeführt. Jetzt wollte ich noch mal ein bisschen Essig in den süßen Wein schütten, den Sie hier verbreitet haben: Sie wissen schon, dass 30 Mbit/s jetzt zwar schnelles Internet oder Breitband ist, aber das langsame Internet von morgen ist? – Im internationalen Vergleich steht Bayern sehr schlecht da. Das Zweite ist: Wenn man nur die Bundesländer vergleicht, dann ist Bayern auch auf den hinteren Plätzen. – Das wollte ich nur noch mal gesagt haben.

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Kollege Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): Lieber Herr Kollege Mannes, wir sind gewohnt, dass die AfD immer versucht, Essig in alles Mögliche hineinzuschütten. Das ist Ihre Strategie, daraus ziehen Sie Ihre Wählerstimmen, das ist für uns nichts Neues. Trotzdem trifft die Kritik nicht zu, und ich gehe davon aus, dass der Finanzminister dazu nachher noch etwas mehr sagen wird.

Der Grund dafür, dass ich 30 Mbit/s angesprochen habe, ist, dass wir in der Vergangenheit aufgrund europarechtlicher Vorgaben in verschiedenen Bereichen gar nicht fördern konnten, was mehr als 30 Mbit/s letzten Endes möglich macht. Diese Möglichkeiten sind jetzt gegeben, und deswegen können wir auch wesentlich mehr ausbauen. Das tun wir auch. Wenn Sie sich die Zahlen, die ich vorhin genannt habe, anständig

angehört hätten, dann müssten Sie nicht so kritisieren. Aber wir wissen, dass wir immer noch besser werden können. Wir werden das auch tun, und dafür brauchen wir ganz bestimmt nicht Sie, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Tim Pargent für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir starten den heutigen dritten Tag dieser Haushaltsberatungen mit dem Einzelplan 06 des Finanzministeriums. Er ist zweifelsohne ein Rückgrat des Staatshaushaltes. Solche oder ähnliche Begriffe wurden in den letzten Tagen schon für einige Pläne verwendet. Ich meine, hier stimmt es auf jeden Fall. Denn über was würden wir hier beraten, hätten wir nicht engagierte Beschäftigte in den Finanzämtern? – Sie bilden mit ihrem Schaffen eine Grundlage der Haushaltsberatungen, nämlich die Einnahmen des Staates. Dafür brauchen sie politischen Rückhalt und eine gute personelle und technische Ausstattung, meine Damen und Herren.

An dieser Stelle geht aber gleichermaßen auch der Dank an all die treuen Steuerzahler*innen, die fleißig und gewissenhaft ihre Steuern zahlen und nicht versuchen, zu täuschen und zu tricksen, wie es das bei Steuervermeidung und Steuerhinterziehung nun leider auch gibt.

Aber zurück zu unserem Rückgrat der Steuerverwaltung. Da müssen wir festhalten, dass unser Rückgrat zunehmend mehr belastet wird. Immer mehr Druck lastet auf den Schultern unserer Finanzverwaltung; weil Bayern viel Zuzug und erfreulicherweise auch viele Unternehmensgründungen verzeichnet, steigen letztendlich die Fallzahlen doch massiv.

Zwischen 2000 und 2020 stieg die Einwohnerzahl um 8 %, von knapp 12 auf über 13 Millionen Menschen. Das ist aber noch nicht das Gröbste: Die Zahl der umsatz-

steuerpflichtigen Unternehmen stieg von 2000 bis 2019 von ungefähr 500.000 auf über 600.000. Das sind natürlich höchst erfreuliche Zahlen. Aber ein Plus von 20 % bei den umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen muss jemand bearbeiten.

2020 war wegen Corona natürlich auch ein Sonderjahr. Auch wenn da einige Unternehmen aus der Steuerpflicht gefallen sind, waren viele Beschäftigte, unsere Finanzbeamtinnen und -beamten, in großer Zahl an die Regierungen und die Gesundheitsämter abgeordnet. Gleichzeitig steht die Grundsteuerreform ins Haus, eine neue arbeitsträchtige Aufgabe, egal mit welchem Modell. Zuletzt gibt es auch einige große Finanzskandale und Ermittlungskomplexe in den letzten Jahren, zum Beispiel den Umsatzsteuerkarussellbetrug oder Cum-Ex. Hierfür wurden richtigerweise Schwerpunkt-Ermittlungsgruppen gebildet.

Zusammenfassend muss man aber sagen: All diese Aufgaben strapazieren unser Rückgrat, die Finanzämter und die Beschäftigten. Herr Staatsminister, während Ihre Vorgänger noch Personal ausgedünnt haben, haben Sie das Ruder zumindest etwas herumgerissen und in den letzten Jahren zumindest die Ausbildung hochgefahren. Sie konnten den Personalstand damit stabilisieren. Von einem nennenswerten Ausbau, der den gerade beschriebenen Aufgaben auch gewachsen ist, kann aber keine Rede sein. Die Beschäftigten in den Finanzämtern machen einen klasse Job, aber sie kommen bei diesem Arbeitsaufwand an ihre Grenzen, und so bleiben die Vergleichszahlen in Bayern äußerst bescheiden.

Gehen wir mal in den Ländervergleich. Vorsicht, bitte festhalten, jetzt kommen Zahlen, die die Staatsregierung höchstselbst erst kürzlich auf SPD-Anfrage herausgegeben hat. Das Vergleichsjahr ist 2020.

Verhältnis von Personal in den Finanzämtern zur Einwohnerzahl des Landes: Bayern belegt immerhin noch Platz 8 unter den Ländern.

Personal im Verhältnis zu den Einkommen- und Körperschaftsteuerfällen: Bayern hält Platz 15 unter 16 Bundesländern.

Betriebsprüfer im Verhältnis zur Zahl der Betriebe: Bayern liegt auf Platz 13 unter den Bundesländern.

Umsatzsteuersonderprüfer im Verhältnis zur Zahl der Unternehmen: Platz 16. Das ist der letzte Platz in Deutschland unter den Ländern.

Ja, wo ist er denn, der Branchenprimus Bayern? Meine Damen und Herren, das ist kein Zustand, um die Steuerfälle effektiv überwachen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Das führt dann dazu, dass sich in den letzten Jahren viele Prüfungsturnusse verschlechtert haben. Großbetriebe wurden 2017 im Schnitt noch alle 4,9 Jahre geprüft, 2020 alle 5,9 Jahre. Mittelbetriebe wurden 2017 im Schnitt alle 22,2 Jahre geprüft, 2020 nur noch alle 25 Jahre. Zum Vergleich: Bundesweit wurden Mittelbetriebe alle 20 Jahre geprüft. Bei den Kleinbetrieben sieht die Relation ganz ähnlich aus. Daran sieht man: Ausreichend häufige Prüfungen sind in anderen Bundesländern möglich, aber mit dem Personalstand in Bayern ist das nicht zu machen.

(Zuruf)

Unser Rückgrat kann schon heute nicht mehr das ganze Gewicht der Aufgaben tragen. Das muss sich ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen dringend mehr Personal. Wir können die Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten auch nicht herzaubern, nein, wir müssen alle selbst ausbilden. Auch auf die Gefahr hin, dass sie anschließend abgeworben werden.

Sie, Herr Staatsminister, haben in diesem Jahr 200 Anwärterstellen in Dauerstellen umgewandelt. 200 Dauerstellen sind gut, sehr gut sogar. Das können wir anerkennen. Das führt aber im Umkehrschluss auch dazu, dass 200 Anwärterstellen wegfallen oder fehlen. Wenn ich all die beschriebenen Herausforderungen ansehe, ist das dann im

Umkehrschluss ein schlechtes Zeichen. Wir müssen weiter auf hohem Niveau ausbilden. Wir GRÜNEN haben deshalb beantragt, die Ausbildung auf dem Vorjahresniveau weiterzuführen. Denn wir brauchen die Menschen. Unser Rückgrat, die Steuerverwaltung, braucht frische Kräfte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur mit Personal ist es auch nicht getan. Die Digitalisierung schreitet voran. Auch da müssen wir weiter am Drücker bleiben. Die IT-Infrastruktur an so mancher unserer Ausbildungsstätten oder in manchen Ämtern kam in den letzten Jahren auch an ihre Belastungsgrenze. Auch da müssen wir fit bleiben.

Meine Damen, meine Herren, eine effektive Aufstellung der Finanzverwaltung ist wichtig, um Finanzkriminalität das Handwerk zu legen. Sie ist wichtig, damit all die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch einen fairen Wettbewerb haben, und zuletzt auch, um die Einnahmen des Staates auf dem hohen Niveau zu sichern, nein, eventuell sogar zu erhöhen. Das wird gerade in den nächsten Jahren wichtig bleiben.

Meine Damen, meine Herren, wir sehen in diesem Etat zu wenig Impulse für die Zukunft der Finanzverwaltung und können deswegen nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist richtig, dass dieser Haushalt entscheidend dafür ist, wie viele Steuereinnahmen wir für die Umsetzung dessen, was wir für notwendig halten, zur Verfügung haben. Was eine gute Steuerverwaltung wert ist, zeigt sich, wenn man dorthin blickt, wo die Verwaltung nicht funktioniert oder nicht funktioniert hat. Denken wir an Griechenland: Dort hatte man zwar Steuergesetze, aber keine Finanzver-

waltung mit Beamten, die diese Steuergesetze sinnvoll umgesetzt hätten. Im Ergebnis schrammte Griechenland haarscharf am Staatsbankrott vorbei.

Jetzt sagen Sie, Herr Kollege Pargent: Warum haben wir so wenige Steuerbeamte? Die Bevölkerung Bayerns nimmt ständig zu. Die Unternehmen werden mehr. – Ja, Herr Kollege Pargent, damit haben Sie recht. Merken Sie sich Ihre Argumentation, bis wir das nächste Mal wieder über Flächenverbrauch reden; denn auch Unternehmen und Menschen, die zuziehen, müssen irgendwo untergebracht werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ein Zweites, Herr Kollege Pargent: Sie verwechseln die Zahl der Beamten mit Effizienz. Wenn Sie behaupten: "Je mehr Beamte eingestellt werden, desto effektiver arbeitet eine Verwaltung", dann – das muss ich sagen – haben Sie nicht sehr viel verstanden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Ich sage an dieser Stelle allen Beamten und Angestellten in der Steuerverwaltung herzlichen Dank. Sie haben mit vergleichsweise schlankem Personalbestand Unglaubliches geleistet. Wir verzeichnen die meisten Steuereinnahmen in ganz Deutschland. Das liegt nicht nur am Fleiß der Menschen, sondern auch an der Effizienz unserer Verwaltung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ja, man muss es so sagen: Das liegt auch an den politischen Vorgaben. Herr Kollege Hofmann hat es völlig zu Recht angesprochen: Die Grundsteuerregelung ist der Lackmustest. Daran sieht man, wer zwar am Sonntag von Bürokratieabbau redet, aber von Montag bis Freitag neue bürokratische Monster erfindet und damit seine Beamten quält. Besser wäre es, sich von Montag bis Freitag hinzusetzen, um zu überlegen, wie viel Bürokratie sein muss und was verzichtbar ist.

Das, was wir hier in Bayern – die Regierungsfraktionen gemeinsam mit dem Finanzminister – auf den Weg gebracht haben, kann sich sehen lassen. Das ist deutschlandweit einmalig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ein weiteres Lob geht an den Finanzminister, wenn es um die Heimatstrategie geht. Insoweit muss ich Herrn Kollegen Hofmann allerdings ein wenig korrigieren: Lieber Kollege Hofmann, die Heimatstrategie stammt aus dem Jahr 2014, aufgesetzt von einem Finanzminister namens Markus Söder und seinem damaligen Staatssekretär Albert Füracker. Das war die Heimatstrategie 2014.

Ich sage: Auch das war ein Volltreffer! Die Heimatstrategie ist ein Herzstück bayerischer Politik. Und sie wirkt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU)

Die Heimatstrategie führt dazu, dass wir Behörden in die Fläche verlagern und dadurch Impulse für die Fläche setzen. Wir brauchen uns nur die Finanzhochschulen in Kronach und Kaufbeuren anzuschauen und können feststellen: Das waren richtige Signale. Ich könnte auch die Verlagerung der Bewertungsstelle nach Höchstädt und vieles andere mehr nennen. Auch insoweit setzen wir in Bayern Maßstäbe; denn wir sind das größte Flächenland in Deutschland. Es ist völlig klar, dass Intelligenz und Kompetenz nicht nur in München gebündelt vorhanden sind, sondern sich über ganz Bayern verteilen. Wir haben überall richtig gute, leistungsbereite Menschen, die gern hier wohnen und arbeiten und sich gern hier einsetzen. Von Lichtenfels bis Lindau, von Aschaffenburg bis Waldkirchen – überall in Bayern können wir wirklich etwas heben und tatsächlich neue Impulse setzen. Das schafft diese Heimatstrategie.

Ich darf zum Schluss darauf hinweisen, dass wir in den nächsten Jahren finanzpolitisch vor großen Herausforderungen stehen werden. Die Corona-Pandemie haben wir deswegen bewältigen können, weil wir jahrzehntelang gute Finanzpolitik gemacht

haben. Auch das kann ich hier durchaus sagen: Die gute, seriöse Finanzpolitik – Ausnahme: die Bayerische Landesbank – war tatsächlich ein Markenzeichen der Bayerischen Staatsregierungen von 1946 bis heute.

Vom sorgsamen Umgang mit Steuergeld und einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik haben wir in der Corona-Krise gezehrt. Aber wir müssen sehen, dass uns der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine vor neue Herausforderungen stellt, vor Herausforderungen, die wir im Einzelnen noch gar nicht kennen. Deshalb werden wir unseren Haushalt sehr genau beobachten müssen. Es ist auch sehr richtig, dass der Finanzminister vom Zweijahresturnus auf den Einjahresturnus umgestellt hat; denn es ist einfach nicht mehr so leicht prognostizierbar, wie hoch die Steuereinnahmen im nächsten Jahr sein werden. Vielleicht müssen wir sogar noch in diesem Jahr korrigieren.

Der Haushalt des Finanzministers ist hervorragend durchdacht. Er setzt die richtigen Schwerpunkte und verdient daher unsere Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Liebe Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum heute vorliegenden Etat des Finanz- und Heimatministeriums sowie der Allgemeinen Finanzverwaltung: Die Gesamtausgaben im Einzelplan 06 steigen um 15 Millionen Euro und damit nur geringfügig an. In der Staatsfinanzverwaltung verzeichnen wir einen Rückgang um 8 Millionen Euro.

Hier möchte ich unter Bezugnahme auf etwas, was mir zugetragen worden ist, ausdrücklich etwas ansprechen: Einflussnahmen aus politischer Richtung auf die Finanz-

verwaltung sind zu unterlassen! Das geht für mich auf gar keinen Fall. Ich werde dazu Anfragen stellen und schauen, wer sich dazu äußert.

Zum Breitbandausbau und generell zur digitalen Erschließung: Herr Hofmann, 100 Mbit/s ist schon seit Jahren eine Forderung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Vbw, weil diese Geschwindigkeit in der Praxis notwendig ist. Damit müssen auch die Bürger und die Unternehmen auf dem Land versorgt werden. Ihr ehemaliger Wirtschaftsminister Erwin Huber hatte die Breitbandversorgung als "Privatangelegenheit" abgetan. Es ist schön, dass die Erkenntnis gereift ist, dass das eine wichtige Infrastrukturaufgabe ist.

Der Kollege Tim Pargent nimmt in jeder Haushaltsberatung die Steuerverwaltung aufs Korn und behauptet, wir verschenkten viel zu viel Geld und könnten mit mehr Kontrollen mehr Geld einnehmen. Herr Pargent, Sie stellen im Grunde genommen – das habe ich jedes Jahr erwidert – die Unternehmen und die Bürger unter Generalverdacht. Das ist Ihre "Denke". Sie wollen durch Kontrollen anstatt durch Vereinfachung des Steuersystems mehr Steuereinnahmen generieren. Letzteres ist aber der Schlüssel dazu. Dafür gibt es Beispiele, unter anderem Neuseeland. Ich war früher Mitglied im Finanzausschuss der IHK und der Vbw. Dort hat immer Einigkeit darüber bestanden, dass wir Steuervereinfachung und nicht immer mehr Kontrolle brauchen.

Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal eine Steuerprüfung miterlebt haben. Ich habe schon drei miterlebt. Ich habe nicht den Eindruck, dass die bayerische Finanzverwaltung so, ich sage einmal, ineffizient arbeitet, sondern ich habe den Eindruck, dass sie hart in der Sache verhandelt, aber mit den Bürgern in der Regel fair umgeht. Es heißt immer so schön: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.

Zum Kollegen Pohl von den FREIEN WÄHLERN: Sie haben groß hervorgehoben, die Behörden in die Fläche zu verlagern. Das sei die Heimatstrategie, 2014 von Herrn Söder ausgerufen und von den FREIEN WÄHLERN – zumindest ich habe diesen Eindruck gehabt – immer so gefordert. Impulse für die Wirtschaft und für den ländlichen

Raum hat es gegeben – denken wir einmal an Herrn Strauß, der Bayern vom Agrarland in das Industriezeitalter überführt hat –, wenn große Industrieansiedlungen wie BMW in Regensburg etc. vonstattengegangen sind, weil das ganze Umland davon profitiert hat. Ich weiß, wovon ich spreche. In Regensburg oder auch in Dingolfing haben viele meiner Verwandten in Niederbayern ihren kleinen Bauernhof aufgegeben, bzw. sie haben ihn im Nebenerwerb gemacht, und dann bei BMW gearbeitet. Die Behördenverlagerungen bewirken nicht das, was Sie herausstellen. Leuchtturmprojekte sind entscheidend.

Ich komme zum Projekt Heimatpflege. Aus unserer Sicht müssen wir die traditionellen Vereine – sie sind das Rückgrat im ländlichen Raum für die Gesellschaft – in allen Bereichen fördern und erhalten. Dazu haben wir auch schon in den letzten Jahren mehrere Anträge eingebracht, die natürlich immer abgelehnt wurden, beispielsweise hinsichtlich der Ehrenamtspauschale und der Förderungen, um dann in veränderter Form wieder aufgenommen zu werden.

Auch Bürgermeister, mit denen ich immer wieder im Gespräch bin, haben berichtet, dass es zurzeit ein Problem ist, Verantwortliche wegen der Haftung zu finden. Die Regelungen zur Haftungsfreistellung für Vereinsverantwortliche können sogar dazu führen, dass man in Gemeinden keine Bürger mehr findet, die ehrenamtliche Tätigkeiten übernehmen. Sportvereine sind zwei Jahre lang ohne einen regulären Vorstand. Wir müssen die Unterstützung des Ehrenamtes, gerade bei den Feuerwehren – sie sind das Rückgrat im ländlichen Raum –, noch viel massiver vorantreiben, damit wir hier vorankommen.

Zum Breitbandausbau habe ich schon einiges gesagt.

Wir haben auch zur Arbeitsgruppe Konsens einen Antrag eingebracht. Hier arbeiten Bund und Länder seit 2007 an gemeinsamen Vorhaben mit dem Ziel einer einheitlichen Software für die Steuerverwaltung. Der ORH hat aufgrund der erheblichen Kosten, nämlich 2 Milliarden Euro bis 2024, drei Empfehlungen ausgesprochen. Wir mah-

nen diese Empfehlungen für die Zukunft dringend zur Umsetzung und Entwicklung an, damit wir einmal so dastehen wie Estland. Wer jemals dort war, weiß, dass alles digitalisiert ist. Dahin wollen wir.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die SPD-Fraktion der Kollege Harald Güller.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Herr Finanzminister, Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich richtig – deswegen beginne auch ich damit, wie es die anderen Kollegen gemacht haben –, an dieser Stelle vom Parlament einen herzlichen Dank erstens an alle, die in unserer bayerischen Finanzverwaltung arbeiten, auszudrücken und zweitens an alle diejenigen, die ordnungsgemäß ihre Steuern zahlen, wie sie in den Gesetzen festgesetzt sind. Diese Auswahl hat nichts mit Misstrauen oder mit Generalverdacht zu tun. Es ist hoffentlich allen hier klar, dass es die Aufgabe einer Steuerverwaltung ist, Gesetze durchzuziehen, sie zu kontrollieren und auch den Steuervollzug ordentlich zu machen. Genau das ist der zentrale Kritikpunkt der SPD-Fraktion an diesem Haushalt.

Zentraler und besser ausdrücken konnte die Position der CSU und auch der Staatsregierung eigentlich niemand anderer als der Kollege König vorgestern, als er gesagt hat: Der Haushaltsgesetzgeber hier im Haus kann die Einnahmen nicht festsetzen. Wir alle sind darauf angewiesen, dass die Steuereinnahmen hoffentlich – ausdrücklich: hoffentlich – so fließen werden wie angenommen. – Aber kein einziger Satz dazu, dass es auch notwendig ist, die Steuerverwaltung so aufzustellen, damit die Steuern, die in den Gesetzen festgesetzt sind, auch eingezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich für die SPD-Fraktion: Natürlich kommt es nicht nur darauf an, wie viele Köpfe in der Steuerverwaltung sind. Es kommt auch auf die Rahmenbedingun-

gen der Arbeit an. Aber wenn insgesamt zu wenig Personal eingesetzt wird, dann kommen eben die Zahlen heraus, die der Kollege Pargent aus einer Anfrage der SPD-Fraktion zitiert hat, nach denen wir in Deutschland beim Steuervollzug insgesamt meistens die Vorletzten oder die Drittletzten sind. Das starke Land Bayern könnte mehr machen. Im Interesse aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die ihre Steuern ordnungsgemäß zahlen, ist es auch, dass die schwarzen Schafe herausgefunden werden. Das passiert dann, wenn man eine effiziente Verwaltung hat, die gut aufgestellt und ausgestattet ist und die auch die entsprechenden Köpfe hat. Deswegen hat die SPD-Fraktion beantragt, 1.000 Stellen in der dritten QE neu zu schaffen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Da genau das, was der Kollege König für die CSU-Fraktion ausgedrückt hat, der Grund dafür ist, wie Sie diesen Haushalt im Finanzbereich aufgestellt haben, werden wir ihn ablehnen.

Neben dem Einzelplan 06 ist es an dieser Stelle notwendig, auch über das zu reden, was der Finanzminister zentral zu machen hat, nämlich sich um die Beteiligungen des Freistaats Bayern zu kümmern. Wir haben 68 Beteiligungen mit fast 40.000 Beschäftigten, also eine wirkliche Macht in diesem Freistaat, mit der wir auch vieles machen könnten, wenn es eine konzertierte Politik aller Beteiligungen gäbe. Diese konzertierte Politik gibt es aber leider nicht, sondern die Beteiligungen zerfallen in Einzelzuständigkeiten. Es wird immer nur auf das einzelne kleine Kästchen geschaut. Die Beteiligungen des Freistaats Bayern werden nicht konsequent gemeinsamen Zielen untergeordnet.

Für uns als SPD-Fraktion sind die zentralen Ziele zum Beispiel, erstens mehr Wohnraum und mehr bezahlbare Wohnungen und zweitens mehr, günstige und klimagerechte Mobilität in Bayern zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Beispielsweise im Wohnbau hätten wir mit der BayernHeim, mit BayernGrund, mit dem Siedlungswerk Nürnberg und mit der Stadibau, aber auch mit Finanzierungsmöglichkeiten über die KfW und die LfA Förderbank sowie über unseren entscheidenden Einfluss in der Landesbank Möglichkeiten, ein Bündel zu machen; auch zum Beispiel in Zusammenarbeit auch mit den Studentenwerken, um noch mehr Wohnraum für Studierende zu schaffen. Das wäre insgesamt eine Aufgabe, auf die sich der Finanzminister, wie ich finde, übergreifend schon einmal konzentrieren könnte, Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf)

– Du kannst ja nachher darauf antworten.

Ich komme zum Bereich der Mobilität. Die Finanzierung der Bayerischen Eisenbahngesellschaft, die wir derzeit in diesem Bereich haben, ist nicht ausreichend für die nächsten Jahre. Ich nenne unsere Beteiligung beim MVV und unsere Zuschüsse, die wir zum Beispiel für das 365-Euro-Ticket geben, zunächst nur für Studierende und Schüler, aber für die SPD ist dieses Ticket für alle Menschen in Bayern ein klares Ziel. Da könnten wir sowohl über die Beteiligungen als auch über den Staatshaushalt mehr tun. Da müssen wir mehr tun, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Bayern kann mehr. Bayern muss für eine aktive und gute Zukunft mehr tun.Herr Finanzminister, greifen Sie im Bereich der Beteiligungen stärker zu. Nehmen Sie das Heft stärker in die Hand, dann können wir in Zukunft auch besser haushalten und vielleicht einmal einem Haushaltsgesetz zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, bitte bleiben Sie noch da. – Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Lieber Kollege Güller, auch wenn ich gleich selbst mit einem Redebeitrag dran bin, muss ich dir jetzt doch noch eine Frage stellen. Du hast bei den Beteiligungen so schön angeführt, dass wir unter anderem mit unserem Einfluss bei der Landesbank arbeiten könnten. Willst du ernsthaft die Landesbank wieder zu einer politischen Bank machen? Willst du ernsthaft, dass wir wieder mitspielen? Wollen wir diese denn nicht einmal verkaufen oder sonst etwas damit machen? Wir sollten sie jedenfalls bitte aus dem politischen Einfluss herauslassen.

Harald Güller (SPD): Herzlichen Dank für diese Frage. Die Position der SPD ist an dieser Stelle glasklar: Wir waren damals der Meinung, dass die Flucht des Ministers und der Staatssekretäre aus der Führung der Landesbank und damit aus der Verantwortung falsch ist. Wir sind der Meinung, der Freistaat Bayern ist über die Beteiligungen an der Landesbank Miteigentümer, und daher muss die Landesbank auch für politische Ziele eingesetzt werden. Deswegen sind wir für mehr politischen Einfluss bei der Landesbank und nicht für weniger. Wir sind allerdings auch für den richtigen politischen Einfluss bei der Landesbank und nicht für einen Einfluss, wie er vom jetzigen und vom ehemaligen Ministerpräsidenten verfolgt wird bzw. wurde: Verscherbeln von 33.000 Wohnungen der GBW. Wir sind für einen verantwortlichen Umgang mit der Landesbank. Ein Verkauf kommt für uns zumindest nicht infrage.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt darf Herr Kollege Dr. Kaltenhauser seine Redezeit ganz regulär in Anspruch nehmen.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie bereits in den Haushaltsberatungen vernommen haben, wird die FDP im Wesentlichen ganz zufrieden sein mit dem Einzelplan für das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.

(Beifall bei der FDP)

Nachdem die Regierung die Lobhudeleien üblicherweise selber übernimmt, kann ich mich auf die Kritikpunkte beschränken. Nichtsdestoweniger möchte ich den Mitarbeitern des Finanzministeriums für die Aufstellung des Haushaltsplanes und für die Haushaltsberatungen, die eigentlich immer sehr sachlich ablaufen, danken. Wenn ich einmal andere Ausschusssitzungen erlebe, dann bin ich immer wieder sehr froh darüber, dass ich im Haushaltsausschuss sitze. Das möchte ich an dieser Stelle loswerden.

(Beifall bei der FDP)

Nun komme ich zu ein paar Kritikpunkten. Erstens. Unter Digitales stehen unter anderem Breitbandausbau – das haben wir heute schon gehört –, Rechenzentrum und digitale Sicherheit. Ich frage mich jedes Mal, was das in diesem Haushalt soll. Es gibt ein Digitalministerium, auch wenn es zugegebenermaßen ein Attrappen-Ministerium ist. Anders kann man es nicht nennen. Das Ministerium hat ein Budget von 118 Millionen Euro, also 0,17 % des Gesamthaushaltes. Hier aber haben wir Dinge drinstehen wie Breitband, Rechenzentrum und digitale Sicherheit, die ein Vielfaches davon ausmachen. Warum wird das nicht umsortiert? Wir werden darüber heute Nachmittag oder später, wenn wir über den Digitalhaushalt sprechen, noch einmal separat diskutieren. Das stört mich jedes Mal. Das gehört da nicht hin, auch nicht unter Heimat.

(Beifall bei der FDP)

Zum Thema Datensicherheit: Es gibt das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Dort war ich zu Besuch. Ich muss sagen, ich bin sehr angetan von der Arbeit, die dort passiert, aber ich glaube, dass es sehr stiefmütterlich behandelt wird. Lediglich 9,2 % unserer Kommunen können überhaupt ein Mindestmaß an IT-Sicherheit nachweisen, und dieses Siegel basiert auf einer Selbsteinschätzung. Wir unterschätzen diese Gefahr für unser öffentliches Leben und für die Verwaltung völlig. Ich kann immer wieder nur das Stichwort Anhalt-Bitterfeld nennen. Vor einem Hackerangriff, wie ihn dieser Landkreis erlebt hat, sind auch wir nicht gefeit. Vor einiger Zeit hat es eine Anfrage gegeben. Hierzu war der Vertreter des Landesamtes für Sicherheit im Land-

tag. Er war ausgesprochen dankbar und hat sich ausdrücklich dafür bedankt, dass er endlich einmal in den Landtag eingeladen und zu bestimmten Themen gehört worden ist. Das Thema wird total unterschätzt. Unabhängig davon, wo das Thema angesiedelt ist, müsste man es eigentlich viel stärker hervorheben.

Das Thema der Verlagerung von Behörden ist heute auch schon ein paarmal angesprochen worden. Es ist schon fast ein Lieblingsthema von mir im Haushaltsausschuss. Ich stelle mir regelmäßig die Frage, wie viel die Verlagerung eines Arbeitsplatzes kostet umgerechnet auf die Kosten, die wir damit produzieren. Ich habe nämlich das Gefühl, dass die allermeisten Verlagerungen dazu genutzt werden, alte Gebäude zu sanieren. Man denkt sich, das Gebäude hätte man schon immer einmal wiederauffrischen müssen, und dann sucht man irgendwelche zentralen Gebäude, meistens im Zentrum einer kleinen Stadt. Anschließend wird ein Haufen Geld investiert, und das Ganze wird dann als Verlagerung verkauft. Die dadurch entstehenden Kosten stehen manchmal in keinem Verhältnis.

Zum Thema Regierungsbeauftragte: Wenn es der Kollege Hofmann schon anspricht, dann will ich natürlich auch etwas dazu sagen. Ich wiederhole: Ich habe nichts gegen die Arbeit vom Kollegen Nussel und seinen Leuten. Ich habe nur ein Problem mit der Konstruktion. Dass die Arbeit gemacht werden muss und gemacht wird, ist völlig okay, mal ganz unabhängig von der Metamorphose, die die FREIEN WÄHLER hingelegt haben: Staatssekretäre light, Abhängige von Söders Gnaden, eigener Hofstaat, erhebliche Einschränkung der Freiheit des Mandats usw. Dazu gibt es eine ganz lange Liste. Ich habe einfach ein Problem damit, dass diese Beauftragtenfunktion separat definiert wurde. Es ist völlig unbestritten, dass die Arbeit gemacht werden muss. Ich habe immer gedacht, dass das der Posten wäre, dessen Aufwand im Haushalt steht. Ich habe aber inzwischen gelernt, dass es erheblich mehr Leute sind, die daran mitarbeiten. Das mag durchaus okay sein. Ich habe eine Anfrage gestellt und bin gespannt, ob diese in einer angemessenen Zeit beantwortet wird oder ob es wieder länger dau-

ert zu ermitteln, welche Kosten diesem Beauftragten tatsächlich zuzurechnen sind. Auf die Antwort bin ich gespannt.

Ein letzter Punkt ist die Grundsteuer. Die FDP war grundsätzlich mit dem Verfahren des Bayerischen Grundsteuergesetzes einverstanden. Aber wenn ich mir die Umsetzung, die Abläufe anschaue, dann habe ich damit schon ein Problem. Ich habe den Eindruck, ich sage mal, dass wir althergebrachte Verfahrensweisen digital abbilden. Ich habe den Eindruck, dass man nicht wirklich angefangen hat, einen neu einzurichtenden Prozess digital zu denken und dann umzusetzen. Das Problem bei der Digitalisierung ist immer, dass man versucht, analoge Prozesse digital abzubilden. Die Chance für Digitalisierung vertut man hier anscheinend auch wieder. Man hätte intern sehr viel mehr digitale Transformation betreiben können. Zur digitalen Kommunikation mit den Bürgern haben wir damals mehrere Anträge gestellt. Hier hätte es mehrere Möglichkeiten gegeben.

Insgesamt sehen Sie also, dass es eine ganze Menge an Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Aber da diese in Summe, in absoluten Beträgen, nicht so viel ausmachen, werden wir diesem Teilhaushaltsplan trotzdem zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht das Geburtstagskind Dr. Wolfgang Fackler für die CSU- Fraktion. – Alles Gute noch einmal!

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, herzlichen Dank noch einmal für die doppelten Geburtstagsglückwünsche. – Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir schaffen mit diesem Haushalt 2022 wieder etwas. Wir gestalten Bayern. Das ist unser Ziel. Das ist in Zeiten von Corona-Krise und Ukraine-Krieg keine leichte Aufgabe. Ich sage aber auch ganz deutlich: Bayern ist lebenswert, Bayern ist modern, Bayern ist umweltbewusst, und Bayern ist nachhaltig. Deswegen gilt ein ganz herzliches Dankeschön unserem Finanzminister Albert Füracker mit seinen Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern im Finanzministerium für die vorausschauende und solide Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Für dieses lebenswerte Bayern brauchen wir selbstverständlich auch eine starke Verwaltung. Der öffentliche Dienst muss gut ausgestattet sein. Darüber sind wir uns glücklicherweise im Klaren. Wir brauchen eine starke Verwaltung, damit all die politischen Ziele und Vorgaben entsprechend umgesetzt werden können; denn es ist wie immer: Ohne Verwaltung ist kein Staat zu machen. Deswegen sage ich als Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes ein ganz herzliches Dankeschön an alle Beschäftigten im Freistaat Bayern und natürlich an die Beschäftigten in unseren Finanzämtern. Unsere Finanzbeamten prüfen robust, sie prüfen effektiv, und sie prüfen auch zielgenau, Herr Kollege Güller. Das ist ganz entscheidend, und darauf kommt es letztendlich an.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ganz ehrlich: Ohne Steuern ist auch kein Staat zu machen. Aber wenn ich mir den Schuldendurst der Ampel in Berlin anschaue, dann komme ich in einer 100-Tage-Bilanz auf mehr als 200 Milliarden Euro neue Schulden. Wenn ich mir diesen Schuldendurst anschaue, dann muss ich sagen: Da können wir noch so viele Finanzbeamte einsetzen und überhaupt einstellen, aber wir können den Durst und das, was sie in der Ampel innerhalb von 100 Tagen aufgemacht haben, gar nicht stillen.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen keine Kontrolle um der Kontrolle willen, sondern wir wollen passgenaue Prüfungen. Deswegen wollen wir eben auch eine gute Entlohnung. Wir haben die Bezüge 2019 angepasst; wir haben sie auch jetzt wieder für die Jahre 2022 und 2023 angepasst. Wir werden auch bei der Alimentation einen guten Weg finden. – Herr Dr. Kaltenhauser, wir haben ein top IT-Dienstleistungszentrum, das mit dem Digi-

talministerium super zusammenarbeitet. Wir haben beim gesamten Personalkörper wieder über 2.700 neue Stellen geschaffen, und wir haben auch ein umfangreiches Neubauprogramm für Staatsbedienstetenwohnungen am Oberwiesenfeld; das sind bezahlbare Wohnungen für untere und mittlere Einkommen. Auch das ist ein gutes Zeichen für unsere bayerischen Beamten.

Nur der Vollständigkeit halber: Wir haben auch einen gut aufgestellten Pensionsfonds; beim letzten Mal wurde er auch hier in großer Runde diskutiert. Mittlerweile befinden sich mehr als 3,5 Milliarden Euro in diesem Kapitalstock. Die Pensionen sind sicher – frei nach Norbert Blüm, der allerdings nur für die Renten gesprochen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem Haushalt steigen unsere Personalausgaben auf mittlerweile 27 Milliarden Euro an. Das möchte ich einfach einmal sagen, weil Kollege Weidenbusch der Einzige ist, der immer wieder zu mir sagt, ich hätte eigentlich den größten Posten im ganzen Haushalt zu vertreten. Das stimmt letztendlich auch. 2019 hatten wir noch Personalausgaben von 24 Milliarden Euro; jetzt gibt es also ein Plus von 3 Milliarden Euro. Auch das ist eine stolze Summe und der Anerkennung wert. Aber nicht nur das! Wenn man sich das einmal anschaut, dann sieht man, dass die Gesamtstellen im bayerischen Haushalt auf mittlerweile 261.500 angewachsen sind plus Personalmittel von weiteren 52.000 Stellen im Freistaat Bayern. Ich sage auch: Das ist der größte Personalkörper, den wir jemals im Freistaat hatten.

Für mich als Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes sind das natürlich gute Nachrichten. Das ist auch gut angelegtes Geld. Deswegen sage ich allen Kolleginnen und Kollegen – sowohl im Haushaltsausschuss als auch im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes – herzlichen Dank für die gute, konstruktive Zusammenarbeit.

Wir haben Bayern und selbstverständlich auch unsere Beschäftigten im Blick. Ich sage an dieser Stelle auch: Man muss auch einmal auf die Personalausgabenquote

ein Augenmerk legen; die Personalausgabenquote liegt mittlerweile bei 38,5 %. Rechnet man die Kreditausgaben heraus, was man aus meiner Sicht auch tun muss, dann kommen wir sogar eher auf eine Personalausgabenquote von 42 %. Also müssen wir in Zukunft die Kreditausgaben auch wieder zurückfahren. Das ist auch unser Ziel; denn solide öffentliche Finanzen sind die Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit eines Landes, vor allem für die zukünftigen Generationen.

Wie gesagt, wir haben die 100-Tage-Bilanz der Ampel in Berlin gesehen: mehr als 200 Milliarden Euro neue Schulden in 100 Tagen. Geld zusammenhalten bedeutet etwas anderes. Wir in Bayern halten das Geld zusammen. Bei uns wird die Staatskasse bewacht. Bei uns wird die Staatskasse behutsam geöffnet, aber auch wieder sorgsam verschlossen und hoffentlich vom Haushaltsausschuss wieder mit einem Kettenschloss versehen. Deshalb sage ich an dieser Stelle auch, dass wir mit unserem Finanzminister Albert Füracker den richtigen Mann an der richtigen Stelle haben. Deshalb erreichen wir auch Triple-A-Bewertungen; auch hierzu noch einmal meinen Glückwunsch.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke der Bayernkoalition. Wir stehen für Sicherheit, Stabilität und gute Verhältnisse. Wir werden diesem Haushalt selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Kaltenhauser vor.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Fackler, ich will Sie ja nicht an Ihrem Geburtstag ärgern, aber Sie haben jetzt doch eine Frage provoziert. Bei Ihren eigenen Zahlen haben Sie von knapp 30 Milliarden Euro an Personalaufwand und von ungefähr 3 Milliarden Euro Pensionsfonds geredet; gleichzeitig haben Sie gesagt, die Pen-

sionen seien sicher. Wie können Sie mit 3 Milliarden Euro jemandem, der vielleicht 20 Jahre lang Pension kriegt, diese bezahlen? Wie passt das denn zusammen?

Wolfgang Fackler (CSU): Kollege Kaltenhauser, die 3 Milliarden Euro sind ein Kapitalstock für die Pensionen, und die Pensionen sind selbstverständlich sicher. Ich lade Sie gerne in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes ein, wenn wir den Pensionsfonds wieder besprechen; dann werden wir Ihnen die Systematik erklären. Sie werden dann merken, dass wir bis 2035 mit den Pensionen sehr gut aufgestellt sind. Wir haben vor vielen Jahren in Aktienpakete investiert; wenn Sie sich heute die DAX-Entwicklung und Ähnliches ansehen, dann wissen Sie, dass die Kurse durch die Decke gegangen sind. Kollege Kaltenhauser, wir sind also sehr gut aufgestellt. Wie gesagt: Kommen Sie vorbei, lesen Sie den Bericht; und diskutieren Sie mit uns! Dann werden Sie auch wieder einige neue Dinge erfahren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Abschließend erteile ich dem Staatsminister für Finanzen Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Geschätzte Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke für die Diskussion, die im Grunde gezeigt hat, worum es geht: um Ausgewogenheit bei allem, was man tut. Es gilt, politisch abzuwägen, wo es mehr und wo es weniger braucht; das ist unser Geschäft. Bei allen gemachten Vorwürfen haben wir nicht irgendwie Böswilligkeit verspürt, sondern die uns alle umtreibende Sorge, dass dieses Land gut stabil bleiben kann. Die Wege dazu sind manchmal eben unterschiedlich, aber eines haben alle anerkannt. Darüber freue ich mich und sage das ganz am Anfang.

Ich darf als Finanz- und Heimatminister für das Personal des Freistaats Bayern zuständig sein. Bei allen Reden, die ich in den letzten Tagen verfolgt habe, kommt immer wieder zum Ausdruck, dass wir in Bayern es schätzen, nicht nur eine stabile Wirtschaft

und fleißige Menschen im Allgemeinen, sondern auch funktionierende Verwaltungen zu haben. Das gilt für alle Geschäftsbereiche. Natürlich bin ich auch in besonderer Weise auf "meine" Verwaltungen stolz; aber es sind unser aller Beschäftige in Bayern, die so hervorragend Dienst tun und überhaupt erst dafür sorgen, dass dieses Land funktioniert. Deswegen ein Dank in cumulo an alle, die diese schwere Arbeit, vor allen Dingen auch in Krisenzeiten, so hervorragend gemeistert haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist natürlich wahr: Beim Finanz- und Heimatministerium sind die digitalsten Verwaltungen angesiedelt, die wir haben. Ja, die Vermessungsverwaltung ist seit jeher die digitalste Verwaltung, die es gibt. Die Steuerverwaltung ist auch eine sehr digitale Verwaltung, die wiederum auch Rechenzentren braucht. Es gibt dieses dauernde Diskutieren darüber, ob die steuerberechnenden Rechenzentren denn nicht in ein anderes Ministerium müssten, nur damit die Namen wieder passten. – Herr Dr. Kaltenhauser, das kann man alles machen, darüber kann man sich unterhalten und sich mit solchen Nebensächlichkeiten beschäftigen. Die Frage ist aber, ob das funktioniert.

Steuer-, Vermessungs- und Finanzverwaltung sind ein digitaler Block, und es hat Sinn, diese Rechenzentren dort zu betreiben. Da können Sie noch so oft mit dem Kopf schütteln. Die Qualität ist deswegen nicht schlechter; seit Jahrzehnten wird die Zusammenarbeit gut organisiert.

(Zuruf)

Zur Steuerprüfung: Lieber Herr Güller, ich muss einfach wieder die Frage stellen. Wenn man sagt, mit mehr Personal hätte man bestimmt mehr Steuereinnahmen, dann muss man auch sagen, dass das Personal im Umkehrschluss auch keinen Rückgang der Steuereinnahmen verhindern konnte, wenn es in der Wirtschaft Probleme gibt. Das hat doch miteinander nichts zu tun. Vielmehr müssen wir sehen, dass unsere Steuerprüfungen zum Beispiel wesentlich effizienter als anderswo ablaufen.

Bei der Betriebsprüfung erhebt ein bayerischer Betriebsprüfer etwa 500.000 Euro mehr nach als im Bundesdurchschnitt; bei der Umsatzsteuerprüfung sind es 286.000 Euro, bei der Lohnsteueraußenprüfung 60.000 Euro. Es hat doch nichts damit zu tun, wie viele Fälle man bearbeitet, sondern dass die Bearbeitung auch effizient ist. Offensichtlich ist es so, dass dort, wo noch mehr Steuerprüfungen stattfinden, auch nicht mehr aufgedeckt werden kann. Vor allem werden die großen Steuerfälle bei uns sehr gut bearbeitet.

Ich habe auch ein Grundvertrauen. Ja, ich gestehe das; ich habe ein Grundvertrauen in Steuerzahlerinnen und Unternehmen, dass sie grundsätzlich ihre Steuern ordentlich bezahlen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Je mehr Unternehmen es bei uns gibt, desto mehr wirtschaftliches Wachstum erfolgt und desto stärker steigen die Steuereinnahmen. Sie werden nicht direkt proportional zur Anzahl der Steuerbeschäftigen und Finanzbeamten steigen können. Dennoch haben wir viel getan.Die Ausstattung erfolgt natürlich bedarfsgerecht. Wir sind bei allen digitalen Projekten in der Steuerverwaltung mit führend. Ich erinnere an das Projekt KONSENS.

Wir programmieren die Grundsteuer für alle Bundesländer, unabhängig vom Modell, Herr Dr. Kaltenhauser. Wir machen das gut und sehr digital. Sie haben sich mal gesorgt, weil Sie dachten, man kann die Grundsteuer nur auf Papier anmelden. – Das ist alles nicht richtig. Wir können das sowohl digital als auch auf Papier anmelden.

Im Übrigen bekomme ich wöchentlich mehrere Schreiben von Menschen, die schreiben: Lieber Minister, es ist schön, dass ihr immer nur über Digitalisierung sprecht. Ich habe meine Steuererklärung jetzt 30 oder 40 Jahre auf Papier gemacht und möchte das weiterhin tun. Ich habe nicht einmal einen Computer. – Da wird man als Minister ständig diskreditiert, weil es auch noch Steuerformulare gibt. Sie sollten einmal lesen, was die Menschen schreiben. Vorzugsweise alte Menschen schreiben mir, sie möch-

ten ihre Steuererklärung auch weiter auf Papier machen. Das ermöglichen wir in Bayern. Trotzdem haben wir bei der ganz normalen Einkommensteuer eine ELSTER-Quote von 80 %. Wir haben auch bei der Grundsteuer neben der digitalen Anmeldung, die der Regelfall sein wird, die Möglichkeit, auf Papier abzugeben. Da kann ich alle Menschen beruhigen, die das sogar noch als besonderen Service erwarten.

Wir haben bei der Steuerverwaltung seit 2009 zusätzliche 3.600 Stellen geschaffen. Für die letzten zehn Jahre ergibt sich in den Finanzämtern ein Plus von 763 Beschäftigten, am Landesamt für Steuern von 428 Beschäftigten. Wir haben bei der Steuerverwaltung mehr Risikomanagementsysteme im Einsatz. Immer mehr Steuererklärungen werden automatisch bearbeitet, weil die Risikomanagementsysteme im Rahmen der Digitalisierung das Ganze ermöglichen. Deswegen, meine Damen und Herren, haben wir höchste Quoten, was ELSTER anbelangt, bei den Anmeldesteuern gar 100 %.

Wir bilden außerdem weiter aus. Wir haben 2.500 junge Menschen in Ausbildung, und keine Stellen werden abgebaut – ganz im Gegenteil: Wir bilden bedarfsgerecht aus, um die Menschen zu ersetzen, die ausscheiden.

Insofern bitte ich, um der Ausgewogenheit willen zu akzeptieren, dass unsere Steuerverwaltung gut ausgestattet ist und vor allen Dingen einen super Job macht, wie wir das umgangssprachlich immer gerne sagen.

Wir haben hier auch weiterhin viel zu tun. Wir digitalisieren weiter die Verwaltung. Es gibt viel zu tun. Aber den Vorwurf, wir würden in Bayern auf Steuereinnahmen verzichten, weil wir zu wenig Steuerbeamte haben und die wenigen nicht so gut arbeiten, kann ich entschieden zurückweisen.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiteres großes Thema bei den Vorwürfen war der Glasfaserausbau. Es ist immer wieder erstaunlich, dass die erfolgreichsten Infrastrukturprojekte eines Landes am

meisten diskreditiert werden. Die dauernde Behauptung, dass Bayern hier ganz hintendran wäre, stimmt einfach nicht. Das ist schlicht nicht wahr. Wir haben die objektiven Zahlen für alle Bundesländer. Die bekommen wir jedes halbe Jahr. Die erhebt auch nicht der bayerische Finanzminister, sondern die Wirtschaft, andere Ministerien und der TÜV. – Hier ist es so, dass die 100 Mbit/s – ich glaube, ein Freund von der AfD-Fraktion hat das angesprochen –, die Sie als Maßstab anlegen, mittlerweile 90,7 % aller Haushalte in Bayern haben. 90,7 % aller Haushalte! Und wo kommen wir her? – 2014 hatten nur 27 % aller Haushalte im ländlichen Raum überhaupt schnelles Internet. 27 %! Glaubt denn irgendjemand von uns, dass wir heute ohne das Engagement des Staates, ohne die Unterstützung durch unsere Breitbandförderprogramme da wären, wo wir sind?

Das mit den 30 Mbit/s – ich habe das schon hundertmal erzählt – wird immer wieder erwähnt, weil man glaubt, hier Stimmung machen zu können. Wir durften dort, wo es 30 Mbit/s gab, nicht fördern, weil die Europäische Union sagt, 30 Mbit/s sind schnelles Internet. Da darfst du nicht in den Markt eingreifen. – Wir haben jahrelang gekämpft. Wir waren 2019 das erste Land in Europa, das überhaupt die Genehmigung von der Europäischen Union bekam, dort Glasfaser fördern zu dürfen, wo es schon 30 Mbit/s gibt. Wir haben das getan. Wir sind jetzt in unsere Gigabitrichtlinie eingestiegen. 1.100 Gemeinden sind schon dabei. Auch hier gilt: Wir können nur fördern. Ich kann doch einer Gemeinde nicht vorschreiben, in welcher Weise sie Glasfaserausbau betreiben möchte. Aber wir fördern das mit 225 Millionen Euro im Jahr. Wir haben Geld zur Verfügung. Verpflichtungsermächtigungen sind eingestellt. Ich kann jeden nur einladen. Das einzige Programm, wo der bayerischen Finanzminister ständig wirbt: "Gebt doch das Geld aus, das wir euch zur Verfügung stellen!", ist tatsächlich das Programm für Glasfaser, die Breitband- und die Gigabitrichtlinie.

Wir kommen hier signifikant voran. Kein ländlicher Raum in ganz Deutschland ist so gut versorgt wie der ländliche Raum in Bayern. Wir haben mittlerweile 64 % aller

Haushalte im Gigabit-Bereich erschlossen. Ich sage doch nicht: Wir hören jetzt damit auf. – Wir haben ganz viele Baumaßnahmen, die durchgeführt werden.

Manchmal bekomme ich eine Beschwerde. Dann gehen wir der Sache nach. Dann heißt es: Da geht es in einem halben Jahr mit der Baustelle los. – Meine Damen und Herren, das kann man nutzen, um zu sagen: Das geht zu langsam. – Mir wäre es auch lieber, wenn es noch schneller ginge. Aber ich kann als Förderbehörde nur Geld und Beratung anbieten, möglichst unbürokratisch und in hoher Zahl. Ich kann als Minister – privat vielleicht schon – nicht auch noch rausfahren und baggern, um die Leitungen zu verlegen, meine Damen und Herren. Da haben wir gottlob noch Unternehmen, die das qualifiziert machen.

Diese Digitalisierung ist auch in der Schule bestens angekommen, obwohl das hier diskreditiert wird. 80 % der Schulen in Bayern nutzen mittlerweile die Gigabit-Versorgung. Ich habe mir das für die Rathäuser, Schulen und Krankenhäuser aufgeschrieben: Wir haben dort mittlerweile 101 Millionen Euro an Förderung für 3.611 Einrichtungen ausgegeben. Wenn alle Verfahren abgeschlossen sind, sind 87 % der Schulen an der Glasfaser, FTTB, entweder im Bau oder in Betrieb.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, stellen Sie sich bitte mal die Frage: Was soll man eigentlich noch machen? Ich habe 2018, als ich Minister geworden bin, eine meiner ersten Entscheidungen dazu genutzt, Glasfaserinfrastruktur an Schulen mit 90 % Zuschuss zu fördern. 2018! Wenn mir dann der Sachaufwandsträger 2021 schreibt, er muss jetzt ein halbes Jahr warten, bis ein Ausbauunternehmen kommt und die Glasfaser reinlegt, dann fühle ich mich nicht mehr verantwortlich, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das hätte auch 2018 beauftragt werden können. Wenn dann ein halbes Jahr rumgegangen wäre, wäre das Gebäude 2019 angeschlossen gewesen. Die Pandemie kam erst 2020.

Nicht überall ist also ein Minister schuld, wenn irgendwo eine Lichtbirne nicht mehr brennt. Wir machen unsere Arbeit.

Sie behaupten, wir würden das LSI stiefmütterlich behandeln, Herr Dr. Kaltenhauser. – Was verstehen Sie unter "stiefmütterlicher Behandlung"? Wir haben das LSI aufgebaut. Das ist das einzige Institut dieser Art in ganz Deutschland. Bei uns gibt es damit eine landesweite Behörde für die Sicherheit im Datenbereich.

(Zuruf)

Wir haben dort mittlerweile über 100 Beschäftigte. Ich war vor Kurzem mit dem amerikanischen Generalkonsul dort. Der hat Bauklötze darüber gestaunt, was wir in Bayern hier machen. Das haben wir getan, weil wir die Notwendigkeit erkennen. Wir gehen auf die Kommunen zu und werben dort dafür, dass unser Siegel angewandt wird. Wir tun das Menschenmögliche für die IT-Sicherheit. Sie wissen ohnehin, dass bei der IT-Sicherheit sogar das Menschenmögliche manchmal zu wenig ist. Aber mehr als das Menschenmögliche können wir nicht tun. Da haben wir das LSI gegründet, das immer noch im Aufbau ist. So einfach ist es gar nicht, die ganzen Spezialisten zu finden. Die machen einen super Job. Die sorgen dafür, dass das Menschenmögliche getan wird. Die fahren zu den Kommunen. Ich war selber schon mit dem Präsidenten unterwegs und habe bei Kommunen geworben, sich zur Datensicherheit der Unterstützung des LSI zu bedienen. Da sind wir sehr gut unterwegs.

Ihre Ausführungen zu den Beteiligungen, lieber Herr Güller, haben mich etwas überrascht, weil es tatsächlich so ist: Wir haben 68 Beteiligungen des Freistaats Bayern. Da gibt es, unterschiedlich geregelt, besondere fachliche Verantwortung der Ministerien. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft untersteht nicht der besonderen fachlichen Verantwortung des bayerischen Finanzministeriums, ebenso wenig die BayernHeim und viele andere Beteiligungen, die Sie genannt haben. Ich sage aber nicht, dass die deswegen schlecht gemanagt werden. Wir als Finanzministerium sind in besonderer Weise zuständig für Beteiligungen wie zum Beispiel die zwei Flughäfen, die zwei Messegesellschaften und die Bayerische Landesbank. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn ich mich um alle anderen Beteiligungen auch noch in der Dimension kümmern müsste, wie ich das bei diesen fünf Unternehmen tue, die sehr große Beteiligungen sind, aber

auch die Auswirkungen der Krise spüren, wäre ich überfordert. Ich bräuchte mindestens noch drei Staatssekretäre.

(Heiterkeit)

Insofern ist es gut, dass auch das Wirtschaftsministerium, das Bauministerium, das Verkehrsministerium und andere Ministerien sich um Beteiligungen kümmern. Ich habe mir noch nie eingebildet, dass etwas nur dann gut ist, wenn ich es mache, sondern jeder hat da zu kämpfen. Natürlich habe ich auch schöne Beteiligungen. Das Hofbräuhaus hat mir selbst in der Krise nicht so viel Kopfzerbrechen bereitet wie ein Flughafen, eine Landesbank oder eine Messegesellschaft. Das gestehe ich zu. Aber hier dürfen Sie nicht ungerecht sein. Hier wird in allen Häusern getan, was notwendig ist, und es wird gut getan.

Die Behördenverlagerung ist ein Erfolgsprojekt für die Strukturentwicklung im ländlichen Raum. Dazu werde ich hier im Landtag noch ausführlich Stellung nehmen, weil das nicht in fünf Minuten abgehandelt werden kann. Eines möchte ich heute auf jeden Fall sagen: Warum dauern Behördenverlagerungen nach unseren Konzepten fünf bis zehn Jahre? – Weil wir aus früheren Verlagerungen gelernt haben. Früher wurde beschlossen: Es wird verlagert. Amt für Ländliche Entwicklung: von Regensburg nach Tirschenreuth. – Heute machen wir das anders. Heute verlagern wir in fünf bis zehn Jahren. Warum? – Weil wir auf Freiwilligkeit setzen. Weil wir unsere Bediensteten nicht zwingen, ihre familiären Strukturen umzukrempeln, wenn der Arbeitgeber das möchte. Stattdessen nehmen wir uns fünf bis zehn Jahre Zeit. Das war auch von Anfang an so angekündigt. Niemand hat gesagt, dass wir heute beschließen und morgen fertig sind. Da gibt es viel zu diskutieren. Ich bin da jederzeit bereit, im Ausschuss und gerne auch im Plenum auch im Rahmen einer Regierungserklärung Auskunft zu geben, wie hier der Stand ist.

Meine Damen und Herren, die Behördenverlagerung ist ein Erfolgsprojekt par excellence; für den ländlichen Raum ist das etwas, was wir gar nicht hoch genug bewerten können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich danke in diesem Sinne für die große Unterstützung.

Der Etat des Finanz- und Heimatministeriums wächst um etwa 46 Millionen Euro. Ich glaube, der Herr Bergmüller hat das irgendwie anders dargestellt. Aber so sind jedenfalls die objektiven Zahlen. Ich habe gerade noch mal geschaut und mit meinem Taschenrechner nachgerechnet. – Bei uns im Haus wird richtig gerechnet, wird hervorragend gerechnet.

Ich bedanke mich auch speziell bei all denen, die dazu beitragen, dass wir den Haushalt im Haushaltsausschuss diskutieren können. Lieber Josef Zellmeier, liebe Frau Köhler, ihr leistet da großartige Arbeit. Ich komme heute noch mal auf all die Anträge zu sprechen.

Natürlich braucht man aber auch hochqualifizierte Menschen, die einen Haushalt mit all seinen Stellen und mit all den Ausgabepositionen, mit all den Ideen durchdringen und dann auch noch einen Finanzminister im Zaum zu halten haben, der ja immer dazu neigt, jeden Tag, damit es ihm gut geht, alle Wünsche seiner Kolleginnen und Kollegen erfüllen zu wollen. Aber Spaß beiseite!

Wir werden – ich werde das heute noch einmal beim Einzelplan 13 sagen – alle miteinander Verantwortung dafür übernehmen, was wir alles tun, was wir alles nicht tun, für all das, was wir jetzt entscheiden und was andere dann irgendwann zu zahlen haben. Deswegen: Maßhalten! Ausgewogen bleiben, sowohl beim Personal als auch bei den Ausgaben! Ja, man könnte immer noch mehr Stellen brauchen. – Wir sind in ganz Bayern als Freistaat Bayern ohnehin der größte Arbeitgeber. Ich weiß allerdings nicht, ob das auf Dauer unser Anspruch sein sollte. Der Anspruch sollte eher sein,

dass wir dieses Land so führen, dass bei uns Menschen investieren, konsumieren, gerne hier leben – und nicht nach Estland auswandern wollen wie der Herr Bergmüller.

(Zuruf)

Das tun wir nicht. Das sage ich Ihnen gleich. Nirgendwo ist es schöner als in Bayern. Wenn Sie aber lieber in Estland leben wollen, sollten Sie dort einmal einen Einbürgerungsantrag stellen.

(Lachen und Heiterkeit – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, es kommen noch Zwischenfragen. – Die erste Zwischenfrage kommt vom Kollegen Böhm.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich bin in meiner Haushaltsrede die Tage auf unsere implizite Staatsverschuldung eingegangen. Der doch recht umstrittene Ministerpräsident hat es seit der Zeit von Seehofer fertig gebracht, 44 % Personalzubau in der Staatskanzlei zu veranstalten: dadurch implizite Staatsverschuldung von 150 Millionen – Entschuldigung: Milliarden – – Millionen; manchmal kommt man angesichts eurer Zahlen mit den eigenen Zahlen durcheinander. Ich bitte darum, das zu verzeihen: 150 Millionen Euro.

Wir haben uns also die Mühe gemacht und in der Fraktion einmal die Staatsverschuldung auf den gesamten Personalbestand des Freistaates hochgerechnet. Wir kamen nach Sterbens- und Überlebenswahrscheinlichkeiten auf eine halbe Billion Euro impliziter Staatsverschuldung über sämtliche Beamten, auch diejenigen, die in Ruhestand sind, hinweg.

Ich frage Sie jetzt: Wie korreliert das mit den gerade erwähnten 3 Milliarden Euro, die Kollege Fackler für seinen Pensionsfonds in den Raum gestellt hat? – Das ist doch eine Differenz von 497 Milliarden Euro, die hier im Raum steht. Wie können Sie solche Zahlen denn erklären?

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sie müssen da natürlich den Kollegen Fackler fragen, was er gesagt hat. Wenn ich jetzt einmal überlege, was er gemeint haben könnte, dann ist er davon ausgegangen, dass der Pensionsfonds erstens ein atmendes System ist; da sind jetzt mal 3 Milliarden Euro drin. Natürlich kann das die Pensionen nie voll decken – das hat Kollege Fackler aber auch nicht behauptet –, sondern nur unterstützen. Zweitens wissen wir nicht, wie sich die gesamte Lage entwickelt und was in vielen Jahren und Jahrzehnten sein wird. Natürlich werden unsere Kinder oder Enkelkinder mal in 30 oder 40 Jahren als Parlamentarier zu entscheiden haben, was Pensionen in 40 oder 50 Jahren ausmachen; das können wir heute nicht sagen. Ich kann jetzt aber auch nicht aus lauter Mutlosigkeit sagen: Ich höre auf, diesen Staat zu verwalten.

Natürlich haben sich alle öffentlichen Systeme die Frage zu stellen, wie das Personal auf Dauer finanziert wird. Sie haben an der heutigen Debatte gerade gemerkt, dass auch hier die Unterschiede bei den Volksvertretern des Freistaats Bayern weit auseinandergehen. Die einen fordern noch viel, viel mehr neue Stellen. Andere mahnen. Wir haben uns halt dazu entschieden, einen Weg zu gehen wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben: jedes Jahr 1.000 neue Lehrer, jedes Jahr 500 neue Polizisten. Wir hatten heuer die großen Herausforderungen im öffentlichen Gesundheitswesen. Ich habe hier den Eindruck gehabt, dass darüber großer Konsens besteht.

Zur Digitalisierung: Ich glaube manchmal, wir haben geradezu ein Digitalisierungsparadoxon. Die Digitalisierung sollte ja eigentlich dazu führen, dass man weniger Personal braucht. Manchmal habe ich aber durch die Möglichkeiten, die die Digitalisierung schafft, den Eindruck, dass all das, was wir damit erst tun können, wieder ganz neue Mittel erfordert. Wir werden diese Debatte insofern noch länger führen.

Die Frage ist berechtigt, sie kann Ihnen heute aber noch keiner beantworten. – Die einzige Möglichkeit, die wir im Moment haben: Maß und Mitte halten, um vor allen Dingen miteinander zu versuchen, das Ganze ausgewogen zu gestalten.

Was wir im Moment haben: Krisenbewältigung. Gleichzeitig ist unser Job, Aufbruchstimmung zu erzeugen. Das gleichzeitig zu tun, ist nicht ganz einfach.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Entschuldigung, Herr Staatsminister; es gibt noch eine zweite Zwischenfrage. – Der Kollege Güller.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Oh!

(Heiterkeit)

Harald Güller (SPD): Herr Finanzminister, noch mal zu den Beteiligungen: Kein Mensch will, dass die Fachaufsichten nur im Finanzministerium konzentriert werden. Ist es aber nicht eine Aufgabe der Staatsregierung, dass man, wenn man dieses machtvolle Instrument von 68 Beteiligungen mit 40.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Milliarden, die dort bewegt werden, hat, dieses auch nutzt, um einen politischen Rahmen zu setzen, wie zu arbeiten ist und welchen Zielen man verpflichtet ist? – Ich habe zwei Ziele genannt: den Wohnungsbau und Mobilität.

Ist es nicht eine Aufgabe, zu schauen, dass jedes Haus nicht nur genau das macht, was es für seine Beteiligung im Moment gerade am besten hält? Ist es nicht Aufgabe, zu schauen, dass zwischen den Häusern eine Zusammenarbeit stattfindet? – Ich hätte halt gedacht: Das wäre, in aller Bescheidenheit, eine Aufgabe für den Finanzminister. Ich würde Ihnen das auch zutrauen, wenn Sie die richtigen Schwerpunkte, so wie wir sie vorgeschlagen haben, setzten. So stellen wir uns das vor, Herr Finanzminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich danke ausdrücklich für das Zutrauen auch aus der Opposition. Herr Güller, nehmen Sie das Beispiel Flugha-

fen: Eine maßgebliche Frage ist da die Verkehrsanbindung. Seit Jahrzehnten ist dieses Thema immer wieder wichtig. Wir arbeiten da mit dem Bau- und Verkehrsministerium hervorragend zusammen.

Wir wissen ja heute aber, was verkehrlicher Ausbau – zum Beispiel Aktivitäten auf Schienen – für Zeithorizonte benötigt. Wir wissen, welche Widerstände hervorgerufen werden. Manche Parteien fordern, es sollte mehr auf die Schiene verlegt werden; wird die Schiene gebaut, wird dagegen protestiert. Das ist ein Beispiel. Wir arbeiten hier sehr eng zusammen.

Ich glaube, dass die Beteiligungen nicht nur auf sich selber schauen. Natürlich haben wir in den letzten zwei Jahren hauptsächlich Krisenbewältigung gehabt. Ich muss dazu auch einmal sagen: Wir haben uns ja schon öfter unterhalten; ich gebe dazu gerne wieder hier im Landtag Auskunft darüber, was hier insbesondere an den Flughäfen und an den Messen zu bewältigen war. Meine Damen und Herren, es gab unglaubliche Betroffenheiten: Kurzarbeit, Personalabbau, Umstrukturierungen. Und immer die Frage: Wie wird es überhaupt weitergehen? Wie wird sich zum Beispiel der Flugverkehr, was von uns niemand genau voraussagen kann – es gibt sogar politische Kräfte, die sich jeden Tag freuen, wenn niemand fliegt –, entwickeln?

Insofern ist richtig: Wir müssen das professionell managen. Wir dürfen uns als Politiker aber auch nicht einbilden, dass wir hier das operative Geschäft besser machten als die Geschäftsführer, die dort hohe Verantwortung tragen. Selbstverständlich gibt es immer auch eine Rückkoppelung zu uns. Wir monitoren die Beteiligungen. Was mich anbelangt, nehme ich mir hier auch sehr viel Zeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen jetzt nicht mehr vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20153, 18/20193, 18/20238 mit 18/20241, 18/20328 mit

18/20334, 18/20445 und 18/20479 mit 18/20483 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21898, zugrunde.

Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht - Drucksache 18/21898 - genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die FDP. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Fraktionslose Abgeordnete habe ich auch nicht gesehen. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/21898 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20445 und 18/20479 mit 18/20483 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 14

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
   (Kap. 06 05 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20153

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
   (Kap. 06 01 Tit. 536 03)
   Drs. 18/20193

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
   (Kap. 06 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20238

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 06 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/20239

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuschüsse an Private (Pilotprojekt zur Förderung von Voucherlösungen für den Glasfaseranschluss)
   (Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
   Drs. 18/20240

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Ausbildungsniveau der Finanzverwaltung halten
   (Kap. 06 05 Tit. 422 21)
   Drs. 18/20241

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Unsere Heimat I – Preise im Bereich Heimatpflege
   (Kap. 06 03 Tit. 681 81)
   Drs. 18/20328

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau I
   (Kap. 06 03 Tit. 883 72)
   Drs. 18/20329

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Unsere Heimat II – Förderung traditioneller Vereine
   (Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
   Drs. 18/20330

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau II – Arbeitsgruppe Breitband
    (Kap. 06 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/20331

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Arbeitsgruppe KONSENS
    (Kap. 06 04 TG 99 neuer Tit.)
    Drs. 18/20332

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Zusätzliche Stellen für das Landesamt für Finanzen
    (Kap. 06 15 Tit. 422 01)
    Drs. 18/20333

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Andreas Winhart, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Zusätzliche Stellen für das IT-Dienstleistungszentrum
    (Kap. 06 21 Tit. 422 01)
    Drs. 18/20334

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Martin Bachhuber
Abg. Ralf Stadler
Abg. Gisela Sengl
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Dr. Leopold Herz
Abg. Ruth Müller
Abg. Petra Högl
Abg. Christoph Skutella
Abg. Alexander Flierl
Abg. Nikolaus Kraus
Staatsminister Albert Füracker

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 08

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/21051 mit 18/21063)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/21031 mit 18/21033)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20824 mit 18/20833)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20942 mit 18/20950)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/20688 mit 18/20690)
Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 18/20732)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/20944 und 18/20947 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Martin Bachhuber für die CSU-Fraktion.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich darf von dieser Stelle aus unserer Staatsministerin Michaela Kaniber die besten Genesungswünsche übermitteln. Ich denke, sie wird dieser Debatte aufmerksam folgen.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Einzelplan ist angesichts der globalen Rahmenbedingungen wieder ein richtig großer Wurf, zugleich aber auch ein eindrucksvolles Bekenntnis für unsere Bauern und für unsere Forstwirte. Bayern – so zeigt dieses Zahlenwerk – ist nicht nur ein herausragender Hightech-Standort, sondern auch das Bundesland, das die Erzeugung von Nahrungsmitteln und die Bewirtschaftung der Wälder wie kein anderes fördert. Dieser Haushalt erhöht sich um nicht weniger als 105 Millionen Euro auf fast 1,8 Milliarden Euro, eine Steigerung von 6,2 %. Über 50 % der Gesamtausgaben fließen als Förderung in den ländlichen Raum.

Die Bereiche Ernährung, Landwirtschaft und Forsten werden in diesem Jahr nicht nur in ihrem Bestand gesichert, sondern sukzessive und beherzt für die Herausforderungen der Zukunft fit gemacht. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf dem weiteren ökologischen Umbau der Landwirtschaft. Wir sind auf einem sehr guten Weg, bis zum Jahr 2030 nicht weniger als 30 % der Betriebe auf Ökolandbau umzustellen. Ich bin davon überzeugt, dass dieses Ziel erreicht wird, weil die Bauern bereit sind, mitzumachen. Eine kürzlich deutschlandweit durchgeführte Umfrage hat bestätigt, dass sich 27 % der Bauern überlegen, auf Ökolandbau umzustellen.

Wir verfolgen hier einen ausgewogenen Ansatz, der Biolandwirte kraftvoll unterstützt, der aber auch die konventionell wirtschaftenden Bauern nicht im Regen stehen lässt. Die Ausgewogenheit, die Klima-, Natur- und Verbraucherschutz gleichermaßen berücksichtigt, zeichnet seit Jahrzehnten unser Handeln aus. Betrachtet man diesen Haushalt objektiv, wird man feststellen, dass diese Ausgewogenheit zwischen allen Kernbereichen auch in diesem Jahr das prägende Element ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch das Tierwohl liegt uns am Herzen. Bayern handelt auch hier tatkräftig. Mit dem Programm "BayProTier" haben wir exemplarisch für das gesamte Bundesgebiet ein sehr gutes Tierwohlprogramm geschaffen. Dieses Programm bietet zwei Stufen an: zum einen die Komfortstufe für den Einstieg in mehr Tierwohl, die über die gesetzli-

chen Standards hinausgeht, zum anderen die Premiumstufe mit erhöhten Fördersätzen für noch deutlich höhere Standards. Bei dieser Diskussion dürfen wir jedoch eines nicht vergessen: Die Verbraucher wollen zwar mehr Tierwohl, sind aber oft nicht bereit oder vielleicht auch nicht in der Lage, an der Ladenkasse mehr Geld auszugeben. Unsere Landwirtschaft braucht deshalb Unterstützung, wenn verhindert werden soll, dass Lebensmittel mit weit niedrigeren Standards aus dem Ausland importiert werden.

Deshalb sollten alle Parteien dieses Hauses auf allen politischen Ebenen darauf hinwirken, dass die Stilllegung von 30 % der Flächen über den Green Deal und die Belegung dieser Flächen mit Naturschutzauflagen nicht in dem vorgesehenen Maße erfolgen; denn die Menschen müssen auch ernährt werden. Bayern und Deutschland dürfen bei Nahrungsmitteln nicht vom Import aus aller Herren Länder abhängig gemacht werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist zwar richtig, bei uns Flächen zu schützen; wir müssen aber genauso die Urproduktion von Lebensmitteln aufrechterhalten. Ein Greenwashing ergibt keinerlei Sinn, wenn anderswo negative Klimaeffekte erzielt werden und dort vielleicht sogar Menschen hungern müssen. Kein Mensch weiß, wie lange der schreckliche Krieg in der Ukraine noch andauern wird. Und kein Mensch kann heute sagen, welche langfristigen Auswirkungen dieser Krieg zum Beispiel auf den Getreidemarkt haben wird. Dieser Krieg zeigt uns aber, dass wir künftig wieder mehr selbst erzeugen müssen, um unseren Bedarf zu decken.

Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt zeigt eindrücklich, dass die Staatsregierung trotz massiver Corona-Hilfen weiterhin jene Finanzmittel in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Verfügung stellt, die es braucht, um Bayern sowohl nachhaltig als auch innovativ weiterzuentwickeln. Das Corona-Sonderinvestitionsprogramm, das die Fördermaßnahmen im ländlichen Raum um 20 Millionen Euro aufstockt, ist gerade für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedin-

gungen in ganz Bayern von enormer Bedeutung. Auch die einmalige Übernahme der Beiträge für die Tierseuchenkasse für Ferkelerzeuger in Höhe von 3 Millionen Euro ist eine enorm wichtige Leistung. Ich möchte auch nicht die 2 Millionen Euro für Begleitmaßnahmen für die Umsetzung der Holzbauinitiative vergessen, die insbesondere für die Forschung, die Innovation sowie die Stärkung der regionalen Wertschöpfung notwendig sind.

Auch die Ernteausfallversicherung ist eine unumgängliche Maßnahme. Wir sollten uns vor Augen halten, dass allein im Jahr 2018 über 385 Millionen Euro Schaden durch Ernteausfälle entstanden sind. Hier muss man ehrlicherweise sagen: Einen solchen Schaden kann man nicht ersetzen. Deswegen ist diese Versicherung eine hervorragende Lösung.

Hohes Haus, unter dem Strich müssen wir uns ehrlicherweise eingestehen, dass dieser Haushaltsentwurf nicht nur ausgewogen ist, sondern auch einen intensiven Blick über den Tellerrand hinaus erlaubt. Wichtige Zukunftsaufgaben werden mit den dafür erforderlichen Mitteln ausgestattet. Unsere Bauern und unsere Forstwirte können sich abermals darauf verlassen, dass ihre Erfordernisse und ihre Notwendigkeiten umfassend und ausgewogen berücksichtigt werden. Allein die Tatsache, dass dieser Einzelplan seit Jahren immer wieder kraftvoll angewachsen ist, zeigt, dass die Bereiche Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Bayern nicht nur als Brauchtumspflege angesehen werden, sondern ein ganz bedeutender wirtschaftlicher Faktor sind. Sie sind auch ein bedeutender Faktor für die Nachhaltigkeit und die Bewahrung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Hohes Haus, der vorliegende Haushalt bietet alles, um etwas für den Umwelt- und den Klimaschutz zu tun und um unsere Bauernschaft zu beraten und zu unterstützen. Die Bauern in Bayern sind nämlich keine billigen Kulturlandschaftspfleger, sondern Unternehmer, die zusammen mit ihren Familien von dem, was sie erwirtschaften, leben wol-

len. Unter dieser Prämisse ist dieser Einzelplan ein bedeutendes Signal an die bayerischen Bäuerinnen und Bauern, dass die Politik hinter ihnen steht.

Abschließend nur noch eine Anmerkung: Die Agrarwirtschaft mit einem Ertrag von 174 Milliarden Euro und 1,2 Millionen Menschen, die in dieser Branche und den nachgelagerten Bereichen arbeiten, darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Haushalt und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Intervention von Herrn Kollegen Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Bachhuber, ein Ausfall der Versorgungsketten wie in der Ukraine, der Kornkammer Europas, hat gravierende Auswirkungen auf den europäischen Lebensmittelmarkt.Anstatt weiterhin auf intakte globale Lieferketten zu vertrauen und weiter auf Lebensmittelimporte zur Ernährung unserer Bevölkerung angewiesen zu sein, sollten wir verstärkt auf eine autarke Landwirtschaft setzen. Doch zahlreiche bürokratische Reglementierungen, wie sie im Green Deal vorgeschrieben sind, verhindern effektive Bewirtschaftung. Unser Vorschlag wäre, bürokratische Hürden und Anbaureglementierungen, wie sie im Green Deal vorgesehen sind, so lange außer Kraft zu setzen, bis in Bayern wieder Versorgungssicherheit gewährleistet ist.

Ich möchte Sie fragen – Sie haben auch schon etwas in der Richtung gesagt –: Gibt es dazu schon einen Aktionsplan der Staatsregierung?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Bachhuber, bitte.

Martin Bachhuber (CSU): Frau Präsidentin, Herr Stadler, ich denke, dass gerade die Bayerische Staatsregierung und wir in unserer Fraktion alles unternehmen werden, um die bayerische regionale Förderung der Landwirtschaft weiterhin zu unterstützen. Gerade dieser Krieg in der Ukraine zeigt, dass wir mit Augenmaß und Vernunft Naturschutz und landwirtschaftliche Nutzung unter einen Hut bringen müssen. Wir werden

uns in Europa weiterhin dafür einsetzen, dass die bürokratischen Hürden abgebaut werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, das war's, keine weiteren Zwischenbemerkungen. – Als Nächste spricht die Kollegin Gisela Sengl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes: Gute Besserung an die Ministerin! Schade, dass sie heute nicht da sein kann. Ich hoffe, sie übersteht es gut.

(Heiterkeit)

Wir haben es schon gehört, wir sind komplett abhängig von russischem Gas, Erdöl und Steinkohle. – Warum war das jetzt eigentlich so lustig? Ist die Ministerin krank, oder ist sie es nicht?

(Zurufe)

– Was? Was hat sie denn eigentlich?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Sie haben das Wort. Bitte.

Gisela Sengl (GRÜNE): Also war das nicht gegen mich gerichtet. Scheinbar ist sie nicht so schlimm krank.

(Zurufe)

Auf alle Fälle: Hoffentlich übersteht sie es gut. Wenn sie Corona hat, dann passen meine guten Wünsche.

Heute geht es um die Landwirtschaftspolitik. Das ist ein ernstes Thema. Dazu sollten wir uns wirklich viele Gedanken machen. Ich sehe, dass einige da sind, die sich mit dem Thema auseinandersetzen wollen.

Meine Einleitung habe ich schon kurz begonnen, ich wiederhole sie jetzt. Uns ist in den letzten Tagen immer mehr klar geworden, wie abhängig wir von Gas, Erdöl und Steinkohle sind. Uns ist auch klar geworden, wie deutlich die Abhängigkeit der Landwirtschaft ist, vor allem von Mineraldünger- und Futtermittelimporten. Sie kämpft auch mit steigenden Preisen für Futter, Energie und Dünger. Aber dem bayerischen Landwirtschaftsministerium fällt nichts anderes ein, als alle die mühsam errungenen Fortschritte in der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik einfach schnell einzustampfen, um, wie Frau Kaniber sagt, mit den Problemen fertig zu werden.

Unsere Antwort darauf ist eine ganz andere: Wir müssen es schaffen, mit der ökologischen Krise, der Klimakrise und der Abhängigkeitskrise fertig zu werden und diese auch zu bewältigen. Das werden wir auch schaffen, wenn wir die richtige Politik machen.

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig eine souveräne und unabhängige Lebensmittelversorgung ist. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, wie wichtig eine unabhängige Futtermittelversorgung ist. Der Haushalt, der hier vorliegt, erweckt aber den Eindruck, als gäbe es diese Krisen überhaupt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor allem vom Finanzminister ist zu hören: Bayern ist ein wunderschönes Land. – Das stimmt. Bayern ist vor allem ein sehr fruchtbares Land, und wir haben große Wälder, wir haben viele Flüsse und Seen. Bei uns wächst eigentlich alles, was wir zum Leben brauchen. Angesichts der augenblicklichen Weltlage wird uns richtig bewusst, wie wichtig das ist: Wir haben eine Landwirtschaft im Haupterwerb und im Nebenerwerb, wir haben Bauernhöfe mit vielen verschiedenen Standbeinen, wir haben innovative Verarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe, wir haben landwirtschaftliche Betriebe, die intensiv und für den Weltmarkt produzieren, und wir haben Betriebe, die solidarisch mit ihren Verbraucher*innen wirtschaften. Wir haben vorbildlich bewirtschaftete Misch-

wälder, wir haben aber auch große Fichtenmonokulturen, die vom Klimawandel extrem betroffen sind.

Wir haben aber auch Betriebe, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen oder nicht erkennen können. Wir haben Innovationen und kreative Ideen, die auf Halde liegen und deren Verwirklichung geradezu verhindert wird, und wir haben Herausforderungen wie die Klimakrise, die Nährstoffüberschüsse und die Artenkrise. Um diese Herausforderungen zu meistern, brauchen wir einen Haushalt, der das unterstützt. Im vorliegenden Haushalt kann ich das nicht erkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kann schließlich nicht darum gehen, einzelne Projekte und einzelne Vereine zu fördern. Ich weiß gar nicht, wie die es ins Ministerium geschafft haben. Das mag vielleicht für den Abgeordneten vor Ort ganz sinnvoll sein, aber es ist eigentlich nicht die Aufgabe des Ministeriums. Wenn Förderung, dann eine verstetigte und allen zugängliche Förderung. Deshalb ergibt unser Antrag, die solidarische Landwirtschaft grundsätzlich mehr zu unterstützen, Sinn; denn solidarische Landwirtschaft fördert den Austausch zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft, den wir alle uns so wünschen. Nur wer weiß, wie anstrengend es ist, zum Beispiel Gelbe Rüben anzubauen, der wird den nächsten Biss in eine frische Gelbe Rübe genießen und sie damit auch mehr wertschätzen. Es kann auch nicht darum gehen, den Schweinefleischkonsum zu fördern. Da hat das Ministerium die Zeichen der Zeit wirklich nicht erkannt. Sind Verkostungsaktionen für Wurst aus Schweinefleisch die Aufgabe des Ministeriums? – Steht so drin. Ein Ministerium ist doch keine Werbeagentur! Den Fleischverzehr ankurbeln zu wollen, ohne das Tierwohl zu verbessern, widerspricht ganz klar den Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft und der Borchert-Kommission. Wir müssen den Fleischkonsum reduzieren, um die vielen Ackerflächen, die jetzt weltweit für die Futtermittelproduktion verwendet werden, direkt für die menschliche Ernährung bereitstellen zu können. Übrigens: Das würde den Welthunger wirklich bekämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fleisch ist ein hochwertiges Lebensmittel, und es ist wichtig, dass die Erzeugung danach ausgerichtet wird. Wir brauchen eine hochwertige Erzeugung, die Tierschutz und Klimaschutz miteinander verbindet. Unsere Nutztiere brauchen Außenklimaställe oder sollen raus auf die Weide und mit einheimischem Futter gefüttert werden. Ganz nebenbei bemerkt: Wir erwarten mit Spannung den Bericht der Staatsregierung zur bayerischen Eiweißstrategie, der auf unsere Initiative gegeben wird. Also: weniger Masse, mehr Qualität – das würde in der Nutztierhaltung viele Probleme lösen. Dazu haben wir natürlich einen Haushaltsantrag gestellt: "Stärkung der Weidehaltung – gut für Klima, Mensch und Tier".

Auf den Klimaschutz und damit auf den Moorschutz möchte ich noch gesondert eingehen. Gestern wurde der Haushalt des Umweltministeriums diskutiert und verabschiedet. Dabei war auch viel von Klimaschutz durch Moorschutz die Rede; denn klar: Moorschutz ist ein ganz effektiver Klimaschutz. Aber bei diesem Thema arbeiten die beiden Ministerien scheinbar überhaupt nicht gut zusammen. Vielleicht sollten Sie sich ein Beispiel am Bund nehmen, wo das Landwirtschaftsministerium und das Umweltministerium Hand in Hand gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Niedermoorflächen in Bayern werden landwirtschaftlich genutzt. Deren Wiedervernässung wäre eine unglaublich wirksame Klimamaßnahme. Aber für die Eigentümer, also für die Bauern, bedeutet das eine riesige Veränderung in der Bewirtschaftung, und dafür braucht es Geld für die Forschung – was kann man darauf anbauen, wie kann man die Produkte verwenden? – und finanzielle Investitionen in klimaschonende Bewirtschaftung von Moorflächen. Dazu haben wir natürlich auch einen Antrag gestellt – mit sehr viel Geld hinterlegt.

Zum Abschluss möchte ich noch auf das wichtige Thema Wald eingehen. Satellitenaufnahmen des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt zeigen, dass der Klima-

wandel dem Wald viel stärker zusetzt, als wir bislang angenommen haben. Fast 5 % der Wälder sind zwischen 2018 und 2021 durch Hitze und Dürre für uns verloren gegangen. Dies sind direkte Folgen des Klimawandels.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Ihre Redezeit!

Gisela Sengl (GRÜNE): Oh, meine Zeit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Die letzten fünf Sekunden für den Wald laufen.

Gisela Sengl (GRÜNE): Der Wald braucht zusätzliches Personal. Wir stehen vor der Mammutaufgabe, einen klimastabilen Wald für die kommenden Generationen zu schaffen. Dies ist ein Wettlauf gegen die Zeit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, jetzt zum Ende zu kommen.

Gisela Sengl (GRÜNE): Wir sehen, die Aufgaben sind riesig. Deshalb brauchen wir einen anderen Haushalt. In diesem Haushalt kann ich nicht erkennen, dass die Zeichen der Zeit erkannt werden und wirklich –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank.

Gisela Sengl (GRÜNE): – etwas für den Klimaschutz und die Landwirtschaft getan wird.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Leopold Herz für die FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Sieht man hier die Zeit?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Sobald Sie zu sprechen beginnen, zeigt sich auch die Zeit.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rede der Kollegin hat deutlich gezeigt: Lebensmittel sind mehr wert, als sie kosten. Wir könnten in Deutschland und Bayern beispielsweise die Schweinehaltung zerstören, aber dann gehen die Halter in andere Länder, und Deutschland wird beispielsweise mit Waren aus anderen EU-Staaten beliefert. Ich glaube, dies kann keine Lösung sein. Insofern möchte ich es damit zunächst bewenden lassen.

Jetzt möchte ich auf den Haushalt eingehen; denn dieser hat mit 1,8 Milliarden Euro trotz Corona und der Kriegssituation einen erfreulichen Umfang. Wir haben über 100 Millionen Euro zugelegt. Dafür möchte ich mich beim Ministerium und bei der Ministerin bedanken, der wir von hier aus gute Genesung wünschen. Ich möchte mich auch beim Finanzminister bedanken. In diesen schwierigen Zeiten solche Beträge bereitzustellen, ist keine Selbstverständlichkeit. Ich möchte mich zudem bei den Haushaltspolitikern besonders erkenntlich zeigen, allen voran bei unserem Kollegen Bernhard Pohl, der dies sehr gut aufbereitet hat. Ich bedanke mich auch bei Herrn Kollegen Nikolaus Kraus als Ideengeber. Es ist wichtig und gar nicht so einfach, diese Themen zusammenzufassen und in einen Haushalt einzubringen. Noch einmal herzlichen Dank an die beteiligten Personen. Ich glaube, das ist ein mutiges Projekt.

Ich möchte ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Dies müssen wir bei dieser Debatte dringend besprechen. Zum einen haben wir wieder wesentliche Gelder in die ländliche Entwicklung hineingegeben. Dies wird oft kritisiert, weil es nicht typisch landwirtschaftlich wäre; aber ländlicher Raum und Landwirtschaft gehören zusammen. Es wäre sicher angebracht, in zukünftigen Haushalten etwas für die Ämter für Ländliche Entwicklung nachzuschießen; denn wir haben hier einige Projekte begonnen, die auf eine Beendigung warten. Hier sollten wir versuchen, etwas nachzuschießen, wenn dazu noch die Möglichkeit besteht.

Ebenso bedanke ich mich für die knappe halbe Million Euro, die wir in die Gülleforschung investiert haben. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir haben die besagte Petition von über 13.000 Landwirten erhalten, in der eine bestimmte Technik der Ausbringung dargestellt wurde. Wenn 90 % der Landwirte sagen, das geht so nicht und ist nicht praxisgerecht, ist uns doch klar, dass wir diese Vorgaben von Brüssel aus bringen müssen. Deutschland ist mit einem Vertragsverletzungsverfahren konfrontiert. Jedoch können wir die Landwirte auch nicht mit Vorschriften überschütten, die sie nicht umsetzen können. Dies wäre sicher kein Beitrag zu einer vernünftigen Umweltpolitik. Hier würde ich das Ministerium bitten, dringend nachzubessern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dies gilt auch für den letzten Punkt. Wir haben nicht nur am Alpenrand, sondern in ganz Bayern nahezu zur Hälfte benachteiligte Gebiete. Zwar hat die EU hier Vorgaben gemacht, aber wenn mir selbst ein Kollege aus einem guten Ackerbaugebiet erklärt, es sei schwierig zu verstehen, dass es hier nun eine Ausgleichszulage gibt, während Betriebe in typischen Ausgleichszulagengebieten nahezu darauf verzichten müssen, haben wir hier noch Hausaufgaben zu erledigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Kollegen! Dank unserer Regierung entfernen wir uns immer mehr vom ursprünglichen Ziel eines ausgeglichenen und schuldenfreien Staatshaushalts in Bayern. Statt Schuldenrückzahlungen wie in den Jahren 2011 bis 2019 haben wir im dritten Jahr in Folge zweistellige Defizite in Milliardenhöhe. Dies hat nicht nur mit der Corona-Pandemie zu tun, sondern auch mit

der Kehrtwende unseres Ministerpräsidenten, der uns laufend mit Mehrausgaben überrascht. Sogar der ORH hat die erhöhte Kreditaufnahme seit 2020

(Zuruf)

in Höhe von 20 Milliarden Euro beanstandet. Vor Beginn der Corona-Pandemie war der Freistaat nur mit 26,8 Milliarden Euro verschuldet. Die Staatsregierung hat die Corona-Pandemie bzw. den Katastrophenfall benutzt, um die Verschuldung bis Ende des Jahres auf 46,8 Milliarden Euro ansteigen zu lassen.

Statt sich in dieser aktuell sehr schwierigen Situation irdischen Problemen wie der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung zuzuwenden, träumt unser Star-Trek-Fan Söder von Abenteuern im Weltall. – Lieber Herr Söder – er ist heute nicht anwesend –, selbst aus dem Weltall betrachtet ist und bleibt unser Bayern auch ein Agrarland. Dies wird schon daran deutlich, dass die Land- und Forstwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen fast 15 % der Umsätze der gesamten bayerischen Wirtschaft erzielt, und dies trotz der schwindenden Unterstützung, die unseren Bauern während der letzten Jahrzehnte zuteilwurde.

In den letzten Jahrzehnten haben wir fast die Hälfte unserer Bauernhöfe verloren. Ende 2020 registrierte das Landesamt für Statistik in Fürth nur noch 84.600 Höfe. Die konventionelle Landwirtschaft befindet sich schon seit Längerem auf dem absteigenden Ast. Grund hierfür sind meist regulatorische Gängelungen, geänderte Vorschriften und praxisferne Regelverschärfungen. Dass es auch anders geht, zeigt die ökologische Landwirtschaft. Hier schaffen es selbst kleinere Betriebe, zu überleben und mit schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen klarzukommen. Der Grund dafür sind auch spezifisch angepasste Förderungen wie unter anderem das "BioRegio Bayern"-Programm.

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wollen wir deshalb die Fördermaßnahmen im Rahmen des Landesprogramms "BioRegio Bayern" halbieren und an anderer Stelle ein Förderprogramm zur umweltverträglichen Landwirtschaft neu schaffen. Damit hät-

ten auch konventionelle landwirtschaftliche Betriebe Zugang zu Förderungen, die bislang nur für Biobetriebe vorgesehen waren. Insbesondere vor dem Hintergrund der ausgeweiteten Ausweisung von roten Gebieten und der Umsetzung strengerer Vorgaben in Bezug auf die Wasserreinhaltung bedarf es weiterer ausgleichender Fördermechanismen, um unsere kleinbäuerlichen Betriebe zu erhalten.

Leider wurden diesbezüglich unsere Anträge laufend abgelehnt. Deshalb fordern wir, nicht länger Biobetriebe gegen konventionelle Landwirtschaftsbetriebe auszuspielen und die Förderkulisse "BioRegio Bayern" allen Betriebsformen zugänglich zu machen, sofern hohe Nachhaltigkeitsstandards erfüllt werden. Dabei wollen wir vor allem kleinere Betriebe stärken, die sich durch einen geringen Viehbesatz auszeichnen, was eine Überdüngung der Böden ausschließt. Dies wäre fairer und würde das Höfesterben verlangsamen. Damit könnte auch in Krisenzeiten wie diesen eine Lebensmittelgrundversorgung garantiert werden.

Vor dem Hintergrund der erhöhten Belastung landwirtschaftlicher Betriebe durch die derzeitige Ausnahmesituation müssen auch jüngste Verschärfungen von Umweltauflagen, wie sie etwa im sogenannten Versöhnungsgesetz zum Ausdruck kommen, vorerst außer Kraft gesetzt werden.Das gilt für Vorgaben, die etwa im Zuge der Novellierung der Düngeverordnung umgesetzt werden sollen; denn Bayern kann es sich nicht leisten, zum jetzigen Zeitpunkt einen weiteren Teil seiner Bauern einzubüßen, die für die künftige Lebensmittelversorgung unabdingbar sind.

Die aktuell desolate Situation der Landwirtschaft beruht im Wesentlichen auf Fehlentscheidungen, die in den letzten Jahrzehnten getroffen wurden. Die GAP ist in der momentanen Ausgestaltung auf der ganzen Linie gescheitert. Sehen Sie es endlich ein: Um das zu korrigieren, muss erst mal die Realität akzeptiert werden. Das ist ein bekanntes Altparteienproblem.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte zum Landwirtschaftshaushalt steht heute unter völlig anderen Vorzeichen als vor einem Jahr, ja noch sogar noch unter anderen Vorzeichen als bei der Beratung im Haushaltsausschuss am 24. Februar 2022. Seit dem 24. Februar hat sich unsere Vorstellung von Frieden in Europa verändert und verschoben. Friedenszeiten sind Zeiten des Wohlstands und der Weiterentwicklung; Kriegszeiten sind Zeiten der Armut, des Hungers, des Rückschritts, des Leids und vor allem des Todes.

Angesichts der unvorstellbaren Verbrechen in der Ukraine fällt es schwer, hier im Bayerischen Landtag um mehr Forststellen oder um den Erhalt von Grünflächen für Bienen zu kämpfen. Diese beiden Themen erscheinen klein und unbedeutend, sie sind aber dennoch wichtig, wenn man, wie wir, in die Zukunft denkt; denn die Politik der Vergangenheit, die zu oft unter dem Motto "Wachsen oder Weichen" und vor allem auch von der "Geiz ist geil"-Mentalität geprägt war, hat uns in die Abhängigkeit von großen Handelsketten geführt. Schon während Corona, als sich Lieferketten aufgrund des Lockdowns veränderten, waren Nudeln, Mehl und Hefe ausverkauft. Das wiederholt sich gerade. Insofern kommt dem Landwirtschaftshaushalt in diesem Jahr eine besonders existenzielle Bedeutung zu; denn es geht um nichts weniger als um die Ernährungssicherung in unserem Land. In der Kornkammer Europas tobt ein Krieg, der Auswirkungen auf die Lebensmittelpreise bei uns haben wird. Vor allem aber wird er Folgen für die Ernährung der Welt haben; denn in anderen Ländern, wie beispielsweise in Ägypten, zählt Brot zu den Nahrungsmitteln, die das Überleben der Familien sichern.

Für unsere Landwirtschaft bedeutet das, sich auf eine Lebensmittelproduktion zu besinnen, die Qualität und Quantität verbindet und so die Chance nutzt, die Menschen

davon zu überzeugen, dass wir den hohen Wert der Regionalität deutlich mehr schätzen und fördern müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch die Chance, auf mehr Nachhaltigkeit, mehr Tierwohl, mehr Umweltschutz, ein verändertes Ernährungsverhalten und eine bessere Bodenpolitik zu setzen, die gleichzeitig auf weniger Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und weniger Scheuklappen beim Ausbau der erneuerbaren Energien setzt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Landwirtschaft in Bayern steht vor einem Umbruch. Wir entscheiden, ob wir das Höfesterben bremsen, den Ausbau der Biolandwirtschaft vorantreiben und die Selbstversorgerquote in unserem Land erhöhen. Es liegt an uns, ob wir die Mammutaufgabe des Waldumbaus verschleppen oder zügig mit ihr vorankommen. Eine soziale und gerechte Landwirtschaftspolitik sorgt dafür, dass Landwirte von ihrem Einkommen leben können, dass Milchpreise steigen und nicht fallen, dass die Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten – ob es die Hofbesitzerin, die Erntehelferin oder die Beschäftigte im Schlachthof ist –, für ihre Arbeit einen Lohn bekommen, der zum Leben reicht, dass nachwachsende Rohstoffe produziert werden und dass es für Agroforstsysteme und Agri-PV-Anlagen eine Kultur des Ermöglichens statt des Verhinderns gibt, dass es dezentrale Schlachthöfe und damit kürzere Tiertransporte gibt, dass gesunde Lebensmittel bezahlbar bleiben und der Begriff des Tierwohls mit Leben erfüllt wird und dass ein Forschungsprojekt zur Kombihaltung unseren Betrieben Zukunftsperspektiven eröffnet.

Eine gute Landwirtschaftspolitik bekämpft die Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen und kann unsere regionale Wertschöpfung beispielsweise durch die Ausweitung des EU-Schulprogramms auf Kinderkrippen und ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder steigern.

Unsere Schweinebauern stehen mit dem Rücken zur Wand. Für die 1.800 Betriebe mit Zuchtsauen gibt es eine Option zu tierwohlaufwertenden Maßnahmen. Auch für die 3.800 Betriebe mit Mastschweinen brauchen wir diese landwirtschaftliche Perspektive.

Vor einem Jahr fand die Anhörung "Bauernland in Bauernhand" statt, um den Ausverkauf unserer Heimat zu stoppen. Noch immer ist der Zugang zu Boden nicht ausreichend geregelt. Share Deals und die Umgehung des Grundstückverkehrsgesetzes ermöglichen die Konzentration landwirtschaftlicher Flächen bei Investoren außerhalb der Landwirtschaft, die dann bei der Flächenprämie die Hand aufhalten und mit Spekulationen die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben. Dieses Geld fehlt unseren Landwirten, die auf ihrem Grund und Boden unsere Lebensmittel anbauen und damit unsere Ernährung sichern.

(Beifall bei der SPD)

Hier sollte unsere Landwirtschaftsministerin ansetzen, bevor ökologisch wertvolle Brachflächen reaktiviert werden, auf denen dann am Ende Mais angebaut wird.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben in den letzten zwei Jahren erlebt, wie wichtig der Wald nicht nur als CO_2-Speicher gegen den Klimawandel ist, sondern auch als Erholungsort. Wildschäden und Freizeitdruck setzen dem Wald aber zu. Für diese Herausforderungen braucht es mehr Stellen im Forstbereich. Nach wie vor fehlen uns Försterinnen und Förster, um die großen Reviere zu bewirtschaften und Kommunen und private Waldbesitzer richtig zu beraten.

Noch ein paar Worte zur Biolandwirtschaft: Wir haben das Ausbauziel von 30 % ökologischer Landwirtschaft in Bayern bis zum Jahr 2030 beschlossen. Es könnte nun auch etwas schneller gehen, wenn der Krieg in der Ukraine dazu führt, dass Düngemittel teurer werden und wir in Bayern diese Zeitenwende nutzen, um unabhängiger von Mineraldüngern zu werden. Hier fehlt uns eine Vision, wie Sie umstellungswillige Landwirte besser unterstützen möchten, um auf diesem Weg mehr Klimaschutz und mehr Biodiversität zur erreichen. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe arbeiten an

365 Tagen im Jahr in den Ställen, auf den Feldern und in den Wäldern und sorgen auch für den Erhalt unserer Kulturlandschaft. Dafür will ich ihnen heute danken.

Zum Ende meiner Rede möchte ich aber noch einmal auf den Anfang meiner Rede zurückkommen. Nichts auf dieser Welt ist selbstverständlich, weder der Frieden noch das tägliche Brot. Umso mehr sollten wir beides schätzen und all jenen Menschen dankbar sein, die sich täglich dafür einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, danke schön. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Abgeordneten Petra Högl von der CSU-Fraktion vor. Bitte schön.

Petra Högl (CSU): Liebe Kollegin Ruth Müller, du hast angesprochen, dass das Thema Tierwohl ja in aller Munde ist und dass Bayern etwas machen soll. Bayern macht etwas. Wir legen das Programm "BayProTier" auf.

Ich möchte den Ball in diesem Fall aber nach Berlin spielen; denn die Bundesregierung denkt nicht daran, die Empfehlungen der Borchert-Kommission umzusetzen. Eine Bundesratsinitiative Nordrhein-Westfalens zum Thema Tierwohl fand im Bundesrat keine Mehrheit. Ich würde sagen: Bayern handelt, der Bund jedoch nicht.

Ruth Müller (SPD): Liebe Kollegin Petra Högl, die Landwirtschaftspolitik wurde in den letzten Jahren sowohl in Bayern als auch im Bund von der CSU und der CDU geprägt. Die CDU-Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat das Thema Tierwohl in den letzten Jahren nicht beackert und nicht behandelt. Das hat dazu geführt, dass die Diskussion, was Tierwohl ist, dem Lebensmitteleinzelhandel überlassen worden ist. Das hat auch dazu geführt, dass beispielsweise bei der Milch unsere Milchbäuerinnen und Milchbauern nicht mehr wissen, wie es weitergeht, weil klare Definitionen fehlen. Das ist ein klares Versäumnis Ihrer landwirtschaftspolitischen Kollegen und Kolleginnen im

Bund. Das wird jetzt nicht so schnell geändert werden können, weil man natürlich die letzten Jahre erst mal aufarbeiten muss.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Christoph Skutella für die FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt der Mitgliedstaaten in der EU anschaut, dann spiegelt das eines nicht wider: die Bedeutung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in Europa. Der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung beträgt in der EU gerade einmal 1,8 %. Aber der Agrarhaushalt ist auf europäischer Ebene der größte und damit auch wichtigste Einzelposten des Gesamthaushalts.

Ein großes Problem ist aber nach wie vor, dass die Ausgestaltung der gemeinsamen Vorgaben in den Mitgliedstaaten oft sehr unterschiedlich gehandhabt wird, gleichgültig, ob es die Umsetzung der Vorgaben der Nitratrichtlinie oder die Einhaltung der Bestimmungen beim Pflanzenschutz ist. Von fairem Wettbewerb sind wir hier leider noch weit entfernt.

Der Umbau der Nutztierhaltung zu mehr Nachhaltigkeit und Tierwohl – Kollegin Högl hat das ebenfalls angesprochen – wird die große Aufgabe für Bayern, aber auch für den Bund sein; denn die Nutztierhaltung ist immer noch das wirtschaftliche Rückgrat der bayerischen Landwirtschaft. Sie haben thematisiert, dass es erst im Jahr 2023 dafür Geld geben soll, zunächst zumindest 150 Millionen Euro; aber es ist ein Anfang. Sowohl dem Bundeslandwirtschaftsminister als auch den FDP-Agrarpolitikern im Bund ist klar, dass der Umbau der Nutztierhaltung ganz oben auf der Tagesordnung steht.

Man müsste jedem angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage erklären, dass dies bei den Koalitionsverhandlungen nicht so vorausgesehen, geschweige denn finanziell eingeplant war und dass unter diesen Voraussetzungen eben nicht alles, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, auch aktuell umsetzbar ist und dass es angepasst werden muss.

Die Zukunftskommission Landwirtschaft geht für den Umbau der Tierhaltung von einem Finanzbedarf von insgesamt jährlich mindestens 3,6 Milliarden Euro aus. Im Vergleich zum Sondervermögen der Bundeswehr ist das schon fast vernachlässigbar. Nichtsdestoweniger sind die Angriffe auf die Ampel-Regierung, die wir hier seit Wochen mitbekommen, nicht nur plump, sondern auch nicht gerechtfertigt. Als ob in den 16 Jahren zuvor alles optimal gelaufen wäre! Ich sage nur: Düngeverordnung. Das haben wir hier im Haus schon sehr oft diskutiert.

Wir als FDP-Fraktion sind gespannt auf das neue, mit 6 Millionen Euro ausgestattete Förderprogramm "BayProTier" zur Honorierung besonders tiergerechter Haltungsverfahren, vor allem auf die konkrete Ausgestaltung des Programms. Dieses bayerische Tierwohlprogramm wurde von Ministerin Kaniber zum ersten Mal im Agrarbericht 2020 erwähnt; das ist ja auch schon wieder zwei Jahre her.

Eine sehr große Herausforderung für die Landwirtschaft hier in Bayern ist vor allem die Erhaltung und Renaturierung der Moore. Moore gelten unbestritten als die bedeutendsten Co-Senken. In Bayern emittieren entwässerte Moore rund 5 Millionen Tonnen CO-Äquivalente pro Jahr. Laut Experten ist die Kosten-Nutzen-Bilanz bei der Einsparung von Treibhausgasemissionen beim Moorbodenschutz besser als in den meisten nichtlandwirtschaftlichen Sektoren; innerhalb der Landwirtschaft sei der Moorboden einer der sichersten und kosteneffizientesten Maßnahmen. Die Fachleute der Landesanstalt für Landwirtschaft sind auch der Meinung, Klimazertifikate könnten eine langfristige, sichere Einnahmequelle für wiedervernässte Moorflächen bieten.

Mit dem sogenannten Moorbauern-Programm sollen in Bayern 55.000 Hektar Moorflächen bis zum Jahr 2040 renaturiert werden. Im Durchschnitt bedeutet das 2.750 Hektar pro Jahr. Eines muss uns hier bewusst sein: Ein Großteil davon ist Privateigentum. Die moorverträgliche Bewirtschaftung wie Nassgrünland oder Paludikulturen ist für landwirtschaftliche Betriebe allerdings wenig attraktiv. Wir als FDP-Fraktion würden auch gern über Photovoltaiknutzung auf den Moorflächen reden. Das geht sicherlich nicht überall, aber vielleicht punktuell und stellenweise.

In der Expertenanhörung zum Moorschutz waren Förderungen in Höhe von 1.500 bis 2.000 Euro pro Hektar im Gespräch. Wenn wir das auf die Moorflächen hochrechnen, die renaturiert werden sollen, kommen wir auf einen Betrag von 80 bis 110 Millionen Euro. Das Geld müssen wir irgendwo hernehmen.

Auf keinen Fall dürfen wir bei den Maßnahmen zum Waldumbau sparen. Das müsste jedem hier klar sein. Wir als FDP-Fraktion stehen hinter zusätzlichen Investitionen für den Waldumbau zum klimastabilen Mischwald. Besonders unsere Privatwaldbesitzer müssen wir unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Wir als FDP-Fraktion stehen hinter den großen Ausgabeblöcken im bayerischen Agrarhaushalt. Wir sind gespannt, wie das bayerische Programm zum Tierwohl konkret ausgestaltet wird. Das Moorbauern-Programm werden wir kritisch begleiten. Dem Einzelplan werden wir insgesamt zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Alexander Flierl. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Alexander Flierl (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In der Tat und völlig unbestreitbar sendet dieser Haushalt ein kraftvolles Signal für die Zukunft unserer

Landwirtschaft und für unsere bäuerlichen Betriebe. Er hat dabei alle landwirtschaftlichen Betriebsformen fest im Blick, egal ob öko oder konventionell, und gestaltet einen vitalen ländlichen Raum. Dieser Haushalt unterstreicht eindeutig auch die Bedeutung unserer Landwirtschaft. Unsere Bäuerinnen und Bauern arbeiten in und mit der Natur und gewährleisten eben auch Versorgungssicherheit. Dies haben sie während der Zeit der Corona-Pandemie, die ja noch andauert, und auch jetzt gerade, in Zeiten des Ukraine-Krieges, eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Deswegen sind unsere Bäuerinnen und Bauern, unsere Landwirtschaft eindeutig und besonders systemrelevant. Dies schlägt sich auch in diesem Haushaltsentwurf und in diesem Haushalt nieder.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Opposition zeichnet ein Zerrbild dieses Haushalts. Die Vorwürfe, man würde nicht auf die Krisenzeiten Rücksicht nehmen, sind unlauter und unberechtigt. Zur AfD sage ich gleich gar nichts. Da hat man wohl den falschen Sprechzettel mitgegeben; das war anfangs ja wohl wirklich eine Themaverfehlung. Aber ich möchte insbesondere auf SPD und GRÜNE eingehen.

Dieser Haushalt unterstreicht, dass wir die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit besonders beraten, stärken und auch leistungsfähig erhalten wollen. Wir unterstützen massiv bei baulichen Investitionen mit dem BaySL oder mit der EIF. Wir unterstützen den Waldumbau mit zusätzlichen 20 Millionen Euro und mit den zusätzlichen Stellen, die gewährleisten, dass der Waldumbau gelingt; wir setzen auf die Naturverjüngung und auch auf neue Baumarten.

Mit diesem Haushalt können wir die großen Herausforderungen angehen, vor denen wir stehen. Ich nenne hier den Klimawandel, an den wir uns anpassen müssen, und den Klimaschutz. Ich nenne den Gewässerschutz und den Erhalt der Artenvielfalt. Wir gehen im KULAP massiv in die Höhe. Wir unterstützen durch das Kulturlandschaftsprogramm mit 337 Millionen Euro. Dies zeigt sich eben auch daran, dass in Deutsch-

land Agrarumweltmaßnahmen lediglich mit 34 Euro pro Hektor gefördert werden und in Bayern mit 98 Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt zeigt klar, dass unsere bayerische Landwirtschaft, unsere Bäuerinnen und Bauern nicht Teil des Problems sind, wie häufig von Rot-Grün vorgeworfen und unterstellt wird, sondern sie sind gerade bei diesen großen Herausforderungen des Klimawandels, des Gewässerschutzes und des Artenschutzes Teil der Lösung. Nur zusammen mit der Landwirtschaft können wir die Herausforderungen angehen. Dazu leistet dieser Haushalt einen gewichtigen Beitrag.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen benötigen unsere Landwirte auch Unterstützung. Sie verdienen die Unterstützung, um zukunftsfähig zu bleiben. Dies spiegelt sich in diesem Haushalt wider. Aber diese Unterstützung ist auch aus Berlin nötig und erforderlich. Da kann man nur feststellen: Die Unterstützung aus Berlin ist Fehlanzeige, ist ein Komplettausfall. Ich nenne hier nur die Ablehnung des Anbaus von Nahrungsmitteln und Eiweißfrüchten auf ökologischen Vorrangflächen. Man hält weiterhin an der 4-prozentigen Flächenstilllegung fest. Auch dem EU-Ziel, 30 % der Fläche aus der Nutzung herauszunehmen, wird nicht entgegengetreten. Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün, hier kann ich nur empfehlen: Springen Sie endlich auch in Berlin über Ihren ideologischen Schatten! Fordern Sie den Bundeslandwirtschaftsminister auf, hier umzusteuern!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auf Bundesebene erfolgt auch keine Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung. Es werden nur vollmundige Versprechungen gemacht. Von unserem Bundeslandwirtschaftsminister werden Sprechhülsen gebracht, vollmundig, aber nichts ist dahinter. Da geht Bayern mit dem Programm "BayProTier" entsprechend voran. Wir unterstützen unsere Landwirte auch in diesem Bereich. Genauso setzen wir mit unseren Qualitätssiegeln, dem "Bio-Siegel" und mit "Geprüfte Qualität Bayern", ganz klar auf Herkunftskennzeichnungen. Hier macht der Bund eben nicht seine Hausaufgaben. Liebe

Kolleginnen und Kollegen, tragen Sie deswegen Sorge dafür, dass die berechtigten Belange der bayerischen Landwirtschaft auch in Berlin endlich aufgegriffen werden!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt setzt gewichtige Akzente für unsere bayerische Landwirtschaft und für den bayerischen Weg der Unterstützung der bäuerlichen Betriebe. Ich danke hier besonders unserer Staatsministerin Michaela Kaniber und wünsche ihr auch von dieser Stelle aus gute Besserung. Ich danke dem Ministerium für diesen Haushalt und bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Nikolaus Kraus. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Es sind schon viele Zahlen genannt worden. Grundsätzlich sind wir mit dem Haushalt sehr zufrieden. In ihm befinden sich gute Ansätze. Wir haben gerade über den Moorschutz gesprochen, für den 12,5 Millionen Euro bereitstehen. Wir möchten diesbezüglich aber schon unterscheiden, ob es sich um Privatflächen oder um staatliche Flächen handelt und ob zum Beispiel, wie im Donaumoos, die Keller der Anwohner gefährdet sind.

Was mich besonders freut: Für den Gartenbau sind 3 Millionen Euro und für Streuobst 1,2 Millionen Euro enthalten, aber auch für Humusaufbau, was ein zentrales Thema ist.

Für das Tierwohl ist natürlich Geld vorhanden. Wenn wir aber den Einzelhandel, den Lebensmittelgroßhandel, die Discounter nicht ins Boot bekommen, wird die Landwirtschaft leider zweiter Sieger sein.

Ich bin aber nicht nur über den Haushalt glücklich, sondern eventuell auch über den Stellenplan, da ich mich zum Beispiel noch sehr gut an die Ämterreform bei den Landwirtschaftsämtern erinnern kann. Die Landwirtschaftsverwaltung hat darunter unwahrscheinlich leiden müssen, und sie leidet heute noch darunter. Die Ämter leiden unter Arbeitsüberlastung; sie haben Personalprobleme. Wir haben es gehört: Die Landwirtschaft ist systemrelevant – Gott sei Dank. Mittlerweile haben dies größere Teile der Bevölkerung und der Politik erkannt. Deshalb hätten wir durchaus Bedarf an einigen Stellen, allein schon mit Blick auf die Lebensmittelsicherheit und die Lebensmittelversorgung. Im Stellenplan ist hierzu aber nichts vorgesehen.

Wenn man Einnahmen hat, hat man natürlich auch Ausgaben. Ich bin nicht über alle Ausgaben glücklich. Ich schwenke zum Umweltsektor und komme zum Beispiel zu Wolf und Biber. Ich vergleiche das mit der Medizin. In der Medizin sollte man eigentlich die Ursachen bekämpfen. Wenn man sich einen Splitter oder Schiefer – ich würde sagen, wir haben uns einen Schiefer eingezogen – eingezogen hat, zieht man den Schiefer wieder heraus, sprich: Wir entfernen das, was Probleme macht. Was macht die Politik bei diesen Themen? – Sie stellt Gelder für Herdenschutz zur Verfügung, der nicht brauchbar und nicht praktikabel ist, anstatt das Übel an der Wurzel zu packen und Tiere zu entnehmen, die in gewissen Gebieten einfach keine Daseinsberechtigung haben. Noch einmal zum Schiefer: Wir kleben ein Pflaster drauf und warten, bis es eitert, und dann sind wir überrascht, dass wir die Ursache nicht bekämpft haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte die Zeit noch nutzen und auf die Kollegin Sengl eingehen, die gesagt hat: die Zeichen der Zeit erkennen. Das ist richtig. Bei den Zeichen der Zeit dürfen wir uns einfach nicht mehr nur von der Ideologie leiten lassen. Ich gehe auf die wahnsinnig hohen Düngemittelpreise und auf die Energiepreise ein und kann den lieben grünen Kollegen nur zurufen: Ihr seid doch am Ziel! Eure politischen Vorgänger haben immer 5 D-Mark für den Liter Sprit gefordert. Jetzt waren wir bei 2,35 Euro für den Liter Diesel – dies entspricht fast 5 D-Mark. Da wird auf einmal geschrien. Dies war aber das

Ziel eurer politischen Vorgänger. Also: Ziel erreicht! Für diejenigen, die jetzt produzieren und auf Diesel, auf Treibstoff angewiesen sind, ist dies natürlich Wahnsinn. Jetzt auf einmal zählt alles das, was einmal war, nicht mehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss – Punktlandung –: Zustimmung zum Haushaltsentwurf. Natürlich werden wir die Themen im Ausschuss weiter besprechen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Albert Füracker. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche auch von dieser Stelle aus unserer lieben Landwirtschaftsministerin alles erdenklich Gute und beste Genesung – wie auch allen anderen, die im Moment von der unkalkulierbaren Malaise betroffen sind.

Ich versuche, die Landwirtschaftspolitik der Landwirtschaftsministerin, hinter der ich zu 100 % stehen kann, hier so zu verdeutlichen, dass alle sehen, dass die Landwirtschaftspolitik in Bayern bei Michaela Kaniber in allerbesten Händen ist. Das sage ich nicht nur, weil ich das einfach so sagen möchte, sondern weil ich bei der Landwirtschaft selbst ein bisschen mitreden kann. Immerhin habe ich in meinem Leben über 20 Jahre eine Landwirtschaft im Vollerwerbsbetrieb geleitet, bevor ich Politiker geworden bin. Ich meine insofern, dass man mir auch zutrauen kann, dass ich das Empfinden der Landwirte etwas kenne. Ich bin nach wie vor mit vielen Landwirten befreundet und weiß auch, wie kompliziert das schon vor Corona und vor dem Ukraine-Krieg war. Jetzt entdecken plötzlich alle das Herz für die Landwirtschaft. Es entsteht aber der

Eindruck, dass viele ihr Herz nur verbal entdecken. Dazu werde ich noch etwas anmerken.

Bei uns in Bayern ist das nicht so. Michaela Kaniber hat nicht nur verbal ein großes Herz für Landwirte, sondern sie tut auch, was sie kann. Ich weiß das aus den Haushaltsverhandlungen, die immer ein großer Kampf sind. Man unterstellt mir ja, dass ich bei den Bauern besonders großherzig bin. Michaela Kaniber mit ihrem Charme kann dies im Haushalt natürlich immer abbilden. So steigt der Landwirtschaftshaushalt um 114 Millionen Euro. Das ist ein sehr starkes Signal. 1,8 Milliarden Euro Landwirtschaftsetat in Bayern – so viel wie noch nie. Das erreicht zu haben, ist ein großes Verdienst der Ministerin und des Landwirtschaftsministeriums. Sie kämpft für die Landwirte in Bayern.

Der Stellenwert der Landwirtschaft bildet sich nicht nur bei den Bäuerinnen und Bauern selbst ab, sondern betrifft eine gesamte Branche. Egal ob es der Wald ist, egal ob es die Jagd ist, egal ob es die Lebensmittelwirtschaft ist – alles hat mit der Landwirtschaft zu tun und hängt von der Landwirtschaft ab. Deswegen behaupte ich – obwohl ich auch für vieles andere verantwortlich sein darf –: Es gibt nur eine Branche, die wirklich überlebenswichtig im ursprünglichen Sinn ist, und das ist die Land- und Forstwirtschaft; denn wenn wir nichts zu essen haben, meine Damen und Herren, ist alles andere plötzlich zweitrangig. Wir sehen jetzt wieder, wie manche bibbern und Sorge haben: Oh, in der Ukraine könnte kein Weizen gesät werden, und es könnte passieren, dass wir eine große Lebensmittelknappheit bekommen. – Ja, das könnte passieren, meine Damen und Herren.

Wir in Bayern wissen schon immer, dass regionale Wertschöpfungsketten neben den internationalen Märkten notwendig sind. In Bayern wird für den Wochenmarkt und für den Weltmarkt produziert. Das ist auch wichtig; denn ohne Weltmarkt hätten auch wir unsere Produkte oft nicht verkaufen können. In meinem Landkreis wird zum Beispiel 1,8-mal so viel Milch produziert, wie dort getrunken werden kann. Wenn man also niemanden außerhalb des Landkreises finden würde, der diese Produkte kauft – die

bayerischen Produkte sind am internationalen Markt sehr gefragt –, dann hätte es die Landwirtschaft bei uns noch schwerer. Weltmärkte und Wochenmärkte sind wichtig. Das wissen wir, und das haben wir auch immer so gesehen.

Auch bei uns muss die Landwirtschaft nicht neu erfunden werden. Cem Özdemir sagte, dass die alten Sprechzettel herausgeholt würden. – Nein, alte Sprechzettel gibt es in der bayerischen Agrarpolitik nicht; denn, meine Damen und Herren, Bayern war immer auf dem richtigen Kurs und braucht keine Rolle rückwärts zu machen, wenn es zum Beispiel um das Tierwohl geht, wenn es um Klimaschutz geht, wenn es um Umweltschutz geht. Diesen Zukunftsaufgaben stellen wir uns mit sehr viel Geld. In der Regierungserklärung der Ministerin wurden die Dinge angekündigt, und im Haushalt werden sie jetzt umgesetzt.

Meine Damen und Herren, wenn wir über Tierwohl sprechen, möchte ich Ihnen einmal einen Vortrag halten. Dazu habe ich jetzt aber leider nicht die Zeit. Als ich 1985 meine landwirtschaftliche Berufsausbildung begonnen habe, habe ich im ländlichen Raum bei kleinen bäuerlichen Betrieben und auch bei mir zu Hause Kuhställe gesehen mit zum Beispiel zwölf Kühen in Anbindehaltung mit Ketten im dunklen Raum, hinten im Gang hingen die Kälbchen am Strick. Das war das Tierwohl des Jahres 1985. Nirgendwo hat es in der Landwirtschaft beim Thema Tierwohl in Bayern solche Fortschritte gegeben wie zum Beispiel in der Milchvieh- und Rinderhaltung. Das sollte man doch auch einmal sagen, und wir sollten uns darüber freuen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich kommt es jetzt darauf an, dass wir die Umsetzung gut gestalten. Frau Sengl sagte, man sollte für die Landwirtschaft nicht mit Verkostungsproben Werbung machen. Erstens. Die Menschen entscheiden selbst, was sie essen wollen. Wenn sie Fleisch und Wurst regional, ökologisch oder konventionell wollen, sollten wir das unterstützen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweitens. Wir haben eine Agentur für Lebensmittel in Bayern, die dafür sorgt, dass Werbung betrieben wird. Die Ministerin gibt dafür 6 Millionen Euro aus; 2 Millionen davon – hört, hört! – sind für die Produkte des ökologischen Landbaus. Mit 30 % der Werbegelder wirbt das Landwirtschaftsministerium für Produkte des ökologischen Landbaus. Frau Sengl, ich meine, das ist doch auch in Ihrem Sinn. Ökofleisch ist ebenfalls ein sehr gesundes Produkt. Ich würde ganz sicher auch dafür werben, wäre ich Landwirtschaftsminister.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Eine bayerische Forderung ist, dass die EU endlich Ernährungssicherheit als strategisches Ziel begreifen muss. Sie hat dies jetzt nach der Ukraine-Debatte angedeutet. Jetzt wird über Zwangsstilllegungen ökologischer Vorrangflächen diskutiert, und andere Dinge kommen auf den Tisch. Meine Damen und Herren, es hat einfach keinen Sinn, dass wir in Bayern und in Deutschland Ackerflächen stilllegen und dann Produkte, die irgendwo in Übersee oder Gott weiß wo und mit welchen Standards auch immer produziert werden, bei uns importiert werden. Es ist doch besser, den Bauern in Deutschland, wie es zum Beispiel in Frankreich jetzt geschieht, zu erlauben, diese Flächen wieder zu nutzen; denn wir müssen dafür sorgen, dass unsere Nahrungsmittelsicherheit gewährleistet bleibt. Wir sollten hierzu unseren Beitrag in Europa leisten. Ich kenne keinen Bauern in Bayern, der die derzeitige Entscheidung versteht. Die Bauern fragen mich: Seid ihr wirklich noch von heute? Jetzt erlaubt die EU, diese Flächen während der Ukraine-Krise vorübergehend zu nutzen, aber der Bundeslandwirtschaftsminister sagt im besten Deutsch "Njet".Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier "Njet!" zu sagen, ist nicht nur unvernünftig, sondern ist unverantwortlich. Wir sollten schauen, dass wir die Flächen bei uns nutzen können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Grüne Agrarpolitik sind offenbar Lippenbekenntnisse. Das trifft auch beim Umbau der Nutztierhaltung zu. Die ist von vielen Vorrednern angesprochen worden. Ich möchte

das auch noch mal darstellen. Es gibt das Programm "NextGenerationEU" der Europäischen Union. Sie kennen das alle, und Bayern bekommt daraus auch ELER-Mittel. Das Landwirtschaftsministerium setzt diese klug ein, unter anderem auch zum Bau der Tierwohlställe. 83 Millionen stehen bereit, insbesondere auch zur Unterstützung von Tierwohlställen. Wer bauen will, bekommt bis zu 40 % Förderung. Es geht auch hier nicht nur über den Bau als solchen hinaus, sondern es wurden auch die Möglichkeiten des Programms "BayProTier" dargestellt. Hierfür stehen im ersten Jahr 6 Millionen Euro zur Verfügung, insbesondere für die Unterstützung der Zuchtsauenhalter. Nach dem, was die erlebt haben, ist es, glaube ich, auch notwendig und sinnvoll, damit zu beginnen.

Im Übrigen, Frau Sengl, wird Weidehaltung in Bayern prominent unterstützt, mit 33 Millionen Euro im Haushalt, davon 15 Millionen für die Weideprämie, 3 Millionen alleine für Schafe und Ziegen. Ich glaube, damit kann man schon einiges machen. Und was machen wir in Berlin? – Wir brauchen jetzt rasch die Umsetzung der Vorschläge der Borchert-Kommission. Sie liegen auf dem Tisch. Was fehlt, sind im Moment zwei Sachen: der politische Wille der Bundesregierung und eine solide Finanzierung.

Was wir noch brauchen, sind natürlich im Bereich Bau- und Emissionsrecht Auflagen, die für die Tierwohlställe auch erfüllbar sind. Es ist schon lustig. Wir alle fordern regionales Fleisch. Wir wollen regionales Fleisch. Wenn dann einmal ein Bauer einen regionalen Stall bauen möchte, kommt man sehr schnell auf die Idee, dass der etwas zu regional am Dorf ist. Dann sagen wir dem Bauern: Siedle doch bitte aus, dein Regionalstall ist zu regional am Dorf. Dann siedelt er aus, und dann kommt der Immissionsschutz und sagt: Das ist jetzt etwas zu regional am Wald. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Art von Regionalität kann ein Bauer nur verzweifeln.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Forstbereich sind die Zahlen beeindruckend: 2022 sind es 96 Millionen Euro, so viel wie nie. 2018 waren es noch 30 Millionen. Das will ich nur mal sagen. Dafür, dass

diese Wälder zu klimatoleranteren Misch- und Zukunftswäldern umgebaut werden sollen, gibt es im Haushalt von Michaela Kaniber 20 Millionen mehr.

Bei den Moorböden wusste ich gar nicht, ob ich auf meinem Platz lachen, platzen oder mich wundern soll. Fakt ist Folgendes: Wir haben im bayerischen Haushalt in diesem Jahr im Umwelt- und im Landwirtschaftsministerium additiv 25 Millionen Euro für die Moore vorgesehen. Für Bayern! Der hochgelobte Bund, bei dem diese zwei Ministerien so gut zusammenarbeiten, hat für ganz Deutschland 48 Millionen vorgesehen, für zehn Jahre! Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn da noch große Töne seitens Berlin und grüner Agrarpolitik gespuckt werden, dann, muss ich ganz offen sagen, ist irgendetwas falsch verstanden worden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Für das KULAP gibt es 337 Millionen Euro, ein einziger Rekord. Für den Ökolandbau gibt es in Bayern 100 Millionen Euro. Nirgendwo wird der Ökolandbau in der Gänze mehr unterstützt als in Bayern. Im Bereich Ökolandbau wird Forschung betrieben, im Bereich Bildung, Beratung, Vermarktung – alleine dafür werden 2,5 Millionen aufgewendet.

Die aus dem Doppelhaushalt 2019/2020 resultierenden Artenschutz- und Klimaprogramme – Stichwort: Volksbegehren – werden fortgesetzt, mit 60 Millionen im Haushalt auch im Jahr 2022.

177 Millionen gibt es für die ländliche Entwicklung. Das sind 30 Millionen mehr, weil man natürlich auch aus dem Corona-Programm und über die Fraktion noch Zusätzliches tun konnte. Aber es sind 177 Millionen für die Dorferneuerung in Bayern, meine Damen und Herren. Ich glaube, auch da kann das Landwirtschaftsministerium dem Auftrag, ländliche Räume optimal zu unterstützen, sehr gut nachkommen. Dort geht es natürlich über die Landwirtschaft hinaus um den ländlichen Raum selbst, um die Innerortsentwicklung unserer Dörfer, um die Frage, wie wir es schaffen können, dass junge Menschen und auch Seniorinnen und Senioren gerne in ihrer Heimat bleiben und da

auch bleiben können. Wie kann ich eine Symbiose herbeiführen zwischen der landwirtschaftlichen Nutzung des ländlichen Raumes und den Menschen, die dort leben? – Ich glaube, auch hier gibt es einen Beweis dafür, dass dem Landwirtschaftsministerium mit diesem Haushalt wirklich ein großer Wurf gelungen ist.

Sie sehen, wir brauchen keine alten Sprechzettel. Die gibt es bei uns auch gar nicht. Die Agrarpolitik in Bayern ist up to date.

Aber die Betriebsmittelpreise steigen selbstverständlich. Die Bauern haben große Sorge, wie alle anderen in der Wirtschaft auch. Der Dieselpreis steigt, der Düngerpreis steigt, die Preise für Produktionsmittel aller Art, Futtermittel, was auch immer benötigt wird, steigen natürlich an. Wir müssen auch hier etwas entgegenkommen. Wir machen auf Bundesebene Entlastungspakete – jedenfalls sind die angekündigt.

Im Übrigen ist über dieses Energieentlastungspaket offenbar eine ganze Nacht verhandelt worden. Das Ergebnis kann aber niemand, der dort mitverhandelt hat, aus dem Stegreif jemandem erklären, abgesehen davon, dass noch niemand weiß, wie man das alles administriert. Ich bin immer ganz begeistert davon, was in Berlin alles in die Welt gesetzt wird, was irgendjemand dann schon umsetzen wird, unabhängig davon, dass uns das in Bayern auch sehr viel kosten würde.

Aber einer ist beim ganzen Energieentlastungspaket wieder vergessen worden: Neben Rentnern und anderen, denen man offensichtlich keine Entlastung zukommen lassen möchte, hat man über Landwirtschaft nicht einmal gesprochen. Deswegen habe ich mir gestern fachfremd erlaubt, liebe Damen und Herren aus dem Landwirtschaftsministerium, die Agrardieselerstattung noch einmal anzusprechen. Denn das ist etwas, was den Bauern jetzt schnell helfen würde. Wir haben ja noch 23 Cent Luft in Deutschland. Wenn die rot-grüne Regierung – und die FDP dazu – dabei helfen will, den Bauern schnell Entlastung zukommen zu lassen, kann man das morgen beschließen, ohne Probleme, rasch und unbürokratisch.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, warum soll man jetzt die ökologischen Vorrangflächen trotzdem noch nutzen? – Lassen Sie mich das zum Schluss noch sagen: Es gibt keine Teller-statt-Trog-Debatte. 30 % unserer landwirtschaftlichen Flächen in Bayern sind Wiesen und Weiden. Wiesen und Weiden, meine Damen und Herren, kann nur der Tiermagen verwerten – zu einem guten landwirtschaftlichen Produkt, zu einem guten Ernährungsprodukt. Etwas anderes ist gar nicht möglich, weil der Mensch kein Gras essen kann. Bei Demeter ist es für Ökobauernhöfe zum Beispiel sogar Plicht, Tierhaltung zu betreiben. Wir sollten deswegen tatsächlich nicht immer die Diskussion führen, als hätten wir hier eine Konkurrenzsituation mit der Tierhaltung per se.

Zur Ölgewinnung aus Raps gibt es auch eine interessante Zahl: Neben 40 Litern Öl entstehen auch 60 Kilogramm Rapsschrot – oder Sonnenblumenpresskuchen, wenn man Sonnenblumen zugrunde legt: Tierfutter. Sollten die Landwirte also weniger Raps anbauen und dafür mehr Palmöl importieren? Ist das unsere Lösung? – Ich glaube, wir können auf unseren Flächen, bei uns in Deutschland, wirklich alles das tun, was für eine regional gesunde Landwirtschaft, für eine ökologisch sinnvolle Tierhaltung, notwendig ist.

Egal ob im konventionellen Bereich oder im ökologischen Bereich, ich kenne unglaublich viele Bauern. Alle eint eines: Alle eint die Überzeugung, dass sie erstens das Beste für ihre Tiere wollen und dass sie zweitens das Beste für ihre landwirtschaftlichen Nutzflächen und für ihren Besitz wollen, von dem sie nicht abbeißen wollen, sondern den sie an die nächste Generation weitervererben wollen.

Zu diesem Gerücht, dass der Strukturwandel in Bayern so groß wäre: Ja, es ist um jeden Betrieb schade, der aufhört. Aber das Gegenteil ist der Fall. Der Strukturwandel ist in Bayern am wenigsten groß. Anderswo ist der Strukturwandel viel größer. Das hat auch damit zu tun, dass die bayerische Agrarpolitik seit vielen Jahren und Jahrzehnten wirkt. So wird es auch mit diesem Haushalt sein.

Liebe Frau Staatsministerin Kollegin Kaniber, ich werde jetzt den Landtag bitten, diesem Haushalt zuzustimmen, aus gutem Grund. Dann kann in Bayern morgen genauso wie gestern und heute eine optimale Agrarpolitik fortgeführt werden.– Danke für Ihre Zustimmung!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich der Kollegin Gisela Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich wollte nur auf drei Wörter eingehen, und zwar sind das die Wörter "unverantwortliches politisches Handeln". Das Einzige, was ich wirklich unverantwortlich finde, ist das Handeln der CSU in der Energiepolitik, das uns jetzt diese Abhängigkeit von Russland in Bezug auf Gas eingebracht hat. Das war Ihr unverantwortliches Handeln in den letzten Jahrzehnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und Sie sind ja nicht mal bereit, da jetzt mal irgendetwas zuzugeben. "Das war vielleicht doch nicht so gut", habe ich von euch noch nie gehört. Die ganze andere Debatte über die erneuerbaren Energien muss ich jetzt nicht ausführen.

Als Zweites will ich Zahlen zur Weidetierhaltung in Deutschland richtigstellen. Man vermutet ja immer, dass in Bayern alle Tiere auf der Weide stehen. Das ist leider nicht so. Nur 19 % aller Weidetiere, aller Nutztiere, stehen auf der Weide. In Deutschland sind wir da besser, das wundert einen: 27 % ist der Durchschnitt in Deutschland. Da ist Bayern also ein bisschen abgeschlagen.

Wer heute noch das Wort Zwangsstilllegung für Flächen verwendet, –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung.

Gisela Sengl (GRÜNE): – die eigentlich für den Artenschutz da sind, der hat – tut mir leid – gar nicht kapiert, wohin die Landwirtschaftspolitik in Zukunft gehen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Frau Sengl, allein die Tatsache, dass Sie zugestimmt haben, 100 Millionen Euro für den Ökolandbau zu verwenden und 337 Millionen Euro für das KULAP zur Verfügung zu stellen, um flächendeckend Artenschutzmaßnahmen betreiben zu können, zeigt doch, dass Ihre Argumentation nicht zutrifft. Ich sage Ihnen: Es kommt nicht darauf an, ob in diesem Jahr 2 % der agrarökologischen Vorrangflächen bebaut werden. Ohnehin müsste man von 5 % sprechen; denn zu einem hohen prozentualen Anteil werden die Flächen nicht bebaut.

Man kann in einer Ausnahmesituation, wie wir sie haben, in der alle Welt über Ernährungssicherheit spricht, den Bauern auch einmal zugestehen, auf dieser Fläche etwas anzubauen, was für die Ernährungssicherheit genutzt werden kann. Deswegen kommt der Artenschutz sicherlich nicht unter die Räder. Ich habe die Beträge genannt, die für den Artenschutz verwendet werden; es sind 60,7 Millionen Euro. Ich erinnere an all das, was damit gemacht wird. Wir haben das Vertragsnaturschutzprogramm, VNP, und, und, und. Wir sind, was ökologischen Landbau, ökologische und kleinteilige Landwirtschaft anbelangt, längst auf einem Niveau angelangt, um das andere um uns herum uns beneiden; sie wollen auch dorthin.

Sie dürfen einen Fehler nicht machen – wenn ich als jemand, der von Agrarpolitik nicht viel versteht, Ihnen diesen Rat geben darf –: Reden Sie nicht immer die Bauern schlecht! Die Bauern haben das nicht verdient! Unsere Bauern sind super!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 08, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20688 mit 20690, 18/20732, 18/20824 mit 18/20833, 18/20942 mit 18/20950, 18/21031 mit 18/21033 und 18/21051 mit 18/21063 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21901, zugrunde.

Zunächst ist über die beiden eingangs erwähnten Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Vielfalt landwirtschaftlicher Betriebe erhalten: Gegen die einseitige Quotenökologisierung zulasten der konventionellen Landwirtschaft" auf Drucksache 18/20944.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die übrigen Fraktionen. Fraktionslose Abgeordnete sehe ich nicht im Sitzungssaal. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Für eine umweltverträgliche Landwirtschaft, regional und vielfältig" auf der Drucksache 18/20947 abstimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die übrigen Fraktionen. Fraktionslose Abgeordnete sind wiederum nicht im Sitzungssaal. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 08 selbst. Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 18/21901, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 08 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD- und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Ebenso sehe ich keine fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER, die SPD und die FDP. Gegen-

stimmen! – Gegenstimmen der AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Fraktionslose Abgeordnete sehe ich auch nicht. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/21901, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21031 mit 18/21033 und 18/21051 mit 18/21063 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 08 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 15

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zusätzliches Personal für die landwirtschaftliche Forschung (Kap. 08 10 Tit. 428 60)
   Drs. 18/20688

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Martina Fehlner, Ruth Müller u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zusätzliches Personal für den Forstbereich – Förster für den Waldumbau (Kap. 08 40 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20689

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Martina Fehlner, Ruth Müller u. a. SPD
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zusätzliches Personal für den Forstbereich – Unterstützungskräfte zum Aufarbeiten von Kalamitäten (Kap. 08 40 Tit. 428 02)
   Drs. 18/20690

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Förderung einer Ertragsversicherung im Wein- und Obstbau (Kap. 08 03 Tit. 683 04)
   Drs. 18/20732

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Kap. 08 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20824

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 08 02 neuer Titel)
   Drs. 18/20825

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Förderung bayerischer Rinderzuchtverbände
   (Kap. 08 03 Tit. 671 03)
   Drs. 18/20826

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Klimanützliche Moorprodukte
   (Kap. 08 03 Tit. 892 55)
   Drs. 18/20827

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stärkung der Weidehaltung – gut für Klima, Mensch und Tier
   (Kap. 08 03 TG 55 neuer Tit.)
   Drs. 18/20828

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Nachhaltige und solidarische Lebensmittelerzeugung stärken
    (Kap. 08 03 TG 58 neuer Tit.)
    Drs. 18/20829

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Gutes Essen für alle
    (Kap. 08 03 TG 59 neuer Tit.)
    Drs. 18/20830

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Forschen und Wissen - für eine klimaangepasste Landwirtschaft in Bayern
    (Kap. 08 10 Tit. 547 60)
    Drs. 18/20831

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Vom Baum zum Holz – Wie viel Nutzung schaffen unsere Wälder?
    (Kap. 08 10 Tit. 547 80)
    Drs. 18/20832

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Unbefristete Stellen für den Waldumbau sowie die Forstliche Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 18/20833

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Für eine selbstbestimmte Ernährung unserer Bürger ohne staatliche Einflussnahme
(Kap. 08 03 Tit. 683 59)
Drs. 18/20942

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fokussierung des Haushalts auf Kernthemen der Landwirtschaft beibehalten: Keine übermäßige, nachträgliche Förderung von nichtstaatlichen Bildungszentren aufgrund der Coronapandemie
(Kap. 08 03 Tit. 684 80)
Drs. 18/20943

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Vielfalt landwirtschaftlicher Betriebe erhalten: Gegen die einseitige Quotenökologisierung zulasten der konventionellen Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 686 55)
Drs. 18/20944

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Für eine langfristige Zukunft von Streuobstwiesen ohne staatliche Subventionen
(Kap. 08 03 Tit. 686 58)
Drs. 18/20945

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Urban Greening vorantreiben, Chancen der Stadtbegrünung nutzen und Lebensqualität erhöhen
(Kap. 08 03 Tit. 883 58)
Drs. 18/20946

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Für eine umweltverträgliche Landwirtschaft, regional und vielfältig
(Kap. 08 03 TG 55 neuer Tit.)
Drs. 18/20947

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Tierwohl als gesellschaftliche Zukunftsaufgabe begreifen und stärker fördern (Kap. 08 04 Tit. 892 71)
Drs. 18/20948

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ressource Wasser schonen: Wiedervernässung von Mooren als unwirksame Umweltmaßnahme nicht übermäßig fördern (Kap. 08 05 Tit. 547 97)
Drs. 18/20949

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kompensation von Wolfsschäden umfassend sicherstellen (Kap. 08 05 TG 88 neuer Tit.)
Drs. 18/20950

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 29.04.2022

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier